Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Hannover

vom 9. bis 14. Oktober 1899.

Preis 50 Pfennig.

Berlin 1899.

Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts

(Th. Glocke in Berlin).

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Hannover
vom 9. bis 14. Oktober 1899.

Berlin 1899.
Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts
(Th. Glocke in Berlin)


K. K. HOFBIBLIOTHEK
WIEN

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitage zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indeß die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnißmäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisirung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachsthum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisirt. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigenthum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigenthum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigenthum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriiren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum, und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht blos des Proletariats, sondern des gesammten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nothwendiger Weise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklassen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den andern Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht blos die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachtheiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
beschlossen auf dem Parteitag zu Halle 1890.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise.

Gegen die Entscheidungen steht den Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und dem Parteitage zu.

Vertrauenspersonen.

§ 3. Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstagswahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Parteiinteressen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich und zwar im Anschluß an den voraufgegangenen Parteitag.

Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort der Parteileitung mitzutheilen.

§ 5. Tritt eine Vertrauensperson zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen umgehend eine Neuwahl vorzunehmen und davon entsprechend § 4 Absatz 2 der Parteileitung Mittheilung zu machen.

§ 6. Da, wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Parteitag.

§ 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat die Parteileitung mit der Reichstagsvertretung hierüber sich zu verständigen.

§ 8. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens drei Mal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei der Parteileitung einzureichen, die dieselben spätestens 10 Tage vor der Abhaltung des Parteitages durch das offizielle Parteiorgan bekannt zu geben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Theilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf.

   Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.

2. die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. die Mitglieder der Parteileitung.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion und der Parteileitung haben in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur berathende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Theilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme des Berichts über die Geschäftsthätigkeit der Parteileitung und über die parlamentarische Thätigkeit der Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Orts, an welchem die Parteileitung ihren Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl der Parteileitung.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. durch die Parteileitung;
2. auf Antrag der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen.

Falls die Parteileitung sich weigert, einem Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstagsfraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 7 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im offiziellen Parteiorgan zu veröffentlichen.

Im Uebrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8—10).

Parteileitung.

§ 13. Die Parteileitung besteht aus 12 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassirer und 7 Kontrolleuren.

Die Wahl der Parteileitung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel.

Nach erfolgter Wahl hat die Parteileitung ihre Konstituirung vorzunehmen und dieselbe im offiziellen Parteiorgan bekannt zu machen.

Die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

§ 14. Die Mitglieder der Parteileitung können für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15. Die Parteileitung besorgt die Parteigeschäfte, kontrollirt die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, beruft die Parteitage und erstattet auf denselben über ihre Thätigkeit Bericht.

§ 16. Scheidet einer der Vorsitzenden, Schriftführer oder der Kassirer aus, so ist die Vakanz durch eine von den Kontrolleuren vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Partei-Organ.

§ 17. Zum offiziellen Parteiorgan wird das „Berliner Volksblatt" bestimmt. Dasselbe erhält vom 1. Januar 1891 ab den Titel:

„Vorwärts"
Berliner Volksblatt.
Zentral-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Alle offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Theils zu veröffentlichen.

§ 17a. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, welche aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden betheiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf. Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Partei-Vorstande über alle Angelegenheiten des Parteiorgans, insbesondere über Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Ueber etwaige Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Partei-Vorstand und der Preßkommission entscheiden die Kontrolleure, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe je eine Stimme hat.

Abänderung der Organisation.

§ 18. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur berathen werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntniß der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens $^3/_4$ der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Tages-Ordnung des Parteitages.

Montag, den 9. Oktober 1899 und die folgenden Tage:

1. Konstituirung des Parteitages. Wahl des Bureaus. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Mandate.
2. Geschäftsbericht des Vorstandes. Berichterstatter: J. Auer und A. Gerisch.
3. Bericht der Kontroleure. Berichterstatter: H. Meister.
4. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter G. Hoch.
5. Die Angriffe auf die Grundanschauungen und die taktische Stellungnahme der Partei. Berichterstatter: A. Bebel.
6. Erörterung über Punkt 3 des Programms. Berichterstatter: F. Geyer.
7. Die Zuchthausvorlage vor dem Reichstage. Berichterstatter: M. Segitz.
8. Die Maifeier 1900. Berichterstatter: W. Pfannkuch.
9. Internationaler Arbeiterkongreß. Referent: W. Liebknecht.
10. Anträge zum Programm und zur Organisation.
11. Sonstige Anträge.

Sitzungszeit des Parteitages:

Vormittags 9—1 Uhr, Nachmittags 3—7 Uhr.

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

Blume, Hamburg. — Singer, Berlin.

Schriftführer:

Böhle, Straßburg.
Fischer, Dresden.
Knappe, Stettin.
Lesche, Altona.
Müller, Bochum.
Müller, Darmstadt.
Schütz, Breslau.
Trompeter, Frankfurt a. M.
Frau Zietz, Hamburg.

Mandats-Prüfungs- und Neuner-Kommission:

Brey, Hannover.
Brühne, Frankfurt a. M.
Eichhorn, Dresden.
Kahl, Duisburg.
Lipinski, Leipzig.
Segitz, Nürnberg.
Stolpe, Grünberg.
Stubbe, Hamburg.
Tauscher, Stuttgart.

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht des Partei-Vorstandes.

Allgemeines. Vierzehn Tage nach Schluß des Parteitags in Stuttgart fanden in **Preußen die Landtagswahlen** statt. Entsprechend der in Stuttgart einstimmig gefaßten Resolution zu dieser Frage und der in der Partei vorhandenen verschiedenen Beurtheilung derselben, konnte von einer allgemeinen Theilnahme der Partei an den Landtagswahlen keine Rede sein. In einzelnen Provinzen, wie in der Mark Brandenburg mit Berlin, hielten sich die Genossen von der Wahl grundsätzlich fern, in anderen Provinzen wurde der Kampf von einzelnen Städten und Wahlkreisen aufgenommen. Eine allgemeinere Betheiligung unserer Genossen fand dagegen in Breslau und einigen niederschlesischen Wahlkreisen statt. Dort wurden auch insofern Erfolge erzielt, als bei den Urwahlen in der dritten Wählerklasse vielfach die Wahlmänner unserer Partei gewählt wurden. Auch in Hannover-Linden, Altona, Halle, Bielefeld und einigen anderen Kreisen wurden von unseren Genossen erhebliche Erfolge in der dritten Wählerklasse erzielt. Die freisinnig-demokratischen Wahlen in Breslau-Görlitz und Frankfurt a. M. wurden durch das entschiedene Eingreifen unserer Genossen herbeigeführt und damit die Hoffnungen auf eine konservative Mehrheit im Landtage zu nichte gemacht.

Die im vorjährigen Bericht der Parteileitung ausgesprochene Hoffnung, daß die „praktischen Erfahrungen, welche die Genossen bei den bevorstehenden Landtagswahlen sammeln werden, zu einer gemeinsamen Richtschnur für die preußischen Genossen führen werden“, hat sich bis jetzt noch nicht erfüllt.

Die Meinungen über den Werth der Betheiligung gehen heute noch ebenso weit auseinander als zur Zeit als diese Frage vor zwei Jahren wiederum aufgeworfen wurde.

* * *

Kurz vor Zusammentritt des Stuttgarter Parteitags wurde bekannt, daß die Sächsische Regierung die beiden Parteigenossen und sozialistischen Schriftsteller Drs. Helphant und Marchlesky als Ausländer des Landes verwiesen hatte. Ein Monat später ereilte das gleiche Schicksal den Genossen Dr. Adolph Braun, der seit Jahren am „Vorwärts“ als Redakteur thätig gewesen war. Gegen die drei Ausweisungen konnte die preußisch-sächsische Reaktion für ihre Maßregel nichts weiter anführen, als daß die Betroffenen sich „lästig“ gemacht haben. Eine Begründung, die um so hinfälliger ist, als die „lästige“ Thätigkeit der Ausgewiesenen in Schriftstellerei für sozialistische Preßorgane bestand, die zu verhindern die Reaktion doch kein Mittel hat, gleichgiltig, ob unsere Genossen dies- oder jenseits der schwarzweißen oder grünweißen Grenzpfähle wohnen. Die Ausweisungen haben also nur die Bedeutung einer materiellen Schädigung der Betroffenen, die ja mit einer solchen plötzlichen und erzwungenen Dislokation immer verknüpft ist, wodurch aber die Maßregel selbst in den Augen aller objektiv Denkenden nur umso verurtheilenswerther erscheinen muß. Uebrigens haben eine ganze Reihe ausländischer Genossen, deren ganzes Verbrechen meist darin bestand, Mitglied ihrer Gewerkschaft zu sein, oder bei Wahlen ein Flugblatt oder einen Stimmzettel weitergegeben zu haben, diese Frevelthaten mit ihrer Ausweisung büßen müssen. Es haben sich an solchen Heldenthaten — die gewiß nicht dazu beitragen, das Ansehen Deutschlands im Auslande zu heben — nicht nur Preußen und Sachsen, sondern auch verschiedene andere deutsche Staaten betheiligt.

* * *

Das vom Reichskanzler, dem Fürsten von Hohenlohe, dem Reichstag feierlich verpfändete Wort, wonach das in verschiedenen deutschen Staaten bestehende Koalitionsverbot der politischen Vereine aufgehoben werden sollte, ist für Preußen noch immer nicht eingelöst. Da die preußischen Landtagswahlen die erhoffte konservative Mehrheit nicht gebracht haben, die lex Recke also nach den Wahlen ebensowenig Aussicht hat, eine Mehrheit im Landtage zu finden wie früher, so hat die preußische Regierung — unbekümmert um das verpfändete Wort des Kanzlers — während der letzten Session des Landtages einen Entwurf auf Abänderung des Vereinsgesetzes garnicht erst eingebracht. Es wird also der 1. Januar 1900 kommen und damit das bürgerliche Gesetzbuch für das deutsche Reich in Kraft treten, ohne daß das Koalitionsverbot für Preußen aufgehoben ist, obwohl seiner Zeit der Reichskanzler und ihm folgend der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Herr von Bötticher — also die beiden höchsten Beamten des Reiches — die feierliche Zusage gemacht haben, daß noch vor dem Inkrafttreten des bürgerlichen Gesetzbuches durch die Partikulargesetzgebung das Koalitionsverbot aufgehoben werden soll. In den meisten — wenn auch nicht in allen — Mittel- und Kleinstaaten ist dies Versprechen auch eingelöst. So im laufenden Jahre im Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt. Nur Preußen hat bisher das verpfändete Wort seines Präsidenten des Staatsministeriums nicht eingelöst.

An und für sich eine Bagatelle, denn das Koalitionsverbot für politische Vereine ist von allen Parteien als längst überlebt verurtheilt, und von den Regierungsvertretern selbst im Reichstag und in den verschiedenen Landtagen, als für unser heutiges öffentliches Leben unhaltbar, preisgegeben worden, bleibt die bisher nicht erfolgte Einlösung des Versprechens ein Beweis für die Uebermacht, welche in Preußen die Reaktion — repräsentirt durch das agrarische Junkerthum und die Schlotbarone — ausübt.

* * *

Der andauernd günstige Geschäftsgang in den meisten größeren Industrien und Gewerben hat zur Folge gehabt, daß die gewerkschaftliche Bewegung unter der deutschen Arbeiterschaft einen früher nie gekannten Aufschwung genommen hat. Der allgemeine Gewerkschaftskongreß zu Pfingsten in Frankfurt a. M. und der allgemeine Bauarbeiterkongreß, der wenige Wochen später in Berlin tagte, legten dafür ein glänzendes Zeugniß ab.

Hand in Hand mit der Stärkung der Berufsorganisationen ging das Bestreben, die günstige wirthschaftliche Konjunktur zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen zu benutzen. Dies gelang meist ohne größere Arbeitseinstellungen, obwohl es auch an solchen nicht fehlte. Die Wuth des Unternehmerthums darüber, daß die gesteigerte Nachfrage nach Arbeitern sie zwang, den letzteren etwas günstigere Bedingungen zugestehen zu müssen, reizte sie zu dem stürmischen Begehren, den Arbeitern auf dem Wege der Gesetzgebung die Ausübung des Koalitionsrechtes zu erschweren, ja, soweit es angeht, ganz unmöglich zu machen. Im Vordertreffen dieser Agitation stehen der Zentralverband der rheinisch-westfälischen Industrie und die meisten Innungsverbände, Allen voran der Bund der Baugewerksmeister. Daß diese reaktionäre und arbeiterfeindliche Strömung auf weitestes Entgegenkommen in den maßgebenden Kreisen rechnen kann, dafür zum Beweis konnten wir im vorjährigen Bericht bereits auf den famosen Erlaß des Grafen von Posadowsky vom 11. Dezember 1897 hinweisen, und noch drastischer trat diese Thatsache in der viel erörterten Oeynhausener Rede hervor. Der vorjährige Parteitag hat in einem besonderen Punkt der Tagesordnung Stellung zu jener Rede genommen, nach der Jeder mit Zuchthaus bestraft werden sollte, der zu einem „Streik anreizt". Aber mit dieser Stellungnahme des Parteitags war erst der Anfang einer umfangreichen und ungemein wirksamen Agitation gegen den Versuch, das Koalitionsrecht noch mehr einzuschränken, gemacht. Es ist nicht zu viel gesagt,

wenn wir behaupten, seit der Oeynhausener Rede wird die agitatorische und öffentliche Thätigkeit der gesammten deutschen Arbeiterklasse — ohne Rücksicht auf deren Parteizugehörigkeit — beherrscht von der Sorge für das Koalitionsrecht und von dem Bestreben, dasselbe mit allen zulässigen Mitteln zu vertheidigen. Wo immer Arbeitervereinigungen sich zu ihren Generalversammlungen zusammenfanden — auch solche, die ausgesprochenermaßen zu dem Zwecke der Bekämpfung der Sozialdemokratie ins Leben gerufen wurden — überall wurde Widerspruch gegen die angekündigte Zuchthausvorlage erhoben und in entschiedenster Weise gegen jede Beschränkung des Koalitionsrechtes protestirt und dessen Erweiterung verlangt.

Diese Einstimmigkeit der gesammten Arbeiterklasse, der sich auch ein großer Theil derjenigen bürgerlichen Presse anschloß, die nicht im Solde der Scharfmacher steht, oder, wie die konservativ-liberalen und antisemitischen Organe, ihre Spalten **nur** den Unternehmer-Interessen zur Verfügung stellen, hat zweifellos seine Wirkung nicht verfehlt. Obwohl es in der Oeynhausener Rede heißt, daß das „Gesetz sich seiner Vollendung naht und dasselbe den Volksvertretern noch in **diesem** Jahre zugehen wird", fand der am 6. Dezember 1898 zusammentretende Reichstag die Vorlage nicht vor. Das Jahr 1898 ging zu Ende und von dem neuen Jahre verstrich Monat um Monat, ohne daß die Vorlage auf der Tagesordnung erschien. Erst kurz vor Schluß der Session, am 5. Juni, wurde dieselbe eingebracht, nachdem Tags zuvor bereits der „Vorwärts", unser Zentralorgan, in der Lage war, die Thatsache der Einbringung anzukündigen.

Die Vorlage findet im parlamentarischen Bericht der Reichstagsfraktion die ihr gebührende Würdigung. Ihr Inhalt zeigt, daß die schlimmsten Befürchtungen der Arbeiter nicht zu schwarz sahen. Es wird mit dem Entwurf nicht mehr und nicht weniger bezweckt, als die Ausübung des Koalitionsrechtes — bei formalem Fortbestehenlassen desselben — zur Unmöglichkeit zu machen. Der Entwurf bezweckt ein Ausnahmegesetz gegen die industriellen und gewerblichen Arbeiter. Er ist in den Strafbestimmungen noch viel rigoroser als das frühere Sozialistengesetz und unterscheidet sich von diesem auch dadurch, daß er offen auf das falsche Mäntelchen, nur den „die Staats- und Gesellschaftsordnung gefährdenden Umsturz" bekämpfen zu wollen, verzichtet, und sich als das giebt, was er ist: ein Ausnahme- und Knebelgesetz gegen die gesammte arbeitende Klasse.

Durch die deutsche Arbeiterschaft ging ein Sturm der Entrüstung, als die Vorlage bekannt wurde. In Tausenden von Versammlungen wurde gegen den in der Vorlage angestrebten Arbeitertrutz und Unternehmerschutz protestirt und in Millionen von Flugblättern die Arbeiter aufgeklärt darüber, welches Attentat gegen ihr wichtigstes Recht und ihre schärfste Waffe im Kampfe um ihre Existenz geplant wird.

Diese Massenagitation ist nicht ohne Rückwirkung auf die Volksvertreter geblieben, wie der Verlauf der ersten Lesung der Vorlage im Reichstage zeigte. Eine vernichtendere Niederlage hat wohl noch keine Vorlage einer deutschen Regierung im Parlamente erlebt, als sie die viertägige Verhandlung des Reichstags über die Arbeitertrutzvorlage brachte.

Der stenographische Bericht über diese Verhandlungen ist vom Partei-Vorstande in Massenauflage hergestellt und zum Selbstkostenpreise zur Agitation zur Verfügung gestellt worden. Der riesige Absatz der umfangreichen Broschüre beweist, welch großes Interesse den Verhandlungen in Arbeiterkreisen entgegengebracht wurde.

Freilich, das großindustrielle Unternehmerthum hat trotz dieser Niederlage den Muth noch nicht verloren. Ist es auch ausgeschlossen, daß die Vorlage in ihrer gegenwärtigen Gestalt Gesetz wird und dürften sich auch besonders für den Zuchthausparagraphen kaum ein halbes Dutzend Stimmen unter den 397 Abgeordneten finden, so hoffen die Scharfmacher doch schließlich etwas von der Vorlage zu retten. Es sind ihre Tintenkulis und Agitatoren deshalb angewiesen, die Agitation für die Vorlage mit ungeschwächten Kräften fortzusetzen.

Bei dem übermächtigen Einfluß, den das Unternehmerthum an maßgebenden Stellen ausübt, ist es ihm ein Leichtes, auch die Regierungsmaschinerie

für seine Interessen wieder in Bewegung zu setzen, und so kann mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß nach dem Wiederzusammentritt des Reichstags der Kampf um den Arbeitertrutz in schärfster Form weiter geführt wird. Die sozialdemokratischen Vertreter werden in diesem neuen Kampf ihren Mann stellen wie bisher. Sache der Parteigenossen im Lande ist es, der Agitation der Scharfmacherpresse gegenüber die Volksmassen aufzuklären und in Bewegung zu bringen. Den schwankenden Abgeordneten der bürgerlichen Parteien darf kein Zweifel darüber bleiben, daß die Stimmabgabe für die Arbeitertrutzvorlage gleichbedeutend mit dem Verlust des Mandates bei den nächsten Neuwahlen ist.

* * *

Der **Geist, der die Zuchthausvorlage** geboren und der von der Polizei und vielen Verwaltungsbehörden den Arbeitern gegenüber bei ihren Lohnkämpfen vielfach in der Praxis bethätigt wird, er dringt leider auch mehr und mehr in die Gerichtssäle ein. Nicht nur, daß bestehende Strafbestimmungen auf Handlungen angewandt werden, die früher unbestritten als straffrei galten, wobei besonders der Grobeunfugparagraph zu den unglaublichsten Urtheilen herhalten muß, es wird auch das Strafmaß in einer früher ungekannten Weise ausgedehnt. Aeußerungen, wie sie im gewöhnlichen Leben alle Tage fallen, ohne daß die Betheiligten etwas Anstößiges daran finden, werden, wenn von streikenden Arbeitern sogenannten Streikbrechern gegenüber gethan, als Beleidigungen oder Drohungen im Sinne des § 153 der G.-O. verfolgt und mit Wochen ja Monate langen Gefängnißstrafen belegt. Diese rigorose Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen soll dazu dienen, den Terrorismus zurückzudrängen, der von streikenden Arbeitern und deren Führer gegen ihre arbeitslustigen Kollegen geübt wird. In Wirklichkeit ist dieser angebliche Terrorismus, der, wo er geübt, von Niemandem vertheidigt wird, meist nur Vorwand, erfunden zu dem Zwecke, durch dessen Verfolgung den Arbeitern die Benutzung des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechtes zu verleiden.

Werden an Arbeitern bei Lohnkämpfen schon die unbedeutensten Handlungen, die oft erst durch geschraubteste Auslegungen zu Vergehen gestempelt werden können, mit den höchsten Strafen verfolgt, so wächst das Strafmaß bei ernsteren Ausschreitungen ins Ungeheuerliche. Das zeigte sich besonders bei dem viel erörterten Löbtauer Aufruhrprozeß. Bauarbeiter, die gelegentlich eines Richtschmauses etwas stark gezecht hatten, erfuhren, daß auf einem Nachbarbau über die festgesetzte Zeit gearbeitet wurde. Die Leute begaben sich nach diesem Bau, wobei es in Folge Streites mit dem Bauherrn zu Ausschreitungen und Gewalthätigkeiten kam. Die ordnungsparteiliche sächsische Presse machte über den Vorfall ein ungeheures Geschrei und versuchte die sozialdemokratische Partei für denselben verantwortlich zu machen. Obwohl auch nicht der Schein eines Beweises dafür erbracht werden konnte, daß der Krawall mit der Sozialdemokratie in irgend einem Zusammenhang stand — mehrere der Angeklagten gehörten weder einer politischen noch gewerkschaftlichen Organisation an — so übte die Hetzerei doch ihre Wirkung. Die Dresdener Geschworenen erkannten auf schweren Landfriedensbruch und die Richter erkannten gegen sieben Angeklagte auf Zuchthausstrafen von 6—10 Jahren, insgesammt auf 53 Jahren, und gegen zwei weitere Angeklagte auf je 4 Jahre Gefängniß. Einundsechszig Jahre Zuchthaus und Gefängniß verhängt über neun Arbeiter für Handlungen, die, mag man sie auch noch so sehr verurtheilen, in ihren Folgen sich kaum schlimmer zeigten, wie so mancher Studenten-Krawall der letzten Jahre, bei dem die betheiligten Herren Bourgeoissöhnchen meist mit Geld oder geringen Haftstrafen davon kamen. Zehn Jahre Zuchthaus wurden dem Hauptangeklagten zuerkannt dafür, daß er als Theilnehmer an einem Komplott dem Bauherrn, der mit einem allerdings blind geladenen Revolver nach den Arbeitern geschossen hatte, Verletzungen beibrachte, die diesen nur wenige Tage ans Bett fesselten, ohne dauernden Schaden zu verursachen.

Dieses furchtbar harte Urtheil hat ungeheure Aufregung innerhalb der Arbeiterschaft und darüber hinaus auch in den bürgerlichen Kreisen hervorgerufen, wo humaner Sinn und Gefühl für Gerechtigkeit auch der arbeitenden Klasse gegenüber noch nicht vollständig verloren gegangen ist.

Der Partei-Vorstand erließ, angesichts des furchtbaren Elends, in das die Angehörigen der Verurtheilten versetzt wurden, einen Aufruf zur Sammlung für die Frauen und Kinder derselben. In unserer Presse wurde darauf hingewiesen, daß der Vorgang, wegen dessen das harte Urtheil ergangen ist, garnichts mit der Sozialdemokratie wie überhaupt mit der Arbeiterbewegung zu thun habe. Im Gegentheil, gerade dadurch unterscheiden sich die organisirten Arbeiter von jenen, die den Organisationen fern stehen, daß sie wissen, daß mit Krawallen, Putschen und ähnlichen Gewaltmitteln für die Arbeiter nichts zu erzielen ist, und daß solche Vorgänge den Gegnern der Arbeiterbewegung in der Regel nur den willkommenen Vorwand geben, ihrem verhaltenen Groll die Zügel schießen zu lassen.

Wenn trotz des Mangels irgend welchen Zusammenhangs des Krawalls mit der Arbeiterbewegung der Partei-Vorstand sich zu seinem Aufruf entschloß, so geschah es um der offenkundigen Thatsache willen, daß der Wahrspruch der Geschworenen und das Urtheil der Richter sich nicht aus der Schwere des abgeurtheilten Thatbestandes erklären lassen. Die in unseren Bourgeoiskreisen — und zwar in Sachsen noch mehr als anderwärts — verbreitete Abneigung und Vorurtheile gegen die moderne Arbeiterbewegung vermögen die aus diesen Kreisen stammenden Richter und Geschworenen auch nicht abzustreifen, wenn sie sich auf den Richterstuhl setzen. So erscheinen ihnen Handlungen, von denen sie annehmen, daß sie mit der Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie zusammenhängen, besonders verwerflich und strafbar. So wird auch das Löbtauer Urtheil nur erklärlich im Zusammenhang mit dem gewaltigen Klassenkampf, der zwischen Bourgeoisie und Proletariat in den modernen Kulturstaaten ausgekämpft wird. In diesem Sinne erscheinen auch die Löbtauer Verurtheilten als Opfer des Klassenkampfes und deshalb glaubte der Partei-Vorstand nur seine Pflicht zu erfüllen, wenn er durch den Aufruf von den Angehörigen der Verurtheilten die schlimmsten materiellen Sorgen abzuwenden suchte.

Dieses Ziel ist erreicht worden. In verhältnißmäßig kurzer Zeit wurde durch die Sammlung, zu der aus allen Kreisen des In- und Auslandes, sogar auch von aktiven Richtern, Beiträge geliefert wurden, eine Summe aufgebracht, mit der der angestrebte Zweck ausreichend befriedigt werden kann. Am 6. Februar 1899 erfolgte die erste Veröffentlichung des Aufrufs, und schon am 18. März konnte der Partei-Vorstand die Sammlung für geschlossen erklären. Achtundachtzigtausendzweihundertundsiebenundvierzig Mark waren in den fünf Wochen nach der Veröffentlichung des Aufrufs bei dem Parteikassirer eingegangen. Zu dieser Summe kommen noch 16,000 Mk., welche für denselben Zweck gesammelt, aber später eingesandt wurden. Wenn man bedenkt, daß diese Summe zum weitaus größten Theil von armen Arbeitern aufgebracht ist, so stellt die Sammlung dem Opfersinn und Solidaritätsgefühl der Arbeiterschaft ein glänzendes Zeugniß aus. Ob man in den maßgebenden Kreisen Sachsens die durch die Sammlung für die Opfer des bürgerlichen Geschworenen-Gerichts von dem deutschen Proletariat gegebene Antwort verstanden hat, wissen wir nicht. Offiziell hat man der Sammlung nur insofern Aufmerksamkeit geschenkt, als man die sammelnden Arbeiter oder die Blätter, die den Aufruf abgedruckt hatten, mit Strafbefehlen wegen unerlaubten Kollektirens verfolgte.

Daß das Löbtauer Urtheil von unseren Abgeordneten im Reichstag zur Sprache gebracht wurde, war selbstverständlich. Außer dem unvermeidlichen Freiherrn v. Stumm fand sich unter den Abgeordneten kein Vertheidiger für dasselbe. Dagegen gab der Vertreter der sächsischen Regierung im Bundesrath — natürlich ein Staatsanwalt — die charakteristische Erklärung ab, daß die Hetzer die armen Ver-

führten zwar auf Jahre ins Zuchthaus bringen konnten, daß aber ihr Einfluß nicht so weit reicht, den Verurtheilten die Thüren des Zuchthauses auch nur um eine Viertelstunde eher zu öffnen, als es von Rechtswegen zu geschehen hat.

Hier wird also vom Regierungsvertreter offen zugegeben, daß bei dem furchtbar harten Urtheil die verhaßte sozialdemokratische Bewegung von maßgebenden Einfluß war.

Daß die Rechtsprechung, wie sie in Sachsen vielfach wegen Vorgänge auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung geübt wird, auch in anderen als Arbeiterkreisen die Aufmerksamkeit auf sich zieht, das beweist ein Urtheil der vierten Strafkammer des Berliner Landgerichts I, das dieser Gerichtshof unterm 7. Juni d. J. gegen den verantwortlichen Redakteur unseres Zentralorgans „Vorwärts" gefällt hat. Unser Genosse war angeklagt, in einem Artikel, in dem das Urtheil aus Anlaß des Löbtauer Krawalls besprochen wurde, das sächsische Ober-Landesgericht beleidigt zu haben.

Der Angeklagte wurde freigesprochen.

In dem eingehend motivirten Urtheil wird u. a. ausgeführt:

„Der Verfasser des Artikels hat die Thatsache behauptet: das königliche Ober-Landesgericht zu Dresden habe wiederholt Urtheile erlassen, durch welche es offen die Angehörigen der sozialdemokratischen Partei für minderen Rechtes erklärt hätte als andere Staatsbürger und diese Urtheile stellten auf Unterdrückung der Sozialdemokratie gerichtete Bestrebungen vor. Daß solche Urtheile seitens der Richter des Ober-Landesgerichts zu Dresden etwa wider besseres Wissen gefällt worden seien, daß sonach die genannten Richter sich einer bewußten Rechtsbeugung schuldig gemacht hätten, dieser Vorwurf ist nach Auffassung der erkennenden Strafkammer in jener Behauptung objektiv keineswegs enthalten. Es liegt auch kein Grund zu der Annahme vor, daß der Verfasser oder Verbreiter des Artikels einen solchen Vorwurf gegen die Richter des Dresdener Ober-Landesgerichts hätte erheben wollen. Die nächstliegende und durch den Wortlaut an die Hand gegebene Auslegung ist vielmehr die, daß der Passus besagt, die genannten Richter hätten zwar nach bester Ueberzeugung, aber doch unwillkürlich von ihren politischen Anschauungen beeinflußt, Urtheile des behaupteten Inhalts erlassen."

Das Urtheil führt weiter aus, daß der Angeklagte sich bereit erklärt habe, den Wahrheitsbeweis durch Berufung auf eine Reihe von Urtheilen des sächsischen Ober-Landesgerichts zu Dresden zu führen. Das Gericht trat diesem Antrage bei und in dem Urtheile werden nun eine ganze Reihe von Erkenntnissen aufgeführt, die der genannte sächsische Gerichtshof bei verschiedenen Anlässen gefällt hat. Ueber diese Entscheidungen des Ober-Landesgerichtes heißt es in dem Berliner Urtheil:

„Durch diese Entscheidung wird also eine an sich erlaubte Aufforderung zur Theilnahme an einer Verrufserklärung schlechthin dann für strafbar erklärt, wenn sie den Versuch enthält, Andersgesinnte zu Gunsten sozialdemokratischer Bestrebungen zu beeinflussen, das heißt mit anderen Worten, wenn die Verrufserklärung von sozialdemokratischer Seite ausgeht.

Das königliche Ober-Landesgericht zu Dresden hat in einer Reihe von Entscheidungen den Grundsatz ausgesprochen, daß gegen Handlungen, welche von Sozialdemokraten im Parteiinteresse vorgenommen werden, auch wenn die Handlungen an sich nichts Unerlaubtes enthalten, doch im Wege polizeilichen Verbots oder direkter strafrechtlicher Ahndung vorgegangen werden könne, weil solche Handlungen immer dazu dienten, die Ziele einer staatsgefährlichen politischen Partei zu fördern, welche die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung mit verbrecherischen Mitteln umstürzen und welche insbesondere die monarchische Regierungsform mit solchen verbrecherischen Mitteln beseitigen wolle."

Der Berliner Gerichtshof giebt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß selbstverständlich nicht im Entferntesten daran zu denken sei, daß das Ober-Landesgericht diesen Grundsatz wider besseres Wissen aufgestellt und somit bewußt das Recht gebeugt habe. Ein solcher Vorwurf sei in dem inkriminirten Artikel auch nicht erhoben.

„Allein nach der Aufhebung des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 (mag damit auch keine ausdrückliche staatliche Anerkennung der Sozialdemokratie ausgesprochen worden sein, so wenig wie eine solche auch bezüglich der übrigen politischen Parteien besteht) sind doch ausdrückliche Gesetzesbestimmungen, welche die Lebensäußerungen der sozialdemokratischen Partei im Gegensatz zu anderen politischen Parteien zu etwas Unerlaubtem stempelten, nicht mehr vorhanden, und die gegenwärtig herrschende öffentliche Meinung erhebt deshalb den Anspruch, daß der allgemeine Grundsatz der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz nunmehr uneingeschränkt auch den Anhängern der sozialdemokratischen Partei zu Gute kommen müsse. Der Vorwurf, von diesem Grundsatz zum Nachtheile der sozialdemokratischen Partei abgewichen zu sein, enthält somit die Behauptung, daß die Richter bei ihren Rechtssprüchen nicht vermocht hätten, sich über ihren politischen Standpunkt zu erheben, und daß sie, unbewußt, auf Kosten höchster richterlicher Objektivität und Unbefangenheit, von ihren politischen Ueberzeugungen sich bei ihren Rechtssprüchen hätten beeinflussen lassen.

Dies aber ist die Behauptung einer Thatsache, welche geeignet ist, die genannten Richter — wenn auch gewiß nicht verächtlich zu machen, so doch immerhin in der öffentlichen Meinung bis zu einem gewissen Grade herabzuwürdigen.

Nun besagen aber, wie oben ausgeführt, die wiedergegebenen Entscheidungen in der That, daß die Angehörigen der sozialdemokratischen Partei bei Gefahr strafrechtlicher Ahndung einer Reihe von Handlungen nicht begehen dürfen, die den Angehörigen anderer Parteien erlaubt seien. Der Erfolg dieser Entscheidungen ist, daß allerdings für die Sozialdemokraten eine rechtlich weniger günstige Lage geschaffen worden ist, als für andere Staatsbürger.

Zu untersuchen, ob jene Auffassung des Ober-Landesgerichts zu Dresden von dem Wesen und den Zielen der Sozialdemokratie zutrifft und demgemäß zu prüfen, ob die darauf gestützte Rechtsprechung thatsächlich und juristisch haltbar ist, kann selbstverständlich nicht Aufgabe des jetzt erkennenden Gerichtshofes sein. Hier interessirte einzig und allein die Frage: was hat thatsächlich das Ober-Landesgericht zu Dresden auf dem fraglichen Gebiet in seinen Entscheidungen ausgesprochen, und welche Wirkungen üben diese Entscheidungen auf die Rechtslage der sozialdemokratischen Partei aus? Sind aber die Anhänger dieser Partei durch die erörterte Spruchpraxis, in der Bedeutung, welche die erkennende Kammer ihr beimißt, in der That rechtlich ungünstiger gestellt worden als die Anhänger anderer Parteien, und kann es nach den obigen Darstellungen keinem Zweifel begegnen, daß das Ober-Landesgericht zu Dresden in bester Ueberzeugung seines guten Rechts, den Eintritt dieses Erfolges auch beabsichtigt hat, so ist damit der Beweis erbracht: daß das Ober-Landesgericht zu Dresden, wie der inkriminirte Artikel es ausdrückt: die Anhänger der Arbeiterpartei für minderen Rechtes erklärt hat denn andere Staatsbürger und daß das Ober-Landesgericht zu Dresden an den auf Unterdrückung dieser Partei gerichteten Bestrebungen theilgenommen hat."

Daß dieses Urtheil, obwohl es nichts ausspricht als eine Praxis fest stellt, zu der sich der oberste sächsische Gerichtshof wiederholt bekannt hat, ein wahres Indianergeheul in der arbeiterfeindlichen Presse hervorgerufen hat, versteht sich am Rande. Die Früchte einer solchen Rechtsprechung lassen sich die Herrn Scharfmacher gern gefallen, aber ihre zutreffende Beleuchtung von autoritativer Stelle trifft sie wie Peitschenhiebe.

* * *

Die Agitation für die Ausbreitung der Partei und ihrer Grundsätze wurde auch im letzten Jahre mit unermüdlichem Eifer von den Genossen allerwärts fortgesetzt. Zwar wurden die alten Mittel der Gegner, uns in der Agitation zu behindern, seit den letzten Reichstagswahlen in verschärfter Weise in Anwendung gebracht. Ungesetzliche Versammlungsverbote, Auflösungen von Versammlungen ohne jeden hinreichenden Grund, Abtreibung von Versammlungs-

lokalen, Militärboykott und Verweigerung der Tanzerlaubniß gegen solche Lokalbesitzer, die ihre Säle zu Arbeiterversammlungen hergeben, und im westlichen Kohlenrevier auch die Schanksperre während der Zeit der Versammlungen, das ist eine kleine Mustersammlung der Hilfsmittel, deren sich Behörden und Bourgeois bedienen, um das gesetzlich gewährleistete Vereins- und Versammlungsrecht für die klassenbewußten Arbeiter zu einem leeren Stück Papier zu machen. Wo aber die Arbeiter den gegen sie geübten Druck damit beantworten, daß sie nun ihrerseits die Lokale, in denen man sie als Versammlungsbesucher nicht haben will, meiden, diese Lokale boykottiren, da wird diese Nothwehr der Arbeiter von Polizei und Staatsanwaltschaft als grober Unfug verfolgt und von den Gerichten mit empfindlichen Haftstrafen geahndet. Der Boykott aus politischer Unterdrückungssucht gegen die Arbeiter angewendet ist in den Augen aller Staatsstützen ein wohlgefälliges Werk. Aber der Boykott von den Arbeitern aus Nothwehr zur Vertheidigung ihrer politischen Rechte angewendet ist — grober Unfug.

Diese offenbare Ungerechtigkeit und dieses Messen mit zweierlei Maß hat freilich die genau entgegengesetzte Wirkung, die unsere Gegner damit bezwecken. Das Verbot mancher Versammlung hat agitatorisch mehr gewirkt als es die beste Rede hätte thun können, und wenn es nach langen und erbitterten Kämpfen wieder gelingt, ein Versammlungslokal zu erzwingen, so zeigt in der Regel der Besuch, daß der Kampf für unsere Sache wahrlich nicht umsonst geführt worden ist.

Riesengroße Anstrengungen werden von unseren Gegnern, besonders in den östlichen Provinzen, gemacht, um dort die Arbeiter, welche bei der letzten Reichstagswahl in so überraschender Weise für die sozialdemokratischen Kandidaten votirten, wieder in die konservativen und ultramontanen Schafställe zurück zu bringen. Ein Versuch, der freilich ebenso aussichtslos ist als er emsig betrieben wird. Zunächst setzen unsere Genossen in den Ostprovinzen der konservativen Sozialistenhatz eine Agitation entgegen, die an Energie nichts zu wünschen übrig läßt und dementsprechend auch Erfolge aufweist. Wo aber unsere Genossen angesichts der ungeheueren Schwierigkeiten, die es in diesen zurückgebliebenen Provinzen zu überwinden giebt, noch nicht hingelangen konnten, da arbeiten uns die konservativen Sozialistenvertilger tüchtig vor, indem sie die Massen durch antisozialistische Flugblätter und Broschüren auf unsere Partei aufmerksam machen. So weit sind eben doch auch die Arbeiter der östlichen Provinzen schon, daß sie sich sagen: wenn die Junker und ihre Sippe auf die Sozialdemokraten gar so sehr schimpfen, dann müssen es Letztere gewiß ganz gut mit den Arbeitern meinen.

Zwei bedeutungsvolle Vorgänge, die in der Zukunft noch werthvolle Früchte zeitigen werden, haben sich in den rheinisch-westfälischen Industrie- und Montanbezirken abgespielt. Wir meinen den großen Weberausstand in Krefeld und den Ausstand der polnischen Bergarbeiter in Herne. Beide Bewegungen sind ausgegangen von Arbeitern, die der Sozialdemokratie fern stehen. Die streikenden Krefelder Weber gehörten ihrer Mehrzahl nach den dortigen katholischen Arbeitervereinigungen an und dürfen politisch wohl als Anhänger des Zentrums bezeichnet werden. In Herne aber handelte es sich um Arbeiter, die von einer politischen oder gewerkschaftlichen Organisation überhaupt keine Ahnung haben. Wenn nun auch die Herner Vorgänge für eine Anzahl der Betheiligten in Folge ihrer Unkenntniß über den Werth der Organisation und Disziplin für Arbeiter, die in einen Lohnkampf eintreten, ungemein bedauerliche Folgen hatten, so können wir doch im Anschluß an beide Vorgänge eine Thatsache konstatiren, welche für die zukünftigen Lohnkämpfe der Arbeiter jener Bezirke von unschätzbarer Bedeutung ist. In Krefeld sowohl wie in den Kohlenbezirken haben sich nämlich die bestehenden Organisationen der Arbeiter — unbekümmert um ihre religiöse oder politische Richtung — zusammengefunden und in Krefeld den Kampf geeint siegreich zu Ende geführt, im Kohlenrevier aber verhindert, daß der kopflose Herner Ausstand weiter um sich griff. Zugleich wurde eine Basis geschaffen, von der aus die Interessen

der Bergarbeiterschaft in Zukunft plan- und zielbewußt wahrgenommen werden können. Der in die Augen springende Vortheil, der den betheiligten Arbeitern aus diesem Zusammenwirken erwachsen muß, wird die einmal getroffene Verständigung immer mehr festigen und jeden Versuch, die Arbeiter bei der Wahrnehmung ihrer Interessen wieder in zwei Lager zu trennen, hinfällig machen. Die Arbeiter müssen endlich begreifen lernen, daß so wenig die Unternehmer sich in katholische oder protestantische, in liberale oder konservative Unternehmer-Organisationen vereinigen, sondern ohne Rücksicht auf ihre politische oder religiöse Ueberzeugung zusammen stehen, auch sie diesem Beispiel folgen müssen. Diese Einigung eröffnet die Aussicht, daß in Zukunft die Arbeiter der beiden industriellsten Provinzen Preußens in der Arbeiterbewegung endlich jene Rolle spielen werden, die ihnen nach ihrer Zahl und Intelligenz zukommt.

* * *

Auf dem Gebiete der **Wahlen** hat das letzte Jahr wieder recht erfreuliche Erfolge gebracht. Zunächst war den Berliner Genossen Gelegenheit gegeben, eine Scharte von der letzten Reichstagswahl her auszuwetzen. Der Reichstag erklärte die Wahl des freisinnigen Vertreters für den II. Berliner Wahlkreis, der mit 15 Stimmen Mehrheit bei der Stichwahl gewählt worden war, für ungiltig. Es mußte deshalb Neuwahl stattfinden. Der Umstand, daß diese innerhalb des ersten Jahres nach der Hauptwahl, also auf Grund der alten Wählerlisten stattfand, und der weitere Umstand, daß der liberale Berliner Magistrat die Wahl über den Oster-Umzugstermin hinausschob, bei welcher Gelegenheit viele Arbeiterwähler aus dem Kreise verzogen, ließ voraussehen, daß bei der Neuwahl die Stimmenzahl für unseren Kandidaten geringer sein werde als bei der letzten Haupt- und besonders bei der Stichwahl. Um so größer war der Jubel der Genossen in Berlin und der gesammten Partei, als am 11. April 1899, dem Wahltag, Abends sich die Nachricht verbreitete, daß unser Kandidat Richard Fischer mit 24320 Stimmen die sämmtlichen Gegner im ersten Wahlgange geschlagen hatte. Bei den in einigen anderen Reichstags-Wahlkreisen nothwendig gewordenen Ersatzwahlen, so in Schaumburg-Lippe und dem Kreise Pyritz-Saatzig, stellte die Partei zwar auch Kandidaten auf, doch wurde die Agitation — in Rücksicht auf die absolute Aussichtslosigkeit — nur lässig betrieben, was einen kleinen Rückgang der Stimmenzahl gegen früher im Gefolge hatte.

Mit immer steigendem Erfolge betheiligten sich unsere Genossen an den Gemeindewahlen. In hunderten von städtischen und ländlichen Gemeinden der verschiedenen deutschen Länder sind unsere Genossen in den Gemeinderäthen bereits vertreten und jede Neuwahl bringt neue Erfolge. So sind im abgelaufenen Jahre u. a. auch in den Städten Breslau und Magdeburg sozialdemokratische Kandidaten in der dritten Klasse in die Stadtverordneten-Versammlungen gewählt worden. Bei den Gewerbegerichtswahlen ist es nach und nach dahin gekommen, daß den Kandidatenlisten für die Arbeitnehmer der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gegnerische Listen — weil absolut aussichtslos — vielfach garnicht mehr entgegengestellt werden. Als Beweis für das Wachsthum unserer Partei sei auch die Thatsache erwähnt, daß Innungen, in denen die Sozialdemokraten die Mehrheit haben und den Vorstand besetzen, nicht mehr zu den Seltenheiten gehören. Natürlich ist diese Erscheinung den Zunftbrüdern unter den Handwerkern und jenen politischen Drahtziehern aus der konservativen und Zentrumspartei, die die Innungen als ihre Parteikonventikel und die Innungsmitglieder als ihr Stimmvieh betrachten, sehr unangenehm. Wird aber mit der Durchführung der Zwangsinnungen in der bisher beliebten Weise weiter fortgefahren, dann können sich die Förderer des Zunftrummels noch auf manche Ueberraschung gefaßt machen.

Eine große Ueberraschung, innerhalb wie außerhalb der Parteikreise, brachten die Ausgangs Juli stattgefundenen bayerischen Landtagswahlen. **Das Wahlgesetz für den bayerischen Landtag ist eine Mustersammlung reaktionärer**

Bestimmungen. Das Wahlrecht ist an die Bezahlung einer direkten Steuer gebunden, die Wahl selbst ist eine indirekte, indem der Wähler nicht den Abgeordneten, sondern Wahlmänner zu wählen hat. Die Wahlkreise und die Wahlbezirke, in welche erstere eingetheilt werden, sind zu bilden nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1875, so daß also der gesammte Bevölkerungszuwachs in den letzten 24 Jahren, der besonders den Städten und industriellen Ortschaften zu statten kam, bei den Landtagswahlen unberücksichtigt bleibt. So kommt es, daß, während in einer Reihe ländlicher Kreise bereits auf 25—28 000 Einwohner ein Abgeordneter kommt, in Nürnberg erst auf 50 000 und in München gar erst auf 70 000 Einwohner ein solcher fällt. Noch schlimmer wirkt die Bindung an die Ergebnisse der Volkszählung von 1875 bei der Eintheilung der Wahlbezirke. Es kommt vor, daß in manchen innerstädtischen Bezirken, wo in Folge der Neu- und Umbauten die Einwohnerzahl sogar abgenommen hat, 300—400 Wähler 6—7 Wahlmänner zu wählen haben, während in den riesig angewachsenen Vororten auf 3000 und mehr Wähler nur 3—4 Wahlmänner kommen. Daß unter dieser Eintheilung besonders der Werth der Arbeiterstimmen — trotz theoretisch gleichen Wahlrechts — besonders herabgedrückt wird, bedarf keiner näheren Darlegung.

Eine besondere Eigenthümlichkeit des bayerischen Wahlrechts bildet die Listenwahl. Nur vereinzelte Wahlkreise wählen einen Abgeordneten, in den übrigen Kreisen sind zwei bis fünf Abgeordnete zu wählen. Die Abgeordnetenwahlen erfolgen mit absoluter Mehrheit. Hat eine Partei im Wahlkreise unter den Wahlmännern eine Stimme mehr als die Hälfte, so kann diese eine Stimme unter Umständen den Gewinn von fünf Mandaten bedeuten. Dabei kann es sich bei diesem wunderbaren Wahlsystem ergeben, daß auf die Wahlmännerkandidaten der unterlegenen Partei die große Majorität der Urwählerstimmen gefallen ist. Diese Abnormität ergiebt sich aus der Bezirkseintheilung auf Grund der 1875er Volkszählung, wodurch der Werth der Stimme steigt oder fällt, ja nachdem der Urwähler in einem vom modernen Verkehr unberührt gebliebenen Winkel wohnt oder in einem aufblühenden Gemeinwesen.

Ungeachtet aller dieser Schwierigkeiten, unter welchen besonders unsere Partei zu leiden hat, brachten die am 10. Juli stattgehabten Urwahlen einen kolossalen Erfolg für unsere Partei. Die Zahl der sozialdemokratischen Wähler hat sich in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen verdoppelt, ja verdreifacht, unser bisheriger Besitzstand von vier Mandaten in Nürnberg und einem Mandat in München II blieb glänzend gesichert und außerdem waren wir in einer Anzahl weiterer Kreise so gewachsen, daß die Entscheidung über die endgiltige Wahl in die Hände unserer Genossen lag. Von 376 sozialdemokratischen Wahlmännern bei der Wahl 1893 hat es unsere Partei dieses Mal auf 642 Wahlmänner gebracht, die Zahl derselben also fast verdoppelt.

Besonders erfolgreich war unsere Partei bei der Wahl in München I und in der Rheinpfalz. In München I, wo 344 Wahlmänner fünf Abgeordnete zu wählen haben, brachte unsere Partei 166 Wahlmänner bei den Urwahlen durch. Es fehlten also nur 7 Stimmen an der absoluten Mehrheit. In der Rheinpfalz, wo unsere Partei 1893 nur drei Wahlmänner durchzubringen vermochte, wurden dieses Mal 143 Sozialdemokraten gewählt, davon in dem Wahlkreise Speyer-Ludwigshafen-Frankenthal, der vier Abgeordnete zu wählen hat, allein 88, gegen 28 nationalliberale, 75 bauernbündlerische und 48 dem Zentrum angehörende Wahlmänner. Im Wahlkreise Pirmasens, mit 3 Abgeordneten, waren 10 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt, die zwischen 103 bauernbündlerisch-nationalliberalen und 102 dem Zentrum angehörenden Wahlmännern standen.

Nachdem unsere bayerischen Parteigenossen bei den Urwahlen überall selbständig in den Wahlkampf eingetreten und ihre Parteikandidaten als Wahlmänner aufgestellt haben, also ihre Selbständigkeit bewahrt und die Stärke der Partei zum klaren Ausdruck gebracht hatten, vereinbarten die Genossen

in München I und der Rheinpfalz eine gemeinsame Liste mit dem Zentrum, wodurch in den Wahlkreisen München I, Speyer-Ludwigshafen und Pirmasens die Abgeordneten nach dem bei den Wahlmännerwahlen festgestellten Stärkeverhältniß vertheilt wurden. Es wurden danach von den fünf Abgeordneten in München I drei, in Ludwigshafen bei vier Mandaten zwei und in Pirmasens bei drei Abgeordneten ein Sozialdemokrat gewählt. Die sozialdemokratische Fraktion wird also, statt wie bisher mit fünf, mit elf Mann in den Landtag einziehen.

So allgemein in der gesammten Partei die Freude und Genugthuung über den gewaltigen Stimmenzuwachs unserer bayerischen Genossen getheilt wurde, so wurde gegen diese mit dem Zentrum getroffene Wahlvereinbarung nach der Wahl von verschiedenen Seiten in der Partei Bedenken geäußert. Da die Landtagswahlen, nach wiederholten Beschlüssen früherer Parteitage, zu den Befugnissen der Landesorganisationen gehören, so hat der Partei-Vorstand weder eine Gelegenheit gehabt, noch eine solche gesucht, sich in den bayerischen Landtagswahlkampf, den wir bei den dortigen Genossen in guten und bewährten Händen wußten, einzumischen. Von dem Abkommen mit der Zentrumspartei erfuhr der Partei-Vorstand erst, als dasselbe bereits perfekt war und die Wahlresultate vorlagen.

Erwähnt sei übrigens noch, daß es nach bayerischem Wahlrecht Stichwahlen nicht giebt und zwei Drittel der Wahlmänner bei Beginn der Wahl anwesend sein müssen. Ist letzteres nicht der Fall, so können die abwesenden Wahlmänner — wie das bei einer früheren Wahl gegen unsere Nürnberger Genossen praktisch durchgeführt wurde — in die Kosten des vereitelten Wahltermins verurtheilt werden. Da in diesem Falle die unnütz anwesenden Wahlmänner Tagegelder in Ansatz bringen können, so kann es sich in einem solchen Falle unter Umständen um tausende von Mark Kosten handeln. Der von Gegnern der Wahlvereinbarung gemachte Vorschlag, unsere Genossen hätten von der Wahl fernbleiben sollen, wäre also für München und Ludwigshafen-Speyer schon aus den vorstehend entwickelten Gründen undurchführbar gewesen.

* * *

Die **1. Mai-Demonstration**, an der sich auch im letzten Jahre die gesammte klassenbewußte deutsche Arbeiterschaft betheiligte, ist fast überall glänzend verlaufen. In zahllosen Versammlungen am Vormittag des 1. Mai oder, wo solches nicht möglich war, am Abend dieses Tages, wurde die Bedeutung desselben für das kämpfende Proletariat dargelegt und entsprechende Resolutionen angenommen. Einige Unternehmer in der Möbel- und Holzbranche — besonders in Berlin und Leipzig — sperrten ihre Arbeiter, die am 1. Mai die Arbeit ruhen ließen, aus. Der Mangel an Ersatzarbeitern und der drängende Geschäftsgang belehrte die Herren aber bald eines Besseren und sie waren froh, als die Ausgesperrten wieder an ihre Arbeitsplätze zurückkehrten. Daneben fehlte es aber auch nicht an verständigen Unternehmern, die den Arbeitern den ganzen oder doch einen halben Tag aus eigenem Entschlusse freigaben. Auf alle Fälle hat der Verlauf der Mai-Demonstration auch dieses Jahr wieder bewiesen, daß der Gedanke der Maifeier unausrottbar in den Herzen der klassenbewußten Arbeiter eingegraben ist.

* * *

Die **Parteipresse** hat im Laufe des letzten Jahres den Verlust eines ihrer ältesten und begabtesten Mitarbeiter zu beklagen. Samuel Kokosky, der langjährige Redakteur des Braunschweiger Partei-Organs vor, während und nach dem Sozialistengesetz und spätere Redakteur unseres illustrirten Unterhaltungsblattes „Neue Welt“, ist am 21. Mai d. J. am Herzschlag in Berlin verstorben. Dasselbe Schicksal ereilte am 29. August den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“, August Jakobey, der in den ersten drei Jahren nach der Neuorganisation der Partei in Halle 1890 der Parteileitung und vom Jahre 1894 ab bis zu seinem plötzlichen Tode nacheinander den Redaktionen des „Sozialdemokrat“ und „Vorwärts“ angehörte.

Die Zahl der Parteiblätter ist im Laufe des letzten Jahres um fünf gewachsen, sodaß jetzt die Partei über 73 politische Zeitungen in Deutschland verfügt. Von größerer Bedeutung als diese Vermehrung der Zahl, die sich zum Theil durch die Herausgabe von Kopfblättern erklärt, ist die im Laufe des Jahres erfolgte Umwandlung von bisher drei Mal erscheinenden Blättern in täglich erscheinende Blätter. Es haben solche Umwandlungen unter finanzieller Beihilfe der Gesammtpartei speziell auch in Chemnitz und Karlsruhe stattgefunden. Am ersteren Orte sind die beiden Organe, der in Chemnitz täglich erscheinende „Beobachter" und die in Burgstädt wöchentlich drei Mal erscheinende „Volksstimme" verschmolzen und erscheint jetzt in Chemnitz, hergestellt in eigener Druckerei, für acht sächsische Reichstagswahlkreise „Die Volksstimme" täglich in großer und stetig steigender Auflage.

Nach Karlsruhe wurde der bis dahin in Offenburg drei Mal wöchentlich erscheinende „Volksfreund" verlegt, wo er jetzt sechs Mal erscheint und ebenfalls an Auflage bedeutend zugenommen hat. Mit großem Erfolge haben auch die Anhaltiner Genossen ihr bisher drei Mal in Dessau erscheinendes Parteiblatt in ein täglich erscheinendes Blatt umgewandelt. In Altenburg, Bochum und Essen sind die früher zwei und drei Mal erscheinenden Kopfblätter in täglich erscheinende umgewandelt worden. Neu gegründet als Tageblatt wurde im letzten Jahre mit Hilfe der Gesammtpartei die in Straßburg für die gesammten Reichslande erscheinende „Freie Presse".

Ueber den materiellen Stand der einzelnen Organe sind dem Partei-Vorstande im Laufe des letzten Jahres im Allgemeinen befriedigende Berichte zugegangen. Zwar haben finanzielle Beihilfen aus der Parteikasse auch im laufenden Jahre mehrfach geleistet werden müssen, doch wurden die Hauptsummen weniger zur Deckung von Defizits, als zur Beschaffung von durch Vergrößerungen nothwendig gewordene Anschaffungen von Druckereimaterialien, Maschinen 2c. gebraucht.

Die bereits im vorigen Jahresbericht erwähnte Herausgabe von in unregelmäßigen Zwischenräumen durch Provinzial- und Kreiskomitees erscheinenden Agitationsblättern hat sich ganz gut bewährt und ist die Zahl derselben erheblich gewachsen.

Die wissenschaftliche Revue „Neue Zeit", sowie die illustrirten Unterhaltungsblätter „Neue Welt" und „In Freien Stunden" und die beiden Witzblätter „Wahrer Jakob" und „Süddeutsche Postillion" erscheinen in bisheriger Weise. Dasselbe ist von den beiden Parteikalendern „Neue Welt-Kalender" und „Arbeiter-Notizkalender" zu sagen. Diese Kalender sind Volksbücher im vollen Sinne des Wortes geworden und werden in hunderttausenden von Exemplaren abgesetzt. Auch die Riesen-Auflagen der Maifest- und März-Gedenknummer sind bis zum letzten Exemplar abgesetzt worden.

Die im vorigen Jahresbericht angekündigten Maßnahmen, um die Herstellung der „Neuen Welt" zu verbilligen — Anschaffung von Rotationsmaschinen für den Illustrationsdruck — sind in die Wege geleitet und deren endgiltige Ausführung nur dadurch verzögert worden, daß die Aufstellung der neuen Maschinen einen umfänglichen Neubau nothwendig machen.

* * *

In der Redaktion des **Centralorgans** traten einige Aenderungen ein. Genosse Dr. Braun wurde als Ausländer ausgewiesen, Genosse Enders übernahm die Redaktion der „Volksstimme" in Chemnitz; an ihrer Stelle traten in die Redaktion ein die Genossen Kurt Eisner und Heinrich Wetzker. Für den Verlust August Jakobey's ist bis zum Abschluß dieses Berichts noch kein Ersatz geschaffen worden.

Die Redaktion hat sich bemüht, den von außen an sie gebrachten Wünschen und Anregungen zu entsprechen. In regelmäßigen Berathungen mit der Preßkommission wurde die nöthige Fühlung mit den Berliner Parteigenossen genommen.

Obwohl der „Vorwärts“ dem Umfange nach bedeutend vermehrt wurde und obwohl die Kosten für Berichterstattung, besonders über Vorgänge in Berlin sowie in den Vororten Berlins, erheblich gewachsen sind, ist der finanzielle Stand des Blattes doch ein besserer als je. Der Ueberschuß mit Mk. 64 677 übertrifft den vorjährigen um Mk. 11 330. Die Auflage des Vorwärts beträgt jetzt 53 000 Exemplare.

Durch die weitere Aufstellung einer neuen Zwillingsrotationsmaschine soll demnächst die Möglichkeit geschaffen werden, daß die am späten Abend einlaufenden Berichte und Telegramme noch Aufnahme und Bearbeitung finden, wodurch das Centralorgan auch in dieser Hinsicht den großen bürgerlichen Blättern gleichzukommen in die Lage versetzt werden wird.

Die genaue Spezifikation der Einnahmen und Ausgaben folgt nachstehend:

1898/1899.

	Juli-September 1898		Oktober-Dezember 1898		Januar-März 1899		April-Juni 1899		Summe	
A. Eingänge:										
Abonnementsgelder durch die Expedition	110295	35	107352	80	111677	05	114101	80	443430	—
Abonnementsgelder durch die Post	9133	35	9181	25	9337	60	8592	50	36244	70
Inseraten-Einnahme	30627	55	41916	45	36864	25	41108	95	150517	20
Gewinn aus dem Broschürenverkauf durch die Expedition			1079	20					1079	20
Gesammt-Einnahme Mk.	150056	25	159529	70	157878	90	163806	25	631271	10
B. Ausgänge:										
Diverse Unkosten: (Porto f. Kreuzbänder, Gebühren für Ueberweisungen, Porto und Depeschen d. Redaktion, Telephon, Steuern, Beleuchtung, Laufburschen der Redaktion, Schreibutensilien, Geschäftsbücher, Formulare, Agitation rc. rc.)	5271	05	7412	15	4456	15	8090	25	25229	60
Zeitungs-Abonnement	334	55	388	75	429	35	359	75	1512	40
Berichterstatter-Honorar	9028	60	12646	30	7668	20	9334	05	38677	15
Feuilleton	1292	05	2081	10	2605	95	2851	75	8830	85
Redaktion u. angestellte Mitarbeiter	13400	25	15942	35	14920	75	14613	85	58877	20
Depeschen und Parlamentsberichte	492	60	945	40	1862	20	1225	40	4525	60
Neue Welt	7721	20	7664	—	7904	90	8006	10	31296	20
Gehälter der Expedition	2915	—	2920	—	2622	—	3077	—	11534	—
Miethe	1247	50	1247	50	1247	50	1247	50	4990	—
Gerichtskosten	201	30	1224	40	370	60	897	90	2694	20
Redaktionsbibliothek	40	20	414	65	6	—	204	25	665	10
Druckrechnung	87998	70	94487	50	98631	70	96643	90	377761	80
Gesammt-Ausgabe Mk.	129943	—	147374	10	142725	30	146551	70	566594	10
Gewinn „	20113	25	12155	60	15153	60	17254	55	64677	—
wie oben unter A Mk.	150056	25	159529	70	157878	90	163806	25	631271	10

Der Gesammtüberschuß beträgt Mk. 64 677,—.

Berlin, den 14. September 1899.

Revidirt und für richtig befunden:

H. Meister. C. Oertel. Theodor Metzner. H. Koenen.
Fr. Brühne. Aug. Kaden.

Der Geschäftsbericht der **Buchhandlung Vorwärts** für das Jahr 1898/99 giebt wie in den Vorjahren ein befriedigendes Bild. Ist auch der Waarenumsatz gegenüber dem des letzten Jahres um 10000 Mk. niedriger, so findet das seine Erklärung wohl in der Thatsache, daß in das letztverflossene Geschäftsjahr die Periode der Reichstagswahlen mit dem erhöhten Bedürfniß nach Agitations- und Flugschriften gefallen ist, anderseits darf aber hervorgehoben werden, daß der diesjährige Waarenumsatz gleichwohl die höchste Ziffer der früheren Jahre noch um 40000 Mk. überholt hat und damit die erfreuliche Thatsache ständiger Entwickelung der Buchhandlung neu bestätigt.

Die vor $2^1/_2$ Jahren ins Leben gerufene Illustrirte Romanbibliothek „In Freien Stunden" hat einen festen Stamm von Lesern sich erworben; die Erwartungen aber, mit diesem Unternehmen, das seiner Natur nach keinen eigentlichen Parteicharakter tragen kann, in größerem Maßstabe in die der Parteibewegung noch fernstehenden Arbeiterkreise einzudringen, sind nur zum Theile erfüllt worden. Auch der Versuch, mit einem ausgesprochen den Charakter eines Kolportageromans tragenden Werke die Kolportagebuchhandlungen mehr zu interessiren, erbrachte von Neuem den Beweis, wie schwer und langsam nur unsere Parteigeschäfte den gegen sie geschlossenen Wall von Vorurtheilen und Parteigegensätzen durchbrechen können. Zum Theil ist das wohl auch dem Umstande zuzuschreiben, daß unsere Parteikolporteure bei ihrem Vertriebe sich auf Versammlungen oder doch auf unsere Parteikreise beschränken, die anderen Kolporteure aber gewissermaßen mit feindseligem Auge den sogenannten Parteivertrieb, der ihre Privatinteressen schädigt, betrachten. Unter Würdigung aller dieser Schwierigkeiten kann der Stand der „Freien Stunden" nicht als ungünstig angesehen werden, wenngleich er bei Weitem noch nicht die Höhe erreicht hat, welche der ziffernmäßigen Stärke unserer Partei entspräche.

Ihrer Aufgabe, die Parteiliteratur zu vermehren und die politischen Situationen durch Verbreitung entsprechender Broschüren und Flugblätter propagandistisch auszunutzen, suchte auch im abgelaufenen Jahre die Buchhandlung nach Kräften gerecht zu werden. Wir zählen an Neu-Erscheinungen hier auf: Arbeiter-Notizkalender, der in 20000 Exemplaren Verbreitung fand; Arons: Die preußischen Landtagswahlen (4000 Exemplare); Bebel: „Volkswehr und stehendes Heer" (5000 Exemplare); Bebel: Attentate und Sozialdemokratie (10000 Exempl.); Calwer: Die Kirche im Dienste des Unternehmerthums (20000 Exempl.); Dresdener Zuchthausurtheil vor dem Reichstag (32000 Exemplare); Hirsch: Die Knebelung der Arbeiterklasse durch das Junkerparlament (5000 Exemplare); März-Zeitung (145000 Exempl.); Mai-Zeitung (286000 Exempl.); Protokoll des Stuttgarter Parteitages (35000 Exemplare); Schippel: Koalitionsrecht und Gewerkschaften (65000 Exemplare); Zepler: Welchen Werth hat die Bildung für die Arbeiterin (2000 Exemplare) und endlich Die Zuchthausvorlage vor dem Reichstage, die bis jetzt in einer Auflage von 87500 in die Massen ging.

Daneben sind Neu-Auflagen früher erschienener Publikationen veranstaltet worden, z. B. von Bracke: Nieder mit den Sozialdemokraten, Dietzgen: Zukunft der Sozialdemokratie, Kautsky-Schoenlank: Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie, Keßler: Ziele der Sozialdemokratie, Lafargue: Kommunismus und Kapitalismus, Marx: Kommunistisches Manifest u. s. w.

Ein bereits in früheren Jahren mit Erfolg gemachter Versuch, dem Bedürfniß nach einem unseren Ideen entsprechenden Kunstblatt entgegenzukommen, hat die Buchhandlung Vorwärts (die ja in den beiden letzten Jahren auch zur Herausgabe von illustrirten Postkarten zu März-, Mai- 2c. Feiern geschritten ist) veranlaßt, auf diesem Gebiet einen Schritt weiter zu gehen: sie veranstaltet die Herausgabe von Original-Kupfer-Radirungen und beginnt mit den Porträts von Marx und Engels, denen sich alsbald das von Lassalle

anschließen wird, ausgeführt von einem der ersten Radirkünstler Berlins, und zu solch' niedrigen Preisen, wie sie bisher im Kunsthandel unbekannt waren für Kunstblätter von solchem Werthe. Erschienen sind bereits die sogenannten Remark-Drucke (die ersten 100 Abdrücke von der Radirplatte) und im Laufe des Herbstes werden die übrigen Blätter erscheinen.

Im Allgemeinen dürfen wir also Gang und Stand des Geschäftes, das auch im abgelaufenen Rechnungsjahre der Parteikasse zu Agitationszwecken aus seinen Ergebnissen 25 000 Mk. zur Verfügung stellen konnte, als zufriedenstellend bezeichnen.

* * *

Kassenbericht. Der Kassenabschluß des letzten Rechnungsjahres kann als ein durchaus guter bezeichnet werden. Die Einnahmen sind gegen das Vorjahr gestiegen, während die Ausgaben, die im Vorjahr in Folge der Reichstagswahl besonders hohe waren, um 100 000 Mk. in runder Summe niedriger sind. Es konnte daher auch dem Reservefonds ein Betrag zugeführt werden, der über die im vorigen Jahre entnommene Summe beträchtlich hinausgeht.

Gestiegen sind gegen das Vorjahr die Ausgaben für Unterstützungen, Prozeß- und Gefängnißkosten, Allgemeine Agitation, Reichstagskosten, Preßunterstützungen und Darlehen. Niedriger gegen das Vorjahr sind die Ausgaben für Wahlagitation, Gehälter und Verwaltung und diverse Zwecke.

Von der für Preßunterstützung ausgegebenen Summe muß der für die „Neue Welt" aufgeführte Betrag von Mk. 30 064,34 insofern in Abzug gebracht werden, als er noch unter die Ausgaben des Vorjahres gehört. Im vorigen Kassenbericht ist auf diesen Umstand aufmerksam gemacht und der noch ausstehenden Rechnung für den Zuschuß zur „Neuen Welt" besonders gedacht worden. Nach Abzug der Ausgaben für die „Neue Welt" sind die Ausgaben für die Presse gegen das Vorjahr nur um etwas über Mk. 2000 gestiegen.

Aber auch diese Zunahme ist ganz unbedenklich, weil die gemachten Ausgaben vorwiegend der Weiterentwickelung unserer Presse dienten. So benöthigten die badischen Genossen Mk. 2000, weil sie den „Volksfreund" von Offenburg nach Karlsruhe verlegten und gleichzeitig das Blatt statt wie bisher 3 mal wöchentlich, täglich erscheinen ließen. Den Genossen des großen Wahlkreises Bochum wurden zur Einführung des schon lange begehrten eigenen Blattes (eines Kopfblattes der Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung) Mk. 3200 bewilligt. Der „Märkischen Volksstimme" wurde ein Zuschuß gewährt, damit sie durch Anstellung eines zweiten Redakteurs ihren Inhalt reichhaltiger gestalten konnte 2c.

Auch die erhebliche Steigerung des Darlehns-Konto ist auf den erfreulichen Aufschwung unserer Parteipresse zurückzuführen. Einige unserer Parteigeschäfte vermochten mit den ihnen zur Verfügung stehenden Einrichtungen den wachsenden Anforderungen nicht mehr zu genügen und waren deshalb gezwungen, Erweiterungen und Neuanschaffungen vorzunehmen, deren Kosten sie aus eigenen Mitteln nicht bestreiten konnten. Nun hat zwar die Parteileitung sich aus sehr gewichtigen Gründen von jeher meist ablehnend gegen derartige Anforderungen verhalten, es verblieben jedoch nach gründlichster Prüfung noch genug Fälle, in denen das Parteiinteresse es dringend gebot, daß die gewünschten Darlehen gewährt wurden.

Wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die gegebenen Beträge früher oder später wieder in die Parteikasse zurückfließen.

Im Einzelnen vertheilen sich die Einnahmen und Ausgaben wie folgt:

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. September 1898 bis 31. August 1899.

A. Einnahmen.

Im Monat:	Insgesammt		Von den gesammten Einnahmen entfielen auf:									
			Allgemeine Einnahmen		Darlehns-Konto		Zinsen		Ueberschuß des „Vorwärts"		Vermischte Einnahmen	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1898												
September	17010	49	14009	82	702	48	150	—	—	—	2148	19
Oktober	40331	29	19549	83	600	—	—	—	20113	25	68	21
November	60460	81	59860	81	600	—	—	—	—	—	—	—
Dezember	8909	66	8759	66	150	—	—	—	—	—	—	—
1899												
Januar	68043	39	46905	14	2600	—	6382	65	12155	60	—	—
Februar	6943	15	6193	15	600	—	150	—	—	—	—	—
März	24072	13	23872	13	200	—	—	—	—	—	—	—
April	30879	13	15427	83	150	—	147	70	15153	60	—	—
Mai	23399	83	23149	83	150	—	—	—	—	—	100	—
Juni	30104	85	12447	30	250	—	150	—	17254	55	3	—
Juli	17093	82	10859	57	—	—	6209	25	—	—	25	—
August	13708	35	13708	35	—	—	—	—	—	—	—	—
	340956	90	254743	42	6002	48	13189	60[1])	64677	—	2344	40

340 956,90 Mk.
Hierzu Bestand vom 31. August 1898 5 755,42 „
846 712,32 Mk.

B. Ausgaben.

Im Monat:	Insgesammt		Von den gesammten Ausgaben entfielen auf: Unterstützungen		Prozeß- und Gefängnißkosten		Allgemeine Agitation		Wahl-Agitation		Reichstagskosten		Gehälter und Verwaltungs-Ausgaben		Darlehns-Konto		Preß-Unterstützungen		Vermischte Ausgaben	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1898																				
September	11856	85	1015	—	1883	—	1542	30	2857	—	—	—	1334	55	2000	—	1190	—	15	—
Oktober	28692	98	1373	—	1041	95	8134	53	4950	—	—	—	1313	50	10000	—	1880	—	—	—
November	8214	14	1509	05	323	05	2432	—	680	—	—	—	1017	34	402	70	1850	—	—	—
Dezember	12019	08	1212	85	1028	43	1799	70	2617	—	3000	—	1361	10	600	—	400	—	—	—
1899																				
Januar	68886	98	600	—	907	39	7169	70	—	—	4000	—	1385	55	22000	—	32824	34	—	—
Februar	15173	65	780	—	440	—	2224	65	400	—	5500	—	1113	—	1450	—	3250	—	16	—
März	19661	34	2452	—	1354	70	2498	70	1500	—	4700	—	1351	19	5000	—	750	—	54	75
April	19288	25	9680	50	135	60	3174	35	—	—	4000	—	1337	80	200	—	750	—	10	—
Mai	10982	19	1630	—	200	30	1635	—	1086	—	2700	—	1062	79	400	—	2200	—	68	10
Juni	23450	70	1345	90	169	30	2368	20	—	—	4700	—	1367	30	9650	—	3850	—	—	—
Juli	12410	25	460	—	15	—	2548	80	—	—	100	—	1288	15	4258	30	3740	—	—	—
August	12571	31	1243	—	242	53	4942	25	2125	—	—	—	790	13	2478	40	750	—	—	—
	243207	72	23301	30[1])	7741	25	40470	18	16215	—	28700	—[2])	14742	40	58439	40	53434	34	163	85

	243 207,72 Mk.
Ausgabe für Kapitalanlage	95 069,90 Mk.
Kassenbestand am 31. August 1899	8 434,70 Mk.
	346 712,32 Mk.

Berlin, den 13. September 1899.

Revidirt und für richtig befunden:

H. Meister. C. Oertel. Theodor Metzner. H. Koenen. Fr. Brühne. Aug. Kaden.

Bemerkungen zu A. Einnahmen.

¹) Die Zinserträgnisse sind gegen das Vorjahr geringer. Es ist dies auf den in den Anmerkungen zum vorjährigen Kassenbericht bereits erwähnten Umstand zurückzuführen, daß unter den vorjährigen Eingängen sich ein Posten von über 4000 Mk. befand, der noch in das vorvorjährige Rechnungsjahr gehörte.

Bemerkungen zu B. Ausgaben.

¹) Für Unterstützungszwecke wurden im abgeschlossenen Jahre über 14000 Mk. mehr verausgabt als im Vorjahre. In der Hauptsache ist dieses Mehr auf die bekannte Thatsache zurückzuführen, daß nach den Reichstagswahlen Unternehmer und Behörden darin wetteifern, unsere in der Agitation besonders thätig gewesenen Parteigenossen zu maßregeln und zu verfolgen. Diesen braven Genossen, die oft unter den widrigsten Verhältnissen für unsere Sache kämpfen, den erlittenen Schaden nach Möglichkeit zu ersetzen, wird die Partei stets als eine Ehrenpflicht betrachten.

²) Die Reichstagskosten belaufen sich infolge der langen Dauer der Session und der stärker gewordenen Fraktion auf fast 12000 Mk. höher als im Vorjahre und um 1000 Mk. höher als im vorvorjährigen Rechnungsjahre.

C. Ausgaben für die Parteipresse,

im Einzelnen nachgewiesen.

„Bochumer Volksblatt"	Mk.	3200,—
„Fränkische Volkstribüne"	„	1600,—
„Königsberger Volkstribüne"	„	3700,—¹)
„Mainzer Volkszeitung"	„	1800,—²)
„Märkische Volksstimme"	„	1500,—
„Neue Welt"	„	30064,34³)
„Saalfelder Blätter"	„	2440,—⁴)
„Straßburger Freie Presse"	„	6000,—⁵)
„Thüringer Tribüne"	„	700,—
„Vogtländische Volkszeitung"	„	430,—
„Volksfreund" (Karlsruhe)	„	2000,—
	Mk.	53434,34

Bemerkungen zu C. Ausgaben für die Parteipresse.

¹) Im vorjährigen Kassenbericht war bemerkt, daß die Frage der Erscheinungsweise der Königsberger „Volkstribüne", die unterstützt werden mußte, weil sie sich bei dreimal wöchentlichem Erscheinen nicht deckte, für die Zukunft eine offene sei. Es haben nun später Verhandlungen über diese Frage zwischen dem Parteivorstand und den Königsberger Genossen stattgefunden, bei welchen von den letzteren der dringende Wunsch geäußert wurde, die „Volkstribüne" dauernd dreimal wöchentlich erscheinen zu lassen. Da von Königsberg aus die Agitation in den ostpreußischen Gebieten geschickt und erfolgreich betrieben wird und bei dem herrschenden Saalmangel die Presse vielfach das einzige Aufklärungsmittel bildet, glaubte der Vorstand diesen Wünschen entsprechen zu sollen.

²) Bezüglich der „Mainzer Volkszeitung" haben schon wiederholt Verhandlungen darüber stattgefunden, ob der Zuschuß, den die Zeitung bisher benöthigte, nicht dadurch in Wegfall zu bringen ist, daß die Mainzer Parteigenossen auf die Herausgabe einer eigenen Zeitung verzichten und an ihrer Stelle ein Kopfblatt von Frankfurt a. M. beziehen. Verschiedene Umstände haben bisher die Ausführung dieses Planes unmöglich gemacht, und nachdem einige Mainzer Parteigenossen große Opfer gebracht hatten, um die Volkszeitung zu erhalten, wollte der Parteivorstand die Existenz der Zeitung durch Einstellung der Subvention nicht in Frage stellen.

³) Unter diesem Betrage befinden sich noch 9915,30 Mk. aus dem Jahre 1897. Das Defizit für das Jahr 1898 beträgt 20149,04 Mk., hält sich somit innerhalb der vom Parteitag in Gotha festgesetzten Grenze. Nach Inbetriebsetzung der zur Herstellung des Blattes bestimmten neuen Maschine wird das Defizit voraussichtlich ganz verschwinden.

⁴) Der Zuschuß für die in Saalfeld hergestellten Parteiblätter ist in den letzten Monaten wesentlich verringert worden und ist begründete Aussicht vorhanden, daß er bald gänzlich eingestellt werden kann.

⁵) Die reichsländischen Parteigenossen haben, entgegen dem Rathe der Parteileitung, nach dem Stuttgarter Parteitage die Herausgabe einer täglich in Straßburg erscheinenden Zeitung beschlossen. Bei den eigenartigen Verhältnissen in Elsaß-Lothringen hat dieser Versuch, für die Reichslande wieder ein eigenes Parteiorgan zu schaffen, der Zentralkasse ziemliche Opfer auferlegt.

Tabellarische Uebersicht

der

seit dem Stuttgarter Parteitage eingegangenen Partei-Beiträge

1. September 1898 bis 31. August 1899.

Ort bezw. Kreis	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Aachen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—
Altenburg	200,00	—	—	100,00	—	—	—	—	—	300,00	—	—
Alt-Warthau	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Apolda	—	—	11,45	—	—	—	—	3,50	—	—	—	—
Aschersleben	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—
Augsburg	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	—	40,00	20,00	20,00
Auvelois	—	—	20,16	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bamberg	—	10,00	5,00	5,00	—	10,00	5,00	5,00	—	15,00	—	5,00
Bant	—	1000,00	—	—	108,00	—	—	135,00	—	—	96,00	—
Barmen	—	—	—	—	—	—	200,00	—	—	300,00	—	—
Barth	—	—	—	—	7,00	—	—	—	5,00	—	—	—
Bautzen	—	4,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Berlin I.	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	100,00	100,00	—
" II.	—	542,86	500,00	600,00	—	100,00	100,00	—	—	200,00	—	100,00
" III.	—	—	1000.00	200,00	250,00	—	550,00	1370,00	510,00	500,00	300,00	—
" IV.	—	3000,00	1000.00	1084,55	1000.00	1000.00	1500,00	1520,00	3000,00	2575,00	2580,00	1000,00
" V.	600,00	—	—	—	—	—	—	—	528,75	—	—	—
" VI.	2300,00	5207,93	1400,00	1550,00	1850,00	1932,95	3350,00	5046,21	2000,00	2120,00	1190,00	1850,00
Berlin, diverse	651,35	535,50	476,25	354,20	634,65	293,75	596,49	291,80	371,90	599,15	621,42	220,05
Bern	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
Bernburg	30,00	—	30,00	—	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00
Beuthen (Oberschl.)	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—
Bockenen	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—
Borne bei Magdeb.	—	—	—	—	—	—	6,00	—	—	—	—	—
Bramsche, 4 Hannov. Wahlkreis	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,00
Brandenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—
Braunschweig	—	—	—	448,68	—	200,00	—	—	—	—	—	—
Bremen	300,00	—	3,00	300,00	5,00	—	300,00	—	—	300,00	—	—
Bremerhaven	—	2,00	8,50	—	—	—	—	—	—	—	30,00	—
Breslau. Wahlkreise	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	300,00
Breslau, diverse	—	—	—	—	3,00	—	—	3,00	—	—	—	—
Bromberg	—	16,00	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Bruch i. W.	10,00	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—
Bünde i. W.	—	—	—	10,60	—	—	—	—	—	—	—	—
Bunzlau	—	110,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Burgstädt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	38,00	—
Buxtehude	—	—	—	—	—	—	5,30	—	—	—	—	—
Cainsdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—
Calbe a. S.	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	20,00	—	—
Cassel	400,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—
Charlottenburg	—	—	—	—	6,00	100,00	—	—	—	—	—	—
Christiania	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—
Cöthen	—	—	—	—	40,00	19,60	—	—	—	—	—	—
Coblenz	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Coburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,00	—
Cottbus, Wahlkreis	—	—	100,00	—	—	—	100,00	—	—	100,00	—	—
Cottbus, diverse	7,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Crimmitschau, 18. sächs. Wahlkr.	—	—	—	300,00	—	—	—	150,00	—	200,00	—	200,00

Ort bezw. Kreis	Septembr.	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Dabringhausen	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—
Darmstadt, Wahlkreis	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—
Delitzsch	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Delmenhorst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,50	—
Döbeln	—	—	—	—	—	23,60	—	—	—	30,00	10,00	20,40
Dölau	—	—	—	—	—	—	2,10	—	—	—	—	—
Dortmund-Hörde, Kr.	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	100,00	—
Dortmund, diverse	—	11,00	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—
Dresden, 5. sächs. Kreis	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—
Dresden, diverse	—	—	—	—	1,00	—	—	—	—	—	—	—
Durlach	40,50	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—
Eibenstock	—	—	—	—	4,50	—	—	—	—	—	—	—
Eisenach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,00
Elberfeld	—	—	300,00	—	—	300,00	—	—	400,00	—	—	—
Elbing	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,50	—
Elsterberg	—	—	—	—	—	—	—	—	60,00	—	—	—
Erxenschlag	—	—	—	2,70	—	—	—	—	—	—	—	—
Erfurt	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—
Eschwege	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Essen	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Falkenberg (Oberschl.)	2,00	2,00	2,00	10,00	3,00	2,00	2,00	2,00	2,00	10,00	2,00	2,00
Finsterwalde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—
Flensburg	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—
Forchheim	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—
Forst i. L.	—	—	200,00	—	—	200,00	—	—	300,00	—	—	220,00
Frankenhausen a. K.	—	—	—	—	—	32,55	—	—	—	—	—	—
Frankenthal	—	—	—	—	—	25,00	—	—	—	—	—	25,00
Frankfurt a. M.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,10	500,00
Frankfurt a. O.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,00
Freiburg i. B.	45,00	—	20,00	—	10,00	—	—	—	50,00	—	20,00	—
Freiburg a. E.	—	—	3,70	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Freiburg i. Schl.	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—
Freiwaldau	—	—	—	—	1,20	—	—	—	—	—	—	—
Friedrichsberg b. B.	—	—	—	—	—	—	—	—	36,05	—	—	—
Frohburg	40,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Fürstenwalde	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—	30,00	—	10,00
Fürth	300,00	—	—	—	200,00	—	—	—	—	—	—	—
Geestemünde	—	—	—	1,80	—	—	—	—	—	—	—	—
Gelsenkirchen	—	—	—	—	3,15	—	—	—	—	—	—	—
Gera, Kreis Reuß j. L.	—	—	—	—	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	100,00	—	150,00
Gießen	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	35,10
Gleiwitz	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	3,00	—	—
Göppingen	—	—	—	—	—	—	—	38,00	—	—	—	—
Gorzcyn	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—
Gotha	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	100,00	—
Gräfrath	—	60,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Greiz, Kreis R. ä. L.	100,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
Groitzsch	—	—	—	—	—	—	111,20	—	—	—	—	—
Großenhain	80,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40,00
Hagen i. W.	131,45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,50
Halle a. S., Wahlkreis	—	—	300,00	—	—	—	200,00	—	—	—	—	—
Hamburg I.	—	—	2000,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
" II.	—	2000,00	—	—	—	1000,00	—	1000,00	—	—	—	2000,00
" III.	—	—	—	—	—	—	—	2000,00	—	—	—	—
" diverse	276,35	389,29	380,25	220,30	207,15	23,00	111,60	68,50	267,15	230,75	187,95	94,75

Ort bezw. Kreis	Septembr.	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Hameln	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hanau, Wahlkreis	550,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—
Hannover, Wahlkr.	—	—	—	—	1000,00	—	—	—	—	1000,00	1000,00	1000,00
Hannover, diverse	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—
Harburg	—	—	—	—	—	—	—	4,90	—	—	—	—
Harbg.-Wilhelmsburg, Wahlkreis	600,00	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—	—	400,00
Hastedt	—	20,00	—	20,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00
Hämelerwald	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,50
Häslicht	—	—	—	—	31,55	—	—	—	—	—	—	—
Heidingsfeld	17,02	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Helmstedt	—	15,00	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—
Herford	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00
Herne	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,60
Hildesheim	—	—	—	—	—	—	35,00	—	—	—	1000,00	—
Höchst-Homburg 1. nass. Wahlkr.	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	50,00	—
Höchst a. M.	—	4,50	—	—	—	—	—	4,37	—	—	—	—
Höhscheid	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—
Hof	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Hohenst.-Ernstthal	—	—	10,00	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—
Huchting	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—
Jena	—	—	30,00	—	—	—	30,00	—	—	30,00	—	—
Johanngeorgenstdt	—	2,00	2,20	11,05	—	—	—	—	—	23,50	—	—
Kamenz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11,80	—	—
Kaukehmen	1,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kellinghusen	—	—	—	—	—	25,00	—	—	—	—	—	—
Köln a. Rh.	80,00	—	—	—	—	—	80,00	—	—	—	—	—
Königsberg i. Pr.	—	100,00	—	—	—	—	—	210,00	—	—	—	—
Köpenick	—	—	15,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kockisch-Weißthal	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Konstanz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—
Kreischa	—	—	—	—	—	—	—	9,00	—	—	—	—
Ladenburg	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—
Langenberg	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—
Lehe	—	—	7,05	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig, 12. u. 13. sächs. Reichstagswahlkreis	2000,00	—	—	—	—	—	2000,00	—	—	—	—	—
Leipzig, diverse	—	5,00	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—
Leisnig	11,60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Leubnitz	—	—	—	—	—	—	—	1,50	—	—	—	—
Lichtenst.-Callenb.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—
Limbach, 15. sächs. Wahlkreis	500,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Limminghofen	—	2,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
London	—	—	—	—	—	—	—	—	114,21	—	—	—
Lübeck	—	—	—	—	300,00	—	—	—	—	—	—	400,00
Lüdenscheid	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—
Ludwigshafen	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—
Luxemburg	—	400,00	—	400,00	—	—	400,00	—	—	300,00	—	—
Magdeburg, div.	—	—	—	10,00	—	—	—	5,00	—	3,00	—	—
Mainz	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	50,00
Mannheim	—	—	—	200,00	—	—	100,00	—	—	—	—	—
Marburg	10,00	10,00	10,00	10,00	5,00	—	—	—	—	25,00	20,00	—
Marten	—	—	—	—	—	—	4,91	—	—	—	—	—

Ort bezw. Kreis	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Meerane	—	—	—	—	—	26,00	—	—	—	—	—	—
Meißen-Cölln	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—
Memel	10,00	—	20,00	—	—	—	—	20,00	30,00	—	—	—
Minden-Lübbecke	—	—	—	—	—	—	—	80,00	—	—	—	—
Mühltreff	—	—	—	—	1,50	—	—	—	—	—	—	—
Mülheim a. Rh.	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—
Mülheim-Wipperfürth, Wahlkreis	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mülsen St. Michel	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—
München	5,00	5,00	32,20	55,00	55,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	1005,00	5,00
Muskau	—	—	—	—	22,65	—	—	—	—	—	—	—
Mylau	—	—	—	—	—	60,00	—	—	—	—	—	—
Netzschkau	—	—	—	—	—	—	3,00	—	3,00	—	—	—
Neustadt (Oberschl.)	2,50	—	—	—	—	33,55	—	—	—	—	—	—
Neustrelitz	0,65	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neuwedell	—	3,20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neviges	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—
New York	—	—	—	—	—	—	—	146,55	—	—	—	5,00
Niederbarnimer Wahlkr.	—	—	—	—	—	—	—	400,00	—	—	—	—
Nienstedten	—	—	—	—	—	—	—	—	49,60	—	—	—
Nordhausen	300,00	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—
Nürnberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—
Oberlangenbielau	—	—	—	100,00	—	100,00	—	—	100,00	—	100,00	—
Oberstein	8,30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Oelsnitz i. V.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	4,90
Offenbach-Dieburg, Wahlkreis	200,00	—	—	—	—	—	400,00	—	—	—	100,00	—
Offenburg i. B.	—	—	—	4,00	31,00	—	26,10	—	—	—	—	—
Oschersleben	—	—	—	0,80	—	—	—	—	—	—	—	—
Ottensen	10,00	10,00	—	10,00	—	—	10,00	—	10,00	—	60,00	10,00
Paris	—	—	—	—	—	—	40,00	—	—	—	—	—
Pforzheim	—	—	40,00	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—
Pirna	—	4,00	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—
Plettenberg	—	—	—	—	2,10	—	—	—	2,35	—	—	—
Pries	—	—	—	—	—	—	—	—	32,20	—	—	—
Quedlinburg	—	—	50,00	—	25,00	—	25,00	—	—	—	50,00	—
Radebeul	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18,00	—	—
Randow-Greifenhagen, Wahlkreis	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	250,00	—
Reinickendorf	—	—	6,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Remscheid	—	—	—	8,00	—	100,00	—	—	—	—	—	—
Richzenhain	—	20,00	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—
Rochlitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,10	—
Ronsdorf	—	—	20,00	20,00	10,00	—	10,00	10,00	—	10,00	—	—
Rudolstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00
Saargebiet	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	—	—	—	—	—	—
Salzungen	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—
Sanct Ludwig	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sanct Louis	—	20,60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schkeuditz	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—
Schmiedeberg i. R.	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schönebeck a. E.	—	30,00	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—
Schwelm	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Slamen	—	—	—	—	—	25,00	—	—	—	—	—	—
Sommerfeld	11,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Ort bezw. Kreis	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Sorau N.-L.	—	—	—	—	25,00	—	—	—	—	—	30,00	—
Spremberg	—	—	1,05	50,00	—	—	—	50,00	—	—	50,00	—
Stade	—	—	—	—	—	—	—	—	16,30	—	—	—
Stadthagen	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—
Stadtoldendorf	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—
Stettin	400,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Straßburg i. E.	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Striegau	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—
Stuttgart	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	—	20,00	10,00	10,00
Tempelhof	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—
Teltow-Beeskow, Wahlkreis	—	—	1000,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Tischau	—	—	4,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Torgau, Wahlkr.	—	—	—	—	—	—	—	20,30	—	45,30	—	—
Triberg	—	—	—	—	—	—	—	6,05	5,00	—	—	—
Tschichertzig a. O.	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Vielau	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—
Vogtsberg	—	16,45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wald b. Solingen	—	—	—	—	—	—	—	—	300,00	—	25,00	—
Wanne	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weimar	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00
Weißenfels	—	—	50,00	—	50,00	—	50,00	—	50,00	—	50,00	—
Weißwasser	—	—	—	—	7,35	—	—	—	—	—	—	—
Werdau	—	2,50	—	—	—	—	—	1,50	—	—	—	—
Wesel	—	—	—	—	—	—	—	1,15	—	—	—	—
Wiesbaden!.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	70,00	—
Wilkau	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—
Wintersdorf	—	—	—	—	—	—	1,71	—	—	—	—	—
Witten	—	—	—	—	—	—	—	2,50	—	—	—	—
Woltmershausen	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00
Württemberg	—	150,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	100,00	50,00	50,00	100,00	50,00
Wurzen	—	—	—	—	—	—	—	—	25,00	—	—	1,00
Zeitz-Weißenfels, Wahlkreis	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	400,00
Zürich	—	500,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zwickau, 18. sächs. Wahlkreis	—	—	—	300,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Mann im Mond	—	2855,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nord. Wasserkante	—	—	50000,00	—	30064,34	—	—	—	—	—	—	—
„Vorwärts“	—	20113,25	—	—	12155,60	—	—	15153,60	—	17254,55	—	—
B. V. P. S.	—	—	—	—	10000,00	—	—	11000,00	—	—	—	4000,00
X. Y. Z.	—	2000,00	—	2000,00	—	—	—	2000,00	—	2000,00	—	—
Diverse	3248,19	68,21	—	—	—	—	12620,32	—	3001,24	439,80	—	250,55

Unser Strafregister weist im letzten Jahre wiederum eine Steigerung an Gefängniß- und Geldstrafen auf. Diese Steigerung ist hauptsächlich eine Folge der aus Anlaß der Oeynhausener Rede erfolgten viel strengeren Verfolgung und Bestrafung aller Handlungen aus den Lohnkämpfen der Arbeiter, die sich irgendwie strafrechtlich fassen ließen. Manche Polizeibehörden und Gerichtshöfe scheinen es förmlich darauf abgesehen zu haben, zu beweisen, daß es auch ohne Zuchthausgesetz geht, die in Oeynhausen proklamirten Zwecke zu erreichen.

Es sind nach unseren Aufstellungen im letzten Jahre Strafen erkannt:

Monat	Gefängnißstrafen				Geldbuße
	Jahre	Monate	Wochen	Tage	Mark
September	9	1	2	3	2983
Oktober	6	2	2	2	2918
November	9	10	1	1	1926
Dezember	9	2	1	1	2720
Januar	8	2	—	4	1154
Februar	5	10	3	2	1331
März	3	1	—	4	1571
April	6	1	5	—	2144
Mai	1	8	4	—	1044
Juni	8	8	2	—	1985
Juli	4	8	1	4	2926
August	6	10	3	—	549
Zusammen	74	1	—	—	23 251

Außer diesen in Folge politischer oder gewerkschaftlicher Thätigkeit in der Arbeiterbewegung erkannten Strafen sei hier noch an die 53 Jahre Zuchthaus und 8 Jahre Gefängniß gegen die Löbtauer Verurtheilten, sowie die 25 Jahre und 9 Monate 2 Wochen und 3 Tage Gefängniß erinnert, welche bis zum Zeitpunkt des Abschlußes dieses Berichts aus Anlaß der Streikunruhen in Herne gegen eine Anzahl Theilnehmer erkannt wurden. Hatten die Vorgänge in Löbtau und Herne auch direkt nichts mit der klassenbewußten Arbeiterbewegung zu thun, so finden die ungemein harten Urtheile doch nur ihre Erklärung in der Stellung und Beurtheilung der bürgerlichen Gerichte gegenüber der modernen Arbeiterbewegung.

Bericht
über die
parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

6. Dezember 1898 bis 22. Juni 1899.

Dem Reichstage war bereits mehrere Monate vor seinem Zusammentritt durch die Oeynhausener Kaiserrede als seine wichtigste Aufgabe angekündigt worden: einem neuen **Zwangsgesetz** gegen die Gewerkschaften seine Zustimmung zu geben. Hiergegen hatten zwar die Arbeiter sofort mit seltener Einstimmigkeit in unzähligen Versammlungen protestirt, und auch unser vorjähriger Parteitag verurtheilte bekanntlich in der schärfsten Form jede Beschränkung der Koalitionsfreiheit, „des unentbehrlichen Mittels zur Verbesserung der Lebenslage und zur Erhöhung der politischen und wirthschaftlichen Unabhängigkeit der Arbeiterklasse“. Aber alles dies vermochte nicht die Regierung von ihrem Plane abzubringen. In der Thronrede, mit welcher am 6. Dezember vorigen Jahres die Sitzungen des Reichstages eröffnet wurden, war noch ein Mal ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Regierung die Annahme der, freilich noch immer sorgfältig verschwiegenen Zuchthausvorlage „zuversichtlich erwarte“.

Ob diese „zuversichtliche Erwartung“ der Regierung erfüllt werde, hängt vom Zentrum ab. Dasselbe ist zwar bei den Wahlen von uns schon seit 1890 an Stimmen weit überflügelt, umfaßt aber in Folge der Mängel unseres Wahlrechtes im Reichstage die stärkste Fraktion. Sie kann dort sowohl mit den Konservativen und einem Theile der Nationalliberalen eine Mehrheit für die Zuchthausvorlage bilden, als auch zusammen mit den Freisinnigen und uns das neue Ausnahmegesetz zu Fall bringen.

Unter diesen Umständen gewann der Zwischenfall, der sich bei der **Wahl der Schriftführer** abspielte, eine größere Bedeutung. Unsere Fraktion hat nach ihrer Stärke das Recht, aus ihrer Mitte einen der acht Schriftführer des Reichstages zu stellen. Da wir nicht gewillt sind, auch nur auf das geringste unserer Rechte zu verzichten, so schlugen wir den Genossen Schippel als Kandidaten für die Schriftführerwahl vor. Das Zentrum bestritt nicht, daß unser Anspruch gerecht ist, und so schien bis zum letzten Augenblick Schippels Wahl gesichert. Trotzdem unterlag unser Kandidat mit 172 Stimmen gegen 188 für den Polen, Grafen Kwilecki. Dieses Resultat war nur dadurch möglich geworden, daß die nöthige Zahl Zentrums-Abgeordnete umfiel. Eine so klägliche Haltung der „maßgebenden“ Partei bei dem ersten Konflikt zwischen einem anerkannten Rechte der Sozialdemokraten und höfischer Rücksicht begrüßten die Scharfmacher als ein Anzeichen dafür, daß auch der Widerstand des Zentrums gegen die Zuchthausvorlage schließlich nicht unüberwindlich sein werde.

Die Sozialdemokratie verläßt sich aber stets nur auf ihre eigene Kraft, niemals auf das Wohlwollen der bürgerlichen Parteien. Deshalb ließ sich

unsere Fraktion durch diesen Zwischenfall nicht im geringsten beirren. Das zeigte sich bereits in den nächsten Tagen bei der Berathung des Etats, der Ausgaben und Einnahmen des Reichs. Die Regierung hatte die **Finanzlage** als eine überaus günstige ausgemalt. In dem letzten damals abgelaufenen Geschäftsjahr, vom 1. April 1897 bis zum 31. März 1898 waren die sogenannten wirthschaftlichen Einnahmen bedeutend höher gewesen, als sie s. Z. veranschlagt wurden. Es ergaben:

			mehr als veranschlagt:	
I. Zölle und Verbrauchssteuern	733 416 166	Mk.	80 284 686	Mk.
II. Post- und Telegraphenverwaltung	42 248 115	„	4 161 034	„
III. Reichsdruckerei	2 175 969	„	640 515	„
VI. Eisenbahnverwaltung	26 620 721	„	2 067 542	„
V. Bankwesen	10 690 667	„	7 189 067	„

Eine Mindereinnahme hat sich nur bei den Reichsstempelabgaben herausgestellt: eine Folge der letzten Börsenreform.

Dasselbe glänzende Bild lieferte auch das laufende Jahr. Die Einnahmen für das Rechnungsjahr 1899 konnten erheblich höher als im Vorjahre angesetzt werden. Dies nutzte der Staatssekretär zu einem, für gewisse Kreise sehr angenehmen Schluß seiner Etatsrede aus, indem er die Hoffnung aussprach, der Reichstag werde ihm „zugeben", daß Geld genug da sei für die Heeresvermehrung.

Unsere Redner aber zeigten, daß es sich mit den Finanzen des Reichs denn doch etwas anders verhält. In Wahrheit wies der Etat, zusammen mit den „Nachträgen", ein Defizit von 106 Millionen Mark auf, 50 Millionen mehr als im Vorjahre. Noch viel schlimmer jedoch muß das Mißverhältniß zwischen Ausgaben und Einnahmen werden, wenn die großen Einnahmen, sobald der gegenwärtige, außergewöhnliche industrielle Aufschwung vorüber ist, zurückgehen, die Ausgaben dagegen dieselben bleiben, ja als Konsequenz der bisherigen Bewilligungen noch mehr anwachsen. Das Ende vom Liede ist eine immer ärgere Schuldenwirthschaft.

Hierzu kommt noch die Art und Weise wie die Gelder verwendet werden. Die gesammten wirthschaftlichen Einnahmen des Reichs in der Höhe von 904 Millionen Mark werden verschlungen durch die Ausgaben für das **Militär und die Marine** und das, was damit im engsten Zusammenhang steht. Ja, die 904 Millionen reichen nicht einmal. Es fehlen mehrere Millionen.

Trotzdem müssen diese Ausgaben mit der Zeit noch größer werden. In diesem Jahre brachte die Regierung wieder eine **neue Militärvorlage** ein, durch welche die Präsenzstärke der Armee bis zum Jahre 1902 um 23 277 Mann erhöht werden sollte. Zu dem Zweck war in dem neuen Etat eine Mehrforderung von 6½ Millionen Mark eingestellt. Da aber der ganze Aufwand für die Vergrößerung des Heeres sich schließlich auf ca. 27½ Millionen Mark pro Jahr beläuft, so tritt bis zum Jahre 1902 ein weiteres Anwachsen der jährlichen Ausgaben fürs Militär um 21 Millionen ein.

Jedoch selbst damit ist ein Ende nicht erreicht. Wenn man sich einmal auf den Standpunkt des jetzigen Militärsystems stellt, so führte unser Redner aus, dann wird es immer etwas zu vervollkommnen geben. Und eine Verwaltung, die nur einseitig militär-technische Rücksichten kennt und sich um finanzielle, ökonomische, kulturelle Erwägungen nicht kümmert, wird stets mit neuen Forderungen kommen. Darum bleibt für Jeden, der nicht will, daß die durch Europa gehende militärische Hetzjagd schließlich unaufhaltsam zum ökonomischen und politischen Zusammenbruch führt, nur übrig, diesem für das Volkswohl mörderischen System endlich ein Ende zu machen.

Daß das Friedensmanifest des Zaren und die famose Friedenskonferenz der Regierungen zu diesem Ziele nicht führen würden, sagten wir schon damals voraus und forderten, daß endlich der von uns bereits längst empfohlene Weg eingeschlagen wird. Auch wir denken nicht daran, das Vaterland wehrlos zu

machen. Wir erklärten es für ganz selbstverständlich, daß, so lange Zustände wie die gegenwärtigen bestehen, so lange ein böser Nachbar den Frieden zu stören vermag, jeder Staat verpflichtet ist, Einrichtungen zu treffen, die nach Möglichkeit ihn vor Ueberrumpelungen, vor Schädigungen, vor Niederlagen schützen. Dies muß aber so geschehen, wie es die Rücksicht auf die kulturelle Entwickelung des Volkslebens erheischt. Das Volk darf für die Zwecke der Landesvertheidigung nicht mehr angespannt werden, als durchaus nothwendig ist, und muß in viel höherem Maße als jetzt seine Kräfte zur Förderung seines eigenen Wohls und seiner eigenen Interessen nutzbar machen können. Deshalb lehnen wir unter den jetzigen Umständen jede Forderung für das Militär und die Marine ab und verlangen, daß im Anschluß an einander folgende und einschneidende Herabsetzungen der Dienstzeit eine fortgesetzte Demokratisirung und Umwandlung des jetzigen stehenden Heeres in ein wirkliches Volksherr herbeigeführt wird.

Die bürgerlichen Parteien stehen jedoch dem Militarismus bereits ganz ohnmächtig gegenüber. Obgleich jede Partei mehr oder weniger schwere Bedenken gegen die geradezu unerträglich gewordene Belastung des Volkes für militärische Zwecke auf dem Herzen hat, wurde die Militärvorlage in der Budgetkommission mit verhältnißmäßig unbedeutenden Aenderungen angenommen. Die Vermehrung sollte nicht 23 277, sondern „nur" 16 271 Mann betragen und nicht bis zum Jahre 1902, sondern bis 1903 allmälig durchgeführt werden. Da die Regierungen diese Aenderungen für unannehmbar erklärten, kam es zu jenem Umfall des Zentrums, wonach zwar die Abstriche auf dem Papier stehen bleiben, zugleich aber der Reichstag sich verpflichtet hat, auch noch vor dem Jahre 1903 eine weitere Heeresverstärkung zu bewilligen, „wenn sich die nachweisliche Unmöglichkeit ergeben sollte", daß die Regierung mit der ihr zur Verfügung stehenden Zahl von Soldaten auskomme. Diese „nachweisliche Unmöglichkeit" wird sich für die Regierung sicher „ergeben". Mithin steht dem deutschen Volke, dank der feinen Politik des Zentrums, in der nächsten Zeit wiederum ein Kampf um mehr Soldaten bevor. Es fragt sich nur, ob sich dann die Regierung mit den ihr diesmal verweigerten 7006 Mann begnügen oder nicht viel, viel mehr verlangen wird?

Unsere Fraktion hat selbstverständlich gegen jede Heeresvermehrung und gegen die dem Reichstage zugemuthete Verpflichtung für die Zukunft gestimmt. Außerdem haben wir beim Militär-Etat eine ganze Reihe von Mißständen zur Sprache gebracht: die hohen Preise, welche die Militärverwaltung für das von dem deutschen Pulverring bezogene Pulver bezahlt; die Massenabkommandirungen von Soldaten zu Zwecken, die mit der militärischen Ausbildung nichts zu thun haben; die zu späte Auszahlung der Flurschäden-Gelder nach den Manövern; die ungenügende Kontrolle in den Militär-Lazarethen; den Zwang gegen die Soldaten zum Besuch der Kirche; die politische Agitation gewisser Offiziere in Kontrollversammlungen; den Militärboykott gegen ein Theater, in dem einmal eine Vorstellung der „Freien Volksbühne" stattgefunden hat; die Verbreitung des Hazardspiels in Offizierkreisen; die Soldatenmißhandlungen; den krassen Widerspruch zwischen den furchtbar schweren Strafen gegen Soldaten, die sich einer Verletzung der Disziplin schuldig gemacht, und den auffallend leichten Bestrafungen selbst solcher Offiziere, die ein schweres Verbrechen, sogar den Tod eines Menschen auf dem Gewissen haben; endlich jene Verurtheilung eines Soldaten, der nichts Anderes begangen, als daß er die von ihm verlangte eidliche Aussage als Zeuge vor Gericht der Wahrheit gemäß gemacht hat.

Ueberaus bezeichnend ist es, daß derselbe Staat, der so gewaltige Mittel für das Militärwesen verwendet, für die **Militärinvaliden** in durchaus ungenügendem Maße sorgt. Die Klagen hierüber kehren im Reichstage regelmäßig jedes Jahr wieder. Diesmal wurden die folgenden 2 Resolutionen der Budgetkommission einstimmig angenommen:

I.

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Mittel, welche zur Gewährung von Beihilfen von 120 Mk. an alle, nach dem Gesetze als berechtigt anerkannten Veteranen fehlen, aus allgemeinen Reichsmitteln alsbald nachzufordern.

II.

Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen, unter Berücksichtigung der gesteigerten Kosten der Lebenshaltung, den berechtigten Wünschen der Militärinvaliden, insbesondere auch in Bezug auf die Versorgung der Wittwen und Waisen, die Entschädigung für Nichtbenutzung des Zivilversorgungsscheines und die Belassung der Militärpension neben dem Zivildiensteinkommen resp. der Zivilpension Rechnung getragen wird.

Dem ersten Antrage ist die Regierung nachgekommen, indem sie dem Reichstage einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegte, der selbstverständlich zur Annahme gelangte. Unsere Fraktion stimmte sowohl für die beiden Resolutionen als auch für den Gesetzentwurf. Denn wir betrachten eine genügende Versorgung der Militärinvaliden und deren Angehörige als die selbstverständliche Pflicht des Staates, und wir wollten nicht, daß die Veteranen bezw. deren Wittwen und Waisen auch nur einen Monat länger ohne die durch die Vorlage in Aussicht gestellte Unterstützung bleiben. Zugleich aber erklärten wir, daß eine „Beihilfe“ von 120 Mk. pro Jahr für die hilfsbedürftigen und erwerbsunfähigen Veteranen durchaus unzureichend ist, daß daher der vorliegende Entwurf auch nicht entfernt das dringend Nothwendige leistet.

Ein weiteres Gebiet, auf dem das Reich mit jedem Jahre erheblichere Mittel aufwendet, sind unsere **Kolonien.** Sie erforderten bereits ca. $16^1/_2$ Millionen Mark pro Jahr. Das ist bedeutend mehr als unser gesammter Ein- und Ausfuhrhandel mit den Kolonien beträgt.

Die großen Hoffnungen dagegen, mit denen jede neue Kolonie begrüßt wurde, sind auch im letzten Jahre nicht im Mindesten in Erfüllung gegangen. Mußten doch im Nachtrags-Etat abermals 50 000 Mk. zur Linderung der Hungersnoth im **ostafrikanischen Schutzgebiet** gefordert werden. Daß eine derartige Hilfe *wiederholt* in den letzten Jahren nothwendig gewesen, zeigt deutlich genug, wie in Deutsch-Ostafrika die Zustände sind. Außerdem die fortwährenden Empörungen der Eingeborenen, die von der Schutztruppe mit Waffengewalt erstickt werden müssen.

Das Aergste jedoch war dem Reichstage mit einer Forderung von 25 000 Mk. „zu Beihilfen für sich ansiedelnde deutsche Mädchen“ zugedacht. Die „sich ansiedelnden deutschen Mädchen“ werden von der „Deutschen Kolonialgesellschaft“ nach **Südwestafrika** gebracht auf Grund eines reinen Sklavereivertrages. Die Mädchen können nie mehr aus Südwestafrika fort, da die Gesellschaft die Kosten der Rückreise nicht trägt, und der Lohn viel zu gering ist, als daß die Mädchen etwas ersparen könnten. Sie *sollen* auch dort bleiben, damit sie für die — nöthige Nachkommenschaft sorgen. Die Mädchen haben nach dem Wortlaut des Vertrages sämmtliche ihnen auferlegte Dienste zu leisten, auch solche, die an sich nicht unter die Thätigkeit „für Alles“ fallen. Stellt sich dann heraus, daß sie für den Dienst „völlig unbrauchbar“ sind, oder machen sie sich einer „groben Vernachlässigung“ ihres Dienstes schuldig, oder treten „sonstige Vorkommnisse“ ein, so können sie nach 1 Monat entlassen werden, während im Uebrigen die Kündigungsfrist für beide Theile 6 Monate beträgt. Ob einer der Fälle der einmonatlichen Frist vorliegt, entscheidet als einzige und höchste Instanz: der Kaiserliche Gouverneur. Spricht dieser das Urtheil zu Ungunsten der Mädchen aus, so müssen die Letzteren jeden anderen Gesindedienst übernehmen, den ihnen das Kaiserliche Gouvernement überweist. Zu einem solchen — Handel sollte das Reich Beihilfe leisten!

Unser Redner geißelte die Handlungsweise der Deutschen Kolonialgesellschaft und erreichte es, daß schließlich die Forderung abgelehnt wurde.

Bei der Verwaltung des Gouvernements **Kiautschou** wies unser Redner nach, daß sich auch hier der Militarismus und Bureaukratismus im Uebermaße breit macht, und daß in Folge dessen eine freie bürgerliche Bethätigung bis jetzt noch kaum möglich gewesen ist. Auf das Entschiedenste aber erklärten wir uns dagegen, daß man etwa Kiautschou allmälig zu einem Kriegshafen entwickle. Das würde uns in unübersehbare Ausgaben für die Marine hineintreiben.

In einem zweiten Nachtrags-Etat wurden noch 17 215 000 Mk. zum Ankauf der **Karolinen** und ein neuer Zuschuß von jährlich 465 000 Mk. zur Kolonialverwaltung verlangt. Auch aus dieser Erwerbung können wir uns einen Vortheil für die arbeitende Bevölkerung Deutschlands nicht versprechen. Viel segensreicher würden diese Mittel in Deutschland für wirkliche Kulturzwecke verwendet werden. Ueberdies ist durch die Erwerbung der entlegenen Inseln wiederum ein Schritt vorwärts gemacht in der Politik, die durch glänzende Aktion nach Außen die Aufmerksamkeit von dem Elend im Innern ablenkt. Aus diesen Gründen stimmten wir gegen sämmtliche Kolonialforderungen.

Zu unserem Widerspruch gegen den Etat wurden wir ferner gezwungen, durch die Art und Weise wie die vielen Millionen für die Weltpolitik, für den Militarismus und den Marinismus aufgebracht werden. Unter den wirthschaftlichen Einnahmen ist die bei Weitem bedeutendste die aus den **Zöllen und Verbrauchssteuern.** In dem neuen Etat ist sie auf 742 260 960 Mk. veranschlagt worden. Diese gewaltige Summe wird durch **indirekte** Steuern und in deren Folge durch die Vertheuerung selbst der nothwendigsten Gebrauchsgegenstände dem Volke gleichsam vom Munde fortgenommen: eine, in Anbetracht der elenden Lebensweise der weitesten Volksschichten nicht scharf genug zu verurtheilende Bedrückung gerade der Aermsten.

Die Agrarier jedoch arbeiten unermüdlich daran, diese Bedrückung aufrecht zu erhalten, ja, wenn möglich, noch weiter zu treiben, damit sie für sich immer mehr Liebesgaben herausschlagen können. Gleich nach dem Zusammentritt des neuen Reichstags, Ende vorigen Jahres, als die **Fleischpreise** außergewöhnlich hoch standen, brachten sie eine Interpellation ein, um sich gegen Diejenigen zu wenden, welche dafür agitirten, daß die Einfuhr billigen Fleisches aus dem Auslande erleichtert werde. Unsere Redner wiesen den Junkern nach, daß die Fleischpreise eine unerschwingliche Höhe erreicht hatten, daß der Fleichverbrauch wesentlich zurückgegangen war, und daß die Grenzsperre durch ein veterinäres oder sanitäres Interesse nicht mehr in dem bisherigen Umfange geboten ist.

Eine neue Gelegenheit, die Vertheuerung des Fleisches wenigstens auf einem Umwege zu erreichen, glaubten die Agrarier zu haben, als der „Entwurf eines Gesetzes, betreffend die **„Schlachtvieh- und Fleischbeschau"** zur Berathung gelangte. Sie hofften in das Gesetz für den Import ausländischen Fleisches solche Bedingungen hineinzubringen, die unmöglich erfüllt werden können. Wir standen diesem Entwurfe sympathisch gegenüber, weil durch denselben eine größere Sicherheit dafür geschaffen werden kann, daß nur gesundes Vieh geschlachtet wird. Dieses Ziel wollten wir jedoch, im Gegensatz zu den Agrariern, erreichen, ohne daß die Zufuhr von ausländischem Fleisch abgeschnitten wird. Wir verlangten daher erstens, daß im **Inlande** eine wirksame Fleischbeschau durchgeführt wird, jedoch ohne Schädigung des kleinen Viehbesitzers, daß deshalb die Kosten von der Gesammtheit getragen werden, und zugleich eine obligatorische, staatliche Viehversicherung eingerichtet wird. Bezüglich der Einfuhr **ausländischen** Fleisches forderten wir alsdann die Regierung auf, die Anregung zu einer dem Entwurf entsprechenden internationalen Vereinbarung

über die Fleischbeschau und den Fleischimport zu geben. In diesem Sinne betheiligten wir uns an den Kommissionsberathungen, die bis zur Vertagung des Reichstages zwar beendet worden sind, über die aber ein Bericht noch nicht vorliegt.

Ganz besonders schlecht kamen die Agrarier fort bei dem Versuche, die Wirren auf Samoa im Reichstage zu einer Agitation für einen **Zollkrieg gegen Amerika** auszunutzen. Dieses wurde von dem Interpellanten, dem Abgeordneten Dr. Lehr, dem Geschäftsführer des „Alldeutschen Verbandes", eines rein chauvinistischen Vereins, so ungeschickt ausgeführt, daß nicht nur die Regierung in der deutlichsten Form abwinkte, sondern auch sämmtliche bürgerlichen Parteien — mit einziger Ausnahme der ganz sprachlos gewordenen Nationalliberalen — gegen die Begründung der Interpellation protestirten. Unter diesen Umständen konnten wir uns ebenfalls damit begnügen, uns dem allseitigen Protest anzuschließen.

Endlich ist auch die Hauptaktion der Agrarier, ihr Sturmlauf gegen die **Reichsbank**, gescheitert. Ihr Wunsch geht dahin, die Reichsbank ganz unter ihren Einfluß zu bekommen, um aus ihr eine „Generalpumpstation für das Agrarierthum" zu machen. Dies war aber, nachdem im Jahre 1889 die bisherige Organisation der Bank vom Reichstag bis zum 31. Dezember 1900 bestätigt worden, bisher unausführbar. Dagegen mußte sich jetzt der Reichstag entscheiden, ob er vom 1. Januar 1901 ab eine den Wünschen der Agrarier entsprechende Aenderung in der Stellung des Reichs zur Reichsbank vornehmen wollte.

Der von der Regierung dem Reichstage vorgelegte „Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Bankgesetzes", wollte auch für die Zukunft nichts ändern. Für unsere Fraktion fragte es sich nun, ob wir die Verstaatlichung der Reichsbank fordern sollten. Einer Verstaatlichung werden wir stets zustimmen, wenn dadurch ein politischer und ökonomischer Fortschritt erzielt werden kann. Ein solcher ist jedoch bei der Verstaatlichung der Reichsbank unter den jetzigen Umständen ausgeschlossen. Im Gegentheil müssen wir bei dem großen Einfluß der Agrarier auf die Reichsverwaltung befürchten, daß, sobald die Reichsbank vollständig der Regierung ausgeliefert wäre, die Bankpolitik ganz und garnicht im Interesse von Handel und Verkehr, im Interesse der Entwickelung der modernen Wirthschaftsweise, sondern in der Pflege speziell agrarischer Interessen gestaltet würde. Aus diesen Gründen erklärten wir uns gegen die Verstaatlichung der Reichsbank, die schließlich im Reichstage garnicht mehr ernsthaft in Betracht kam.

Dagegen bemühten wir uns, im Interesse der Gesammtheit den Antheil der Aktionäre am Reingewinn der Bank so viel wie irgend möglich herunterzusetzen. Die Aktionäre erhalten nach den noch geltenden Bestimmungen eine Dividende von $3\frac{1}{2}\%$ und die Hälfte des weiteren Gewinns bis zu einer Gesammtdividende von 6%. Die andere Hälfte fließt in die Reichskasse. Von dem dann noch verbleibenden Rest des Gewinns bekommen die Aktionäre $\frac{1}{4}$ und das Reich $\frac{3}{4}$. Der Regierungsentwurf bewilligte den Aktionären für die Zukunft außer der $3\frac{1}{2}\%$ igen Dividende die Hälfte des Gewinns nur bis zu einer 5% igen Gesammtdividende Der weitere Ueberschuß sollte wie bisher zu $\frac{3}{4}$ dem Reich und zu $\frac{1}{4}$ den Aktionären zufallen. Die Konservativen wollten den Aktionären den Gewinn nur bis zu einer 6% igen Gesammtdividende zukommen lassen. Uns genügte diese Beschränkung nicht, deshalb beantragten wir, daß den Aktionären nach der Dividende von $3\frac{1}{2}\%$ von dem weiteren Gewinn statt der Hälfte nur $\frac{1}{4}$ zusteht, und nur bis zu höchstens 5% Gesammtdividende. Der ganze weitere Gewinn soll dem Reiche gehören. Unser Antrag wurde jedoch abgelehnt. Darauf stimmten wir für den konservativen Antrag, weil derselbe ebenfalls den Gewinn-

antheil der Aktionäre geringer bemessen wollte, als es nach der Regierungs-vorlage der Fall ist. Aber auch der konservative Antrag blieb in der Minderheit, die Regierungsvorlage wurde unverändert angenommen.

Bis zu welchen Konsequenzen die Profitgier der Agrarier sich versteigt, zeigten die Verhandlungen über die unhaltbaren Zustände in der **Zucker-industrie.** Schon bei der Berathung des jetzigen Zuckersteuer-Gesetzes im Jahre 1895/96 haben wir darauf hingewiesen, daß durch die künstliche Vertheuerung des Zuckers der Verbrauch dieses werthvollen Genußmittels bedeutend erschwert werde, und daß in Folge dessen über kurz oder lang die immer mehr anwachsende Menge des produzirten Zuckers den nöthigen Absatz nicht mehr finden würde. Wie richtig unsere Voraussage war, sehen jetzt selbst die Zuckerbarone ein, die um so mehr Grund zu ernsten Befürchtungen haben, da ihnen der Absatz im Ausland durch die Konkurrenz der anderen Länder gefährdet wird. Der nationalliberale Führer, der „heilige" Paasche, der sich im neuen Reichstag durch seine überfromme Rede gegen die gottlosen Sozialdemokraten bemerkbar gemacht hat, leistete sich den „frommen" Vorschlag, den Zucker nicht für die Menschen, sondern fürs — Vieh zu verbilligen. Deshalb soll die Zuckersteuer bestehen bleiben, die Verwendung steuer f r e i e n Zuckers zu Viehfutter aber in genügendem Maße ermöglicht werden. Also billiger Zucker fürs Vieh — theurer Zucker für die Arbeiter. Diese „Frömmigkeit" wollte uns bösen Sozialdemokraten wiederum nicht einleuchten. Wir verlangten vielmehr, daß die Zuckersteuer aufgehoben, und daß auf diese Weise der Verbrauch des Zuckers gefördert wird.

Gegen das **Weingesetz** vom 20. April 1892 wurden schwere Klagen erhoben, die wir ebenfalls seiner Zeit im Reichstage vorausgesagt hatten. Durch das Gesetz werden auf der einen Seite die kleinen Weinbauern schwer geschädigt. Auf der anderen Seite sind aber auch diejenigen Arbeiter dabei interessirt, die in den weinreichen Gegenden noch Wein erschwingen können. Denn ihnen wird oft ein unglaubliches Getränk als Wein vorgesetzt. Wir forderten eine Aenderung des Weingesetzes dahin, daß ein derartiger Betrug unmöglich wird.

Dieselbe Stellung nahmen wir gegenüber der Verfälschung des **Bieres** ein. Wir erklärten uns gegen alle Surrogate für Malz und Hopfen.

Von dem **Hypothekenbankgesetz** suchten wir alle Bestimmungen fern zu halten, die entweder für die Erfüllung der Bauarbeiterforderungen oder für die Beschäftigungsverhältnisse im Baugewerbe hätten gefährlich werden können. Bei der Berathung des **Reichseisenbahnamtes** regten wir eine einheitliche Reform der Personen- und Frachttarife sowie Maßregeln zu Gunsten einer größeren Sicherheit des Eisenbahnbetriebes an. Die Beschwerden bezüglich des Eisenbahnwesens in dem Reichslande wurden von uns eingehend besprochen. Gelegentlich der beantragten, aber noch nicht zum Abschluß gelangten Aenderungen auf dem Gebiete des **Post-, Telephon- und Telegraphenwesens** wirkten wir dahin, daß der Postzeitungstarif zweckentsprechend geändert; daß jede Möglichkeit für die Post, der Presse bei der Beförderung der Blätter Schwierigkeiten zu bereiten, ausgeschlossen; daß das Porto für die Postsendungen erheblich verbilligt und gesetzlich festgelegt; daß die Entschädigung für die Angestellten, die in Folge der Verstaatlichung der Privatposten ihre Arbeit verlieren, ganz bedeutend erhöht; daß die Telephongebühr in Stadt und Land möglichst billig angesetzt; daß das öffentliche Fernsprechwesen mehr ausgebaut; und daß endlich die Reichspostverwaltung für alle Schäden, die sie einem Privaten oder Gemeinden zufügt, nach jeder Richtung hin haftbar gemacht wird.

Zu eingehenden Debatten gaben die bei uns so überaus häufigen **Ausweisungen** „lästiger" Ausländer Anlaß. Unsere Redner verurtheilten diese Gewaltpolitik, weil sie mit u n s e r e n Begriffen von Menschlichkeit und Gerechtigkeit im Widerspruch steht, weil sie berechtigte Erbitterung im Innern unseres

Landes hervorruft, sowie die im Auslande lebenden oder mit dem Auslande im Verkehr stehenden Deutschen schädigt, und weil sie oft genug selbst gegen solche Leute angewandt wurde, die nichts Ungehöriges begangen hatten.

Demselben Gebote der Gerechtigkeit folgten wir, als wir uns gegen das von den Antisemiten beantragte **Verbot des rituellen Schächtens** aussprachen. So lange nicht nachgewiesen wird, daß das Schächten eine Thierquälerei ist, halten wir uns nicht für berechtigt, den Juden die Erfüllung einer Vorschrift ihrer Religion zu verbieten.

Dies ist die gleiche Stellung, die unsere Partei seit jeher allen Religionen gegenüber eingenommen hat, und der zu Folge wir auch in diesem Jahre wieder wie in allen früheren Jahren für die Aufhebung des **Jesuitengesetzes** gestimmt haben. Der Staat soll sich nicht in solche religiöse Angelegenheiten mischen, die sein Interesse nicht berühren; und er soll keinen Menschen um seines Glaubens willen zurücksetzen.

Während wir hier Uebergriffe der Staatsgewalt zurückzuweisen hatten, mußten wir auf einem anderen Gebiete, dem der **Sozialpolitik**, eine überaus lange Reihe von Beschwerden darüber erheben, daß dort, wo es sich um das Wohl und Wehe der Armen und Aermsten handelt, der heutige Staat bei Weitem nicht das leistet, was im Interesse des arbeitenden Volkes und zur Förderung der kulturellen Entwickelung unbedingt nothwendig ist. So rügten es unsere Redner, daß die vom Reichstage in voriger Session nach vieler Mühe und Arbeit fertig gebrachte Reform der Unfallversicherung schließlich von der Regierung zurückgezogen wurde, nachdem der Zentralverein der Großindustriellen sich gegen die Aenderungen erklärt hatte. — Auch auf mehrere Mißstände, die sich aus der Praxis der Berufsgenossenschaften ergeben, mußten wir hinweisen. So darauf, daß sich manche Vertrauensärzte in der ärgsten Abhängigkeit von der Berufsgenossenschaft befinden, und daß dementsprechend ihre Gutachten gegen die Arbeiter ausfallen. — Wir erinnerten an die noch immer traurigen Zustände in den medicomechanischen Instituten, den berüchtigten Rentenquetschen. — Geradezu unglaublich klang es — es wurde aber aufs klarste bewiesen — daß im Widerspruche mit den gesetzlichen Bestimmungen durch wiederholte zu niedrige Festsetzung des Durchschnittslohnes der zur Schiffsbesatzung gehörigen Personen die armen Wittwen und Waisen der verunglückten Seeleute um ca. $1^1/_2$ Millionen Mk. geschädigt worden sind. Obgleich die Richtigkeit dieser schweren Anklage vom Regierungstische Anfangs entschieden bestritten wurde, sahen sich die Regierungen schließlich doch genöthigt, eine genaue Untersuchung dieser Angelegenheit zu versprechen.

Unsere Redner wiesen ferner auf Grund unbestreitbarer Thatsachen, namentlich auch unter Berufung auf die amtlichen Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten, nach, daß von dem Aufschwung der Industrie, von dieser Milliardenzunahme des Kapitals, von dieser großartigen Vermehrung des Unternehmergewinnes der letzten Jahre die Arbeiter nichts erhalten haben, als eine größere Summe von Krankheiten, eine größere Summe von Unglücksgefahr, eine größere Summe von Elend. Dem Kapital der Profit, dem Arbeiter das Elend — das ist der so viel gerühmte „soziale Aufschwung". Unsere **Gewerbeaufsicht** hat sich nicht entwickelt entsprechend der Ausdehnung der Industrie, sondern ist stehen geblieben bei dem kläglichen Resultat das sie bisher gehabt hat: Sie ist noch nicht einheitlich für das ganze Reich geregelt, ja zum Theil noch nicht einmal für die einzelnen Bundesstaaten. Die Folge davon ist, daß ein außerordentlicher Wirrwarr herrscht. Die Grenzen der Gewerbeaufsicht sind nicht nur innerhalb der verschiedenen Bundesstaaten, nein, auch innerhalb der verschiedenen Aufsichtsbezirke oft ganz verschieden gezogen. Die Jahresberichte dieser Beamten erscheinen in dem einen Bundesstaat im Anfange des nächsten Jahres, in dem andern erst mehrere Monate später, in einigen sind

sie überhaupt nicht durch den Buchhandel zu erlangen. — Obgleich die Gewerbeaufsicht in Süddeutschland mit den Beschwerde-Kommissionen im Allgemeinen die beste Erfahrung gemacht hat, lehnen die preußischen Beamten ein Zusammenarbeiten mit den Arbeiterorganisationen ab. — In Preußen sind auch noch immer die Inspektoren mit der Kesselrevision belastet. Erst einen kleinen, durchaus ungenügenden Fortschritt haben wir in dieser Beziehung durch unsere fortwährenden Proteste erzielt: die Revision der in den landwirthschaftlichen Betrieben verwendeten Kessel ist endlich der Gewerbeaufsicht abgenommen. — Ueberall aber sind viel zu wenig Gewerbeaufsichtsbeamte, so daß eine übergroße Zahl von Betrieben garnicht, die anderen in der Regel nur ungenügend besichtigt werden. — Die Auswahl des Aufsichtspersonals ist eine ganz verfehlte. Außer den Technikern sollten dazu herangezogen werden Aerzte, Chemiker und vor allen Dingen Arbeiter, männliche und weibliche, die mit den Zuständen in den Fabriken genau Bescheid wissen. — Ganz besonders schlimm kommen die vielen polnischen Arbeiter fort, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind und sich deshalb mit dem nur deutsch sprechenden Aufsichtsbeamten garnicht verständigen können. Für sie müssen Beamte angestellt werden, welche auch die polnische Sprache beherrschen. — Der Reichsbericht erscheint viel zu spät, verschweigt wichtige Stellen aus den Einzelberichten und ist in seinem tabellarischen Theil ganz ungenügend und unübersichtlich.

Ebenso wenig hat der nothwendige Ausbau des **gesetzlichen Arbeiterschutzes**, oft genug nicht einmal die thatkräftige Durchführung der vorhandenen Schutzbestimmungen, stattgefunden. Die Verordnung für die Konservenfabriken ist zu Ungunsten der Arbeiterinnen und minderjährigen Arbeiter verändert worden. — Bezüglich der Sonntagsruhe sind noch viele berechtigte Wünsche unerfüllt. Eine ganze Reihe von Verordnungen laufen geradezu darauf hinaus, den Arbeitern diesen nothwendigen Schutz zu schmälern. — Der Maximalarbeitstag hat noch immer keine Aussicht, von Seiten der Reichsregierung unterstützt zu werden. — Durch die Enquete der Gewerbeaufsichtsbeamten über die Gesundheit der Arbeiter in den einzelnen Betrieben ist eine Unmasse von gesundheitsschädlichen Arbeitsverhältnissen aufgedeckt worden. Der sanitäre Arbeitstag aber, durch welchen die gefährdeten Arbeiter geschützt werden könnten, ist noch lange nicht in dem erforderlichen Umfange eingeführt. — Die Bäckereiverordnung steht in den meisten Städten nur auf dem Papier. Ja, die Regierung ist sich „noch nicht schlüssig" darüber, ob sie den Bäckerschutz nicht noch mehr abschwächen soll. Und dies angesichts der ungeheuerlichen Zustände in gewissen Bäckereien, die, wie unser Redner den Regierungen vorhielt, kürzlich wieder in Würzburg bekannt geworden sind. Nicht einmal die furchtbare Sprache der täglich sich ereignenden schweren Unglücksfälle bei den Berg- und den Bauarbeitern vermochte die Regierungen so weit aufzurütteln, daß endlich vom Reiche die nöthigen Schutzgesetze erlassen wurden. Ja, die Reichsregierung lehnte sogar den Besuch des Bauarbeiterschutz-Kongresses ab, angeblich, weil sie keinen Beamten entbehren konnte, in Wahrheit aber, wie sich in Folge unserer Beschwerde im Reichstage herausstellte, weil sie ihre Beamten nicht der Gefahr aussetzen wollte, ein mit rothem Tuch geschmücktes Lokal betreten zu müssen. Wir verwahrten uns dagegen, daß die Regierung sich aus einem so nichtigen Grunde von einer ihrer wichtigsten Pflichten, die Forderungen der Arbeiter zu hören und zu prüfen, zurückhalten läßt. Wir forderten auch in dieser Beziehung für die Arbeiter das gleiche Recht, das die Regierung den anderen Kreisen der Bevölkerung zugesteht. Außerdem wiesen wir den Herren nach, daß sie gar keine Berechtigung haben, von der rothen Farbe, der Farbe der Sozialdemokratie, so verächtlich zu sprechen

Das geringe Entgegenkommen der Regierung gegenüber den Forderungen der Arbeiter ermuntert die Unternehmer zu Anmaßungen wie die Petition,

die der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister an den Reichstag richtete. In dieser Petition forderten die Meister, daß sie in den Fällen von Verurtheilungen für Vergehen der fahrlässigen Tödtung in Folge gewissenloser Gefährdung der Arbeiter durch ungenügende Schutzvorrichtungen, Verwendung schlechten Materials u. s. w., nicht mehr zu Gefängniß, sondern zur Festungshaft verurtheilt werden. Wir begründeten unseren Antrag, diese Petition nicht dem Beschlusse der Petitionskommission gemäß der Regierung als Material zu überweisen, sondern ohne Weiteres in den Papierkorp zu werfen. Dieses wurde denn auch einstimmig beschlossen.

Im Weiteren erinnerten wir die Regierungen an die **Seemannsordnung**, die nach den jahrelangen Vorarbeiten doch endlich einmal fertig werden muß. Dann lenkten wir die Aufmerksamkeit auf die traurigen Zustände in den **Ziegeleien**, in den **Müllereien**, unter den **Erdarbeitern** bei den preußischen Staatsbahnbauten; in der **Cigarren- und Konfektionsindustrie**, für die die bis jetzt erlassenen Schutzverordnungen völlig ungenügend sind; in der **Glas- und Porzellanindustrie**, bei den **Werftarbeitern** sowie unter den **Angestellten** bei Notaren, Rechtsanwälten, Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Versicherungsgesellschaften u. s. w. Auf die Lage der **ländlichen Arbeiter** gingen wir bei verschiedenen Gelegenheiten ein und zogen uns dadurch die ganz besondere Wuth der Agrarier zu. Wir ließen jedoch nicht nach, sondern zeigten immer von Neuem, wie nothwendig es ist, daß die Gesindeordnung aufgehoben, den ländlichen Arbeitern das Koalitionsrecht gegeben und für diese elenden Lohnsklaven menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Fast ebenso schlimm, ja in mancher Beziehung noch schlimmer, sieht es in der **Hausindustrie** aus. Deshalb mahnten wir wiederum die herrschende Klasse an ihre Pflicht, daß sie die in der Hausindustrie und im Kleinhandwerk beschäftigten Arbeiter, Arbeiterfrauen und Arbeiterkinder nicht zu Grunde gehen lassen darf.

Daß sehr viele **Arbeiterwohnungen** nicht im Mindesten den Rücksichten auf die Gesundheit und Sittlichkeit der Bewohner entsprechen, geben jetzt auch die bürgerlichen Parteien zu. Um diesem Uebelstande wenigstens in einigen Fällen abzuhelfen, werden Gelder der Invaliden- und Altersversicherungsanstalten zum Bau von Arbeiterwohnungen verwendet. Wir erklärten uns damit einverstanden, wenn diese Gelder gegeben werden an Gemeinden oder Vereine, die aus Arbeitern und kleinen Leuten bestehen. Aber gegen die bisherige Art, daß einzelne große Unternehmer mit diesem Gelde Wohnungen für „ihre" Arbeiter bauen, protestirten wir. Denn, die Abhängigkeit der Arbeiter, die mit der Arbeit zugleich auch ihre Wohnung verlieren, ist noch ärger als die der andern Arbeiter.

Die Art, wie bei uns **Arbeiterstatistik** getrieben wird, kennzeichneten wir an der famosen Streikstatistik des Grafen v. Posadowsky. Sie wurde entgegen den Grundsätzen, welche selbst von **amtlicher** Seite als maßgebend für die Veranstaltung einer solchen Statistik angegeben worden sind, von der Polizei gemacht. Die Arbeiter zu fragen hielt man für unnöhig.

Fast ganz brach gelegt ist die **Kommission für Arbeiterstatistik**, die sich die Feindschaft der Großindustriellen dadurch verdient hat, daß durch ihre Erhebungen ein Theil der bestehenden Mißstände aufgedeckt worden ist In dem Etat werden für diese Kommission 39 000 Mk. verlangt, eine verhältnißmäßig sehr geringe Summe. Von diesem Gelde sind aber 1897/98 nur 5985 Mk. ausgegeben worden, weil die Kommission beinahe garnicht in Thätigkeit getreten ist. Wir forderten, daß die Kommission, die nur auf Anordnung der Regierungen zusammentreten kann, ihre Thätigkeit voll entfalte, und daß die Ergebnisse ihrer Untersuchungen den Erlaß der nöthigen Schutzverordnungen zur Folge haben.

Außerdem brachten wir im Reichstage folgende **sozialpolitischen Anträge** ein:

I.

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen:

1. die Errichtung von Gewerbegerichten obligatorisch gemacht und deren Zuständigkeit auf die Entscheidung von Streitigkeiten ausgedehnt wird, die aus dem Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältniß aller im Gewerbe, Bergbau, in der Land-, Forstwirthschaft und Fischerei, im Handel und Verkehr oder als Gesinde beschäftigten Personen entstehen;
2. die Theilnahme an den Wahlen und die Berufung zu Mitgliedern eines Gewerbegerichts auf die in den genannten Berufen beschäftigten weiblichen Personen ausgedehnt wird;
3. die Verleihung des Wahlrechts und der Wählbarkeit auf das vollendete 20. Lebensjahr herabgesetzt wird.

II.

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Entwurf für ein Reichs-Berggesetz vorzulegen.

III.

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen an Stelle der im § 139b der Reichs-Gewerbeordnung bestimmten Beamten und Landes-Polizeibehörden Betriebsaufsichts-Behörden nach folgenden Grundsätzen errichtet werden:

Die Aufsicht erstreckt sich auf alle Betriebe im Gewerbe, einschließlich der Heimarbeit, Handel, Verkehr, Bergbau, Land- und Forstwirthschaft, Fischerei und Schifffahrt.

Sie wird einer Reichs-Zentralaufsichtsbehörde übertragen, welche dieselbe nach Inspektionsbezirken zu organisiren hat.

In den Inspektionsbezirken wird die Betriebsaufsicht von Reichsbeamten und Beigeordneten gemeinsam ausgeübt mit dem Recht, ihre Anordnungen zwangsweise durchzuführen.

Die Beigeordneten sind auf Grund eines allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts von den Hilfspersonen aller Betriebe zu wählen. Weibliche Beamte und Beigeordnete sind entsprechend der Zahl der in den Betrieben beschäftigten weiblichen Hilfspersonen anzustellen beziehungsweise zu wählen.

IV.

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die regelmäßige tägliche Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältniß im Gewerbe-, Industrie-, Handels- und Verkehrswesen beschäftigten Personen auf 8 Stunden festgesetzt wird.

V.

Ein fünfter Antrag verlangte freies Vereins- und Versammlungsrecht als die Voraussetzung jedes ernst gemeinten Arbeiterschutzes.

Von diesen Anträgen ist nur I zur Berathung gelangt und wurde abgelehnt, wie ja fast alle unsere Anregungen scheinbar ungehört verhallen. Aber nur scheinbar. Wenn auch unsere Gegner im Reichstage sie nicht verstehen wollen oder nicht zu fassen vermögen, sie dringen doch in die große Masse des arbeitenden Volkes, und dort werden sie von einer immer stärkeren Kämpferschaar mit freudiger Zustimmung aufgenommen. Das bleibt mit der Zeit nicht ohne Einfluß auf die Vertreter der gegnerischen Parteien und der Regierungen, zumal die Mißstände immer ärger werden, und die dringende Nothwendigkeit, daß „etwas“ geschehe, immer deutlicher hervortritt. Für diese langsame, aber unaufhaltsam sich vollziehende Entwickelung ist ein sehr bezeichnendes Zeugniß die Thatsache, daß — abgesehen von den Antisemiten,

deren absolute Unfähigkeit sich überall zeigt — **sämmtliche** bürgerliche Parteien sich genöthigt fühlten, durch einen oder mehrere Arbeiterschutzanträge den Beweis ihrer „Arbeiterfreundlichkeit“ zu erbringen. Allerdings ist der Inhalt dieser Anträge, so weit sie wirklich einen Fortschritt im Arbeiterschutz erstrebten, nichts als sehr stark verwässerte Auszüge aus dem, was wir schon seit Jahren fordern.

So hatten die Nationalliberalen und das Zentrum ebenfalls Abänderungsanträge zum **Gewerbegerichtsgesetz** gestellt. Der nationalliberale Antrag forderte einen Gesetzentwurf,

nach dem zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Prinzipalen einerseits und Handlungsgehilfen und Lehrlingen andererseits kaufmännische Schiedsgerichte errichtet werden.

Diese Forderung, die auch in unserem Gewerbegerichtsantrage enthalten ist, ist im Wesentlichen nur eine Wiederholung einer in der vorigen Session vom Reichstag gefaßten Resolution. Die Väter derselben sind die sozialdemokratischen Mitglieder der Handelsgesetzbuch-Kommission, die dort diese Resolution vorgeschlagen haben.

Das Zentrum erstrebte die Reform der **Gewerbegerichte** zu dem Zwecke:

a) eine geordnete Aufstellung der Wählerlisten wirksam zu sichern;
b) die Errichtung von Gewerbegerichten obligatorisch zu machen, so weit nicht die Landesregierung wegen mangelnden Bedürfnisses Ausnahmen gestattet;
c) die Kompetenz der Gewerbegerichte als Einigungsämter (§ 60 des Gesetzes, betreffend die Gewerbegerichte) dahin zu erweitern, daß dieselben auch ohne Anrufen der streitenden Parteien für die Beilegung der Streitigkeiten wirken können.

Das unter a und c Geforderte ist praktisch bedeutungslos. Und in dem zweiten Satze (b) wird die Verbesserung, von der zuerst die Rede ist, durch die darauf folgende Einschränkung wieder aufgehoben.

Die beiden Anträge standen zugleich mit unserem Antrage I zur Berathung. Unsere Redner wiesen nach, daß nur durch unsere Vorschläge die Gewerbegerichte so ausgebaut würden, wie es im Interesse einer schnellen und sachgemäßen Rechtsprechung für alle Arbeiter nothwendig ist. Nachdem aber unser Antrag abgelehnt war, stimmten wir dafür, daß wenigstens die beiden anderen Anträge einer Kommission überwiesen wurden, damit wir dort von Neuem für eine, unserer Ueberzeugung entsprechende Reform der Gewerbegerichte eintreten könnten. Inwieweit uns dieses gelungen ist, kann man aus den Beschlüssen der Kommission ersehen. Sie lauten:

Artikel I.

Dem § 1 des Gesetzes vom 29. Juli 1890 wird als letzter Absatz die folgende Vorschrift hinzugefügt:

„In Gemeinden mit mehr als 20000 Einwohnern muß die Errichtung eines Gewerbegerichts von der Landes-Zentralbehörde auf Antrag betheiligter Arbeitgeber oder Arbeiter angeordnet werden.“

Artikel II.

Dem § 3 (Zuständigkeit der Gewerbegerichte) folgende neue Bestimmung hinzuzufügen:

„über Entschädigungsansprüche aus gesetzwidrigen Eintragungen in Arbeitsbücher, Zeugnisse, Krankenkassenbücher und Quittungskarten der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalten, sowie wegen widerrechtlicher Vorenthaltung dieser Papiere.“

Artikel III.

In § 13 des Gesetzes wird als Absatz 5 die folgende Bestimmung hinzugefügt:

„Die Gemeindebehörde hat eine Liste der Wahlberechtigten aufzustellen, Polizeibehörden, Krankenkassen, welche im Bezirke des Gewerbegerichts bestehen.

sind verpflichtet, der Gemeindebehörde auf Verlangen die für die Fertigung der Wählerliste für Arbeitgeber und Arbeitnehmer erforderlichen Auskünfte zu geben, insbesondere Einsicht der Mitglieder-Verzeichnisse bezw. der Gewerbeanzeigen zu gewähren. Die Liste ist während 4 Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Tage zu Jedermanns Einsicht auszulegen, und ist dies zuvor öffentlich bekannt zu machen. Wer bis zum Tage vor der Wahl seine Wahlberechtigung nachweist, ist in die Wählerliste einzutragen."

Artikel IV.

Nach § 62 des Gesetzes wird die folgende neue Bestimmung eingeschoben:

§ 62a.

Erfolgt die Anrufung (des Gewerbegerichts als Einigungsamt) nur von Seiten einer Partei, so hat der Vorsitzende hiervon einer oder mehreren der ihm als Vertrauensmänner der anderen Partei bekannten Personen Kenntniß zu geben und zugleich nach Möglichkeit dahin zu wirken, daß auch die andere Partei sich zur Anrufung des Einigungsamtes bereit findet.

Auch in anderen Fällen soll der Vorsitzende bei Streitigkeiten der im § 61 bezeichneten Art auf die Anrufung des Einigungsamtes hinzuwirken suchen und dieselbe den Parteien bei geeigneter Veranlassung nahe legen.

Der Vorsitzende ist befugt, an den Streitigkeiten betheiligte Personen vorzuladen und zu vernehmen. Er kann hierbei für den Fall des Nichterscheinens eine Geldstrafe bis zu 100 Mk. androhen. Gegen die Festsetzung der Strafe findet Beschwerde nach den Bestimmungen der Zivilprozeßordnung statt.

Das Plenum des Reichstags hat zu diesen Beschlüssen der Kommission noch nicht Stellung genommen.

Außerdem hat das Zentrum die Errichtung von **Arbeitskammern**, die Nationalliberalen die Erweiterung der Gewerbegerichte zu Arbeitskammern, die freisinnige Vereinigung die Einrichtung eines **statistischen Reichsarbeitsamtes** beantragt. Auch diese Forderungen haben wir schon längst vertreten. Sie sind enthalten in unseren großen Arbeiterschutz-Gesetzentwürfen vom Jahre 1885 und 1890, hatten aber bisher keine Gegenliebe bei der Mehrheit des Reichstages gefunden. Daß das jetzt ganz anders ist, konnten wir mit Freuden begrüßen, angeblich zur großen Ueberraschung der Antragsteller, die der Hoffnung sich hingaben, daß sie durch Bewilligung von Arbeiterforderungen der Sozialdemokratie Abbruch thun würden. Wir sagten ihnen offen, daß wir ihnen auf diesem Gebiete immer voraus sein werden. Sie werden immer hinter uns drein hinken und erst nachträglich bewilligen, was wir von vornherein gefordert haben. Wir stimmten daher mit der Mehrheit für die Ueberweisung dieser Anträge an eine Kommission, die aber bis jetzt diesen Theil ihrer Aufgabe noch nicht begonnen hat.

Endlich liegt ein bis jetzt noch nicht zur Berathung gelangter Antrag der freisinnigen Vereinigung vor, der die Errichtung unparteiischer **Arbeitsnachweise** bezweckt. In der Etatsdebatte nahmen wir Gelegenheit, nachzuweisen, wie die Arbeiter durch die Unternehmer-Arbeitsnachweise vergewaltigt werden, und erklärten, daß wir nur dann den beantragten Arbeitsnachweisen zustimmen, wenn sie wirklich unparteiisch ausgebaut werden und den Arbeitern genau die gleichen Rechte einräumen wie den Unternehmern.

Auch die Regierungen sahen sich zu einigen Zugeständnissen veranlaßt. Im Nachtragsetat wurden 8 700 Mk. gefordert für die Anstellung eines **weiteren vortragenden Raths** im Reichsamt des Innern, der sich den Aufgaben „auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge" ausschließlich widmen soll. Da auch wir der Ansicht waren — der wir schon längst bei jeder passenden Gelegenheit Ausdruck gegeben hatten —, daß auf diesem Gebiete im Reichsamt des Innern viel zu wenig bisher geschehen ist, so stimmten wir dieser Forderung zu, indem wir die Erwartung aussprachen, daß jetzt endlich seitens der Reichsregierung dem Arbeiterschutz die nöthige Aufmerksamkeit gewidmet werde.

Wie wenig aber noch immer die Regierungen fähig sind, die Mißstände, unter denen die Arbeiter leiden, gründlich zu beseitigen, beweist der von den Regierungen dem Reichstage vorgelegte „Entwurf eines Gesetzes, betreffend die **Abänderung der Gewerbeordnung**". Derselbe umfaßt 11 Artikel, die zum größten Theil in einem inneren Zusammenhange nicht stehen, sondern willkürlich aus dem großen Haufen dringender Arbeiterforderungen herausgegriffen und zusammengeworfen sind. Wir verlangten dagegen, daß die Gesetzgebung mit einer solchen Flickarbeit sich nicht begnügen, sondern den Arbeiterschutz im großen Stile systematisch ausbauen soll. Vier von den Artikeln des Entwurfs behandeln solche gewerbliche Angelegenheiten, die für die Arbeiter ohne Bedeutung sind. Von den anderen Artikeln ist derjenige, der sich auf die **Gesindevermiethung und Stellenvermittelung** bezieht, für die Agrarier vom größten Interesse, weil sie durch denselben ihren Arbeitern die Möglichkeit, andere Arbeit zu finden, erschweren wollen. Nach diesem Artikel soll Derjenige, welcher das Geschäft eines Gesindevermiethers oder Stellenvermittlers betreiben will, erst die polizeiliche Erlaubniß einholen. Diese ist zu versagen, wenn Thatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Nachsuchenden in Bezug auf den beabsichtigten Gewerbebetrieb darthun. Außerdem müssen die Gesindevermiether und Stellenvermittler das Verzeichniß der von ihnen für ihre gewerblichen Leistungen aufgestellten Taxen der Polizei vorlegen und in ihren Geschäftsräumen anschlagen.

Daß auf diesem Gebiete in der That schwere Mißstände zu Tage getreten sind, daß namentlich gewisse Arbeiterkategorien, wie Kellner, Schiffer, Kaufleute, selbst Künstler, durch die Stellenvermittler oft schamlos ausgebeutet werden, ist schon wiederholt von uns zur Sprache gebracht worden. Wir erklärten uns deshalb auch bereit, denjenigen Maßregeln zuzustimmen, die geeignet sind, diese Mißstände zu beseitigen. Um dieses Ziel zu erreichen, verlangten wir, daß das gesammte Arbeits- und Stellenvermittelungswesen in der Weise, wie wir f. Z. in unseren großen Arbeiterschutzgesetzentwürfen vorgeschlagen hatten, vom Staate einheitlich organisirt wird. Die von den Regierungen beantragte völlige Unterwerfung dieser Geschäftsleute unter die Polizei dagegen war für uns unannehmbar, weil wir weder die Abhängigkeit der ländlichen Arbeiter noch mehr vergrößern, noch der Polizei weitere Machtmittel einräumen wollen.

Im Gegentheil suchten wir bei dieser Gelegenheit gewisse polizeiliche Einmischungen für die Zukunft zu verhindern und beantragten daher, daß Stellenvermittelungen (Arbeitsnachweise), welche von Vereinigungen unterhalten werden, die den Arbeitsnachweis nicht zum Zwecke des Erwerbs betreiben, von allen Polizeimaßregeln befreit sind. Auch die **Behandlung gewisser Gastwirthe durch die Polizei** brachten wir zur Sprache und stellten folgenden Antrag:

> Gast- und Schankwirthschaften darf die Veranstaltung öffentlicher Lustbarkeiten nicht versagt werden, wenn sie einem an demselben Ort seinen Betrieb ausübenden Gast- oder Schankwirth gestattet ist.
>
> Wird für den Betrieb des Gast- und Schankgewerbes eine Polizeistunde gesetzt, so muß dieselbe für sämmtliche Gast- und Schankwirthschaften desselben Orts die gleiche sein.

Dieselbe Stellung nahmen wir übrigens auch gegenüber den wieder beantragten **Strafbestimmungen gegen die Unzucht** (lex Heinze) ein. Hier sind ebenfalls schwere Mißstände vorhanden. Gegen dieselben wollen wir aber, wie wir bereits bei allen früheren Berathungen erklärt haben, nicht mit Polizeimaßregeln ankämpfen, sondern dadurch, daß die soziale Lage der untersten Schichten des Volkes in jeder Beziehung gehoben wird, daß ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse günstiger gestaltet, bessere Schulen eingerichtet, wirksamere Arbeiterschutzgesetze durchgeführt werden, und — nicht zum Wenigsten — auch

dadurch, daß der Unzucht in den „besseren" Kreisen ernsthaft entgegengetreten wird.

In einem weiteren Artikel der Gewerbeordnungs-Novelle soll dem Bundesrath die Befugniß eingeräumt werden, für die **Kleider- und Wäschekonfektion** sowie für andere Gewerbe, in denen die diesbezüglichen Mißstände vorliegen, folgende Verordnungen zu erlassen:

1. daß **Lohnbücher** oder **Arbeitszettel** eingeführt werden, in welche Art und Umfang der übertragenen Arbeit, sowie die Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutragen sind; und

2. daß Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern vom Unternehmer für die Tage, an welchen sie in der Fabrik die gesetzlich zulässige Arbeitszeit hindurch beschäftigt waren, **Arbeit nach Hause** überhaupt nicht für die Tage, an welchen sie in der Fabrik kürzere Zeit beschäftigt waren, annähernd nur in dem Umfang mitgegeben werden darf, in welchem Durchschnittsarbeiter ihrer Art die Arbeit voraussichtlich in der Fabrik während des Restes der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit würden herstellen können, und für Sonn- und Festtagen nur insoweit, als die Beschäftigung dieser Personen in Fabriken gestattet ist.

Wir forderten, daß von der Mitnahme von Arbeit nach Hause nicht nur die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter, sondern auch die anderen Arbeiter befreit werden und zwar ein für alle Mal ohne Rücksicht darauf, wie lange die Arbeit in der Fabrik dauert. Auch wünschten wir eine solche Fassung des Artikels, daß die Maßregeln in allen Gewerben durchgeführt werden müssen.

Der in dem Entwurf nun folgende **Schutz für die Ladenangestellten** war uns durchaus ungenügend. Eine **Ruhezeit** von 10 Stunden ist zu kurz. Die Vorschrift, es müsse eine „**angemessene Mittagspause**" gewährt werden, ist so unbestimmt, daß sie so gut wie gar keinen Werth hat. Auch der Zusatz, daß für Betriebe, in denen die Angestellten außerhalb essen, die Mindestdauer der Mittagspause (mindestens 1 Stunde) durch die Gemeindebehörde festgesetzt wird, ist ein schwacher Trost. Wir sind überzeugt, daß die meisten Gemeindebehörden sich mit der einstündigen Mittagspause begnügen werden. Unsere Forderung geht dahin, daß gerade diesen Arbeitern, welche von Morgens früh bis in die späte Nacht hinein hinter dem Ladentische sein müssen, die Mittagspause nicht nur die Zeit zum Herunterschlingen des Essens, sondern auch zur Erholung gewähren muß.

Daß die an sich schon viel zu kurze Mindestruhezeit in einer Reihe von **Ausnahmefällen** noch weiter verkürzt werden soll, konnten wir — abgesehen von der Zeit der Inventur in gewissen Geschäften — nicht billigen. Dagegen verlangten wir für diese Arbeiter eine 14tägige **Ferienzeit** unter voller Zahlung des Gehalts.

Der gesetzliche Ladenschluß soll nach dem Regierungs-Entwurf so geregelt werden, daß diese Maßnahme für eine Gemeinde oder mehrere örtlich zusammenhängende Gemeinden erfolgen kann „auf Antrag von mindestens zwei Drittel der betheiligten Geschäftsinhaber durch Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde, nach Anhörung der Gemeindebehörden". Dieser Weg ist so umständlich, daß es vermuthlich nur höchst selten zu diesem Ladenschluß kommen wird. Wir forderten, daß ohne Weiteres überall der Ladenschluß gesetzlich festgelegt wird und zwar auf 8 Uhr, nicht auf 9 Uhr. Dann verlangten wir, daß alle diese Schutzbestimmungen auch auf die in den Komptoiren thätigen Angestellten ausgedehnt, und daß besondere Aufsichtsbeamte mit der Kontrolle darüber, ob dieses Gesetz zur Anwendung kommt, betraut werden.

Zugleich mit dem Regierungsentwurf kamen zwei nationalliberale Anträge zur Berathung. Dieselben bezogen sich, abgesehen von den in der Regierungsvorlage behandelten Punkten, auf die **Kündigungsfristen der Betriebs-**

beamte u. s. w., auf die **Heimarbeiter** und auf die in **Schank- und Gastwirthschaften angestellten Personen.** Auch diese Anträge ergänzten wir durch unsere viel weiter gehenden Forderungen. So verlangten wir namentlich, daß die scheußlichen Zustände in der Hausindustrie allmälig beseitigt werden, und eine vernünftige Organisation in geordneten Werkstätten entsteht.

Dem Antrage, alle diese Entwürfe einer Kommission zu überweisen, schlossen wir uns an und betheiligten uns eifrig an den Arbeiten in der Kommission. Der Bericht dieser Kommission kommt im Plenum des Reichstags erst nach den Ferien zur Berathung.

Zu einer ganz besonders umfangreichen Thätigkeit gab uns Gelegenheit der, nach vielem Mahnen und Drängen unsererseits endlich von den Regierungen vorgelegte „Entwurf eines **Invalidenversicherungsgesetzes**". Wir hatten seiner Zeit gegen das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz gestimmt, weil wir es in den allermeisten Punkten für verfehlt hielten. Wie Recht wir gehabt hatten, zeigte die Erfahrung. Ueberall wurden Klagen und Beschwerden laut und mit der Zeit waren alle Parteien darin einig, daß das Gesetz geändert werden muß. Es fragte sich nur, zu wessen Gunsten? Schließlich ist wieder einmal die Rücksicht auf die ostpreußischen Junker ausschlaggebend gewesen. Die finanzielle Lage einiger Versicherungsanstalten, in erster Linie der in Ostpreußen, war so schlecht, daß sie unter den jetzigen Verhältnissen in kurzer Zeit ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen konnten. Dieser, in der That unhaltbare Zustand mußte so bald wie möglich beseitigt werden. Deshalb war die Reform nicht mehr hinauszuschieben. Die Regierungen dachten sich diese Reform sehr einfach. Einige andere Versicherungsanstalten, nämlich die in rein industriellen Bezirken, in Berlin und den Hansastädten, haben — bei gleich hohen Beiträgen wie in Ostpreußen — ein so beträchtliches Vermögen angesammelt, daß sie demnächst ihre gesammte Rentenlast aus den Zinsen ihres Vermögens bestreiten könnten, die Beiträge also garnicht mehr brauchten. Was ist nun einfacher, als daß man den Ueberschuß den Berlinern und den Hansastädten fortnimmt und damit den Fehlbetrag in dem ostpreußischen Junkerbezirk deckt? Dies sollte nicht nur mit dem angesammelten Vermögen, sondern auch mit den in Zukunft eingehenden Geldern geschehen. Drei Fünftel aller Einnahmen und der bereits angesammelten Vermögen sollten zur Vertheilung gelangen und nur zwei Fünftel den einzelnen Versicherungsanstalten zur eigenen Verwendung bleiben. Auch hier hatten wir, als s. Z. das jetzt geltende Gesetz geschaffen wurde, die Schwierigkeiten, die eingetroffen sind, vorausgesagt und eine Reichsanstalt verlangt, bei der die Kosten durch eine progressive Einkommensteuer auf alle Einkommen über 3000 Mk. vertheilt werden. Auf diese Weise wäre das, an sich ungerechte und Betrügereien, wie sie bei den ostpreußischen Junkern häufig genug vorkommen, ermöglichende Klebesystem vermieden, und die Gelder würden nach einheitlichem Plane von Denen aufgebracht, welche dazu zu in Wahrheit verpflichtet sind. Wir halten auch jetzt noch diese Forderungen für die richtigen und haben sie deshalb von Neuem erhoben. Selbstverständlich denken die bürgerlichen Parteien nicht daran, dem zuzustimmen. Für ihre „Arbeiterfreundlichkeit" ist das zu theuer. Unter diesen Umständen blieb uns nichts Anderes übrig, als das von den Regierungen vorgeschlagene Vertheilungssystem möglichst der Gerechtigkeit anzupassen. Wir stellten den Antrag, daß nur die Grundbeträge der Altersrenten von allen Versicherungsanstalten gemeinsam getragen werden, daß aber alle anderen Verpflichtungen jede Anstalt für sich regelt. In diesem Antrage ist die einzige Ausgabe, bei der bisher die ländlichen Bezirke zu Gunsten der städtischen belastet waren, in der nöthigen Weise ausgeglichen worden. Denn thatsächlich müssen in Folge des immer stärkeren Abzuges der jüngeren Leute vom Lande in die Stadt die Altersrentner auf dem Lande verhältnißmäßig häufiger als in den Städten sein.

Da aber die Regierung dem Reichstage nicht gut zumuthen konnte, die ganze „Reform" einzig und allein auf die Bewilligung einer weiteren Liebesgabe an die Junker zu beschränken, so waren bei dieser „Reform" noch einige andere Punkte berücksichtigt. Unser Bestreben ging nun dahin, nicht nur weitere Verschlechterungen zu verhindern, sondern auch möglichst viele Verbesserungen für die Arbeiter durchzusetzen.

Verschlechtert ist das bisherige Gesetz dadurch, daß die Versicherungspflicht aufgehoben ist bezüglich der Seeschiffer, welche ein Gehalt von über 2000 Mark haben, der ausländischen Arbeiter, die vorübergehend in Deutschland arbeiten, und der Kleinbauern, welche in bestimmten Jahreszeiten für nicht mehr als 12 Wochen oder überhaupt für nicht mehr als 50 Tage im Jahre Lohnarbeit übernehmen. Auch die Ausdehnung der freiwilligen Versicherung zum Nachtheile der anderen Arbeiter müssen wir zu den Verschlechterungen rechnen. Als Verbesserungen dagegen sind die Bestimmungen anzuerkennen, daß auch die Lehrer und Erzieher, sowie gewisse Beamte der Versicherungspflicht unterworfen sind, daß die Karrenzzeit von 235 auf 200, resp. von 1410 auf 1200 Wochen gekürzt ist, daß die Dauer der „durch geschlechtliche Ausschweifungen zugezogenen" Krankheit als Beitragszeit angerechnet wird, daß nach 26 wöchentlicher Dauer der Krankheit eine Invalidenrente bezahlt werden muß, daß die Rente für die II.—IV. Klasse erhöht, daß eine V. Klasse hinzugefügt; daß die Uebergangsbestimmung vereinfacht ist; daß das Heilverfahren häufiger zur Anwendung gelangt; daß die Einschätzung in die Lohnklassen etwas gerechter erfolgt; daß die Maximalgrenze der Rente für die IV. Klasse auf 675 Mk., für die V. Klasse auf 750 Mk. heraufgerückt ist; daß demjenigen Versicherten, der eine Unfallrente, aber nicht eine Invalidenrente erhält, die Hälfte der für ihn entrichteten Beiträge zurückerstattet wird; daß eine Zusammenlegung, Theilung oder Aufhebung bestehender Versicherungsanstalten nur mit Zustimmung des Reichstags erfolgt; daß den Versicherten ein etwas größeres Recht bei der Bewilligung und Entziehung der Renten eingeräumt ist; und daß die Entscheidungen der Schiedsgerichte spätestens innerhalb 3 Wochen nach ihrer Verkündung den Parteien zugestellt werden müssen.

Hierbei ist freilich nur ein ganz verschwindend kleiner Theil von dem, was wir im Interesse der Arbeiter verlangt haben, berücksichtigt worden. So forderten wir noch, daß die sozial am schlechtesten stehenden Arbeiter, die Hausgewerbetreibenden, ebenfalls unter allen Umständen gegen Invalidität versichert sein müssen, und daß die Lasten hierfür von den Schultern der Kleinmeister abgenommen und den großen Geschäften zugewiesen werden; daß die Invalidität beginnen soll, sobald der Versicherte nicht mehr die Hälfte seines früheren Arbeitsverdienstes erwerben kann; daß alle Vertreter auf Grund des gleichen, unmittelbaren und geheimen Stimmrechts, unter Gleichberechtigung der Geschlechter gewählt werden; daß für die Wittwen und Waisen der Schiffer besser gesorgt wird; daß alle gegen Invalidität versicherten Personen auch einer Krankenkasse angehören müssen, und daß dann bei einer länger anhaltenden Krankheit die Invalidenrente sofort nach Ablauf der Krankenunterstützung ausgezahlt; daß die Krankenfürsorge eingeleitet wird, wenn dies unter Zustimmung des Versicherten event. auch des Vertrauensarztes der Versicherungsanstalt vom Vorstande der Krankenkasse, welcher der Versicherte angehört, beantragt ist; daß während des Heilverfahrens für die Familie des Kranken genügend gesorgt wird; daß die Beiträge gerechter festgesetzt, die Lohnklassen nach dem Wochenverdienst gebildet werden; daß auch solchen Versicherten, die dauernd erwerbsunfähig geworden sind, bevor sie einen Anspruch auf Rente haben, die Hälfte der für sie entrichteten Beiträge ausgezahlt wird; daß bei dem Tode der versicherten Personen nicht nur die ehelichen, sondern alle Kinder berücksichtigt werden, zu deren Unterhalt der Verstorbene verpflichtet war; daß die Rente nicht so häufig ganz oder zum Theil entzogen werden kann;

daß den Rentenstellen eine wirklich nützliche Thätigkeit ermöglicht wird; daß derjenige Unternehmer, welcher einen Arbeiter daran hindert, seinen Pflichten als Vertreter der Versicherten nachzukommen, bestraft wird; daß den Arbeitervertretern der Ersatz für baare Auslagen und für entgangenen Arbeitsverdienst nicht versagt werden darf; daß der Rentenbewerber in der Wahl der von ihm zu bestellenden Bevollmächtigten nicht beschränkt ist; daß die Quittungskarten praktischer eingerichtet werden; daß die Arbeiter die Hälfte des Betrages der von ihnen eingeklebten Quittungskarten noch innerhalb 2 Jahren vom Unternehmer beanspruchen können; daß Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern in Invalidensachen von den Gewerbegerichten und, wo solche nicht bestehen, von der unteren Verwaltungsbehörde bezw. von dem Vorsitzenden der Rentenstellen endgiltig entschieden werden; daß die Versicherungsanstalten zum Erlaß von Vorschriften zum Schutz der Arbeiter gegen gesundheitsschädliche Einflüsse befugt sind.

Für unsere Stellung zu der ganzen Novelle war die Sachlage eine andere als damals, als es sich um die Frage handelte, ob überhaupt eine Invaliden- und Altersversicherung eingerichtet werden soll oder nicht? Damals wogen unsere Parteigenossen ab: Welche Belastung bringt die neue Einrichtung den Arbeitern und welchen Nutzen? Da uns die Belastung bedeutend größer erschien als der Nutzen — daß wir recht hatten, hat ja inzwischen die Erfahrung erwiesen — so mußten wir gegen das Gesetz stimmen. Jetzt aber besteht die Invalidenversicherung, und ihre Beseitigung kommt garnicht in Betracht. Es fragte sich daher jetzt nur, ob durch die beschlossenen Aenderungen die Verhältnisse für die Arbeiter verbessert oder verschlechtert werden? Unsere Fraktion war der Ansicht, daß die Verbesserungen von größerer Bedeutung sind als die Verschlechterungen. In Folge dessen stimmten wir für die Novelle.

Unsere gewissenhafte Betheiligung an den gesetzgeberischen Arbeiten hat den Haß der herrschenden Klasse gegen uns selbstverständlich nicht im Geringsten vermindert. Im Gegentheil sehen unsere Gegner es nach wie vor als ihre wichtigste Aufgabe an, uns so viel wie irgend möglich unschädlich für ihre volksfeindliche Wirthschaft zu machen. In diesem Eifer gingen die Konservativen sogar so weit, daß sie ein neues **Ausnahmegesetz gegen unsere Presse** beantragten. Der Antrag lautete:

„Ein Beamter, welcher amtliche Schriftstücke, deren Geheimhaltung angeordnet ist, Anderen zur Veröffentlichung durch die Presse widerrechtlich mittheilt, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. oder mit Gefängniß bis zu 6 Monaten bestraft.

Wer Schriftstücke, von denen er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß sie ihm durch eine Handlung der im Absatz 1 bezeichneten Art zugänglich gemacht worden sind, durch die Presse veröffentlicht, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. oder mit Gefängniß bis zu 3 Monaten bestraft."

Durch diesen Antrag sollte es unserer Presse unmöglich gemacht werden, Schriftstücke, wie den Erlaß des Prinzen Georg von Sachsen über die Soldatenmißhandlungen, wie den Streikerlaß des Grafen v. Posadowsky und wie den Schießerlaß des preußischen Ministers des Innern zu veröffentlichen. Wenn dies erreicht wäre, dann könnte, so verrieth einer der Antragsteller, Graf v. Klinckowstroem, die Besprechung derartiger Erlasse auch im Reichstage durch dessen Präsidenten verboten werden. Unser Redner wies nach, daß die Veröffentlichung dieser Erlasse im allgemeinen Interesse nothwendig war, und protestirte aufs Nachdrücklichste gegen ein solches Maulkorbgesetz: Wenn dieses Gesetz angenommen wird, „so ist das die Abdankung des Reichstags, dann hat das freie Wort in Deutschland keine Stätte mehr, dann können die Schandthaten, welche von den Feinden im Geheimen gesponnen werden, nicht mehr der Oeffentlichkeit überliefert, das Vaterland nicht vor dem Aeußersten bewahrt werden!" Die Konservativen verzichteten schließlich auf die zweite Berathung ihres

Antrags. Sie hatten eingesehen, daß sie im Reichstage mit ihrem Attentat auf die letzten Reste der Volksrechte kein Glück haben.

Trotzdem war das Bestreben, wenigstens im Reichstage die Redefreiheit mehr und mehr einzudämmen, auch fernerhin unverkennbar. Der neue Reichstag war von der Regierung außerordentlich spät einberufen. Dafür muthete man ihm zu, wichtige Vorlagen, wie die Novelle zum Invaliden-Versicherungsgesetz, in überhasteter Eile durchzupeitschen. Von unserer Seite wurde das Nöthige gethan, um eine der großen Bedeutung des Gesetzes angemessene Behandlung zu erzwingen. Ferner wollte man dem Reichstage das Recht absprechen, die Ausweisungen von Ausländern und gewisse richterliche Urtheile einer Kritik zu unterziehen. Auch diese Bevormundung wiesen wir zurück und machten von unserem Rechte, ohne Rücksicht auf solche Einsprüche, den Gebrauch, zu dem wir uns im Interesse des Volkes für verpflichtet hielten. Der beste Beweis aber dafür, was man in gewissen Kreisen glaubt, sich gegen den Reichstag, die Vertretung des deutschen Volkes, erlauben zu dürfen, ist die bekannte Fälschung des amtlichen stenographischen Berichts. Das neue Präsidium hat eine überaus scharfe Zensur im Reichstage eingeführt, die oft unsern lebhaften Protest hervorrief. Mit der Zeit aber mußte man anerkennen, daß der erste Präsident, Graf v. Ballestrem, seines Amtes unparteiisch waltete und auch gegen Uebergriffe vom Bundesrathstische in angemessener Weise einschritt. Den Kaiserreden gegenüber vertrat er den Grundsatz, daß nur solche Aeußerungen des Kaisers in die Debatte gezogen werden können, welche dem Reichstage beglaubigt zugegangen oder im amtlichen Organ publizirt worden sind. Nach diesem Grundsatze handelte er auch in der 98. Sitzung am 21. Juli d. J., wobei er ausdrücklich anerkannte, daß eine im „Reichsanzeiger" veröffentlichte Kaiserrede der Besprechung im Reichstage unterliegt. In dem amtlichen Stenogramm aber ist diese ausdrückliche Anerkennung so gefälscht worden, daß sie sich nur auf die im amtlichen Theil des „Reichsanzeigers" veröffentlichten Reden bezieht. Da der amtliche Theil des „Reichsanzeigers" zu derartigen Veröffentlichungen niemals benutzt wird, so wäre auf diesem Umwege dem Reichstage die Redefreiheit gegenüber den Kaiserreden vollständig genommen. Der gefälschte Bericht, gegen den der erste Präsident sofort eine Berichtigung erscheinen ließ, ist nach Beginn der Ferien vertheilt worden. Daher können wir uns damit erst im Herbst weiter befassen.

Um einen andern Mißstand zu beseitigen, durch den es schon manchem Genossen unmöglich gemacht worden ist, seinen Pflichten als Reichstagsabgeordneter nachzukommen, brachten wir den Antrag ein, den Artikel 31 der Verfassung dahin abzuändern:

> Ohne Genehmigung des Reichstages kann kein Mitglied desselben während der Sitzungsperiode verhaftet oder wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen werden, außer wenn es bei Ausübung der That oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird.
>
> Auf Verlangen des Reichstages muß jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben und jede Untersuchungs-, Straf- oder Zivilhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben werden.

Der Antrag ist noch nicht zur Verhandlung gekommen.

Auch die verschiedenen Reichsbehörden stellten wir zur Rede über die Art, wie von ihnen der Kampf gegen die Arbeiterbewegung geführt wird. Unsere Redner wiesen auf Grund einer ganzen Reihe von Thatsachen nach, daß die Arbeiter und unteren Beamten in den Staatsbetrieben der **Post, der Telegraphie, des Militärs, der Marine, der Eisenbahnen** nur zu oft Grund zu Klagen über zu lange Arbeitszeit, über ungenügende Sonntagsruhe und über zu niedrigen Lohn haben. Um so schärfer verurtheilten wir es, daß man es ihnen verwehren will, sich zur Wahrnehmung ihrer wirthschaftlichen und amtlichen Interessen zu vereinigen und sich ein Zeitungsorgan zu gründen, daß

Unterbeamte, die für diesen Verein agitiren oder durch das Vertrauen ihrer Kollegen an die Spitze solcher Vereine gestellt wurden, oder in irgend einem — wenn auch rein privaten — Verkehr mit Sozialdemokraten standen, gemaßregelt worden sind. Gerügt wurde von uns ferner die Einmischung des Oberwerft-Direktors in Wilhelmshaven, v. Schuckmann, in die Steuerangelegenheiten der Arbeiter und die von dem Oberwerft-Direktor in Danzig, v. Wietersheim, verübte Wahlbeeinflussung.

Daß aber die andern Arbeiter ebenfalls sich einer besonderen, durchaus nicht zu billigenden, zum Theil mit dem gleichen Recht für alle im schroffsten Widerspruch stehenden Behandlung seitens der Verwaltungsbehörden erfreuen, zeigten wir bei der Besprechung des **Erfurter Krawalls, des Reckeschen Schießerlasses,** der **Internirung** eines Genossen, der ungesetzlicherweise **verweigerten Aufnahme** eines anderen Genossen in den preußischen Staatsverband, sowie der vielen **Eingriffe in die Ausübung der uns zustehenden staatsbürgerlichen Rechte** während der letzten Reichstagswahl.

Am meisten indeß leidet unter der heutigen Klassenwirthschaft die **Justiz.** Unsere Redner führten mehrere Fälle an, in denen Gerichtsurtheile im Widerspruch stehen mit dem Rechtsgefühl des arbeitenden Volkes und deshalb als schreiende Ungerechtigkeit empfunden werden. Das größte Aufsehen hat ja das Löbtauer Zuchthausurtheil erregt, das denn auch im Reichstage zu einer Generalabrechnung mit der sächsischen Justiz führte. Der Verlauf dieser Debatte ist den Genossen durch den von uns als Broschüre herausgegebenen und in großer Zahl verbreiteten Abdruck des stenographischen Berichts bekannt. Die Genossen werden daraus ersehen haben, daß unsere Redner dieses unerhörte Urtheil, die Justiz, bei der ein solches Urtheil möglich ist, und die Haltung der sächsischen Regierung zu diesen Vorgängen nach jeder Richtung hin gebührend besprochen haben.

Scharf bekämpft wurde von uns auch die Ausführung der erkannten Strafen, die Art und Weise, wie unsere Genossen, namentlich unsere Redakteure, im Gefängniß behandelt werden. Als weitere Mißstände wurden von uns besprochen: der Mangel einer wirklichen Rechtseinheit, die administrative Haft, die vielen unnöthig erfolgten polizeilichen Sistirungen, die ungenügenden Einrichtungen in den Gefängnissen, die dort üblichen, ganz ungehörigen Disziplinarmittel, die Ueberlastung und schlechte Bezahlung der Gefangenwärter. Dann forderten wir, daß die gesetzliche bedingte Verurtheilung eingeführt wird; daß der Richter die jungen Leute bis zu 18 Jahren sehen und hören muß, bevor er gegen sie das Urtheil spricht; daß den Minderjährigen in allen Fällen ein Vertheidiger gestellt; daß das Urtheil gegen Minderjährige stets dem gesetzlichen Vertreter mitgetheilt wird; daß Letzterer das Recht hat, selbständig den Arbeitsvertrag zu lösen, wenn eine Gefährdung der Sittlichkeit vorliegt; daß das Erziehungsrecht der Eltern nicht aus Gründen der Religion oder Politik entzogen werden darf; daß in Preußen jedes Züchtigungsrecht dem Gesinde gegenüber aufgehoben wird; daß die Lohnforderungen der Bauarbeiter sicher gestellt werden; daß den von Beamten verletzten Personen das Recht gegeben wird, Anklage vor einem Laiengericht zu erheben; daß eine gesetzliche Entschädigung für unnöthige polizeiliche Sistirungen und administrative Freiheitsbeschränkungen ebenso wie für unschuldig erlittene Untersuchungshaft gewährt wird.

Endlich stellten wir folgende Anträge, von denen aber bis jetzt keiner zur Verhandlung gekommen ist: 1. Aufhebung der Majestätsbeleidigungs-Paragraphen und 2. Aufhebung der dem Statthalter von Elsaß-Lothringen übertragenen außerordentlichen Gewalten.

Dagegen sind zwei andere Anträge, nachdem sie im Plenum des Reichstages kurz besprochen waren, einer Kommission überwiesen und dort gründlich bearbeitet worden, nämlich der Antrag Rintelen und ein Regierungsantrag. Der erste bezweckt die **Wiedereinführung der Berufung in Strafsachen**

und verbindet damit eine Reihe weiterer Aenderungen des Strafprozeßverfahrens, der zweite betrifft im Wesentlichen die **Einführung des sogenannten Nacheides**, die Vereinfachung des Eidesverfahrens und die Feststellung von Fällen, in denen eine Vereidigung nicht erforderlich ist. Dies sind alles Forderungen, die schon wiederholt im Reichstage zur Sprache, aber trotzdem noch immer nicht zur Erledigung gekommen sind. Unsere Fraktion nahm zu diesen Anträgen dieselbe Stellung wie in früheren Jahren ein. Wir erkannten die dringende Nothwendigkeit einer gründlichen Reform an und arbeiteten in der Kommission eifrig mit, um möglichst viele Verbesserungen zu erzielen, zugleich aber auch die Verschlechterungen, die bei dieser Gelegenheit ebenfalls durchgedrückt werden sollen, zu verhindern.

Von einer gründlichen Reform unseres Justizwesens kann jedoch unter den jetzigen Verhältnissen garnicht die Rede sein. Denn die kleine, aber sehr einflußreiche Partei um König Stumm denkt nicht daran, auf die Rechtspflege als eine Waffe gegen die Sozialdemokratie zu verzichten. Im Gegentheil arbeitet sie unermüdlich daran, unsere Justiz zu einer immer rücksichtsloseren Klassenjustiz zu mißbrauchen, die Zwangsgesetze gegen die Arbeiter noch weiter zu treiben, die Regierungen zu einem neuen Zuchthausgesetz gegen die Gewerkschaften scharf zu machen. Der Kampf um die **Zuchthausvorlage** beschäftigte denn auch den neuen Reichstag von seiner ersten bis zur letzten Sitzung, obgleich der Entwurf so lange, wie nur irgend angängig, verheimlicht wurde. Bei jeder Gelegenheit platzten die Geister von hüben und drüben auf einander. König Stumm und seine Leute jammerten nach dem Zuchthausgesetz, weil sonst keine Rettung mehr gegen die sozialdemokratische Sturmfluth sei. Wir dagegen wiesen jeden Versuch, die Arbeiter rechtlos zu machen, als eine unverantwortliche, auf die Dauer geradezu unerträgliche Vergewaltigung der großen Mehrheit des Volkes, der Grundlage unseres ganzen wirthschaftlichen Lebens, durch eine parasitische, nur durch die Ausbeutung sich erhaltende Minderheit zurück und forderten für die Arbeiter dieselben Rechte, die das Unternehmerthum genießt. Als dann endlich die Zuchthausvorlage erschien, durch die jeder Versuch der Arbeiter, einen praktischen Gebrauch von dem ihnen auf dem Papier zugesicherten Koalitionsrechte zu machen, mit schweren Strafen bis zur Zuchthausstrafe bedroht ist, da spielte sich im Reichstage ein Schauspiel ab, wie es vielleicht noch niemals in einem Parlamente der Welt erlebt worden ist. Wenn Wahrheit und Gerechtigkeit in jenen Kreisen auch nur noch das Mindeste gelten würden, so hätten die Scharfmacher vor Scham verstummen müssen. Sie beschwerten sich darüber, daß die Arbeiter zu viel Freiheit hätten — und sie mußten sich nachweisen lassen, daß die Arbeiter schon jetzt unter Ausnahmegesetzen leben, daß den Arbeitern schon jetzt bei der Wahrung ihrer Rechte durch eine Unmasse von Zwangsbestimmungen die Hände gebunden sind. Sie entrüsteten sich darüber, daß die Arbeiter von der Justiz zu milde behandelt würden — und sie mußten sich nachweisen lassen, daß schon jetzt gegen die Arbeiter für Handlungen, zu denen sie durch ihre wirthschaftlichen Verhältnisse getrieben werden, überaus schwere Strafen verhängt, reine Zuchthaus- und Todesurtheile gefällt werden. Schließlich wurden die Kläger zu Angeklagten: Wollten sie doch die Arbeiter eines unerhörten Terrorismus beschuldigen — und mußten sich nachweisen lassen, daß sie selbst den allerschlimmsten, allerverwerflichsten Terrorismus üben. Wollten sie doch das Zuchthausgesetz gegen die Arbeiter haben — und mußten sich nachweisen lassen, daß sie dann selbst ins Zuchthaus gehören.

Dieses Strafgericht war so sehr von König Stumm und seinen Leuten verdient, daß sich selbst gewisse bürgerliche Kreise der Zustimmung dazu nicht enthalten konnten. Diejenigen bürgerlichen Parteien, die noch nicht auf der Jagd nach Profit alle ruhige Ueberlegung eingebüßt haben, mußten ein-

sehen, daß eine völlige Entrechtung des arbeitenden Volkes ein Unding ist und der bürgerlichen Gesellschaft selbst nicht zum Nutzen gereichen kann. Deshalb erklärten auch sie sich gegen das Zuchthausgesetz und gegen die Verweisung des Entwurfs an eine Kommission. Die Vorlage aber sofort endgiltig abzuthun, dazu konnten sie sich doch nicht entschließen. So wurde die zweite Berathung bis nach den Ferien vertagt.

Auch die Zuchthausdebatte haben wir als eine besondere Broschüre in vielen Tausenden von Exemplaren unter den Arbeitern verbreitet. Sie ist in der That ein vortreffliches Agitationsmittel. Denn sie zeigt dem arbeitenden Volke in der deutlichsten Weise, daß die kleinen Zugeständnisse, zu denen der heutige Staat sich unter dem Druck der Arbeiterbewegung herbeiläßt, an dem Wesen der Klassenherrschaft nichts ändern. Deshalb kann es für uns auch in Zukunft nur das eine Ziel geben, die immer größere Macht unserer Bewegung nicht nur zur Erleichterung der augenblicklichen Lage der Arbeiter, sondern auch stets zur weiteren und festeren Organisation des Proletariats auszunutzen, um dadurch die wirthschaftliche und politische Entwickelung mehr und mehr zu fördern bis zur völligen Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, bis zur Ablösung der kapitalistischen Gesellschaft durch die sozialistische, des kapitalistischen Privateigenthums an den Produktionsmitteln durch gesellschaftliches Eigenthum, der Waarenproduktion durch die sozialistische Produktion. **In dieser Ueberzeugung hat die sozialdemokratische Fraktion ihre Aufgabe bisher erfüllt und wird sie auch fernerhin erfüllen.**

Anträge.

Tagesordnung.

1. Parteigenossen des 1. Berliner Reichstags-Wahlkreises: „In Erwägung, daß Punkt 7 der Tagesordnung am besten unter Berücksichtigung der allgemeinen politischen Lage erörtert wird, diesen Punkt der Tagesordnung als Punkt 6 und Punkt 6 als 7 zu behandeln."

2. Parteigenossen in Frankfurt a. M. und Bochum: Zu Punkt 7 der Tagesordnung: „Die Angriffe auf die Grundanschauungen und die taktische Stellungnahme der Partei betreffend", einen Korreferenten zu bestellen.

3. Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow: Zu den Punkten 5 und 7 der Tagesordnung des Parteitages Korreferenten zu bestellen.

4. Parteigenosse Aug. Döhn, Gera: „Die Einführung eines gesetzlichen Mindesttagelohnes auf die Tagesordnung zu setzen."

Programm.

5. Parteigenosse August Döhn, Gera: In dem Schlußsatz des Parteiprogramms, die Arbeiterschutz-Gesetzgebung betreffend, ist nach alinea e folgender Satz aufzunehmen: „Einführung eines Mindesttagelohnes für alle in Accordarbeit beschäftigten Arbeiter, mit der Maßgabe, daß jedem in einem gewerblichen Arbeitsverhältniß stehenden Arbeiter ein Grundtagelohn von mindestens 2,80 M. gesetzlich garantirt wird, welcher auch dann an ihn ausgezahlt werden muß, wenn der Accordpreis (Lohn) für ein von demselben Arbeiter an einem Arbeitstag geleistetes Quantum Arbeit kleiner ist als der Tagelohn."

Taktik.

6. Parteigenossen des 7. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: „Der Parteitag wolle zu dem disziplinwidrigen Verhalten verschiedener Wahlkreise gegenüber den Beschlüssen der letzten sächsischen Landeskonferenz, Betheiligung an den sächsischen Landtags-Wahlen betreffend, Stellung nehmen."

7. Parteigenosse Fröhlich-Berlin: a) „Der Parteitag bringt wiederholt in Erinnerung, daß bei Wahlen, gleichviel zu welcher Körperschaft, die Parteigenossen unter allen Umständen Kompromisse mit anderen Parteien zu verwerfen haben. b) Bei Stichwahlen zwischen gegnerischen Parteien ist Stimmenthaltung die Ehrenpflicht eines jeden Genossen. Da wir alle Parteien als eine einzige reaktionäre Masse betrachten müssen, dürfen Gesichtspunkte taktischer Art an diesem Vorgehen nichts ändern."

Organisation.

8. Parteigenossen von Berlin V und VI, die Genossinnen Berlins, die Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow ꝛc.: Streichung des folgenden im § 9 der Organisation stehenden Satzes: „Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises sich Frauen befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauen-Versammlungen gewählt werden."

9. Parteigenossen von Berlin I, II, III, IV und V und die Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow: „Der zweite Theil des § 17 a ist von den Worten „Einwände der Preßkommission usw." zu streichen; an diese Stelle ist zu setzen: Diese erledigt mit dem Partei-Vorstand gemeinsam zu gleichen Rechten alle Angelegenheiten des Parteiorgans, insbesondere Anstellung und Entlassung im Personal."

10. Parteigenossen in Detmold: „Jeder Wahlkreis kann einen Delegirten zum Parteitag wählen; die Kosten trägt die Parteikasse. Die Kosten für weitere Delegierte haben die Wahlkreise selbst zu tragen."

11. Parteigenosse Max Grunwald-Jena: „Der Partei-Vorstand wird beauftragt, sofort nach Schluß des Parteitages die Einrichtung einer eigenen, der Partei gehörigen Druckerei für das Zentralorgan der Partei in Angriff zu nehmen, und dafür zu sorgen, daß vom 1. Januar 1900, spätestens vom 1. April 1900 ab die Drucklegung des „Vorwärts" in dieser Druckerei stattfinden kann."

Presse.

12. Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow: „Der „Vorwärts" als Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei hat zu allen aktuellen politischen Tagesfragen, sowie zu allen die eigene Partei betreffenden Angelegenheiten Stellung zu nehmen."

13. Parteigenossen des ersten Berliner Reichstags-Wahlkreises: „Das Zentralorgan, der „Vorwärts", soll zweimal täglich, morgens und abends, erscheinen."

14. Parteigenosse Max Grunwald in Jena: „Mit der Drucklegung des „Vorwärts" in einer eigenen Druckerei wird zugleich die Einrichtung eines täglich zweimaligen (morgens und abends) Erscheinens des „Vorwärts" verbunden; die hierdurch notwendig werdende Abonnements-Erhöhung soll möglichst 4 M. pro Quartal nicht übersteigen."

Broschüren.

15. Parteigenossen in Köln: „Der Partei-Vorstand wird beauftragt, eine Broschüre in gedrängter, zur Agitation geeigneter Form herauszugeben, die die Erfolge der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage und in den Landtagen darstellt."

16. Parteitag des Kreises Gotha: „Die Parteileitung zu beauftragen, die Reichstagsverhandlungen in Broschürenform (großes Format) erscheinen zu lassen, welche zu einem angemessenen Preis von den Parteiblättern erworben und als wöchentliche oder halbwöchentliche Beilagen herausgegeben werden können."

17. Parteigenossen in Detmold: „Während der Reichstagswahlen soll die Parteipresse „Wahlzeitungen" herausgeben, deren Inhalt neben der Aufklärung der Wähler speciell der Widerlegung und Abwehr gegnerischer Angriffe gewidmet ist."

18. Parteigenossen in Breslau: „Das bisher im Baakeschen Verlage erschienene „Arbeiterrecht" von Stadthagen in neuer Bearbeitung im Verlag der Vorwärts-Buchhandlung herauszugeben."

19. Parteigenossen in Villingen: „Ein Organ herauszugeben, das große Wissensgebiete umfassend und leichtverständlich behandelt. Jedes Thema hat einen viertel- oder halbjährigen Kursus zu bilden und jede Nummer einen geschlossenen Abschnitt von der Länge eines ca. einstündigen Vortrages zu enthalten. Der Partei-Vorstand hat bei den Organisationen darauf hinzuwirken, daß sie sich durch Bezug dieses Organes in den Stand setzen, in jeder Versammlung einen wissenschaftlichen (Lese-) Vortrag zu bieten."

20. Dieselben Genossen beantragen weiter: „Anläßlich des Jahrhundertwechsels eine Broschüre herauszugeben, die die wichtigsten Vorkommnisse dieses Jahrhunderts vom sozialdemokratischen Standpunkt aus kritisch beleuchtet."

Freie Stunden.

21. Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow usw.: „Die Unterhaltungsschrift „Freie Stunden" ist in Text und Illustration einer allgemeinen Verbesserung zu unterwerfen."

22. Parteigenossen im 5. sächsischen Wahlkreise, Dresden-Altstadt: „Der Verlag der „Freien Stunden" ist anzuweisen, in der Wahl der darin aufzunehmenden Romane mehr Vorsicht walten zu lassen, damit in Zukunft Romane von so zweifelhaftem Werth, wie der kürzlich erschienene: „Die Töchter des Südens" vermieden werden."

Jugendliteratur.

23. Parteigenossen in Essen: „Der Partei-Vorstand wird beauftragt, möglichst bald die Herausgabe einer zweckentsprechenden Jugendliteratur zu bewerkstelligen."

Flugblätter.

24. Parteigenossen des 1. Berliner Reichstags-Wahlkreises. „Die Vertrauenspersonen haben bei Schluß der Session, falls nicht außergewöhnliche Ereignisse dies nicht früher zur Pflicht machen, in ihren Kreisen ein Flugblatt zur Verbreitung zu bringen, welches die Thätigkeit der Parteien resp. ihrer Vertreter in das richtige Licht stellt. Diese Gelegenheit ist auch zugleich zu benutzen, um Propaganda für die Arbeiterpresse zu machen."

25. Die Parteigenossen des 20. sächsischen Reichstagswahlkreises beantragen: „Der Partei-Vorstand hat nach Schluß einer jeden Legislaturperiode des Reichstages einen Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage in Flugblattform zur unentgeltlichen Verbreitung herauszugeben."

Lokalpresse.

26. Die Parteigenossen in Augsburg: „Den Partei-Vorstand zu beauftragen, zur Gründung und Erhaltung eines Parteiblattes für Augsburg und das übrige Schwaben die nothwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen."

27. Kreiskonferenz des Wahlkreises Hagen-Schwelm: „Der Parteitag zu Hannover wolle das auf dem außerordentlichen Parteitag des westlichen Westfalen zu Hagen geschaffene Verhältniß zwischen der Parteileitung und der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung" auf zwei Jahre bestätigen."

28. Kreiskonferenz des Wahlkreises Dortmund-Hörde: „Den das Verhältniß der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung" zur Parteileitung betreffenden Antrag des Kreises Hagen an den Parteitag zu Hannover erachtet die Kreiskonferenz des Wahlkreises Dortmund-Hörde als unzulässig, da es nicht Sache des Parteitages sein kann, Entscheidungen und Beschlüsse herbeizuführen in Angelegenheiten, welche bestimmt abgegrenzte Bezirke allein angehen, wie die Angelegenheit der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung" eine solche ist. Es wendet sich daher die Kreiskonferenz mit dem Antrag an den Parteitag, irgendwelche Anträge, wie der von Hagen, welche auf die Regelung der Besitz- oder Verwaltungsverhältnisse unserer Zeitung gerichtet sind, zurückzuweisen."

Agitation.

29. Parteigenosse Harris-Himbach: „Der Parteitag möge geeignete Genossen zur Herausgabe einer Broschüre veranlassen, welche dazu bestimmt ist, den auf dem Lande wohnenden Parteigenossen als Führer zur Agitation von Mund zu Mund zu dienen. Die Broschüre soll, an die nächstliegenden Verhältnisse des Kleinbauernthums anknüpfend, rein theoretischsozialistischen Inhaltes, dabei weniger werbend als aufklärend sein."

30. Parteigenossen in Heidelberg: „Die Parteileitung zu veranlassen, daß von einem Parteiverlag eine billige Broschüre herausgegeben wird, welche in populärer Weise die Schädlichkeit des übermäßigen Genusses von Alkohol darlegt und auf die schädlichen Wirkungen desselben für die moderne Arbeiterbewegung hinweist."

31. Parteigenossen in Stuttgart: „Die Parteipresse möge mehr als seither das Proletariat auf die Schäden des übermäßigen Alkoholgenusses aufmerksam machen."

32. Parteigenosse Jacob Meyer-Berlin: „Mit aller der Partei zu Gebote stehenden Kraft dafür einzutreten, den Alkohol zu bekämpfen."

33. Parteigenossen in Barby: „Die Referenten zur Agitation hat der Partei-Vorstand resp. die Vertrauensperson des Kreises zu besorgen; das vereinnahmte Geld, nach Abzug der Kosten am Orte, an sich zu nehmen, um eine gleichmäßige Agitation in den kleinen Orten wie in den großen Städten zu erzielen."

Parlamentarisches.

34. Parteigenossen des 6. sächsischen Reichstags-Wahlkreises, Dresden-Land: „Die Reichstags-Fraktion zu beauftragen, die Reichsregierung zu interpelliren, wie sie die Durchführung und Beachtung der Reichsgesetze im Königreich Sachsen zu bewirken gedenkt, beziehentlich wie sie sich dazu stellt, daß königl. sächsische Gerichte Reichsgesetze durch Polizeiverordnungen — so die Bestimmung der Gewerbe-Ordnung über die ungehinderte Verbreitung von Flugblättern, Stimmzetteln usw. auf Plätzen und Straßen während der Wahlzeit, durch eine Verordnung der Polizeidirektion Dresden — für außer Kraft gesetzt erklären entgegen der Bestimmung der Reichsverfassung: Reichsgesetz geht vor Landesgesetz!"

35. Parteigenossen in Heidelberg: „Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten werden ersucht, mit aller Energie und Nachdruck für Aufhebung des Impfzwanges einzutreten."

36. Parteigenossen in Aachen: „Die Fraktion zu beauftragen, in kommender Reichstagssession wiederum die Anträge auf Einführung des achtstündigen Normalarbeitstags, sowie auf Einführung der obligatorischen Gewerbegerichte einzubringen. Ferner soll die Fraktion beauftragt werden, eine reichsgesetzliche Regelung des Submissionswesens herbeizuführen durch Einführung eines Minimallohnes."

37. Parteigenossen in Göppingen: „Die Reichstags-Fraktion zu beauftragen, im Reichstag dahin zu wirken:

a) In dem § 46 des Krankenversicherungs-Gesetzes im 1. Absatz die Worte „innerhalb des Bezirks einer Aufsichtsbehörde" zu streichen.

b) Im § 137 der Gewerbe-Ordnung den 5. Absatz zu streichen und dafür zu setzen:

„Wöchnerinnen dürfen während sechs Wochen nach ihrer Niederkunft überhaupt nicht beschäftigt werden."

c) Der Impfzwang ist für ganz Deutschland aufzuheben.

d) Bei § 119a der Gewerbe-Ordnung ist zu setzen: Zuwiderhandlungen werden bestraft."

Resolutionen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Geschäftsbericht des Vorstandes.

38. Parteigenossen des 5. sächsischen Wahlkreises Dresden-Altstadt: „In Erwägung, daß die gegenwärtige schärfere Interpretation der strafgesetzlichen Bestimmungen sich insbesondere gegen Handlungen klassenbewußter Arbeiter richtet und diese als Opfer einer Klassenjustiz zu betrachten sind, spricht der Parteitag wegen der unterlassenen Registrirung des hier besonders hervorstechenden schwurgerichtlichen Urtheils gegen die Löbtauer Bauarbeiter in der Rubrik „Unter dem neuesten Kurs" im „Vorwärts" sein Bedauern aus. Der Parteitag erwartet vom Partei-Vorstand,

1. daß derselbe die unterlassene Registrirung in geeigneter Weise nachholt;
2. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Verurtheilungen ohne weiteres registrirt."

39. Parteigenossen des sechsten sächsischen Wahlkreises Dresden-Land: „Mißbilligung darüber aussprechen, daß der Partei-Vorstand von der Liste der Klassenkampfopfer die „Verurtheilten in dem Löbtauer Krawallprozeß" gestrichen und diese Streichung nachträglich mit der Besorgniß vor falschen Auslegungen durch die Scharfmacher begründet hat. Da ein schwächliches Zurückweichen vor den immer bedrohlicher werdenden Machenschaften des Zuchthauskurses das Vertrauen der deutschen Arbeiter in die Vertretung ihrer Interessen durch die sozialdemokratische Partei erschüttern müßte, möge der Parteitag ferner den gethanen Mißgriff nach Möglichkeit repariren und Anordnungen treffen, die dessen Widerholung verhindern."

40. Parteigenossen in Durlach: „In Anbetracht des Umstandes, daß die Zahl der Vertreter der Partei in den kommunalen Körperschaften ununterbrochen wächst und diesem Gebiet seitens der Parteigenossen auch der kleineren Städte und Landorte steigende Aufmerksamkeit zugewendet wird; in der ferneren Erwägung, daß die Aufstellung von einheitlichen leitenden Gesichtspunkten für die Gemeindepolitik mehr und mehr zur zwingenden Nothwendigkeit wird, beantragen wir, der Parteitag möge dieser Frage näher treten."

Zu Punkt 6 der Tagesordnung: Erörterung über Punkt 3 des Parteiprogramms.

41. Parteigenosse E. Mergner, Jena: „In Erwägung, daß das Parteiprogramm zwar kein Dogma, aber an dessen Stelle oder einzelnen Punkten desselben bis heute und auch in absehbarer Zeit nichts Besseres gestellt werden kann; in fernerer Erwägung, daß gegen einen der wesentlichsten Punkte des Programms, und zwar Punkt 3 desselben, Abschaffung der stehenden Heere, Erziehung zur allgemeinen Wahrhaftigkeit, sich der Abg. Max Schippel schwer vergangen, wolle der Parteitag beschließen, obengenannten Reichstags-Abgeordneten Max Schippel als nicht mehr zur sozialdemokratischen Arbeiterpartei gehörend zu betrachten und denselben aus der Partei auszuschließen."

42. Parteigenossen in Magdeburg: „In striktem Gegensatz zu Schippel's Ausführungen in den „Sozialistischen Monatsheften" und der „Neuen Zeit" ist auf das entschiedenste für die Aufrechterhaltung und Propagirung des dritten Absatzes unserer Gegenwartsforderungen einzutreten: „Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege." Die stehenden Heere bergen, je länger, je mehr in allen Staaten die größten Gefahren für die Völker, ihre Geschicke und die Demokratisirung ihrer politischen Zustände. Die Demokratie kann nimmermehr unter dem Militarismus gedeihen oder geschaffen werden, wofür Frankreich seit Jahr und Tag einen klassischen Beleg liefert, sondern sie ist nur

noch möglich und erreichbar unter dem jeden Staatsstreich ausschließenden Milizsystem. Es ist daher unverständlich, wie ein Sozialdemokrat, noch dazu ein Vertrauensmann der Partei, der seit Jahren Vertreter eines Reichstags-Wahlkreises ist, über das zu erkämpfende Milizsystem spötteln und zur Einrichtung der stehenden Heere sich sympathisch stellen kann."

Zu Punkt 7 der Tagesordnung: Die Angriffe auf die Grundanschauungen und die taktische Stellungnahme der Partei.

43. Parteigenossen in Friedrichsberg bei Berlin: „Es liegt keinerlei Grund zu irgend einer Aenderung der Grundanschauungen oder der Taktik der Partei vor. Von den Vertretern der Partei muß verlangt werden, daß sie fest und entschieden im Sinne des Parteiprogramms wirken und das Endziel der Vergesellschaftung der Produktionsmittel im Auge haben und bei der Agitation dies Endziel in erster Linie in den Vordergrund stellen, um das sozialistische Bewußtsein der Massen zu wecken und zu stärken.

Es ist insbesondere gegenüber dem von Tag zu Tag sich mehr zuspitzenden Klassenkampf zu verwerfen, von dem Gerechtigkeitsgefühl der bürgerlichen Parteien etwas zu erwarten.

Die Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Lohnsystems kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.

Es ist an der revolutionären Grundanschauung und an der revolutionären Taktik der Partei festzuhalten und jedem Versuch der Vertuschung des Klassenkampf-Charakters entgegenzutreten."

44. Parteigenossen in Stuttgart: „Die Parteiversammlung ist der Ansicht, daß Bernstein sich in seiner Schrift von dem grundsätzlichen Boden, auf dem die Sozialdemokratie steht, entfernt hat. Sie weist seine Kritik unserer Grundsätze und die von ihm empfohlene Taktik aufs schärfste zurück. Die Sozialdemokratie muß an ihrem Charakter als revolutionäre Kampfespartei festhalten und damit auch an ihrer erprobten Taktik.

Im Interesse eines geschlossenen Auftretens des kämpfenden Proletariats erwartet die Versammlung von dem Parteitag in Hannover, daß er die Stellung der Partei zu den von Bernstein angeschnittenen Fragen klar präzisirt."

45. Parteigenossen des 7. sächsischen Wahlkreises Meißen-Großenhain „sehen trotz der verschiedenen Anregungen keine Nothwendigkeit, eine Aenderung in der Taktik vorzunehmen, sondern erwartet vom Parteitag, daß die bisherige Taktik bei wirthschaftlichen, sowie in- und ausländischen Fragen beibehalten wird."

46. Parteigenossen des 6. sächsischen Wahlkreises Dresden-Land „halten es für erforderlich, daß der Parteitag die Versuche, die sozialdemokratische Partei von ihrer bisherigen revolutionären Taktik abzubringen, entschieden zurückweist.

Es sind dabei jedoch solche Beschlüsse zu vermeiden, die den Anschein erwecken könnten, als solle ein Ketzergericht abgehalten oder die Freiheit der Kritik innerhalb der Partei eingeschränkt werden.

Deshalb fallen alle theoretischen Streitigkeiten, obschon sie selbstverständlich in den Erörterungen des Parteitags eine Rolle spielen werden, aus dem Rahmen der Parteitagsbeschlüsse heraus.

Um so schärfer aber sind diejenigen Vorschläge zu brandmarken, von denen der Parteitag die Ueberzeugung gewinnt, daß deren Befolgung den proletarischen Klassenkampf-Charakter der sozialdemokratischen Partei zerstören, sie dem sozialistischen Endziel entfremden und sie zu einem Anhängsel bürgerlicher Reformparteien machen müßte.

Das sind insbesondere:

1. die von Schippel, Bernstein und anderen Genossen befürworteten Konzessionen an den Militarismus, dessen verderblicher Einfluß auf den Einrichtungen eines stehenden Heeres fußt;

2. die Bernsteinsche Begünstigung der uferlosen Weltpolitik der Aegirsära, durch die dem deutschen Volke die scheußlichste Ausgeburt des Kapitalismus, die Plantagenwirthschaft mit Kulis, aufgehalst wird;
3. der Bernsteinsche Rathschlag, auf das, was er die „Freßlegende" nennt zu verzichten, damit die Sozialdemokratie bündnißfähig werde für das liberale Bürgerthum, eine Taktik der Feigheit, die uns den sozialistischen Kernpunkt unseres Programms rauben und zum Untergang der Partei führen müßte."

Genossenschaftswesen.

47. Parteigenossen des 1. Hamburgischen Wahlkreises: „An Stelle der auf dem Berliner Parteitag 1892 gefaßten Resolution über Genossenschaftswesen folgende zu setzen: **In der Frage des Genossenschaftswesens steht die Partei auf dem Standpunkt: Sie kann die Gründung von Produktivgenossenschaften grundsätzlich nicht gutheißen, da dieselben in der Regel wegen ungenügendem Absatz ihrer Produkte zu Grunde gehen oder, wenn sie Erfolg haben, sich sehr bald zu rein kapitalistischen Betrieben auswachsen. Wo es sich dennoch noth**wendig erweisen sollte, um im politischen oder gewerkschaftlichen Kampf gemaßregelten Genossen eine Existenz zu verschaffen, müssen die Parteigenossen die Frage der Unterstützung davon abhängig machen, daß genügend Mittel für eine gesunde, finanzielle Grundlage zur Verfügung stehen und Garantien für geschäftskundige Leitung und Verwaltung gegeben sind. Sie erkennt jedoch an: daß Konsumgenossenschaften und von solchen für den eigenen Bedarf errichtete Produktionsstätten unter tüchtiger, fachmännischer Leitung den Arbeitern in ihrem Streben nach höherer Lebenshaltung wesentliche Vortheile zu bieten vermögen. Die Partei als solche lehnt jedoch jede Bethätigung auf diesem Gebiete ab."

Parteitag.

48. Parteigenossen in Lübeck: „Den Parteitag 1900 in Lübeck abzuhalten."

49. Parteigenossen in Grabow a. O.: „Den nächsten Parteitag zwischen Weihnachten und Neujahr tagen zu lassen."

50. Parteigenossen in Stuttgart: „Auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages die Frage der Verkehrspolitik zu stellen und dazu einen geeigneten Referenten bestellen."

51. Parteigenossen in Detmold: „Am nächsten Parteitag: „Das Erfurter Programm und die bisherige Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft" auf die Tagesordnung zu stellen."

Nachträglich eingegangene und während der Verhandlungen gestellte Anträge.

52. Parteigenossen in Elberfeld: a) Die Parteigenossen erkennen das Buch des Genossen Bernstein als anerkennenswerthe Anregung zur Diskussion über die Grundanschauungen der Partei und zur unermüdlichen praktischen Bethätigung an. Die Genossen sind aber der Ansicht, daß Bernstein sich in seinem Thatendrang von dem grundsätzlichen Boden, auf dem die Sozialdemokratie steht, entfernt hat, weshalb die von ihm empfohlene Taktik zurückgewiesen werden muß.

Die Sozialdemokratie muß an ihren Charakter als revolutionäre Kampfpartei festhalten und damit auch an ihrer bewährten, im Einklang mit dem

ersten Theil des Programms stehenden Taktik. Im Interesse eines geschlossenen Auftretens des kämpfenden Proletariats erwarten die Genossen, daß der Parteitag die Stellung der Partei zu den Bernstein'schen Darlegungen präzisirt.

b) Der Parteitag möge jedem Versuch entgegentreten, Bernstein politisch oder literarisch in der Partei kalt zu stellen.

c) Der Parteitag möge den Partei-Vorstand beauftragen, der Frage einer Gesammtausgabe der Marx'schen Schriften näher zu treten.

d) Der Parteitag möge über die Bedeutung der Arbeiter-Konsumgenossenschaften für den Klassenkampf diskutiren und eventuell beschließen.

53. Parteigenossen in Halle: Der Parteitag beschließt die Errichtung eines literarischen Bureaus, dem die Aufgabe zufällt, Agitationsbroschüren und Flugblätter zu verfassen und eine Korrespondenz für die Parteipresse herauszugeben.

54. Parteigenossen in Pirna: Die Reichstagsfraktion zu beauftragen, eine Klärung darüber herbeizuführen, daß während der Wahlzeit nach dem Reichsgesetz Flugschriften ungehindert verbreitet werden dürfen, da viele Polizeidirektionen ortspolizeiliche Verordnungen erlassen, durch die das Reichsgesetz illusorisch werde. Es heiße: Reichsrecht gehe vor Landrecht, in diesem Falle gingen sogar Polizeiverordnungen vor Reichsrecht. Die Fraktion sollte eine richtige Interpretation des Gesetzes herbeiführen.

55. Genosse Ledebour: In Erwägung, daß die Monatsliste der „Unter dem neuesten Kurs" erfolgten Verurtheilungen den Charakter einer Liste der Klassenkampfopfer des Proletariats zu tragen hat,

in fernerer Erwägung, daß die Urtheile der Klassenjustiz in der Aera des Zuchthauskurses immer schärfere Formen angenommen haben und daher eine um so schärfere Gegendemonstration seitens des Proletariats herausfordern,

spricht der Parteitag sein Bedauern darüber aus, daß der Partei-Vorstand das furchtbare Urtheil gegen die neun Bauarbeiter im Löbtauer Krawallprozeß aus jener Liste fortgelassen und die Fortlassung nachträglich mit der Besorgniß von möglichen Mißdeutungen durch die Scharfmacher begründet hat.

Der Parteitag fordert deshalb ferner den Partei-Vorstand auf:

1. Die unterlassene Registrirung in genügender Weise nachzuholen;
2. in Zukunft alle aus Arbeitskonflikten oder der politischen Bethätigung des Proletariats erwachsenden Verurtheilungen auf die Liste der Klassenkampfopfer zu setzen.

56. Genossen des 11. Badischen Wahlkreises (Mannheim): Den Vertretern der Parteigenossen in den öffentlichen Körperschaften: Fraktionen der Landtage und der Gemeindevertretungen, Gewerbegerichten, Krankenkassen, Innungen 2c. wird die Begründung einer Zentralstelle zur Sammlung des Materials und zum Austausch wichtiger Mittheilungen empfohlen.

Der Partei-Vorstand wird beauftragt, im Einverständniß mit den Betheiligten die Errichtung dieser Stelle und die Aufbringung der nothwendigen Mittel in die Wege zu leiten.

57. Genosse Zubeil und Genossen: Beantragen, neben der Opfertafel „Unter dem neuesten Kurs" eine zweite mit dem Titel „Unter dem Zuchthauskurs" einzuführen und mit dem Löbtauer Fall die Registrirung zu beginnen. Unter diesem Titel sind alle Verurtheilungen zu verzeichnen, die nicht direkt mit der politischen Bewegung in Verbindung stehen, sondern aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen und der Klassenverurtheilung entsprungen sind.

58. Genosse Thiele-Halle: Unter Ablehnung der Resolution Nr. 39 beschließt der Parteitag:

Die monatlich zu veröffentlichende Liste der zur Kenntniß kommenden Bestrafungen hat sich auf die Verurtheilungen in parteipolitischen und gewerk-

schaftlichen Prozessen zu erstrecken. Aufzunehmen sind in gewerkschaftlichen Prozessen alle Urtheile, zu denen das Delikt durch Beachtung und Verfolgung der von den Gewerkschaften anerkannten Forderungen sich ergeben hat. Die Ueberschrift „Unterm neuesten Kurs" ist zu ersetzen durch „Opfertafel im proletarischen Klassenkampf".

59. Genosse Groth und Genossen: Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion hat bei Berathung des neuen Post-Zeitungsgesetzes dafür einzutreten, daß es ausdrücklich Jedermann frei gestellt wird, an Wochentagen, sowie an Sonntagen und Festtagen gleich den Briefträgern der Kaiserlichen Reichspost zu den für den Gewerbebetrieb freigegebenen Stunden Zeitungen an Abonnenten auszutragen.

60. Genosse Baudert und Genossen (Zusatz zu Antrag 37): Bei Berathung des von der Fraktion im Reichstage gestellten Antrages auf „Einführung eines einheitlichen, freien Vereins- und Versammlungsrechtes"

auf die im Großherzogthum Sachsen-Weimar dem bisher gewährleisteten Koalitionsrechte hohnsprechenden Zustände hinzuweisen und Abhilfe zu verlangen.

61. Genosse Streb und Genossen: Wir beantragen, den nächstjährigen Parteitag in Mainz abzuhalten.

62. Betrifft eine Einladung an Mitglieder der Gewerbegerichte 2c. zu einer Besprechung in Bezug auf Antrag 56.

63. Genosse Eichhorn und Genossen: Resolution. Ohne zu der Frage der Betheiligung an den Landtagswahlen in Sachsen selbst Stellung zu nehmen, spricht der Parteitag denjenigen Genossen in Sachsen, die wiederholt den auf Betheiligung lautenden Beschlüssen der Landesversammlung der sächsischen Parteigenossen entgegenhandelten, scharfe Mißbilligung aus.

Der Parteitag erwartet, daß sich die Genossen in Zukunft den Beschlüssen der selbstgegebenen Organisation auch fügen.

64. Genossen Stolten und C. Heine: Beantragen, im Schlußsatz, Absatz 6, der Resolution Bebel's statt „weder ihr Programm" zu sagen: „weder ihre grundsätzlichen Auffassungen, noch" u. s. w.

65. (Anträge zur Resolution Bebel.) Genosse Adler-Harburg:

a) Im Abs. 4 hinter dem Wort „Wirthschaftsgenossenschaften" ist einzufügen: „die auf Organisation des Konsums begründet sind",

b) An Abs. 4 am Schluß ist anzuhängen:

„Zu verwerfen ist unbedingt die Gründung von Genossenschaften zur ausschließlichen Organisation gemeinsamer Produktion".

66. Genossin Luxemburg und Genossen: Auf die Tagesordnung des Parteitages 1900 wird gesetzt:

„Die Taktik der Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen."

67. Genosse Vollmar und Genossen: Beantragen, die künftigen Parteitage in den letzten Wochen des September abzuhalten.

68. Genosse Wiemer und Genossen: Wir beantragen, daß der nächstjährige Parteitag in Nürnberg stattfindet.

69. Genosse Adler (Abänderungsantrag zu 65): b) An Absatz 4 der Resolution Bebels ist folgender Schluß anzuhängen:

„Die Gründung weiterer Genossenschaften zu gemeinsamer Produktion ist nur dann empfehlenswerth, wenn sie gestützt auf die Kundschaft bestehender Konsumgenossenschaften geschehen kann."

70. Genossen Molkenbuhr und Stadthagen: (Unteranträge zur Resolution Bebel) 1. im Absatz 4 den Passus:

„sie erachtet die Gründung solcher Genossenschaften, vorausgesetzt, daß die dazu nöthigen Vorbedingungen vorhanden sind, als geeignet, in der wirthschaftlichen Lage ihrer Mitglieder Verbesserungen herbeizuführen, sie sieht

auch in der Gründung solcher Genossenschaften, wie in jeder Organisation der Arbeiter zur Wahrung und Förderung ihrer Interessen, ein geeignetes Mittel zur Erziehung der Arbeiterklasse zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten, aber . . ."

zu streichen.

2. nach Absatz 4 als neuen Absatz zuzufügen:

„Es ist nothwendig, bei der Agitation das Endziel in den Vordergrund zu stellen, um das sozialistische Bewußtsein der Massen zu wecken und zu stärken."

71. Genossin **Lily Braun** und Genossen (Zu Punkt 7 der Tagesordnung [Zuchthausvorlage]): Der Partei-Vorstand wird ersucht, für die baldige Herausgabe einer kurzen, möglichst billigen Broschüre zu sorgen, die zur Agitation unter den Frauen weiteste Verbreitung finden soll. Im Wesentlichen soll sie, unter Hinweis auf die Zuchthausvorlage, die Frauen über die ihnen drohende weitere Beeinträchtigung ihrer geringen Rechte aufklären und sie auffordern, nicht nur kräftig gegen sie zu protestiren, sondern auch mit allem Nachdruck für die Erweiterung des Vereins- und Versammlungsrechtes einzutreten.

72. Genosse **Ad. Hoffmann** und Genossen: Unter Zurückziehung des Antrages 9 stellen wir folgenden Antrag: Der zweite Theil des § 17a des Organisationsstatuts (Einwände der Preßkommission sind dem Partei-Vorstande zur Erledigung zu unterbreiten. Von Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition ist der Preßkommission vor der Entscheidung Mittheilung zu machen und ihre Ansicht einzuholen) ist durch folgenden Passus zu ersetzen:

„Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Partei-Vorstande über alle Angelegenheiten des Parteiorgans, insbesondere über Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Ueber etwaige Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Partei-Vorstand und der Preßkommission entscheiden die Kontroleure, der Partei-Vorstand und die Preßkommission in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe je eine Stimme hat."

73. Genosse **Schoenlank** und Genossen (Antrag zu der Resolution Bebel): In dem letzten Absatz, Zeile 2 von oben, vor „und" einzufügen:

„Das heißt, aus der sozialdemokratischen Partei eine demokratisch-sozialistische Reformpartei zu werden".

74. Genossin **Zetkin** und Genossinnen: Der Parteitag erinnert die Genossinnen und Genossen an den Beschluß des Gothaer Parteitages, überall dort weibliche Vertrauenspersonen zu wählen, wo die Thätigkeit derselben zur Förderung einer planmäßigen Agitation unter dem weiblichen Proletariat nöthig erscheint.

75. Genossinnen **Zetkin** und **Braun**: Der Parteitag fordert die Genossinnen und Genossen auf, in thatkräftiger Weise eine in nächster Zeit zu entfaltende allgemeine Agitation der Genossinnen für den weiteren Ausbau des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes zu unterstützen und für folgende Forderungen einzutreten:

1. Absolutes Verbot der Nachtarbeit für Frauen.
2. Verbot der Verwendung von Frauen bei allen Beschäftigungsarten, welche dem weiblichen Organismus besonders schädlich sind.
3. Einführung des gesetzlichen Achtstundentages für die Arbeiterinnen.
4. Freigabe des Sonnabend-Nachmittag für die Arbeiterinnen.
5. Ausdehnung der Schutzbestimmungen für Schwangere und Wöchnerinnen auf mindestens 1 Monat vor und 2 Monate nach der Entbindung; Beseitigung der Ausnahmebewilligungen von diesen Bestimmungen auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses.

6. Ausdehnung der gesetzlichen Schutzbestimmungen auf die Hausindustrie.
7. Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren.
8. Sicherung völliger Koalitionsfreiheit für die Arbeiterinnen.
9. Aktives und passives Wahlrecht der Arbeiterinnen zu den Gewerbegerichten.

76. Genosse Schäfer und Genossen: Die Buchhandlung „Vorwärts“ ist anzuweisen, bei der Auswahl des Inhalts „In Freien Stunden“ vorsichtiger zu verfahren, damit es nicht wieder vorkommt, daß Romane, wie „Die Töchter des Südens“, Aufnahme finden.

77. Genossin Zetkin und Genossen: Der Parteitag beschließt, daß für den nächsten Parteitag ein unparteiisches Stenographenbureau mit der Berichterstattung betraut wird.

78. Genosse Hoppe und Genossen: Der Partei-Vorstand wird beauftragt, die Herausgabe einer Broschüre vorzubereiten, die, zu einem billigen Preise abgegeben, den Titel „Wer ist der Staat?“ zu führen hat. In derselben soll klargelegt werden, daß das gesammte Volk und nicht eine einzelne Klasse den Staat bildet; des Weiteren soll in derselben die Legende, daß Soldaten und Beamten des Königs Rock tragen, auf ihren wahren Werth zurückgeführt werden.

79. Resolution zu Punkt 8 der Tagesordnung, Maifeier:

In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden. Als würdigste der Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.

80. Resolution W. Liebknecht zu Punkt 9 der Tagesordnung:

Der Parteitag beschließt, den deutschen Genossen zur Bekundung des internationalen Solidaritätsgefühls die möglichst zahlreiche Beschickung des „Internationalen Arbeiterkongresses“ aufzufordern, der im Herbst des nächsten Jahres (1900) zu Paris sich versammeln wird.

81. Resolution Bebel zu Punkt 5 der Tages-Ordnung:

Die bisherige Entwickelung der bürgerlichen Gesellschaft giebt der Partei keine Veranlassung, ihre Grundanschauungen über dieselbe aufzugeben oder zu ändern.

Die Partei steht nach wie vor auf dem Boden des Klassenkampfs, wonach die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann und betrachtet es demzufolge als geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse, die politische Macht zu erobern, um mit Hilfe derselben durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Einführung der sozialistischen Produktions- und Austauschweise die größtmöglichste Wohlfahrt Aller zu begründen.

Um dieses Ziel zu erreichen, benutzt die Partei jedes mit ihren Grundanschauungen vereinbare Mittel, das ihr Erfolg verspricht. Ohne sich über das Wesen und den Charakter der bürgerlichen Parteien als Vertreter und Verfechter der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu täuschen, lehnt sie ein Zusammengehen mit solchen von Fall zu Fall nicht ab, sobald es sich um Stärkung der Partei bei Wahlen, oder um Erweiterung der politischen Rechte und Freiheiten des Volkes, oder um eine ernsthafte Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterklasse und der Förderung von Kulturaufgaben, oder um Bekämpfung arbeiter- und volksfeindlicher Bestrebungen handelt. Aber die Partei bewahrt sich überall in ihrer Thätigkeit ihre volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit und betrachtet jeden Erfolg, den sie erringt, nur als einen Schritt, der sie ihrem Endziel näher bringt.

Die Partei steht der Gründung von Wirthschaftsgenossenschaften neutral gegenüber; sie erachtet die Gründung solcher Genossenschaften, vorausgesetzt, daß die dazu nöthigen Vorbedingungen vorhanden sind, als geeignet, in der wirthschaftlichen Lage ihrer Mitglieder Verbesserungen herbeizuführen, sie sieht auch in der Gründung solcher Genossenschaften, wie in jeder Organisation der Arbeiter zur Wahrung und Förderung ihrer Interessen, ein geeignetes Mittel zur Erziehung der Arbeiterklasse zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten, aber sie mißt diesen Wirthschaftsgenossenschaften keine entscheidende Bedeutung bei für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei.

In der Bekämpfung des Militarismus zu Wasser und zu Lande und der Kolonialpolitik beharrt die Partei auf ihrem bisherigen Standpunkt. Ebenso verbleibt sie bei ihrer bisherigen internationalen Politik, die auf eine Verständigung und Verbrüderung der Völker, in erster Linie der Arbeiterklasse in den verschiedenen Kulturländern, abzielt, um auf dem Boden einer allgemeinen Föderation die Lösung der gemeinsamen Kulturaufgaben herbeizuführen.

Nach all' diesem liegt für die Partei kein Grund vor, weder ihr Programm, noch ihre Taktik, noch ihren Namen zu ändern, und sie weist jeden Versuch entschieden zurück, der darauf hinausgeht, ihre Stellung gegenüber der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und den bürgerlichen Parteien zu verschleiern oder zu verrücken.

82. Resolution zu Punkt 6 der Tagesordnung.

Der Parteitag erklärt:

Das stehende Heerwesen ist nach seiner ganzen Entwickelung und Organisation das vornehmste Machtmittel zur Aufrechterhaltung und Befestigung der Klassenherrschaft; eine Hauptstütze für alle volks- und arbeiterfeindlichen Bestrebungen; eine Einrichtung, die nur durch die schweren, stets wachsenden und ungerecht vertheilten Opfer an Gut und Blut möglich ist, welche die herrschende Gesellschaft besonders den arbeitenden Klassen auferlegt.

Das Bestreben der Partei muß deshalb darauf gerichtet sein, das Heerwesen von Grund aus umzugestalten, so daß die Wehrkraft der Nation aus einem Mittel der Unterdrückung nach Innen und steter Beunruhigung nach Außen, zu einem Mittel der Sicherung der Volksrechte und Freiheiten und der Vertheidigung gegen fremde Angriffe wird.

Zu diesem Zweck verlangt die Partei eine auf demokratischer Grundlage aufgebaute Organisation der Landes- und Volksvertheidigung, die Kastenwesen und Gegensätze zwischen Volk und Heer unmöglich macht, jeden wehrfähigen Mann zum Waffendienst verpflichtet und seine Ausbildung zum brauchbaren Wehrmann durch eine entsprechende Jugenderziehung herbeiführt.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, betrachtet es der Parteitag als selbstverständlich, den Punkt 3 des Parteiprogramms unverändert aufrecht zu erhalten und fordert von den parlamentarischen Vertretern der Partei, auch künftig keinerlei Mittel für das bestehende Militärsystem zu bewilligen und jede Gelegenheit zur Propagirung der in Punkt 3 des Parteiprogramms aufgestellten Forderungen zu benutzen.

83. Resolution zu Punkt 8 (Zuchthausvorlage). Die grundsätzliche Auffassung über die Nothwendigkeit des Koalitionsrechtes und die Gemeinschädlichkeit der dasselbe bedrohenden Zuchthausvorlage hat bereits der Stuttgarter Parteitag festgelegt. Der seitdem von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf hat der deutschen Arbeiterklasse gezeigt, daß nach Annahme desselben jeder Kampf der Arbeiterorganisationen unmöglich gemacht würde. Jetzt schon wird durch die Vereinsgesetzgebung der Einzelstaaten und ihre reaktionäre Handhabung die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter außerordentlich erschwert und die seit der Oeynhauser Kaiserrede ergangenen Klassenurtheile à la Löbtau lassen keinen Zweifel, welchem Zwecke die Zuchthausvorlage dienen soll.

Die bürgerlichen Parteien haben bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfes „zum Schutz der Arbeitswilligen" im Reichstag weder die politische Einsicht noch den Muth besessen, durch sofortige Verwerfung der Vorlage in zweiter Lesung — wie es unsererseits verlangt wurde — die Gefahren zu beseitigen, welche für die deutschen Arbeiter und die gedeihliche Entwickelung im Reiche daraus hervorgehen.

Die Regierungs- wie die Unternehmerpresse und die Unternehmer-Organisationen sind seitdem unablässig thätig gewesen, die öffentliche Meinung irrezuführen, und bei der Abhängigkeit der Regierungen und der bürgerlichen Parteien von den Koalitionen der Großkapitalisten ist zu fürchten, daß die gemeingefährlichen Anschläge der Scharfmacher Erfolg haben werden.

Die deutschen Arbeiter haben daher ein Lebensinteresse daran, sich immer wieder diese Erfahrungen vor Augen zu führen.

Der Parteitag fordert daher die deutschen Arbeiter ohne Unterschied ihrer religiösen oder politischen Anschauung aufs Neue zu unablässiger Agitation auf, namentlich auch nach der Richtung hin, ihren politischen Einfluß aufzubieten, um jene Vertreter bürgerlicher Parteien zur Verwerfung der Vorlage zu veranlassen, die noch nicht ganz in einseitigem Klassenhasse zu blinden Werkzeugen der großkapitalistischen Interessen geworden sind.

Statt Verkürzung des Koalitionsrechtes muß Ausbau und Erweiterung der Rechte der Arbeiterklasse auf politischem und wirthschaftlichem Gebiete und gesetzliche Sicherstellung der Organisationen der Arbeiterklasse gegen Polizei und Unternehmerthum gefordert werden.



Protokoll.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 9. Oktober. — Vormittags-Sitzung.

Schon lange vor der festgesetzten Eröffnungsstunde — 9 Uhr Vormittags — strömen die Delegirten, Gäste und Zuschauer in den mit Fahnen, Guirlanden, Wappenschildern, Devisen festlich geschmückten Saal. Zu Seiten der roth drapirten Bühne befinden sich auf rothen Fahnen die Inschriften: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch" und „Die Arbeiter sind der Fels, auf welchen die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll". Die Wappen versinnbildlichen die 14 bisherigen Parteitage: Gotha, Wyden, Kopenhagen, St. Gallen, Halle, Erfurt, Berlin, Köln, Frankfurt a. M., Breslau, Gotha, Hamburg, Stuttgart und Hannover.

Männergesang leitet die Sitzung ein.

Um 9 Uhr 20 Min. eröffnet

Singer die Verhandlungen mit folgender Ansprache: Der Parteitag tritt zusammen auf parteihistorischem Boden, und wenn auch Meister gestern bescheiden genug gewesen ist, die Dienste, die die hannoverschen Parteigenossen der Partei stets geleistet haben, in den Hintergrund zu stellen, so wissen wir doch Alle, was die Genossen Hannovers gewesen sind. Die Tage des Sozialistengesetzes, in denen sie treu, tapfer und selbstlos für die Partei gearbeitet haben, sie werden aus der Erinnerung der Partei nicht ausgelöscht werden.

Der diesmalige Parteitag, der zehnte seit dem Falle des Sozialistengesetzes, tritt zusammen an der Neige des Jahrhunderts, welches die ökonomische und politische Macht der Bourgeoisie zur Entfaltung gebracht hat, eines Jahrhunderts, welches aber auch zugleich die Lebens-, Kampfes- und Siegesbedingungen für das Proletariat, für die Klasse der zielbewußten Arbeiterschaft, geschaffen hat, eines Jahrhunderts, dessen Nachfolger nach dem Ausspruch eines bürgerlichen Politikers, des Engländers Gladstone, dem Sozialismus gehören wird.

Die Fragen, welche dieser Parteitag zur Entscheidung zu bringen hat, sind wichtig, sie werden bedeutungsvoll für die Partei sein. Aber diese Fragen werden gelöst werden in dem Sinne, daß der Parteitag, treu seiner Vergangenheit, treu der sozialdemokratischen Ueberzeugung, einzig und allein die Interessen der Arbeiterklasse sich zur Richtschnur nehmen wird. Die höchste Instanz der Partei, der Parteitag, wird die Marschroute abstecken für die weitere Thätigkeit der Partei. Neben den durch die Geschäfte der Partei bedingten Verhandlungen werden wir Fragen diskutiren, die ja bereits seit längerer Zeit in Versammlungen und in der Presse zu Aeußerungen geführt haben. Ich weiß, daß die Partei in ihren Vertretern sich auch auf diesem Parteitag ihrer weltgeschichtlichen Mission bewußt bleiben wird, so daß wir in Anwendung aller gebotenen Mittel klassen- und zielbewußt weiter schreiten auf dem Vormarsch zu dem großen Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Doppeljoch der politischen Rechtlosigkeit und ökonomischen Unterdrückung. Der Parteitag wird sich der Höhe seiner Aufgaben, des Ernstes der Situation, der Fülle seiner Verantwortlichkeit bewußt sein; er wird seine

Entscheidungen so treffen, daß wir auseinandergehen können mit dem Bewußtsein, daß dieser Parteitag aufs neue befestigt hat: das unverrückbare Streben nach dem großen Ziel, dem die Sozialdemokratie sich zugeschworen hat. In diesem Sinne lassen Sie uns unsere Arbeiten beginnen und unsere Aufgaben lösen. Auf diesen Saal sind die Blicke von Freund und Feind gerichtet, die Blicke der Feinde in der Hoffnung, daß wir unsere Geschlossenheit und Einigkeit preisgeben werden, die Blicke der Freunde aber in der absoluten Sicherheit, daß aus unseren Verhandlungen nichts weiter hervorgehen wird als eine Kräftigung und Stärkung der Partei, sowie die Befestigung der geltenden Parteigrundsätze. In diesem Sinne zu arbeiten soll unser Bestreben sein. (Lebhafter Beifall.)

Indem ich nunmehr den Parteitag namens der Parteileitung für eröffnet erkläre, bitte ich um Vorschläge zur **Konstituirung des Bureaus.**

Auf Vorschlag von Hoffmann-Bielefeld werden zu **Vorsitzenden des Parteitages Singer**-Berlin und **Blume**-Hamburg gewählt.

Zu **Schriftführern** werden bestimmt: Müller-Darmstadt, Sydow-Frankfurt a. O., Schütz-Breslau, Fischer-Dresden, Lesche-Altona, Müller-Bochum, Knappe-Stettin, Böhle-Straßburg und Frau Zietz-Hamburg.

Ferner wird eine **Mandats-Prüfungskommission** eingesetzt, zu der folgende Genossen vorgeschlagen und gewählt werden: Brey-Hannover, Brühne-Frankfurt a. M., Eichhorn-Dresden, Segitz-Nürnberg, Tauscher-Stuttgart, Stolpe-Grünberg, Stubbe-Hamburg, Kahl-Duisburg, Lipinski-Leipzig.

Die Arbeitszeit wird wie üblich auf die Zeit von 9 bis 1 und 3 bis 7 Uhr festgesetzt. Die Geschäftsordnung wird nach dem Entwurf genehmigt.

Es wird sodann zur **Feststellung der Tagesordnung** geschritten. Die hierzu gestellten Anträge 1—3 finden ausreichende Unterstützung, dagegen nicht der Antrag 4.

Der Antrag 1, den **Täterow**-Berlin begründet, wird angenommen. Weiter wird auf Befürwortung von **Schoenlank** beschlossen, die Verhandlung über die Zuchthausvorlage hinter die Punkte 6 und 7 der provisorischen Tagesordnung zu setzen.

Hoppe-Rixdorf begründet den Antrag 3. Bei der kurzen Redezeit erfordert die Wichtigkeit der Frage einen Korreferenten.

Bebel: Die Frage, einen Korreferenten zu bestellen, hängt davon ab, ob die Antragsteller einen bestimmten Vorschlag machen können. Sind sie dazu in der Lage, dann müssen wir den Korreferenten ernennen, wenn auch nur eine Minderheit es verlangt. Aber als wir in der Parteileitung im Sommer die Tagesordnung des Parteitages feststellten, war niemand in der Lage, eine Persönlichkeit für das Korreferat vorzuschlagen. Wir kamen daher zu dem Entschlusse, wie es bereits bei früheren ähnlichen Anlässen geschehen ist, die Aufhebung der Geschäftsordnung bezüglich der Redezeit für diese Verhandlungen vorzuschlagen, so daß unter allen Umständen eine des Gegenstandes würdige Debatte erfolgen wird.

Hierauf werden die Anträge betreffend das Korreferat abgelehnt.

Als Punkt 9 der Tagesordnung wird auf Vorschlag Singers der nächste internationale Kongreß gesetzt und das Referat hierüber Liebknecht übertragen. Im weiteren wird der Entwurf der Tagesordnung nicht geändert.

Singer: Ich habe die freudige Pflicht, die Delegierten von Bruderparteien herzlich willkommen zu heißen. (Beifall.) Wir haben die Freude, unter uns zu sehen Dr. Adler aus Oesterreich, Vliegen, Hermans und Kanter aus Holland, Lindblatt aus Stockholm, Nüsperli-Zürich und Dietzgen aus Chikago. Sie wissen, mit welch' regem Interesse und welch brüderlicher Sympathie die deutsche Sozialdemokratie die Thätigkeit unserer Genossen im Auslande

verfolgt. Sie wissen — ich darf es ohne Ueberhebung sagen —, daß die deutsche Sozialdemokratie es nie an der Erfüllung der Pflichten, die die internationale Solidarität ihr auferlegt, hat fehlen lassen. Wenn es aber etwas giebt, was die deutsche Sozialdemokratie mit besonderer Freude und gerechtem Stolz erfüllt, dann ist es die Thatsache, daß die deutsche Sozialdemokratie vorbildlich sein konnte für die Bruderparteien des Auslandes, wobei ich das Wort „Ausland", wie Sie wissen, nicht in dem üblichen „nationalen" Sinne gebrauche. Mit ebenso großer Freude darf ich es aussprechen, daß die Zeit, in der man mit einem gewissen Rechte sagen konnte, daß unsere Bruderparteien aus der Arbeit der deutschen Sozialdemokratie Nahrung und Stoff für ihre eigene Thätigkeit ziehen mußten, glücklich vorüber ist. Unsere Bruderparteien haben in den letzten Jahren bewiesen, daß sie es verstanden haben, den sozialdemokratischen Bestrebungen auch in ihren eigenen Ländern Nachdruck und Erfolge zu verschaffen, und zu diesen Erfolgen beglückwünsche ich sie namens des Parteitages (Beifall). Wir hoffen, daß Sie mit sich nehmen die Ueberzeugung, daß die deutsche Sozialdemokratie nach wie vor Schulter an Schulter mit dem internationalen Proletariat kämpfen und, wie ich zuversichtlich sage, zum Siege gelangen wird. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Adler (Wien): Namens der österreichischen Sozialdemokratie begrüße ich Sie aufs herzlichste. Wir in Oesterreich haben eine schwere Arbeit, und wenn unser Weg auch derselbe ist, wie in anderen Ländern, so sind die Zwischenfälle, die sich auf dem Wege ereignen, und die Gegenden, durch die unser Weg führt, sehr verschieden. Die österreichische Sozialdemokratie ist eine verhältnißmäßig junge Partei, aber trotzdem können Sie sich im Auslande von den heftigen und verwickelten Kämpfen, die wir durchzumachen hatten, kaum einen Begriff machen. Wir haben in Oesterreich Aufgaben zu lösen, die an Sie überhaupt nicht herantreten. Uns ist es gelungen, eine internationale Sozialdemokratie nicht nur zu organisiren, sondern auch in den allerschwersten Zeiten des Nationalitätenkampfes geeinigt zusammenzuhalten, und zu derselben Zeit, wo das deutsche und czechische Bürgerthum sich zerfleischten, die deutschen und czechischen Arbeiter als eine geschlossene Partei ihren Gegnern gegenüber zu führen. In der Lösung dieser Aufgabe steckt ein hohes Maaß von Arbeit; es ist dies aber zugleich ein Beweis dafür, daß das proletarische Gesammtinteresse stärker ist als alle Unterschiede, die zwischen den arbeitenden Gruppen bestehen mögen, stärker als jede Interessensolidarität, die existieren mag zwischen der Arbeiterklasse und anderen Klassen derselben Nation. (Sehr wahr!) Glauben Sie nicht etwa, daß in einem Lande, wie Oesterreich, das von Krisen durchschüttelt wird, deren letzte wir jeden Moment erwarten möchten, sich keine Verbindungen schaffen zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse! Vergessen Sie nicht, daß die Bourgeoisie bei uns mit aller Macht die Arbeiter in ihren Kampf hineinziehen möchte, in Oesterreich noch viel mehr als in anderen Ländern, weil in Folge der Rückständigkeit unserer ökonomischen Entwickelung der Klassenkampf noch nicht so scharf und ausgeprägt ist, wie bei Ihnen. Trotzdem fort und fort daran gearbeitet wird, die Arbeiter im Schlepptau der bürgerlichen Parteien zu erhalten, und trotzdem der mächtigste Faktor hier mitspielt, der nationale Faktor, von dessen Wucht und Intensität Sie in Deutschland niemals einen Begriff erhalten können; trotzdem ist das slavische und deutsche Proletariat geeinigt. Ich habe Sie also zu begrüßen nicht allein im Namen der deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich, sondern auch im Namen der czechischen, polnischen, ruthenischen, slovenischen und italienischen Genossen. (Beifall.) Daß dem so ist, das ist nicht allein unser Verdienst, sondern vor allem auch das Verdienst der deutschen Sozialdemokraten. Daß in Oesterreich die fremdsprachigen Sozialdemokraten zu uns stehen, ist das Verdienst der deutschen Sozialdemokratie, die von jeher ihren internationalen Pflichten in vollstem Umfange genügt hat. Ich hoffe, daß wir

für alle Zukunft so wie bisher in der deutschen Sozialdemokratie unseren Wegweiser sehen. In diesem Sinne erlaube ich mir, Ihren Verhandlungen beizuwohnen und Sie auf das herzlichste zu begrüßen. (Lebhafter Beifall.)

Vliegen (Holland): Ich komme aus einem Lande, wo die Sozialdemokratie jünger ist als sonst in Westeuropa. Sie wissen, daß unsere Bewegung im Jahre 1892/93 im Anarchismus verlaufen ist, wir mußten von Neuem organisiren und agitiren, wir mußten den Anarchismus erst zertrümmern, um uns den Weg zu bahnen. Heute haben wir diese Aufgabe erfüllt, wir haben den Anarchismus in unserem Lande überwunden und unsern Platz erobert zwischen den anderen Parteien. 1897 haben wir sofort Mandate im Wahlkampf erobert, unsere Stimme wird im Parlament gehört, wir werden von Jahr zu Jahr stärker, und es ist jetzt schon so weit, daß die bürgerlichen Parteien erzittern, wenn einer ihrer Angehörigen erkrankt, weil sie fürchten, daß das vakante Mandat uns zufällt. Es nützt der Regierung nichts, daß sie sich eine Regierung der sozialen Gerechtigkeit nennt, es nützt unseren Liberalen nichts, daß sie sich gegen Sozialreformen nicht sträuben — ein guter Holländer sträubt sich überhaupt nie (Heiterkeit) —, denn sie studieren und studieren daran, daß man nichts von Thaten merkt. So kommen denn die Arbeiter in immer größeren Schaaren zu uns und die niederländische Arbeiterklasse hat bei verschiedenen Anlässen gezeigt, wie stark der sozialdemokratische Wind bei uns jetzt weht. Ist es ihm doch zu danken, daß bei der dänischen Aussperrung aus unserem Lande ganz besonders große Geldsendungen gegangen sind. Mit politischen Reformen geht es in unserem „demokratisch" regierten Lande ebenso langsam wie mit ökonomischen. Auch bei uns kann nur die Arbeiterklasse etwas schaffen. Wir folgen mit Freuden Ihrem Vorbilde, Ihrer Thätigkeit. Mit besonderer Freude begrüße ich Sie, da ich Ihnen von uns Gutes berichten kann. Wir werden vorwärts schreiten, wie Sie vorwärts geschritten sind, und wir werden gemeinsam zum Siege gelangen, im Interesse der internationalen Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall.)

Lindblatt-Stockholm: Ich überbringe Ihnen die Grüße der schwedischen Sozialdemokratie. Auch bei uns schreitet das Verständniß, das Klassenbewußtsein der Arbeiter mit Riesenschritten vorwärts. Auch bei uns ist es unter Verfolgungen geschehen, die nur unsere Arbeit gestärkt haben. Bei uns wurde ein Zuchthausgesetz gemacht gegen die bereits vorher politisch entrechteten Arbeiter, die man nun auch wirthschaftlich entrechten will. Aber wir rüsten uns, unsere politischen Rechte, das Wahlrecht zu erobern. Die wirthschaftlichen Organisationen festigen sich immer mehr; statt 9000 Parteimitgliedern im Jahre 1894 haben wir jetzt 33000 und 70000 Gewerkschaftsmitglieder. (Bravo!) Von dem deutschen Parteitage erwarten wir eine Förderung der deutschen Arbeiterbewegung und damit auch der internationalen Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall.)

Dietzgen-Chicago: Als stiller Zuhörer Ihren Verhandlungen zu folgen bin ich hierher gekommen. Ueber unsere Verhältnisse in den Vereinigten Staaten zu sprechen ist keine Annehmlichkeit. Aber ich bringe ihnen die Grüße der beiden sozialistischen Parteien unseres Landes, ich thue es für beide Parteien, da ich Mitglied der einen bin und meine hier auch anwesende Frau Mitglied der anderen. (Große Heiterkeit). Ich dachte mir, daß das Ihnen sonderbar vorkommen würde, und wir wären auch längst geschiedene Leute (große Heiterkeit) wenn es sich um prinzipielle Differenzen handelte. Aber es sind nur taktische Differenzen, wie sie in jeder ordentlichen Vereinigung sein sollten (Heiterkeit und Beifall), wenn nur dabei nicht das Gefühl der prinzipiellen Zusammengehörigkeit verloren geht (Beifall). Einig sind beide Parteien in der Bewunderung, mit der sie Ihre Arbeit verfolgen, und in dem Wunsche, daß auf dem heutigen Parteitage weitere Grundlagen gelegt werden für eine gedeihliche Weiterentwickelung der Sozialdemokratie Deutschlands. (Stürmischer Beifall.)

Singer begrüßt den schweizer Genossen Nüsperli, den Vertreter des Landesausschusses der deutschen und österreichischen Genossen in der Schweiz und des Arbeiter-Bildungsvereins „Eintracht" in Zürich mit dem Ausdruck des Dankes für das, was die schweizer Sozialdemokratie für uns geleistet hat, insbesondere für die Gastfreundschaft, die sie uns in der Zeit des Sozialistengesetzes gewährt habe.

Nüsperli-Zürich. Gestatten Sie mir, Ihnen die herzlichsten Grüße zu übermitteln und den Wunsch, daß auch dieser Parteitag dazu beitragen möge, daß die Partei geeinter und gestärkter dasteht als zuvor. Die deutschen und österreichisch-ungarischen Genossen in der Schweiz werden nach wie vor ihre Schuldigkeit thun und dafür sorgen, daß die jungen Arbeiter, die aus Deutschland und Oesterreich mit grünem Gefieder in die Schweiz kommen, sie mit rothem Gefieder wieder verlassen. (Bravo!)

Der Parteitag tritt nunmehr in die **Tagesordnung** ein: **Geschäftsbericht des Vorstandes.**

Singer: Ich werde, wie in den Vorjahren, den Bericht in einzelne Abtheilungen eingetheilt, diskutiren lassen und zwar in die Gruppen geordnet: Allgemeines, Kassenbericht, Sonstige Bemerkungen. Unter die Gruppe „Allgemeines" fallen die Anträge 37 und 38.

Ich stelle die Unterstützungsfrage. —

Die Unterstützung reicht aus; die beiden Anträge stehen mit zur Diskussion. Alle anderen Anträge, die die Taktik und die Presse betreffen, werden nach Erledigung des Berichts nach Gruppen geordnet verhandelt werden.

Das Wort hat nunmehr der Berichterstatter.

Auer: Der Bericht des Partei-Vorstandes ist rechtzeitig in unserm Zentralorgan veröffentlicht und der Lokalpresse übergeben worden, außerdem haben ihn die Delegirten erhalten. Ich bin nicht so optimistisch, anzunehmen, daß Sie alle ihn gelesen haben (Heiterkeit); aber über die wesentlichsten Theile des Berichtes werden Sie sich unterrichtet haben und daher brauche ich auf den Bericht selber jetzt nicht einzugehen und da ich anderes als was im Bericht steht, Ihnen nicht mitzutheilen habe, ist damit mein Referat erschöpft. Nur einige Bemerkungen zu den Anträgen 38 und 39, betreffend den **Löbtauer Fall.** Sie sprechen einen Tadel gegen die Parteileitung aus, wie wir ihn nicht gewöhnt sind. Besonders der zweite Antrag äußert sich scharf gegen uns. Aber wir nehmen die Sache nicht zu tragisch und soweit ich bisher mit Mitgliedern des Partei-Vorstandes gesprochen habe, kann ich schon jetzt erklären, daß wir diese Vorwürfe als zu Unrecht erhoben erachten. Der Partei-Vorstand hat ja seiner Zeit in einer Erklärung, die besonders Mißfallen erregt hat, festgestellt, daß nicht, wie ursprünglich vorausgesetzt wurde, es nur ein Versehen gewesen ist, daß die Löbtauer Verurtheilungen nicht in die Liste aufgenommen wurden. Das Mitglied des Partei-Vorstandes, das die Aufgabe hat, fortlaufend die Daten zu sammeln, hat, ehe es sich über Aufnahme oder Nichtaufnahme entschieden hat, unter den Mitgliedern des Vorstandes Umfragen gehalten und einstimmig wurde erklärt, daß nach den bisher beobachteten Grundsätzen für die Aufnahme in die Liste, trotz der Ungeheuerlichkeit des Urtheils die Aufnahme nicht erfolgen dürfe. Ich muß zugeben, daß in Bezug auf die Veröffentlichungen „Unter dem neuen Kurs" ein gewisses Schwanken sich bemerkbar macht. Es sind Verurtheilungen aufgenommen worden, die vielleicht nach der straffen Auslegung, wie wir sie beim Löbtauer Fall angewandt haben, nicht hineingehörten. Als die Neue Kurs-Liste wenige Wochen nach dem Hallenser Parteitag eingeführt wurde, da wurde als ihr Zweck erklärt, alle Verurtheilungen, die im Zusammenhang mit unseren Parteibestrebungen erfolgen, festzustellen und das mit dem Hinweise darauf motivirt, daß seitens der Scharfmacherpresse ein ungeheures Wuthgeschrei erhoben wurde über den Fall des Sozialistengesetzes und die Behauptung aufgestellt wurde, die Staatsgewalt habe jetzt gar keine Rechtsmittel mehr, dem Gesetzes-

mißbrauch der Sozialdemokratie entgegenzutreten. Um diese Heuchelei ad absurdum zu führen, wurde beschlossen, diese Liste zu führen.

Dementsprechend ist es immer gehalten worden, dementsprechend aber konnte zweifellos dem Wunsche, daß unter dem „Neuen Kurs" alle Urtheile aufgenommen werden sollen, die als Ausfluß der Klassenjustiz zu betrachten sind, nicht Rechnung getragen werden. Ich weiß nicht, ob es dem Parteitage gelingen wird, eine Formel zu finden, um diesen Wunsch zu erfüllen. Zur Kennzeichnung der Klassenjustiz genügt es nicht, lediglich die erfolgten Verurtheilungen anzuführen, denn Klassenjustiz kann und wird sehr häufig auch bei Freisprechungen sich geltend machen. (Sehr wahr!) Die Fabrikanten, die die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung über Arbeiterschutz übertreten — und deren Zahl ist keine kleine — und die trotz dieser fortgesetzten Verstöße gegen das Gesetz sehr oft entweder freigesprochen oder nur mit ganz minimalen Strafen belegt werden — ja, ist denn diese Art der Rechtsprechung nicht auch ein Ausfluß der Klassenjustiz? Und so gehts nach allen Richtungen. Wollten wir unter der Rubrik „Neuer Kurs" die Klassenjustiz in allen ihren Wirkungen kennzeichnen, so würden wir uns damit eine Aufgabe stellen, die auch nur annähernd zu erfüllen wir einfach außer stande sind. Man hat auch von einer Tafel der Parteimärtyrer gesprochen. Auch das ist falsch. Wir müssen den Muth haben, es auszusprechen, daß in der Rubrik manche Bestrafung veröffentlicht wird, die bei etwas mehr Vorsicht, vielleicht auch bei etwas mehr Geschick sehr wohl hätte vermieden werden können. Jeden als einen Parteimärtyrer zu betrachten, der in die Liste aufgenommen werden mußte, das würde doch wohl zu weit gehen. Die Liste ist ein Merkzeichen für die Verfolgungen unserer Parteibewegung seitens der Staatsgewalt, sie ist ein Beweis für die Unrichtigkeit der Behauptung unserer Gegner, unter dem gemeinen Recht sei es nicht mehr möglich, die Missethaten, die in den Reihen der klassenbewußten Arbeiter angeblich verübt sein sollen, mit der Härte des Gesetzes zu verfolgen. Aber jeden, der da einmal mit mehr oder minder eigener Schuld hereinfällt, zu einem Märtyrer zu machen, wäre wohl nicht angebracht. Der Löbtauer Fall ist auch keineswegs der erste, der in der Liste fortgelassen wurde. Ich erinnere nur an den großen Torgelower Prozeß, wo ausständige Arbeiter sogenannte Streikbrecher überfallen haben. Auch dieser Fall ist nicht aufgenommen, und es ist auch nicht eine einzige Stimme aus der gesammten gewerkschaftlichen oder politischen Bewegung laut geworden, die sich beschwerdeführend darüber geäußert hätte. Der Partei-Vorstand hat also jedenfalls in gutem Glauben gehandelt, als er den Löbtauer Fall trotz seiner Ungeheuerlichkeit nicht in die Liste aufnahm. Nun hat man eingeworfen: Ihr habt sogar anarchistische Verurtheilungen aufgenommen! Nach meiner Meinung ist das mit Fug und Recht geschehen, wenn diese Verurtheilungen infolge einer Handlung erfolgt sind, die zur Arbeiterbewegung im weitesten Sinne gehören. Wir haben dagegen nicht aufgenommen die Verurtheilung Koschemanns zu 10 Jahren Zuchthaus, wozu er nach meiner Meinung unschuldig verurtheilt ist. (Sehr richtig!), denn die That, die ihm zur Last gelegt wird, steht mit der Arbeiterbewegung in keinem Zusammenhange. Wir wollen uns durchaus nicht frei von Schuld und Fehle sprechen. Sollte der Parteitag in der anstehenden Frage eine andere Meinung haben, so werden wir durchaus nicht böse sein, denn schon im Interesse unserer Nachfolger liegt es ja, daß wir nicht frei von Schuld und Fehle sind. Was sollen denn unsere Nachfolger anfangen, wenn wir für alle Zeit als fehlerfrei dastehen? (Heiterkeit.) Die könnten dann ja gar nicht mehr wirthschaften. Die Möglichkeit, daß auch wir Fehler machen können, bestreite ich nicht. Was ich bestreite, ist nur, daß wir in diesem Falle einen Fehler gemacht haben. Ich habe den Eindruck, als ob die ganze Geschichte viel zu breit getreten ist, und daß man sie in nutzloser Weise aufgebauscht hat. Wie ich meine Kollegen aus dem Partei-Vorstand kenne, bin ich sogar überzeugt, daß es nur einer einfachen

Postkarte bedurft hätte, die von Dresden nach Berlin geschrieben wäre, und das Meer von Tinte, welches nachher über diesen neuen skandalösen Fall von Opportunismus in der Partei verschrieben worden ist (Heiterkeit), und diese ellenlangen beschriebenen Papierstreifen wären überflüssig gewesen, es wäre sehr leicht zu einer Verständigung gekommen.

Nun noch eine Erklärung. Man war so neugierig zu fragen, welche Vorstandsmitglieder die Verantwortung dafür tragen wollen. Wir haben darauf nicht geantwortet, weil wir auf dem Standpunkt stehen: man kann mehr fragen, als man beantworten kann. (Heiterkeit.) Läßt man sich erst auf das Frage- und Antwortspiel ein, so ist überhaupt nicht fertig zu werden. Hier aber auf dem Parteitage, wo wir Rede und Antwort zu stehen haben, sehe ich keinen Grund ein, zu verhehlen, daß von den fünf Vorstandsmitgliedern vier an der ursprünglichen Beschlußfassung theilgenommen und auf die Frage, ob der Löbtauer Fall in die Rubrik gehört, sämmtlich gesagt haben, der Fall gehöre nicht hinein. Das fünfte Mitglied war abwesend.

Wenn dann noch weiter dieser Beschluß des Vorstandes als ein neuer Beweis dafür angesehen wurde, wie weit der Opportunismus in der Partei bereits Platz gegriffen habe, wie sehr das proletarisch-revolutionäre Empfinden selbst in der Parteileitung schon abgeblaßt sei, so habe ich darauf, offen gestanden, zur Zeit keine Antwort. Wir werden uns über diese Fragen ja im Laufe der Verhandlungen noch öfter unterhalten. Im Uebrigen muß es auch Opportunisten geben; wo bekämen sonst die rein „proletarisch-revolutionären“ Parteitaktiker ihre Beleuchtung her? (Große Heiterkeit und Beifall.)

Gerisch erstattet den **Kassenbericht.** In dem Vorstandsbericht wird der Kassenabschluß als ein durchaus günstiger bezeichnet und ist als solcher von der Partei und der gegnerischen Presse genugsam besprochen worden. Klagelieder hätten also jetzt keinen Sinn; aber die Ziffern selbst zeigen Ihnen doch, daß auch ein weniger günstiger Kassenabschluß dem günstigen folgen kann. Von den 254 743 Mk., die Sie als Partei-Einnahmen verzeichnet finden, sind 135 767, also die größere Hälfte, verzeichnet unter „Mann im Mond“, „Nordische Wasserkante“, „Vorwärts Buchhandlung“, „Ueberschuß der Löbtauer Sammlung“ u. s. w. Die Anforderungen an die Zentralkasse können nicht mehr befriedigt werden aus den allgemeinen Einnahmen, soweit sie aus Parteibeiträgen bestehen. Wir können auf die Hilfe der großen Geschäfte nicht mehr verzichten. Aber auch die 118 975 Mk. eigentliche Einnahmen geben in ihren Bestandtheilen sehr zu denken. Sie finden eine große Masse von Parteiorten garnicht, eine Anzahl größerer Parteiorte nur mit minimalen Beiträgen in der Liste. Allerdings halten eine Reihe von Parteiorten noch die gute, alte Tradition, in jedem Monat ihre Beiträge an die Parteikasse abzuliefern oder wenigstens den entsprechenden Jahresbeitrag zu leisten, aufrecht, aber ein oberflächlicher Blick auf die Liste zeigt Ihnen, daß die Zahl dieser Orte eine sehr geringe ist. Die Zahl der Parteiorte, die regelmäßig Gelder an die Zentralkasse absenden, ist leider wieder zurückgegangen.

Um so mehr muß die Opferwilligkeit des größten Parteiortes, Berlin, anerkannt werden. Die Leistungen der Berliner Genossen sind mustergiltig und über alles Lob erhaben. (Bravo!) Hat doch Berlin ohne Vororte von den 118 975 Mk. nicht weniger als 63 274 Mk. aufgebracht, während das ganze übrige Deutschland nur 55 700 Mk. aufbrachte. Berlin hat also 8000 Mk. mehr als das gesammte Deutschland geleistet. Die Berliner Genossen handeln wirklich vorbildlich für die übrigen Genossen in Deutschland. (Bravo!) Wenn wir in der Lage waren, Unterstützungen für die Gemaßregelten und Verfolgten in großem Umfange zu gewähren, wenn wir die Agitation in die entferntesten Gegenden tragen konnten, so verdanken wir dies zu einem großen Theile der Opferfreudigkeit der Berliner Genossen. Möge ihr Beispiel Nach-

ahmung finden, damit die Liste der Parteiorte, die Beiträge an die Zentralkasse einsenden, nicht immer mehr zusammenschrumpft.

Nun noch einige Angaben über den Stand der **Parteipresse.**

Soweit die täglich erscheinenden Partei-Organe in Betracht kommen, ist eine sehr erfreuliche Zunahme zu konstatiren. Die täglich erscheinenden Blätter haben jetzt 332 302 Abonnenten, ein Mehr gegen das Vorjahr von 42 302. Dieses Mehr besteht nicht vollständig aus neu gewonnenen Abonnenten. Ein großer Theil Abonnenten ist dadurch hinzugekommen, daß Organe, die dreimal oder zweimal wöchentlich erschienen, Tagesorgane geworden sind. Dem entsprechend hat sich die Zahl der zwei- oder dreimal wöchentlich erscheinenden Blätter vermindert. Die Jahreseinnahmen der Tagesblätter aus Abonnementsgeldern betrugen 2 257 204 Mk.; aus Inseraten 1 197 709 Mk., zusammen 3 454 913 Mk. Das ist ein Mehr **gegen das Vorjahr von stark über einer halben Million.** (Bravo!)

Aber das kommt in erster Linie auf die Verschiebungen zurück, die in Folge der Erscheinungsveränderung eingetreten sind. Die dreimal wöchentlich erscheinenden Blätter haben gegenwärtig 39 456 Abonnenten, sie haben ca. 22 000 Mk. an die täglich erscheinende Presse abgegeben. An Abonnementsgeldern haben sie eingenommen 141 273 Mk., für Inserate 70 506 Mk., zusammen 211 779 Mk. Die zweimal wöchentlich erscheinenden Blätter haben 14 279 Abonnenten, 44 098 Mk. Abonnementsgelder, 48 251 Mk. Gesammteinnahmen. Die einmal wöchentlich erscheinenden haben selbstverständlich nur geringe Einnahmen. Ihre Abonnentenzahl ist um 3000 gestiegen, hauptsächlich zu Gunsten des „Armen Teufels" in der Lausitz. Ihr gegenwärtiger Abonnentenstand beträgt 14 279, ihre Einnahme aus dem Abonnement 23 371 Mk., ihre Gesammteinnahmen 24 618 Mk. Insgesammt hatte die deutsche Parteipresse im verflossenen Jahre Einnahmen im Betrage von 2 464 946 Mk. aus Abonnements, 1 274 615 für Inserate, zusammen 3 739 561 Mk., gegen das Vorjahr im ganzen 461 593 Mk. mehr. Der Gesammt-Abonnentenstand unserer Presse beträgt augenblicklich gegen 400 000, eine Zunahme gegen das Vorjahr um 21 000—22 000. Davon entfallen als wirklich neue Abonnenten auf die Tagesblätter 16 000, auf die 3 mal wöchentlich erscheinenden Zeitungen 2000 und auf die einmal wöchentlich erscheinenden Zeitungen ca. 3000. Wenn somit der Fortschritt der Parteipresse nicht so günstig gewesen ist, wie im Vorjahre, so ist zu bedenken, daß im vorigen Jahre Reichstagswahlen stattfanden; nach den Wahlen muß man schon sehr zufrieden sein, wenn die Zeitungen ihren Abonnentenstand behaupten; alle haben das nicht vermocht.

Wir werden auch im neuen Jahre alles aufbieten, um unserer Parteipresse immer neue Gebiete zu eröffnen, damit im nächsten Jahre dem Parteitag wieder erfreuliche Mittheilungen über den Stand unserer Parteizeitungen gemacht werden können. (Beifall.)

Meister erstattet den **Bericht der Kontrolleure.** Die Revisionen der Kasse wie beim „Vorwärts", sind regelmäßig erfolgt, auch die Geschäftsführung der Buchhandlung ist auf Wunsch des Besitzers geprüft worden; alles ist in Ordnung befunden worden. Eigentliche Beschwerden sind nicht eingegangen. Die Koburger Angelegenheit konnte von uns nicht erledigt werden, wir mußten es den Koburger Genossen selbst überlassen. Eine in letzter Stunde aus Bielefeld eingegangene Angelegenheit persönlicher Natur werden wir wohl gleichfalls an die Bielefelder zurückverweisen müssen. Für uns Kontrolleure war das letzverflossene Geschäftsjahr ein durchaus erfreuliches Zeugniß. Ich beantrage **Decharge für den Gesammt-Vorstand.**

Es erfolgt nunmehr die **Diskussion zum allgemeinen Theil.**

Ledebour-Dresden-Land: vertheidigt den Dresdener Antrag betreffend die Nichtregistrirung des Löbtauer Urtheils. Der gute Glaube des Vorstandes ist

nicht bezweifelt worden. So scharf die Meinungen in den verschiedenen Fragen auseinandergehen, wollen wir uns überhaupt immer den guten Glauben beimessen. Aber wir halten das Verhalten des Partei-Vorstandes in diesem Falle für einen schweren Mißgriff, der nothwendig einer Reparatur bedarf. Auf die Hauptsache ist Auer heute nicht eingegangen. Urtheile sind registrirt worden, die mit unserer Parteibewegung in gar keinem Zusammenhang stehen, auch Urtheile wegen anarchistischer Vergehen. Es gehören in diese Liste alle Urtheile, die den Stempel von Klassenurtheilen tragen, und zwar, wie ich im Gegensatz zu Auer erkläre, nur Verurtheilungen von Proletariern und keinesfalls Freisprechungen. Unsere Parteibewegung, so groß und mächtig und maßgebend sie ist, sie ist doch nur ein Theil der großen proletarischen Emanzipationsbewegung überhaupt. Die Gewerkschaftsbewegung kommt ihr an Bedeutung nahe, die Urtheile, die aus gewerkschaftlichen Kämpfen resultiren, gehören selbstverständlich in die Liste. Aber das genügt noch nicht, sondern alle Verurtheilungen, die im weitesten Sinne sich beziehen auf Konflikte, die aus Arbeitsbeziehungen hervorgehen, müssen registrirt werden. Die Löbtauer Verurtheilung war die erste großen Stiles unter dem Zuchthauskurs, unter dem Schatten, den die Zuchthausvorlage vorauswarf. Ein Schrei der Entrüstung ging durch das Proletariat der ganzen Welt. Niemals hat ein Urtheil eine solche spontane allgemeine Empörung hervorgerufen. Von den Verurtheilten waren 7 gewerkschaftlich, 2 politisch organisirt. Aber selbst wenn es bei keinem der Fall gewesen wäre, so hätte das Urtheil für uns und die ganze Welt ganz dieselbe Bedeutung. Die Bedeutung wird ihm aufgeprägt durch die Auffassung des Gerichts, das die ganze Emanzipationsbewegung des Proletariats treffen wollte. Eine einfache Postkarte hätte genügt, sagt Auer, um die Frage der Registrirung schiedlich friedlich zu erledigen. Ja, haben wir denn sofort losgeschlagen? Wir haben zuerst eine ganz ruhige Anfrage gestellt. Erst die Rechtfertigungsschrift des Vorstandes, die dann im „Vorwärts" erschien, hat die Frage zu einer politischen Aktion ersten Ranges gemacht. Mit der Sympathiebewegung, mit der Geldsammlung für die Löbtauer Opfer hat der Vorstand nur einer allgemeinen Menschenpflicht genügt. Aber nackt und dürr wird in der Rechtfertigungsschrift ausgesprochen: die Fortlassung ist deshalb erfolgt, weil durch die Aufnahme der Verurtheilten in die Liste der Klassenkampfopfer den Scharfmachern ein Anlaß gegeben würde, uns zu verleumden und zu verdächtigen, und dazu wollte man die Hand nicht bieten. Der Vorstand erklärt sich zum Schluß „wenig geneigt, die Strafthaten zu beschönigen oder gar mit der Parteibewegung im Zusammenhang erscheinen zu lassen". Die Strafthaten beschönigt haben wir in keinem Falle, wo wir eine Registrirung vornahmen. Ich behaupte, mit einiger Vorsicht ließen sich nahezu alle Strafthaten vermeiden. Aber die Proletarier, die durch die Aktion unserer Gegner in den Klassenkampf hineingedrängt werden, sind nicht so erfahrene Leute, daß sie jeden Konflikt mit dem Gesetze zu vermeiden wüßten. Wir machen ja jetzt täglich diese Erfahrung in Dresden, dieser Probierstube der deutschen Klassenjustiz, bei den Verurtheilungen wegen Streikvergehen.

Was nun den Löbtauer Fall anlangt, so haben mir erfahrene Männer, Gewerkschaftler gesagt: „Wenn ich dabei gewesen wäre, dann hätte auch ich, als der Mann geschossen hatte, mitgeprügelt und säße jetzt im Zuchthause." Es handelt sich bei dem Löbtauer Fall unstreitig um einen Exzeß, um einen Uebergriff, den wir nicht billigen, um einen Verstoß gegen das Gesetz. Weil wir aber beständig ermahnen: laßt Euch nicht provozieren, dürfen wir doch nicht die Hand von denen abziehen, die unter die zermalmenden Räder des Dschaggernautkarrens der Klassenjustiz gerathen. Mit dem proletarischen Emanzipationskampf steht die Löbtauer Verurtheilung zweifellos in Zusammenhang. Wie ist nun der Vorstand zu der Ansicht gelangt, die ich eben zitirt habe . . . (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender **Singer**: Ich muß den Redner unterbrechen. Ich habe ihm statt 10 Minuten 20 Minuten Redezeit gewährt, weil er als Begründer eines Antrages gelten kann. Diese 20 Minuten hat der Redner aber auch bereits überschritten, und ich bitte ihn, nunmehr zum Schluß zu kommen.

Ledebour: In der Reichstags-Sitzung am 22. und 23. Februar ist Herr v. Stumm auf den Löbtauer Fall zu sprechen gekommen und hat sich in einer Weise dabei ausgedrückt, daß das, was der Partei-Vorstand gethan, als vollständig beeinflußt durch die Aeußerungen und Drohungen des Freiherrn v. Stumm erscheint. So hat Herr v. Stumm gesagt: „Es wird noch dahin kommen, daß die Löbtauer Verbrecher auf Ihre Ehrentafel gesetzt werden. Wenn Sie die Löbtauer Exzedenten hierzu für würdig erachten, dann können Sie unmöglich behaupten, daß Sie die Exzesse verurtheilen." Die „Ehrentafel" ist eine Stummsche Perfidie. Auf unserer Ehrentafel stehen andere Namen. Zweifellos handelt es sich aber um eine Opfertafel. Als Stumm diese Aeußerung that, klang ihm aus der Fraktion eine bejahende Antwort heraus. Ja, wir werden sie auf die Tafel setzen, hieß es. Das war die einzige würdige Antwort auf diese Drohungen. Die Genossen, die dies „Ja" riefen, sie brachten im besten Sinne das Empfinden der Partei zum Ausdruck! (Sehr richtig.) Nachher erst kam der klügelnde Partei-Vorstand und sagte: „Aha! Das soll gegen uns ausgebeutet werden. Da wollen wir es lieber weglassen." Die Erklärung des Partei-Vorstandes ist die direkte Folge der Drohung des Herrn von Stumm . . . (Glocke des Vorsitzenden.)

Singer: Der Parteitag wird mir die unangenehme Empfindung nachfühlen, wenn ich den Redner nunmehr unterbrechen muß. Selbstverständlich möchte ich nicht den Eindruck erwecken, als könnten Angriffe gegen den Partei-Vorstand hier nicht im vollsten Umfange zu Wort gelangen. Andererseits aber bin ich hier, um die Geschäftsordnung zu wahren. (Sehr richtig!) Ich muß also nunmehr den Redner bitten, abzubrechen.

Ledebour: Gewiß! Also Genossen . . . (Glocke des Vorsitzenden.)

Singer: Ich muß Sie nochmals bitten abzubrechen.

Ledebour: Ich muß aber doch noch die Resolution vorlesen.

Singer: Die Resolution ist doch gedruckt.

Ledebour: Nein, ich habe eine andere Resolution ausgearbeitet.

Singer: Ich muß Sie bitten, von Ihrem Rechte Gebrauch zu machen und sich zum zweitenmal zum Wort zu melden.

Fischer-Sachsen spricht gleichfalls zu dem zweiten Antrage. Ein großer Theil, wenn nicht der größte Theil der Genossen des 6. sächsischen Wahlkreises, ist mit diesem Antrag nicht einverstanden. (Zustimmung.) Sie verurtheilen fast einstimmig, daß der Partei-Vorstand die Verurtheilung der Löbtauer Bauarbeiter nicht aufgenommen hat, aber sie sind der Meinung, daß man dem Partei-Vorstande in dieser Frage das Recht seiner Meinung lassen müsse, und es damit, daß man dem Partei-Vorstand seine entgegengesetzte Meinung entgegenhalte, genüge, sie mißbilligen den Spektakel, den man mit dieser Frage gemacht hat; sie meinen, daß man den Verurtheilten und der Partei damit einen schlechten Dienst geleistet hat; sie verurtheilen es, daß man die Sache jetzt auf die Spitze getrieben hat. Ich ersuche um Ablehnung der Anträge.

Knappe-Stettin spricht ebenfalls gegen die Anträge. Ein Freispruch gegen Besitzende kann als Klassenurtheil dieselbe Erregung hervorrufen wie die Verurtheilung eines Proletariers. Ein Klassenurtheil ist es auch, wenn ein Dienstmädchen verurtheilt wird, weil es wegen Mißhandlung den Dienst verlassen hat. Nach dem von Auer dargelegten Zwecke der Liste ist die Nichtaufnahme der Löbtauer zu Recht erfolgt. Die Arbeiter darüber zu belehren, wie sie sich in einem Falle wie auf dem Löbtauer Bauplatze zu verhalten haben, ist weit wichtiger. Die Richter in Sachsen haben schon vor dem Zuchthauskurs ihre Klassenjustiz uns stets vor Augen geführt, dazu hätte es des Löbtauer Falles

nicht erst bedurft. Im eigentlichen Zusammenhang mit unserer Klassenbewegung steht dieses nicht.

Sindermann-Dresden: Die Motive, die die Genossen von Dresden-Altstadt veranlaßt haben, ihre Resolution zu stellen, sind jetzt nicht mehr vorhanden. Wäre der Parteibericht 14 Tage früher erschienen, so wäre sie wohl gar nicht gefaßt worden. Denn die nachträgliche Registrirung im Parteibericht ist weit wirksamer als im Monatskurse. Ich ziehe also die Resolution zurück. Etwas anderes ist aber die Art und Weise, wie Auer das Verhalten des Vorstandes motivirt hat. Es ist entschieden zurückzuweisen, daß das Löbtauer Urtheil mit unserer Parteibewegung nicht im Zusammenhang stände. Das Urtheil ist ergangen im Kampfe ums Brot. In Zukunft müssen solche Urtheile jedenfalls registrirt werden.

Ostkamp-Essen: Der Fall Lütgenau kann nicht durch Schweigen abgethan werden. Der Partei-Vorstand muß erklären, weshalb man Lütgenau beiseite geschoben hat. Wenn es auch lange bereits Zeit war, ihn zu entfernen, so muß man doch über die Gründe Auskunft geben. Wir sind nicht eine Herde willenloser Schafe. Der Partei-Vorstand muß reden, wenn nicht in der rückständigen Ruhrgegend unsere Bewegung noch mehr zurückgehen soll. Der Fall Lütgenau giebt unseren Gegnern die besten Waffen; der Partei-Vorstand hat im Ruhrbecken geradezu an Ansehen verloren. Man schickt uns Leute aus Berlin, die wir nicht haben wollen, und hält sie dann so lange, bis es nicht länger geht.

Täterow-Berlin: Die Registrirungsangelegenheit könnte jetzt erledigt sein. Um die praktische Nutzanwendung zu ziehen, beantrage ich, in Zukunft neben der Rubrik: „Unter dem neuesten Kurs" noch eine weitere Rubrik zu führen: „Unter dem Zuchthauskurs" und die Registrirung mit dem Löbtauer Fall zu beginnen, sowie unter diesem Titel alle Verurtheilungen zu verzeichnen, die nicht direkt mit der politischen Bewegung im Zusammenhang stehen. Sie werden damit der proletarischen Bewegung einen großen Dienst leisten.

Winterburg-Krefeld: Wenn in dem Bericht des Partei-Vorstandes bei der Besprechung des Krefelder Weberstreiks gesagt ist, daß die Krefelder Weber in ihrer großen Mehrheit der katholischen Organisation angehören, so ist das nicht richtig. Etwa 45 Proz. von ihnen gehören zum Textilarbeiterverband und 45 Proz. zum kürzlich neu begründeten paritätischen niederrheinischen Weberverband. Die niederrheinischen Weber, die früher die getreuesten Schildknappen des Zentrums waren, kommen immer mehr zu der Erkenntniß, daß die Sozialdemokraten ihre Vorkämpfer sind. Die Miniearbeit, die das Fachblatt betreibt, wird bei der nächsten Reichstagswahl herrliche Früchte zeigen.

Ledebour (Dresden): Die Aeußerungen der Vorredner haben nur dazu gedient, die Nothwendigkeit unseres Antrags zu betonen. Besonders Genosse Knappe hat versucht, uns moralische Vorlesungen darüber zu halten, daß der Löbtauer Fall hätte vermieden werden können. Ja, vermeiden läßt sich fast Alles, wie ich bereits vorher ausgeführt habe, aber das ist doch kein Grund, derartige Urtheile nicht als Klassenkampf-Urtheile zu registriren. Ferner hat Genosse Fischer im Namen irgend welcher anonymen Parteimitglieder des 6. sächsischen Wahlkreises Widerspruch gegen den Antrag erhoben. Daß Fischer damit nicht einverstanden ist, wundert mich nicht, ich bestreite auch gar nicht, daß es in dem großen Wahlkreise eine Anzahl von Leuten giebt, die sich gegen den Antrag ausgesprochen haben. Aber ich bin fest überzeugt, wenn ich oder andere Vertreter des Antrages nur Gelegenheit hätten, in allen Orten des Kreises zu den Leuten zu sprechen, so würden auch diese anonymen Parteimitglieder in derselben Weise dafür stimmen, wie die offizielle Parteiversammlung. Genosse Sindermann hat den Antrag zurückgezogen. Es scheint leider eine spezielle Sindermannsche Krankheit zu sein, daß er immer Resolutionen einbringt und nachher wieder zurückzieht. So hat er es auf der sächsischen Landesversammlung

auch gemacht. Die Zurückziehung des Antrags ist durchaus ungerechtfertigt, und es sollte mich doch sehr wundern, wenn die Parteigenossen von Dresden-Altstadt ihm nicht gehörig den Kopf dafür waschen würden. Das ist nicht die Art und Weise, wie man eine Sache verficht.

Der Antrag Täterow will einen ganz unglücklichen Ausgang schaffen. Würden wir zwei Register anlegen, so würde das zu einer heillosen Konfusion führen. Entweder man subsummirt Alles, was zu den Opfern des Klassenkampfes gehört, unter diese Rubrik, oder man verzichtet überhaupt darauf. Ich habe deshalb den Antrag 39 modifizirt und in Antrag 55 eingebracht.

Gestatten Sie mir noch wenige Worte zur Erläuterung. Wir verlangen die Aufnahme aller Urtheile, die aus Arbeitskonflikten erwachsen, auch wenn eine Gewerkschaft nicht offiziell in Aktion tritt. Nehmen Sie meinen Antrag an und geben Sie damit dem Partei-Vorstande eine bestimmte Direktive für die Zukunft. Das liegt im Interesse unserer gesammten Bewegung, denn wir haben nicht nur die organisirten Arbeiter zu unterstützen, sondern wir haben die Pflicht, unsere schützende Hand zu halten über das gesammte Proletariat. Wir müssen die Leute selbstverständlich erziehen, aber wir dürfen sie nicht von unseren Rockschößen abschütteln, weil sie vielleicht nicht das nöthige Urtheil haben und gegen die Gesetze verstoßen. Wir müssen uns als die ideelle Vertretung des gesammten Proletariats fühlen, damit jeder Proletarier sich sagt: Wenn ich mißhandelt werde von Unternehmern, wenn ich unterdrückt werde von Behörden, wenn ich schwer von den Gerichten verurtheilt werde, so weiß ich, daß es eine Organisation giebt, die mich schützt. Dies ideelle Moment hat Auer nicht erwähnt und, wie ich fürchte, in dem Löbtauer Falle nicht nachgefühlt. Ich bitte Sie nochmals, meinen Antrag anzunehmen. (Beifall.)

Inzwischen ist folgender Antrag **Thiele-Halle** eingelaufen:

Unter Ablehnung der Resolution Nr. 39 beschließt der Parteitag: Die monatlich zu veröffentlichende Liste der zur Kenntniß kommenden Bestrafungen hat sich auf die Verurtheilungen in parteipolitischen **und** gewerkschaftlichen Prozessen zu erstrecken. Aufzunehmen sind in gewerkschaftlichen Prozessen alle Urtheile, zu denen das Delikt durch Beachtung und Verfolgung der von den Gewerkschaften anerkannten Forderungen sich ergeben hat. Die Ueberschrift „Unterm neuesten Kurs“ ist zu ersetzen durch „Opfertafel im proletarischen Klassenkampf“.

Auer: Mit dem Antrag Ledebour wird ein ganz neues Gebiet betreten. (Sehr richtig!) Wir, die sozialdemokratische Partei, haben uns wohl nie als etwas anderes gefühlt als die politische Vertretung des gesammten Proletariats; insofern wiederholt der Antrag Ledebour etwas Selbstverständliches. Er läßt aber den konkreten Fall, um den es sich handelt, außer acht. Wenn wir die Wege, die er uns weisen will, betreten, wird es in Zukunft außerordentlich schwer halten, eine Liste des neuesten Kurses zu veröffentlichen. Was heißt es denn, wir sollen unsere schützende Hand über das Proletariat halten? Das ist doch sicher: mehr als 90 Proz. aller Verurtheilungen von Proletariern haben ihren Untergrund in der unglücklichen gesellschaftlichen Stellung des Proletariats. (Sehr richtig!) Wir würden mit der Ledebourschen Weisung in ein Chaos gerathen, aus dem ich nicht mehr heraus wüßte. Ich habe Ihnen ja gesagt: Schaffen Sie eine neue Unterlage, wenn es Ihnen möglich ist, für die Neue-Kurs-Liste; es wird Ihnen aber außerordentlich schwer fallen, und die Vorschläge, die in der Debatte gemacht sind, halte ich nicht für genügend. Ich habe auch zu dem zukünftigen Partei-Vorstand das Vertrauen, daß, wenn Sie ihm neue Weisungen geben, er sie nach bestem Wissen und Können zur Ausführung bringen wird, aber verlangen Sie nichts Unmögliches.

Ledebour erklärt nun, in der Erklärung des Partei-Vorstandes liege eine Verleugnung, ein Abschütteln der Verurtheilten von den Rockschößen der

Partei. Ich mache da auf die interessante Thatsache aufmerksam, daß wir in unserer angefochtenen Aeußerung eigentlich garnichts anderes gethan haben, als den Weisungen Ledebours selbst zu folgen. (Sehr richtig!). Ich habe in Voraussicht der Dinge, die kommen würden, mir die Mühe genommen, das betreffende Quartal der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" durchzusehen. Da heißt es denn unter dem frischen Eindrucke des Löbtauer Urtheils in Nummer 157 vom 10. Juli 1898: „Von einem sozialdemokratischen Krawall zu faseln, ist ebenso dumm wie frech. Die Hineinziehung unserer Partei hat nur den Zweck, die Bauarbeiter hineinzulegen und Behörden und Richter gegen sie aufzustacheln." In Nummer 159: Die Handlungen der bei dem Exzeß betheiligten Personen, die wir übrigens durchaus nicht billigen wollen, erscheint in einem weniger dunkeln Licht —, je mehr der eigentliche Veranstalter, der Bauführer Klemm bekannt wird." Und dann wird gesagt: „Der durch die Schießerei des Bauführers hervorgerufene Vorfall wird, um die daran betheiligten Arbeiter möglichst anzuschwärzen, als ein von organisirten Arbeitern eingeleiteter sozialdemokratischer Akt hingestellt" —; weiter: Nur im Interesse der bedauernswerthen Arbeiter, die sich durch die brutale Schießerei zu Ausschreitungen verleiten ließen, wollen wir darauf hinweisen, daß die Prügelei mit der Bauarbeiterorganisation und Sozialdemokratie nichts zu thun hat." Und so ging es weiter und weiter: immer das Bestreben, die Vorgänge von der Sozialdemokratie abzuwehren, sie als solche hinzustellen, die mit der Arbeiterbewegung nichts zu thun haben. Daran hat die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" festgehalten vom ersten Augenblick an, und genau auf derselben Linie bewegt sich auch die Ausführung, die jetzt den Zorn Ledebours erregt. Wir haben jene Handlungen uns nicht von den Rockschößen abzuschütteln gehabt, weil sie nie mit der Gewerkschafts- und der sozialdemokratischen Bewegung einen Zusammenhang gehabt haben. Wir haben aber auch den Prozeß und das Urtheil nie als etwas anderes darzustellen versucht, als es Ledebour selbst gethan hat: als den Ausfluß einer Voreingenommenheit, Engherzigkeit und Widerwilligkeit gegen die Arbeiterbewegung im Allgemeinen. Daß das Dresdener Urtheil den Charakter der Klassenjustiz an der Stirn trägt, daran haben wir nie im geringsten gezweifelt, und alle diese Ausführungen der Entrüstung über das Urtheil haben mit unserer Stellung selber garnichts zu thun; wir haben sie getheilt, ehe wir erfuhren, daß Ledebour nach dieser Richtung hin vollständig einer Meinung mit uns ist. Aber was wir auseinander halten, was auch von unseren Fraktionsrednern im Reichstag haarscharf geschehen ist, das ist das, daß dieser Krawall nicht in irgend einem Zusammenhang mit der klassenbewußten Arbeiterbewegung steht, sondern eine Erscheinung ist, die wir tief bedauern und die in Zukunft unmöglich zu machen gerade mit zu den Aufgaben unserer klassenbewußten Arbeiterbewegung gehört. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist der Standpunkt, den wir eingenommen haben, auf Grund des Herkommens, in den Absichten, aus denen die Liste des Neuen Kurses geschaffen worden ist. Ich wiederhole: Reicht die bisherige Umschreibung nicht aus, wollen Sie eine neue Basis schaffen, thun Sie es, aber ein Recht, dem Partei-Vorstand einen Vorwurf zu machen, bestreite ich unter allen Umständen.

Der Antrag Täterow, auf den ich weiter nicht eingehe, ist wohl nicht besonders glücklich ausgefallen.

Ueber den Fall Lütgenau Namens des Partei-Vorstandes zu sprechen habe ich eine Autorisation noch nicht erhalten. Daher gebe ich jetzt nur eine kurze Erklärung ab. Lütgenau hat im Laufe der letzten Monate erklärt, daß er den Partei-Vorstand auf der Westfälischen Provinzial-Konferenz in Schwelm, die ja inzwischen stattgefunden hat, zur Verantwortung ziehen werde. Uns war es nicht möglich, auf der Schwelmer Konferenz uns vertreten zu lassen; das wußten wir schon früher und daher gaben wir durch den „Vorwärts" öffentlich die Erklärung ab, daß wir keinen Anlaß hätten, auf der Schwelmer Konferenz uns

mit Lütgenau auseinanderzusetzen; daß, wenn Lütgenau durch die Handlungen des Partei-Vorstandes ihm gegenüber sich beschwert fühle, es sein Recht sei, sich mit seinen Beschwerden an den Parteitag in Hannover zu wenden, dort würden wir ihm Rede und Antwort stehen. Soweit ich bis jetzt unterrichtet bin, ist seitens Lütgenaus eine Beschwerde nicht eingegangen. Wenn aber Ostkamp, wie ich gern zugebe, im Interesse der Bewegung des Ruhrbeckens, nähere Aufklärungen über den Fall Lütgenau wünscht, so sind wir — ich glaube hier namens des Partei-Vorstandes sprechen zu können, gern bereit, diese Aufklärungen zu geben. Ich glaube aber dann gleich beifügen zu dürfen, daß wir auch in diesem Falle es halten werden, wie bisher in allen solchen Fällen, daß es das beste ist, wenn die Verhandlungen vorher in einer Neuner-Kommission geführt werden und es dieser überlassen bleibt, was sie dem Parteitag mitzuteilen für nothwendig hält. (Zustimmung.) Es geschieht das wirklich nicht im Interesse des Partei-Vorstandes, der kann mit ganz offenen Karten spielen, davon können Sie überzeugt sein; es ist Lütgenau kein Unrecht geschehen. Es ist auch nicht richtig, wie Ostkamp meint, daß wir, weil wir in Berlin Lütgenau nicht mehr haben wollten, ihn nach der Provinz geschickt hätten. Das wäre ein sehr schiefes Experiment. Heiterkeit.) Wenn alle Parteigenossen, die dem Partei-Vorstand in Berlin unbequem werden könnten, nach der Provinz geschickt würden, da möchte die Provinz vielleicht unter Umständen einmal Zeter und Mordio schreien (Heiterkeit). Lütgenau ist in die Provinz gegangen mit seiner Zustimmung und auf unsere Anregung, weil wir glaubten, daß er dort gut wirken könne, und er hat auch eine Zeitlang zweifellos sehr gut gewirkt, und wir sind es, die nur allzusehr bedauern müssen, daß dieses gute Verhältniß nicht immer so geblieben ist. Aber ausschließlich im Interesse Lütgenaus selber liegt es, wenn die Angelegenheit erst in der Neunerkommission erledigt wird. (Bebel: Sehr richtig!)

Wenn dem Verfasser des Berichts insofern ein Irrthum untergelaufen ist, als er voraussetzte, daß in der niederrheinischen Weberbewegung die Mehrzahl der Betheiligten Anhänger der katholischen Arbeiterrichtung sind, und wir im Partei-Vorstand über diese Verhältnisse nicht so unterrichtet sind, so tragen vielleicht einen kleinen Theil der Schuld daran die niederrheinischen Genossen selber, die zu schweigsam gewesen sind. (Beifall.)

Fleißner-Dresden: Nur einige Worte gegen den Genossen Ledebour. Er befindet sich im Irrthum, wenn er glaubt, daß sein Antrag die Stimmung der Genossen des 6. sächsischen Wahlkreises widergiebt. Die Genossen halten es vielleicht für einen Fehler, daß das Urtheil nicht in die Liste aufgenommen ist, aber sie halten die Sache für durchaus nicht so tragisch. Hätte man die Geschichte nicht so sehr in der Presse und in Versammlungen aufgebauscht, so brauchten wir uns überhaupt nicht darüber heute zu unterhalten. Wir sind mit dem Vorgehen der Reichstagsfraktion völlig einverstanden und machen dem Partei-Vorstande keineswegs den Vorwurf des Opportunismus. Irgend einen der gestellten Anträge anzunehmen, ist überflüssig. Ich betone nochmals mit Rücksicht auf die illegale Art, wie der Antrag zu stande gekommen ist, daß er nicht die Zustimmung der Genossen des 6. sächsischen Kreises widerspiegelt.

Beyer-Leipzig: Es wäre zweckmäßig, wenn der Rechenschaftsbericht des Vorstandes früher erscheint, damit in den Parteiversammlungen darauf bereits zurückgegriffen werden kann. Was den Löbtauer Fall betrifft, so ist es für mich klar, daß es sich dabei um die Verkürzung der Arbeitszeit handelte, daß er also mit den Forderungen des Proletariats in Zusammenhang steht. Wenn er nicht registrirt ist, so ist das allerdings kein Unglück.

Hierauf wird die Debatte abgebrochen. Persönlich bemerkt

Sindermann: Wenn Ledebour es als eine Sindermannsche Krankheit bezeichnet, Anträge einzubringen und wieder zurückzuziehen, so bemerke ich, daß er eine andere Krankheit hat, nämlich in allen Versammlungen durch Phrasen-

schwulst Vertrauensboten sich zu verschaffen. Ich fürchte nur, daß ihn diese Fülle der Vertrauensboten mal erdrückt. (Heiterkeit.)

Ledebour (persönlich): Daß Genosse Sindermann den freundlichen Wunsch hegt, daß ich erdrückt werde, wundert mich nicht. Es sind sehr viele Leute, die das wünschen. (Glocke des Vorsitzenden.) Bisher sind alle (Glocke des Vorsitzenden) derartigen Versuche (Glocke des Vorsitzenden) gescheitert. (Glocke des Vorsitzenden.)

Singer: Vor allem möchte ich den Redner bitten, wenn geläutet wird, das Reden zu unterlassen. Ich wollte Ihnen bemerken: die Auseinandersetzungen, die Sie mit anderen Genossen gehabt haben, gehören nicht in eine persönliche Bemerkung auf Sindermann.

Die weitere Debatte wird auf die Nachmittagssitzung vertagt.

Sydow-Frankfurt, der zum Schriftführer gewählt war, ist nicht anwesend. (Heiterkeit.) An seiner Stelle wird Trompeter-Frankfurt a. M. gewählt.

Auf Vorschlag Singers wird die Mandatsprüfungs-Kommission als Rennerkommission bestellt und ihr außer dem Fall Lütgenau die Beschwerden aus Koburg, Bielefeld und eine soeben aus Hamburg von Weindorf eingegangene überwiesen.

Eine Reihe Begrüßungsschreiben sind eingegangen. Schluß 1 Uhr.

Nachmittagssitzung.

3¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Die Diskussion über den **Bericht des Vorstandes** wird fortgesetzt.

Braune-Dresden: Im Auftrage der Mehrheit der sozialdemokratischen Partei des vierten sächsischen Wahlkreises habe ich zu erkären, daß sie mit dem Verhalten des Vorstandes in Bezug auf die Nichtregistrirung des Löbtauer Urtheils nicht einverstanden ist. Indessen halten wir die Angelegenheit für erledigt und befürworten den Antrag 55 zur Annahme.

Ledebour: Auer hat als vorzüglicher Taktiker der Partei als Reservegeschütz aus unserer „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" Zitate vorgebracht, aus denen er folgern wollte, daß der Partei-Vorstand nur meine Anweisungen befolgt habe. Zufällig habe ich jene Artikel gerade nicht geschrieben, aber ich unterschreibe sie vollkommen. Aber das hat nichts damit zu thun, daß wir die Löbtauer hineinhaben wollen in die Liste der Klassenkampfopfer; es gehört da jedes Urtheil hinein, was gegen Proletarier infolge politischer Bethätigung, infolge von Arbeitskonflikten gefällt ist. Ich habe die mildeste Form des Tadels gewählt, aber ein Tadel muß ausgesprochen werden. Wer einen Fehler macht, dem wird der Kopf gewaschen, dem Partei-Vorstand ebenso wie jedem anderen von uns. Auf dem Tadel muß ich unbedingt bestehen, es ist das nothwendig im Interesse der Klärung der Sache. Nehmen Sie meine Resolution in ihrer jetzigen Fassung an, die ein für allemal die nöthige Direktive giebt und deutlich genug ist; Fälle z. B. wie der Fall Ziethen werden davon nicht betroffen.

Knappe-Stettin: Ich beantrage: Der Parteitag beschließt, unter der Rubrik „Neuer Kurs" sind nur Verurtheilungen aus der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zu verzeichnen." Das erreicht dieselbe Absicht, wie Ledebours Resolution; die Tafel wird dann nicht zu umfangreich und dem Sinn ihrer Einführung, zu zeigen, daß auch nach dem Falle des Sozialistengesetzes gegen die Arbeiterschaft in rigoroser Weise vorgegangen wird, wird entsprochen. Es muß doch einmal ausgesprochen werden: noch weit mehr als solche Leute, die, wenn sie auch durch harte Gerichtsurtheile betroffen werden, nicht immer gerade für die Interessen unserer Partei thätig gewesen sind, verdienen die als Märthyrer bezeichnet zu werden, die im Dienste der Partei von Werkstatt zu Werkstatt getrieben werden, wirthschaftlich ruinirt dastehen und trotzdem ihr ganzes Sein der proletarischen Bewegung widmen.

Der Antrag Knappes wird nicht ausreichend unterstützt. Die Diskussion zum Vorstandsbericht im allgemeinen schließt hiermit, zum Kassen- und Presse-Bericht wird das Wort nicht verlangt.

Das Schlußwort erhält

Auer: Sie werden es mir wohl nicht übel nehmen, wenn ich auf den Löbtauer Fall nicht mehr eingehe. Wenn ich noch einen Wunsch aussprechen darf, so geht er dahin, sämmtliche vorliegenden Anträge abzulehnen und dem zukünftigen Partei-Vorstande das Vertrauen entgegenzubringen, daß er aus der Debatte die nothwendigen Konsequenzen zieht. Der Wunsch des Genossen Beyer, in Zukunft den Bericht der Parteileitung früher zu veröffentlichen, läßt sich nicht erfüllen, denn wir müßten sonst unsere Parteigeschäfte sehr viel früher abschließen als bisher. Ich glaube aber, daß sich da auch beim besten Willen keine Aenderung treffen läßt. Die Praxis hat gelehrt, daß wir das Parteijahr ultimo August abschließen müssen. Zwischen Abschluß und Veröffentlichung des Kassenberichts müssen mindestens 14 Tage liegen. Diesen Zeitraum haben wir auch heuer eingehalten, wir haben den Bericht so rasch als es nur möglich war, veröffentlicht. Ich spreche zum Schluß den Wunsch aus, daß die Parteigenossen selbst die Verwaltung der Partei dadurch unterstützen, daß sie unseren Aufforderungen bezüglich Anmeldung der Delegierten und der Einreichung von Anträgen u. s. w. rechtzeitig nachkommen. Es macht sich doch etwas sehr eigenthümlich, wenn im Organ von Halle die bittere Bemerkung erscheint: Na endlich werden die Anträge zum Parteitag veröffentlicht! — und eine Woche nach diesem Stoßseufzer kommt Halle mit seinem eigenen Antrag heraus. (Große Heiterkeit. Also befleißigen Sie sich einer etwas größeren Pünktlichkeit und Schnelligkeit in diesen Dingen, dann wird es mit Gottes Hilfe schon besser werden. (Heiterkeit.)

Das Schlußwort zum Kassen- und Kontroleurbericht wird nicht gewünscht. Dem Partei-Vorstand wird die beantragte Entlastung ertheilt.

Antrag 37 ist zurückgezogen; Antrag 39 ist abgeändert in den Antrag Ledebour (Nr. 55).

Die Anträge 55 und 57 werden **abgelehnt,** desgleichen der Antrag Thiele, Nr. 58.

Damit ist Punkt 2 und 3 der Tagesordnung erledigt.

Den **Bericht über die parlamentarische Thätigkeit** erstattet **Hoch.**

Hierzu gehören die Anträge 34—37, 54 und 59.

Hoch: In dem Ihnen vorliegenden gedruckten Bericht finden Sie ein vollständiges Bild von den parlamentarischen Kämpfen des letzten Jahres, alle unsere Anregungen und förmlichen Anträge sind mitgetheilt, durch die wir den Interessen der Arbeiterschaft am besten zu dienen glaubten. Bis auf die Frage der paritätischen Arbeitsnachweise sind wir nur der bisher uns vorgeschriebenen Taktik gefolgt, aber auch in dieser Frage ist unsere Taktik nachträglich von den Parteigenossen gebilligt worden. Betrachten Sie die Thätigkeit der Fraktion im ganzen, so werden Sie finden, daß wir uns zwei Strömungen in den Kreisen unserer Gegner gegenüber befinden. Die sozialen Mißstände zwingen mehr und mehr die herrschende Klasse, von unseren Forderungen ein kleines Stückchen nach dem anderen als berechtigt anzuerkennen und die sozialpolitische Gesetzgebung in diesem Sinne auszuflicken; so kamen die von uns als Verbesserungen, wenn auch nur als schwächliche und unzureichende Verbesserungen anzuerkennenden Vorschläge der Regierungen, wie solche in der Novelle zur Gewerbe-Ordnung und zur Invalidenversicherung enthalten sind. Daher auch die verschiedenen dementsprechenden sozialpolitischen Anträge der bürgerlichen Parteien. Zugleich jedoch wird die sehr kleine, aber einflußreiche Clique der Junker und Großkapitalisten aus Furcht vor der Sozialdemokratie immer wieder zu dem Versuche getrieben, die Arbeiterbewegung mit Gewalt zu vernichten. Mit diesen beiden Richtungen mußten wir rechnen. Wir traten einmal für einen weiteren Ausbau der

Arbeiterschutzgesetze ein, um die Arbeiter vor der Verelendung zu bewahren oder sie aus der Verelendung zu reißen und sie dadurch um so widerstandsfähiger zu machen. Die Gefahr einer solchen Taktik, daß wir diese Erfolge nicht allein unserer eigenen Kraft, sondern zu einem gewissen Theil auch dem „Wohlwollen“ unserer Gegner zuschreiben, und daß wir deshalb unsere Pflicht, die Arbeiter immer besser zum Klassenkampf zu organisiren, vernachlässigen: diese Gefahr, der namentlich die Theoretiker erliegen können und zum Theil, meiner Ansicht nach, auch erlegen sind, wird in der Praxis durch die Scharfmacher hintangehalten, die fort und fort hetzen und so den Arbeitern die Nothwendigkeit des Zusammenschlusses aller Proletarier immer wieder vor Augen führen. In allen wichtigen Fragen konnte eine Verständigung in der Fraktion glatt hergestellt werden. Ihnen liegt jetzt ob, Ihr Urtheil abzugeben, ob Sie mit der Thätigkeit der Fraktion einverstanden sind.

Die Diskussion wird eröffnet.

Witte-München begründet den Antrag 34. Nicht nur die Dresdener Genossen haben unter dem Verhalten der Polizei zu leiden, sondern auch die Münchener. Diese Polizeipraxis ist keine neue. Schon 1890 hatten die Münchener bis zur höchsten Instanz den Kampf gegen die Polizei führen müssen, der Abschluß war eine bedingungsweise Verurtheilung. Die Frage der Flugblatt-Vertheilung ist wichtig genug, daß die Reichstags-Fraktion darauf dringt, die Verfassungsbestimmung, Reichsrecht geht vor Landesrecht oder gar Polizeiverordnungen, zur strengen Durchführung zu bringen.

Groth-Rostock befürwortet aus den mecklenburgischen Verhältnissen heraus gleichfalls diesen Antrag und spricht hierauf zu dem Antrag 59. So wunderbar wie es klingt, ist in Mecklenburg das Austragen von Zeitungen an die Abonnenten am Sonntag nicht möglich. Aus finanziellen Gründen ist in Mecklenburg der Kolporteur der einzige Postabonnent an seinem Orte und trägt die Blätter dann an seine Abonnenten aus; an die größeren Orte werden die Zeitungen packetweise per Post geschickt. Das vorjährige mecklenburgische „Sonntags-Sozialistengesetz“ läßt nun die Austragung der Zeitung an die Abonnenten am Sonntag lediglich am Druckort zu. An einzelnen Orten, in denen Privatpostanstalten bestehen, übertrug nun unser dortiger Kolporteur diesen das Austragen der Zeitung an deren Abonnenten; im Sonntagsgesetz ist nämlich das Austragen von Druckschriften nur der Reichspost und Privatpostanstalten freigestellt, und deshalb konnte hiergegen erlassene Strafbefehle nicht aufrecht erhalten werden. Da erhält vor wenigen Tagen der Verleger der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ von der Schweriner Ober-Postdirektion eine Aufforderung zur Zahlung von der Kleinigkeit von 2500 Mk. Strafe für angebliche „Portohinterziehung“ auf Grund des Post-Zeitungsgesetzes, da die Zeitungsnummern nicht „direkt“ durch expresse Boten an die Bezieher bestellt würden; denn die Bestellung müsse ein „einheitliche“ sein.

Wir können nun der prozessualischen Entscheidung in diesem Falle ruhig entgegensehen, da ein Reichsgerichtserkenntniß dem Verleger die Auswahl der durch die Post zugelassenen Bestellwege von Ort zu Ort ausdrücklich gestattet. Aber das Postzeitungs-Gesetz enthält keine Silbe darüber, in welcher Weise die Zeitungen innerhalb eines Ortes ausgetragen werden können. Für uns ist es aber von großem Werth, die Zeitung unseren Abonnenten durch eigene Kolporteure zuzustellen, um die Fühlung zu ihnen zu erhalten. . . .

Die Redezeit Groths ist abgelaufen. Redner erklärt, sich von Neuem zum Wort melden zu wollen.

Antrag 34 begründet

Fleißner-Dresden: Daß in Sachsen unsere Partei anders behandelt wird als die bürgerlichen Parteien, ist ja bekannt. Ich erinnere nur daran, mit welcher Virtuosität man es mit Hilfe des Groben-Unfugs-Paragraphen

fertig gebracht hat, unsere Flugblattvertheilung zu verbieten. Auch das Streikpostenstehen wird als grober Unfug angesehen, selbst mit Hilfe des dolus eventualis, indem man sagt, es ist zwar kein Mensch dadurch belästigt worden, aber es wäre doch möglich, daß sich Jemand belästigt fühlt. Während der Wahlbewegung 1898 hat man sogar durch eine Verkehrsordnung den § 43 der Gewerbe-Ordnung aufgehoben, und das höchste Gericht hat der Behörde recht gegeben. Wohin soll es führen, wenn die Behörden auf solche Weise bestehende Gesetze einfach aufheben? Dem gegenüber ist eine Besprechung solcher Fälle im Reichstage wohl angebracht. Natürlich werden sich die Gerichte nicht an die parlamentarischen Debatten kehren, aber es darf nicht der moralische Werth solcher Debatten außer acht gelassen werden. Was jetzt in Dresden geschieht, kann später in ganz Sachsen Brauch werden. Damit wird aber unsere ganze Wahlagitation unter Umständen lahmgelegt. Nehmen Sie deshalb unseren Antrag an.

Antrag 37 begründet

Tauscher-Stuttgart: Der Antrag der Göppinger Genossen, den ich zu vertreten habe, enthält Theile des Arbeiterschutzes, und ich bitte, ihn der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen. Der Punkt c, „Aufhebung des Impfzwanges", wird ja getheilte Gefühle hervorrufen. Ich weiß ja, daß unter unseren Genossen Gegner einer solchen Aufhebung vorhanden sind. Ich selber verwerfe den Impfzwang. Wenn wir die Lage des Arbeiters heben, wenn er besser wohnt und ißt und für seine Hautpflege sorgen kann, dann brauchen wir keine Furcht vor den Pocken zu haben und uns nicht Gift in den Leib spritzen. Wir nehmen ja auch durch Aufhebung des Impfzwanges den Anhängern des Impfens nicht das Recht, sich impfen zu lassen, sondern schaffen nur einen lästigen Zwang ab. Also kann auch Punkt c der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen werden.

Die übrigen Anträge werden nicht begründet. In der nächsten Diskussion erhält zunächst das Wort

Bebel: Ich will auf das Materielle der Anträge nicht weiter eingehen, namentlich nachdem sie von den Antragstellern schon im Wesentlichen begründet sind. Ich möchte nur beantragen, daß wir die hier gestellten Anträge, soweit sie nicht direkt abgelehnt wurden, der Fraktion zur Berücksichtigung überweisen, weil die Anträge in der hier beantragten Form nur in den seltensten Fällen im Reichstage eingebracht werden können. Ich bitte Sie aber, speziell den Antrag 36 abzulehnen. Die Antragsteller haben offenbar übersehen, daß die Session des Reichstages nicht geschlossen, sondern nur vertagt ist. Wir haben aber in dieser Session bereits einen Antrag auf obligatorische Einführung der Gewerbegerichte gestellt. Der Antrag ist an die Kommission verwiesen, er ist dort berathen worden und wird demnächst wieder in Verbindung mit anderen ähnlichen Anträgen im Plenum zur Verhandlung kommen. Insofern also ist der Antrag 36 überflüssig. Aber auch in anderer Beziehung, denn ein Antrag auf Einführung des achtstündigen Normal-Arbeitstages befindet sich ja unter den positiven Anträgen, die gegenwärtig der Berathung unterliegen. Endlich bitte ich, auch den letzten Absatz des Antrags 36 abzulehnen, aus dem einfachen Grunde, weil wir einen solchen Antrag hier unmöglich annehmen können, bevor wir die Frage erörtert haben, ob es möglich ist, einen gesetzlichen Minimallohn einzuführen und wie das zu geschehen hätte. Denn das werden Sie doch einsehen, daß man nicht für Berlin und für Buxtehude einen Minimallohn in gleicher Höhe festsetzen kann. Auf der andern Seite kommt die Frage des Submissionswesens für uns doch erst in zweiter Linie in Betracht. Lehnen Sie also den Antrag 36 pure ab. Ferner beantrage ich den Absatz c des Antrags 37, den Impfzwang betreffend, abzulehnen. Sie bestätigen damit nur Ihren vorhin in Bezug auf Antrag 35 gefaßten Beschluß.

Sollen wir überhaupt Ihren Wünschen entsprechend im Reichstage vorgehen, so muß uns auch das nöthige Material zur Verfügung gestellt werden, denn nur auf Grund eines solchen Thatsachenmaterials können wir die Sachen mit Aussicht auf Erfolg im Reichstage zur Sprache bringen. Allerdings ist diese Aussicht sehr gering. Es ist ja schon darauf aufmerksam gemacht, wie man die reichsgesetzlichen Bestimmungen einfach dadurch umgeht, daß man Landesgesetze und landesgesetzliche Polizeiverordnungen einführt, die die Reichsgesetze außer Wirksamkeit setzen. Nun entsteht eine schwere Kompetenzfrage. Nach den Landesgesetzen hat die Polizei das Recht, überall Verkehrsordnungen zu erlassen; da kann das Reich nicht hineinreden. Auf der anderen Seite gehen diese Verordnungen oft so weit, daß dadurch bestehende Reichsgesetze außer Kraft gesetzt werden. Bedenken Sie, daß man jetzt mit Hilfe der Landesgesetzgebung darauf ausgeht, ein Gebiet der Reichsgesetzgebung nach dem anderen, das den herrschenden Klassen unbequem ist, lahm zu legen. Freiheiten, die die Reichsgesetzgebung gewährt hat, werden dadurch illusorisch gemacht. Wir werden ja selbstverständlich, sobald uns das nöthige Material vorliegt, in entsprechender Weise im Reichstage vorgehen. Wie das zu geschehen hat, ob auf dem Wege einer Interpellation oder auf dem einer Gesetzesvorlage, darüber bin ich mir noch nicht klar, aber geschehen muß etwas. Allerdings haben wir bei dieser streng partikularistischen Strömung, die namentlich vom Zentrum kultivirt wird, wenig Aussicht, etwas zu erreichen. Trotzdem werden wir, was wir für nothwendig halten, fordern, und so wird auch die Fraktion, wenn Sie meinen Antrag annehmen, ihr möglichstes thun, um zu einem praktischen Resultat zu gelangen. (Beifall.)

Adler-Harburg unterstützt den Antrag 59. In Hannover besitzen wir aus der schönen guten alten hannoverschen Zeit noch eine Reihe guter Gesetze, zu denen die Sabbathordnung von 1861 gehört; auch hier ist es wegen Flugblattvertheilung am Sonntag zu einer Verurtheilung bis zur höchsten Instanz gekommen. Bei uns oben in Buxtehude (Heiterkeit), Lüneburg, Bardowiek hat das Landgericht freigesprochen, aber nur deshalb, weil die Flugblattverbreitung in diesen Fällen keine äußerlich sichtbare Arbeit war (Heiterkeit). Aber jetzt steht uns eine neue Sabbathordnung bevor, die diesen Freisprechungsgrund beseitigt. Diese Knüppel, die man uns zwischen die Beine schmeißen will, muß das Reichsgesetz vorher kaput schlagen. Der Punkt d des Antrags 37 erübrigt sich, da das neue Bürgerliche Gesetzbuch Aufrechnungen gegen den Lohn von Arbeitern mit unter 1500 M. Jahreslohn unter Strafe stellt. Antrag 37 Absatz d sei unnöthig, weil der § 119a der Gewerbeordnung mit seinen Aufrechnungs-Bestimmungen durch das Bürgerliche Gesetzbuch ausgeschaltet wird.

Fendrich-Karlsruhe: Wenn es im Unglück ein Trost ist, Genossen zu haben, so kann ich dem Genossen Groth Trost bringen. Wir haben die ganze Postgeschichte auch erlebt. Um Ihnen zu zeigen, wie fein die Fußangeln des Postgesetzes sind, will ich Ihnen einen Fall erzählen, der Ihnen zeigen soll, wie nothwendig die Annahme des Antrags 59 ist. Wir haben vor Jahren schon, als der „Volksfreund" noch nicht Partei-Unternehmen war, eine Strafe von 4—5000 M. wegen Verletzung des Postgesetzes zahlen müssen und zwar hat das Reichsgericht die Strafe bestätigt. Das ist wohl ein Wermuthstropfen für Genossen Groth, der auf das Reichsgericht rechnet. Nach unseren Erfahrungen ist es nicht geneigt, milde zu verfahren. Nun haben wir uns ganz genau nach den Bestimmungen des Postgesetzes gerichtet. Wir schicken nach Durlach per Expreßgut den „Volksfreund". Dort trägt ihn ein eigener expresser „Bote", eine einfache Frau, aus. Diese Frau ist jetzt in eine Strafe von 1500 M. wegen Hinterziehens des Postportos genommen worden. Was war geschehen? Ohne daß wir es wußten, trägt die Frau auch 2, 3 Dutzend

der „Schwäb. Tagwacht" aus. Ein expresser Bote aber darf nach den Bestimmungen des Postgesetzes nur eine Zeitung austragen. Das wußte die Frau nicht und der Vertreter des Staatsanwalts erkannte selbst an, daß der Fall sehr milde liege und beantragte eine sehr geringe Strafe. Das Gericht aber erkannte auf die genannte harte Strafe. Offenbar liegt hier ein System vor, das nicht nur in Mecklenburg, sondern auch in Süddeutschland gehandhabt wird, das System, in die Schlingen des Postgesetzes möglichst die Verbreiter und Verleger der Partei-Organe fallen zu lassen. Ich bitte Sie deshalb um Annahme des Antrages 59.

Eichhorn-Dresden: Entgegen dem Wunsche Bebels ersuche ich um Annahme des Antrages 34, und ihn nicht nur der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Zustände in Sachsen sind geradezu skandalös. Die Rednertribüne des sächsischen Landtags haben wir bald nicht mehr, außerdem nützt sie uns nicht. Die Korrektur muß von außen kommen. Wir haben Prozesse wegen der Wahlpflugblatt-Verbreitung geführt, die uns 1200—1500 M. in einem einzigen Wahlkreis gekostet haben. Bei Gelegenheit von Wahlprotesten ließe sich wohl ein Exempel durch Kassirung der Wahl statuiren. Die Wahlkassirung von Pirna hat ganz ausgezeichnet gewirkt. An Stelle der früheren Wahlmaßregeln hat jetzt eine für sächsische Verhältnisse ganz erstaunliche Toleranz geherrscht. Nebenher muß auch auf dem Gebiete des Groben-Unfug-Paragraphen Remedur geschafft werden. Was man bei uns in Sachsen als groben Unfug betrachtet, geht wirklich auf keine Kuhhaut. (Heiterkeit.) So wurde jemand wegen groben Unfugs bestraft, weil er bei einem Leichenbegängniß keinen Cylinderhut trug (Heiterkeit), ein anderer deshalb, weil er wegen schlimmer Füße „Bambuschen", grüne Filzschuhe, trug. (Heiterkeit.) Dabei wird in der Begründung dieser Urtheile in der ungeniertesten Weise ausgesprochen, daß die Verurtheilung deshalb erfolgt sei, weil es sich um einen Sozialdemokraten handelt. Material soll die Fraktion von uns soviel haben, daß sie darin ersäuft. (Heiterkeit.)

Winter-Beuthen: Entsprechend dem Antrage Bebels beantrage ich eine Zusammenfassung der Anträge 34 und 54 zu folgendem Beschlusse: „Die Fraktion soll im Reichstag die landesgesetzlichen und polizeibehördlichen und der Reichsgesetzgebung widersprechenden Beschränkungen der Zeitungsverbreitung und Flugblattvertheilung am Sonntag zur Sprache bringen. Auch aus Oberschlesien läßt sich eine große Masse Material hierfür herbeischaffen. Nun kommt ja hierbei in der That die Landesgesetzgebung in Betracht. Aber die Fraktion hat es bisher ja immer verstanden, was sie für nöthig hielt, an der richtigen Stelle zur Sprache zu bringen.

Groth vervollständigt die Begründung seines Antrages. Den Antrag betreffend den Zeitungsvertrieb bittet er, in der ursprünglichen Fassung anzunehmen. Die Berathung des Postzeitungs-Gesetzes bietet eine vorzügliche Handhabe, hier speziell einzugreifen. Die anderen Parteien haben zum Theil dasselbe Interesse wie wir an dieser Frage, wenn das mecklenburgische Sonntagsgesetz auch nur gegen Sozialdemokraten angewandt wird. Die Mecklenburger haben die Sammlung von Material bereits eingeleitet.

Ledebour: Wir alle sind sammt und sonders damit einverstanden, daß die sächsische Praxis in Bezug auf die Flugblatt-Vertheilung bekämpft werden muß. Entgegen Bebel ersuche ich Sie dringend, die Anträge anzunehmen, anstatt sie nur als schätzenswerthes Material der Fraktion zu überweisen. Gebunden wird diese in keiner Weise, spezielle Vorschriften machen wir ihr in keiner Weise bezüglich des Weges, auf dem sie die Angelegenheit im Reichstag zur Sprache bringen will.

Leber-Jena bringt die sachsen-weimarischen Verhältnisse zur Sprache. Dort übertrifft der neueste Kurs sogar die sächsische Praxis, denn einfach alles

wird verboten. Seit der Aera v. Wurmb ist das, was früher nur im Neustädter Bezirk Mode war, in der allerschroffsten Weise auf das ganze Großherzogthum übertragen worden. Eine Versammlung in Wenigenjena wurde verboten, weil der Referent und Korreferent wegen ihrer aufreizenden Rede hinlänglich bekannt seien, so daß die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört werden würde; überall bis auf wenige kleine Ortschaften kamen Verbote mit derselben merkwürdigen Begründung. Beschwerden wurden hernach abgewiesen, trotzdem kein einziger Fall nachgewiesen werden konnte, in dem die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört worden wäre. Ich habe an die Verwaltungsdirektion geschrieben, die Arbeiter von Jena seien dazu viel zu geschult und vernünftig; aber dann kamen Antworten wie folgende: von einer Einwirkung auf die Gemeindevorstände könne um so weniger die Rede sein, als diese den einzelnen Fall besonders erwägen und nur nach pflichtmäßigem Ermessen vorgehen. Uebrigens erscheine es durchaus nicht ausgeschlossen, daß Themata, wie das in Frage stehende, aufreizend wirken und so die öffentliche Ordnung gefährden könnten. In Sachsen-Weimar kann eben jeder Dorfbürgermeister unbeschränkt durch ein Vereinsgesetz nach Belieben eine Versammlung verbieten — ein schlagendes Beispiel für die Nothwendigkeit eines Reichs-Vereinsgesetzes.

Baudert-Apolda: In unserem „Raubstaate", wie einmal ein konservativer Führer die kleinen thüringischen Länder genannt hat, ist uns das verfassungsmäßig gewährleistete Vereins- und Versammlungsrecht durch einen einfachen Federstrich, durch eine Verfügung des Ministeriums genommen worden. Schon vor vier Jahren hat der Minister erklärt, daß zwar ein absolutes Versammlungsverbot nicht besteht, daß aber alle Behörden streng angewiesen sind, für die Sicherheit Sorge zu tragen. Nun sind in der letzten Zeit alle unsere Versammlungen mit dem Hinweis auf die aufreizende Sprechweise des Redners verboten worden. Zu wundern brauchen wir uns darüber nicht, wenn wir bedenken, daß der Großherzog, als ihm der Ausfall der Wahlen mitgetheilt wurde, gesagt haben soll: Das habe ich und mein Haus nicht verdient. Es ist Gefahr vorhanden, daß das System auch in den übrigen „Raubstaaten" nachgeahmt wird. Um so mehr ist es unsere Pflicht, im Reichstage die Sache zur Sprache zu bringen. Nehmen Sie deshalb den betreffenden Antrag an und liefern Sie der Fraktion Material!

Hiermit schließt die Debatte.

Das Schlußwort erhält

Hoch: Die Reichstags-Kommission, die die Novelle zur Gewerbe-Ordnung zu berathen hatte, hat ihre Arbeiten abgeschlossen. Der schriftliche Bericht liegt jetzt vor. Damit hat die Aktion vorläufig ihr Ende gefunden. Erst nach den Ferien wird der Reichstag in die zweite Berathung der Novelle eintreten. Diese Gelegenheit hätte die Gewerkschaftsbewegung benutzen sollen, um mit entsprechenden Anträgen an den Reichstag heranzutreten. Die Schneider, die Cigarrenarbeiter hätten ihre Wünsche in präziser Form vorlegen sollen. Eine treffliche Zusammenstellung ihrer Wünsche haben aber nur die Schreiber bei Rechtsanwälten geliefert.

Wie nöthig derartige Aktionen der Gewerkschaften waren, zeigen die Vorgänge des Bauarbeiterschutzes. Diese Arbeiter waren unermüdlich auf dem Posten, um Material zusammenzutragen. Und ihre Thätigkeit ist nicht ohne Erfolg geblieben. Wenn auch noch lange nicht Alles erreicht ist, so ist der Stein doch im Rollen. Es war bezeichnend, daß ein Genosse sagte: Material haben wir genug, die Fraktion soll sich nur melden. Eine ganze Reihe von Leuten, die verpflichtet wären, an uns heranzutreten, warten, bis sie gefragt werden.

Zu den Anträgen habe ich dem, was Bebel gesagt hat, nichts hinzuzufügen. Ich warne Sie dringend vor Annahme des Antrages 37 bezüglich

der Impffrage. Auf dem vorigen Parteitage haben zwei Aerzte, die doch als Fachleute die Sache am besten beurtheilen können, sich bekämpft. Diese Fragen wollen wir den Fachleuten überlassen. Diese absolute unfertige Sache, die mit unseren Parteiprinzipien gar nichts zu thun hat, können wir von parteiwegen nicht aufnehmen. Wenn Sie der Fraktion die Anträge zur Berücksichtigung überweisen, dann wandern sie nicht als schätzenswerthes Material, wie Ledebour meinte, in den Papierkorb. Aber die Form, in der wir eine Sache zur Sprache zu bringen haben, können wir nicht ohne weiteres bestimmen, wir sind an die parlamentarischen Formen gebunden; will Ledebour uns aber freie Hand lassen, dann ist es nur ein Streit um Worte. Aber die Anträge üben doch einen gewissen Zwang bezüglich der Form aus; es wird ausdrücklich eine Interpellation verlangt. Die Däneninterpellation mußte ohne Anwesenheit der Minister verhandelt werden. Es ist etwas ganz Anderes, wenn man die Herren vor sich hat, wenn man mit ihnen abrechnen will; wie stand bei der Löbtauer Verhandlung der Vertreter der sächsischen Regierung da! Also wenn Sie uns freie Hand lassen wollen, dann thun Sie es doch. Sie können der Fraktion in dieser Beziehung um so mehr Vertrauen schenken, als sie bereits in der letzten Session die Frage der Flugblattvertheilung in Sachsen angeschnitten hat, durch Genossen Gradnauer, früher auch durch Stolle. (Ledebour: Pirna ist etwas Neues!) Gewiß, es soll auch immer von Neuem angebohrt werden, aber haben Sie doch das Zutrauen, daß das geschieht.

Eine Maßregel vorzuschlagen, die mit dem Groben-Unfug-Paragraphen gründlich aufräumt, ist sehr schwer. Nach längeren Berathungen haben wir einen Antrag formulirt, wir haben sogar schon den Redner bestimmt. Also Sie sehen, wir wenden diesen Fragen schon von selbst unser Augenmerk zu, und darum ersuche ich Sie, alle Anträge, die Sie nicht verwerfen oder für überflüssig halten, der Reichstags-Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen.

Ueber die Thätigkeit der Fraktion in der verflossenen Session herrscht nur eine Meinung. Wir haben das nicht anders erwartet. Aber es ist doch werthvoll, daß es sich heute wieder gezeigt hat, wie einig, wie geschlossen die Gesammtpartei bezüglich der praktischen Arbeit dasteht. Von gegnerischer Seite ist betont worden, wenn in einer Partei so schwerwiegende theoretische Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind, kann es unmöglich ohne Einfluß auf das praktische Handels sein, da muß sich die Partei endlich spalten in eine, die mehr, und eine, die weniger Kompromisse macht. Da will ich denn zum Schluß feststellen, daß die Hoffnung der Gegner eine irrige ist, daß auch auf diesem Parteitage sich gezeigt hat, daß da, wo es gilt, praktisch zu handeln und zum Wohle der Arbeiterklasse einzutreten, wir einig und geschlossen dastehen. (Beifall.)

Es wird nunmehr zur Abstimmung geschritten.

Zunächst wird der Antrag Winter angenommen, womit die Anträge 34 und 54 ihre Erledigung gefunden haben. Antrag 36 wird abgelehnt. Vom Antrag 37 werden die Punkte a, b und d angenommen, Punkt c wird abgelehnt, der Zusatzantrag Baudert zu Nr. 37 wird angenommen, ebenso Antrag 59.

Damit ist Punkt IV der Tagesordnung erledigt.

Vors. Blume konstatirt im Namen des Bureaus, daß gegen die bisherige Thätigkeit der Parteileitung kein Einwand erhoben ist.

Auf Vorschlag des Bureaus wird Punkt V der Tagesordnung zurückgestellt und zünächst Punkt VIII **Maifeier**, berathen.

Berichterstatter **Pfannkuch**: Die Zeit des Parteitages brauche ich mit der Unterbreitung einer Resolution die Maifeier betreffend nur kurz in Anspruch zu nehmen. Anträge dazu liegen nicht vor. Die Partei ist mit der Art und Weise, wie die Maifeier seit dem Parteitag in Gotha gehalten worden ist, einverstanden. Die Resolution, die ich beantrage, lautet:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des internationalen Arbeiterkongresses zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weihefest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden. Als die würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen."

Die Arbeitsruhe am 1. Mai hat sich immer mehr eingelebt, sie wird immer mehr innegehalten werden, bis wir das Ziel, das wir mit der Manifestation der Maifeier erstreben, erreicht haben werden. (Beifall.)

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Liebknecht hält hierauf das Referat über den **nächsten internationalen Kongreß.** Die von ihm vorgeschlagene Resolution lautet:

„Der Parteitag beschließt, die deutschen Genossen zur Bekundung des internationalen Solidaritätsgefühls, zu möglichst zahlreicher Beschickung des internationalen Arbeiterkongresses aufzufordern, der im Herbst des nächsten Jahres (1900) zu Paris sich versammeln wird."

Liebknecht führt aus: Genossen und Genossinnen, Sie werden sich erinnern, daß auf dem letzten Internationalen Kongreß in London 1896 der Beschluß gefaßt wurde, daß nach drei Jahren, also 1899, die deutsche Sozialdemokratie, wenn irgend möglich, den Internationalen Kongreß in Deutschland organisiren möge. Wenn es aber nicht möglich sei, sollte sie an die französische dies Ehrenamt abgeben und der Kongreß 1900 in Paris stattfinden. Wie Sie wissen, sind wir in Deutschland infolge unserer politischen Verhältnisse nicht in der Lage gewesen, den ausländischen Gästen ein sicheres Asyl und die für einen internationalen Kongreß nothwendige Freiheit der Debatte zu gewährleisten. Wir waren also genöthigt, an die französischen Genossen das Ehrenamt der Organisation des nächsten Internationalen Arbeiterkongresses abzugeben. Die französischen Genossen haben es übernommen und im Mai d. Js. fand eine internationale Konferenz in Brüssel statt, zu der seitens der deutschen Sozialdemokratie Singer und ich, seitens der österreichischen Adler, der französischen Vaillant und Guesde u. A., seitens der Engländer Hyndman, seitens anderer Nationen andere delegirt waren. Die internationale Sozialdemokratie war dort ziemlich vollständig vertreten. Von französischer Seite wurde der Wunsch ausgesprochen, man möge zwei Kongresse abhalten; ein gewerkschaftlicher Kongreß sollte vollständig vom eigentlichen Kongreß getrennt sein. Wir erklärten, daß wir es nicht dulden könnten, daß die gewerkschaftliche Bewegung von der politischen losgelöst würde und daß die Einladung so zu erlassen sei, daß auch unsere Gewerkschaften sie besuchen könnten; und wir wurden darin unterstützt, namentlich von den Oesterreichern. Schließlich wurde auch seitens der französischen Delegirten unser Standpunkt getheilt.

Nun war in Frankreich der Horizont eine Zeit lang verdüstert. Infolge von inneren Verwicklungen, über die ich mich hier nicht auslassen kann, trat Millerand, ein Mitglied der sozialistischen Kammerfraktion, in das gegenwärtige Ministerium ein und dieses Ereigniß, das eine vollständige Veränderung der Taktik bedeutete, gab Anlaß zu einer Spaltung innerhalb der französischen Sozialdemokratie, einer Spaltung, die für den Augenblick wirklich von Dauer sein zu wollen schien. Das Comité d'Entente, das Verständigungs-Comitee, das seit Jahresfrist besteht und in dem zu gleichen Theilen Vertreter sämmtlicher französischer Parteifraktionen saßen, war infolge der Spaltung auch auseinandergesprengt und einen Augenblick schien es wirklich, als ob die

Abhaltung eines internationalen Kongresses in Paris unmöglich sein würde. Aber das Bedürfniß der gegenseitigen Annäherung ist in der Masse der französischen Genossen so groß, daß das Verständigungs-Comitee wieder zusammentrat und sich über die Vorschläge einigte, die in Brüssel für den internationalen Kongreß ausgearbeitet und nach Befragung der Genossen der verschiedenen Gruppen und Fraktionen ist man in Frankreich endgiltig zu dem Beschluß gelangt, die von uns vorgeschlagene Tagesordnung unverändert anzunehmen und es ist uns von allen Seiten versichert worden, daß dieser internationale Kongreß von den bis jetzt noch streitenden Parteien in gleicher Weise gefördert werden wird. Der Kongreß wird berufen werden auf den Herbst nächsten Jahres. Die Franzosen sind bis jetzt noch nicht in der Lage, den Zeitpunkt genau anzugeben, er wird rechtzeitig bekannt gemacht werden. Der Kongreß wird die Fortsetzung der alten internationalen Kongresse bilden, auf welchen alle Arbeiterorganisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfs stehen, vertreten sein können. Es ist bestimmt zu erwarten, daß die jetzt noch unter den französischen Genossen bestehenden Streitigkeiten bis dahin ausgeglichen sein werden. Der französische Einigungs-Kongreß wird vermuthlich noch in diesem November stattfinden. Aber selbst für den Fall, daß dieser Kongreß weiter hinausgeschoben wird, ist doch der Drang nach Einigung unter den französischen Genossen so groß, daß wir schlimmsten Falls mit vollkommener Sicherheit erwarten können, daß es auf dem internationalen Kongreß nicht zu Zänkereien oder stürmischen Debatten kommen wird, die der Sozialdemokratie nur zur Unehre gereichen und den Gegner Stoff zu Spott bieten.

Ich habe nicht nöthig, Ihnen die Resolution zur Annahme zu empfehlen. Die deutsche Sozialdemokratie steht ja in Bezug auf Bethätigung des Internationalismus ebenso als Muster da, wie in Bezug auf Disziplin und Organisation. Man hat uns in der gegnerischen Presse verhöhnt, weil wir jüngst für die ausgesperrten Dänen und vor zwei Jahren die englischen Maschinenbauer mehr Geld gegeben haben, als die übrigen Nationen. Und mehr als die ausländischen Genossen je uns. Wenn wir geben, so verlangen wir keine Gegengabe. Wir erfüllen nur unsere Pflicht und hoffen, daß die Genossen der übrigen Länder in der Bethätigung der Internationalität uns nacheifern werden. In der Bethätigung dieser Internationalität wird — dessen bin ich gewiß — die deutsche Sozialdemokratie den nächsten internationalen Kongreß so zahlreich beschicken, wie nur irgend möglich. Mehr brauche ich nicht zu sagen. Ich hoffe, daß die Resolution einstimmig angenommen wird. (Lebhafter Beifall.)

Ohne Debatte wird die Resolution einstimmig angenommen.

Lipinski-Leipzig erstattet den **Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission.**

Es sind 230 Mandate eingereicht worden, durch die 197 Delegierte auf den Parteitag entsandt worden sind. Kein Mandat ist beanstandet worden. Außer den Delegierten sind anwesend 25 Reichstags-Abgeordnete ohne Delegirtenmandat, 5 Mitglieder des Partei-Vorstandes, 6 Kontroleure, Bérard aus Hamburg für Verlag und Druckerei Auer u. Co., außerdem 7 auswärtige Gäste.

Dem Antrag der Mandatsprüfungs-Kommission entsprechend werden sämmtliche Mandate für gültig erklärt.

Genosse **Blume**, der während des zweiten Theils der Nachmittagssitzung den Vorsitz führte, verliest hierauf die eingegangenen Begrüßungsschreiben und schließt die Sitzung um 6 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 10. Oktober. — Vormittags-Sitzung.

$9^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Singer: Wir treten in die Tagesordnung ein. Zur Verhandlung steht Punkt 5 der Tagesordnung: **Die Angriffe auf die Grundanschauungen und die taktische Stellungnahme der Partei.** Ich schlage vor, in Rücksicht auf die Bedeutung des Gegenstandes den Punkt der Geschäftsordnung bezüglich der Beschränkung der Redezeit bei diesem einen Punkte außer Kraft zu setzen, ich nehme aber an, daß die Redner in dieser Debatte dann nur einmal das Wort nehmen. Sollte sich trotzdem für einzelne Redner die Nothwendigkeit herausstellen, zum zweiten Male das Wort zu nehmen, so gilt für sie dann die übliche Beschränkung auf die Redezeit von zehn Minuten.

Der Parteitag ist damit einverstanden.

Mit zur Verhandlung stehen die Anträge: 43, 44, 45, 46, 52 und endlich die Resolution Bebel (81).

Das Wort hat nunmehr der Berichterstatter

Bebel: Parteigenossen! Eine Debatte, wie diejenige, in die wir eben eintreten, ist für die Partei nichts Neues. Seit ihrem Bestehen hat sie fortgesetzt Diskussionen über Programm und Taktik gehabt, Diskussionen, die jedesmal bei den Gegnern die Hoffnung erweckten, jetzt trete die Spaltung bei uns ein. Daß wir solche Diskussionen gehabt haben und, wie ich schon jetzt erkläre, auch in Zukunft weiter haben werden, liegt an dem inneren Wesen unserer Partei.

Eine Partei, wie die unsere, die als ihr Ziel aufgestellt hat die Umwandlung der Gesellschaft in eine von Grund aus neue, sozialistische, kann dies Ziel nicht anders erreichen, als daß sie die Veränderungen des wirthschaftlichen Lebens genau verfolgt und an der Hand des Thatsachen-Materials, das ihm diese Veränderungen bieten, ihre eigenen Grundanschauungen über das Wesen dieser Gesellschaft kritisirt. Ich habe früher einmal den Ausdruck gebraucht: Wir befinden uns in einer beständigen geistigen Mauserung. Dieser Ausspruch ist nicht nur von unseren Gegnern, sondern zum Theil auch von unseren Freunden belacht worden; trotzdem ist er wahr und muß wahr sein, wenn wir nicht das ganze Wesen unserer Partei aufgeben wollen. Getreu unserer Aufgabe, fortgesetzt die wirthschaftlichen Erscheinungen zu beobachten, haben wir im Laufe der letzten drei Jahrzehnte drei Mal unser Programm in wichtigen Punkten geändert; ich erinnere an den Satz von dem ehernen Lohngesetz, dem Lassalle eine solche Bedeutung beimaß, daß er erklärte: Jeder, der sich Euch anschließen will, muß erklären, wie er zu dem ehernen Lohngesetz steht. Ich erinnere weiter an den Satz aus dem Gothaer Einigungsprogramm: Arbeit ist die Quelle alles Reichthums. Ich erinnere ferner an das Wort von der einen reaktionären Masse, ich erinnere endlich daran, daß wir in unseren verschiedenen Programmen noch aufgenommen hatten die Nothwendigkeit der Gründung von Produktiv-Assoziationen mit Staatshilfe, also Anklänge an das alte Lassalle'sche Programm. Auch diese Forderung ist heute preisgegeben.

Ich hätte daher geglaubt, daß angesichts aller dieser Thatsachen, die doch keinem von uns unbekannt sein können, es nicht nothwendig gewesen wäre, in den Erörterungen der Parteigenossen in der Presse und Versammlungen fortgesetzt daran zu erinnern, man solle keine Ketzerrichterei treiben. Ketzerrichterei setzt voraus, daß wir Dogmen haben. Wenn es aber eine Partei giebt, die keine Dogmen hat, dann ist es die sozialdemokratische, und wenn es Männer gab, die das Dogmenwesen entschieden bekämpften und uns aus den Köpfen gefegt haben, so sind es Marx und Engels gewesen. (Sehr wahr!) Diejenigen, die man heute von gewissen Seiten mit Vorliebe als Vertreter des Dogmenwesens

hinstellt. Bei uns giebt es also keine Dogmen und folglich keine Ketzerrichterei. Eine Partei, die nach ihrem Programm als eine der nächsten Forderungen an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung verlangt, daß man alle Beschränkungen der freien Meinungsäußerungen beseitigt, käme doch in ganz eigenthümlichen Widerspruch zu sich selbst, wenn sie das, was sie von der bestehenden Gesellschaft verlangt, ihren eigenen Genossen nicht gewähren wollte. (Sehr richtig!) Das Recht der freien Kritik ist ein Postulat, über das wir nicht zu streiten haben. Die Kritik mag uns unangenehm sein, Kritik ist immer unangenehm, denn weder die Menschen noch die Parteien wandeln ihre Ansichten von heute auf morgen. Da müssen erst eine ganze Reihe von Umständen eingetreten sein, ehe das Urtheil des Einzelnen und gar der großen Masse sich korrigirt. Die Freiheit der Kritik ist unser Lebensprinzip, ist die Luft, von der wir leben. Besonders unangenehm hat es mich berührt, daß man in Karlsruhe sogar eine Resolution annahm, der Parteitag solle nicht seine Würde preisgeben. Die Leute, die diese Resolution gefaßt haben, müssen entweder sehr junge Leute sein in der Parteibewegung, oder sie müssen sie nicht genügend verfolgt haben; denn sonst würden sie wissen, daß wir auf den Parteitagen, trotz der schärfsten Kämpfe, unsere Würde nie vergessen haben, zum Staunen und zum Theil zum Schrecken unserer Gegner. Freilich, der Karlsruher Delegirte, der diese Resolution hier vertreten sollte, erklärte sich auf dem Stuttgarter Parteitage, als man ihm Vorwürfe wegen seines Auftretens machte, für ein badisches Rauhbein. Wenn also die Karlsruher Genossen ihm mit der Resolution die Weisung auf den Weg geben wollten: diesmal sei kein Rauhbein, wahre deine Würde — dann habe ich gegen eine solche Resolution nichts einzuwenden. (Große Heiterkeit.)

Nun hat diesmal der Streit um das Programm eine ganz besondere Bedeutung bekommen wegen seines Umfanges und weil im Vordergrunde ein Mann steht, dem wir Alle großen Dank schuldig sind für die großen Leistungen, die er als Redakteur des „Sozialdemokrat" unter dem Sozialistengesetz für die Partei vollbrachte, wegen deren er ja noch heute geächtet ist, ein Mann, der bisher mit Recht in dem Rufe stand, einer der Marxistischen Theoretiker zu sein. Beiläufig sei bemerkt, es würde Niemand sich gegen den Ausdruck „Marxistische Theorien" mehr wenden als Karl Marx selbst, wenn er noch lebte. Bernstein hat nun in einer langen Reihe von Artikeln in der „Neuen Zeit" bereits seit geraumer Zeit seine gegen früher abweichenden theoretischen Auffassungen vertreten, die im Ganzen nicht sehr beachtet wurden, aber doch von verschiedenen Seiten sehr scharfe Angriffe erfuhren. Da er für den vorigen Parteitag eine Erörterung darüber erwartete, ersuchte er mich, eine Erklärung über seinen Standpunkt zu verlesen; ich kam dem nach. Es entspann sich darüber eine sehr lebhafte Diskussion in der Partei. Ich selbst habe in einem Briefe in der schroffsten Form ihm meine Ansichten über seine Wandlung ausgesprochen. Als ihm die Abfassung einer Broschüre nahegelegt wurde, erklärte ich es nicht für nöthig; als er sich aber darüber beschwerte, mißverstanden zu sein, schrieb ich ihm, dann bitte ich Dich, schreibe die Broschüre so klar und so deutlich und so präzis, daß Du nicht mißverstanden werden kannst, es sei denn, daß man Dich mißverstehen will. (Hört! hört!) In dieser Hinsicht hat mich nun die Schrift von Bernstein außerordentlich enttäuscht. Schon bei der ersten flüchtigen Lektüre gelangte ich zu der Ueberzeugung, daß er meine guten Rathschläge in Bezug auf Präzision und Klarheit in keiner Weise erfüllt hat. (Sehr richtig.) Wenn je etwas in der Parteiliteratur erschienen ist, das gegen alle Grundanschauungen der Partei sich wendet und sich dabei in der unsichersten und widerspruchvollsten Weise ausläßt, dann ist es diese Broschüre von Bernstein. Indessen, was er wollte, kommt doch schließlich darin zum Ausdruck.

Ein Wort über die Art, wie ich meine Aufgabe auffasse. Ein volles Jahr hat die Diskussion über Bernsteins Anschauungen gedauert, die vorläufig

in der bekannten Schrift von Kautsky eine Art Abschluß gefunden hat. Zahlreiche Versammlungen haben sich damit beschäftigt, zahllose Artikel sind darüber erschienen. Da ist es klar, daß ich Vieles zu erwähnen haben werde, das im Laufe der Diskussion schon erörtert worden ist. Hier etwas Neues zu sagen, ist fast ein Ding der Unmöglichkeit. Ich kann nur das Ganze zusammenfassen, die Gegengründe gegen Bernstein erörtern und so den Boden für eine Diskussion schaffen.

Bernsteins Ansicht ist, daß er eine Klärung und Weiterentwickelung der Lehren von Marx vornimmt und meint, „schließlich ist es Marx, der über Marx recht behält." Aber schließlich kommt er dazu, zu sagen, heute stehe es so, daß man aus Marx und Engels Alles beweisen könne. Wenn über einen Mann in wissenschaftlicher Stellung von einem seiner Kritiker gesagt wird, „Was Du da geschrieben hast, ist ein solches Maß von Unklarheiten und Widersprüchen, daß man aus dieser Schrift Alles beweisen kann" — so ist das die schärfste Verurtheilung, die man sich denken kann. (Sehr wahr!) In der Einleitung zu seinem Buche sagt Bernstein, er habe es nicht über sich gewinnen können, diejenige Form und diejenigen Argumente zu wählen, durch die seine Gedanken am schärfsten zum Ausdruck kommen. Ich habe diesen Ausspruch ganz besonders bedauert, denn alle Rücksichten auf Marx und Engels, die er vielleicht noch glaubte aus seinem früheren Freundschaftsverhältniß zu diesen Männern beobachten zu müssen, müssen zurücktreten, wenn man beginnt, eine neue theoretische Grundlage zu schaffen und zu beweisen, daß Das, was Jene bisher vertreten haben, unrichtig ist. Zugleich, fügt er hinzu, erhebe er nicht den Anspruch auf Originalität; das Meiste von dem, was er vorbringe, sei der Sache nach bereits von Anderen ausgeführt oder mindestens angedeutet. Darin stimme ich mit Bernstein überein. Seine Gedanken, seine Kritik, die von ihm vorgeschlagenen Wege, alles das ist von bürgerlicher und auch von sozialistischer Seite seit Jahrzehnten so oft ausgesprochen, daß seine Schrift nur eine Kombination aller dieser Gedanken bildet. (Sehr richtig!) Daher auch die große Freude und der Jubel der Gegner über Bernsteins Schrift. Ich nehme ihnen das nicht übel, denn wenn in einer großen, gefürchteten Partei, wie der sozialistischen, einer ihrer besten Köpfe das Wesentliche, was er bisher vertreten hat, in Frage stellt, und sich dabei zum Theil derselben Argumente bedient, wie die Gegner, so haben diese in der That allen Grund, ihren vollsten Beifall einem solchen Manne zu zollen. So herrscht denn von den Anarchisten an bis zu Hans Delbrück und Julius Wolff ein Jubel; so kam namentlich Brentano dazu, zu erklären, Bernstein habe in der glänzendsten Weise Alles bestätigt, was sie, die bürgerlichen Oekonomen gegen den Marxismus einwandten. Die Gegner haben umsomehr Ursache, sich zu freuen, als der Marxismus die eigentliche wissenschaftliche Begründung des Sozialismus ist und Bernstein in seiner Broschüre alle Grundlagen des Marxismus, die materialistische Geschichtsauffassung, die Dialektik, die Werththeorie, die sogenannte Verelendungs- und Zusammenbruchstheorie u. s. w. angreift. Daß er sich auch noch mit allerhand philosophischen Begriffen, wie dem Kausalitätsgesetz, dem Determinismus und Fatalismus und was weiß ich mit was sonst noch beschäftigt, ist ein besonderer Fehler. Davon verstehe ich nichts und die meisten von Ihnen wohl auch nicht (Heiterkeit), aber ich habe den Eindruck, als wenn er in der Diskussion hierüber dabei von seinen Gegnern übel zugerichtet wurde. Er hat sich da auf ein Gebiet begeben, auf dem er wohl nicht recht zu Hause ist. Weiter wirft er Marx und Engels Blanquismus vor, d. h. er wirft ihnen vor, daß sie die Theorie verfolgten, es käme Alles auf den geeigneten Moment an, eine Revolution ins Leben zu setzen, gewissermaßen die Gesellschaft zu überrumpeln, sich der politischen Macht zu bemächtigen, und wenn das geglückt sei, die neuen Theorien in Anwendung zu bringen. Nun

mag man über Marx und Engels denken wie man will, aber das Eine steht fest: Was Darwin für die Naturgeschichte, was Darwin feststellte in Bezug auf die Gesetze, die die Entwickelung der Lebewesen beherrschen, das hat Marx für die menschliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen geschaffen. (Sehr wahr!) Die Gesetze der gesellschaftlichen Entwickelung sind von ihm entdeckt worden. Das schließt aber aus, daß er von der Ansicht ausgehen konnte, es sei möglich, durch willkürliche Revolutionen irgend eine gesellschaftliche Entwickelungsphase überspringen zu können. Ich werde Ihnen das noch später mit Marx' eigenen Worten beweisen, aus der Vorrede zum ersten Band des „Kapital", also aus einer Stelle, die auch jeder oberflächliche Leser des „Kapital" kennen sollte. Wenn Bernstein weiter sagt, das Kapital sei nach einer im Voraus fertigen These entworfen worden, so steht das auch in dem allerschneidendsten Widerspruch mit dem, was Marx und Engels über ihre eigene Entwickelung niedergelegt haben.

Nun ist der Kongreß hier kein wissenschaftliches Konzil, deshalb können wir über die streng theoretischen Themata, die angegriffen wurden, wie die materialistische Geschichtsauffassung, die Dialektik, die Werththeorie unmöglich debattiren. Nach der materialistischen Geschichtsauffassung ist die ökonomische Struktur der Gesellschaft bezw. wie produzirt und das Produzirte ausgetauscht wird die bestimmende Grundlage für die staatlichen Einrichtungen und alle politischen und gesellschaftlichen Erscheinungen und das geistige Leben des Volkes. Es wäre also wohl das Schlagendste gewesen, wenn Bernstein bei seinen Angriffen gegen die materialistische Geschichtsauffassung für ein bestimmtes historisches Ereigniß den Nachweis lieferte, daß die Theorie der materialistischen Geschichtsauffassung falsch sei. Aber in seinem ganzen Buche finden Sie auch nicht den leisesten Schatten eines Versuches, Thatsachen dafür vorzubringen. Dagegen möchte ich Sie auf einen Aufsatz seines ihm theoretisch so nahe stehenden Freundes Franz Oppenheimer verweisen, der vor einigen Monaten in Heft 3 der Sozialwissenschaften von Julius Wolff erschien, der stark gegen Bernsteins Anschauung spricht.

Es ist das eine Uebersetzung der Schrift eines Mannes, der im Mormonenstaat lebte, und die schärfste Verwahrung dagegen einlegt, daß, wie man gemeiniglich annehmen darf, die Kirche das Wirthschaftssystem bestimmte, vielmehr das Wirthschaftssystem erst die Kirche schuf, der also, ohne eine Ahnung von der Marx'schen materialistischen Geschichtsauffassung zu besitzen, sie auf das Entschiedenste vertritt. Wenn aber Bernstein von dem Sumpfe der Hegeldialektik bei Marx spricht, von logischen Purzelbäumen, so heißt das nicht blos, daß Bernstein eine grundverschiedene Auffassung über die Dialektik hat von der, die Marx und Engels darüber haben, das nehme ich an — sondern auch, daß er einen Vorwurf erhebt, der, wenn er begründet wäre, Marx und Engels als recht unwissende und dumme Leute hinstellt, wobei ich hinzufüge, daß mir die scharfe Kritik beweist, die sie schon in den vierziger Jahren an der Hegelschen Dialektik übten, sie sich der Fehler derselben voll bewußt waren und sich ihre eigene Dialektik schufen.

Auch auf die Werththeorie einzugehen fällt mir nicht ein. Nur zur Charakteristik, wie er über eines der wichtigsten Kapitel der Marx'schen Lehre urtheilt, will ich anführen, daß die Ueberschrift des bezüglichen Kapitels in seiner Schrift lautet: „Etwas über die Bedeutung der Marx'schen Werththeorie!" Etwas über die Bedeutung von Schinken und Wurst! (Heiterkeit!) Auch hier wird in der schärfsten Weise kritisirt, aber nicht mit einem Worte gesagt, was an die Stelle gesetzt werden soll, und das ist doch das Erste, was man von einem Kritiker verlangen muß. Das geht doch nicht, daß man alle bisherigen theoretischen Grundanschauungen zerstört und ein Chaos bestehen läßt. (Sehr richtig.)

Ich komme nun zu den Punkten in den Darstellungen Bernsteins, die uns näher liegen, die eine abweisende Kritik der Anschauungen bedeutet, die in unserm Parteiprogramm niedergelegt sind und die, wenn seine Kritik berechtigt wäre, uns nöthigten, das Programm zu ändern. In seiner auf dem Stuttgarter Parteitag verlesenen Erklärung sagt Bernstein unter anderem: „Die Zuspitzung der gesellschaftlichen Verhältnisse hat sich nicht in der Weise vollzogen, wie sie das ‚Manifest' schildert. Es ist nicht nur nutzlos, es ist auch die größte Thorheit, sich dies zu verheimlichen. Die Zahl der Besitzenden ist nicht kleiner, sondern größer geworden. Die enorme Vermehrung des gesellschaftlichen Reichthums wird nicht von einer zusammenschrumpfenden Zahl von Kapitalmagnaten (das Wort zusammenschrumpfend kommt bei Marx nirgends vor), sondern von einer wachsenden Zahl von Kapitalisten aller Grade begleitet. Die Mittelschichten ändern ihren Charakter, aber sie verschwinden nicht aus der gesellschaftlichen Stufenleiter.

Die Konzentrirung der Produktion vollzieht sich in der Industrie auch heute noch nicht durchgängig mit gleicher Kraft und Geschwindigkeit. In einer großen Anzahl Produktionszweige rechtfertigt sie zwar alle Vorhersagungen der sozialistischen Kritik, in anderen Zweigen bleibt sie jedoch noch heute hinter ihnen zurück. Noch langsamer geht der Prozeß der Konzentration in der Landwirthschaft vor sich. Die Gewerbestatistik weist eine außerordentlich abgestufte Gliederung der Betriebe auf; keine Größenklasse macht Anstalt, aus ihr zu verschwinden.

Die Darstellung, die hier Bernstein Marx unterstellt, ist bei Marx nicht vorhanden. Es hieße Marx Kurzsichtigkeit schlimmster Art zutrauen, wäre die unterstellte Auffassung die seine. Im „Kapital", 1. Band, steht folgender Satz: „Das Wachsthum des gesellschaftlichen Kapitals vollzieht sich im Wachsthum vieler individueller Kapitale. Alle anderen Umstände als gleichbedeutend vorausgesetzt, wachsen die individuellen Kapitale und mit ihnen die Konzentration der Produktionsmittel, im Verhältniß, worin sie aliquote Theile des gesellschaftlichen Gesammtkapitals bilden. Zugleich reißen sich Ableger von den Originalkapitalien los und funktioniren als neue, selbstständige Kapitale. Eine große Rolle spielt dabei u. A. die Theilung des Vermögens in Kapitalistenfamilien. Mit der Akkumulation des Kapitals wächst dabei mehr oder minder die Anzahl der Kapitalisten." Und weiterhin: „Die Akkumulation und die sie begleitende Konzentration sind also nicht nur auf viele Punkte zersplittert, sondern das Wachsthum der funktionirenden Kapitale ist durchkreuzt durch die Bildung neuer und die Spaltung alter Kapitale. Stellt sich die Akkumulation daher einerseits dar als wachsende Konzentration der Produktionsmittel und des Kommandos über Arbeit, so andererseits als Repulsion (Abstoßung) vieler individueller Kapitale von einander." Bernstein muß diese Stelle, die eine große Tragweite hat, ganz übersehen haben; sie hätte ihm eine Menge Argumente aus der Hand geschlagen.

Bernstein sucht nun an der Hand der Statistik den Nachweis zu führen, daß die Anschauungen, die die Sozialdemokratie nach Marx in ihrem Programm über den Entwickelungsprozeß der kapitalistischen Gesellschaft ausspricht, viel zu optimistisch seien, daß dieser Prozeß viel langsamer vor sich gehe, so daß die Aussichten für die Verwirklichung des Sozialismus, wenn sie nur auf dieser fälschlich angenommenen Entwickelung beruhten, in unendliche Ferne rückten, ja überhaupt nicht sich realisirten. Oppenheimer nennt das Zahlenmaterial Bernsteins erdrückend. Es kommt aber bei solchen statistischen Beweisen doch offenbar nur auf deren Beweiskraft an. Die Gewerbezählung des Deutschen Reichs von 1895 sagt an sich sehr wenig, wenn ich ihr Ergebniß nicht mit früheren Zählungen vergleiche. Nun wohl, Bernstein macht diesen Fehler z. B. in Hinsicht auf die französische Statistik. Eine derartige Beweisführung schwebt in der Luft.

Es giebt aber schlüssige Beweise dafür, daß sich die ökonomische Entwickelung in viel rascherer Weise vollzieht, als es Bernstein ausführt. Deutschland ist ein Industriestaat geworden. Von 1882 bis 1895 ist die deutsche Bevölkerung um $14\frac{1}{2}$ pCt., um $6\frac{1}{2}$ Millionen Menschen gewachsen. In diesem Zeitraum hat die im Hauptberuf erwerbsmäßig thätige Landwirthschaft nur um 56 196 Köpfe, d. h. um nicht ganz $\frac{3}{4}$ pCt. zugenommen, dagegen Industrie und Gewerbe um 1 889 765 Köpfe oder $29\frac{1}{2}$ pCt., und Handel und Verkehr um 768 000, d. h. um 49 pCt. Noch ungünstiger wird die Statistik für die Landwirthschaft, wenn man die Angehörigen und Dienenden mitrechnet; da ergiebt sich eine Abnahme um 3,17 pCt., bei Industrie und Gewerbe dagegen eine Zunahme um 26 pCt., bei Handel und Verkehr um 31,7 pCt., also eine völlige Revolutionirung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung. Die Dampfmaschinen sind von 1880 bis 1895 von 106 800 mit 1 056 000 Pferdekräften auf 146 350 mit rund 3 999 000 Pferdekräften an Zahl gestiegen, d. h. während die Dampfmaschinen um 38 pCt. zunahmen, ist eine Vermehrung ihrer Pferdekräfte um 222 pCt. erfolgt, was wieder auf eine ganz kolossale Steigerung der Produktivität der Arbeit in den Betrieben, in denen motorische Kräfte Anwendung gefunden haben, schließen läßt.

Gewiß, die Zahl der kleinen und mittleren Betriebe ist eine ganz gewaltige, und das hat Bernstein zu der Anschauung gebracht, daß in absehbarer Zeit ein merkbares Verschwinden der Mittelschichten undenkbar ist. Die bloßen, oberflächlichen Zahlen geben ihm scheinbar Recht. Während es 1882 einschließlich der Hausindustriellen 2 270 000 selbstständige Betriebe gab, waren es 1895 nur 2 146 000, eine Verminderung um 5,4 pCt. Die Bevölkerung hat aber in diesem Zeitraum um $14\frac{1}{2}$ pCt. zugenommen; danach hätten es 1882 ungefähr 2 600 000 Betriebe sein müssen, so daß es sich relativ um eine Abnahme nicht um 5,4, sondern um 20 pCt. handelt.

Die Abnahme der Alleinbetriebe beträgt 188 000, d. i. 12,6 pCt.; auch hier ergiebt sich ein gewaltiger Ausfall, ein vollkommener Zusammenbruch der Betriebe. Diese Betriebe, in denen der Meister keinen Lehrling oder Gehülfen beschäftigt, bilden allein volle 61 pCt. aller Betriebe. Nun, Sie sind ja fast Alle Männer, die im praktischen Leben stehen und nun richte ich an Sie alle die Frage: Was für eine ökonomische Bedeutung haben in unserer Industrie diese 61 pCt. Meisterbetriebe? (Sehr gut!) Es sind alles ohne Ausnahme rein proletarische Existenzen, von denen der größte Theil schlechter steht als ein gut bezahlter Arbeiter. (Sehr wahr!) Diese Betriebe kommen ökonomisch gar nicht in Betracht, sie haben sogar das größte Interesse daran, daß es mit dieser Gesellschaft so bald wie möglich zu Ende geht. (Sehr richtig!)

Wie man mit diesen Zahlen, die wohl blenden, aber nichts bedeuten, zu Theorien kommen kann, wie sie Bernstein entwickelt, das ist wirklich für einen Mann, der doch kritisch zu denken versteht, unbegreiflich. Die Betriebe mit 2—5 Personen betrugen 1882 rund 679 000, 1895 681 000, sie sind um 0,2 pCt. gewachsen und haben also einen vollständigen Stillstand aufzuweisen. Eine große Zahl dieser kleineren Betriebe ist eben nur existenzfähig, weil sie die scheußlichste Lehrlingsausbeutung betreiben. (Sehr richtig!) Da sind einige Hunderttausend Hausindustrielle dabei, die mit Frauen und Kindern ihre Existenz aufrecht erhalten. Zählt man die Zahlen zusammen, so kommen wir zu dem erstaunlichen Resultat, daß diese Zwergbetriebe, deren Aufhören nur eine Frage der Zeit ist, volle 92,3 pCt. ausmachen. Die im Jahre 1895 vom Bundesrath veranstaltete Enquete über die Lage des Handwerkerstandes, die sich auf den dreißigsten Theil des deutschen Reiches erstreckte, ergab, daß auf 100 Gehülfen durchschnittlich 52 Lehrlinge kommen, also eine unverhältnißmäßig große Zahl von Lehrlingen, und dabei ist in einer ganzen Anzahl von Betrieben der Prozentsatz noch weit höher. Was nun die Betriebe mit 6 bis 10 Gehülfen

betrifft, so ist deren Zunahme erheblich, sie beträgt 58 pCt., die Zunahme des Personals 60 pCt. Die Betriebe von 11 bis 50 Personen haben sich um 72 pCt., ihr Arbeitspersonal um 77 pCt. gesteigert. Also je größer die Betriebe, um so höher der Prozentsatz, in dem sie steigen; ein kleiner Beweis für die mächtige Konzentrationstendenz, die in der Industrie vorhanden ist. In den Betrieben von 100 bis 200 Personen ist eine Vermehrung der Betriebe um 93 pCt., eine Vermehrung der Arbeiterzahl um 93,5 pCt. zu verzeichnen, und die allergrößten Betriebe haben sich um 75, ihr Personal um 82 pCt. vermehrt. Es kann also gar keinem Zweifel unterliegen, wie es mit der Entwickelungstendenz auf diesem Gebiete steht. Die Produktenmenge, die alle diese Kleinbetriebe repräsentiren, kommt kaum ernstlich in Betracht gegenüber den mittleren und großen Betrieben. Leider haben wir in Deutschland keine Produktionsstatistik, aber ich habe hier eine interessante Zahl, die sich auf die Vereinigten Staaten bezieht und die obendrein kapitalistisch betriebene Gewerbe umfaßt. Es handelt sich um 10 Haupt-Industriezweige der Vereinigten Staaten, von denen die unterste Klasse im Jahre weniger als für 40 000 Dollar, die mittlere zwischen 40 und 150 000 und die oberste für mehr als 150 000 Dollar produzirte. Die Zahl dieser Fabriken beträgt im ganzen 3696. Davon kamen auf die unterste Klasse 2042, also weit über die Hälfte, und diese 2042 Betriebe produziren nur 9,4 pCt. des Gesammtproduktes (hört! hört!), die 968 Fabriken der zweiten Klasse erzeugten 19,5 pCt., so daß insgesammt 3010 Fabriken 28,9 pCt. erzeugten, während die 686 großen Fabriken, 19 pCt. der gesammten Betriebe, nicht weniger als 71,1 pCt. der Waaren herstellten. (Hört! hört!) Stellen Sie sich einmal vor, was da wohl an Produktenwerth von dem Gesammtproduktenwerth herauskommen würde, wenn wir die ganze handwerksmäßige Produktion in Deutschland in Betracht zögen? (Sehr richtig!)

Dazu kommt, daß Tausende und Abertausende von Gewerbetreibenden als selbständig aufgeführt werden, die es garnicht sind, ganz abgesehen von der Hausindustrie. Ich erinnere da an die unendliche Zahl von Schlossern, Schreinern, Messerschmieden u. s. w., die sich selbständig nennen, aber Hausarbeiter für den Kaufmann oder Fabrikanten sind. (Sehr richtig!) Wir haben heute eine Menge Bäcker, die völlig vom Mehlhändler abhängen, wir haben zahlreiche Fleischermeister in großen Städten, die das ganze Jahr kein Stück Vieh mehr schlachten, sondern das Fleisch auf dem Viehhof kaufen und es höchstens noch zu Wurst verarbeiten. Fleischermeister nennen sie sich, aber schlachten thun sie nicht, gerade so gut wie viele sich Schlossermeister nennen, aber nie in ihrem Leben ein Schloß machen. (Sehr wahr!) Dazu kommt die eigentliche Methode in der Statistik, man führt Betriebe als selbständig auf, die es garnicht sind, sondern nur Zweigbetriebe darstellen. Das ist der große Unterschied zwischen Betriebsstatistik und Besitzstatistik. Hätten wir eine Besitzstatistik, Sie würden staunen, wie die Zahl der Betriebe zusammenschmilzt! (Sehr richtig!) Denken Sie nur an die Großgrundbesitzer! Die haben je nachdem Ziegeleien, Brauereien, Branntweinbrennereien, Sägemühlen, Kalkbrennereien, Zuckerfabriken u. s. w. Diese werden als selbständige Betriebe in der Statistik angeführt. Denken Sie ferner z. B. an die große Schultheiß'sche Aktiengesellschaft in Berlin, die eine Menge Brauereien besitzt, die alle als selbständige Betriebe gezählt werden, ohne es zu sein. Jede große Brauerei hat eine Böttcherei, die auch als selbständiger Betrieb gerechnet wird. Dazu kommt, daß heute vielfach nicht einmal mehr die Arbeiterzahl maßgebend ist, um zu sagen, ob es sich um einen Großbetrieb handelt, denn die Tendenz der Entwickelung geht dahin, die Arbeiterzahl zu vermindern. Wenn trotzdem die Arbeiterzahl beständig steigt, so liegt das daran, weil noch eine andere Tendenz in der kapitalistischen Gesellschaft vorhanden ist, die darauf hinausgeht, die Produktion beständig zu differenziren. Es kommen neue Betriebe

auf, wo die in dem einen Betriebe überflüssig gewordenen Arbeiter Unterkommen finden. Ich erinnere auch hier an eine Stelle aus dem „Kapital“, wo Marx einen Fabrikinspektor sagen läßt: „Was mich seit einiger Zeit frappirt hat, war die veränderte Erscheinung der Wollfabriken. Früher waren sie mit Frauen und Kindern gefüllt, jetzt scheint die Maschinerie das Werk zu thun. Auf Anfrage gab mir ein Fabrikant folgenden Aufschluß: „Unter dem alten System beschäftigte ich 63 Personen, nach Einführung verbesserter Maschinen reduzirte ich meine Hände auf 33 und jüngst in Folge neuer großer Veränderungen war ich im Stande, sie von 33 auf 13 zu reduziren.“ (Hört! hört!) Also eine kolossale Reduktion des Personals und dabei gleich bleibende Produktion! Wie in der deutschen Industrie die Konzentration, die Vermehrung der Arbeiter und Verminderung der Betriebe, Hand in Hand geht, beweist, daß von 1882 bis 1895 die Hüttenbetriebe und Eisendrahtziehereien sich um über 25 pCt. vermindert, die Arbeiter sich um 23 pCt. vermehrt haben, die Ziegeleien und Thonröhrenfabrikationen haben um 21,9 pCt. abgenommen, die Arbeiter um 57,7 pCt. zugenommen, die Kupferschmiede haben 8,0 pCt. Betriebe weniger, aber um 35,5 pCt. Arbeiter mehr. Aehnlich steht es in einer großen Reihe anderer Betriebe, es hat sich eine völlige Revolution in Industrie und Handwerk vollzogen. Charakteristisch ist es, daß Bernstein die Tendenz hat, nachzuweisen, wie langsam die Umwälzungen sich vollziehen. Es ist überhaupt wunderbar, wie ein Sozialdemokrat sich bemüht, uns beständig auseinanderzusetzen: Seid vorsichtig, es geht nicht so rasch, wie Ihr denkt. In anderen Parteien drängt man zum Sieg, uns aber soll alles Vertrauen, aller Muth genommen werden, uns ruft man zu: Immer langsam voran, damit die Krähwinkler Landwehr nachkommen kann. (Sehr gut!) Diese Anschauung zieht sich wie ein rother Faden durch das Bernsteinsche Buch. So kommt er zu den gewagtesten Behauptungen und sucht sogar nachzuweisen, daß es auch mit der Expropriation nichts sei. Er fragt: Wie wollt Ihr die großen Betriebe expropriiren? Nun gesetzt, wir ständen vor der Expropriation, glaubt Ihr denn, daß die Unmassen von Arbeitern in diesen Betrieben sich gegen die Expropriation sträuben? Die Zahl sämmtlicher Betriebe mit mehr als 20 Arbeitern beträgt in Deutschland nur 49000, nach Bernstein werden es Hunderttausende, und beweist uns nun daraus, wie schwer uns das Geschäft gemacht wird. Es ist charakteristisch für Bernstein, daß er uns gegenüber heute Anschauungen vertritt, die selbst von bürgerlichen Oekonomen nicht vertreten werden. In Bezug auf die Beurtheilung der Dinge sind die bürgerlichen Oekonomen radikaler als der sozialistische Theoriker Bernstein. In seinem Buch über die „Entstehung der Volkswirthschaft“, das im vorigen Jahre in zweiter Auflage erschienen ist und also schon die Gewerbezählung von 1895 berücksichtigt, führt der bekannte Professor Bücher in Leipzig als Ursachen für den Niedergang des Handwerks an: 1. Die Verdrängung des Handwerks durch gleichartige Fabrikproduktion. 2. Schmälerung seines Produktionsgebietes durch Fabrik oder Verlag. 3. Angliederung des Handwerks an die Großunternehmung. 4. Verarmung des Handwerks durch Bedarfsverschiebung. 5. Herabdrückung des Handwerks zur Heim- und Schwitzarbeit durch das Magazin. Und dabei bezieht sich Bücher auf die Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik. Die Quintessenz, die Bücher zieht, lautet dahin: Gewiß ist es nicht leicht zu nehmen, wenn jene breite Schicht selbständiger kleiner Leute, die den Kern der alten Städtebevölkerung bildete, verschwindet und an ihre Stelle eine zusammenhanglose Masse abhängiger tritt. Es ist ein Verlust für die Gesellschaft (natürlich für die bürgerliche), für den wir auf städtischem Boden zunächst keinen Ersatz finden. (Hört! hört!) Das ist das Urtheil eines bürgerlichen Oekonomen über die Entwickelung des Handwerks. Wenn so bereits bürgerliche Oekonomen sozialistische Theoretiker übertrumpfen, dann ist es mit uns weit gekommen. (Sehr richtig!) Ferner hat

Bücher sich veranlaßt gesehen, einmal die Lage der Handwerker in Leipzig, also einer reichen Stadt, zu untersuchen, wo das Handwerk durchaus nicht in schlechter Lage sich befindet. Er hat 17 Handwerker untersucht und kommt zu dem erschreckenden Resultat, daß von 5617 Handwerkern 3415, also 61 pCt., ein Einkommen von weniger als 1250 Mk. haben. (Hört, hört! Bewegung.) Das hat selbst mich im höchsten Maße überrascht. Und dem gegenüber bemüht sich Bernstein, uns nachzuweisen, daß es mit der Entwickelung so langsam geht. Am merkwürdigsten aber ist es, daß Bernstein noch vor kurzer Zeit genau dieselben Ansichten vertreten hat, wie ich heute. Daß Bernstein eine Wandlung durchgemacht hat, bestreitet er selbst ja am allerwenigsten, aber nehmen Sie es mir nicht übel: Wenn ein Mann von wissenschaftlicher Bedeutung auf Grund derselben Thatsachen in verhältnißmäßig kurzer Zeit zu einer gerade entgegengesetzten Ansicht kommt, dann steht mir einfach der Verstand still. (Sehr gut!) Die Wandlung Bernsteins datirt ja nicht von heute, auch der Stuttgarter Parteitag ist nicht der Tag von Damaskus für ihn, schon vor ihm schrieb er seine Artikel in der „Neuen Zeit": Probleme des Sozialismus. Aber noch im November 1896 schrieb er in der „Neuen Zeit" über die Ergebnisse der Gewerbezählung von 1895: „Berücksichtige man die bedeutende Verschiebung in der Arbeitsbetheiligung nach Betriebsgruppen, halte man dazu die Thatsache, daß die Produktivität der Arbeit in den Großbetrieben am stärksten gestiegen sei, dann müsse man erklären, daß schon heute $^2/_3$, wenn nicht $^3/_4$ der Produktion Deutschlands den kapitalistischen Großbetrieben angehöre." (Hört! hört!) „Die Thatsache wird durch 1000 Einzelheiten verdeckt" — die er inzwischen alle vergessen hat — „aber an ihrer Richtigkeit ist kein Zweifel möglich" — und ein Jahr danach hat er lauter Zweifel! Wie gesagt, ich vermag nicht die Gründe festzustellen, die den geradezu unbegreiflichen Meinungswechsel über eine der wichtigsten Erscheinungen in so kurzer Zeit bei ihm hervorgerufen hat. Ein nationalliberales Blatt, wie die „Ulmer Zeitung", ein konservativ-agrarisches, wie die „Kreuzzeitung", machen dieselben Feststellungen über die Konzentration der Betriebe und das Verschwinden des Mittelstandes — traurig, daß man das einem Sozialdemokraten entgegenhalten muß.

Ich komme nun zu Handel und Verkehr. Da finden wir umgekehrt als in der Industrie eine Zunahme der Betriebe. Die Selbständigen haben sich von 1882 bis 1895 um 20 pCt. vermehrt, die Angestellten in dieser Zeit um 85 pCt., die Arbeiter um 71 pCt. Ich nenne runde Zahlen. Aber wie ist die Struktur dieser Gebiete! 1882 kamen auf 100 Erwerbsthätige 47,67 Selbständige, 1895 nur 36, also eine erhebliche Abnahme der Selbständigen trotz absoluter Vermehrung. Die Angestellten stiegen von 9 auf 11,20 pCt., die Arbeiter von 46,3 auf 52,8 pCt. Also auch in Handel und Verkehr eine bedeutende Konzentration der Betriebe trotz der Zunahme der kleinen Existenzen. Aber was gilt in dieser Statistik Alles als selbständige Existenzen: rund 35 300 Hausirer, 36 500 Vermittler, Agenten, Kommissionäre, 10 700 Dienstmänner, dann die Boten, Botenfrauen, Grünkramhändler, jeder Droschkenkutscher, der ein Pferd hat. Der Waarenhandel hat rund 529 000 Betriebe, aber auch hier ist die Zahl der Mittel- und Großbetriebe ganz erheblich gestiegen. Immerhin beträgt die Zahl der Alleinbetriebe 270 600, rund 51 pCt., relativ bedeutend weniger als in der Industrie. Nun kommt aber ein anderes Moment in Betracht, nicht gerade ein erfreuliches in der Entwickelung: die große Rolle, die die Frauen in dieser Entwickelung spielen, nicht allein als Arbeiterinnen, sondern als selbständige; gewaltig ist insbesondere die Zahl der verheiratheten Frauen gestiegen. Die Zahl der selbständig erwerbsthätigen Frauen ist um $34^1/_2$ pCt. gewachsen gegenüber dem Durchschnitt der Unternehmer von nur rund 20 pCt., die als Angestellte thätigen Frauen stiegen um 172 pCt., das sind die Buchhalterinnen, Kontoristinnen u. s. w., gegenüber dem Durchschnitt von

85 pCt., die Zahl der Arbeiterinnen um 152 pCt. gegenüber dem Durchschnitt von nur 71 pCt. Unter 270 600 Kleinbetrieben im Waarenhandel waren nicht weniger als 93 000 Frauen, $34^1/_2$ pCt. Sehen wir auch hier zu, was diese Zahlen in Wirklichkeit bedeuten. Alle die Wirthschaften, in denen Pächter derselben Brauerei sitzen, alle die Bierhallen, z. B. desselben Aschinger in Berlin, alle die Zigarrenläden z. B. derselben Firma Löser & Wolff, alle die Läden landwirthschaftlicher Genossenschaften, die wieder Tausende von Konsumvereinsfilialen — sie alle marschiren in der Statistik als selbständige Betriebe. Also die Zahlen täuschen, man muß die Dinge auch in ihrem Wesen untersuchen. Und da muß ich doch Bernstein, der uns zu beweisen versucht, wie wir uns in Bezug auf die Entwickelung täuschen, auf die kürzlichen Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Breslau hinweisen. Dort erklärte Professor Sombart — und dieser eine Sombartsche Satz wirft alle entgegenstehenden Bernsteinschen Sätze um: „Endlich müsse er dem Schlagwort, der Mittelstand müsse erhalten werden, entgegentreten. Man möge es unsittlich nennen, er müsse es aussprechen, es sei unsinnig, eine Klasse, die dem Untergang geweiht sei, künstlich erhalten zu wollen. In früherer Zeit verstand man unter Mittelstand die Bourgeoisie, eine aufsteigende Klasse; eine absteigende Klasse künstlich erhalten zu wollen, heißt die Kulturentwickelung aufhalten." (Hört, hört!) Das sagt ein Mann, der kein Sozialdemokrat ist. Noch etwas: Wenn etwas beweist, daß Alles, was Bernstein ausgeführt hat, vor der Praxis des Lebens nicht bestehen kann, dann ist es die Thatsache, daß wir seit Jahrzehnten in Deutschland eine Mittelstands-, eine Handwerker-, eine antisemitische Bewegung haben. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müßten uns ja selber ins Gesicht schlagen, wenn wir sagen wollten, das haben die Agitatoren gemacht! (Sehr richtig!) Nein, es ist die soziale Entwickelung, der ökonomische Zersetzungsprozeß, der diesen Schichten zur Erkenntniß kommt und sie, da sie noch nicht soweit sind, um Sozialdemokraten zu werden, in diese reaktionäre Bewegung treibt. Denn für diese untergehenden Mittelschichten liegt das Ideal in der Vergangenheit, deshalb schauen sie zurück! (Sehr wahr!)

Im Uebrigen aber dringt durch alle diese seltsamen Ausführungen Bernsteins doch manchmal auch eine Erleuchtung. In einem Artikel vom 10. September d. J. in der „Züricher Post", datirt London, 7. September, dessen Verfasser Bernstein sehr nahe steht (Heiterkeit), heißt es, nachdem der Verfasser auf die Zusammenziehung der Kräfte des Unternehmerthums durch die Trusts hingewiesen hatte: „Ebenso wird der Handel, selbst wo er in Waarenhäusern und Genossenschaftsläden konzentrirt ist, dem kollektivistischen Prinzip unterworfen. Ein großer Prozentsatz der Bierwirthschaften sind „Hörige" der großen Brauereien; in ähnlichem Verhältniß stehen viele kleine Bäckereien zu den großen Dampfmühlen und Mehlimporthäusern. Die Gewürzwaaren- und Droguengeschäfte schützen sich durch lokale und nationale Preisverbände vor dem Ruin durch gegenseitiges Unterbieten, aber der Handel in Patentartikeln, die unter gesetzlich geschützter Marke schon verpackt verkauft werden, greift immer mehr um sich und macht den Gewürzwaarenhändler aus einem kundigen Fachmann immer mehr zu einem bloßen Kommis. In London werden fünf Achtel der zur See eingeführten Kohlen von einem großen Syndikat vertrieben, dessen Kapital 70 Millionen Franken beträgt, und zu einem ähnlichen Syndikat für die per Eisenbahn eingeführten Kohlen ist bereits der Grund gelegt." Er verweist weiter auf die Syndikate, Verbände, Ringe — Verschmelzung auf allen Gebieten. Ja, wenn diese Stelle in dem Bernsteinschen Buch gestanden hätte, dann hätte er sich mindestens 20 Seiten seiner Ausführungen ersparen können und meine Polemik würde sehr viel kürzer sein können. Und wenn er sich aus dem 1895er Jahresbericht der

Firma Alexander Jahn in Hamburg informirt hätte, deren Inhaber Karl May ist, der bei dem Bernsteinschen Buche, wie mir scheint, etwas Geburtshülfsdienste geleistet hat, so würde er finden, daß dieser in Bezug auf die Entwickelung des Handels doch andere Ansichten hat, als er, Bernstein.

Nun zum Kapitel: Landwirthschaft und Agrarfrage. Kautsky hat ein Buch darüber geschrieben. In der Vorrede sagt er: „Kein Zweifel, und das wollen wir von vornherein als erwiesen annehmen, die Landwirthschaft entwickelt sich nicht nach derselben Schablone wie die Industrie; sie folgt ihren eigenen Gesetzen." Diesem Satze schließe ich mich vollkommen an. Im Weiteren sucht Kautsky nachzuweisen, daß auch die kapitalistische Entwickelung in der Landwirthschaft mehr und mehr an Ausdehnung gewinnt und die Klein- und Mittelbetriebe zu Boden schlägt. Marx' Anschauungen über die Konzentration des Grundbesitzes reichen bis in die Mitte der 70er Jahre. Kein Zweifel, daß diese Anschauung der damals vorhandenen Tendenz in der Landwirthschaft entsprach. Heute noch scheint mir diese Ansicht für Frankreich richtig zu sein; ich verweise hierbei auf die statistischen Angaben im 112. Bande der deutschen Reichsstatistik. In Preußen verminderte sich (ausgenommen die Regierungsbezirke Stralsund, Brandenburg, Schlesien und Westfalen) der spannfähige bäuerliche Besitz in den ersten 6 Jahrzehnten um 9873 Höfe mit 1 761 641 Morgen. Nach Neumann verloren die Provinzen Ost- und Westpreußen von 1825 bis 1859 12—13 000 nicht spannfähige Büdnerstellen. Seitdem aber hat die Entwickelung ein anderes Gesicht erhalten. Welches sind die Ursachen dieses Umschlags? In erster Linie ist die überseeische Lebensmittelkonkurrenz zu nennen, die 1878 bei uns zur Schutzzöllnerei führte, während unsere Agrarier vorher Freihändler waren. Ein zweiter Grund ist die rapide Entwickelung der Industrie und die Höhe der Industrieprofite. Kein Zweifel, so rationell ein landwirthschaftlicher Betrieb auch geführt werden mag, er kann mit der Gewinnhöhe eines gut geleiteten industriellen Unternehmens nicht konkurriren. Das Kapital wendet sich daher der Industrie zu und wird der Landwirthschaft entzogen. Es herrscht Mangel an Betriebskapital. Hand in Hand damit geht die Leutenoth. Während die Bevölkerung des Deutschen Reiches in den Jahren 1882—1895 um $6^1/_2$ Millionen zunahm, verminderte sich die Landbevölkerung um 784 000 Köpfe. In Handel, Verkehr und Industrie aber zeigte sich eine gewaltige Steigerung der Bevölkerung. Sie vermehrte sich der Kopfzahl nach in der Industrie von $16^1/_4$ auf 20 Millionen. Sie wuchs um fast 25 pCt., während in der Landwirthschaft die Bevölkerung um 4 pCt. abnahm. Im Handel stieg die davon abhängende Bevölkerung von $4^1/_2$ Millionen auf fast 6 Millionen, um über 30 pCt. Dieser Entwickelung entspricht der Mangel an ländlichen Arbeitern, der auf die landwirthschaftliche Entwickelung in hohem Grade nachtheilig gewirkt hat, so daß die Agrarier in der That Ursache haben zu klagen. Alle diese Umstände zwingen die Landwirthschaft, zu möglichst intensivem Betriebe überzugehen. Der extensive Betrieb rentirt sich nicht mehr. Der intensive Betrieb erfordert aber große Kapitalien. Kapital und Kredit aber sind für die Landwirthschaft durch die Entwickelung vertheuert. Sie wird also in der That mit doppelten Ruthen gepeitscht. Der Staat aber hat ein Interesse daran, die Landwirthschaft zu erhalten. Die landwirthschaftliche Bevölkerung ist konservativ. Die Vereinsamung, der Mangel an Verkehr u. s. w. erhält sie im Konservatismus. Die Gefahr für den Staat liegt in den Industriezentren mit ihrer Millionenbevölkerung. Da kommt die böse Sozialdemokratie zur Welt. In den hier kurz geschilderten Zuständen liegt auch der Grund, weshalb wir solche Mühe haben, auf dem Lande vorzudringen und entsprechende Propaganda zu treiben. (Sehr richtig.) Der heutige Staat kann also dieser Entwickelung nicht thatenlos gegenüberstehen. Daher rührt sein Bestreben, den untergehenden Schichten zu Hilfe zu kommen, das in der Handwerkergesetz-

gebung, in den Bestimmungen über die Konsumvereine, in dem Gesetz über den unlauteren Wettbewerb und ähnlichen Gesetzen zum Ausdruck kommt. Unsere Staatsmänner wissen ganz gut, daß sie damit dem Mittelstand nur Knochen und nicht Fleisch geben. (Heiterkeit.) Ein Paar Jahre lang aber beißen die Leute aber doch auf den Knochen. (Heiterkeit.) Anders liegen die Dinge in Landwirthschaft. Hier kann der Staat in der That mit seiner Gesetzgebung vergleichsweise wirksam eingreifen und die natürliche Entwickelung stören und hemmen. In der Landwirthschaft umfaßte die Bevölkerung im Jahre 1882: 42,54 pCt.; im Jahre 1895; 35,7 pCt. Die Landwirthschaft wird also selbst immer ohnmächtiger. Trotz dieser Abnahme ist die Zahl der selbständigen Betriebsinhaber in der Zeit von 1882 bis 1895 um 280 692, d. h. um 12,2 pCt. gewachsen. Die Zahl der Angestellten ist von 66 644 im Jahre 1882 auf 96 173 im Jahre 1892, also um 44,5 pCt gestiegen. Dagegen hat die Zahl männlichen Arbeiter sich in diesem Zeitraum um 390 313, d. h. 10,7 pCt. vermindert und nur die Zahl der weiblichen Arbeiter hat sich um 136 258 vermehrt. Damit ist zahlenmäßig der Ausfall an Arbeitskräften erwiesen, über den die Landwirthschaft klagt. Ich habe hier eine kritische Bemerkung über die Reichsstatistik einzufügen. Beim Studium der Zahlen ergiebt sich die überraschende Thatsache, daß die landwirthschaftlich bebaute Fläche um 649 000 Hektar gewachsen ist. Noch viel größer ist die Zunahme der forstwirthschaftlich bestellten Fläche. Erklärt wird diese Zunahme mit der Bemerkung, daß 1882 die Aufnahme der forstwirthschaftlichen Betriebe nicht so sorgfältig gewesen ist. Da ist es nun schwer, Vergleiche zu ziehen. Von den 5 558 000 Betrieben, die wir in der Landwirthschaft haben, waren selbständige Landwirthe nur $2^1/_2$ Millionen. 2 149 000 waren nur im Nebenberuf in der Landwirthschaft thätig. Hinzugekommen sind nach der Statistik 206 000 Zwergbetriebe der kleinsten Art. Was sind das für Betriebe? Man gehe vor die Thore Berlins, Charlottenburgs, Bremens, Leipzigs u. s. w. und man wird eine sehr große Zahl kleiner Gärtchen und Fetzen von Ackerland mit primitiven Häuschen darauf sehen, jene Anlagen, von deren eine die Berliner Arbeiter spottweise „Kamerun“ getauft haben. (Heiterkeit.) Alle diese Betriebe fungiren in der Statistik als landwirthschaftliche Betriebe. (Heiterkeit.) Und diese Anlagen wachsen beständig, das liegt im Wesen der Riesenstädte, die bei den Arbeitern das Bedürfniß wecken, aufs Land zu kommen. Eine Menge Industrielle, Kaufleute, Beamte zieht in die Vororte der großen Städte, um in villenartigen Miethskasernen zu wohnen. Ueberall sind mit diesen Wohnungen Gärten, häufig auch etwas Ackerland verbunden. So entsteht eine ganze Unzahl kleiner Betriebe, die in der Statistik eine große Rolle spielen, aber ökonomisch so gut wie nichts zu bedeuten haben. (Sehr richtig.) Damit will ich durchaus nicht bestreiten, daß die kleinbäuerlichen Betriebe zugenommen haben. Wie ist das zu erklären? Wir sind hierbei nur auf Vermuthungen angewiesen. Offenbar spielt der Erbgang eine bedeutende Rolle. Das Bauerngut wird häufig parzellirt, wenn nicht Abstandssummen an die Erben gezahlt werden, die aber eine erhebliche Verschuldung des Gutes bewirken. Wichtig ist, wie die kleinen landwirthschaftlichen Betriebe sich zum Großbetrieb stellen. Der landwirthschaftliche Großbetrieb ist nicht so unbedeutend, wie die Vertheidiger des bäuerlichen Betriebs es hinstellen. Es stiegen von 1882 bis 1895

	Betriebe	Landwirthschaftlich benutzte Fläche	Gesammtfläche
bis 20 Ar um	120 230	16 683 Hektar	68 986 Hektar
	+ 13,1 pCt.	+ 13,7 pCt.	+ 65 pCt.
von 20 Ar bis 1 Hektar um	85 580	22 000 Hektar	157 936 Hektar
	+ 6 pCt.	+ 3,2 pCt.	+ 19 pCt.

Die Betriebe bis 1 Hektar umfaßten insgesammt 45,5 pCt. der Betriebe, 2,2 pCt. der landwirthschaftlichen Fläche und 2,6 pCt. der Gesammtfläche. (Hört! Hört!)

Die Betriebe bis 2 Hektar umfaßten: 58,6 pCt. der Betriebe, 5,33 pCt. der landwirthschaftlichen Fläche und 5,6 pCt der Gesammtfläche.

Die Betriebe bis 5 Hektar insgesammt umfaßten 76,9 pCt. der Betriebe, 15,3 pCt. der landwirthschaftlichen Fläche und nur 15,2 pCt. der Gesammtfläche. (Hört! Hört!) Wie steht es nun aber mit den Großbetrieben über 100 Hektar? Es sind im Ganzen 25 061 vorhanden und sie haben sich nur um $^2/_{1000}$ vermehrt. Aber 7 000 831 Hektar der gesammten landwirthschaftlichen Fläche gehören ihnen, während die 77 pCt. der Betriebe unter 5 Hektar nur 5 094 000 Hektar der landwirthschaftlichen Fläche besitzen. Die 25 000 Großbetriebe sind also um 2 737 000 Hektar größer, als die 4 255 000 Kleinbetriebe zusammen. (Hört! Hört! Bewegung.) Und zieht man die Gesammtfläche in Betracht, so haben die Großbetriebe rund 4 $^1/_2$ Millionen Hektar mehr im Besitz wie die 4 $^1/_4$ Millionen Klein- und Zwergbetriebe zusammen. Oekonomisch kommt also die ungeheure Zahl der Kleinbetriebe wenig in Betracht.

Wenn es sich einmal um die Verwirklichung der Freßlegende handeln sollte (große Heiterkeit), werden die vier Millionen Kleinbetriebsinhaber kaum etwas dagegen einzuwenden haben, daß die 25 000 Großbetriebe expropriirt werden. (Sehr gut!) Hätten wir unbeschränkte Agitationsfreiheit, dann wäre es in Ostpreußen ein Kinderspiel, die Häusler und Tagelöhner sämmtlich in unsere Hand zu bekommen. (Sehr richtig!) Es ist ein Irrthum, zu behaupten, daß der kleine Bauer eine angenehme Existenz führt. Das hat Kautsky in seinem Buche ausführlich dargelegt. Der Kleinbauer lebt im Durchschnitt viel proletarischer als der Proletarier selber. (Sehr richtig!) Der nationalsoziale Finanzrath Dr. Losch erklärt in den Mittheilungen des kgl. statistischen Landesamts in Württemberg über die Württembergische Landwirthschaft, bei der doch für den Kleinbetrieb besonders günstige Bedingungen sein müßten, man sei dort in Bezug auf die Parzellirung des Bodens bis an die äußerste Grenze der Panzellirung gelangt; nur deshalb klebten die Bauern noch an der Scholle, weil sie aus dem Erlös für das ererbte Anwesen kaum die Schulden bezahlen könnten. (Hört! Hört!) Also die Dinge sind in der Landwirthschaft noch keineswegs geklärt. Es ist zweifellos, daß die kapitalistische Wirthschaft auch auf dem Lande immer mehr um sich greift. Heute ist die Landwirthschaft das interessanteste, aber auch das revolutionärste aller Gewerbe, und Diejenigen, die den Boden bebauen, sind die konservativsten aller Leute — ein Widerspruch, wie er stärker gar nicht gedacht werden kann. (Sehr richtig.) Wer heute in der Landwirthschaft reüssiren will, muß auf der Höhe der Zeit sein in Bezug auf Wissen und Mittel. Charakteristisch ist es doch auch, daß die Fideikommisse in Deutschland in sehr hohem Maße in der Konzentration begriffen sind. In Preußen sind bis 1895 2 135 000 Hektar Boden gebunden worden. Es ist eben falsch, daß für die Großbetriebe in der Landwirthschaft nicht Das gilt, was für die Industrie gilt. Kautsky hat in der „Agrarfrage" schlagend nachgewiesen, daß da, wo der Großbetrieb auf der Höhe der Zeit steht, er eine volle Rente gewährt. Immerhin ist der Prozeß noch in vollem Gange und noch nicht übersehbar. Hervorgehoben muß aber werden, in welchem Maße insbesondere von der preußischen Regierung gearbeitet wird — das ist für unsere Agitation von der größten Wichtigkeit —, um den Auflösungsprozeß in der Landwirthschaft zu verhindern, und zum Theil mit Erfolg: Die Vortheile, die die Landwirthschaft vom Staat in erster Linie oder ausschließlich bisher erhielt, waren: Neben den Agrarzöllen in dem bekannten Umfang, die Aufhebung der

Grund- Gebäudesteuer, der Vortheil für das platte Land ist per Jahr $28^1/_2$ Millionen Mark, Erlaß der Gewerbesteuer, für das platte Land per Jahr über 4 Millionen Mark, die Branntweinliebesgaben in Höhe von 42 Millionen Mark jährlich, die Zuckersteuerliebesgabe ca. 30 Millionen jährlich (letztere beiden Summen für das Reich), Aufhebung des Identitätsnachweises für Getreide (Vortheil in Zahlen nicht nachweisbar), Beschränkung der Zollkredite für die gemischten Transitläger für Getreide und Mühlenfabrikate, Aufhebung von Transitlagern, Abänderung des Unterstützungswohnsitzes zu Ungunsten der Städte, Förderung fremder Arbeitereinfuhr und Schädigung der inländischen Arbeiter, Aufhebung des Verbots der Sonntagsarbeit für Molkereiprodukte, Zuschüsse zu den Volksschullasten auf dem platten Lande über 20 Millionen per Jahr, Zuwendungen für Schulneubauten, für 1895/96 allein 6 Millionen Mark, staatliche Dienstzulagen für Lehrer und Lehrerinnen auf dem Lande allein für 1893/94 1 300 000 Mark, Pensionszuschüsse für Lehrer und Lehrerinnen bis 1895/96 3 360 000 Mark, Bau von Eisenbahnen im Interesse der Landwirthschaft, Kredite hierfür 206 Millionen Mark, Ermäßigung der Eisenbahnfrachttarife für Produkte der Landwirthschaft, Verbilligung des Felddüngers durch den Staat, Bau von Kornhäusern durch Staatsunterstützung, Hülfsleistungen zu Meliorationen, von 1891/92 bis 1896/97 allein $12^1/_4$ Millionen Mark, Kolonisation in Posen und Westpreußen 2c., wodurch allein 37 Landgemeinden errichtet und viele tausend kleine und mittlere Bauerngüter aus der Zerschlagung von Großbesitz geschaffen wurden, Gründung der Zentralgenossenschaftskasse mit 20 Millionen Staatskredit und daneben die sonstigen staatlichen Aufwendungen für Remontewesen, Forstwesen, Viehzucht, Weinbau, Molkereiwesen. Der direkte Ankauf von landwirthschaftlichen Produkten durch die Staatsbehörden 2c. 2c., das alles sind Maßregeln, die den natürlichen Entwickelungsprozeß unterbrechen oder hindern. (Sehr richtig! sehr richtig!) Eine andere Erklärung für die Zunahme der kleinbäuerlichen Betriebe ist, daß sich eine Anzahl Banken fanden, die Vorwerke der großen Güter oder auch letztere selbst aufkaufen, in kleine Bauernfelder zerschlagen und theuer verkaufen. Ich kenne eine solche Bank in Berlin, die jährlich mindestens 7% Dividende vertheilt (hört! hört!), eine Rente, die kein landwirthschaftlicher Besitz abwirf. (Sehr richtig!)

Als ein fernerer und zwar durchschlagender Beweis für die Unrichtigkeit unseres Parteiprogramms hat für Bernstein die Einkommensteuerstatistik abgegeben. Sie soll als irrig nachweisen, daß der Konzentration der Betriebe die Konzentration der Vermögen parallel laufe. Ich habe Ihnen bereits aus einem Zitat von Marx bewiesen, daß diese Auffassung, die er Marx unterstellt, eine irrige sei. Er will sie aber widerlegen und beruft sich dafür auf die Form der Aktiengesellschaften, insbesondere in England, um zu beweisen, daß nicht eine Konzentration, sondern eine Dezentralisation der Vermögen und damit auch der Einkommen vor sich gehe.

Auf eine Widerlegung bezüglich der englischen Verhältnisse gehe ich nicht ein, das braucht man nicht mehr, nachdem in seiner letzten Schrift Kautsky auf Seite 93 bis 96 in so ausgezeichneter Weise das bezügliche Zahlenmaterial in seiner Oberflächlichkeit dargestellt hat. Vor Allem hat Bernstein den Fehler gemacht, daß er als unumstößliche Thatsache hinstellt, was nur Schätzung ist. Dann aber mit die Hauptsache: Aktienbesitz in England kann nahezu Jeder erwerben, der im Stande ist, 20 Mk. bei Seite zu legen und sich damit die Pfundaktie irgend eines Unternehmens anschmieren zu lassen. Das ist glücklicherweise in Deutschland nicht möglich. Aber sind denn die Besitzer von $1^1/_2$ Millionen Aktien auch ebenso viele Personen? (Lebhafter Beifall.)

Für England fällt besonders ins Gewicht, daß dort das Vermögen der Eheleute getrennt verwaltet wird. Auch sonst täuscht sich Bernstein außerordentlich in

Bezug auf den Werth des Aktienwesens. Beaulieu, der französische Schulze-Delitzsch, sagt: „Bisher haben die Aktiengesellschaften zwar dem Unternehmungsgeist einen mächtigen Anstoß gegeben und die Produktivität entwickelt, aber zugleich dahin gewirkt, eine Konzentration im Besitz zu schaffen“ — also haarscharf das Gegentheil von Bernstein! „Sie haben zu maßloser Bereicherung einiger geschickter Glücksritter und zur Verarmung zahlloser naiver Leute geführt.“ (Hört! hört!) Das sagt der französische Schulze-Delitzsch vom Aktienwesen und das Gegentheil sagt der Sozialist Bernstein — ich füge kein Wort hinzu. (Sehr gut.)

Nun ist ja einer der Glanzpunkte seiner Beweisführung die sächsische Einkommensteuerstatistik. Ich habe darüber selbständige Studien gemacht. Sachsen hat die beste Einkommensteuerstatistik, es ist ein typisches Industrieland, denn während noch 1882 in Deutschland von der Landwirthschaft 42,51 und 1895 35,7 pCt. lebten, kamen in Sachsen für die gleichen Perioden 19 bezw. 14 pCt. der Bevölkerung, es war also nur der siebente Theil der Bevölkerung, der dort von der Landwirthschaft lebt. Hier ist die kapitalistische Entwickelung typisch. Zu beachten ist aber, daß in die Einkommensteuerstatistik Sachsens auch das Einkommen der Ehefrauen, das der Kinder und jungen Leute unter 16 Jahren dem Ehemanne bezw. Vater mitgerechnet wird, was sehr in Betracht kommt bei der Mitarbeit der Familienmitglieder, besonders auch in der Hausindustrie, und bei der außerordentlichen Rolle, die im Erwerbsleben besonders die verheirathete Frau spielt. Ich habe nicht das Jahr 1879 zum Ausgangspunkt genommen, wie Bernstein, da in dieses Jahr das neue Einkommensteuergesetz fällt und es daher noch kein brauchbares Resultat geben kann und außerdem ein schweres Kriesenjahr war, sondern das Jahr 1882. Ich betone nun mit dem größten Nachdruck: Ich halte den Nachweis, den die sächsische Einkommensteuerstatistik liefert, in Bezug auf die ganze Bernsteinfrage, für ausschlaggebend; bekommt Bernstein in Bezug auf diese sächsische Statistik Recht, dann sind wir geschlagen, umgekehrt aber er. Die Bevölkerung Sachsens ist von 1880 bis 1895 um $27^1/_2$ pCt. gewachsen, weit mehr als im Durchschnitt die des Deutschen Reiches. Bernstein jubelt nun in seiner Schrift darüber, daß die Einkommen viel höher gestiegen sind als die Bevölkerung. Ja, das ist eine Thatsache, die überall vorhanden ist und sich einfach daraus erklärt, daß die Zahl der Menschen, die arbeiten müssen, in unserer kapitalistischen Gesellschaft immer größer wird. Von 1882 bis 1895/96 ist eine Steigerung der eingeschätzten Personen erfolgt um 36 pCt., ihres Gesammteinkommens aber um 72 pCt. Bis zu Anfang der 90er Jahre waren die Einkommen bis zu 300 Mark steuerfrei, hernach bis zu 400 Mk. 1882 betrugen diese eingeschätzten, aber so steuerfreien 76863 Personen 6,61 pCt. sämmtlicher Eingeschätzten, 1895 dagegen 217964, gleich 13,76 pCt. (Hört! hört!) Die kolossale Zahl von 217964 eingeschätzten Personen hatte 1895 ein Einkommen von unter 400 Mk. (Hört! hört!) Die Zahl der Steuerzahler mit einem Einkommen von 400 bis 800 Mk. belief sich 1882 auf 76 pCt. sämmtlicher Eingeschätzten, dagegen 1895 auf nur 64 pCt.; die Einkommensverhältnisse dieser Klasse hatten sich also gebessert. Ihr Durchschnittseinkommen ist während dieses Zeitraums von 421 Mk. auf 511 Mk. gestiegen, blieb also in beiden Fällen weit unter dem Durchschnitt von 600 Mk.; aber erfuhr doch eine Steigerung um 21 pCt. Die Gesammtzahl der Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von 800—1250 Mk. ist von 12 pCt. der Eingeschätzten mit 12,75 pCt. des Gesammteinkommens auf 17,26 pCt. der Eingeschätzten und mit 19,7 pCt. des Gesammteinkommens (bei einer absoluten Steigerung ihrer Zahl um 131 pCt.) gewachsen. Ihr Durchschnittseinkommen blieb mit 999 Mk. bezw. 994 Mk. ziemlich gleich. Sämmtliche Einkommen bis 1250 Mk. bildeten mit Ausschluß Derjenigen, die zu arm waren, um

Steuern zu zahlen, 1882 52 pCt. sämmtlicher Steuerzahler, 1895 56 pCt. Die Zahl der Personen mit einem Einkommen von 1250—3300 Mk. (1895/96 wurde eine Grenze von 3400 Mk. genommen) ist von 9,55 pCt. auf 12,79 pCt., absolut um 82 pCt. gestiegen, das Durchschnittseinkommen ist von 1916 Mk. auf 1897 Mk., also um 19 Mk. gesunken. 1882 hatten unter 3300 Mk. Einkommen nicht weniger als 97,60 pCt. aller Steuerzahler, 1895/96 dagegen 96,39 pCt., ihre Zahl war also noch größer wie die Zahl der Einkommen unter 3000 Mk., die Lassalle damals auf rund 96 pCt. berechnete. Die mittleren Einkommen von 3300 Mk. bis 9600 Mk. (10000 Mk. im Jahre 1896) sind von 2,30 pCt. auf 2,80 pCt. gestiegen. Ihr absolutes Wachsthum in Bezug auf die Zahl der Steuerpflichtigen betrug 60 pCt., also bedeutend niedriger als bei dem Einkommen von 1250 Mk. bis 3300 Mk. Die Zahl der Einkommen von 9600 Mk. (bezw. 10000 Mk.) bis 26000 Mk., also die der wohlhabenden und reichen Leute, stieg um 74 pCt., ihr Einkommen um 83 pCt. Die mittleren Einkommen von 3400—10000 Mk. weisen prozentual die niedrigste Steigerung auf, je höher sie werden, desto größer die Steigerung. Die Zahl der Millionäre mit einem Einkommen von mehr als 26000 Mk. hat sich um 147 pCt., ihr Einkommen um 143 pCt., das Höchsteinkommen in 1882 von 2570000 Mk. ist 1896 auf Mk. 3652000 gestiegen. Danach hat sich der Mittelstand am wenigsten entwickelt, die Zahl der kleinen Einkommen ist mächtig gewachsen auf Kosten der kleinsten Einkommen und für einen großen Theil dieser Klassen hat sich das Einkommen erheblich gesteigert, aber noch weit mehr sind die großen und Rieseneinkommen gestiegen.

Nun muß ich auf eine Ansicht zu sprechen kommen, die uns in der Partei fast abhanden gekommen zu sein scheint. Es ist merkwürdig, wie wir das Denken verlernt zu haben scheinen. (Heiterkeit.) Was der alte Ziegler einst seinen fortschrittlichen Freunden im Zorn zurief: „Die Perversität ist Euch auf das Gehirn geschlagen, Ihr habt das Denken verlernt!" das trifft bei uns leider auch vielfach zu. (Große Heiterkeit.) Einem geschulten Lassalleschen Agitator der 60er Jahre wären die groben Schnitzer nicht passirt, die selbst gelehrten Leuten in unseren Tagen passiren. (Sehr gut! sehr wahr!) Ihr könnt doch nicht leugnen, ruft man uns zu, daß das Einkommen des Arbeiters gestiegen ist! Ganz selbstverständlich, wenn die Nation immer reicher wird, bekommt davon auch der Arbeiter einen Theil ab; und gerade aus dem steigenden Reichthum der Nation, der steigenden Produktivität der Arbeit leiten wir ja die Möglichkeit ab, schließlich Alle wohlhabend zu machen, das heißt das kapitalistische in das sozialistische Wirthschaftssystem umzuwandeln. (Lebhafter Beifall.) Aber was in Frage kommt, ist nicht, wie der Geldlohn ist, sondern wie der Reallohn ist, ob der Arbeiter mit dem höheren Lohn seine gestiegenen Bedürfnisse besser befriedigen kann. (Lebhafter Beifall.) Und dann, wie es sich mit der Möglichkeit für den Arbeiter, aus seinem höheren Einkommen seine Bedürfnisse zu steigern, verhält im Vergleich zu dem Einkommen der reichen Klassen, ob da die Differenz eine größere oder geringere ist. (Lebhafter Beifall.) Und da kann gar kein Zweifel sein, daß der Besitz von heute ungleich anders lebt und sich repräsentirt wie der aus dem Jahre 1863. Habt Ihr denn nicht die Verhandlungen gelesen aus dem gegenwärtigen Spielerprozeß? Seht Ihr da nicht, wie die goldene Jugend das Geld ausgiebt? Und das ist nur ein kleines Zipfelchen von der Lebensweise der besitzenden Klassen; die Schwelgerei, die Ueppigkeit, die Verschwendung, die bei ihnen heute herrscht, geht weit über das Maß dessen hinaus, was zu Anfang der sechsziger Jahre ihr Aufwand war. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist die Differenz, das ist das Entscheidende. Ich habe die Erfahrung ja am eigenen Leibe gemacht. Als Lassalle 1863 nach Leipzig kam, war ich dort Drechslergehilfe in der ersten Werkstatt. Wir hatten dort unserem Meister

soeben die Stückarbeit abgetrotzt. Der höchste Lohn pro Woche betrug bei 11stündiger Arbeitszeit 10 Mk.! Vier Jahre später, als ich selbstständig war und einen Gehilfen hatte, kehrte ich aus dem ersten Reichstag heim und da kündigte mir der Gehilfe; er wollte sich selbständig machen. Als ich einem Kollegen auf der Straße das sagte, antwortete er mir: Das geschieht Dir ganz Recht, warum bist Du ein solcher Esel und giebst dem Mann einen Lohn, damit er sparen kann. (Heiterkeit.) Was war dieser Lohn? 13½ Mk.! (Heiterkeit.) Das war der höchste Lohn, der in Leipzig gezahlt wurde, und den zahlte ich. Heute ist in Leipzig sicher kein Drechslergehilfe, der nicht 21 Mk. pro Woche hat, 100 pCt. mehr als 1863; aber wenn mir einer sagen wollte, der Drechslergehilfe hat seine soziale Situation um 100 pCt. verbessert, dann lache ich ihn einfach aus. (Lebhafter Beifall.) Und weiter, Lassalle hat die Grenzlinie 1863 bei 3000 Mk. gezogen, da beginnen die Besitzenden. Wer will behaupten, daß 3000 Mk. von damals mit 3000 Mk. von heute zu vergleichen sind? (Sehr wahr! sehr gut!) Vergleichen Sie die Miethen, die Steuern, die gesammte Lebenshaltung. Die Miethen sind um mindestens 10 pCt., die Steuern in Staat und Gemeinde sicher um mehr als 100 pCt. gewachsen. (Sehr richtig!) Was will ich mit meinen Zahlen beweisen?

Parteigenossen! Ich habe Ihnen gezeigt, daß die Zahl der Leute mit einem Einkommen bis zu 3400 Mk. im Jahre 1896 sich auf 96¾ pCt. belief, also etwas höher war als im Jahre 1883, wo sie 96 pCt. betrug, mit anderen Worten: Für die große Masse der Bevölkerung hat trotz durchschnittlich höheren Einkommens die allgemeine Lebenslage im Vergleich zu den reichen Klassen um kein Jota sich verbessert, weil ich z. B. mit 3400 Mk. Einkommen im Jahre 1896 unzweifelhaft schlechter lebe, als mit 3000 Mk. im Jahre 1863. (Sehr gut! sehr richtig!) So ist denn in der That die ganze Theorie, die sich auf die angebliche Aenderung der Verhältnisse stützt, falsch. Das kann man nicht bestreiten, und damit ist der Beweis geliefert, daß Alles, was Bernstein nach dieser Richtung hin sagt, falsch und irrthümlich ist. Im Uebrigen ist es eine bekannte Thatsache, daß Niemand leichter im Stande ist, den Staat zu hintergehen, als die wohlhabenden Klassen. (Sehr richtig!) Man weiß manchmal nicht, was man dazu sagen soll; so hat man die Kühnheit gehabt, zu behaupten, die Arbeiter betrögen den Staat so gut wie der Bourgeois und gäben ihr Einkommen nicht an. Das mag vorkommen, aber die Möglichkeit, den Staat zu betrügen, ist auf Seiten der Arbeiter nicht entfernt in dem Maße gegeben, wie auf Seiten der Wohlhabenden. (Sehr wahr!) Dazu kommt, daß in den Industriebezirken, in den mittleren und kleineren Städten, wo die Armenlasten und Ausgaben so stark gewachsen sind, man ängstlich bemüht ist, das ganze Einkommen der Arbeiter zu besteuern, während man das Einkommen der wohlhabenden Leute selbst bei der größten Bemühung nicht treffen kann. Oder weiß man nicht, daß es in allen größeren Geschäften Geheimbücher giebt, die die Polizei und Steuerbehörde nicht zu sehen bekommen. (Sehr wahr!) Redner erinnert zum Beweis für seine Behauptungen an den Fall des Frhrn. v. Wangenheim, der nach Zeitungsmittheilungen, die unwiderlegt blieben, bis vor einigen Jahren zwar für 400 000 Mk. Vermögen 200 Mk. Vermögenssteuer bezahlte, aber keinen Pfennig Einkommensteuer (hört! hört!); obgleich er neben seinem Vermögen über 16 000 Mk. per Jahr aus der Branntweinliebesgabe und das Gut mit einem Grundsteuerreinertrag von 2628 Mk. eingeschätzt war. (Hört! Hört!) In Berlin wurden im Jahre 1898 von 53 100 Steuererklärungen 17 655 beanstandet, davon 11 318 mit Erfolg. Die Deklaranten hatten nur ein Einkommen von insgesammt 151 543 305 Mk. angegeben, während die Miquel'schen X-Strahlen 192 151 881 Mk. ermittelten. (Hört! hört!) Dadurch erhöhte sich der Steuerbetrag von 4 831 302 Mk. auf 6 367 934 Mk. Durch die Wachsamkeit der Steuerbehörde ist demnach für Berlin

der Staat vor einer Schädigung um 1 536 632 Mk. behütet worden. In Preußen wurden in demselben Jahre 148 268 von 456 694 abgegebenen Steuererklärungen beanstandet. Das sind 32,5 pCt. Mit Erfolg wurden 112 225 beanstandet, gleich 75,7 pCt. der Beanstandeten. Das steuerpflichtige Einkommen erhöhte sich dadurch von 678 878 056 Mk. auf 863 043 830 Mk. Der Gewinn für den Fiskus betrug also rund 33 pCt. (Hört! hört!) Und dabei ist noch lange nicht gesagt, daß man den Leuten, die man am Kragen packt, auch wirklich in Herz und Nieren gesehen hat. Bernstein hat sich über die Ergebnisse der preußischen Vermögenssteuer enthusiasmirt; er hat jede Zahl, die er gewinnen konnte, um zu beweisen, daß wir uns bisher getäuscht haben, und daß die Dinge ganz anders laufen, zu Gunsten der bürgerlichen Gesellschaft mit wahrer Gier aufgegriffen. Während die Ergebnisse der Veranlagung zur Ergänzungssteuer nach Bernstein ein erfreuliches Bild bieten, kommt Herkner, also auch ein bürgerlicher National-Oekonom, gerade zu dem entgegengesetzten Urtheil. In Bezug auf die preußische Einkommensstatistik sind Bernstein die größten Irrthümer unterlaufen. So spricht er von dem gewaltigen Wachsthum der höheren Einkommen in Preußen von 1854 bis 1893/94, übersieht aber, daß bis 1890 ein total anderes Steuersystem in Preußen existirt hat, wie von 1891 ab, daß man also die Ergebnisse garnicht vergleichen kann. Will man einen wirklichen Vergleich ziehen, so darf man als äußerste Grenze das Jahr 1890 annehmen. Da liegt uns nun eine vorzügliche Arbeit eines bürgerlichen Oekonomen, des Herrn Clemens Heiß über die großen Einkommen in Deutschland und ihre Zunahme in den letzten Jahrzehnten aus dem Jahre 1893 vor. Der Verfasser dieser Schrift ist mit dem akademischen Preis seitens der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen gekrönt worden. Wenn sich die Fakultät veranlaßt fühlte, derartige Untersuchungen überhaupt anstellen zu lassen, wenn unsere Gelehrten zu derartigen Fragen in den letzten Jahrzehnten überhaupt Stellung genommen haben, so sind wir die moralischen Urheber. (Sehr wahr!) Wir haben durch unsere fortgesetzten Agitationen die Leute gezwungen, sich um die sozialen Verhältnisse zu kümmern. Alles das, was von dem guten Herzen und dem Gerechtigkeitsgefühl der Bourgeoisie gesagt wird, das entspringt doch nur dieser Quelle, unserer Agitation. Thatsachen, die man schwarz auf weiß besitzt, kann man nicht mehr leugnen Man wirft der Bestie einen Brocken hin, um sie zu beruhigen. (Sehr richtig!) Heiß hat nun die Einkommen der acht alten preußischen Provinzen von 1854 bis 1890, und soweit Statistiken vorlagen, auch die industiellen Betriebe in Betracht gezogen und kommt zu folgendem Ergebniß:

„Die Resultate unserer Untersuchung lassen sich dahin zusammenfassen, daß in allen deutschen Staaten, welche eine allgemeine Einkommensteuer besitzen, die großen Einkommen weit rascher zugenommen haben als alle übrigen, Davon macht Bremen für den kurzen Zeitraum von 1874—1885 die einzige Ausnahme.

Die dürftigsten Einkommen zeigten die geringste Zunahme. . . .

Dagegen ist ziemlich sicher, daß mit der großartigen Entwickelung des Großbetriebes und der rapiden Zunahme der großen Vermögen auch ein nicht unbeträchtlicher Theil des gewerblichen Mittelstandes in wirthschaftliche Abhängigkeit von dem Großbetrieb und den Großkapitalisten gerathen ist.“ (Hört! Hört!)

Das sagt ein Mann, der außerhalb unserer Reihen auf bürgerlichem Boden steht, in direktem Gegensatz zu Allem, was Bernstein sagt. Und wie sind nun die Resultate der Einkommensverhältnisse in den acht Provinzen von 1854—1890 nach Heiß? Die Bevölkerung ist von 1854 bis 1890 um 42 pCt. gewachsen, die niedrigsten Einkommen bis zu 3000 Mk. auch nur um 42 pCt., die Einkommen von 3000 Mk. bis 3600 um 333 pCt, die von 3600 Mk. bis 00 090 Mk. um 590 pCt., die von 60 000 Mk. bis 120 000 um 835 pCt. und die

Einkommen über 120 000 Mk. um 942 pCt. (Hört! Hört! Bewegung.) Auch hier steht ein Vertreter des Bürgerthums in direktem Gegensatz zu den Anschauungen des Sozialisten Bernstein. (Sehr richtig!)

Es ist erklärlich, daß Bernstein bei seinen Anschauungen auch die sogenannte Verelendungstheorie über Bord wirft. Da muß ich zunächst bemerken, daß man bei Marx, Engels, Lassalle, selbst bei Rodbertus vergeblich nach der sogenannten Verelendungstheorie sucht, wonach mit der zunehmenden Entwickelung der kapitalistischen Produktionsweise auch das Elend der breiten Massen zunimmt. Bernstein mußte als Theoretiker des Marxismus doch wissen, was Marx und Engels darüber sagten, und als Herausgeber von Lassalles Schriften, auch was Lassalle darüber gesagt hat. Auf seine Ausführungen hat ihm Kautsky geantwortet, daß das, was er behauptet habe, falsch sei. Bernstein antwortete:

„Das ist nun zunächst nicht die Marx-Engels'sche Theorie, sondern eine Kautsky'sche Lesart und Erweiterung derselben. Inwieweit sie mit dem vom Zusammenbruch handelnden Kapitel bei Marx zu vereinen ist, wo nicht von wachsender Reife und Macht, sondern von wachsender Entartung und Knechtschaft der Proletarier gesprochen wird, kann ich indeß hier um so mehr auf sich beruhen lassen, als ich selbst stets sehr energisch betont habe, daß dies Kapitel nur als Signatur einer Tendenz zu verstehen ist. Nur behaupte ich, daß mit dem Mantel auch der Herzog fällt."

Und was sagt nun Kautsky? „Diesen Satz hat nicht irgend ein Vulgärökonom geschrieben, der das „Kapital" nie in der Hand gehabt, sondern ein Mann, der als einer der besten und verständnißvollsten Kenner der marxistischen Literatur gilt. Wie berechtigt der Satz ist, zeige die wörtliche Wiedergabe der Stelle, auf die sich Bernstein beruft. Sie lautet: „Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vortheile dieses Umwandlungsprozesses usurpiren und monopolisiren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Degradation, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisirten Arbeiterklasse." (Kapital I, 2. Auflage, Seite 793.) Kautsky zitirt dann mit Recht das kommunistische Manifest. Dasselbe sagt: „Die Bourgeoisie hat nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen, sie hat auch die Männer gegen sich, die diese Waffen führen werden, die modernen Arbeiter, die Proletarier . . . Mit der Entwickelung der Industrie vermehrt sich nicht nur das Proletariat; es wird in größeren Massen zusammengedrängt, seine Kraft wächst und es fühlt sich mehr. . . . Die Arbeiter beginnen Koalitionen gegen die Bourgeois zu bilden. . . . Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter. . . . Die Organisation der Proletarier zur Klasse und damit zur politischen Partei wird jeden Augenblick wieder gesprengt durch die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst. Aber sie entsteht immer wieder stärker, fester, mächtiger. Sie erzwingt die Anerkennung einzelner Interessen der Arbeiter in Gesetzesform — indem sie die Spaltungen der Bourgeoisie unter sich benutzt, so die Zehnstundenbill in England. . . . Die Bourgeoisie selbst führt dem Proletariat ihre eigenen Bildungselemente, das heißt Waffen gegen sich selbst zu. Es werden ferner durch den Fortschritt der Industrie ganze Bestandtheile der herrschenden Klasse ins Proletariat hinabgeworfen oder wenigstens in ihren Lebensbedingungen bedroht. Auch sie führen dem Proletariat eine Menge Bildungselemente zu.

Hier wird also wieder in der klarsten Weise nachgewiesen, daß die Tendenz des Kapitalismus auf beständige Herabdrückung der Arbeiterklasse zum Gegenschlag führt, daß die Arbeiter sich organisiren und in gemeinsamem Kampfe die

Bourgeoisie nöthigen, ihnen Konzessionen zu machen. Es ist doch in der That traurig, wenn ein Mann wie Bernstein, einer der Theoretiker des Marxismus, in solche Verwirrung verfällt und nicht mehr weiß, was im „Kapital" steht, sonst könnte er hier nicht von einer „Kautsky'schen Lesart" reden. (Sehr richtig.) Daß Marx und Engels diese hier vorgetragene Auffassung in Bezug auf die Entwickelung der Arbeiterklasse vom ersten Augenblick an gehabt haben, geht auch aus einer ganzen Reihe anderer Stellen hervor. Bernstein hat seine Schrift mit dem Ausspruch von Marx aus der Inauguraladresse als Motto versehen: „Und deshalb war die Zehnstundenbill nicht blos ein großer praktischer Erfolg, sie war der Sieg eines Prinzips." Ja, Parteigenossen, wie in aller Welt hätte Marx ein solchen Satz schreiben können, wenn er die Verelendungstheorie im Bernstein'schen Sinne für richtig gehalten hätte? (Sehr wahr! Sehr richtig!) Das wäre ja der kolossalste Widerspruch, der ihm nachgewiesen werden könnte. Wäre die Verelendungstheorie, die unseren Feinden nachgebetet wurde, wahr, so hätte Marx auch nicht gegen das eherne Lohngesetz polemisiren können. (Sehr richtig!) Die ganze von Bernstein als Motto gewählte Stelle aus der Inauguraladresse vom Jahre 1864 lautet wörtlich: „Nach einem 30jährigen Kampf, der mit bewundernswerther Ausdauer geführt wurde, gelang es den englischen Arbeitern ... die Zehnstundenbill durchzusetzen. Die ungeheuren physischen, moralischen und intellektuellen Vortheile, die den Fabrikarbeitern daraus erwuchsen und halbjährlich in den Berichten der Fabrikinspektoren verzeichnet wurden, sind jetzt allgemein bekannt."

Weiter sagt Marx in der Vorrede zum „Kapital" vom Jahre 1867: „Wo die kapitalistische Produktion völlig bei uns eingebürgert ist, z. B. in den eigentlichen Fabriken, sind diese Zustände viel schlechter als in England, weil das Gegengewicht der Fabrikgesetze fehlt." Und weiter: „In England ist der Umwälzungsprozeß mit Händen greifbar. Auf einem gewissen Höhepunkt muß er auf den Kontinent rückschlagen. Dort wird er sich in brutaleren oder humaneren Formen bewegen, je nach dem Entwickelungsgrad der Arbeiterklasse selbst. Von höheren Motiven abgesehen — Bernstein würde sagen: ethischen — gebietet also den jetzt herrschenden Klassen ihr eigenstes Interesse die Wegräumung aller gesetzlich kontrolirbaren Hindernisse, welche die Entwickelung der Arbeiterklasse hemmen. Ich habe deswegen u. A. der Geschichte, dem Inhalt und den Resultaten der englischen Fabrikgesetzgebung einen so ausführlichen Platz in diesem Bande eingeräumt. Eine Nation soll und kann von der anderen lernen. Auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist — und es ist der letzte Endzweck dieses Werkes, das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen — kann sie naturgemäße Entwickelungsphasen weder überspringen, noch wegdekretiren. Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern". Das sagt der „Blanquist" Marx (Heiterkeit). Es ist doch himmelschreiend, daß ein Mann wie Bernstein im Widerspruch zu diesen Aussprüchen, von Marx über deren Klarheit und Unzweideutigkeit kein Zweifel ist, solche Urtheile, wie geschehen, in die Welt schleudert und eine Menge Leute, gestützt auf seine Autorität, völlig irre zu führen vermag. (Sehr wahr! sehr gut!) Und was schreibt Engels 1891 gegen Brentano? „Die stets wiederholte Erklärung, daß Arbeiterschutzgesetzgebung und Gewerkschaftsorganisationen die Lage der Arbeiter zu verbessern geeignet sind, ist keineswegs Brentano's eigene Erfindung. Von der Lage der arbeitenden Klasse in England (1845) und der „Misère de la philosophie" (1845) bis zum „Kapital" und bis zu meinen jüngsten Schriften haben Marx und ich dasselbe gesagt." Bernstein hat eine Zeit gehabt, wo er in all' diesen Fragen anders dachte. Das ist freilich acht Jahre her, ein Viertel Menschenalter, eine lange Zeit, wenn man so alt sich wö[...] Damals schrieb er in der Einleitung zu einer Lassalle-Ausgabe: „Die Abh[...]

keit des Arbeiters ist mit der scheinbaren Freiheit nur größer geworden. Sie ist es, die mit schwerer Wucht auf der Arbeiterklasse lastet, und deren Druck zunimmt mit der wachsenden Entwickelung des Kapitalismus."

Wenn wir aber heute dasselbe sagen, dann sind wir Ketzerrichter. Ich muß eben auch hier Lassalle gerecht werden. Es ist traurig, daß alte Lassalleaner, die wir in unseren Reihen haben, und die so manche Lehre Lassalle's durch bessere Erkenntniß aufgegeben haben, gerade da, wo er noch heute Recht hat, ihn nicht mehr verstehen. Lassalle sagt im „Offenen Antwortschreiben": „Alles menschliche Leiden und Entbehren hängt nur von dem Verhältniß der Befriedigungsmittel zu den in derselben Zeit vorhandenen Bedürfnissen und Lebensgewohnheiten ab. Alles menschliche Leiden und Entbehren und alle menschlichen Befriedigungen, also jede menschliche Lage, bemißt sich somit nur durch den Vergleich mit der Lage, in welcher sich andere Menschen derselben Zeit in Bezug auf die gewohnheitsmäßigen Lebensbedürfnisse derselben befinden. Jede Lage einer Klasse bemißt sich somit immer nur durch ihr Verhältniß zu der Lage der anderen Klassen derselben Zeit." (Hört! hört!) Als die Lassalle'sche Bewegung aufkam, da wurde uns von gegnerischer Seite gesagt: „Was Lassalle sagt, ist ja Alles übertrieben, es ist Schwindel." Wie steht der Arbeiter heute? Denkt nur zurück ins Mittelalter, hat da ein Arbeiter Fensterscheiben gehabt, hat er Spiegel, hat er ein Kanapee gehabt? Darauf erwiderten die Lassalleaner: „Das ist wahr, Fensterscheiben hat sogar Karl der Große nicht gehabt; es wird sogar behauptet, daß er kein Hemde getragen hat. (Große Heiterkeit.) Aber deswegen steht dennoch der Arbeiter des 19. Jahrhunderts sich ungünstiger gegenüber der Gesammtlage der herrschenden Klassen, als die ähnliche Klasse Leute des 8. Jahrhunderts zu ihrer herrschenden Klasse. Mit solchen Mätzchen suchten damals die bürgerlichen Gegner uns zu bethören, und heute kommt man und erzielt mit solchen Behauptungen noch nach 30 Jahren Erfolge. Gewiß, die Lage eines großen Theils der Arbeiter ist absolut betrachtet besser geworden gegen früher, sie hat sich gehoben; ob diese Verbesserung auch eine relativ bessere ist im Vergleich zur Lage der herrschenden Klassen gegen früher und jetzt ist eine andere Frage, die nicht ohne Weiteres und nicht überall bejaht werden kann. Daneben besteht aber auch vielfach zunehmende Verelendung (sehr richtig), wie garnicht bestritten werden kann, soziale und ökonomische Verelendung, und das wird von Vielen unter uns bestritten. Traurig, daß man es sagen muß, aber es ist nothwendig, auch den eigenen Parteigenossen die Wahrheit zu zeigen. „Ihr habt das Denken verlernt!" sagte ich schon. Besteht darin eine Verbesserung der Lage der Arbeiter, daß heute 50 pCt. mehr verheirathete Frauen erwerbsthätig sind als im Jahre 1882? Wir sind keine Verherrlicher der heutigen Ehe, wir haben ein besonderes Ideal, aber das lassen wir uns nicht gefallen, daß man, weil die Männer so schlecht bezahlt werden, die Frauen zum Frohndienst in der Fabrik zwingt. Charakteristisch sind nach dieser Richtung hin wieder bürgerliche Urtheile, ich erinnere nur an Berichte verschiedener Fabrikinspektoren, die dahin gehen, daß nur der niedrige Lohn der Männer die Frauen an die Arbeit treibt. Die Frauenarbeit nimmt mehr zu. Als weiteren Beweis für zunehmende Verelendung führe ich die letzte Statistik des Holzarbeiterverbandes an. Daraus können Sie die traurige Thatsache entnehmen, daß volle 23 pCt. der Frauen ihrer Mitglieder zum Nebenerwerb gezwungen sind, um die Familie ernähren zu können, und diesem Verband gehören durchschnittlich die best bezahltesten Arbeiter der Branche an (sehr richtig), daß ferner nicht weniger als 58 pCt. aller Verstorbenen an Lungenkrankheiten gestorben sind. Ist das Grassiren der Lungenschwindsucht denn nicht auch soziales Elend? Wir haben es doch erst auf dem Tuberkulosen-Kongreß zu hören bekommen, wie diese Krankheit eine Proletarierkrankheit ist. Und selbst mit der Arbeitslosigkeit hat es sein Häkchen. Obgleich 1897

ein Prosperitätsjahr war, waren doch nach der Statistik des Holzarbeiterverbandes 7985 Arbeiter, das ist 20,7 pCt., arbeitslos, im Ganzen 218 113 arbeitslose Tage. Beachten Sie ferner, daß nach der Volkszählung am 14. Juni 1895 299 352 Arbeiter arbeitslos, darunter 120 348 krank, und am 2. Dezember 771 005 arbeitslos, darunter 217 365 krank waren. Diese Statistik war aber gewissermaßen nur eine Momentaufnahme, sie bezog sich nur auf einen bestimmten Tag. Eine Statistik von einem ganzen Jahr gewährte ein anderes Bild.

Ich muß auch wieder einen bürgerlichen Schriftsteller zitirte; ich bin heute in der unangenehmen Lage, einen Theil unserer Genossen durch bürgerliche Schriftsteller zur Ordnung rufen lassen zu müssen (Heiterkeit und hört! hört!) ihnen zu zeigen, daß bürgerliche Schriftsteller ein viel feineres Verständniß für die Leiden der Arbeiterklasse haben, als mancher unter uns. In Nr. 8 der Scherl'schen „Woche" (Heiterkeit) wird von Dr. Ernst Francke über die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse, die sie trotz des gesteigerten Wohlstandes der Nation im Ganzen führt, ein Bild entrollt, das etwas anders aussieht als das rosige, das manche Sozialdemokraten sehen. Da heißt es: „Doch diesem Bilde fehlen die tiefen Schatten nicht. Wohl hat eine sehr beträchtliche Hebung der Lebensführung und des Wohlstandes des deutschen Volkes seit der Gründung des Reiches stattgefunden, und sicher haben an dieser erfreulichen Entwickelung auch die Massen einen großen Antheil. Aber diese Bewegung nach aufwärts hat doch nur die oberen Schichten der Massen kräftig erfaßt, die tieferliegenden Breiten leben noch in Noth, Armuth, Elend, auf das Existenzminimum beschränkt. Man blicke hinein in die Schilderungen des Wohnungselends in den Städten mit seinem für Leib und Seele gleich verderblichen Fluche! Man lese die Berichte, wie elend zahllose Heimarbeiter sich nähren, weil sie nicht mehr verdienen, als um das nackte Leben zu fristen! Man sehe sich einmal Haushaltungsbudgets von ordentlichen Arbeiterfamilien an, wie jämmerlich gering die Posten für Kleidung, Schuhzeug, Geschirr, Mobilien sind! Etwa 70 Prozent der Haushaltvorstände sind in Preußen von der Einkommensteuer befreit, weil die Familien weniger als 900 Mark Einkommen haben. Der Jahreslohn eines deutschen Arbeiters beträgt im Durchschnitt rund 6—700 Mark. In den sächsischen und schlesischen Handweberorten quälen sich ganze Familien mit 3—400 Mark im Jahr durchs Elend ihres Daseins. Heimarbeiterinnen der Konfektionsindustrie, die 6—7 Mark wöchentlich verdienen, stehen noch lange nicht auf der untersten Stufe. Die Ausgaben für Kleidung, Schuhwerk und Mobiliar sinken in manchen dieser Budgets für Familien auf 40, 30, ja 20 Mark im Jahr. Millionen sehen nur an hohen Festtagen ein tüchtiges Stück Fleisch auf ihrem Tisch. Hunderttausende wohnen in übervölkerten Räumen, wobei die Statistik die Uebervölkerung erst beginnen läßt, wenn in einer einzimmrigen Wohnung sechs und in einer zweizimmrigen Wohnung mindestens zehn Personen hausen."

Einen guten Gradmesser dafür, ob steigendes Elend vorhanden ist oder nicht, liefert die Armenstatistik. Sie mögen den Zahlen für Berlin und Stuttgart keine Beweiskraft beimessen, weil es Großstädte sind, aber die beste Armenstatistik, die es giebt, die Bayerns, die sich über die Zeit von 1871 bis 1895 erstreckt, also eine Periode, die unsere kapitalistische Entwickelung in Deutschland umfaßt, ergiebt eine Steigerung der Almosenempfänger in Bayern von 129 996 auf 183 280, d. h. um 41 pCt., während die Bevölkerung nur um 14 pCt. zugenommen hat — und in einem Lande mit der thätigen Charitas der katholischen Kirche. — — — — — — — — — — — — —

(Da die Zeit für die Mittagspause angebrochen ist, unterbricht Bebel sein Referat.)

David-Mainz regt an, zur Erleichterung der Verhandlungen den theoretischen Theil und den taktischen im Bebel'schen Referate und in der Diskussion gesondert zu verhandeln, da anzunehmen sei, daß Bebel über die praktische Frage noch ebenso lange reden werde.

Singer: Wer eine absolut unklare und zerrissene Diskussion will, der nehme den Antrag an. (Sehr gut.)

Die Anregung David's wird fast einmüthig abgelehnt.

Zur Bebel'schen Resolution (Antrag 81) sind inzwischen folgende Amendements beantragt: Im letzten Absatz statt der Worte: „weder ihr Programm" zu sagen: „weder ihre grundsätzliche Auffassung" (64); im Absatz 4 hinter dem Worte: „Wirthschafts-Genossenschaften" einzufügen die Worte: „die auf Organisation des Konsums begründet sind"; außerdem dem Absatz 4 den Satz hinzuzufügen: „zu verwerfen ist unbedingt die Gründung von Genossenschaften zur ausschließlichen Organisation gemeinsamer Produktion" (65).

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

3¼ Uhr. Vorsitzender: Singer.

Bebel fährt in seinem Referate fort: Zunächst eine kurze Bemerkung zu den Aeußerungen Davids. Ich habe ihm heute Morgen gesagt, über die theoretischen Fragen würde ich wenig sprechen, über die praktischen Fragen — nämlich über Alles, was mit unserem Programme zusammenhängt — viel; dagegen über die taktischen Fragen wollte ich nicht viel sprechen. Ich komme zu der Stellung Bernsteins zum Klassenkampf. Aus der Ueberschrift des betreffenden Kapitels in seinem Buch, die lautet: Die marxistische Lehre vom Klassenkampf und der Kapitalsentwickelung mußte man entnehmen, daß er seine Stellung zum Klassenkampf gegenüber Marx klar und präzis entwickeln würde. Das ist aber nicht der Fall. Das Kapitel enthält darüber kein Wort. Auf Seite 88 und 89 kommt er zu dem Schlusse, eine Arbeiterklasse mit völlig gleichartigen Interessen gäbe es nicht, ihre Interessen seien heute weit mehr differenzirt als die des sogenannten Volks von 1789, und ist nach jenen Stellen von einem allgemeinen Klassenbewußtsein keine Rede. Auf eine Frage Kautsky's, wie er denn eigentlich zum Klassenkampf stehe, antwortet er in zwei Artikeln in Nr. 45 und 46 der „Neuen Zeit", betitelt: Klassenkampfdogma und Klassenkampfwirklichkeit. Schon eine merkwürdige Ueberschrift; ein Klassenkampfdogma hat bei uns nie existirt; es dürfte auch Bernstein sehr schwer fallen, aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung Beispiele für seine eigenthümliche Auffassung anführen zu können. Nun sollte die Antwort auf die Frage von Kautsky doch eine einfache, klare sein können, in 10 Zeilen zu geben sein. Was schreibt aber Bernstein in den zwei Artikeln? Am Schlusse im letzten Satz der beiden Artikel heißt es: „Heute, wo der Kampf der Arbeiter auf politischem und wirthschaftlichem Gebiete wirklicher und wirksamer ist als je, braucht man wahrhaftig nicht darüber nervös zu werden, daß das Klassenkampf*dogma* Schaden leiden könne." Eine *klare* Antwort ist das sicher nicht. Erst in seinem Artikel: „Meine Stellung zum theoretischen Theil des Erfurter Programms" vom 3. September im „Vorwärts" schreibt er, der Klassenkampf sei ein viel komplexeres Phänomen, als der Paragraph erkennen lasse, jedenfalls aber ignorirte er nicht mehr den Klassenkampf, er erkennt ihn als eine unbestrittene Thatsache an, er steht also auf dem Boden des Klassenkampfes. Aber in dem Bestreben, die Gegensätze zu mildern, abzuschleifen — zu vertuschen, möchte ich sagen, wenn es nicht zu hart klänge — erklärt er, der Klassenkampf nehme mildere Formen an. Den Satz, so ausgesprochen, erkenne ich an. Wir sind überhaupt milder geworden, weil wir zivilisirter geworden sind, oder menschlicher, besser

gesagt. Man hängt und verbrennt jetzt Niemand mehr wegen seiner politischen oder religiösen Ueberzeugung, die Arbeiter zerstören auch nicht mehr die Fabriken, welche neue Maschinen einführen. Wenn also die Formen des Klassenkampfes heute menschlicher geworden sind, so ist damit nicht gesagt, daß die Klassengegensätze milder geworden sind. (Sehr richtig.) Das grade Gegentheil ist der Fall. Die Erfolge der englischen Gewerkschaften sind die Folge langjähriger Kämpfe. 1898 waren 53 pCt. der Streiks der deutschen Arbeiter Abwehrstreiks, und das im Jahre der größten Prosperität. Die Thatsachen zeigen eine Verschärfung der Klassengegensätze. Wir befinden uns in einer Periode der Prosperität, wo die Unternehmer, die hohe Profite machen, viel eher geneigt sind, den Arbeitern entgegenzukommen, und trotzdem so viele Abwehrstreiks. Wie aber werden sich die Dinge stellen, wenn es zum industriellen Niedergange kommt. (Sehr richtig.) Dann werden die Unternehmer Alles daran setzen, die Lebenslage der deutschen Arbeiter herunterzudrücken, und unsere Gewerkschaften werden im Widerstande dagegen ihre ganze Kraft einsetzen müssen. Die Klassengegensätze verschärfen sich. In derselben Richtung wirkt eine Erscheinung, über deren Bedeutung in unseren Kreisen selber noch Meinungsverschiedenheiten bestehen. Ich meine die Trusts und Kartelle. Sie werden den Arbeitern und ihren Organisationen sehr gefährlich werden, und schwerwiegende Kämpfe werden zwischen beiden Parteien entbrennen. (Sehr richtig.) Die Organisation der Unternehmerklasse hat in den letzten 15 Jahren weit größere Fortschritte gemacht als die Organisation der Arbeiterklasse. Gewiß haben auch unsere Gewerkschaften sich erfreulich entwickelt, sie sind mächtig und einflußreich geworden. Aber Thatsache ist, daß der Prozentsatz der Unternehmer, die in geschlossenen Organisationen steht, größer ist als die der Arbeiter (sehr richtig) und daß insbesondere die Organisation des Großunternehmerthums in Kartellen, Trusts und Ringe der Arbeiterschaft noch sehr schwere Kämpfe bereiten wird. Geschlossen sind sie zunächst zu Zwecken der Preisregulirung und der Profitratensteigerung. Der zweite Zweck ist aber der, daß sie Kampforganisationen gegen die Arbeiter werden mußten. (Sehr wahr! Sehr richtig!) Ginge es nach mir, so müßte ein Gesetz erlassen werden, das ebenso wie den Krankenkassenzwang für einen jeden Arbeiter den Gewerkschaftszwang im Interesse der Besserung der Lebenshaltung einführt. (Sehr gut!) Daran ist aber in der Zeit des Zuchthauskurses nicht zu denken. Ich stehe auch in meiner Ansicht über die Bedeutung der Kartelle und Trusts gegenüber der Arbeiterklasse durchaus nicht allein. Schon 1894 äußerte sich Professor Bücher im Verein für Sozialpolitik in Wien über die Unternehmerkoalitionen ganz ähnlich, indem er sagte: „Die nächste Folge der Kartellbildung ist immer und überall eine gewaltige Stärkung der Unternehmer im Kampfe um die Arbeitsbedingungen. In einer kartellirten Industrie steht das gesammte Unternehmerthum wie eine einzige willensstarke Person den Arbeitern gegenüber; diese letzteren können außerhalb des Kartells keine Beschäftigung mehr finden." Und auch ein anderer Forscher auf diesem Gebiet, Dr. Pohle, vertritt ganz dieselbe Ansicht. Aber es sind nicht nur bürgerliche Schriftsteller, die so urtheilen. Die Eheleute Webb, unbezweifelte Freunde der Gewerkschaftsbewegung, sagen in ihrem Buche: „Theorie und Praxis" Folgendes (S. 93). „Wenn dagegen die ganze Industrie in der Hand eines einzigen Großunternehmers liegt oder unter eine kleine Zahl nicht konkurrirender Unternehmer vertheilt ist — besonders, wenn das Monopol in irgend einer Weise gegen neue Partner geschützt ist — dann findet der Gewerkverein, daß seine Methode der gegenseitigen Versicherung und kollektiven Vertragschließung so gut wie nutzlos ist. Das gilt z. B. für die großen Eisenbahngesellschaften des Vereinigten Königreichs und einige der großen kapitalistischen Trusts der Vereinigten Staaten. Gegenüber den unbeschränkten Hilfs-

mitteln, der absoluten Willenseinheit dieser modernen industriellen Leviathane, ist das Viertelmillionsvermögen" — englische Pfunde! — des reichsten Gewerkvereines und das Geschrei von ein- oder zweihunderttausend hartnäckiger und erbitterter Arbeiter so wirkungslos wie Pfeile gegen ein Panzerschiff . . . Wenn der Staat der Unternehmer ist, dann vermag der stärkste und reichste Gewerkverein so wenig seine Forderungen zu ertrotzen, wie der einzelne Arbeiter."

Und weiter sagen sie auf Seite 217 ihres Buches „Theorie und Praxis der englischen Gewerkschaften":

„Die Stellung der Lohnarbeiter wird in den riesigen kapitalistischen Korporationen dadurch verschlechtert, daß es an jeder wirksamen Konkurrenz um ihre Dienste durch rivalisirende Unternehmer fehlt. Der Unterschied in der strategischen Stellung wird so überwältigend groß, daß der Arbeitsvertrag überhaupt aufhört, im wahren Sinne des Wortes ein Vertrag zu sein." (Hört! hört!)

Das sagen Leute, die unzweifelhaft zu den wärmsten und begeistertsten Freunden der Gewerkschaftsbewegung gehören. Was ich mit den Ausführungen will, ist einfach: es ist eine absolute Nothwendigkeit, daß die Arbeiter sich in Gewerkschaften organisiren. Ich habe das bereits vor 30 Jahren ausgesprochen. Aber Angesichts des Bestrebens, die Dinge zu beschönigen, die Kämpfe so darzustellen, als würden sie immer milder, die Verhältnisse so zu schildern, als würden wir in immer leichterer Weise mit ihnen fertig werden, muß doch darauf aufmerksam gemacht werden, was ich wiederholt gethan habe: wir sind noch nicht über den Berg, wir stehen erst vor dem Berg, das Schwerste steht uns noch bevor. Diese Organisationen werden uns kräftige Dienste leisten, aber es wird bedeutend mehr nothwendig werden, als man darzustellen versucht. Es ist für mich selbstverständlich, daß die Gewerkschaften wie die ganze Klassenbewegung an einer gewissen Stelle der Entwickelung mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung einen Kampf auf Leben und Tod zu führen haben. Oder ersetzt das Genossenschaftswesen, was die Gewerkschaftsbewegung von einem gewissen Punkte ab nicht zu leisten vermag? Das Genossenschaftswesen nimmt ebenfalls in der Bernstein'schen Broschüre einen großen Raum ein und es wird ihm eine sehr hohe Bedeutung zugeschrieben. Bernstein geht sogar so weit, daß er die Genossenschaften als Hauptgrundlage der zukünftigen Gesellschaft betrachtet. Allerdings meint er, die Partei als solche solle sich mit der Gründung von Genossenschaften nicht beschäftigen. Darin stimme ich mit ihm überein. Nachdem aber der Parteitag von Berlin 1893 Stellung zu den Produktivgenossenschaften genommen hat und da wir heute zu der Frage Stellung nehmen müssen, können wir der Sache nicht aus dem Wege gehen. Es gab eine Periode, wo der größte Theil der klassenbewußten Arbeiter entschiedene Gegner der Genossenschaften, namentlich der Konsumgenossenschaften waren. Den Bestrebungen von Schulze-Delitzsch gegenüber war es selbstverständlich, daß Lassalle entschieden Stellung zu dieser Frage nahm, und da die Theorie vom ehernen Lohngesetz eine der Grundsäulen seiner ganzen Lehre bildete, so war es nur konsequent, daß er bei aller Anerkennung der Mühe, die sich Schulze-Delitzsch um das Zustandekommen der Genossenschaften gegeben, und der kleinen Vortheile, die dadurch für einige Arbeiterschichten errungen wurden, doch erklärte, daß die Genossenschaften für die Arbeiter nicht in Frage kommen könnten, einmal weil ihr Vortheil auf Grund des ehernen Lohngesetzes in Zeiten der Kriesen sich wieder verflüchtigte, dann, weil die Arbeiter sonst von ihrem Wege abgeleitet und in Dingen ihre Kräfte vergeuden würden, die sie für andere Dinge viel besser verwenden könnten. Nun gab es in der deutschen Arbeiterbewegung zwei Richtungen: die Lassalleaner und die Eisenacher. Wir haben niemals den ablehnenden Standpunkt Lassalles getheilt, auch nicht

Marx, Engels und die Internationale. Kein internationaler Kongreß verlief damals, in dem nicht die Gründung derartiger Genossenschaften befürwortet wurde; ja vom Staate wurde sogar die Ueberantwortung der Domänen zur Exploitirung durch die Arbeiter verlangt. Darüber sind wir hinaus. Wir Eisenacher und später die Partei haben das Genossenschaftswesen nicht begünstigt, wir standen ihm gleichgültig gegenüber. Die Konsumvereine der Leipziger, Dresdener, Zwickauer u. s. w. wurden begründet und haben sich zum Theil sehr gut entwickelt, nehmen es zum Theil mit dem Genter Vorruit in Bezug auf den Umsatz auf, aber keinem unserer sächsischen und sonstigen Freunde, die in den Konsumvereinen eine leitende Stelle einnehmen, ist es bisher eingefallen, zu erklären, diese Genossenschaften müssen die Grundlage, den Embryo der sozialistischen Gesellschaft bilden. (Sehr richtig!) Davon ist bis vor Kurzem nie die Rede gewesen, und ich erkläre mich auch jetzt gegen eine solche Ansicht. Ein gut geleiteter Konsumverein wird 12 pCt. Dividende abwerfen bei einem Jahresverbrauch von 400—500 Mk. pro Arbeiterfamilie. Ein Lohnzuschlag von vielleicht 8 pCt., der sich dadurch ergiebt, ist gewiß ein Vortheil, aber damit ist es auch genug. Anzunehmen, daß durch Konsum- und für die Konsumvereine arbeitenden Produktivgenossenschaften eine Art vorbereitender Umgestaltung von der bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaft stattfinde, zu dieser Höhe der Anschauung vermag ich mich nicht zu erheben. Das ist unmöglich, und ich kann mir auch nicht denken, wie wir auf solche Weise die Großindustrie und den Großgrundbesitz, die Banken u. s. w. in die Hände bekommen sollen; da müssen wir also wohl oder übel die Freßlegende zur Wahrheit zu machen trachten, um den schönen geschmackvollen Ausdruck Bernsteins zu gebrauchen. (Heiterkeit.)

Bernstein sagt: Das sozialistische Kollektiveigenthum wird nicht als Folge oder in Folge der gewaltsamen Aufhebung des kapitalistischen Eigenthums ausgebildet werden, sondern das kapitalistische Eigenthum wird verschwinden, wenn das sozialistische Kollektiveigenthum schon in hohem Grade ausgebildet sein wird. Also er sieht im ausgebildeten Genossenschaftswesen schon sozialistisches Eigenthum. Den als Freßlegende bezeichneten Expropriationsgedanken weist er von der Sozialdemokratie ab. Das widerspreche sowohl der ökonomischen Entwickelung wie dem allgemeinen kulturellen Fortschritt. Für solche Expropriation sei kein Beispiel in der Geschichte vorhanden. Darauf antworte ich: Es giebt auch in der ganzen Geschichte kein Beispiel von einer Bewegung wie die sozialistische. (Sehr wahr!) Ihr ist nichts Aehnliches an die Seite zu stellen. Wo und wann sind aus den untersten Schichten Millionen und Millionen von Arbeitern soweit in ihrer kulturellen und geistigen Entwickelung gekommen, daß sie aus sich selbst den Muth hatten, der ganzen Gesellschaft gegenüberzutreten mit dem ausgesprochenen Zweck, eine von Grund aus umgestaltete Staats- und Gesellschaftsordnung an deren Stelle zu setzen? (Sehr wahr! Sehr richtig!) Wenn insbesondere Bernstein in seiner Broschüre — ich habe das mit Bedauern und nicht zum ersten Male bemerkt, denn schon bei Beginn des Sozialistengesetzes bemerkte ich Aehnliches und jetzt nach 20 Jahren kommt wieder dieser Rückfall — wenn Bernstein in einer nach meiner Meinung für die Arbeiter beleidigenden Weise ausführt, daß sie nicht das Zeug hätten, das zu vollenden, was sie vollenden sollten, daß es ihnen an politischer Reife fehle, so antworte ich ihm, daß die organisirte und klassenbewußte Arbeiterschaft schon bisher überall bewiesen hat und täglich aufs Neue beweist, daß sie an politischer Bildung und Einsicht und Leistungsfähigkeit thurmhoch über das Bürgerthum und seinen Leistungen steht, die dieses in den Revolutionsjahren gezeigt hat. (Stürmischer Beifall.) Halte ich mir die Unfähigkeit des Bürgerthums von 1848 und auch was es vielfach seitdem geleistet hat vor Augen und sehe ich ihm gegenüber die geistige Höhe und Lebensfähigkeit, auf

der das klassenbewußte Proletariat steht, dann ist eine Kritik, wie Bernstein sie übte, nicht am Platze. (Lebhafter Beifall.) Und ich wiederhole auch hier: es scheint, Bernstein hat das Denken verlernt, wenn er leugnet, daß große Expropriationen für die ökonomische und politische Entwickelung der herrschenden Klassen von weltgeschichtlicher Bedeutung waren. Wenn er sagt, für eine ähnliche Expropriation wie wir sie schließlich durchsetzen müssen, gebe es kein Beispiel in der Geschichte, so ist dieses unwahr. Es ist das erstaunlich bei Bernstein, der doch seinen Marx kennen sollte; hat denn Bernstein den gradezu klassischen Abschnitt in Marx' Kapital, Band I, vergessen, überschrieben: „Der Accumulationsprozeß des Kapitals" und kennt er darin den Unterabschnitt nicht unter Ziffer 2, wonach die sogenannte ursprüngliche Accumulation nichts als der Scheidungsprozeß von Produzent und Produktionsmittel ist? Und wie schildert diesen Marx? Als Expropriation des Gemeindelandes, die Einsackung von Wald und Weide, die Verjagung der Bauernschaft von ihrem Grund und Boden, beginnend mit dem 15. Jahrhundert und dauernd bis in dieses Jahrhundert. Ich erinnere ferner an die Einsackung der Kirchengüter, den Diebstahl der Staatsdomänen. Noch zu Anfang dieses Jahrhunderts vertrieb die Herzogin von Sutherland 15 000 ländliche Einwohner von ihrem Grund und Boden und bevölkerte ihn mit 130 000 Schafen? Und das soll keine Expropriation im Großen sein? (Lebhafter Beifall.)

Es ist ein geradezu kindliches Unterfangen, die Dinge so zu malen, daß man versucht, einmal die Partei von ernsten Schritten abzuhalten und dann wieder, daß man die Schwierigkeiten ins Unendliche vergrößert, damit die Partei möglichst langsam vorwärts kommt. Eine Partei, die kämpft, will siegen und dazu braucht sie Begeisterung (lebhafte Zustimmungsrufe), braucht sie Opfermuth und Kampfesfreudigkeit (sehr gut! sehr wahr!) und dieses nimmt man ihr, wenn man nach allen Richtungen hin künstlich die Schwierigkeiten aufthürmt. Wenn man ihr immer sagt, seid vorsichtig, seid artig, seid brave ordentliche Kinder, damit ihr ja nicht das liebe Bürgerthum erschreckt — das Alles klingt doch in einem geradezu unangenehmen Maß durch das ganze Buch, namentlich in seinem letzten Theil. Darin kann sich Bernstein nicht genug thun, uns zu sagen: Ihr seid noch unfähig, Eure Aufgaben zu lösen! Ja, wenn er nur sagen wollte, Ihr sollt studiren, Ihr sollt Euch bethätigen, Euch einarbeiten — aber zum Teufel, thun wir das nicht alle Tage? (lebhafter Beifall) — aber immer darüber philosophiren, was alles für Kleinkram uns noch im Wege stehen könnte, dafür danke ich. (Stürmische Heiterkeit und Beifall.) Wenn das allein unsere Aufgabe wäre, wir nicht auch den Blick in die Zukunft werfen sollten mit der Hoffnung auf endlichen Sieg, dann hätte ich lange die Flinte ins Korn geworfen. (Bewegung.)

Und um nochmals auf die sogenannte Freßlegende zu kommen! Ei zum zum Teufel, was war denn die ganze Reformation? (Stürmischer Beifall.) Wir sind uns doch Alle darüber klar, daß die deutschen Fürsten, die sich gegen Papst und Kirche und für den Luther erklärten, keine ideelle, sondern durchaus materielle Absichten hatten. (Lebhafte Zustimmung.) Die Einsackung der Kirchengüter war die treibende Kraft der Reformation. Und das deutsche Bürgerthum, das mit der Reformation sympathisirte, that es aus Pfaffenhaß; man wollte den üppigen und kostspieligen Kirchendienst, die vielen Feiertage beseitigen, damit man endlich arbeiten und sparen konnte und Kapital sammeln. Von dieser Reformation datirt ja die kapitalistische Periode in Deutschland, die Jahrhunderte lange kapitalistische Entwickelung.

Und weiß denn Bernstein gar nichts mehr von den Bauernkriegen und ihren Folgen, von dem Bauernlegen in allen Kulturstaaten, von dem Einsacken des Gemeindelandes u. s. w.? In Mecklenburg verschwanden vom dreißigjährigen Kriege bis 1848 von 12543 Bauernstellen fast 12000. In Pommern verschwanden von 1628 bis 1812 12000 Bauernhöfe.

Und dann erinnere ich Sie an die großartige Expropriation, die die französische Bourgeoisie vollzog. (Sehr richtig!) Nicht die Köpfung Ludwigs XVI. begründete die Herrschaft des französischen Bürgerthums, nein, es legte durch die Konfiskation der Güter des Adels und der Pfaffen und durch Schaffung kleiner Bauerstellen die Axt an die Wurzeln der feudalen Produktionsweise. (Sehr richtig!) Als 1815 das adelige Gesindel wieder zurückkehrte, da mußte Frankreich ihm 1000 Millionen Franks als Entschädigung zahlen, aber die bürgerliche Gesellschaft hatte festen Boden unter den Füßen und änderte sich nicht, während wir in Deutschland mit unserem bischen Revolution, weil das deutsche Bürgerthum nicht gründlich zu Werke ging, uns heute noch mit dem Feudalismus herumschlagen müssen. (Bravo!) Dann die große Sklavenemanzipation in Amerika. Da waren wohl nach Bernsteins Ansicht ethische Gesichtspunkte maßgebend. (Heiterkeit.) Da war es wohl das Mitleid mit den armen Sklaven. (Heiterkeit.) Für die nordamerikanische Bourgeoisie galt es, die Sklavenwirthschaft zu beseitigen und die Bahn frei zu machen für die moderne kapitalistische Entwickelung. (Sehr richtig!) Tausende von Sklavenbesitzern wurden ihres Eigenthums an Sklaven beraubt. Vom ethischen Gesichtspunkt aus nennt man das ja wohl Diebstahl. (Große Heiterkeit.) Ich kümmere mich aber den Teufel ums Wort, wenn ich den Zweck erreiche. (Lebhafte Zustimmung.)

Sehen wir ferner auf das werdende Italien, das seine heutige politische und wirthschaftliche Existenz auf der Konfiskation des Kirchengutes aufgebaut hat. (Sehr richtig!) Ein paar Tausend Millionen Franks sind da eingesackt worden.

Man hat nicht nöthig, uns zu empfehlen, wir sollten nur „ethische" Mittel anwenden. Parteigenossen, ich sage Euch, an dem Tage, an dem wir in die Lage kommen sollten, die große Expropriation in Deutschland vorzunehmen — es wird ja leider noch ein Weilchen dauern — (Heiterkeit), denn wie auf dem Wege der Genossenschaft die Krupp, die Stumm, die Laurahütte u. s. w., der große Grundbesitz, die großen Banken 2c., in den Besitz der Gesellschaft kommen sollen, das weiß ich nicht — und ich hätte das Glück, dabei zu sein, dann will ich Euch die schönste Rede halten und beweisen, wie wir aus „ethischen" Gründen, aus Gründen des Gemeinwohls, verpflichtet sind, zur Expropriation zu schreiten. (Große Heiterkeit und Beifall.) Also es bleibt bei der Expropriation. Die geben wir nicht auf. (Stürmischer Beifall.)

Wir haben es nicht nöthig, mit Gewalt vorzugehen. Ich habe immer gesagt: schade um jeden Kopf, der bei alle den Auseinandersetzungen fiel. Auf die Köpfe kommt es mir gar nicht an, es kommt mir auf die Sachen an. Ich wünsche im Gegentheil, daß Alle, die es angeht, dabei sind und zusehen, wie gut wir es machen. (Heiterkeit.) Wie wir über die gewaltsame Revolution denken, darüber kann doch in der Partei Niemand im Zweifel sein. Es ist Unsinn anzunehmen, daß auch nur ein einziger Mensch in unserer Partei ist, der Neigung hätte, eine Revolution zu machen, wenn er der Meinung ist, daß er seinen Zweck viel besser, leichter und einfacher erreichen kann. Nicht die Revolutionäre sind es, die die Revolutionen machen, sondern zu alle und jeder Zeit die Reaktionäre. (Lebhafter Beifall.) Schon der große Goethe hat seinem Eckermann gesagt, es sind nur die Regierungen Schuld, wenn die Revolution kommt; und ich könnte Ihnen so ein Dutzend Stellen aus Schriftstellern nennen bis auf den alten Mommsen, der in seiner römischen Geschichte so klassisch ausführt: wenn eine Regierung beweist, daß sie unfähig ist, die Aufgaben zu lösen, die im Interesse der großen Mehrheit der Staatsbürger liegt, dann ist es ein Recht, die Revolution zu machen, dann haben nicht Die Schuld, die in Gewalt sich erheben, sondern Diejenigen, die zur Gewalt provozirt haben. Und, Parteigenossen, von diesem Grundsatz ist bei uns auch das Bürgerthum selber in Deutschland allezeit ausgegangen. (Lebhafter Beifall.)

Als der ehemalige Kommunist und Organisator von Bauernaufständen, unser früherer Parteigenosse und der jetzige Finanzminister Dr. v. Miquel (Heiterkeit), nach seinem Eintritt in das Finanzministerium beabsichtigte, die Vermögenssteuer einzuführen, die sehr mäßig ist, und keine progressive Sätze enthält, da erklärte die „Kölnische Zeitung", man würde genöthigt sein, seine monarchischen Ansichten zu revidiren. (Heiterkeit). Die Bourgeoisie wird morgen republikanisch, wenn es ihr Vortheil ist, sie ist Monarchist heute, weil es ihr noch von großem Vortheil ist. (Sehr wahr! sehr richtig!) Mit welcher brünstigen Liebe blickt nicht die schweizerische Bourgeoisie nach Deutschland und speziell nach Berlin, sie kann garnicht den Augenblick erwarten, bis die Schweiz von Deutschland aufgesogen wird. (Sehr richtig!) Es giebt eben in der Schweiz eine ganze Reihe demokratischer Einrichtungen, die der Bourgeoisie unbequem sind, sie hat auch kein stehendes Heer, das möglicherweise auf Vater und Mutter schießt. Das geht bei der Miliz nicht. (Heiterkeit.) Obgleich unsere Verhältnisse in Deutschland zur Zeit so erbärmlich sind, wie sie erbärmlicher nicht gedacht werden können, nehmen die Schweizer Bourgeois unsere Einrichtungen doch gern mit in Kauf, weil sie sich sagen: Wir haben da eine starke Monarchie, die die Heiligkeit des Eigenthums und nebenbei auch die Heiligkeit der Ehe und Familie aufrecht erhält. (Sehr gut!) Bernstein giebt uns eine ganze Reihe von Rathschlägen, wie wir uns dem Bürgerthum im Allgemeinen gegenüberstellen sollen; sie lauten in der Hauptsache dahin, hübsch artig zu sein, kein hartes Wort zu gebrauchen, das Bürgerthum nicht zu erschrecken. Ich möchte ihm vorschlagen, ein politischer „Knigge" zu werden und eine Schrift über den Umgang mit politischen Gegnern herauszugeben. (Heiterkeit.) Ohne solche Verhaltungsmaßregeln, fürchte ich, werden wir in seinen Augen immer noch schwer sündigen.

Bernstein sagt dann in seiner Schrift: Die Anwendung des Wortes „bürgerlich" sei ein Atavismus oder jedenfalls eine sprachliche Zweideutigkeit. Die Sozialdemokratie wolle nicht an Stelle der bürgerlichen eine proletarische Gesellschaftsordnung setzen, sondern an Stelle der kapitalistischen eine sozialistische. Aber, Genossen, sprechen wir nicht ganz allgemein von unseren Gegnern als von „bürgerlichen Parteien"? Und das ist so in der Ordnung, daß unsere Gegner diese Ausdrucksweise akzeptirt haben. Wir sprechen ja auch nicht von den Befreiungskämpfen des Volkes, sondern des Bürgerthums, obgleich die Arbeiter die Hauptschlachten des Bürgerthums geschlagen haben. Das Jahr 1848/49 war keine Revolutionsperiode des Proletariats, sondern des Bürgerthums, es handelte sich um die Befreiung von all' den Fesseln, die der bürgerlichen Freiheit im Wege standen. Wir drücken mit dem Worte „bürgerlich" zugleich das aus, was uns von den anderen Parteien trennt. Wie immer die einzelnen Glieder dieser bürgerlichen Parteien uns gegenüberstehen, und seien sie noch so liberal oder ethisch ideal, das steht felsenfest, ein Anhänger einer bürgerlichen Partei will die bestehende staatliche und gesellschaftliche Ordnung in Frage stellen lassen, und das ist das Entscheidende. Den bürgerlichen Parteien stehen wir gegenüber als eine *revolutionäre Partei*, insofern als wir bestrebt sind, an Stelle der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung eine von Grund aus anders gestaltete, eine sozialistische, zu setzen, die mit der bürgerlichen unvereinbar ist. Nach dieser Richtung hin müssen wir unter allen Umständen die schärfste Scheidegrenze aufrecht erhalten. Vor Allem müssen wir auch daran festhalten, daß die Umwandlung der bürgerlichen Gesellschaft *nur das Werk der Arbeiterklasse sein kann*, und warum das so ist, steht deutlich im Programm, wo es weiter heißt: *weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziele haben.* Ich denke das ist deutlich. Wie kommt Bernstein dazu,

diesen Satz unseres Programms abgeändert wissen zu wollen? Er sagt sich, die Zahl Derer, die der Arbeiterklasse wohl will, wird mit jedem Tage größer. Aber wie kam es denn, daß das Bürgerthum sich überhaupt um uns kümmerte? Bedenken Sie nur den Jubel, in den die Bourgeoisie ausbrach, als Lassalle starb, weil sie glaubte, daß damit die Arbeiterbewegung zu Ende sei. (Sehr richtig!) Aber die Bewegung breitete sich trotzdem aus, und diese Entwickelung veranlaßte zunächst die Ideologen aus der Bourgeoisie, einmal zu studiren, wie das zuging. Sie fühlten sich gezwungen, Marx, Engels und Lassalle zu lesen, und da mag man nun stehen, wie man will, das muß man zugeben: unsere Gelehrten haben vor der Bourgeoisie voraus, daß sie von dem Klasseninteresse nicht so direkt wie diese berührt werden. (Sehr richtig!) So entstand der Staatssozialismus, der unser Werk war, so wenig das die Gegner auch zugeben wollen. Dann haben wir den Staat gezwungen, uns anzuerkennen. Schließlich haben wir auch den Staat gezwungen, unser Wirken wenigstens theilweise anzuerkennen. Ich erinnere nur an die Thronrede von 1880, worin Kaiser Wilhelm rund heraus erklären mußte: Wir wollen die Sozialdemokratie unterdrücken, aber ihren berechtigten Kern wollen wir anerkennen. Hat etwa auch dies Zugeständniß nur die Gerechtigkeit gemacht? Ja, es hat in unserer Partei — ich schäme mich, es auszusprechen — Leute gegeben, die in den letzten Monaten auf Grund der Reichstagsverhandlungen über die Zuchthausvorlage gesagt haben, es sei bewiesen, wie Recht Bernstein hätte, die Bassermann, die Heyl u. s. w. hätten ihr gutes Herz gezeigt. Und solche Leute nennen sich noch Sozialdemokraten? Das sind Harmonie-Apostel. (Heiterkeit.) Aber haben wir denn jemals einen Mann von uns ferngehalten, weil er seiner sozialen Stellung nach nicht zu uns gehörte? Wir haben heute das Vergnügen, zwei ostpreußische Großgrundbesitzer als Delegirte in unserer Mitte begrüßen zu können, und wir freuen uns, daß es solche weiße Raben giebt. (Heiterkeit.) Wir haben studirte Leute, die keine Proletarier sind, sondern aus Idealismus zu uns gekommen sind. Ich habe stets gesagt, wir brauchen Intelligenzen, je mehr, je lieber, und wenn Jemand als ehrlicher Parteigenosse zu uns kommt, haben wir allen Grund, uns darüber zu freuen. (Beifall.) Aber so groß auch die Zahl dieser Idealisten sein mag, im Vergleich zu der gesammten Partei verschwinden sie, es ist nur eine winzige Hand voll Leute, die obendrein von ihrer eigenen Klasse über die Achsel angesehen, gesellschaftlich geächtet werden und manchmal ein Leid zu ertragen haben, das der Proletarier nicht kennt. (Sehr gut.)

In den Bauernkriegen, an denen, wie schon der Name sagt, die Bauern betheiligt waren, gab es einen Florian Geyer, einen Thomas Münzer, einen Michael Gaismeier, ja sogar einen Götz von Berlichingen. Waren es deshalb keine Bauernkriege? Es ist eben das charakteristische, daß jede unterdrückte Klasse aus den Reihen der herrschenden Klasse ihre Führer bekommt. In der französischen Revolution waren es ein Mirabeau, Syes und andere Vertreter des Adels und der Geistlichkeit. Ist deshalb der Charakter der Revolution kein bürgerlicher gewesen? Nein — und wie steht es mit uns selber? Was sind denn die Lassalle, die Marx, die Engels? Proletarier? Trotzdem ist unsere Bewegung eine proletarische und muß eine proletarische bleiben, wie es Marx und Engels aufs Schärfste gefordert haben, wenn sie nicht zu Grunde gehen solle. (Sehr richtig!)

Bernstein spricht auf Seite 138 seiner Schrift von dem deutschen Bürgerthum, das reaktionärer werde, weil sich alle Elemente von der Sozialdemokratie gleichmäßig bedroht fühlten, die Einen in ihrer materiellen, die Anderen in ihren ideologischen Interessen, ihrer Religion, ihren Patriotismus, in ihrem Wunsche, die Leiden einer gewaltsamen Revolution zu ersparen. Darauf also sollen wir Rücksicht nehmen. Darauf antworte ich: Wenn die Anhänger der bürgerlichen Gesellschaft so dumm sind, daß sie meinen, wir wollten gewaltsame

Revolution machen und mit unseren Schädeln durch die Wand rennen, dann sind wir für diese Dummheit nicht verantwortlich. (Sehr gut! sehr richtig!) Daß sie sich aber in ihren materiellen Interessen durch uns bedroht fühlen, das ist wahr; wenn wir das verschweigen wollten, würden wir ja heucheln und das wäre doch unethisch! (Heiterkeit.) Und was sind denn die ideologischen Interessen der Bourgeoisie! Eben so viele Kappzäume für die Arbeiterklasse! (Sehr richtig!) Der Bourgeois ist im Grunde seines Herzens genau so atheistisch wie es einer unter uns sein kann. Wenn er jetzt in die Kirche läuft, so aus Angst vor uns und um die Arbeiter mit dazu zu verleiten, daher die steigende Verdummung in der Schule. (Sehr richtig!) Die Vaterlandsliebe? Ach, wir haben eine viel idealere Vaterlandsliebe. (Beifall.) Alle diese ideologischen Interessen sollen wir also nicht anrühren. Ja, wißt Ihr Parteigenossen, was das heißt? Das heißt, wir sollen Alles aufgeben, was unser Wesen ausmacht, was wir bisher in der Agitation vertreten haben. (Lebhafte Zustimmung.) Ich mache kein Hehl daraus: an dem Tage, wo solche Grundsätze, wie sie hier Bernstein vertritt, in der Partei zur Geltung gekommen sein sollten, erkläre ich: Du hast 36 Jahre umsonst gearbeitet, jetzt gehst du und lebst in beschaulicher Ruhe. Das ist die Schreibweise Eugen Richters! (Lebhafte Zustimmung.) Es ist traurig, daß wir auf unserem Parteitag unsere Zeit durch Auseinandersetzungen über Dinge uns rauben lassen müssen, die wir uns längst an den Kinderschuhen abgelaufen haben. Ist denn das Bürgerthum in seinen Befreiungskämpfen anders verfahren als wir? Gegen die Dichtungen der vormärzlichen bürgerlichen Dichter ist Alles, was unsere Dichter sagen, ein Kinderspiel. (Sehr richtig!) Greift ja nicht die Religiosität an, mahnt man uns; ich kann nur sagen: wir thun dagegen, daß die Religion zu Verdummungsbestrebungen benutzt wird, nicht zu viel, nein zu wenig, auf diesem Gebiete müßte unsere Presse sehr viel mehr thun. (Sehr gut!)

Merkwürdig sind die Anschauungen, die Bernstein über Liberalismus und Bürgerthum entwickelt; die Demokratie sei negativ ausgedrückt die Abwehr einer Klassenherrschaft, und so weiter auf Seite 122, 126, 130. Auf Seite 129 heißt es: „Die Parteien, die sich den Namen Liberal zulegten, waren oder wurden im Verlaufe reine Schutzgarden des Kapitalismus. Zwischen diesen Parteien und der Sozialdemokratie kann natürlich nur Gegnerschaft herrschen. Was aber den Liberalismus als weltgeschichtliche Bewegung anbetrifft, so ist der Sozialismus nicht nur der Zeitfolge, sondern auch dem geistigen Gehalt nach sein legitimer Erbe." Der letzte Satz widerspricht allem Vorhergehenden in der schärfsten Weise, und ich kann mich hierüber sehr kurz fassen. Wie kommt Bernstein in aller Welt dazu, in seinem Buche in der philosophisch unklarsten und widerspruchvollsten Weise lange Auseinandersetzungen über liberal und demokratisch zu machen und dann zu erklären, zwischen diesen Parteien und der Sozialdemokratie kann natürlich nur Gegnerschaft herrschen? Ei, da brauchte er nur alle die Seiten seines Buches fortzulassen und nur diesen Satz zu schreiben, da wären wir einig; da wären alle die Konfusionen nicht entstanden. Seine philosophischen Auseinandersetzungen sind grundfalsch; auch die philosophischen Ideen kommen nicht etwa vom Himmel herunter, sondern sie sind die Widerspiegelung der wirklichen, der materiellen Verhältnisse. Der Liberalismus gilt allezeit und allerorts als der politische Repräsentant des Bürgerthums und der Sozialismus wird ihm strikte entgegengestellt als der politische Repräsentant der Arbeiterklasse; das ist der klare Ausdruck der Klassenintereſſen, die beide gegeneinander repräsentiren. (Sehr richtig!) Gerade weil die liberalen Parteien die Schutzgarden des Bürgerthums sind, wollen wir mit ihnen kein Bündniß haben, um den Klassenkampfcharakter der Bewegung nicht zu kompromittiren. (Sehr richtig!) Es ist in den letzten Tagen viel von Opportunismus die Rede. Da will ich sagen:

bis zu einem gewissen Grade sind wir Alle Opportunisten. (Sehr richtig!) Keiner will morgen auf die Barrikaden steigen. Der Streit ist über das Maß dessen, was wir erreichen können, und da werden wir immer streiten. Es werden immer Fragen auftauchen, wo wir nicht einig sind, wo wir streiten, sollen wir soweit gehen oder soweit. Das habe ich schon in Erfurt ausgeführt und darum kommen wir nicht herum, so lange wir in der bürgerlichen Gesellschaft leben. Später einmal, wenn die Sozialdemokratie die herrschende Partei wäre und ihre gesellschaftlichen Einrichtungen träfe — streiten wir uns erst recht (lebhafte Zustimmung) und zwar selbstverständlich, weil Einer klüger sein will als der Andere und es vielleicht auch ist. Wir streiten uns auch in unseren Vereinen um die beste Art der Verwaltung, um die besten Persönlichkeiten. Also Meinungsverschiedenheiten wird es immer geben; was würde das für eine langweilige Gesellschaft, wo sie nicht wären! (Heiterkeit und Beifall.) — Da wollte ich lieber morgen sterben oder gehe zu den Botokuden, von denen ich doch annehme, daß ich bei ihnen Opposition finden würde. (Heiterkeit.) Was nothwendig ist, ist, daß wir einen gemeinsamen Boden haben, gemeinsame Grundanschauungen über die bürgerliche Gesellschaft einerseits, über die sozialistische andererseits; wo das nicht der Fall ist, da hörte freilich eine Verständigung auf.

Aber, Parteigenossen, aus dieser seiner philosophischen Auffassung von Liberalismus und Demokratie, von dem eigenartigen liberalen Bürgerthum, das nach seinem eigenen Geständniß gar nicht existirt, ist Bernstein logisch dazu gekommen, zu sagen, wir sollen uns demokratisch-sozialistische Reformpartei nennen, d. h. unseren Namen ändern. Das ist durchaus logisch nach dem, was er über die Lebensfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft, über die Möglichkeit, mit ihr zu paktiren, über die Vielen, die uns wohlwollten, über die Abschwächung des Klassenkampfes u. s. w. sagte. Das zeigt am besten, wie weit Bernstein von unseren Anschauungen sich entfernt hat. Das hat bisher Niemand gewagt zu sagen und der Partei vorzuschlagen. Ich sage noch einmal, wir sind im Wesen eine revolutionäre Partei. Das schließt nicht nur aus, das schließt ein, daß wir Reformen nicht zurückweisen, wo wir sie bekommen können. Das beweist unser Programm; es zerfällt nicht umsonst in einen prinzipiellen und einen praktischen Theil. (Sehr gut! Sehr richtig!)

Man hat mancherlei übertrieben. Gewiß haben wir uns gestritten über die Bedeutung des Parlamentarismus. In der Fraktion ist heftig gekämpft worden, wie weit wir uns am parlamentarischen Leben betheiligen sollen, ob wir für oder gegen ein Gesetz stimmen sollten. So war es jüngst noch beim bürgerlichen Gesetzbuch. Ein Theil wünschte, daß wir dafür stimmen sollten, die Mehrheit der Fraktion aber war dagegen.

Trotz aller dieser Kämpfe haben wir vom Jahre 1867 ab Anträge im Parlament gestellt und sind auch in Kommissionen eingetreten, wie auch 1869 in die Gewerbeordnungskommission des Reichstages. Auch unter dem Sozialistengesetz sind wir praktisch thätig gewesen. Ich verweise auf unsere so zahlreichen Anträge zum Kranken-, Unfall- und Invalidengesetze hin. Es ist nicht wahr, wenn gesagt wird, wir hätten keine praktische Thätigkeit entfaltet. Unsere Thätigkeit hat die bürgerlichen Parteien gezwungen, uns Konzessionen zu machen. Das hat Bismarck 1885 meinem Freunde Auer gegenüber im Reichstag öffentlich zugegeben. Bernstein redet viel von der Nothwendigkeit der Demokratisirung des Staates. Ja freilich ist es nöthig. Wofür reden wir uns denn die Lungen wund. (Sehr richtig!) Aber wo ist denn in Deutschland seit zwanzig Jahren ein einziger großer politischer Fortschritt geschehen? (Sehr richtig.)

Ist das Wahlrecht, das Vereinsrecht besser geworden? (Nein!) Wir haben die Wahlrechtsverschlechterungen in Sachsen, die Gemeindewahlrechts-

verschlechterungen in Meiningen gehabt. Und wenn es in Bayern zu einer Wahlreform kommen sollte, so sage ich Euch, sie würde nicht kommen, wenn sie den Klerikalen nichts nützte! (Sehr gut!) Wenn es ohne Verrath an unseren Prinzipien und ohne Schaden für unsere Taktik geschieht, habe ich nichts gegen momentane Bündnisse mit bürgerlichen Parteien. Warum sollen wir nicht nehmen, was wir erhalten können? Ein, zwei tüchtige Kerle, ein paar Generalhechte in dem Karpfenteich, die bei den Hauptfragen das Wort nehmen, das genügt und wirkt. Wir haben ja gesehen, was es 1871 im Reichstag nutzte. Wir können in den Landtagen über eine Anzahl von sehr wichtigen Fragen sprechen, über die wir im Reichstag nicht sprechen können. Das habe ich als einen Vortheil betrachtet, den wir erreichen können und daher will ich erklären, daß ich den bayrischen Genossen aus ihrem Verhalten in der neuesten Phase keinen Vorwurf mache. So ausgesprochen, ist es vielleicht etwas zu viel gesagt Unsere bayrischen Genossen sind in einer Zwangslage gewesen. Wir sind in Deutschland überhaupt in einer bösen Lage, wir leben nicht in einem Einheitsstaat, in einem vergleichsweise demokratischen Staate wie Frankreich. Hätten wir in unseren sechsundzwanzig Staaten und Stätchen das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht, dann hätten wir gar keine Debatten über unsere Taktik. (Sehr wahr!) Aber man hält uns die Thüren zu, da gilt es, auch ein unangenehmes Mittel zu nehmen, wenn es einen Durchschlupf für uns giebt. Wenn ich den bayrischen Genossen trotzdem einen Vorwurf mache, so ist es der, daß sie die Position, in die sie durch die Urwahlen gekommen waren, nicht in der richtigen Weise ausnutzten, sondern in dem Eifer, möglichst viel Mandate zu bekommen, etwas Anderes unterließen, was ich unter Umständen für wichtiger halte als ein paar Mandate; daß sie den Stuttgarter Beschluß nicht insofern respektirten, daß sie gegenüber einer so an Zweideutigkeiten und Hinterlistigkeiten reichen Partei wie die Zentrumspartei erklärten, wir geben euch unsere Stimmen, aber seid so gut und verpflichtet euch zu bestimmten Konzessionen in der Wahlrechtsfrage. Wenn nun das Verhalten der bayrischen Genossen als ein taktischer und prinzipieller Fehler erklärt wird, dann durfte im vorigen Jahre der Stuttgarter Parteitag nicht mit an Einstimmigkeit grenzender Majorität eine Resolution annehmen, die alle diese sogenannten prinzipiellen Verstöße im Voraus gutgeheißen hat. (Sehr gut!) Ist das Parteiverrath, dann durfte man auch nicht provisorisch und ausnahmsweise den Parteiverrath gutheißen. Es wäre auch inkonsequent, wenn wir in Bayern tadeln wollten, was unsere badischen Genossen schon vor zwei Jahren vor aller Welt gethan haben, ohne daß ein Hahn danach gekräht hat, und was zu thun sie jetzt wieder auf dem Sprunge sind. (Sehr richtig!) Aber ich sage noch einmal: in dieser Beziehung ist nichts Unrechtes geschehen.

Ich will nun in meiner Resolution nach dieser Richtung hin möglichst Kautelen schaffen. Etwas Neues sagt sie in dieser Beziehung nicht. Wenn wir ein Zusammengehen von Fall zu Fall mit bürgerlichen Parteien nicht ablehnen, so wird dadurch unser Ziel und unsere prinzipielle Haltung in k e i n e r Weise beeinträchtigt. Unser ganzes Bestreben ist ja darauf gerichtet, die Lage der Arbeiterklasse so viel wie möglich zu heben und das Maß ihrer politischen Rechte zu erweitern, um sie dadurch kampffähiger zu machen für unsere großen Bestrebungen.

Die Resolution sagt ferner, daß in der Bekämpfung des Militarismus zu Wasser und zu Land und der Kolonialpolitik die Partei auf ihrem bisherigen Standpunkt beharrt. Auch da spricht sich Bernstein im höchsten Maße widerspruchsvoll und unklar aus und trägt nur dazu bei, Verwirrung in unseren Reihen hervorzurufen.

Was ich aber ganz besonders zu tadeln habe, das ist, ich wiederhole es, daß Bernstein uns förmlich Angst vor dem Siege macht, daß er ihn uns

quasi zu verekeln sucht; daß wir eines schönen Morgens aufwachen und uns mitten in der sozialen Republik finden, glaubt Niemand; aber es ist eine ganz verkehrte Taktik, der Partei den Opfermuth, die Begeisterung, die Opferfreudigkeit, alles das, was der Kampf im höchsten Maße braucht, durch möglichstes Hinausrücken des Zieles ins Unendliche zu nehmen und alles aufzubieten, um durch Einführung künstlicher Schwierigkeiten den Glauben an die Möglichkeit des Sieges entgegenzuwirken. Was insbesondere den so viel hervorgehobenen Mangel an Intelligenz betrifft, so sage ich Euch Parteigenossen, wenn wir wirklich einmal in die Lage kämen, die Zügel in die Hand zu bekommen, ist es mir um die Intelligenz nicht bange. (Heiterkeit. Sehr wahr.) Was will denn die Intelligenz machen, die in den bürgerlichen Reihen sich bethätigt? Glaubt Ihr, die Beamten, die Techniker, die Ingenieure 2c. werden streiken, bei uns nicht mitthun wollen, wenn wir ihnen eine anständige Behandlung und eine bessere Bezahlung versprechen? (Heiterkeit und Beifall.) Ich sage Euch, es giebt sogar eine Menge Geheimräthe, die dann zu uns kommen, vielleicht sogar Minister. (Heiterkeit.) Die Büreaukratie ist nur die Leiterin der Maschinerie; nun gut, diese Maschinerie werden wir natürlich anders einrichten, aber dann geht sie auch besser wie zuvor. Alles in Allem haben wir in keiner Weise Grund, unsere Grundanschauungen, unsere Taktik, unseren Namen zu ändern. Ich fasse meine Rede in dem Satz zusammen: Wir bleiben, was wir bisher waren. Ich bitte, nehmen Sie meine Resolution möglichst einstimmig an. (Stürmischer Beifall.)

Singer theilt einen Antrag mit, das Bebel'sche Referat in Broschürenform zum Selbstkostenpreise herauszugeben. Er schlägt vor, die Beschlußfassung vorzubehalten, da eventuell die Verbreitung der gesammten Verhandlung in dieser Weise angebracht wäre.

David-Mainz: Parteigenossen! Bernstein ist in einer unangenehmen Lage, er kann nicht hier sein, dadurch ist er von vornherein benachtheiligt. Darum sollte es jedenfalls vermieden werden, ihn persönlich als Mensch und Genosse anzugreifen. Das sind wir ihm schuldig, und diese Rücksicht habe ich verschiedentlich bei Bebel vermißt. (Lebhafte Zustimmung, vereinzelter Zuruf: im Gegentheil!)

Niemand wird jede einzelne Behauptung Bernsteins zu der seinigen machen; aber es gilt, Bernstein in seiner Grundauffassung zu decken. Ich gehöre zu Denen, die Bernstein in seinen wesentlichen Anschauungen zustimmten. Ich habe den Muth, das zu sagen auch nach dem Referate Bebels. Ich würde nicht diesen Muth haben, wenn Alles zutreffend wäre, was Bebel als Anschauungen Bernsteins hingestellt hat. Ich werde den Beweis liefern, daß er in Verschiedenem denn doch sehr weit in der Darstellung des Bernsteinschen Standpunktes vorbeigegriffen hat.

Ich will die positive Seite der Bernsteinschen Darlegungen in den Vordergrund meiner Betrachtungen rücken, im Gegensatz zu Bebel, der mehr die negative Seite betont, mehr gezeigt hat, was er uns nimmt, als was er uns giebt. (Zustimmung.) Denn Bernstein giebt uns in der That etwas. Diese Seite will ich voranstellen und ich hoffe, daß es mir so gelingen wird, doch nachzuweisen, daß ein einheitlicher Grundgedanke im Bernsteinschen Buche vorhanden ist, das durchaus nicht so verworren und unklar ist, wie hier gesagt worden ist. Wenn Jemand mit neuen, differenzirten Ideen auftritt, dann ist der erste Effekt der, daß das Gros der Anhänger des Alten nur die Kritik sieht, die er am Alten übt, und für das Neue noch keine Apperzeptionszentren besitzt.

Ich wende mich sofort der Hauptfrage und, wie die Gegner meinen, der für Bernstein kitzlichsten Frage zu: „Wie kann sich Jemand noch einen

Sozialisten, noch einen Sozialdemokraten nennen, der die Anschauungen Bernsteins theilt?

Man hat gesagt, eine Menge Widersprüche seien im Bernsteinschen Buche enthalten. Den größten Widerspruch aber hat man darin gefunden, daß sich Bernstein noch für einen Sozialdemokraten halte. Die prägnanteste Antwort hat Parvus gegeben, als er Bernstein „Apostata“, den Abtrünnigen nannte. Der Ausdruck stammt aus den Kirchenkämpfen. Apostata ist der vom Glauben Abtrünnige. Die Wahl dieses Ausdrucks zeigt den Geist dieser Art von Kritik. Genosse Stern in Stuttgart hat geschrieben:

„Eduard Bernstein ist kein Sozialdemokrat mehr. — Das zu verhehlen wäre Thorheit! .... Ja, mit unverkennbarer herostratischer Animosität wirft er den kritischen Feuerbrand in den Tempel des Marxismus und läßt keinen Stein auf dem anderen.“

Im heitersten Gegensatz dazu sagt der „Vorwärts“ (Nr. 74, Leitartikel), wenn die Kritiker in den bürgerlichen Blättern sich die Mühe gegeben hätten, die Schrift genau zu lesen, so würden sie entdeckt haben, „daß das Fundament und „Endziel“ der sozialdemokratischen Partei: die Umwandlung aller Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigenthum und die gesellschaftliche (sozialistische) Organisation der Produktion von Bernstein garnicht angetastet wird“.

Dann erschien Bernsteins bekannter Artikel im „Vorwärts“, in dem Bebel „endlich“ die Anerkennung des Klassenkampfes fand. Dieser Artikel aber hatte vier Monate in der Redaktion der „Neuen Zeit“ gelagert. (Hört! hört!) Da darf man nicht von „endlich“ reden. Und nun fand Liebknecht — vergleichen Sie seine jüngste Schrift „Kein Kompromiß, kein Wahlbündniß“ —: daß „die Bernsteinsche Bußschrift die feierliche Verleugnung der sozialdemokratischen Prinzipien“ sei. Und Seite 18 findet er, daß Bernsteins Angriffe „auf den Umsturz der Grundlagen unserer gesammten Weltanschauung hinauslaufen“. Wenn die Gegner Bernsteins sich in solchen Widersprüchen bewegen, dann sollte man doch nicht so thun, als ob nur auf Bernsteins Seite die „Widersprüche“ seien. Das Allerdrolligste aber ist Folgendes: Nachdem sich Liebknecht zu den Anschauungen Sterns durchgemausert hatte, hatte sich Stern wieder zurückgemausert. (Heiterkeit.) Er erklärte im „Hamb. Echo“ (23. September): „Aufgabe des Parteitages ist: mit der Anerkennung der Sozialisirung der Produktion hat er sich voll auf den Boden der Partei gestellt und wir haben ihn wieder als guten Sozialdemokraten anzuerkennen. Dies zu erklären, erachten wir als Gebot der Loyalität gegen einen um die Partei verdienten Genossen.“ (Heiterkeit.)

Die Frage, ob Bernstein Sozialist ist oder nicht, liegt also nicht so einfach. Und nun gehe ich sofort aufs „Endziel“ los und stelle es in den Mittelpunkt meiner Betrachtung. Der Abschnitt 5 unseres Programms stellt unser Endziel nach zwei Richtungen hin fest, und zwar in der Richtung auf die Produktion und auf die Distribution, die Zutheilung der Güter. Es heißt da: In der ersten Hinsicht fordern wir also die Aufhebung des privaten Eigenthumsrechtes an den Produktionsmitteln, in der zweiten die Ersetzung des kapitalistischen Tauschverkehrs durch eine sozialistische Vertheilung der Produktenmenge. Das ist das ökonomische Prinzip des Sozialismus. Bernstein hat dies ökonomische Prinzip unter Ableitung von socius, Genosse, als „genossenschaftliche“ Ordnung der Produktion und Distribution zu definiren gesucht. Ich halte die Definition für unglücklich, schon deshalb, weil sie zu Mißverständnissen führen kann. Wenn die Menge der Parteigenossen diese Bezeichnung hört, dann denkt sie an Genossenschaften und sagt: Er ist also ein Genossenschaftler und weiter nichts. Der Ausdruck kann zu einer zu engen Auffassung führen. Ich will sagen, was ich unter dem sozialistischen Prinzip verstehe. Man könnte es die „gesellschaftliche“ Ordnung des Produktionsprozesses nennen. Am deut-

lichsten kann man den Gedanken im Gegensatz zu dem heute herrschenden Zustand, wo ein Individuum die entscheidende Gewalt im Produktionsprozesse hat und sich den Mehrwerth aneignet, präzisiren. Das sozialistische Prinzip will eine Einrichtung, bei der jede private Aneignung von Mehrwerth unmöglich wird.

Sozialist ist also Jeder, der sich zu diesem Prinzip bekennt. Wer sich nicht hierzu bekennt, ist kein Sozialist. Zu diesem Prinzip aber bekennen sich auch Bernstein und seine Anhänger in der Partei.

In unserem Programm wird dagegen nicht verlangt, daß man etwas Bestimmtes glaubt über die Zeit, wann dieses sozialistische Prinzip zur Durchführung gelangt. Darüber wird im Programm nichts gesagt. Die Parteigenossen können verschiedener Meinung darüber sein, ob 20, 50, 150 oder 500 Jahre vergehen werden, bis das sozialistische Prinzip sich durchsetzt. Bebel hat Bernstein vorgeworfen, daß er immer sage: „Langsam voran! langsam voran!" Es ist ganz gut, daß es in der Partei Leute giebt, die nicht glauben, es geht von heute auf morgen. Bebel hat heute gesagt: der Berg kommt noch. Eigentlich sollten wir nach seiner früheren Prophezeiung schon seit Jahresfrist über den Berg hinüber sein. (Große Heiterkeit! Ruf: Der Berg ist gewachsen! Erneute Heiterkeit.)

Unser Programm enthält nur eine relative Zeitbestimmung. Im Abschnitt 7 heißt es, daß wir, bevor wir das sozialistische Wirthschaftsprinzip einführen, erst die politische Macht erobert haben müssen. Dieser Gedanke kehrt überall wieder, bei Frau Luxemburg, bei Ledebour, bei Kautsky. Dasselbe drückt auch Bebel in seiner Resolution aus. Wir sollen die politische Macht erobern und „mit Hilfe derselben" die Produktionsmittel vergesellschaften.

Nun will ich einmal annehmen, es gäbe Jemand, der da glaubt, die Arbeiterklasse könne schon vorher den Sozialismus durchführen. Wäre der kein Sozialist? (Ruf: Kein Sozialdemokrat!) Ich glaube doch! Wenn das den Sozialisten ausmacht, daß er sich zum sozialistischen Wirthschaftsprinzip bekennt, dann kann Der nicht ausgeschlossen sein, der sich schon jetzt dazu bekennt. Es giebt solche Leute, die da sagen, wir können durch das Genossenschaftswesen den kapitalistischen Staat von innen heraus verschlingen. Das sind die Nur-Genossenschaftler. Ich gehöre nicht zu den Genossen, die das glauben; ich meine auch, Bernstein ist nicht der Ansicht. Man hat bekanntlich an diesem Punkt dem Marxismus einen Widerspruch gegen die materialistische Geschichtsauffassung nachgewiesen. Die materialistische Geschichtsauffassung lehrt, daß die wirthschaftliche Gewalt die Voraussetzung für die politische Gewalt ist. Kautsky ist dieser Auffassung mit dem Argument entgegengetreten, daß er sagt, unter ökonomischer Gewalt brauche man nicht zu verstehen, daß das Proletariat schon vorher Besitzer der Produktionsmittel sein müsse; es habe auch dann die ökonomische Gewalt, wenn es im Produktionsprozeß unentbehrlich sei. Ich glaube nicht, daß dies Argument sehr glücklich ist, denn in dem Sinne waren auch die leibeigenen Bauern unentbehrlich in der feudalen Produktion, sonst wären die Ritter verhungert, und auch die Sklaven des Alterthums waren „nothwendige Produktionsfaktoren". In diesem Sinne hat von jeher die arbeitende Klasse die ökonomische Macht gehabt. Doch das nur nebenbei. Ich müßte, um dem Problem näher zu treten, die materialistische Geschichtsauffassung erörtern und das will ich hier nicht.

Es giebt noch eine dritte Möglichkeit, wie man sich die Sache vorstellen kann, und diese Möglichkeit vertritt Bernstein. Er sagt: Es ist falsch, zuerst die politische Gewalt und dann die wirthschaftliche zu erobern; auch das Umgekehrte ist falsch, es müssen vielmehr beide Bestrebungen gleichzeitig nebeneinander hergehen, sich gegenseitig bedingend, sich gegenseitig stützend. In dieser Weise wird dermaleinst das „Endziel" erreicht werden.

Wenn Sie das festhalten, werden Sie Manches bei Bernstein selbstverständlich finden, was man ihm als Todsünde angerechnet hat. Sie werden plötzlich den Satz: „Das, was man gemeinhin Endziel nennt, ist uns nichts, die Bewegung Alles" in einer ganz anderen Beleuchtung sehen. Wenn Jemand in der Bewegung nicht nur das Demokratisirungsprinzip erblickt, sondern auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaft bereits den Sozialisirungsprozeß, und er sagt dann, die sozialistische und die demokratische Bewegung, die wir in unserem Namen vereinigen, ist mir die Hauptsache; was man gemeinhin Endziel nennt, der Vorstellung von einer mit einer gewissen Plötzlichkeit aufgerichteten sozialistischen Gesellschaft aber lege ich minderen Werth bei, so gewinnt die Sache doch einen anderen Sinn. Jedenfalls darf man dann nicht ohne Weiteres einfach erklären, Bernstein sei ein bürgerlicher Demokrat, der sich mit Reformen begnügt und auf das Sozialistische in der Bewegung verzichtet.

Nun wendet man ein, es sei nicht möglich, auf dem Boden des Gegenwartsstaates dem sozialistischen Prinzip zum Siege zu verhelfen. Bernstein sagt, es ist doch möglich; und ich sage mit ihm, es ist möglich! Ich fürchte mich auch nicht, deshalb den Vorwurf eines „Dummkopf" oder „verschwommenen Menschen" mir zuzuziehen, oder wie sonst die schönen Invektiven heißen, die man gegen uns „Opportunisten" geschleudert hat. Man muß sich eben an Alles gewöhnen. Der beste Beweis, daß schon heute das sozialistische Wirthschaftsprinzip siegen kann, ist die Thatsache, daß sich jener Prozeß ja schon vor unseren Augen abspielt; nicht etwa blos in dem Sinne, daß der Kapitalismus die Vorbereitung für eine gesellschaftliche Organisation der Produktion bildet, sondern in dem wirklichen Sinne, daß heute schon das Eigenthum an Produktionsmitteln aufgehoben wird, daß das kapitalistische Recht und die kapitalistische Macht im Produktions- und Distributionsprozeß beseitigt wird.

„Aber wir heben doch kein Privateigenthum auf", wird man mir da einwerfen, „wir expropriiren doch nicht." Ja, wir thun es doch! Was heißt denn Eigenthum? Das heißt eine Hand voll Rechte, die mir erlaubt, mit einem Ding zu machen, was ich will. Eigenthum an Produktionsmitteln bedeutet, daß ich damit beliebig schalten und walten kann. Wenn Sie das ins Auge fassen, so werden Sie mir zugeben, daß man sich eine Expropriation nicht nur in dem äußerlichen Sinne vorstellen kann, Jemand etwas wegzunehmen, sondern man kann ihm sein Eigenthum auch dadurch wegnehmen, daß man ihm ein Recht der Verfügung über die Produktionsmittel nach dem anderen beschneidet, ihn gewissermaßen von innen heraus enteignet, sein Eigenthumsrecht aushöhlt. In diesem Sinne wird allerdings die Expropriation schon auf dem Boden der heutigen Gesellschaft vor sich gehen können. Natürlich nicht auf einmal, denn eine solche Enteignung hat sich nie auf einmal vollzogen. Wenn eine politische Expropriation stattfand, so war in der Regel schon das Eigenthum an den zur Expropriation gelangenden Objekten innerlich erschüttert.

Bernstein meint ja nur, wenn man nicht schon vorher von innen heraus das kapitalistische Eigenthum beschränkt hat, so kann man nicht mit einer plötzlichen politischen Handbewegung die endgiltige Expropriation vollziehen. Was bekäme man, sagt er, wenn man die Maschinen ꝛc. einfach wegnimmt? Man bekäme die leeren Hülsen in die Hand. Daraus ersehen Sie, daß Bebel Bernstein falsch aufgefaßt hat. Wenn heute z. B. dem Kapitalisten durch Gesetz die freie Verfügung über die Anwendung seiner Maschinen entzogen, wenn ihm verboten würde, sie 24, 12, 6, 3 oder noch weniger Stunden hindurch laufen zu lassen, so wäre das letztere in der That eine Expropriation. Durch jede Verkürzung der Arbeitszeit in Folge gesellschaftlichen Machtgebots verliert der Kapitalist einen Theil seines Eigenthums am Produktionsbetrieb. Ebenso,

wenn ich ihm verbiete, in jedem beliebigen Raum laufen zu lassen, oder wenn bezüglich der Verwendung von Frauen und Kindern an diesen Maschinen Einschränkungen gemacht werden.

Wir haben ja auch als politische Partei schon längst erkannt, daß man die Expropriation der Kapitalisten schon heute vollziehen kann, natürlich immer nur stückweise. Wir haben doch Forderungen im zweiten Theil des Erfurter Programms aufgenommen, die keineswegs politischer, sondern wirthschaftlicher Natur sind und sich auf die Einschränkung des kapitalistischen Eigenthumsrechtes beziehen. Wir haben selbst Eingriffe in die Verhältnisse der Lohnauszahlung dort formulirt, indem wir das Verbot des Trucksystems fordern. Und nicht nur wir haben das gethan, auch Marx spricht mit klaren Worten aus, daß er glaubt, daß das sozialistische Wirthschaftsprinzip schon auf dem heutigen Boden siegen kann. Er nennt die Einführung der Zehnstundenbill den Sieg eines Prinzips; des Prinzips, welches besagt, der Privateigenthümer hat nicht das Recht, mit seinen Produktionsmitteln zu thun, was seinen Interessen entspricht, sondern es ist eine gesellschaftliche Macht da, die ein gesellschaftliches Recht auf die Produktionsmittel hat und dies in der Weise ausüben kann, daß sie dem Kapitalisten einen Theil seines Verfügungsrechtes über die Produktionsmittel nimmt.

Daß diese Auffassung der Grundgedanke des Bernstein-Buches ist, beweist der Umstand, daß er diesen Satz als Motto auf das Titelblatt seines Buches gesetzt hat. Mit einem Motto giebt der Verfasser gewissermaßen eine Eselsbrücke zum Verständniß seines Buches. Es ist bedauerlich, daß seine Kritiker das so wenig berücksichtigt haben.

Die Berechtigung, im Parlament mitzuarbeiten, hat sich unsere Partei ja auch erst erringen müssen gegen eine Opposition, die da sagte: Auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung ist eine Sozialisirungsmöglichkeit ausgeschlossen; was thut Ihr also im Parlament? Darauf erwiderten die Anhänger des Parlamentarismus: Wir wollen in erster Linie die Parlamentstribüne zur Agitation gewinnen, wir wollen das Proletariat dadurch erziehen und zum Bewußtsein seiner Lage bringen. Mehr und mehr wuchs dann die Auffassung, daß die parlamentarische Thätigkeit auch eine positive Bedeutung habe, und der Eifer, mit dem unsere Genossen im Parlament für die wirthschaftlichen Forderungen eingetreten sind, beweist ja, daß man nicht blos eine agitatorische Wirkung im Schilde führte, sondern daß man mehr und mehr fühlte, daß auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaft schon ein Stück Sozialismus verwirklicht werden kann. Es giebt allerdings auch noch Gegner dieser Auffassung, wie die Genossin Rosa Luxemburg, die heute noch verdammt niedrig vom Parlamentarismus denkt. Sie spricht in ihrer Polemik gegen Bernstein von dem „Hühnerstall des bürgerlichen Parlamentarismus". Nun, wenn sie in die Lage käme, gewählt werden zu können, sie würde es wohl sicher ablehnen, dort ihre sozialistischen Eier niederzulegen. (Große Heiterkeit.)

Im gewerkschaftlichen Kampf gehen wir noch weiter in der schrittweisen Ueberwindung, Durchsetzung und Ersetzung des individuellen Eigenthumsrechtes durch kollektivistisches Recht. Der gewerkschaftliche Kampf ist ja der reinste Ausdruck des Klassenkampfes; darauf hat Bernstein von Anfang an hingewiesen, und das sollte ihm doch den Vorwurf ersparen, daß er nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehe. Wer so der gewerkschaftlichen Bewegung eine höhere Bedeutung beimißt, als man es von anderer Seite zu thun pflegte, von dem kann man doch nicht sagen, daß er den Klassenkampf verleugnet. Wenn Sie heute eine Resolution annehmen würden, die von A bis Z mit Bernstein übereinstimmt, so könnte dadurch der Fortgang des Klassenkampfes doch nicht irritirt werden. Gerade in den Reihen der Gewerkschaften steht man Bernstein nahe. Dort wird eine noch weitere Beschränkung der Arbeitszeit verlangt, als im

Parlament; dort wird das freie Lohnvertragsrecht nicht nur theoretisch bestritten, sondern zum Theil schon thatsächlich aufgehoben. In den großen gewerkschaftlichen Verbänden Englands, namentlich bei den höher qualifizirten Arbeiterkategorien, ist der Arbeitsvertrag in der Regel schon kein individueller mehr, sondern ein kollektivistischer. Nennen Sie das nicht Aufhebung von Eigenthum; nennen Sie das nicht Durchsetzung des sozialistischen Prinzips? Und ist nicht auch die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker eine sehr schöne Errungenschaft des Sozialismus auf dem Boden der bestehenden Verhältnisse? (Sehr richtig! und Widerspruch.) Ich will ja hier nicht die Form und die Dauer des Vertrages vertreten, ich kenne ihn gar nicht so genau; ich spreche von ihm nur als von einer prinzipiellen Errungenschaft.

Nach den Mittheilungen des Ehepaars Webb ist in England für 90 pCt. der qualifizirten Arbeiter der Kollektivarbeitsvertrag an Stelle des individuellen getreten. Ist das keine sozialistische Errungenschaft?

Wenn Bebel vorhin sagte, die koalirten Arbeiter könnten nur eine sehr geringe Macht ausüben, sobald erst einmal ihre Gegner vollständig koalirt seien, und wenn er ferner auf die Abwehrstreiks hinweist zum Beweis für die Schwäche der koalirten Arbeiter, so vergißt er, daß die heutige gewerkschaftliche Organisation ihre Schwäche nicht der Stärke der Arbeitgeber, sondern der Masse der noch nicht organisirten Arbeiter verdankt, die den Streikenden in den Rücken fallen. Das Ehepaar Webb ist aber durchaus nicht der Meinung, daß der gewerkschaftlichen Organisation in Zukunft kein Sieg beschieden sei. Ich entnehme den „Sozialistischen Monatsheften" (Nr. 10, 1899) da folgendes Zitat aus dem Buche von Webb: „Die Vereinigung der ganzen Arbeiterklasse zu einem Genossenschaftsverbande einerseits und einer Föderation von Gewerkvereinen andererseits würde den Arbeitern thatsächlich die Herrschaft im Staate einräumen."

Prinzipiell läßt es sich doch nicht bestreiten: wenn die Arbeiterschaften in allen Ländern gewerkschaftlich und, worauf ich später noch komme, genossenschaftlich organisirt wären, so hätten sie die politische Macht, dann erst hätten sie aber auch das kapitalistische Eigenthum soweit ausgehöhlt, daß mit einer einladenden Handbewegung das noch zu Besorgende geschehen könnte.

Es ist aber auch ganz charakteristisch, daß die Auffassung, daß die Gewerkschaften schon heute Positives erkämpfen können, sich erst in der Sozialdemokratie hat Bahn brechen müssen. Noch in Köln erklärte Bebel, daß, sobald die Kapitalisten sich organisirten, die Todesstunde der Gewerkschaften geschlagen hätte. Ich glaube das nicht. Denn wenn auch die Unternehmerkoalitionen weit voraus sind, so bestehen doch unter den Unternehmern Interessengegensätze, die das Solidaritätsgefühl bei ihnen nicht aufkommen lassen.

Wäre ich und wäre Bernstein sogenannte Nur-Gewerkschaftler, würden wir glauben, daß man auf dem Wege der Gewerkschaften allein dem Sozialismus zum Siege verhelfen könnte, so wären Ihre Einwände richtig. Aber es kommt noch ein anderes Moment hinzu, das genossenschaftliche. Es war mir sehr interessant, daß in der letzten Nummer der „Neuen Zeit", wo Kautsky von „höherer Warte" aus den Gegensatz beleuchtete als einen Gegensatz zwischen proletarischer und volksparteilicher Strömung, — eine Ansicht, die ich übrigens rundweg ablehne — es war mir sehr interessant, daß auf diesen Artikel unmittelbar ein Artikel des Genossen Vandervelde folgte, bei dessen Lektüre man das Gefühl hatte, daß es doch noch andere Mittel gebe, auf dem Boden der heutigen Gesellschaft etwas zu erringen, Mittel, in deren Anwendung wir Deutschen nicht gerade an die Spitze marschiren. (Sehr richtig!)

Die genossenschaftliche Bewegung trifft die vorhin hervorgehobene zweite Seite unseres Endzieles, die Seite der Distribution; sie versucht in der Sphäre der Güterverteilung heute schon das kapitalistische Eigenthumsrecht, das sich

im freien Waarenaustausch kundthut, auszumerzen. Ich bitte von vornherein, mir in der Diskussion nicht mit Schulze-Delitzsch zu kommen, oder mit den Produktiv-Genossenschaften, die keine Aussicht auf Erfolg haben, sondern nur mit denjenigen, die sich auf dem Boden des sogenannten Rochdaler Prinzips aufbauen. (Bebel ruft: Das sind Aktiengesellschaften!) Nein; wenn manche dieser Genossenschaften einen Mehrwerth herausschlagen, so sind sie allerdings noch belastet mit kapitalistischen Gepflogenheiten; aber die Dividenden der sozialistischen Genossenschaften sind nur die Ersparnisse, die sie durch Ausmerzung des Zwischenhandels machen. Diese Dividenden sind nicht in Vergleich zu ziehen mit den Dividenden der Aktiengesellschaften. Der Irrthum liegt nur an dem unglücklichen Umstand, daß, wenn zwei grundverschiedene Begriffe dasselbe Wort erhalten, dann gewöhnlich der ältere Begriff einfach aufs Ganze übertragen wird.

Bebel sagt in seiner Resolution, man könne den Genossenschaften „keine entscheidende Bedeutung" beimessen zur Ueberwindung des kapitalistischen Wirthschaftsprinzips. Was heißt denn „entscheidende" Bedeutung? Welche Faktoren sind im politischen Leben entscheidend und welche nicht? Kein Faktor allein ist entscheidend, nur in ihrer Gesammtheit wirken sie entscheidend. Es ist also besser zu sagen, man legt den Genossenschaften eine mitentscheidende Bedeutung bei. Wie hoch diese zu taxiren ist, können wir natürlich nicht wissen.

Die Genossin Rosa Luxemburg taxirt wie gesagt die Gewerkschaften für minderwerthig und glaubt, daß die englischen Gewerkschaften im Rückgang begriffen sind. (Kautsky, der neuerdings findet, daß England aufhört, der Typus der kapitalistischen Entwickelung zu sein, ist dagegen der Meinung, daß es den englischen Arbeitern gelungen sei, die Unternehmer zu einem gewissen Verzicht auf einen Theil ihrer Bestimmungs- und Eigenthumsrechte zu zwingen.) Sie erklärt denn auch ganz konsequent, daß sie über die Genossenschaften ganz außerordentlich gering denkt Sie sagt, wenn man damit etwas erreichen wolle, so käme ihr das vor, als wenn man den Ozean mit dem Fingerhut ausschöpfen wollte. Sie müßte doch einen großen Fingerhut haben, wenn sie die Milliarden hineinlegen wollte, die die Genossenschaften den Arbeitern schon zugeführt haben. Man kann ja sagen, das ist wenig im Vergleich zu dem, was wir bei der radikalen Umgestaltung in der Zukunft bekommen; allein das Wenige in der Gegenwart hat doch den Vorzug, daß man es schon jetzt hat. Man braucht ja deshalb nicht auf das Mehr in der Zukunft zu verzichten.

Nun hat Bebel auch die landwirthschaftlichen Genossenschaften in die Debatte gezogen und dabei auch die Agrarfrage gestreift. Ich hatte mir eigentlich vorgenommen, auf diese Frage hier nicht einzugehen. Aber nachdem Bebel so ausführlich sich damit beschäftigt hat, gestatten Sie auch mir, daß ich, wenn auch nur kurz, auf diese Frage eingehe. Bebel hat die landwirthschaftlichen Produzentengenossenschaften in Analogie gesetzt zu den übrigen Genossenschaften und sie als Theil der Genossenschaftsbewegung hingestellt. Will man aber die landwirthschaftlichen Genossenschaften begreifen, so muß man sich vor Allem von den Vorstellungen befreien, die man von anderen Genossenschaften hat. Die landwirthschaftlichen Genossenschaften sind eine Vereinigung von Produzenten, bei denen der innerste Kern des Produktionsvorgangs nicht vergenossenschaftlicht wird, sondern induvidueII gestaltet bleibt. Unter dem landwirhschaftlichen Produktionsvorgang verstehe ich den biologischen Vorgang in der Landwirthschaft, die Erzeugung von lebenden Organismen. Das ist der spezifische Gegensatz der landwirthschaftlichen zu der industriellen Produktion, bei der es sich um die Hervorbringung mechanischer Werke handelt. Bei der Landwirthschaft steht zwischen dem Menschen und dem Produkt der unbewußte Wille der Natur, der thierische, der pflanzliche Organismus, und aus diesem Wesensunterschied im Produktionsprozeß selbst entspringen nach allen Seiten hin Wesensunterschiede in der Betriebs-

form. Marx untersucht da, wo er die Fundamente für seine Lehre von der gesammten Produktionsentwickelung gewinnt, nur den industriellen Produktionsvorgang. Er zeigt, wie vermittelst der Korporation, der Arbeitstheilung und der Maschinerie die Produktivität gesteigert wird. Nun, diese Mittel zur Organisation des industriellen Produktionsvorganges können in der Landwirthschaft nicht in der gleichen Weise angewendet werden; sie müssen in ganz wesentlicher Beziehung andere sein. Um nur Eins herauszugreifen: Die wirthschaftliche Arbeitstheilung oder Spezialisirung, die in der industriellen Produktion eine so bedeutsame Rolle spielt als Vorbedingung technischer Vervollkommnungen, kann in der Landwirthschaft nicht durchgeführt werden, weil hier die verschiedenen Produkte in einem inneren, biologischen Zusammenhang stehen: das pflanzliche Leben ist an das thierische geknüpft, das thierische an das pflanzliche. Es können also keine radikalen Auseinanderreißungen stattfinden, oder wenn sie stattfinden, so muß Ersatz geschaffen werden, der viel kostspieliger ist, als die Ausnutzung der natürlichen Produktionsbedingungen bei gemeinsamer Produktion von Pflanze und Thier.

In der Landwirthschaft sehen wir auch einen anderen Konkurrenzkampf, als in der Industrie, nämlich den der europäischen landwirthschaftlichen Produktion mit der überseeischen. Bebel meinte, unsere Betriebe müßten auch intensiv werden, dann könnten sie die Konkurrenz überstehen. Aber jene überseeischen Betriebe in Amerika sind keineswegs fortschrittliche, intensive Betriebe, sondern sie stehen auf der untersten Stufe der Entwickelung, und wenn auch verhältnißmäßig viel Kapital darin steckt, weil viel mit Maschinen gearbeitet wird, so ist doch dieser Betrieb grundverschieden von einem wirklich rationellen, intensiven Betriebe. Jener extensive Raubbetrieb in West- und Süd-Amerika geht lediglich darauf aus, ohne Rücksicht auf die Zukunft, die in dem Boden angehäuften Stoffe möglichst rasch in Geld zu verwandeln, d. h. den Boden in Produkte zu verwandeln und mit den Produkten thatsächlich den Boden mit zu verkaufen. Dieser Raubbetrieb verschwindet nach einiger Zeit, und an seine Stelle tritt die rationelle Ersatzwirthschaft.

Marx und Kautsky stimmt ihm darin bei, analysirt den industriellen Produktionsvorgang und baut auf den so gefundenen Gesetzen seine Produktionsgesetze auf; er wirft dabei auch zahlreiche Seitenblicke auf die Landwirthschaft. Wir finden in den drei Bänden des „Kapital" immer wieder Hinweise auf sie; aber Marx geht dabei stets von der Voraussetzung aus, daß es sich nur um Belege für die Analogie zur Industrie handelt. Er untersucht den Wesensunterschied zwischen industrieller und landwirthschaftlicher Produktion garnicht. Das ist auffallend; aber es erklärt sich daraus, daß Marx in erster Linie die Gesetze des Werthbildungsprozesses, nicht des Produktbildungsprozesses darlegen wollte. So entgeht ihm der angedeutete Wesensunterschied im Produktionsvorgang selbst und das wird dann zur Quelle der irrthümlichsten Anschauungen.

Die einzige spezifische Eigenthümlichkeit, die ihm entgegentritt, ist die landwirthschaftliche Grundrente.

Diese Eigenthümlichkeit der Werthproduktvertheilung fundirt er auf den Umstand, daß der bebaubare Boden nur in beschränktem Maße vorhanden ist. Aber warum ist dem so? Weil man auf einen Quadratkilometer Boden, auch wenn man Milliarden und Abermilliarden von Kapital und Arbeit hineinsteckte, doch nicht eine beliebige Quantität von Produkten erzeugen kann; und das hat seinen Grund darin, daß beim landwirthschaftlichen Produktionsvorgange biologische Gesetze in Betracht kommen.

Bei der Industrie kommt der Boden nur als Standort in Betracht, und das ist relativ so wenig, daß da die Beschränkung des Bodens nicht in dem Sinne wirkt, wie bei der Landwirthschaft, wo der Boden das Produktionsinstrument selbst ist. Er ist aber auch ihr Rohmaterialfonds und eben

deshalb ist er nur in beschränktem Maße vorhanden. So erklärt sich die Grundrente. Wäre Marx bei der Analyse der Grundrente noch einen Schritt weiter in die Sache hineingegangen, so würde er sicher auch auf diesem Wege zu einer richtigen Auffassung von der landwirthschaftlichen Produktionsentwickelung gekommen sein. Hätte er sein Werk zum vollen Abschluß bringen können, so würde er sich in Bezug auf die Agrarfrage wesentlich anders geäußert haben.

Bebel hat damit argumentirt, daß die in der Landwirthschaft thätige Bevölkerung relativ immer geringer wird. Eine derartige Strukturverschiebung der Bevölkerungsmassen findet allerdings statt. Jedoch die bäuerliche Masse ist doch viel zu groß, als daß man sie bei der Eroberung der politischen Macht ignoriren könnte.

Kautsky verkündet einen Rückgang der Landwirthschaft insofern, als die landwirthschaftliche Produktion mehr und mehr durch die Industrie besorgt würde: Surrogate, mineralische Farbstoffe 2c. Jedoch die spezifische landwirthschaftliche Produktion, die sich mit der Hervorbringung von Fleisch, Brod und Gemüse beschäftigt, ist bisher nicht zu ersetzen gewesen. Und die Unentbehrlichkeit dieser Nahrungsmittel ist so entscheidend, daß für die Gestaltung des ganzen Produktionsprozesses die Produktionsverhältnisse in der Landwirthschaft stets einen großen Faktor bilden, der nie ignorirt, nie untertaxirt werden sollte.

Die Schlüsse, zu denen Bebel in Bezug auf den Arealzuwachs gelangt, sind nicht richtig. Die Arealverhältnisse haben sich für die kleinsten Betriebe (unter 2 ha) nicht viel verschoben. Eine starke Zunahme, ca. 650 000 ha, weisen allein die kleinen und mittleren Bauernbetriebe auf (2 bis 20 ha). Die Betriebe von 20 bis 100 ha haben dagegen verloren; die ganz großen Betriebe haben nur eine geringfügige Zunahme an Areal (ca, 45 000 ha) zu verzeichnen. Letzteres hat Bebel als Beweis für die Betriebstüchtigkeit dieser allergrößten Betriebe angeführt; die Ursachen der Zunahme sind aber rein politisch. (Bebel: Sozial!) Auch Brentano weist darauf hin. Dagegen ist noch nicht nachgewiesen, daß die größeren Latifundienbetriebe wirklich rentabler wirthschaften. Ein Irrthum Bebels ist übrigens die Behauptung, daß in die Statistik die kleinsten Leute hineingezogen sind, die nur ein kleines Gärtchen haben; die Hausgärten sind nicht mitgezählt. Es sind also gerade die bäuerlichen Klein- und Mitlelbetriebe, die fast den ganzen Arealzuwachs geschluckt haben. Die einzig markante Verschiebung hat sich zu Gunsten des Kleinbesitzes vollzogen.

Man weist weiter auf die Zunahme des Pachtverhältnisses hin, als Beweis für den Besitzrückgang des Bauern. Aber in Wirklichkeit ist es doch vielfach so, daß der Bauer zunächst die Parzelle zupachtet, um sie dann schließlich in seinen Besitz überzuführen. Oft nimmt er dazu eine Hypothek auf, aber das Werthobjekt, das er bekommt, wächst mehr als die Schuld, und in Folge dessen nimmt sein Eigenthum zu. Weshalb verpachten denn überhaupt die Grundbesitzer ihren Grund und Boden nicht nur an große Pächter, sondern auch parzellenweise an die Kleinen? Um eine höhere Rente zu erzielen, sagt Bebel. Aber wenn man auf diese Weise eine höhere Rente erhalten will, so müssen die kleineren Pächter doch diese herauswirthschaften. Die eigenthümliche Erscheinung, daß sich der landwirthschaftliche Großbesitz auf dem Wege des Pachtsystems, also vermittelst des Kleinbetriebes in schweren Zeiten am Leben erhält, ist doch sehr interessant! Im industriellen Betrieb verpachtet Niemand seine großkapitalistischen Produktionsmittel an kleinere Betriebe, denn er würde dadurch keine höhere Rente bekommen. In der Landwirthschaft aber geschieht das, und das ist ein Beweis dafür, daß hier etwas vorliegt, worüber noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Bebel sagt, wie elend geht es den kleinen Leuten auf dem Lande! Ja, aber darum handelt es sich nicht, das bestreitet ja gar Niemand; es handelt sich nur darum, ob die Leute in ihrer Lebenshaltung zurückgehen oder fortschreiten, und da muß man zugeben, daß ihre Lebenshaltung thatsächlich eine bessere geworden ist.

Weiter sagt Bebel, der landwirthschaftliche Betrieb würde sich gar nicht so lange gehalten haben, wenn nicht die staatliche Unterstützung so reichlich geflossen wäre. Nun, welcher landwirthschaftliche Betrieb bekommt denn diese viele Millionen, der kleine oder der große? Die Großgrundbesitzer bekommen doch den Löwenantheil davon! Würden dem Großbetrieb diese Liebesgaben nicht in den Schoß geworfen, glauben Sie nur, dann würde die Statistik ein noch viel ungünstigeres Bild für ihn zeigen! Betrachten Sie die Staatsunterstützungen von diesem Standpunkte aus, so werden Sie zugeben, daß der landwirthschaftliche Kleinbetrieb sich in der That den Verhältnissen mehr gewachsen gezeigt hat.

Ich komme nun auf das eigentliche Thema zurück. Bernstein ist der Meinung, daß der Sozialisirungs- und Demokratisirungsprozeß Hand in Hand gehen muß. Die gewerkschaftliche und die politische Bewegung gehören zusammen; und ich bin ebenfalls der Meinung, daß wir mit aller Kraft die Bewegung im Sinne der Sozialisirung fördern müssen, damit auf allen Gebieten der Einfluß der Arbeiterklasse gleichzeitig erweitert werden kann. Es liegt Bernsteins Ausführungen in der That eine gewisse einheitliche Idee zu Grunde, von der aus die Widersprüche sich lösen. Er sagt das aber auch ausdrücklich in seiner Broschüre. Es heißt da, es lasse sich der Gegensatz in der Auffassung im Wesentlichen dadurch ausdrücken: Emanzipation durch wirthschaftliche Organisation oder Emanzipation der Arbeiterklasse durch Expropriation auf dem Wege der politischen Gewalt. Damit fordert er durchaus nicht zu einem Aufgeben unserer seitherigen Praxis auf; er sagt vielmehr: Ihr habt jetzt schon das Richtige gethan, Ihr braucht gar nicht Eure Taktik zu ändern. Er will gar nicht unsere Thätigkeit irritirt wissen, er beurtheilt sie nur anders und das ist sehr wichtig. Man hat unsere gegenwärtige Arbeit als Palliativmittel, als Flickwerk bezeichnet, womit doch nichts Wesentliches erreicht wird. Ja, man hat sie sogar als unter Umständen gefährlich für den Fortschritt der Bewegung stigmatisirt. Rosa Luxemburg wies auf dem vorigen Parteitag auf eine Stelle bei Marx hin (die ich übrigens nicht gefunden habe), wo es heißt, daß man die Arbeiterschutzgesetze in gewissem Sinne als eine Gefahr für den Sozialismus ansehen könnte. Das ist noch die alte Auffassung: wenn man den Arbeitern heute schon etwas bietet, so läuft man unter Umständen Gefahr, ihre revolutionäre Bewegung zu hemmen. Man begründet dann weiter diese Geringschätzung der Gegenwartsarbeit, indem man sagt, die Hauptsache ist sozialrevolutionäre Propaganda zu treiben, um die Massen zu begeistern. Das „Endziel" soll unser Richtstern sein. Nun, der Richtstern für unser Handeln ist das sozialistische Prinzip, die Demokratisirung und die Sozialisirung. Das ist unser Leitmotiv und das bewahrt uns davor, daß wir bürgerliche Reformer werden, daß wir uns mit kleinen Dingen begnügen und unser Endziel verlieren.

Gewiß, es giebt Menschen, die sich durch kleine, in der Gegenwart zu erringende Dinge nicht begeistern lassen und die stets nur auf das Endziel ihren Blick richten müssen, um die Kampfeslust nicht zu verlieren. Aber die Masse ist nicht so organisirt, daß dieser Hinblick auf das Endziel, die rein sozialrevolutionäre Propaganda sie in stärkere Wallung zu bringen geeignet wäre. Mit welchen Mitteln suchen wir bei den Wahlen die Massen aufzurütteln? Da kommen wir ganz instinktiv, ohne Verleugnung des sozialistischen Prinzips dazu, das Hauptgewicht auf die praktischen, näher liegenden, schon

greifbaren Vortheile zu legen. Damit operirt auch die gewerkschaftliche Bewegung, und ich glaube, wenn es uns Ernst ist mit der Eroberung der politischen Macht, dann ist diese höhere prinzipielle Werthschätzung der Gegenwartsarbeit keine Hemmung, sondern eine außerordentliche Beförderung. Wer hat denn heute die politische Macht? Man sagt leichthin: die Kapitalistenklasse. Gewiß, aber einen Theil hat sie doch nur mit Zustimmung des Proletariats. Nicht Stumm eigentlich ist an sich schon der Träger der politischen Macht, sondern die Arbeiter, die ihn in den Reichstag schicken, geben ihm das Stück der politischen Macht, das er im Reichstage ausüben kann. Die politische Macht muß erst aberobert werden von der großen, noch nicht aufgeklärten Masse. — Der Feind, den wir am meisten hassen, das ist der Unverstand der Massen! Das ist ja keine neue Weisheit. (Schönlank: Weisheit? Heiterkeit.) Ich sage es nur, um zu begründen, daß, wenn man der Gegenwartsarbeit eine prinzipielle Bedeutung giebt, man die Eroberung der politischen Macht erleichtert, nicht erschwert. Das hat auch Bernstein im Auge, und deshalb ist es thöricht, zu sagen, wer wirklicher Sozialdemokrat ist, erstrebt die Eroberung der politischen Macht, und wer es nicht will, wie Bernstein, ist kein Sozialdemokrat. Wenn Ideale für eine große Bewegung nothwendig sind, dann mag Bebel es beurtheilen, was es für die Gewerkschaftsbewegung bedeutet, wenn er sie als Kämpfer auf verlorenem Posten bezeichnet, von dem sie zurückgedrängt werden würde. Glaubt er, dadurch die Eroberung von Macht durch die Gewerkschaften zu erleichtern? Nein, wenn man, wie Bernstein, das Hauptgewicht auf die Gegenwart legt, dann giebt man dadurch die Erreichung des Endziels nicht auf, sondern befördert sie.

Die anderen Fragen der Theorie, die Bebel so umfangreich behandelt hat, kann ich aus Rücksicht auf die Zeit nur ganz kurz streifen, aber ich muß es thun, um in der Gesammtheit einen Gegensatz zu Bebel zu markiren.

In Anlehnung an Kautsky erklärt er: Die Verelendungstheorie in dem absoluten Sinne eines wirklichen Rückganges der Lebenshaltung ist ein „Mätzchen", das uns unsere Gegner unterstellt haben. So haben wir es gar nicht gemeint; wir haben nur die relative Verelendung, den langsameren Fortschritt gegenüber der Kapitalistenklasse im Auge gehabt. Kautsky hat gerade das zum Gegenstand scharfer Angriffe gegen Bernstein gemacht, daß er der Sozialdemokratie eine so rohe Auffassung in die Schuhe schiebe. (Bebel ruft: Marx!) Ja, gestatten Sie mir, daß auch ich Ihnen Marx zitire. Bebel hat gerade bei diesem Punkt sehr scharfe Ausdrücke gebraucht, Bernstein Ignoranz vorgeworfen und das Kommunistische Manifest zitirt. Nun, was steht denn in dem „Kommunistischen Manifest" noch über die Verelendungstheorie. Das hat Bebel nicht vorgelesen, aber ich will es thun. Es heißt da: „Der moderne Arbeiter — statt mit dem Fortschritt der Industrie sich zu heben, sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab. Der Arbeiter wird zum Pauper" ... So steht das da! (Kautsky ruft: Das ist die Tendenz!)

Die Tendenz! Das ist die andere Rettung Kautskys. Würde diese Verelendungstheorie in unserem Erfurter Programm als Tendenz hingestellt sein, dann wäre das nicht anzufechten, aber sie ist als Thatsache, als Wirklichkeit hingestellt, und das ist falsch.

Kautsky fragt Bernstein, wie kann man das Erfurter Programm so roh auslegen! Nun, Genosse Schönlank hat das vor noch nicht langer Zeit als die richtige Lesart des Erfurter Programms bezeichnet. Vor zwei Jahren schrieb er in der „Leipziger Volkszeitung": „Die Verelendungstheorie in dem **absoluten Sinn, die lange, durch unsere Partei gelaufene und auch im ersten Theil des Erfurter Programms noch aufbewahrte Ansicht**

von der sich stetig verschärfenden Verelendung, ist nicht mehr zu halten!" (Schönlank ruft: Weiter lesen!) Ich appellire an die alten Praktiker der Partei: Haben nicht früher unsere Agitatoren und wohl der größte Theil von Ihnen in diesem Sinne die Verelendungstheorie aufgefaßt? (Zustimmung.)

Hier bricht David um 7 Uhr seine Ausführungen ab, um sie morgen fortzusetzen.

Singer macht die Mittheilung, daß 34 Redner gemeldet sind.

Es entspinnt sich eine Erörterung über die Frage, ob ein Austausch zwischen zwei Rednern in der Rednerliste zulässig ist, wogegen v. Vollmar, unter Berufung auf die Geschäftsordnung protestirt, und wofür Bebel unter Hinweis auf Präzedenzfälle eintritt. Die große Mehrheit der Delegirten tritt der auch von Singer unterstützten Auffassung Bebels bei.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 11. Oktober. — Vormittags-Sitzung.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Dr. **David** setzt seine gestern abgebrochenen Ausführungen fort:

Ich bin gestern Abend mitten in dem Elend der Verelendungstheorie stehen geblieben. Ich habe darauf hingewiesen, daß es falsch ist, die Partei habe die Verelendungstheorie niemals im Sinne des absoluten Hinabsinkens in das Elend aufgefaßt. Sie hat das früher gethan und daraufhin ist der Wortlaut des Erfurter Programms geprägt. Der Wortlaut „wachsende Zunahme des Elends" ist, falls der Sinn „absolute" Verelendung nicht beabsichtigt gewesen sein sollte, der denkbar unglücklichste, denn jeder Agitator, der nicht mit allen Hunden der Theorie gehetzt ist und gehetzt sein kann, muß diese Worte des Programms in diesem absoluten Sinne auffassen. Kautsky giebt die Verelendungstheorie in diesem Sinne ebenfalls auf, er sagt in seiner letzten Schrift: „Alle Thatsachen weisen darauf hin, daß das physische Elend in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern im Rückschreiten begriffen ist. Die Lebenshaltung der Arbeiterklasse ist heute eine höhere als vor 50 Jahren." Kautsky wendet sich damit gegen die Versuche, durch den Hinweis auf den gesunkenen Geldwerth etwa nachweisen zu wollen, daß die Lebenshaltung trotz nominellen Steigens der Löhne gesunken sei. Er sagt, die Lebenshaltung, die reale Antheilnahme an den Gütern der Produktion ist gestiegen. Wenn man aber diesen Standpunkt vertritt, so soll man das nicht in der Diskussion wieder vergessen und wie Bebel es gethan hat, den Anschein erwecken, als ob die Verelendungstheorie im ursprünglichen Sinne richtig wäre. (Bebel: Ganz falsch!)

Bebel hat, nachdem er gesagt hat, das sind Mätzchen von unseren Gegnern, doch ein ganz ausgiebiges Material herbeigeschleppt, um zu beweisen, daß die Masse des Elends heute noch immens groß ist. Was hatte denn diese Beweisführung für einen Sinn? Leugnet denn irgend Jemand dieses Elend? Leugnet es Bernstein? Wenn das nicht Stimmungsmacherei ist, dann müßte ich doch gegen diese Methode von wissenschaftlicher Beweisführung ganz energisch protestiren, müßte ich sie eine Methode des groben Unfugs nennen. (Unruhe. Bebel: Das ist grob.) Es fehlt den Genossen um Bernstein das Gefühl für die Leiden der arbeitenden Klasse, hat Bebel gesagt. Was soll denn das heißen? Gegen wen polemisiren Sie da, Genosse Bebel? Handelt es sich darum? Nein! Es fragt sich, wie ist die Bewegung, ist sie eine sinkende oder eine, wenn auch langsam, nach oben steigende? Das ist zu beweisen und weiter nichts. (Lebhafter Beifall.)

Spielen wir nicht Versteck, sondern erklären wir ruhig: diese Position des Programms über die Verelendung ist ein Irrthum. Ich erkenne gern an, daß Marx andererseits die Verelendung auch im relativen Sinne gemeint hat. Zur Zeit des Kommunistischen Manifestes scheint er an die absolute Verelendung geglaubt zu haben. Später hat er erkannt, daß sich einzelne Schichten hoben, daß also für sie nur von einem relativen Elend gesprochen werden kann. Aber da er sein Werk nicht zum Abschluß gebracht hat, ist dieser Gedanke nicht rein zum Ausdruck gekommen. Daher die Widersprüche. Bebel hat Bernstein vorgeworfen, er habe gesagt, aus Marx lasse sich Alles beweisen. Das hat Bernstein aber nicht Marx zum Vorwurf gemacht, sondern denen, die bald dieses, bald jenes Zitat aus Marx herausfischen. (Sehr richtig! Bebel: Ganz falsch.) Ich verstehe ja, daß Kautsky Alles daran setzt, die Formulirung des Programms aufrecht zu erhalten. Sie ist im Wesentlichen sein Werk, und da kommt so etwas wie literarische Ehre in Betracht. Daraus erklären sich seine Rettungsversuche. Um die Bezeichnung Verelendungstheorie aufrecht zu erhalten, sagt nun Kautsky Folgendes: Man muß bei einer sozialen Theorie das Wort Elend nicht im physischen Sinne verstehen, sondern es als soziales Elend auffassen. Kautsky prägt also einen neuen Begriff: „soziales Elend“. Das soziale Elend, sagt Kautsky, entspringt aus dem Zwiespalt der Fülle der Kulturgüter, die geschaffen werden, und dem Verzicht des Arbeiters, der sie schafft, auf sie. Dieses Gefühl des Verzichts ist das soziale Elend. Diese Begriffsfassung kann für Diejenigen, die im üblichen Sprachgebrauch soziales Elend als physisches Elend auffassen, eine Verwirrung bringen. Diese Kautsky'sche Prägung des Begriffes ist darum nicht glücklich, aber sie ist auch sachlich unhaltbar. Kautsky sagt, das soziale Elend verschärft sich, das Gefühl der Arbeiter nimmt zu, daß die Kulturgüter so rasch wachsen, ihr Einkommen aber so langsam und gering. Dieses Gefühl des sozialen Gegensatzes geht aber durchaus nicht proportional den Einkommenverhältnissen. Das Gegensatzgefühl des Mannes mit einem Einkommen von 10 000 Mk. zu dem mit 100 000 Mk. ist nur ganz gering. Kautsky sagt — und da ist der größte Widerspruch bei der Rettung seiner Theorie — die kapitalistische Entwickelung führt zu einer Steigerung des sozialen Elends. Nur diese „famosen Praktiker und Ethiker“, vergessen, „daß es kaum ein Land giebt, das nicht noch Gegenden aufweist, die wenig berührt sind von kapitalistischer Großindustrie, die weite Verelendungsgebiete aufweisen.“ Wir hören da plötzlich, die Verelendungstheorie damit zu beweisen, daß Verelendungsgebiete da sind, wo die Großindustrie nicht eingedrungen ist. In unserem Programm aber wird gesagt, daß das Elend das Resultat der kapitalistischen Entwickelung, eine Folge der Großindustrie ist. Wenn also Kautsky fragt: Vergessen denn diese Praktiker, daß es elende Gebiete giebt, wo die Industrie nicht hingedrungen ist? so widerlegt er sich selbst; damit beweist er ja gerade, daß da, wo die Industie ist, eine Hebung stattfindet, und da, wo die kapitalistische Entwickelung noch nicht vorhanden ist, elende Zustände bestehen.

Und dann die letzte Rettung! Das ist die, daß man sagt, die Verelendungstheorie ist die Tendenz, den Antheil des Arbeiters am Produkt zu verhindern. Ganz richtig, das bestreitet auch Bernstein nicht, aber im Erfurter Programm ist es nicht als Tendenz, sondern als Thatsache hingestellt, und das ist ein gewaltiger Unterschied. Gewiß ist die Tendenz vorhanden, genau so wie die Tendenz besteht, daß die Schwindsucht einen immer größeren Umfang annimmt, während sie thatsächlich durch die physische Hebung des Proletariats in dieser Tendenz gehemmt wird. Es sind Momente vorhanden, die der Tendenz entgegenwirken. So auch bei der Verelendung. Das Preisgeben der Verelendungstheorie erschüttert unsere Lehre durchaus nicht, im Gegentheil, je mehr sich das Proletariat hebt, desto schneller gelangen wir ans Ziel.

Der Abschnitt 3 unseres Programms spricht von dem sich verschärfenden Gegensatz zwischen Proletariat und Kapital und erklärt, die Theilung in zwei Heerlager zeige sich in „allen“ Industrieländern der Welt. Nun, für England giebt ja Kautsky diesen Satz schon auf. Zwar sucht er England als den Geldschrank der Welt darzustellen, aber es ist doch immer noch eine gewaltige Industriewerkstatt. Die Milderung der Kampfformen aber giebt er für England zu. Ja, was sagt denn Bernstein anders? Daß die prinzipiellen Gegensätze trotz der Milderung der Form ungemildert bestehen bleiben, wird garnicht bestritten. Ja, Kautsky konstruirt sogar eine gewisse Gemeinsamkeit der Interessen für gewisse Fälle, die reine „Harmonieduselei“, um mit Bebel zu reden. Und thatsächlich sind solche dem Interessengegensatz entgegenwirkenden Tendenzrn vorhanden. Wo in einer Industrie Unternehmer und Arbeiter dieses gemeinsame Interesse haben, sich gegen die Konsumenten zu wenden. Dem muß natürlich seitens der Gesammtheit entgegengetreten werden; ein gewisses Korrektiv liegt schon in der Lehre von der Profitrate, die durch das Hinströmen des Kapitals nach einer solchen bevorzugten Industrie und die dadurch geschaffene Konkurrenz verringert wird. Das Alles sind schwierige Probleme, aber sie angeregt und zur Erörterung gebracht zu haben, ist ein Verdienst Bernsteins. Daß auch in Deutschland ein gewisser Fortschritt in dieser Beziehung zu verzeichnen ist, dafür ist Bebel ein sprechender Zeuge, der im Reichstag konstatirte, daß Stumm und Kardorff in ihrem Verlangen nach einem gewissen Arbeiterentrechtungsgesetze ganz allein ständen und auch die Regierung einem solchen Verlangen der „komischen Käuze“ nie zustimmen würde. Also er giebt zu, daß die Bornirtheit der früheren Zeit doch anfängt zu weichen und daher auch die Kampfformen andere werden. Mehr ist auch von Bernstein nicht behauptet worden.

Bebel hat einen Punkt nur gestreift: die Krisen- und Zusammenbruchstheorie. Hier kommt Absatz 4 des Programms in Betracht. Zwar wird Kautsky sagen: im Programm steht nichts vom Zusammenbruch. Es heißt aber dort, „daß die Krisen immer umfangreicher und verheerender werden und den Beweis liefern, daß „die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigenthum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist, mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwickelung.“ Wenn die Krisen also immer umfangreicher und verheerender auftreten, so ist damit auf eine letzte, umfangreichste und verheerendste Krisis, auf den Zusammenbruch hingewiesen. (Kautsky: Das ist nicht richtig!) Ich habe die Stelle stets so aufgefaßt. Und ich stehe mit dieser Auffassung nicht allein in der Partei. Die Meinung ist jedenfalls weit verbreitet, daß der Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung durch Krisen eingeleitet wird, die schließlich zur Endkrisis führen. Kautsky sagt zwar, diese „lächerliche Zusammenbruchstheorie“, die uns Bernstein in die Schuhe schiebt, können wir nicht akzeptiren. Er entwickelt dann eine andere, er führt aus, daß Marx nicht im Sinne einer allgemeinen „Pleite“ die Krisen- und Zusammenbruchstheorie aufgefaßt, sondern den Zusammenbruch aus anderen Momenten hergeleitet habe. Das Resultat seiner Betrachtungen ist, nach Marx sei die Sache so aufzufassen, daß die „ökonomische“ Nothwendigkeit des Zusammenbruchs auch dann vorliege, wenn die ökonomischen Verhältnisse mit Nothwendigkeit „politische und ethische Kräfte“ erzeugen, welche auf den Zusammenbruch des Bestehenden hinwirken. Nun, das sind doch recht enge Berührungen mit jenen Leuten, die man so verächtlich als „Ethiker“ bezeichnet, und es scheint, als ob Kautsky sich da noch nicht ganz zu einem Nicht-Ethiker durchgemausert habe.

Er sagt dann: Also das ist die ökonomische Nothwendigkeit, die Marx meint, daß im Laufe der Entwickelung das Proletariat klassenbewußter wird

und daß dann einmal die Zeit kommt, wo dies reif gewordene organisirte Proletariat sich sagt: Es ist genug, jetzt übernehmen wir die Geschichte. Allerdings hat Marx auch diese Seite der Sache ins Auge gefaßt, aber das ist nur die eine Hälfte seiner Krisentheorie, die andere ist die geschäftliche, industrielle, kommerzielle, allgemeine Krisis, die so stark ist, daß die von ihr ausgehenden Zuckungen für die Gesellschaft unerträglich sind. (Kautsky: Wo hat Marx das gesagt?)

Wenn Sie den dritten Band des „Kapital" aufschlagen wollen, so finden Sie dort auf Seite 232 die Krisen- und Zusammenbruchstheorie entwickelt. Dort wird gesagt: Das Kapital, um sich selbst zu erhalten, muß produziren, es wird durch den Konkurrenzkampf gezwungen, sich immer mehr zu vervollkommnen, in der Produktion immer mehr, immer besser zu produziren, es drängt also gewissermaßen auf eine unbedingte Entwickelung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und damit auf eine unbeschränkte Vermehrung der Produktion. Auf der anderen Seite aber richtet sich dies Kapital zu gleicher Zeit fortwährend Schranken für die Verwerthungsmöglichkeit seiner Produkte auf, dadurch, daß es den Arbeitern einen großen, relativ wachsenden Theil der Produktenmenge vorenthält und damit auf den Konflikt hinarbeitet zwischen den durch die erweiterten Produktivkräfte vermehrten Produkten und den durch die aufgerichteten Schranken geschwächten Konsumenten. Er sagt da: „Die unbedingte Entwickelung der gesellschaftlichen produktiven Kräfte geräth fortwährend in Widerspruch mit den beschränkten Zwecken im kapitalistischen Staat der Verwerthung des vorhandenen Kapitals."

Dieser immanente innere Widerspruch in der Natur der kapitalistischen Ordnung ist es, der dem Kapitalisten in der Unmöglichkeit des Absatzes sich kundthut, in seiner Kasse sich ihm fühlbar macht, kurz in der Form der industriellen kommerziellen Bedrängniß für ihn, und wenn sie größere Schichten ergreift, in der Form einer wirthschaftlich kommerziellen Krisis sich äußert. So ist es früher immer aufgefaßt worden, und wenn nun nach dem Erfurter Programm die Krisen „immer verheerender" werden, so fängt doch auch die verheerendste immer mit einer geschäftlichen Bedrängniß an. (Kautsky: Das sagen Sie, das sagt nicht Marx!) So hat man es immer in der Partei aufgefaßt. (Zustimmung.) Gerade an diesem Widerspruch, den Marx so schön entwickelt, muß die Sache einmal zum Stocken kommen. Diese wirthschaftliche Seite der Marxistischen Krisentheorie darf nicht außer Acht gelassen werden. Diese allein bringt den Sozialismus noch nicht zur Herrschaft, dazu gehört auch die Fähigkeit der Arbeiterklasse, in die Organisation bestimmend einzugreifen, aber die erste Seite der Sache darf nicht vergessen werden.

Interessant wäre es mir, doch einmal zu erfahren, worauf Bebel seine frühere Meinung gestützt hat von dem Eintritt des Kladderadatsch 1898. (Bebel ruft: Das habe ich garnicht gesagt, das ist ein Wort von Engels und nicht von mir!) Wenn ich Sie mißverstanden habe, dann will ich keine weiteren Schlüsse daraus ziehen; ich wollte es nur als Beweis dafür anführen, daß wir in der That immer auf diesen immanenten Widerspruch zwischen Produktion und Marktverhältnissen unsere Meinung von dem nahenden Untergang unserer Wirthschaftsweise gestützt haben.

Und daß auch die Meinung eines sehr nahen Zusammenbruchs noch vertreten wird. Heißt es doch in der Erklärung des Londoner Kongresses: „Die ökonomische Entwickelung ist gegenwärtig schon soweit vorgeschritten, daß eine Krisis bald eintreten kann. Der Kongreß fordert daher alle Arbeiter auf, die Leitung der Produktion zu lernen, um sie übernehmen zu können." Bernstein sagt ganz mit Recht, hier kommt diese Auffassung der Krisentheorie ganz scharf zur Geltung. Kautsky sagt zwar, das ist nicht richtig übersetzt und der Satz ist auch ganz unverbindlich. Nein, ich finde in diesem

Satz den klaren Ausdruck der auf der Marxschen Krisentheorie aufgebauten Zusammenbruchshoffnung. Soll sie nicht mehr gelten, gut, sagen wir das, dann sind wir einig! Spielen wir aber nicht Versteck, sagen wir, wir haben hinzugelernt, wir haben diese Theorie als ein „lächerliches Märchen" erkannt.

Ich resumire mich dahin, daß diese Krisentheorie ein Problem ist und keine Thatsache, und die daraus gezogenen Schlüsse sind nur Hypothesen, aber nicht positive Wahrheiten, und wir sollen sie nicht in ein autoritatives Programm bringen, nicht sagen, die Krisen werden immer umfangreicher und verheerender, bis es nicht bewiesen ist.

Und nun noch Einiges über die Konzentrationstheorie. Das Zahlenbeweismaterial Bebels habe ich natürlich jetzt nicht alles kontrolliren können. Aber was sagt das Erfurter Programm? Es spricht klipp und klar von der Naturnothwendigkeit des „Untergangs" der Kleinbetriebe, nicht von einem „relativen" Untergang — das geht denn doch wohl nicht an — sondern von einem radikalen. Es wird jetzt überhaupt Alles relativ aufgefaßt; sobald man Sie irgendwo anpackt, heißt es, ach, das war nur relativ gemeint.

Diese Relativisirung unseres Programms muß eine Fülle von Verwirrung und Irrthum hervorrufen. (Sehr richtig!) So sollte ein Programm nicht beschaffen sein. Der erste Abschnitt unseres Programms generalisirt viel zu sehr, er giebt eine Schablone für die betriebstechnische Entwickelung — für die betriebstechnische Entwickelung! Man kann deshalb nicht entrinnen, wenn man sagt, der Besitz konzentrirt sich. Der Satz ist seiner Generalisirung wegen nicht richtig.

Bebel hat nachgewiesen, daß für die Industrie in ihrer Gesammtheit die Konzentration der Betriebe eine Thatsache ist. Ich bestreite diese Thatsache nicht; ich habe hierüber dieselbe Auffassung wie Bebel und ich glaube auch Bernstein. Auch er hat eine Konzentration der industriellen Produktion in seiner Schrift anerkannt. Braucht man dem gegenüber wirklich auf bürgerliche Zitate zurückzugreifen? Bernstein sagt nur, man solle nicht Alles über einen Kamm scheeren, man solle Differenzirungen machen, wenn man sieht, daß es Gewerbe giebt, in denen der Kleinbetrieb absolut und relativ zunimmt, oder wenigstens relativ zunimmt. Bernstein sagt uns nun, daß wir vor Thatsachen nicht die Augen verschließen sollen. Für die praktische Agitation ist es gut, wenn dem Agitator gesagt wird: Sieh Dir die Leute an, zu denen Du sprichst. Wenn Du Schlachtergesellen organisiren willst, dann sage ihnen nicht, daß der Kleinbetrieb zu Grunde geht. — Ich sehe, daß Genosse Hoch mir zulacht; er denkt wohl an jene Schlächtergesellen-Versammlung in Frankfurt a. M., in der wir Beide sprachen. Das Fazit war, daß nicht wir das Präsidium in die Hand bekamen, sondern Karl Marx (Heiterkeit) — der Obermeister der Frankfurter Schlachterinnung. (Heiterkeit.) Ich habe das Gefühl, daß wir bei der Darlegung der Verhältnisse damals zu sehr die Schablone der Konzentrirung angewandt haben. Also, für den praktischen Agitator ist es ganz gut, für den einzelnen Fall Differenzirungen zu sehen. Ja, das Selbstverständliche geschieht nicht immer.

Was den Handel anbetrifft, so ist mit Recht hervorgehoben worden, daß die formelle Statistik täuscht. Kautsky hat die Zunahme der Kleinbetriebe im Handel ein Produkt der Zersetzung genannt. Das gilt für Viele, aber nicht ganz. Die Bierzapfer sind z. B. nicht nur ruinirte Wirthe, sondern auch Leute, die aus der Stelle eines Brauknechtes, eines Lohnarbeiters heraufgestiegen sind. Man muß bei all dem also auch die von der anderen Seite kommenden Erscheinungen sehen. Darin sündigt Kautsky z. B. hinsichtlich des Kleinbauern, der für die Zucker-, die Konservenfabrik liefert, er sagt, er sei

nur noch „Theilarbeiter." Dann wäre der Pfälzische Tabakpflanzer Theilarbeiter der Mannheimer Zigarrenfabriken. Das sind Bezeichnungen, die durchaus irre führen. Ich glaube, daß der Bauer, der an eine Genossenschaftsmolkerei liefert, unabhängiger ist, als der Bauer, der seine Milch literweise an Kunden liefert und mit der Milchkanne von Haus zu Haus fährt. Man muß also die Begriffe sorgsam differenziren. — Im Allgemeinen jedoch glaube ich, daß auch im Handel die Zentralisationstendenz, wenn auch nicht in der Form des Betriebs-, sondern in der des Kapitalbesitzes, durchschlagend ist und daß uns da die Handelsstatistik täuscht.

Bernstein sagt, es habe den Anschein, als ob die kleinen Betriebe nicht verschwinden, sondern als ob neben ihnen gewissermaßen Großbetriebe herauswachsen. Gewiß, es giebt neue Bedürfnisse, die von vornherein durch Großbetriebe gedeckt werden. Der Großbetrieb wächst nicht allein dadurch, daß er Kleinbetriebe vernichtet. Dieser Gedanke ist nicht abzuweisen; aber er wirft den Gedanken, daß eine allgemeine Konzentration stattfindet, durchaus nicht über den Haufen.

Die Formulirung unseres Programms ist aber direkt falsch, soweit sie sich auf die Landwirthschaft bezieht, und wir sollten ganz offen eingestehen, daß wir uns da geirrt haben. Die deutsche Statistik zeigt, daß der Großbetrieb nicht zunimmt, sondern, wenn auch minimal, abnimmt; daß dagegen die eigentliche Zunahme in den klein- und mittelbäuerlichen Schichten liegt. Kautsky giebt denn auch selbst in seiner „Agrarfrage" zu, daß ein Untergang des Kleinbetriebes in der Landwirthschaft jetzt wenigstens nicht vorhanden ist. Ich will auf die Einzelheiten seiner Argumentation nicht eingehen, sondern nur dagegen protestiren, daß man das Programm etwa so auslegt, wie Kautsky, wenn er sagt, die Landwirthschaft wird „auf Umwegen" durch die Industrie konzentrirt. Ich halte das entschieden für falsch; der Kleinbetrieb geht, wie ich bereits gestern ausgeführt habe, nicht durch die betriebstechnische Konkurrenz des Großbetriebes zu Grunde. Damit will ich keineswegs beweisen, daß die Kleinbetriebsform in der Landwirthschaft unter allen Umständen die bessere und rationellere ist. Das ist eine ganz falsche Auffassung meiner Anschauungen. Die gestern von mir hier definirte spezifische Wesenheit des landwirthschaftlichen Produktionsvorgangs bedingt nicht nur die Ueberlegenheit des Kleinbetriebs, sondern unter bestimmten Voraussetzungen die unbedingte Ueberlegenheit landwirthschaftlicher Großbetriebe. Das resultirt aus dem Umstand, daß der landwirthschaftliche Produktionsvorgang dadurch, daß die Natur produzirt, auch dann seinen Fortgang nimmt, wenn keine menschliche Arbeit angewendet wird. Die Natur geht ihren Gang, auch wenn der Mensch nicht hinter ihr steht. Dadurch erleichtert sie ganz außerordentlich einen extensiven Betrieb und das kommt gewissen Großbetrieben zu Gute. So erklärt es sich z. B., daß die Forstwirthschaft nur als Großbetrieb betrieben werden kann, daß die Viehproduktion in halbzivilisirten Ländern Großbetrieb ist, daß da, wo man Raubbau treibt, wie in Amerika, ebenfalls der arbeitsextensive, aber kapitalintensive Großbetrieb herrscht. Im Allgemeinen kann man sagen: in der Landwirthschaft (Ackerbau und Viehzucht) hebt die Entwickelung mit dem Großbetrieb an und die weitere Entwickelung des Betriebs zielt auf eine Verkleinerung hin, während in der Industrie die Entwickelung vom Kleinbetrieb zum Großbetrieb hinsteuert. Also: die schablonenhafte Darstellung der Entwickelung im ersten Theile des Erfurter Programms ist nicht richtig.

Unter Anderem sagt Kautsky auch einmal, schließlich komme die Industrie sogar soweit, Produkte zu erzeugen oder zu ersetzen, die die Landwirthschaft produzirt; „ein immer größerer Theil der bisher von der Landwirthschaft erzeugten Produkte werde durch die Industrie erzeugt." Das sind irre-

führende Verallgemeinerungen; denn die Erzeugung der menschlichen Hauptnahrungsmittel ist und bleibt Sache der Landwirthschaft, falls es nicht etwa gelingt, sie auf chemischem Wege herzustellen. Wenn das eintritt, dann wäre ja die Agrarfrage auf andere Weise gelöst, dann brauchten wir uns den Kopf nicht mehr darüber zu zerbrechen. Vorläufig jedoch dürfen wir nicht mit Dingen rechnen, die noch nicht eingetreten sind.

Nun noch eins. Ich sagte, in den landwirthschaftlichen Produzentengenossenschaften vollziehe sich die Sozialisirung in der Landwirthschaft. Aber vorläufig überwältigt das kollektivistische Prinzip dort noch nicht das individuelle, es kommt nur ein Kompromiß zwischen beiden zu Stande. Ob das für alle Zeiten so sein wird, wage ich durchaus nicht zu behaupten, ich sage nur: für absehbare Zeiten scheint mir für die Landwirthschaft dieses wirthschaftliche Gebilde die am weitesten vorgeschrittene Sozialisirungsmöglichkeit. Während in der Industrie die Produzentengenossenschaften nicht recht gedeihen wollen, sind sie in der Landwirthschaft in einer gradezu stürmischen Entwickelung begriffen. Durch sie macht der mittlere und kleine Bauer schon gewisse Konzessionen an das Wirthschaftsprinzip des Sozialismus; wir haben also das Recht und die Pflicht, diese Genossenschaftsbewegung im Parlament so weit wie möglich zu fördern. Damit will ich natürlich die Interessen der Agrarier und Junker nicht im geringsten vertheidigt haben, wir sollen vielmehr auch zugleich darauf sehen, daß dabei demokratisirt wird, namentlich in der Form, wie die Unterstützung vor sich geht.

Die Bernstein'sche Schrift bricht also nicht mit dem ökonomischen Prinzip der Sozialisirung, sie läuft im Wesentlichen darauf hinaus, **eine höhere prinzipielle Bewerthung der Gegenwartsarbeit** auszusprechen. Wir haben die Gegenwartsarbeit ja auch heute ohne die höhere Bewerthung rastlos besorgt, aber es ist doch ein Unterschied, ob man in dieser Arbeit nur „Palliativmittel“ oder Grundsteine zu dem großen Gebäude der Zukunft sieht. Ich weise entschieden alle Versuche zurück, Bernstein oder mir nachzusagen, daß wir auf die politische Bewegung nicht genug Gewicht legen, daß wir etwa glauben, nur mit den Gewerkschaften oder Genossenschaften sei es zu machen. Nein, das glauben wir nicht. An alle drei Gebiete, gewerkschaftliche, genossenschaftliche und politische Bewegung soll der Hebel angesetzt, diese Dreieinigkeit soll hochgehalten werden. Dann erst wird die ganze Kraft entfaltet werden können.

Es ist ja historisch zu begreifen, daß in keinem Lande die drei Entwickelungen in gleicher Weise vor sich gegangen sind. Ich will auch durchaus nicht sagen, daß die Partei als solche Genossenschaften begründen soll, das wäre der größte Unsinn, den wir machen könnten. Die Genossenschaftsbewegung soll nur anerkannt werden als eine mit nothwendige Form. Wenn Sie von diesem Gesichtspunkte aus Bernsteins Schrift betrachten, so müssen Sie mir zugeben, wenn ich sage: Bernstein giebt uns mehr, als er uns nimmt. (Beifall und Widerspruch.) Grade durch die höhere Bewerthung der Gegenwartsarbeit wird die Zuversicht gesteigert, das schon jetzt innerhalb der kapitalistischen Wirthschaftsform die Vertheilung des Werthproduktes ganz wesentlich zu Gunsten der Arbeiterklasse zu beeinflussen ist. Und diese Zuversicht ist ein belebendes Moment in unserem Kampf; im politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen. Und dies belebende Element, diese Zuversicht, diese höhere Bewerthung wird uns zur Eroberung der politischen Macht und zu Allem, was kommen mag und kommen wird, auch förderlich sein. Ich habe an einer anderen Stelle bereits meine Ansicht dahin zusammengefaßt: Hoch das Banner der Hoffnung, nicht nur auf eine bessere Zukunft, **sondern vor Allem und in erster Linie auch auf eine bessere Gegenwart.** (Lebhafter Beifall und Händeklatschen, Zischen.)

Täterow-Berlin beantragt, die Redezeit auf 30 Minuten zu beschränken.

Hoffmann-Berlin bittet um Ablehnung des Antrages, der nur auf Hinterthüren den gestern abgelehnten Antrag auf Stellung eines Korreferenten durchsetzen wolle.

Singer: Auch ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Ich habe die Zuversicht, daß sich die Genossen bewußt sind, daß wir noch andere wichtige Dinge zu verhandeln haben, und ich appellire an die Redner, daß sie in diesem Bewußtsein sich auf das Nothwendigste beschränken. Sollte es sich später als nothwendig herausstellen, so werden wir allerdings zu Beschränkungen greifen müssen. Vorläufig aber bitte ich, bei unserem gestrigen Beschlusse zu bleiben.

Pëus-Dessau spricht sich für den Antrag aus.

Stolten-Hamburg befürwortet den Antrag mit Hinweis darauf, daß die Theorie bereits eingehend erörtert sei.

Hierauf wird der Antrag Täterow angenommen; die Redezeit ist also auf 30 Minuten festgesetzt.

Frau **Zietz**-Hamburg: Ich gehöre zu denen, die eine energische Zurückweisung der Bernstein'schen Angriffe auf unsere Grundanschauungen für nothwendig halten, nicht weil ich diese für ein Dogma halte, sondern weil Bernstein Marx und Engels Unterstellungen macht, die sie niemals vertreten haben in Bezug auf die materialistische Geschichtsauffassung, die Verelendungstheorie u. s. w. Wo haben denn Marx oder Engels je behauptet, daß nur und allein die materiellen Verhältnisse bestimmend sind und ideologische Momente garnicht in Frage kommen? Wir schätzen die von unseren Meistern entdeckten, unserer heutigen Wirthschaftsordnung immanenten Entwickelungsgesetze doch nicht nur deshalb so hoch ein, weil wir damit den Sozialismus wissenschaftlich begründen können, sondern vor allen Dingen, weil wir jetzt *bewußt* diese Entwickelung durch *planmäßiges Eingreifen* fördern konnten, weil in Folge des uns beseelenden Siegesbewußtseins wir durch unsere Thätigkeit für diesen Sieg über uns selbst und das Alltagsleben hinausgehoben werden. Auch die Verelendungstheorie, die Bernstein unterstellt, ist nie von uns propagirt worden. Hätte Bernstein Marx vollständig zitirt, wäre ihm dieser Irrthum nicht passirt. Er hätte uns, wenn er einen selbständigen Mittelstand für dauernd möglich hält, doch ein Kriterium des Proletariats geben sollen, wie er es versteht. Wir verstehen doch unter Proletariat nicht diejenigen, die mit zerlumptem Rock und knurrendem Magen herumlaufen, sondern jeden, der in Abhängigkeit vom Kapital sich befindet; diese Abhängigkeit wächst zweifellos von Tag zu Tag und damit wächst auch die Masse des Elends (Bebel: sehr richtig!) damit wächst die Unsicherheit der Existenz. Auch ich kann mich auf einen bürgerlichen Schriftsteller berufen. Nach der Oeynhauser Rede führte die „Soziale Praxis" aus, daß im Jahre 1897 mehr als 200 000 Menschen arbeitslos mit 60 bis 70 Millionen verlorenen Arbeitstagen gewesen wären. Widerlegt das nicht schlagend die ganze Theorie Bernsteins von dem Schwinden der industriellen Reservearmee unter Hinweis auf die ländliche Arbeiternoth? Die Steigerung des sozialen Elends kann für manche Gegenden auch in ganz absolutem Sinne gelten. Wenn aber im Erfurter Programm ausgesprochen sein sollte, daß wir nothwendig zum Pauperismus kommen müßten, dann wären wir ja sammt und sonders Demagogen gewesen, wenn wir immerfort die Arbeiter aufforderten, sich politisch und gewerkschaftlich zu bethätigen und auf die Besserung ihrer Lage hinzuweisen. (Lebhaftes: Sehr richtig!) Allerdings gebe ich zu, neben dem Hinweis auf die sinkende Tendenz hätte auch ein Hinweis auf die in der umgekehrten Richtung wirkenden Momente im Programm stehen können; dann wären wir wenigstens gegen die Mißverständnisse eines Bernstein und eines David gesichert gewesen.

Wenn Bernstein der Ansicht ist, daß wir in der Gegenwartsarbeit nicht genug thun, weshalb sagt er das nicht, damit wäre er keinem Widerspruch begegnet, ebensowenig, wenn er verlangt hätte, daß wir stets uns auch dessen bewußt bleiben sollen, daß wir nicht nur Sozialisten, sondern auch Demokraten sind, oder wenn er uns zu stärkerer Betheiligung in der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung auffordert. Aber wenn uns David die Genossenschaftsbewegung in dieser Weise empfiehlt, daß er sie ein Stück Sozialismus nennt, dann hat er uns wahrhaftig keinen Dienst erwiesen. Also die Genossenschaften mit den abhängigen Lagerhaltern sollen schon Sozialismus sein? Ganz etwas Anderes wäre es, wenn er die Genossenschaften ein Stück auf dem Wege zum Sozialismus genannt hätte. Wenn David erklärte, wenn Kausky unter wirthschaftlicher Gewalt die Unentbehrlichkeit der Arbeiter im Produktionsprozeß verstände, auch die Hörigen und Leibeigenen im Mittelalter diese Gewalt gehabt hätten — so schäme ich mich fast, ihm hierauf erwidern zu müssen. Da ich annehmen muß, daß David diesen Ausspruch aus seiner Ueberzeugung heraus gethan hat, so ist es sicher, daß er es nicht versteht, den historischen Materialismus auf konkrete Fälle anzuwenden. So lange der Adel wichtige Funktionen zu erfüllen hatte, wie beispielsweise die Vertheidigung sowohl der Grenzen gegen unsere Feinde, als des Eigenthums gegen räuberische Ueberfälle war er nothwendig für die Gesellschaft, unentbehrlich, damit die Produktion ungestört von Seiten der Hörigen und Leibeigenen vor sich gehen konnte. Nachdem er dieser Funktionen mehr und mehr enthoben, ward auch seine Macht mehr und mehr eingeschränkt, und als gar aus dem Schooße der Landwirthschaft heraus sich eine neue Produktionsweise, die Industrie, entwickelte, für welche die feudalen Einrichtungen äußerst hemmend waren, hat man gründlich mit ihnen und damit mit der Herrschaft des Adels aufgeräumt. Heute sind die Arbeiter in der That schon fast allein Diejenigen, die den Produktionsprozeß nicht nur bewerkstelligen, sondern auch leiten, und darauf stützen wir ja unsere Anschauungen. Ich habe aber den Eindruck, daß Bernstein nicht nur uns für seine neue Taktik gewinnen will, sondern sie auch seinen neuen liberalen Bundesgenossen plausibel zu machen suchte. Deshalb mußte er versuchen, auch unsere ganzen Grundanschauungen über den Haufen zu werfen. Auf den Liberalismus, der auf die Salonfähigkeit des Sozialismus wartet, spekulirt er. (Sehr richtig.) Aber prüfen wir doch einmal den Liberalismus auf Herz und Nieren: er wird erklären, wie Pater Forbes zum Bischof Korum, wir haben die soziale Gesetzgebung nur propagirt aus Furcht vor der Sazialdemokratie. Wenn wir nur dafür sorgen, daß mit der Revolutionirung der wirthschaftlichen Verhältnisse auch die Revolutionirung der Köpfe gleichen Schritt hält, so haben wir gethan, was wir thun konnten. Weil sie noch nicht Schritt gehalten hat, weil uns so viele Arbeiter noch fern stehen, und weil das Expansionsbedürfniß der Produktion auf dem Weltmarkte noch seine Befriedigung findet, deshalb sind wir noch nicht am Vorabend der Herrschaft des Sozialismus, deshalb wird es noch eine Weile dauern. Wir würden jetzt von einer Gruppe von Arbeitern eine Vendée zu befürchten haben, während wir auf der anderen Seite den Kambf gegen das Gottesgnadenthum führen. Dies zur Antwort auf die Frage Bernsteins: Können wir siegen? Darum kämpfen wir auf allen Gebieten, um die Arbeiterschaft in materieller und damit in geistiger, moralischer, intellektueller Hinsicht auf eine höhere Stufe zu heben. Sorgen wir, daß möglichst die Revolutionirung der Köpfe mit der Revolutionirung der Verhältnisse Schritt hält und der Sieg wird unser sein. (Lebhafter Beifall.)

Es ist ein Antrag eingegangen, neben der Bebel'schen auch die David'sche Rede im Separatdruck herauszugeben.

Bebel: Hätte ich gestern den Antrag gehört, so hatte ich gegen ihn gesprochen. Ich fordere Sie auch auf, den heutigen Antrag abzulehnen. Wird

meine Rede gedruckt, muß es selbstverständlich auch mit der Davids geschehen. Dann hätte aber auch Auer und Vollmar das Recht, das zu verlangen.

Eine Beschlußfassung erfolgt nicht.

Dr. **Woltmann**-Elberfeld: Ich gebe der Ueberzeugung Ausdruck, daß die gestrige Anklagerede Bebels gegen Bernstein mehr an die Stimmung als an den Verstand gerichtet war. (Sehr richtig! Oho!) Ich bin aber der Meinung, wir sollten uns bei solchen Problemen weder begeistern noch begeistern lassen, sondern die Klarheit des Verstandes walten lassen, um in besonnener Weise solch' wissenschaftlich schwierige und differenzirte Streitpunkte aufzuhellen, wie sie vorliegen. Die Begeisterung ist hier eine selbstverständliche Voraussetzung. Ich bekenne offen, daß ich in vielen wichtigen Punkten mit Bernstein übereinstimme; aber ich identifizire mich nicht mit seinem Buche; ich würde mich in mancher Hinsicht anders ausdrücken, anders argumentiren und auch zu anderen Schlüssen kommen. Bernsteins Buch darf nicht aus dem Buchstaben, sondern nur aus dem Geist verstanden werden, der das Ganze beseelt.

Mir scheint der ganze Streit allzu sehr auf die Spitze getrieben. (Sehr richtig!) Ich habe dabei oft den Eindruck gehabt, daß der Kampf so geführt wurde, als handle es sich in einem bloßen philosophischen Streit um dialektische Begriffe, als wenn das Wohl der Partei oder der ganzen Menschheit davon abhängig wäre. Der Kampf wurde leider auch nicht sachlich genug geführt, sondern unkontrollirbare persönliche Gründe haben zweifellos auf die Stellungnahme mancher Parteigenossen eingewirkt. Ich muß entschieden zurückweisen, wenn Liebknecht in seiner Broschüre über Wahlkompromisse Bernsteins Schrift eine „Bußschrift" und die „feierliche Verleugnung der sozialdemokratischen Prinzipien", ein „Wiederbekenntniß zum allein seligmachenden Glauben der bürgerlichen Weltanschauung" nennt. Das ist doch mehr als übertrieben. (Sehr richtig!) Dadurch werden wir Alle getroffen, die wir als die Helfer und Schildknappen Bernsteins bezeichnet worden sind. Und wenn man Bernsteins Schrift Widersprüche nachsagt, so finden Sie bei seinen Gegnern noch viel mehr Widersprüche. Bebel hat Bernstein und seinen Freunden — ich möchte es fast geschmacklos nennen — Mangel an Denken vorgeworfen. Ich glaube dagegen, daß anderen doktrinären Leuten die Fähigkeit abhanden gekommen ist, sich in den Gedankengang anderer Leute hinein zu versetzen, die nicht im gewohnten Geleise gehen. Ich muß deshalb auf einige der Bebel'schen Vorwürfe eingehen. Er hat es Bernstein als ein großes Vergehen angerechnet, daß er gesagt hat, die von Marx behauptete Entwickelung des Kapitalismus sei eine aprioristische These gewesen. Marx hat in der That die Tendenz und das Ende des Kapitalismus als Schema fertig dargestellt, ehe er seine Geschichte genau studirt hatte. Sie stammt aus der Hegel'schen Dialektik. Ebenso ist die sogenannte Zusammenbruchstheorie mehr eine spekulative Idee als eine wissenschaftlich begründete Thatsache. Wo hat ferner Bernstein je geleugnet, daß es in der Vergangenheit keine Expropriationen gegeben habe? Halten Sie ihn wirklich für so ignorant, daß er nichts von dem Bauernlegen und der französischen Revolution wisse? Bernstein versteht unter der „Freßlegende" eine gewaltsame allgemeine und gleichzeitige Expropriation, und dafür fehlt es in der That bisher an einer Analogie in der Geschichte. Dann kann man auch über das Verhältniß des Liberalismus zum Sozialismus etwas anderer Meinung sein als Bebel. Der Sozialismus ist in ideeller Hinsicht zweifellos die Vollendung des Liberalismus im wirthschaftlichen und sozialen Sinne des Wortes. Wir haben doch die Ideen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit von ihm übernommen. Wir müssen dies Selbstinteresse, die Selbstverantwortung und das Bewußtsein der Nothwendigkeit hochhalten, die Tüchtigsten und Besten an die Spitze zu stellen. Denn diese Prinzipien sind allgemeine Grundgesetze des sozialen Lebens. Es handelt sich aber darum, die allgemeine soziale Grundlage zu schaffen, auf welche der Wett-

kampf der Individuen unter gleichen äußeren Bedingungen erfolgen kann. Darum sind wir Kollektivisten.

Bernstein hat schließlich die Dialektik und den historischen Materialismus nicht prinzipiell aufgegeben, sondern nur gewisse nothwendige Modifikationen angedeutet. Er hat auf die Mängel der Hegel'schen Dialektik hingewiesen, auf die „Fallstricke", die auch in die materialistische Dialektik übergegangen sind. Setzen wir doch lieber in unseren Agitationen an die Stelle der „Dialektik" den viel präziseren und reichhaltigeren Begriff der „Entwickelung", der den Arbeitern viel verständlicher ist! Bebel hat ja den Geist des großen Darwin zitirt. Ihm stehen wir näher als Hegel. Aber unsere Doktrinäre wittern sofort Verrath am Prinzip, wenn Jemand an den subjektiven Auffassungen unserer offiziellen Partei-Theoretiker zu zweifeln wagt.

Bebel hat den Satz Bernsteins angeschwärzt, daß aus Marx und Engels alles zu beweisen sei. Bedenken Sie, daß der Marxismus eine fünfzigjährige Entwickelungsgeschichte durchgemacht hat, daß Marx zu verschiedenen Zeiten den verschiedenen Erscheinungen des sozialen Lebens eine verschiedene große Bedeutung beigelegt und sie dann generalisirt hat. Daher stammen die Widersprüche und Einseitigkeiten in den einzelnen Formulirungen. Nicht alle und jede Ideologie ist ein bloßer Reflex der ökonomischen Verhältnisse. Auf den höheren Gebieten der Ideologie, in Philosophie, Kunst, Religion und Sittlichkeit giebt es selbstständige geistige Interessen und Bedürfnisse, die ihren eigenen immanenten Gesetzen und Zwecken gemäß sich entwickeln.

Ich fordere Bebel auf, nachzuweisen, wo Bernstein davon gesprochen hat, die Bourgeoisie habe aus Moral den Arbeitern das Koalitionsrecht gegeben und die Sklaverei abgeschafft. (**Bebel**: Das habe ich auch garnicht gesagt! **Heine**: Gewiß haben Sie es gesagt!) Es hat mir in der Seele weh gethan, wie Bebel über die moralischen Ideen des Mitleids und der Gerechtigkeit gespottet hat. Sie sind doch in Ihrer Kritik und Agitation alle insgesammt Ethiker! Das geschah aber, um Bernstein in eine möglichst grelle Beleuchtung zu stellen. Dies Dasein einer Klassenmoral hat Bebel nie bestritten. Aber es giebt auch eine Moral, die *über die Klassen hinausführt*, und diese ist nicht von gestern und heute, sie ist so alt wie die ganze Menschheitsgeschichte. Durch die ganze Geschichte geht ein Kampf *gegen* die Klassen, und unsere modernen Kämpfe sind nur eine historische Phase.

Die sogenannte „lächerliche Zusammenbruchstheorie," die jetzt Kautsky und Bebel bestreiten, hat in der That bis vor Kurzem in der Partei bestanden. Kautsky vertritt selbst in seinem neuesten Buche die „lächerliche"-Theorie vom *technischen* Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft. Sie ist in dieser Form in Marx' Schriften nicht zu finden, wohl aber bei Engels und den sogenannten Marxisten. In der Agitation ist sie zeitweise sehr propagirt worden. Marx hat von dem Zusammenbruch nie ohne den Klassenkampf gesprochen. Er hat stets die „organisirte, assoziirte und geschulte" Arbeiterklasse als das wichtigste Produktionsinstrument aufgefaßt, das die Fesseln des Kapitalismus sprengen und den Zusammenbruch seiner Produktionsweise bewirken soll. Er hat stets die Gewerkschaftsbewegung als das Fundament des Klassenkampfes hingestellt. Lesen Sie im „Elend der Philosophie" das Kapitel über die „Strikes" nach, da werden sie lesen, wie Marx den politischen Kampf auf die wirthschaftlichen Kämpfe begründet. Nun sagt Bebel, die Gewerkschaften können auf einen todten Punkt kommen. Wie soll aber dann die politische Gewalt erobert werden? Gewiß ist der Stimmzettel die wichtigste Waffe im Emanzipationskampfe, aber in Deutschland ist das Wahlrecht ebenso wie die Koalitionsfreiheit nicht im Klassenkampf erobert worden, trotz Bebel und Mehring! Wenn irgend ein Satz von Marx richtig ist, so ist es der, daß die rechtliche und politische Gesetzgebung das Wollen der ökonomischen Verhältnisse protokollirte.

Meine Meinung ist daher die, und ich gehe darin noch über Bernstein hinaus: In Deutschland ist der wirthschaftliche Kampf leider vernachlässigt worden. Aber außer der Arbeitskraft muß auch die Konsumkraft konzentrirt und koalirt werden. Wie es bei uns der gewerkschaftlichen Bewegung ergangen ist, so wird es auch der konsumgenossenschaftlichen ergehen. Erst stand man ihr feindlich gegenüber, dann tolerirte man sie, jetzt ist man ihr sympathisch gestimmt, — man wird aber noch weiter gehen und sagen müssen: sie ist ein nothwendiges Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse! (Beifall.)

Fendrich-Karlsruhe: Ich beginne mit dem Bedauern darüber, daß Bebel durch die fast dreistündige Heranschleppung von Material, die einem österreichischen Obstruktionsredner Ehre gemacht haben würde, Ausführungen wie diese letzten, verkürzt. Bebel hat sein Referat mit einem Anhieb auf die Karlsruher Genossen und mich eingeleitet. Unsere Resolution wünschte die Wahrung der Würde der Partei bei der Bernstein-Diskussion. Bebel sagte, das könne nur einer fordern, der entweder jung in der Partei ist oder die Vorgänge in der Partei nicht beobachtet. Das erste trifft nicht zu, da ich schon unter dem Sozialistengesetz Redakteur eines Parteiblattes war, und das zweite ist auch nicht richtig, denn gerade die Beobachtung gewisser Vorgänge in der Partei hat mich veranlaßt, die Resolution in Karlsruhe einzubringen. Ich glaube auch, Bebel hat auf mich gehauen, aber jemand anders treffen wollen; denn Sie erinnern sich, daß meine vorjährige Rede unmittelbar auf die Ausführungen der Genossinnen Zetkin und Luxemburg folgte, die in ihrer Schärfe vielleicht nicht ganz der Würde der Partei entsprachen. (Sehr gut!) Die direkte Veranlassung unserer Resolution war aber die Pieschener Rede Liebknechts, in der er Bernstein einen Strohmann, ja einen Esel nannte (hört! hört!), in der er ihm Unwissenschaftlichkeit vorwarf. Jene Pieschener Rede, der noch andere Dinge gefolgt sind, hat mich befürchten lassen, daß man mit Bernstein auch auf dem Parteitag in einer Weise umspringen würde, wie es der Würde der Partei nicht entspricht. (Sehr gut!) Es ist bedauerlich, aber es muß so sein: wenn die Alten die Alten gegen die Alten nicht vertheidigen, dann müssen es die Jungen thun. (Heiterkeit. Sehr gut!)

Wir wollen nun nicht den trockenen Ton einhalten, sondern mehr in die Praxis gehen. Liebknecht hat Bernstein Mangel an Wissenschaftlichkeit vorgeworfen. Was schreibt aber Liebknecht, der Marx vertheidigen will, am Schluß seiner Kompromiß-Broschüre: „Der Islam war so lange unbesiegbar, als er an sich allein glaubte und in jedem Nichtmuhamedaner einen Feind sah. Von dem Augenblicke an, wo der Islam auf Kompromisse einging und in die Wege der nichtmuhamedanischen, sogenannten civilisierten Mächte einlenkte, hat er seine erobernde Kraft eingebüßt. Der Islam konnte nicht anders. Er war nicht der wahre, welterlösende Glaube. Der Sozialismus aber ist, und der Sozialismus kann die Welt nicht erobern und nicht erlösen, wenn er aufhört, an sich allein zu glauben." Ist das Marxismus? Das ist Fatalismus vermischt mit Idealismus in schlimmster Form. (Sehr richtig!) Da sage man nicht mehr, wir sind keine Leute, die Dogmen hätten. Hier wird uns der Glaube empfohlen. (Redner schleudert die Liebknechtsche Broschüre auf das Rednerpult. Lebhaftes Oho!)

Ich war sehr erstaunt, daß Bebel sich für berufen hielt, die Richtigkeit der Marxschen Lehre zu beweisen; er, der mit seiner Kladderadatsch-Prophezeiung so wenig gute Erfahrungen gemacht hat, sollte die Hände von dieser Sache lassen. (Heiterkeit und lebhafter Widerspruch.) Bebel hat auf mein Blatt angespielt und es eine Ungeheuerlichkeit genannt, daß wir Bassermanns Rede für die Richtigkeit der Bernsteinschen Anschauung ins Treffen führten. Und doch lag nichts näher. Der „Vorwärts" und die gesammte Parteipresse haben die hohe sozialpolitische Einsicht Bassermanns in dieser Rede anerkannt.

Warum sollen wir nicht gelten lassen, was auf anderm Felde wächst. Wir sind eine zu große Partei, als daß uns die Furcht anstände, es könnte uns von anderer Seite das Heft aus den Händen genommen werden. Es ist Kleinmuth, wenn wir den Gegner nicht vornehm und würdig behandeln wollten. Der Bernhardiner empfindet Freundschaft für die Möpse und Dackeln, und wir sind in diesem Falle die Bernhardiner. (Große Heiterkeit.) Da wo wir das Gefühl der Ueberlegenheit haben sollten, da haben wirs nicht und wo wir es nicht haben sollten, da haben wirs. (Vollmar: Sehr richtig.)

Darin liegt ja gerade Bernsteins Verdienst, daß er den Finger in manche Wunde gelegt, daß er unser hoch entwickeltes Selbstbewußtsein zurückgeschraubt hat. (Widerspruch.) Wie sind wir gewohnt, über die Ethiker wie Egidy die Achseln zu zucken. Als Egidy aber starb, hieß es im „Vorwärts", er sei ein Sozialdemokrat. (Heiterkeit.) Und weiter: Verkennen wir doch nicht, daß Marx für die große Masse der Arbeiter und auch für unsere Halbgelehrten das ist, was Goethe für die Bourgeosie, die ihn verhimmelt, aber nicht liest. Es sind viele Delegierte da, die mir gesagt haben, wenn das ganze Marxsche Gebäude zusammenbrechen sollte, würden die Leute doch Sozialdemokraten bleiben. Der idealistische Lassalle steht den Arbeitern noch heute viel näher, als Marx, den sie wie ein weit in die Ferne gerücktes Idol verehren. Wir haben eben auch einen Dogmenglauben. (Lebhafter Widerspruch.) Sie sind unwillig, wenn ich das sage. Aber als mein Vorredner sprach und Marx kritisirte, da war es ganz aus. Es steht bei vielen Genossen so wie bei den gläubigen Katholiken, wenn die Unfehlbarkeit des Papstes bestritten wird. (Bebel: Oho!) Sie sind entrüstet, aber fragen Sie sich im Innern ihres Herzens, ob es nicht so ist. (Lebhafter Widerspruch.)

Nun muß ich mich noch gegen einen Angriff auf die Grundanschauungen der Partei wenden, den unser hochgeschätzter Genosse Bebel verübt hat. In Punkt 6 unseres Programms heißt es: Erklärung der Religion zur Privatsache. Bebel aber sagte gestern: „... Die Bourgeosie ist so atheistisch, als nur einer von uns." Ich muß es ablehnen, als Atheist gehalten zu werden. Das hat mit der Partei nichts zu schaffen. (Bebel: Ich habe Sie ja gar nicht gemeint.) Der Zwischenruf Bebels beweist, daß auch Sie mißverstanden werden können, d. h. daß auch Ihnen passieren kann, was Sie Bernstein immer vorwerfen. Im Uebrigen ist das keine Ausrede. Wir haben fortwährend unter diesen Dingen, d. h. unter den persönlichen Ansichten zu leiden, die Genosse Bebel gewissermaßen an offizieller Stelle ausspricht. Wir haben dieser Tage in Karlsruhe einen Prozeß gehabt, in welchem der Vorsitzende in der Urtheilsbegründung anführte, es sei den Geistlichen gestattet, von der Kanzel herab vor der Sozialdemokratie zu warnen, da dieselbe erwiesenermaßen die Religion bekämpfe. Für solche Leute sind natürlich die rein persönlichen Ansichten Bebels, die im Widerspruch mit Punkt 6 unseres Programms stehen, Wasser auf die Mühle. Ich bitte, in Zukunft diese „Angriffe auf die Grundanschauungen der Partei" zu unterlassen. (Sehr richtig.)

Und nun zurück zu Bernstein. Bebel sagte: „Wenn man uns immer vorhalten will, welche Schwierigkeiten wir noch zu überwinden haben, na, dann danke ich. Dann hätte ich längst die Flinte ins Korn geworfen." So kleinmüthig bin ich nicht, ist Bernstein nicht. Es ist das eben Geschmackssache. Es giebt Leute, die sich lieber auf den festen Boden der Thatsachen stellen, statt sich in den Nebel der Prophezeiungen zu begeben. Es giebt Leute, die lieber die Schwierigkeiten und Unebenheiten des Weges erkennen, als daß sie sich in unbestimmten Hoffnungen bewegen. Das Verdienst Bernsteins ist es, uns bittere Wahrheiten gesagt zu haben; dafür müssen wir ihm dankbar sein, trotz Plechanow. In Bebels Rede machte es den meisten Eindruck, wie er rief: „Bernstein räth uns beständig: nur langsam, hübsch langsam! Sehen Sie

die anderen Parteien sich an, wollen die denn warten, die wollen morgen zur Macht gelangen. Und wir sollen uns gedulden!" Aber andere Parteien stehen ja auf einem ganz anderen Boden als wir. Wir stehen auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung. Wir sagen: Das Wollen genügt nicht, wenn die Reife der Verhältnisse nicht genügt. Unsere Gegner begnügen sich mit Reformen, während wir die völlige Umgestaltung der Gesellschaftsordnung wollen. Das ist der wichtige, grundlegende Unterschied. Auch Marx und Engels sind früher einmal als Angstmeier bezeichnet worden, weil sie keine gewaltsame Revolution wollten, sie sind nicht an diesem Vorwurf gestorben, und auch Bernstein wird nicht daran sterben. Die Bernsteinianer werfen die Flinte auch dann nicht ins Korn, wenn sie das Endziel erst in weiter Ferne sehen. Gewiß ist es richtig, daß uns Bernstein Manches nimmt, aber gerade dadurch, daß er uns Selbstüberschätzung nimmt, giebt er uns neue Kraft, und das ist viel mehr werth.

Es giebt eben in der Partei Skeptiker und Gläubige, solche, die einen kühlen Kopf haben, und solche, die ein heißes Herz haben. Es ist ein Prinzip des Sozialismus, die Kollektivarbeit, und es ist nöthig für die Partei, daß der Kritiker und der Prophet einander vertragen und zusammenarbeiten. Es wäre nöthiger, daß unsere Heißgläubigen sich etwas von der Nüchternheit der Bernsteinianer ausborgten, als das Umgekehrte.

Ob wir Sozialdemokrat sind, das entscheidet nur das Parteiprogramm und wir selbst. Ob Bernstein hier abgesägt wird oder nicht, ist ganz egal. Es hat viele Denker gegeben, die erst todt geschlagen worden sind und deren Ideen sich gerade dann als bahnbrechend erwiesen haben. So wird es auch bei Bernstein gehen. (Beifall.)

Liebknecht: Zunächst etwas Persönliches. Man hat mir vorgeworfen, daß ich in meiner Pieschener Rede meinen Freund und langjährigen Mitkämpfer Bernstein verunglimpft hätte. Ich habe bereits früher erklärt, daß ich in jener Pieschener Rede, die beinahe zwei Stunden dauerte und über die nur ein kurz zusammengedrängter Bericht erschienen war, nicht ein Wort gesagt habe, das für Bernstein persönlich verletzend hätte sein können Ich bin der Legende entgegengetreten, die von Gegnern aufgestellt war, daß Bernstein für uns als eine wissenschaftliche Autorität, gewissermaßen die Fortsetzung von Marx, gegolten habe; ja er ist über Marx gestellt worden in bürgerlichen Blättern, und dem bin ich entgegengetreten und habe gesagt, daß er innerhalb der Partei als wissenschaftliche Autorität meines Wissens nie gegolten habe, wissenschaftlich im Marx'schen Sinne der Gesellschaftskritik, der methodischen Forschung und der Aufrichtung eines neuen Lehrgebäudes. Und das ist Wahrheit. Kautsky hat in seinem Buch auf ein paar hundert Seiten dem Sinne nach dasselbe gesagt, was ich damals in ein paar hundert Worten: ich habe keinen Ausdruck gebraucht, der für Bernstein irgend beleidigend oder auch nur verletzend sein könnte.

Ich habe Bernstein niemals einen Strohredakteur genannt, das ist mir einfach untergeschoben worden. Ich habe gesagt, daß Bernstein seine Pflicht am „Sozialdemokrat" voll und ganz gethan hat, ich habe ausdrücklich gesagt, daß er kein Strohredakteur gewesen ist. Ich habe gesagt, der „Sozialdemokrat" ist nicht von Bernstein, nicht von einem Mann geschrieben worden, sondern von der großen kämpfenden Masse der Arbeiterschaft, von der deutschen Sozialdemokratie. Nicht Bernsteins Geist war im Sozialdemokrat — es war der Geist der durch das Sozialistengesetz geächteten Sozialdemokratie; und hätte Bernstein ihn nicht so redigirt, wie er ihn redigiren mußte, so hätte er ihn überhaupt nicht redigiren dürfen. Ich wandte mich nur dagegen, aus Bernstein etwas zu machen, was er niemals gewesen ist. Man hat mir ferner noch einen Widerspruch in meinem Urtheil über Bernstein vorgeworfen und dabei einen Leitartikel des „Vorwärts" vom 28. März erwähnt. Nun, in diesem Artikel ist nur gesagt

daß Bernstein, seinen bestimmten Erklärungen nach, die Grundlage und das Endziel des Sozialismus nicht preisgegeben, sondern daß er sich im Gegentheil dafür ausgesprochen habe. Meine Aeußerung ward nicht gethan, um Bernstein zu vertheidigen, sie richtete sich gegen die idiotischen Artikel der bürgerlichen Presse, die da sagten: Bernstein ist unser Mann, er will ja Alles, was wir wollen. Da rief ich den Gegnern höhnend zu: Wollt ihr auch das Endziel, für das Bernstein sich ausdrücklich erklärt?

In der Bernstein'schen Schrift ist eben alles Mögliche enthalten: Sozialistisches und Unsozialistisches, überall stoßen wir neben durchaus Richtigem, das jedoch nie neu ist, auf Lehren und Aussprüche, die genau das Gegentheil von sozialistischen Anschauungen sind. Bernstein ist voller Widersprüche, aber das Unsozialistische wiegt vor und die praktische Konsequenz seiner Darlegungen würde sein, daß in der That die Sozialdemokratie zu einer bürgerlichen Reformpartei wird. Das Urtheil, das ich heute über Bernstein habe, habe ich schon seit langer Zeit, ich habe ihn niemals weder für eine revolutionäre Natur, noch für eine große wissenschaftliche Autorität gehalten. Als er mir vor zwei Jahren in England gesprächsweise sagte, der Sozialismus sei die letzte Konsequenz des Liberalismus, da erkannte ich, welche Kluft zwischen uns besteht: Sozialismus und Liberalismus haben nichts mit einander gemein. Hätte Bernstein gesagt, Demokratie und Sozialismus, so ließe sich darüber reden, aber der Liberalismus ist etwas spezifisch Bürgerliches. Von dem Augenblick an, wo das Bürgerthum kapitalistisch wurde, hat es aufgehört, liberal zu sein und hat genau die dem Sozialismus entgegengesetzte Entwickelung genommen und mußte sie nehmen.

Nun zur Sache. Mit Bebels Referat bin ich im Wesentlichen einverstanden. Ich bin für Bebel, so weit er gegen Bernstein ist, und gegen Bebel nur, wo er für Bernstein ist und letzteres liegt nur auf praktischem Gebiet: Theoretisch unterschreibe ich so ziemlich jedes Wort, das Bebel gesprochen. Und da er sehr gründlich gesprochen, so habe ich nur wenig zu sagen.

Bebel hat nachgewiesen, daß das, was Bernstein gegen die Verelendungstheorie sagt, theils nicht wahr ist, theils nicht das trifft, was Marx behauptet hat. Die Verelendungstheorie ist absolut bestätigt worden durch die moderne wirthschaftliche Entwicklung, durch die Statistik, namentlich durch die Einkommenssteuerstatistik. Daß die Akkumulirung des Kapitals vor sich geht, kann im Ernst nicht geleugnet werden, und die Thatsache, daß es eine Anzahl selbständiger Existenzen giebt, denen es jetzt ganz gut geht, spricht nicht gegen die Theorie; das sind größtentheils nur scheinbar unabhängige Existenzen. Während diese sich mit der Ausdehnung der kapitalistischen Wirthschaftsordnung vermehren, vermindern sich auf der anderen Seite die wirklich unabhängigen Existenzen. Also die Lehre von Marx hat sich, wenn sie auch nicht in jedem einzelnen Detail zutrifft, doch vollständig bewährt. Und unzweifelhaft ist: der Kapitalismus erzeugt Zustände, an denen er selbst zu Grunde gehen muß. Ob das ein gewaltsamer Zusammenbruch sein wird oder nicht, das wissen wir nicht, denn es hängt von dem Handeln unserer Gegner ab. Die Möglichkeit des gewaltsamen Zusammenbruchs leugnen, kann nur Jemand sein, der in England lebt, wo die Entwicklung ganz anders ist als in Deutschland und überhaupt auf dem Kontinent — in England, wo sich das Volk aller bürgerlichen Freiheiten erfreut, die nicht angetastet werden können von oben her. Dort hat sich die Gewerkschaftsbewegung naturgemäß vor der politischen Klassenbewegung entwickelt, bei uns aber ist sie gestört worden. Trotzdem suchte auch in England das Bürgerthum in der wilden Jugendzeit des Kapitalismus die Arbeiterbewegung zu ächten, es schränkte vor jetzt gerade einem Jahrhundert das Koalitionsrecht ein, und es bedurfte erst eines fünfundzwanzigjährigen, zum Theil blutigen Kampfes, um die Koalitionsfreiheit wieder zu erobern. Erst dann ist das Bürgerthum

dort zu der Einsicht gekommen, daß die Unterdrückung der Arbeiterbewegung zum Untergang des Staats-, des Gemeinwesens führte. Der Staat war genöthigt, zu seiner eigenen Rettung das Koalitionsrecht wieder herzustellen und die Fabrikgesetzgebung zu schaffen. In England ist der politische Gegensatz zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie nicht so groß wie bei uns, weil dort die Arbeiter politisch gleichberechtigt sind. Die Arbeiter können dort schreiben, was sie wollen, und sich versammeln, wo sie wollen, der Staat tritt ihnen nicht feindlich gegenüber — kein Polizeizwang, keine polizeiliche Ueberwachung und Bevormundung. Daß in England die Arbeiterbewegung einen andern Lauf nahm, als in Deutschland, daß sie nicht in politische Bahnen gedrängt ward, und daß der Klassenkampf zunächst auf gewerkschaftlichem Gebiet sich abspielte, liegt also in der Natur der Dinge.

Es ist weiter eingewandt worden, daß selbst nach wissenschaftlichen sozialistischen Schriften das Elend am stärksten da sei, wo der Kapitalismus noch nicht eingedrungen ist; es sei also nicht die Folge des Kapitalismus. Ich will demgegenüber auf Sachsen hinweisen, wo wir in den 60er, 70er und 80er Jahren noch die kleinen Meister in der Weberei hatten. Sie befanden sich im größten Elend. Dieses Elend ward allerdings nicht direkt hervorgebracht durch den Kapitalismus, wohl aber indirekt durch die Konkurrenz des Kapitalismus, so daß wir seiner Zeit im sächsischen Landtag es mit Recht als eine wahre Wohlthat für diese sogenannten selbständigen Meister bezeichnen konnten, daß sie als Fabrikarbeiter in den Großbetrieb kamen. Auch in Indien ist das Elend der Arbeiter nicht durch den Kapitalismus direkt hervorgebracht, wohl aber durch die Konkurrenz des Kleinbetriebs mit dem kapitalistischen Großbetrieb in England.

Auf die materialistische Geschichtsauffassung will ich hier nicht näher eingehen, ich kann nur sagen, daß alle Versuche Bernsteins, die Richtigkeit der materialistischen Geschichtsauffassung zu bestreiten, völlig mißlungen sind und daß kein Land mehr als Deutschland, keins vielleicht in so hohem Maße wie Deutschland, den klaren, handgreiflichen Beweis für die Richtigkeit derselben bildet. Im Jahre 1848 war unser Bürgerthum noch demokratisch, es stimmte mit den Arbeitern, die damals in Folge der rückständigen ökonomischen Entwicklung noch nicht auf dem Boden des Klassenkampfes standen, in den politischen Zielen überein. Heute ist es, abgesehen von wenigen Idealisten, reaktionär. Genau so ist es in Frankreich. Auch da schlug der bürgerliche Liberalismus, sobald der Kapitalismus den Klassenkampf entfesselte, in die äußerste Reaktion um, die Bourgeoisie in Frankreich warf sich schon 1848 einem Louis Napoleon in die Arme, wie wenige Jahre später in Deutschland einem Bismarck. Aber nicht blos in dem Denken der Bourgeoisie, sondern auch im Denken der deutschen Arbeiter hat der Kapitalismus eine Revolution hervorgebracht. Als 1863 Lassalle gegen Schulze-Delitzsch auftrat, wollten die Berliner Arbeiter ihn nicht anhören, und wenige Jahre nachher sind dieselben Arbeiter zu Tausenden und Zehntausenden zur Sozialdemokratie gekommen. Die Revolution der wirthschaftlichen Verhältnisse hat auch die Geister revolutionirt und diese doppelte Revolution bereitet den Sieg des Sozialismus vor. Ist das nicht die denkbar stärkste Bestätigung der Marxschen Lehren?

Man hat im Lauf der Debatte gesagt, da Bernstein das Endziel nicht verleugne, stehe er doch prinzipiell vollständig auf unserem Boden, nur das Tempo sei verschieden. Ja, mit der Verschiedenheit des Tempos ergiebt sich auch eine Verschiedenheit der prinzipiellen Anschauungen. Auch der Nationalliberale v. Bennigsen hat 1878 bei der Berathung des Sozialistengesetzes im Reichstage ausgeführt, daß die bürgerliche Gesellschaft in ihrer heutigen Gestalt nicht ewig sei; er warf der Sozialdemokratie nur vor, daß sie den Entwicklungsprozeß gewaltsam beschleunigen wolle und daß sie in einem zu schnellen Tempo vorgehe. Deshalb müsse sie geknebelt werden. Bennigsen stimmt also

in Bezug auf das Tempo vollkommen mit Bernstein überein. Das Tempo hat den Sozialisten Bernstein an die Seite des nationalliberalen und urreaktionären Bennigsen gebracht.

Trete ich im Allgemeinen den Ausführungen Bebels bei, so bin ich in einem Punkte entschieden anderer Meinung, und zwar betreffs seiner Ausführungen über das Verhältniß unserer Partei zu bürgerlichen Parteien und hierauf bezüglichen Theils der von ihm vorgelegten Resolution. Erst eine Vorbemerkung. Bebel hat sich bei Besprechung des Theiles seiner Resolution, der von dem Verhältniß zu anderen Parteien handelt, auf den Stuttgarter Beschluß berufen und gesagt, dieser habe den Genossen in Bezug auf die preußischen Landtagswahlen vollständig carte blanche gegeben. Das ist nicht richtig, er hat Alles beim Alten gelassen und nur in Bezug auf die kommenden Wahlen in diesem einzelnen Falle den Genossen und Wahlkreisen freie Entscheidung gelassen. Aber er hat weder den Kölner Beschluß, noch den Hamburger aufgehoben, die beide alle Kompromisse und Wahlbündnisse verbieten. (Sehr richtig!) Das habe ich ausdrücklich festzustellen gegenüber den Angriffen auf die Berliner Genossen, weil sie strikt auf dem Boden dieser Beschlüsse stehen geblieben sind. Bebel hat ferner die Taktik der Bayern ausdrücklich gebilligt. Hiernach muß ich annehmen, daß Bebel eine solche Taktik durch seine Resolution sanktioniren will. Ich stehe dagegen auf dem Standpunkt, daß eine solche Taktik verderblich ist. Ich bin der Ueberzeugung, daß bei einem Bündniß, das mit anderen Parteien eingegangen werden soll, nicht blos das Prinzip nicht verrathen werden darf — das ist, soviel ich weiß, ausdrücklich niemals der Fall gewesen — sondern auch, daß nicht unser Klassenkampfboden verlassen werden darf. Mit dem Preisgeben dieses Klassenkampfbodens wären selbst Dutzende von Mandaten, die wir gewinnen könnten, doch viel zu theuer erkauft.

Als eine Verletzung der materialistischen Geschichtsauffassung ist es mir ausgedeutet worden, daß ich von der Demoralisation unserer Parteigenossen und der Verwirrung der Volksmassen sprach, die eintreten müsse, wenn der Glaube an die Richtigkeit unserer Lehren in den Massen erschüttert wird, und wenn unsere Parteigenossen in den Glauben versetzt werden, daß unsere Partei nicht die einzige ist, die für die Rechte und Freiheit und die Klasseninteressen des Proletariats eintritt, wenn andere Parteien als uns gleichwerthig empfohlen werden. Das Beispiel mit dem Islam, das der Vorredner als unwissenschaftlich hinstellt, ist ein sehr treffendes. So lange die Bekenner des Islam die absolute feste Ueberzeugung von der Wahrheit ihrer Lehre hatten, waren sie siegreich; sie verloren die Kraft zu siegen erst, als sie mit der abendländischen Kultur zu paktiren begannen. Die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, ein bestimmtes Ziel zu erkämpfen, giebt eine ungeheure Kraft. Ich erinnere mich, wie einmal, als ich im Reichstage in der Zeit des Sozialistengesetzes von der Rednertribüne herabstieg, Ludwig Bamberger zu mir trat und sagte: „Sie können gut reden, Sie haben noch den Glauben, wir haben ihn nicht.“ Ja, das Wort „Glaube“ ist hier nicht im religiösen Sinne gemeint, sondern in dem Sinne der absolut festen Ueberzeugung und der Zielsicherheit, und wenn wir diesen Glauben unseren Genossen nehmen, so nehmen wir ihnen die Kampfesfreude (lebhafte Zustimmung), so vermindern wir ihre Kampflustigkeit. Wenn ich den Genossen sage, es ist in der bürgerlichen Gesellschaft garnicht so schlimm, sie ist im Grunde ganz gut; wenn Ihr Euch nur als artige Kinder benehmt, so ist sie bereit, Euch Zuckerbrot zu geben und die Peitsche nicht zu gebrauchen, rede ich so, dann demoralisirt das, so kann das eine Partei, die kämpfen muß, nimmermehr zum Ziele führen. Das ist es, was bei Bernstein die kämpfenden Genossen am meisten empört hat, daß er erklärt, wir seien durch unsere heftige, überstürzende Taktik Schuld daran, daß das Bürgerthum gegen uns feindlich gesinnt sei.

Haben wir denn das Bürgerthum feig gemacht? Hat sich nicht Lassalle überzeugt, daß das deutsche Bürgerthum in seiner Feigheit den Kampf auch nur für die einfachsten bürgerlichen Freiheiten nicht führen kann? Damals war das rothe Gespenst dem deutschen Bürgerthum noch nicht in greifbarer Gestalt entgegengetreten. Das deutsche Bürgerthum, das weder zu Ende des Mittelalters, noch zu Ende des vorigen Jahrhunderts, noch 1848 seine eigenen bürgerlichen Freiheiten dem Junkerthum abtrotzen konnte, sollen wir demoralisirt haben? Wir haben es stets mit Stolz hervorgehoben, daß in Deutschland die Sozialdemokratie die Doppelmission hat, die Aufgaben zu erfüllen, die in anderen Staaten schon das Bürgerthum erfüllt hat, und außerdem die große soziale Umgestaltung durchzuführen. Das hat Bernstein vollkommen übersehen. Wir dürfen nicht bremsen, nicht zurückhalten — wir müssen vorantreiben. Die deutsche Sozialdemokratie ist niemals mit dem Kopf durch die Wand gegangen — wie Bernstein uns vorwirft. Ein hitziger Zeitungsartikel, eine heftige Rede — was will das sagen? Das ist doch nicht die Partei. Aber wo immer die Partei, seit es eine Sozialdemokratie giebt, auf dem Boden der Praxis zu wirken vermochte, wo immer sie im öffentlichen Leben gewirkt hat, da haben wir praktisch gewirkt. Wir haben den thatsächlichen Verhältnissen Rechnung getragen. Wir haben nicht versucht, unmittelbar zu erkämpfen, was noch nicht erkämpft werden konnte, da haben wir auf das Ziel hingewiesen und gesagt: Dies und Jenes muß erstrebt werden, aber heute kann es nicht erreicht werden. Bernstein hat uns nichts gegeben, er will uns blos was nehmen. Und nicht blos theoretisch, auch praktisch. Seine Rathschläge, so weit sie gut sind, kommen zu spät. Was er sagt, haben wir Alle gewußt und bethätigt. In seiner ganzen Schrift finden Sie auch nicht einen Satz, den Sie nicht schon vorher in der „Frankf. Zeitung", bei Oppenheimer, bei demokratischen oder halbdemokratischen, selbst blos liberalen Schriftstellern haben lesen können. Das ist es ja, was die Gegner Bernsteins so erbittert hat, daß er sich plötzlich auf die Seite unserer Gegner stellt, daß er als Zeuge auftritt für unsere Gegner, und namentlich auch für die ebenso unsinnige, wie ungerechte Behauptung eines Eugen Richter, die Sozialdemokratie sei schuld an der herrschenden Reaktion. Nein, schuld ist die Erbärmlichkeit unseres Bürgerthums.

Meine Redezeit läuft ab. Nur eine praktische Frage muß ich noch erledigen. Bebel hat das Verhalten der bayerischen Genossen vertheidigt. Hier habe ich ein Wahlflugblatt aus dem ersten pfälzischen Wahlkreis, gerichtet „an die Wähler, Mitbürger und Arbeiter". Es wendet sich in der schärfsten Weise gegen die Nationalliberalen, sagt nicht ein Wort gegen das Zentrum und schließt mit den Worten: „Deshalb gebe jeder Wähler seine Stimme den ihm von der sozialdemokratischen Partei vorgeschlagenen Wahlmännern, und wir werden siegen." Ich rede nicht darüber, daß in dem Flugblatt kein Wort gegen das Zentrum gesagt ist, aber diesem sozialdemokratischen Flugblatt waren die Zentrums-Stimmzettel beigelegt. (Hört! hört!) Unseren sozialdemokratischen Wählern wird also zugemuthet, um das sozialdemokratische Programm zur Geltung zu bringen, Zentrumsmänner zu wählen. Ich frage, welche Verwirrung muß das in den Köpfen anrichten, und wer kann es den Wählern, die noch ein Bischen katholisch fühlen, verdenken, wenn sie bei der nächsten Wahl, wo sie aufgefordert werden, einen Sozialdemokraten zu wählen, nun wieder für einen Zentrumsmann stimmen und sagen: Ihr habt uns die Zentrumsmänner das vorige Mal empfohlen, schlimmer als damals ist das Zentrum heute auch nicht. Aehnlich ist es bei den preußischen Landtagswahlen. Auch hier müßten wir, da wir aus eigener Macht nicht ein Mandat erringen können, die Genossen auffordern, für unsere Gegner zu wirken und zu stimmen, die wir bei der nächsten Reichstagswahl und bei unserer ganzen Partei-Propaganda

bekämpfen müssen. Das wirkt demoralisirend und desorganisirend. Es ist, wie wenn man einer Armee, die kämpft, plötzlich in Mitten des Kampfes eine Frontveränderung zumuthet. Das führt zu Niederlagen. Doch weitere Ansichten über diesen Punkt sind zur Genüge bekannt. Zum Schlusse habe ich zu erklären: am liebsten wäre es mir und den gleichdenkenden Genossen, wenn Bebel den dritten Absatz seiner Resolution zurückzöge; geschieht das nicht, so beantrage ich getrennte Abstimmung, und ich werde gegen diesen Absatz stimmen, weil ich darin ein Verlassen des Klassenstandpunktes erblicke und ein Betreten der Brücke, die uns Bernstein hingelegt hat, um zu den anderen Parteien zu kommen. Im Einverständniß mit Singer, der auf gleichem Boden steht wie ich, habe ich zu erklären, daß wir, wenn der dritte Absatz angenommen werden sollte, um die Einheit der Partei gegenüber den von Bernstein vertretenen Tendenzen auch nach außen zu bekunden, für die ganze Resolution stimmen werden.

Bernstein meint, daß das Proletariat noch nicht reif sei zu herrschen. Ich frage dagegen: Ist die Klasse, deren Vertreter jetzt auf der Anklagebank im Harmlosenprozeß sitzen, besser geeignet, den Staat zu regieren, als das Proletariat, wie es heute ist? (Lebhafter Beifall. Bebel ruft: „Das hast Du gut gemacht, Alter!") Wie regiert die herrschende Klasse? Wir sahen es im Tausch-Prozeß. Jetzt eben hatten wir die Junkerrevolte, es herrscht vollständige Anarchie in den regierenden Kreisen. Und uns, die wir inmitten der allgemeinen Zerfahrenheit der bürgerlichen Parteien fest und zielbewußt dastehen, unserer Partei, die in kühl prüfender Ruhe über Probleme und Lehrsätze, die unsere Partei-Existenz in Frage stellen, berathen kann, während die Feinde ringsum den Kampf gegen uns mit immer schärferen Waffen führen, und die Gegensätze sich mehr und mehr zuspitzen, — uns will man bei diesem von Tag zu Tag sich beschleunigten Tempo der Zersetzung in Staat und Gesellschaft sagen: Nur gemüthlich! Nur immer langsam voran! Es geht nicht so schnell. Die Zusammenbruchstheorie ist eine falsche. Wer soll dann in Deutschland Reformen im englischen Stile machen? Wo ist ein politisch lebenskräftiges Bürgerthum? Und darum rede ich: Bernstein hat auch nicht einen einzigen Stein unserer Parteigrundsätze erschüttern können, er hat nur die Richtigkeit der Grundsätze, die wir stets von Anfang an vertreten und bethätigt haben, uns schärfer und klarer zum Bewußtsein gebracht. Unter der alten Fahne, mit den alten Zielen haben wir tausende von Siegen erfochten, sind wir vorgedrungen! Diesen Kampfboden sollten wir verlassen? Ein Abgehen von unserem Programm, von unserer Taktik, die in sich die Kraft der Verjüngung haben, hieße in der That das Endziel hinausrücken, den Kampf verlangsamen, den Sieg hinausschieben. Darum auf für das alte Programm und die alte Taktik! (Stürmischer Beifall.)

Die Debatte wird, weil die Mittagspause herangerückt ist, abgebrochen. Nach einer persönlichen Erklärung der Frau Zetkin gegen Fendrich, worin sie dessen Vorwurf zurückweist, als ob sie in Stuttgart gegen die Würde der Partei verstoßen habe, bringt Singer die Frage zur Entscheidung, ob der Einladung der Hannoverschen Genossen zu einem Ausflug am morgigen Nachmittag gefolgt werden soll. Fast einmüthig wird die Einladung mit Dank abgelehnt, da die Arbeitspflicht eine festliche Unterbrechung der Verhandlungen diesmal nicht gestattet.

Schluß: 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung:

$3^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Katzenstein-Mannheim: Die Diskussion hat sich bisher auf eine ganze Reihe von Punkten konzentrirt, die nach meiner Meinung nicht ausschlaggebend sind, während andere wichtigere nicht mit der nöthigen Ausführlichkeit behandelt worden. Wie Kautsky das im vorigen Jahre anerkannt hat, verdient Bernstein Dank. Dank erstens dafür, daß er das theoretische Denken in der Partei angeregt hat, daß in die Oede, die Jahre lang geherrscht hat, seine Schrift wie eine Bombe eingeschlagen ist; Dank zweitens dafür, daß er eine Reihe praktischer Fragen, die zum Theil gar nicht anerkannt, jedenfalls aber nicht in genügender Weise zur Geltung gekommen waren, wieder in den Vordergrund gebracht hat; vor Allem aber Dank für die Reaktion, die er verursacht, daß er, der uns in das sozialreformerische Fahrwasser hat hineindrängen wollen, es nun erst recht zu Wege gebracht hat, daß der sozialrevolutionäre Gedanke erst recht von uns klar betont wird. (Bravo!) Unser Programm darf es natürlich nicht als etwas Unantastbares gelten, weil zufällig Kautsky, ich will nicht sagen, der Vater, aber doch der Hauptvater desselben ist. (Heiterkeit.) Die Verelendungsfrage z. B., über die wir heute streiten, ist in dem ersten, von Bebel und Liebknecht ausgearbeiteten Entwurf mit keinem Worte erwähnt. Ich glaube nicht, daß man so über die Verelendungstheorie hinweggehen darf, wie es von Seiten einiger Genossen geschieht, die in den Wahn des liberalen Spießbürgers verfallen sind, wie haben wir es doch so herrlich weit gebracht! Die Frage, ob die Lebenshaltung der Arbeiter gestiegen ist, ist sehr schwer zu entscheiden, eine Reihe von Arbeiterschichten hat sich beständig gehoben, auf der andern Seite begegnen wir ganzen Schichten der Bevölkerung, die in der That fort und fort hinabgedrückt werden. Vergessen Sie auch nicht die Entwicklung der Großstädte und die damit zusammenhängende Wohnungsnoth, durch die große Bevölkerungsklassen in ein physisches Elend gestürzt sind, wovon früher nicht die Rede war. Die Lohnstatistik allein beweist sehr wenig. Bedenken Sie allein die Ortsverschiebung; ein großer Theil der gesteigerten Einkommen dient ja nur zur Steigerung der Grundrente, wandert in die Taschen der Hausbesitzer. Aber eine relative Hebung wird zweifellos durch die Gebrauchsstatistik erwiesen. Die absolute Masse des Elends mag gestiegen sein, da die Bevölkerung gestiegen ist, aber relativ ist sie gesunken; die frühere Annahme, die in der Partei zweifellos geherrscht hat und von Marx zum Ausdruck gebracht worden ist, kann nicht aufrecht erhalten bleiben.

In den anderen Programmentwürfen, des Partei-Vorstandes sowohl wie des Genossen Kampffmeyer, steht nichts davon, steht auch nichts von der Alles umfassenden Konzentration in der Landwirthschaft. Dieser Gedanke muß gleichfalls aufgegeben werden. Eine klar erkennbare Tendenz der Aufsaugung des kleinen Grundbesitzes durch den großen läßt sich nicht behaupten. Warum sollten wir uns darauf festlegen? — Dagegen hat sich in der Industrie eine völlige Zersetzung der Mittelschichten vollzogen. Thatsächlich hat sich eine soziale Zersetzung vollzogen und der sogenannte neue Mittelstand hat, soweit er nicht das Lakaienthum der herrschenden Klassen repräsentirt, unter der sozialistischen Gesellschaftsordnung Aussicht, sich besser zu stehen als jetzt.

Man sagt, die Zusammenbruchstheorie lasse sich ebenso wenig entscheiden wie die Krisentheorie. Prophezeien ist schwer, aber in der kapitalistischen Entwickelung ist die Tendenz zu unheilvollen Krisen vorhanden, die nur auf Kosten der gesellschaftlichen Produktivkräfte durch Kartelle aufgehalten werden können. Die Kartelle führen eine gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter, der Konsumenten und der Steuerzahler herbei. Die Kartelle mit ihrer dreifachen Ausbeutung sind also durchaus nicht in der Lage, den erhofften Ausgleich der Gegensätze

zu bringen. Ich weise weiter auf die ostasiatische Konkurrenz hin, die wie eine drohende Wolke über der europäischen Industrie schwebt. Heute freuen sich unsere Industrielle über ihren Export nach Ostasien. Die Zeit aber wird bald kommen, wo mit dem Gelde und den Maschinen Europas Ostasien die deutsche und englische Industrie niederkonkurrirt. Wir sehen schon jetzt das Schicksal der englischen Textilindustrie. Nun ist ja noch die Möglichkeit vorhanden, daß sich die Kartelle unter einander verbinden und die Produktion regeln. Sie würden so den Rodbertus'schen Gedanken verwirklichen, nur daß nicht der Staat, sondern sie es wären, die der Gesellschaft als soziale Beamten dienten. Aber das ist eine Möglichkeit, die in weiter Ferne liegt. Es ist gerade so, wie wenn ich sage: Hier habe ich einen Bindfaden, und daran binde ich ein Eichhörnchen an — wenn ich ein Eichhörnchen hätte. (Heiterkeit.)

Nun zu den praktischen Vorschlägen. Die Gewerkschaften haben sich ihre Anerkennung errungen. Vor sechs Jahren kamen sie als Hülfeflehende zur Partei, heute werden sie allgemein anerkannt, es könnte höchstens von einer Ueberschätzung der Gewerkschaften die Rede sein. Der politische Kampf ist von uns weit überschätzt worden, es ist das eingetreten, was Marx mal als parlamentarischen Kretinismus bezeichnet hat. Die Ueberschätzung des rein politischen Kampfes hat sich bitter gerächt. Die Gewerkschaftsbewegung würde ich nicht für so wichtig halten, wenn dadurch nur für die Gegenwart Erfolge erzielt würden. Dann würde ich es für richtiger halten, Kleinkinderbewahr-Anstalten zu begründen. (Heiterkeit.) Nein, die Gewerkschaften sind ein Kampfmittel für die Sozialisirung der Gesellschaft, sie müssen sich die Beseitigung der Klassengegensätze zum Endziel setzen. Es dürfen aber keine politischen Gegensätze in den Gewerkschaften erzeugt werden. Betrachten Sie nur mal unsere Leipziger Genossen auf der einen, die Buchdrucker auf der anderen Seite, dann werden sie finden, daß hier thatsächlich ein Keil in die Arbeiterbewegung hineingetrieben wird. Nun die Frage der Genossenschaften. Auch hier kann man zu viel thun, ich halte das nicht für ein Unglück. Es giebt Genossenschaftsfanatiker, wie es Gewerkschaftsfanatiker giebt. Aber in der Partei fängt man jetzt erst an, das Genossenschaftswesen zu beachten. Gewiß ist es nicht Sozialismus, aber eine gute Schule zum Sozialismus; es kommt nur darauf an, daß die rechten Leute an der Spitze stehen, dann werden sie dafür sorgen, daß die eigenen Leute aufwachsen in einem sozialistischen Milieu, wie Vandervelde sagt. Parvus tritt jetzt für die Genossenschaften ein, die Genossin Luxemburg nicht, aber sie scheint sich mit dieser Frage noch nicht recht vertraut gemacht zu haben. Ich wünsche nicht, daß die Partei sich zur Genossenschaftsbewegung festlegt, aber sie soll ihr sympathisch gegenübertreten, sich nicht durch das Wort „Kleinbürgerei" abschrecken lassen. Kleinbürgerei der allerschäbigsten Art ist es, wenn man um einer Anzahl von Wirthen und Krämern und sonstiger kleiner Zwischen-Existenzen der Emanzipation der Konsumenten von dem parasitischen Zwischenhandel entgegenwirkt. Aber eine Reihe von Bernstein'schen Aussprüchen und Forderungen muß entschieden zurückgewiesen werden. Theorien können nicht entscheidend sein. Nicht 5 Prozent von uns sind durch die Theorie zur Partei gekommen; es steckt ein gut Stück Ideologie in uns Allen. Bernstein hat das Wort „Vaterland" in mindestens sehr bedenklichem und zweideutigem Sinne gebraucht. Wir haben ein viel ethischeres Gefühl zu unserem Vaterlande als unsere Gegner. Das Junkerthum würde tausend Mal lieber Anhängsel Rußlands sein als arbeitsberechtigtes Mitglied einer deutschen Demokratie. Wir dürfen nicht vergessen die Kluft, die uns von den Gegnern trennt. Wir sind nicht national im Sinne der Gegner, wir sind international. Die Stellung zu den Heeresfragen beweist doch, daß wir diese Bestrebungen rundweg ablehnen müssen, die weder mit idealen, noch mit Reformbestrebungen, sondern nur mit den Unterdrückungsbestrebungen etwas zu thun haben. Wollen unsere Gegner

keine Zugeständnisse in Bezug auf die Heeresfrage machen, so sagen wir ihnen einfach: damit beweist Ihr, daß Eure Privilegien Euch tausend Mal werthvoller sind als das Vaterland, damit beweist Ihr, daß Ihr die wahren Vaterlandsfeinde seid. (Sehr gut!) David sagt, es kommt auch auf die Bewegung an. Ganz recht, aber es kommt auf noch etwas an, auf das Tempo der Bewegung, und das wird mit bestimmt durch das Temperament. Wir müssen uns immer bewußt bleiben der ungeheuren Kluft, die heute noch gähnt, wir müssen uns bewußt bleiben, daß diese Kluft nur durch einen radikalen Bruch mit dem Bestehenden beseitigt werden kann. Man hat viel von radikalen Phrasen gesprochen. Nun, ich kenne eine Phrase, die noch viel ekelhafter ist, daß ist die opportunistische Phrase. (Sehr wahr!) Daß wir praktisch werden und uns nicht auf die Zukunft vertrösten sollen, das braucht man uns nicht erst zu sagen, das ist eine Lächerlichkeit. Aber auf der anderen Seite müssen wir uns bewußt bleiben, daß das, was wir heute erreichen können, doch nur ein kleiner Theil dessen ist, was wir zu fordern haben. Wir müssen uns auf den Standpunkt des natürlichen Rechts stellen und den Standpunkt der Revolution betonen. Tausend Jahre Unrecht macht ein Jahr des Rechts noch nicht wieder gut. Bebel sagt ganz recht, was wollen die Junker machen, wenn sie kein Land mehr besitzen? Nun, warum sorgen wir nicht dafür, daß dieser Zustand eintritt, warum schleudern wir nicht diesen Feuerbrand? (Glocke des Präsidenten.) Ich bin genöthigt, zu schließen. Gestatten Sie mir nur noch, mit aller Schärfe das Eine zu betonen: Das was man Freßlegende nennt, was wir aufgeben sollen, das ist unser Prinzip, das dürfen wir nicht preisgeben. (Sehr gut!) Wir müssen immer wieder betonen, daß wir nicht erst in 100 Jahren, sondern schon heute Brot für Alle schaffen wollen. Noch steht die Macht, wir müssen sie brechen. Der Birkenbaum steht noch ungefällt, und zwei Lager heute zerklüften die Welt, und ein Hüben, ein Drüben nur gilt. (Lebhafter Beifall.)

Grunwald-Jena: Ich fasse mich über die ganze Bernsteinsche „Reformation" wegen der Kürze der Zeit so zusammen: Was Bernstein Neues gesagt hat, ist nicht gut und anerkennenswerth, und was er Gutes gesagt hat, und was man anerkennen kann, ist nicht neu. Um mich hier nur mit der Methode der Bernstein'schen Beweisführungen zu befassen, so führe ich zunächst an, in welch haarsträubender Weise Bernstein gegen die einfachsten Grundregeln statistischer Beweisführungen sündigt: aus einfachen Summirungen beweist er Unglaubliches, ohne sich die Mühe zu geben, die historisch-ökonomischen Relationen aufzudecken, die diese Summirungen erst ins rechte Licht rücken. Bernstein und seine Anhänger behaupten auch, die einzig wirklichen Vertreter der wahren Wissenschaftlichkeit zu sein. Was aber setzt diese vor Allem voraus? Eine möglichst vollständige Beherrschung und Sammlung des bezüglichen Thatsachen-Materials zunächst, dann die begriffliche Ordnung desselben, klar und unzweideutig: beides vermisse ich bei Bernstein durchaus! Gegen beides und dabei vor Allem, um das nochmals hervorzuheben, gegen die Statistik, sündigt er in einer Weise, die unerhört ist, wie ihm auch die primitivsten bürgerlichen Oekonomen nachgewiesen haben, daß ich als Pendant zu Bernstein nur Julius Wolf anführen könnte. Und wenn Sie, Parteigenossen, eine freie Stunde haben, lesen Sie, bitte, wie seiner Zeit Wolf von Sombart in Braun's vorzüglichem „Archiv" und von Singer in Wien in Conrads Jahrbücher heimgeleuchtet worden ist: besser konnte es in dieser Beziehung der eingefleischteste Marxist nicht. Wie Wolf macht es Bernstein jetzt, obwohl er selbst seiner Zeit Wolf schärfstens kritisirte. Durch einige Feuilletons kann man ein fundamentales, wissenschaftliches System wie das Marxsche nicht widerlegen. — Aus der Diskussion, die mir in Vielem recht oberflächlich vorkam, will ich nur zwei Punkte herausgreifen, wo David und Woltmann ganz in Bernsteinscher „Methode" arbeiteten: bei den Fragen der

Expropriation und des Verhältnisses zwischen Politik und Oekonomie. Wenn David sich nur historisch in Manchem etwas mehr gebildet hätte (Heiterkeit), gestatten Sie mir David eine Stelle aus dem Kommunistischen Manifest vorzulesen, VI. Ausg. S. 23, wie David hiergegen seine Ansichten über die Expropriation im Marxschen Sinne aufrecht erhalten kann, ist mir unerfindlich! (David ruft dem Redner zu: Das verstehen Sie eben nicht!) O doch, das mögen Andere entscheiden! Ich hoffe sogar, daß David nach ruhiger Ueberlegung selbst revoziren wird (Heiterkeit). Gegen Woltmanns Anschauungen über das Verhältniß von Politik und Oekonomie schließe ich mich vollkommen dem an, was Kautsky ihm diesbezüglich entgegengehalten hat. Und es wäre besser gewesen, Woltmann hätte hier Kautsky zu widerlegen versucht, als nur nochmals seine Differenz zu konstatiren. — Ich meine: von Bernsteins „Neuem" kann und soll man nichts akzeptiren, das Gute aber ruhig anerkennen, weil es auch nicht neu ist, das Neue aber a limine ablehnen und die Arbeiterklasse mit dem bewährten alten Programm, wie bisher, siegreich weiterführen.

Molkenbuhr: Nachdem der Vorredner die vom Genossen David vorgetragene Aushöhlungstheorie gestreift hat, muß ich eine zweite Grundlage der David'schen Anschauung einer näheren Prüfung unterziehen. Er steht auf falscher Grundlage und kommt daher zu falschen Schlüssen. David hat behauptet, die ökonomische Entwickelung stelle sich in der Landwirthschaft anders dar als in der Industrie. Er sagt, in der Landwirthschaft zersplittere man die Großunternehmungen in Kleinunternehmungen, weil der Kleinbetrieb rentabler sei. David hat hinzugefügt: In der Industrie sieht man so etwas nicht. Würde er näher zugesehen haben, dann hätte er ähnliche Erscheinungen in großer Fülle im gewerblichen Leben beobachten können. Bevor die Technik eine solche Höhe erreicht hat, stellt sich in manchen Berufszweigen als Uebergang zur großen Industrie eine solche Zersplitterung der Betriebe ein. (Sehr richtig!) Wenn David das Marx'sche „Kapital" gründlicher studirt hätte, dann würde er wissen, daß Marx in der Betrachtung der Hausindustrie diese Erscheinung behandelt hat.

Das ist keineswegs ein überwundener Standpunkt. Lesen Sie die Enquete der arbeitsstatistischen Kommission über die Lage in der Konfektionsbranche. Dort erklärten uns die Unternehmer, die Zersplitterung durch das Zwischenmeistersystem sei nothwendig, wenn man nicht im Konkurrenzkampf unterliegen wolle. Aehnlich ist es in der Zigarrenfabrikation sowie bei einzelnen Zweigen der Bodenbearbeitung, vor Allem beim Gemüsebau ist die Zersplitterung des Betriebes von Vortheil. Wo der Kleingrundbesitz vorherrschend ist, drängt auch er nach genossenschaftlichem Zusammenschluß, in Viehzuchtvereinen u. s. w. So bald in allen Zweigen der Landwirthschaft Maschinen mit großem Nutzen angewendet werden können, wird der Kleinbetrieb auch in der Bodenbearbeitung ein überwundener Standpunkt sein.

Die wunderschönen Spekulationen des Dr. Woltmann stimmen für die Aktion einer Kampfspartei, die wir doch sind, nicht; wir sind doch keine philosophische Schule. Die feindliche Haltung der Partei zur Gewerkschaftsbewegung war nicht in dem Maße vorhanden, wie es Dr. Woltmann darstellte. Schon der Allgemeine deutsche Arbeiterverein hat in dem Augenblick, als das Koalitionsrecht gegeben wurde, die Gründung von Gewerkschaften empfohlen.

Ich gehöre nun keineswegs zu den Leuten, welche glauben, daß, wenn einmal eine Broschüre erscheint wie die Bernstein'sche, dadurch gleich die Partei gründlich korrumpirt wird. Nein, die Partei ist viel zu gesund, als daß sie durch derartige Einflüsse aus ihren Bahnen gerissen werden könnte. Früher glaubte man ja auch an eine Korruption der Partei. Ich erinnere nur an den Brief von Marx über das Gothaer Programm. Von 1875 aber bis 1891

ist dies Programm für uns maßgebend gewesen, und die Partei ist nicht korrumpirt worden. Warum? Weil sie viel mehr aus den wirthschaftlichen Verhältnissen heraus wächst, als daß sie von außen zurechtgeformt wird. Deshalb wird auch die Bernstein'sche Broschüre nicht korrumpirend wirken können. Es ist nothwendig, daß hin und wieder mal derartige Kritiken kommen, aber sie sollten sich mit anderen Fragen beschäftigen und sie sollten besser begründet sein als es bei Bernstein der Fall ist. Schon der eine Umstand, daß Bernstein überall mißverstanden wird und daß es eigentlich keinen Menschen giebt — ich glaube Bernstein eingeschlossen — der seine Broschüre genau versteht (Heiterkeit und Beifall), sagt genug. Aber es giebt Fragen, in denen unser Programm fühlbare Lücken hat, die unsere Theoretiker ausfüllen könnten, z. B. die Agrarfrage, die Wohnungsfrage. Aber es ist verwerflich, wenn man die Bewegung selbst auf ein ganz anderes Gebiet drängen will, wie Bernstein den Versuch macht, indem er die Genossenschaften jetzt als Allheilmittel den Arbeitern empfiehlt. Ich bin auch mit dem bezüglichen Theil der Bebel'schen Resolution nicht einverstanden. Der Anfang des vierten Absatzes und sein Schluß sind sehr verständig; darin wird die völlige Neutralität der Partei gegenüber den Genossenschaften ausgesprochen und ihnen keine entscheidende Bedeutung für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei beigemessen. Aber das Mittelstück, das schon sehr crescendo sich anhört, könnten wir lieber streichen, dann wird die Resolution zweifellos einheitlicher. Denn wenn die Genossenschaften wirklich ein geeignetes Mittel wären zur Erziehung der Arbeiterklasse zur selbstständigen Leitung ihrer Angelegenheiten, dann müßten wir sie als nothwendiges Postulat in unser Programm aufnehmen; ich messe ihnen aber diese entscheidende Bedeutung nicht bei. Sie können doch nur in sehr beschränktem Maße den Arbeitern helfen. Mit dem Brimborium der großen Summen, die man den Arbeitern zur Empfehlung der Genossenschaften vorführte, kann man doch nicht verschleiern, daß es sich im Grunde ja doch nur um winzige Sümmchen handelt, z. B. gegenüber dem Aktienkapital in Deutschland. Wohin kann es führen, wenn wir aufhören sollten, eine politische Partei zu sein. In gewissen Kreisen wird für die Genossenschaften eine Propaganda entfaltet, gegen die die Reklame für Brandts Schweizerpillen oder Habys Bartbinde gar nichts ist. (Große Heiterkeit. Unruhe.) Sehen wir in den Genossenschaften den Keim der sozialistischen Gesellschaft, dann sollten wir aber auch konsequent sein und folgern: Jeder Parteigenosse muß einer Genossenschaft angehören, oder er ist ein Verräther an der Gesammtpartei. Dann aber würde ein Keil in die Partei getrieben und in verschiedenen Orten Anlaß zu unheilbaren Streitigkeiten gegeben werden. Wir erklären ja auch nicht als Partei, wenn sich irgend ein Schuhmacher selbstständig macht, darin liegt eine Förderung des Sozialismus oder nicht. Das ist reine Privatsache. Sehen Arbeiter einen Vortheil darin, gemeinsam einzukaufen, so mögen sie ihn ausnutzen. Es ist aber nicht Pflicht der Gesammtheit, sich daran zu betheiligen; denn sonst werden die Mißerfolge der Genossenschaften zu Niederlagen der Partei führen. (Sehr richtig!) Wir sind nicht für, nicht gegen die Genossenschaften, sondern behandeln sie als reine Privatsache. Es wäre also gut, wenn wir nur Anfang und Ende des vierten Absatzes der Bebel'schen Resolution annehmen und die Eingeweide herausnehmen. Dann sind solche Mißverständnisse nicht möglich. Es scheint fast, als ob unsere Theoretiker glauben, daß hin und wieder der Stoff zur Diskussion ausgeht. Aber weshalb begeben Sie sich so sehr auf das spekulative Gebiet hinaus? Sie sollten sich an das näher liegende halten, und mir wäre es viel lieber gewesen, wenn Bernstein statt mit dem Anfang mit dem Ende des Programms mit seiner Kritik angefangen hätte, also mit den Fragen, die uns am nächsten liegen und an deren Verwirklichung wir in der allernächsten

Zeit zu denken haben. Da sehen wir, daß der letzte Punkt unseres Programms die Forderung der Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung betrifft. Da hätte ja Bernstein sein Talent als Praktiker beweisen und uns zeigen können, wie wir einen Fortschritt in dem Versicherungswesen erzielen können. Da hätte er mal zeigen können, ob er wirklich der Praktiker ist, für den ihn seine Jünger halten. Wir verlangen ferner im Programm die Sicherstellung des Koalitionsrechts. Auch hier hätte Bernstein Gelegenheit gehabt, sich als Praktiker zu erweisen, er hätte auch für unsere andere Forderung, die rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern, die Beseitigung der Gesindeordnungen uns einen Weg angeben können. Statt dessen werden uns plötzlich Mittel angepriesen, die uns bereits vor Jahrzehnten von der Fortschrittspartei angepriesen sind. Ja, selbst die Beseitigung der alten Vorurtheile ist in der Sozialdemokratie heute nicht mehr nöthig. Ich gebe zu, daß man in früheren Zeiten den Konsumvereinen und Genossenschaften feindlich gegenübergestanden hat, und zwar, weil sie das Mittel waren, wodurch die Fortschrittspartei uns die Arbeiter fernhalten wollte. Seitdem aber diese Gefahr beseitigt ist, ist die alte Gegnerschaft geschwunden. Wir haben in Sachsen, in Breslau, Stuttgart u. a. O. prosperirende Konsumvereine, und es ist den Leuten nicht eingefallen, zu glauben, daß sie damit ein Stück Sozialismus verwirklicht haben, sie sehen das als reine Privatsache an. Dagegen haben wir gar nichts einzuwenden, sondern wir freuen uns höchstens, wenn die Unternehmungen prosperiren und dadurch die Möglichkeit gegeben ist, Genossen Stellungen zu verschaffen, die sonst wegen ihrer Agitation aus den betreffenden Orten vertrieben werden. (Sehr wahr!) Aber man soll nicht jetzt plötzlich sagen: Wir können auf diesem Wege die kapitalistische Ausbeutung über den Haufen werfen. Es sind mir z. B. bei der Agitation für solche Konsumvereine Aeußerungnn zu Ohren gekommen, die zeigen, daß da in der That in einer Weise für diese Vereine agitirt wird, die wir nicht billigen können. Da wurde z. B. gesagt: Grade weil Ihr Sozialdemokraten seid, müßt Ihr in die Konsumvereine eintreten, denn alles Andere schwebt ja in der Luft. Oder es wurde gesagt: Es giebt mehr Wege, die nach Rom führen und dazu gehört auch die Genossenschaft. Ja, Genossen, das sind Versuche, die Partei zu zersplittern, und dem haben wir entgegenzutreten. Wir haben die Genossenschaften als Privatangelegenheiten der Betheiligten zu betrachten und uns als Partei weder freundlich noch feindlich ihnen gegenüberzustellen. Das Bernstein'sche Buch wird ja vielleicht noch längere Zeit Gegenstand der Kritik sein, und derartiges geistiges Leben schadet der Partei nicht, im Gegentheil, es giebt neue Reibungen und damit neue Wärme. Aber die Partei bleibt sich bewußt, daß sie auf dem Wege, auf dem sie jetzt marschirt, vorwärtsmarschiren wird, bis sie das Endziel erreicht hat, und daß sie die alte Taktik und Grundforderungen beibehält. Soll eine alte Forderung preisgegeben oder eine neue aufgenommen werden, so haben wir darüber zu debattiren, aber wir dürfen nicht ohne Weiteres die Sozialdemokratie, die als kämpfende Partei dasteht, vom Boden des öffentlichen Lebens wegdrängen, damit sie sich schließlich in irgend einen Sparklub verliert. Solchen Utopien haben wir entgegenzutreten, im Uebrigen aber marschiren wir auf dem alten Wege vorwärts, auf dem wir schon ein gut Stück zurückgelegt haben. Auf diesem Wege werden wir unser Ziel erreichen. (Stürmischer Beifall.)

Hofer-Ostpreußen: Wenn ich hier als Agrarier das Wort ergreife, so spreche ich zugleich im Namen und im Auftrage der parteigenössischen Gutsbesitzer in Ostpreußen. (Hört! hört!) Bernstein schreibt: Für die Industrie möge der Marx'sche Standpunkt noch Geltung haben, für die Landwirthschaft

sei er überwunden. Es ist das eine schwierige Frage, aber die industrielle Entwickelung sollte man nicht so ohne Weiteres in Bezug auf die Agrarfrage aufgeben. Bernstein sollte nach Art der Astronomen forschen, was denn eigentlich die Ursache ist, die den Stern veranlaßt, andere Bahnen zu gehen, als die Wissenschaft ihm zugewiesen hatte; vielleicht spielen doch auch bezüglich der Landwirthschaft andere außergewöhnliche Ursachen mit. Was macht denn den Großgrundbesitz bei uns unrentabel? Da ist zunächst die überseeische Konkurrenz; dann weiter: Die Ueberzahlung des Gutes (Bebel: hört! hört!), dann eine gewisse Großmannssucht, immer mehr Boden aufzukaufen, die in der Folge zu einer unnatürlichen Steigerung der Grundrente führt. (Bebel: hört! hört!) Trotz der schlimmsten Diskreditirung des Werthes von Grund und Boden sehen wir ein fortwährendes Steigen des Bodenpreises. Woran das liegt, ist nicht zu ersehen. Der Kleinbesitzer kann auf seiner Scholle bleiben, trotzdem er ebenso wie der Großgrundbesitzer unter der gewaltigen überseeischen Konkurrenz leidet, weil er seine Lebenshaltung auf das niedrigste Maß zurückführen kann, weil er sich und seine Familie in Bezug auf die Arbeitskraft auf das Außerordentlichste ausbeuten kann, während der Großgrundbesitzer unter der Arbeiternoth immer mehr leidet und eine gewisse Lebenshaltung nicht aufgeben kann, wenn es auch nicht wahr ist, daß die Agrarier von Sekt und Austern leben. Aber rein wirthschaftlich genommen ist der Großgrundbesitz rentabler als der Kleinbesitz. (Bebel: hört! hört!) Dr. David hat ja gestern den Kleinbetrieb gradezu verherrlicht (Bebel: sehr richtig!), er sprach von dem Raubbau in Amerika als der ersten Stufe des Betriebes. Raubbau kann man auch bei uns treiben, auch seitens der Kleinbesitzer, und er wird auch oft getrieben. Dr. David beruft sich auf die Rentabilität des Pachtbetriebes. Genosse Braun, der auch hier anwesend ist, hat auf seiner Besitzung von 1000 Morgen acht Arbeiterfamilien beschäftigt. Nun denken sie sich diese 1000 Morgen an 50 Arbeiterfamilien verpachtet, dann würde zweifellos ein größerer Ertrag herauskommen, aber mit welcher Arbeitskraft! Welche Verschwendung würde da getrieben (hört! hört!) gegenüber einer einheitlichen Bewirthschaftung mit ausreichender Arbeitskraft, mit den Mitteln der modernen Technik! (Lebhafte Zustimmung.) Ich bestätige es Bebel auch für die Landwirthschaft, daß es da dem Kleinbesitzer bei uns vielfach viel schlechter geht als den Arbeitern, und das will doch gewiß viel sagen; es ist da eine wirkliche Verelendung. (Hört! hört!) Den Großbesitzern vorzuschreiben, welche Früchte sie zu bestellen haben, wie David vorschlug, diese langsame Expropriation halte ich für sehr schwierig; das hieße, dem Hund den Schwanz stückweise abschneiden. Bei Bernstein spielt das ethische Moment eine große Rolle. Er meint, das Gewissen der Herrschenden sei geweckt. Wer in einem hellen Zimmer lebt, der vergißt leicht, daß es auch dunkle Gegenden giebt. (Sehr gut!) Kommen Sie zu uns nach Ostpreußen! Im vorigen Sommer wurde den Arbeitern mit einem Male am Lohn zugelegt, die Arbeiter wurden besser behandelt, ja die Gutsbesitzer fuhren nach der Ernte Ziegel, um den Leuten bessere Häuser zu bauen. Weshalb thaten sie das? Denken Sie, daß das zufällig gewesen ist? Weil unsere Wahlagitation vorangegangen ist, darum ist den Leuten das Gewissen erwacht! (Sehr gut!) Auch die Aeußerung in Cadinen steht damit vielleicht in Zusammenhang.

Ich komme zum Schluß. Als Agrarier weiß ich, daß in gewissen Zwischenräumen im Felde die Gräben geräumt werden müssen, um das Feld in Kultur zu halten. Auch wir müssen in gewissen Zwischenräumen feststellen, wo unsere Grenzen sind. Die Grenzgräben müssen neu gezogen werden. Durch Annahme der Bebel'schen Resolution zeigen wir, wie weit unsere Grenzen gehen und daß uns eine Kluft von den bürgerlichen Parteien trennt. (Lebhafter Beifall.)

Stolten-Hamburg: Ich will die theoretische Diskussion nicht des Längeren weiter spinnen, sondern sie nur insoweit streifen, als es für die praktische Frage nöthig ist, wie wir diese Debatten zu einem gedeihlichen Abschluß bringen können. Ich habe meine Ansicht über das Bernstein'sche Buch in der Presse ausgesprochen. Es genügt hier daher, zu erklären, daß ich im Allgemeinen den Standpunkt theile, den Bebel ausgesprochen hat. Doch bin ich nicht in allen Einzelheiten mit Bebels Resolution einverstanden. Einen Theil dieses Widerspruchs hat Molkenbuhr bereits erledigt. Er betrifft die Genossenschaftsfrage. Ich selber habe weiter beantragt, im Schlußsatze, Absatz 6 der Resolution Bebels statt „weder ihr Programm" zu sagen: „weder ihre grundsätzlichen Auffassungen noch" u. s. w. Sie können vielleicht sagen, der Ausdruck „Programm" decke sich mit dem Ausdruck „grundsätzliche Auffassungen". Ganz richtig, aber es handelt sich hier um den Wortlaut, in welchem die grundsätzlichen Auffassungen Ausdruck finden und der ein verschiedener sein kann. Die Diskussion, die an das Bernstein'sche Buch angeknüpft hat, und vor Allem auch die Ausführungen Kautskys in seiner Gegenschrift lassen es wünschenswerth erscheinen, im Wortlaut des Programms einige Aenderungen zu treffen. Das gilt vor Allem für den zweiten Absatz des Programms, in dem nicht zum Ausdruck gebracht ist, daß neben den niederdrückenden Tendenzen der kapitalistischen Wirthschaft auch die Arbeiterklasse hebende vorhanden sind und wirken, die zu einer Erhöhung der Lebenshaltung des Proletariats führen. Im Programm ist nur die eine Seite der Verelendungstheorie ausgedrückt. Wer älter in der Bewegung ist, der weiß doch, daß thatsächlich die Verelendungstheorie früher nicht relativ, sondern absolut aufgefaßt worden ist. (Sehr richtig!) Deshalb wird in nicht allzulanger Frist unser Programm geändert werden müssen. Auch in anderer Beziehung wird es vielleicht geschehen müssen, und daher können wir in unserer Resolution nicht positiv erklären, wir haben keine Veranlassung zu einer Aenderung unseres Programms. Unser Programm ist 8 Jahre alt; das Gothaer haben wir allerdings erst nach 16 Jahren geändert, aber dazwischen lagen 12 Jahre Sozialistengesetz, ohne welche zweifellos schon früher eine Aenderung eingetreten wäre. Und vergegenwärtigen Sie sich, was zwischen 1891 und 1899 liegt. Erstens die Berufs- und Gewerbezählung, die uns erst die Möglichkeit zu Vergleichen giebt, das Material zur Beurtheilung der Richtung der ökonomischen Entwickelung. Sodann fällt in diese Zeit die umfangreiche Diskussion über die Agrarfrage. Und wenn auch in Breslau der Sache ziemlich schnell ein Ende gemacht wurde, so ist diese Frage damit doch nicht aus der Welt geschafft. Das hat ja auch Kautsky am klarsten bewiesen durch sein umfangreiches Buch über diese Frage. Darüber sind wir doch Alle klar, und auch Kautsky stimmt uns bei, daß in der That die Entwickelung in der Landwirthschaft nicht schablonenmäßig denselben Weg geht, wie in der Industrie, und das muß berücksichtigt werden. Ein Agrarprogramm wollte man in Breslau nicht haben, aber Kautsky hat in seinem großen Buche ja schließlich selber ein Agrarprogramm aufgestellt, wenn er es auch nicht wahrhaben will. Das ist ein zweiter Grund für mich, zu wünschen, daß in der Resolution nicht die Ablehnung einer Abänderung unseres Programms, sondern lediglich die Ablehnung einer Abänderung unserer grundsätzlichen Auffassung ausgesprochen wird.

Die Bemerkungen des Bedauerns über das Buch von Bernstein wollen mir recht wenig angebracht erscheinen. Legt man das Buch Bernsteins und das Kautskys nebeneinander, dann hat die Partei alle Ursache, sich zu gratuliren. Ohne Bernsteins Buch wären wir zu den Diskussionen nicht gekommen. Die theoretischen Diskussionen in der Partei sind aber lange viel zu viel in den Hintergrund gedrängt worden; wenn man sich mehr darum kümmert, wird auch unsere prinzipielle Stellungnahme an Festigkeit gewinnen. Ich habe gar keine

Befürchtung, daß diese Diskussion unserer Agitation irgend welchen Eintrag thun wird. Ich verstehe es nicht recht, wie Kautsky in seinem neuesten Buch gegen Bernstein so gewissermaßen einen Sehnsuchtsseufzer ausstoßen kann, daß auf diesem Parteitage der Diskussion ein Ende gemacht werde. (Bebel: Er hat die meiste Arbeit davon! [Heiterkeit].) Das ist das Unglück eines Mannes, der theoretisch an der Spitze der Partei steht, aber darauf kann die Partei keine Rücksicht nehmen. Ich meine, daß diese Diskussion für die Zukunft der Partei sich noch außerordentlich fruchtbar erweisen wird. Freilich an der Art, wie sie zum Theil geführt wird, hat mir mancherlei nicht gefallen; und wenn man sich gegen die Art der Bernstein'schen Kritik an Marx und Engels wendet, so glaube ich, daß daran einige andere Leute nicht ganz ohne Mitschuld sind. Die Art und Weise, wie man die ersten Auslassungen Bernsteins in der „Neuen Zeit“ kritisirte, entsprechend der Art, wie man in der Partei überhaupt vielfach zu kritisiren liebt, hat vielleicht dazu beigetragen, Bernstein in seinem Buch viel weiter nach rechts zu drängen als er gewollt hatte. Bernstein hatte seine Schlußfolgerungen aus den Thatsachen gezogen, Schlußfolgerungen, die er auf Grund der Marx'schen Theorie nicht begründen konnte, und da mußte er, da die Angriffe ihn zur Begründung zwangen, erst die Marx'sche Theorie über den Haufen werfen. Daß er darin verunglückt ist, darin sind wir ja in der Mehrheit einig.

Jetzt hat ja eine vernünftigere Auffassung in der Partei Platz gegriffen; man erklärt, der freien wissenschaftlichen Diskussion dürfe man keine Schranken ziehen. Freilich Rosa Luxemburg will das; sie will die freie theoretische Untersuchung gewahrt wissen, aber nur soweit sie auf der Grundlage der bisherigen theoretischen und praktischen Auffassungen der Partei steht. (Heiterkeit.) Eine wissenschaftliche Forschung in bestimmten Grenzen verstehe ich nicht. — Unsere Grundanschauungen sollen das Resultat der Wissenschaft sein, aber die Wissenschaft soll sich nicht nach unserer Grundanschauung richten. Bernstein hat nicht bewiesen, daß die ökonomische Entwickelung in anderer Richtung geht als wir angenommen haben; aber der Beweis könnte doch vielleicht in Zukunft geführt werden. Darum soll man sich nicht darauf versteifen: wenn das so ist, so sind wir verloren! wie es Kautsky auf dem Stuttgarter Parteitag gethan hat. Er sagte, wenn die Zahl der Kapitalisten wirklich stiege, kämen wir nicht ans Ziel. Nun beweist er aber selbst in seinem Buche, daß in der That die Zahl der Kapitalisten gestiegen ist und daß das auch Marx bereits dargethan hat. Mit solchen apodiktischen Aeußerungen legt man sich ganz unnöthig fest. Ich habe soviel Vertrauen zu der Kraft des Proletariats, daß selbst, wenn die Verhältnisse sich für die bisherige Theorie sehr viel ungünstiger gestalten sollten, als wir annehmen, ich glaube, daß es zu seinem Ziel gelangen wird. Die gewaltige numerische Uebermacht des Proletariats, gegen dessen Wachsen die Zunahme der Kapitalisten nicht in Betracht kommen kann, muß die Kraft und den Willen stärken, dem traurigen Zustande ein Ende zu machen, daß die Arbeiter die Parias der Gesellschaft sind. Darauf beruht unsere Zukunftshoffnung und dieser Faktor wird sie erfüllen. (Lebhafter Beifall.)

Kautsky: Genossen! Ich hoffe, daß ich keine halbe Stunde brauchen werde, um Ihnen das zu sagen, was ich Ihnen sagen will. Ich habe nicht die Absicht, hier noch einmal gegen Bernstein vorzugehen. Was ich gegen Bernstein zu sagen hatte, das habe ich bereits ausreichend gesagt und ich hoffe, daß ich nicht noch einmal Gelegenheit haben werde, darauf zuzückzukommen. Stolten hat zwar eben den freundlichen Wunsch ausgesprochen, die Diskussion möge noch ein paar Jahre lang fortgehen, und wenn ich mich dabei auch nicht auf die faule Haut legen könne, so sei das ja kein Unglück. Nun, auf die faule Haut kann sich keiner von uns legen, und so sehr ich ein Anhänger des Rechts auf Faulheit bin (Heiterkeit), so wenig habe ich oder ein anderer von uns bisher Gelegenheit gehabt, davon Gebrauch zu machen. Wenn ich wünsche, daß die

Diskussion ein Ende nimmt, so ist es deshalb, weil dabei nichts Neues für uns herauskommt, und weil uns dadurch nur die Zeit genommen wird, Neues zu studiren. Eine solche Diskussion mag für denjenigen, der zusieht, ganz interessant sein, aber demjenigen, der an ihr Theil zu nehmen hat, hängt sie schon zum Halse heraus. Ich habe aber auch deshalb nicht mehr die Absicht, gegen Bernstein zu sprechen, weil das, was Bebel gesagt hat, vollkommen ausreichend ist. Ohne Noth möchte ich aber gegen Bernstein nicht vorgehen, denn ich glaube, daß ich da einem allgemeinen Empfinden Ausdruck gebe, wenn ich sage, daß wir Alle Bernstein noch als Kameraden anerkennen, der jahrzehntelang den Kampf an unserer Seite gekämpft hat (lebhafte Zustimmung), gegen den man vorgehen muß, wo er Ansichten äußert, die die Partei in die Irre führen können, dem man aber nicht wehe thut, wo es nicht nöthig ist. (Beifall.) Sollte ich im Laufe meiner Ausführungen doch auf Bernstein zu sprechen kommen, so geschähe es nicht, um ihn anzugreifen, sondern um ihn zu vertheidigen gegen die Vertheidigung, mit der ihn David und Woltmann bedacht haben. (Heiterkeit.)

Vorerst noch eine Berichtigung. Stolten hat gesagt, ich hätte in Stuttgart einen Irrthum begangen, indem ich ausgeführt hätte, eine Zunahme der Kapitalisten finde nicht statt und wenn sie stattfände, so würde das gegen unsere Anschauungen sprechen und unseren Sieg unmöglich machen. Nun das, was ich dort gesagt habe, halte ich vollständig aufrecht. Aber ich gebe zu, die Aeußerung konnte zu Mißverständnissen Anlaß geben, sie war unvollständig. Die Zahlen in meiner Broschüre sprechen durchaus nicht dagegen, es fragt sich nur, was man unter Kapitalisten versteht. Die Zahl der großen Kapitalisten ist in der Zunahme begriffen, das ist nicht zu leugnen, aber die Zahl der kleinen Kapitalisten, oder besser gesagt der kleinen Unternehmer, ist entschieden in der Abnahme begriffen. Das lehrt uns die letzte Betriebsstatistik. Wäre dem nicht so, dann wäre ja unser ganzer Kampf hoffnungslos. Denn was bedeutet denn eine relativ schnellere Zunahme der kleinen Unternehmer als der Bevölkerung? Doch nichts anderes, als daß die Besitzlosen abnehmen. Wenn aber die Besitzlosen abnehmen, woher sollte dann die Kraft kommen, die Besitzenden zu expropriiren? Die Aufgabe des Sozialismus ist doch die, alle Welt in Besitzende zu verwandeln, und weil wir das auf der Grundlage des Privateigenthums nicht können, wollen wir es auf Grundlage des gesellschaftlichen Eigenthums. Wenn aber die Zahl der Besitzenden heute schon immer mehr wächst, wenn wir einem Zustand entgegengehen, wo alle Welt zu Besitzenden wird, ja, welchen Zweck hätte dann der Sozialismus? Dann wäre die Aussicht des Sozialismus hoffnungslos. (Sehr richtig!)

Ich habe das Wort ergriffen, um etwas über unser Programm zu sagen. David scheint ganz absonderliche Vorstellungen von einem Programm zu haben, denn er hat uns erzählt, daß er bei den Schlächtern in Frankfurt mit dem Erfurter Programm sehr schlechte Geschäfte gemacht hat. Das gebe ich gern zu, daß, wenn man blos mit dem Erfurter Programm bewaffnet zu den Schlächtern geht, diese einen nicht verstehen. Ein Programm ist kein Nürnberger Trichter. Wenn ich zu den Schlächtern rede und sie in den allgemeinen Klassenkampf des Proletariats hineinziehen will, so muß ich einerseits die allgemeine gesellschaftliche Entwickelung, andererseits die besondere Entwickelung des Schlächtergewerbes kennen und es ist dann meine Aufgabe, den Zusammenhang der letzteren Entwickelung mit der ersteren klar zu werden. Das Programm kann natürlich nur die allgemeine Entwickelung schildern, und wenn es das thut, so hat es seinen Zweck erfüllt. Giebt unser Programm den allgemeinen gesellschaftlichen Entwickelungsgang wieder, so ist es gerechtfertigt. Dagegen, daß wir in der Resolution statt des Wortes „Programm" sagen „Grundanschauungen", habe ich nichts einzuwenden, denn das Program ist kein Noli me tangere (Rührmichnichtan), wir treiben keine Buchstabengläubigkeit, wir verpflichten

niemanden auf den Buchstaben des Programms, sondern nur auf die allgemeinen Grundsätze. Wer die anerkennt, ist Parteigenosse. Kommt ein Antrag, das Programm in diesem oder jenem Punkte zu ändern, so werden wir uns zunächst fragen, ob dies richtig ist und unseren Grundanschauungen entspricht, und dann, ob es eine redaktionelle Verbesserung ist, aber wir werden nicht von vornherein sagen, unser Propramm ist unantastbar.

Nun wurde unser Programm angegriffen vor Allem in Bezug auf die Krisentheorie, die Verelendungstheorie und die Theorie vom Rückgang des Kleinbetriebes. In Bezug auf Krisentheorie sagt das Programm: „Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind.“ Nun, was ist denn eigentlich gegen diesen Satz eingewendet worden? Das einzige, was man sagte, war, daß man ihn mit einer legendären Zusammenbruchstheorie in Verbindung gebracht und erklärt hat, dieser Satz ist die Zusammenbruchstheorie, diese Theorie ist falsch, also ist auch der Satz falsch. Aber auf die Frage, wo denn diese Zusammenbruchstheorie zu finden ist, bleibt man uns die Antwort schuldig oder man greift zu Kommentaren, zu Auslegungen einzelner Ausdrücke, die ganz anders gemeint sind. Man darf sich nicht wundern, daß der verstorbene Marx und der verstorbene Engels in dieser Weise als Zeugen dienen müssen für die Zusammenbruchstheorie. Ich bin noch lebendig, und Woltmann hat mir auseinandergesetzt, daß ich Anhänger dieser Theorie bin. Also, Woltmann weiß besser, wie ich über die Zusammenbruchstheorie denke als ich selbst. (Heiterkeit.) Er hat das beweisen wollen mit einigen Citaten aus meiner letzten Broschüre, aber der von ihm verlesene Satz sagt nichts anderes, als daß ich erkläre, daß die kapitalistische Produktionsweise von dem historischen Moment an unmöglich wird, wo die Ueberproduktion chronisch wird. Will man daraus eine Zusammenbruchstheorie herleiten, eine Theorie in dem Sinne, daß durch eine allgemeine Krisis das kapitalistische System zusammenbricht, so daß nur der Uebergang in eine sozialistische Gesellschaft übrig bleibt? Ich habe Woltmann bereits vorgeahnt und mich ausdrücklich gegen diese Annahme gewendet, indem ich schrieb: „Die Annahme einer derartigen unheilbaren chronischen Ueberproduktion ist jedoch nicht gleichbedeutend mit der Prophezeiung einer demnächst hereinbrechenden enormen Weltkrisis, eines Weltenbrandes, aus dem die sozialistische Gesellschaft in voller Schönheit gleich einem Vogel Phönix emporsteigt.“ Ich glaube, deutlicher kann man sich nicht dagegen verwahren, daß diese Theorie nicht die Zusammenbruchstheorie in dem von Bernstein aufgefaßten Sinne ist.

Nun soll aber auch Marx die Zusammenbruchstheorie so aufgefaßt haben. David hat ein Citat aus dem dritten Bande des „Kapital“ vorgelesen. Ich bin gezwungen, es Ihnen noch einmal vorzulesen; es ist zwar etwas lang, aber ich kann nicht von Ihnen verlangen, daß Sie mir sonst aufs Wort glauben, daß von alledem, was David gesagt hat, in diesem Citat nichts zu finden ist. Es lautet: „Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst, ist dies, daß das Kapital und seine Selbstverwerthung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Werk der Produktion, daß die Produktion nur Produktion für das Kapital ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel Mittel für die stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft der Produzenten sind. Die Schranken, in denen sich die Erhaltung und Verwerthung des Kapitalwerths, die auf der Enteignung und Verarmung der großen Masse der Produzenten beruht, allein bewegen kann, diese Schranken treten daher beständig in Widerspruch mit den Produktions-

methoden, die das Kapital zu seinem Zweck anwenden muß und die auf unbeschränkte Vermehrung der Produktion, auf die Produktion des Selbstzwecks, auf unbedingte Entwickelung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit lossteuern. Das Mittel — unbedingte Entwickelung der gesellschaftlichen Produktivkräfte — geräth in fortwährenden Konflikt mit dem beschränkten Zweck, der Verwerthung des vorhandenen Kapitals. Wenn daher die kapitalistische Produktionsweise ein historisches Mittel ist, um die materiellen Produktionskräfte zu entwickeln und den ihr entsprechenden Weltmarkt zu schaffen, ist sie zugleich der beständige Widerspruch zwischen dieser ihrer historischen Aufgabe und den ihr entsprechenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen." Mehr über dies Thema steht an dieser Stelle nicht. Nun frage ich, wo haben Sie in diesem Satz etwas von Zusammenbruch gelesen? Ich glaube, deutlicher kann man wohl nicht zeigen, wie diejenigen Leute auslegen, welche der Ansicht sind, aus Marx könne man Alles beweisen. (Sehr gut!) Ja, wer nicht sieht, was darin ist, wer das hineinlegt, was man hineinlegen will, der kann daraus alles beweisen, Andere aber nicht. (Sehr wahr!)

Noch kurz eine persönliche Bemerkung über Engels. Ich glaube, es war David, der sich darauf berufen hat, daß Engels für 1898 den großen Kladderadatsch prophezeit habe. Ich habe nicht geglaubt, daß es einmal nothwendig sein würde, diese Anschauung auf einem Parteikongreß zu widerlegen. Hätte Engels das gesagt, so wäre er nicht der große Denker gewesen, der er war, er wäre ein solcher Idiot gewesen, daß kein einziger Wahlkreis ihn zu seinem Delegirten auf dem Parteitag gewählt hätte. (Große Heiterkeit.) Soweit ich mich erinnere, war die Aeußerung so: In dem Freudenrausch, den die Wahlen von 1890 erregt hatten, sagte Engels: Wenn die Entwickelung in diesem Tempo vorwärts geht, dann ist es nicht unmöglich, daß wir zu der Zeit, wo wir das 50jährige Jubiläum der Revolution von 1848 feiern, vielleicht bereits den Zusammenbruch des heutigen politischen Systems in Preußen erleben. Das war starker Optimismus, aber konnte man das nicht sagen? Aber wenn Jemand sagt, daß dieser „Kladderadatsch" als soziale Revolution gemeint war, und daß Engels den Ausbruch dieser Revolution auf Jahr und Tag prophezeit hat, so wäre er wohl auf allgemeines Hohngelächter gestoßen. (Zustimmung.)

Nun hat man auch die Verelendungs-Theorie herangezogen. Darauf hat namentlich Genossin Zietz schon eingehend geantwortet und das vorgebracht, was ich selbst David entgegnet hätte. Ich will nur noch auf einen Punkt hinweisen. David hat ausgeführt, daß das Kommunistische Manifest den Begriff des Elends anders auffaßt, als ich, nicht als relatives, sondern als absolutes Elend. Daß der Arbeiter zum Pauper herabsinkt, unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse, daß er entmenscht wird, das steht allerdings da. Aber es steht auch etwas Anderes da, und man muß eben nicht dialektisch denken, wenn man dies Andere nicht sieht und sich auf das Eine festlegt. Es steht auch im „Kommunistischen Manifest" — und schon früher haben Marx und Engels das ausgesprochen —, daß das Proletariat sich erhebt und organisirt gerade in diesem Kampfe gegen das Elend. Ja, wenn der Kapitalismus aus sich selbst bereits die Tendenz erzeugen würde, das Elend abzuschaffen, die Arbeiterklasse auf eine höhere Stufe zu stellen, so wäre unser Kampf ein überflüssiger und nutzloser, dann würde es uns nie gelingen, die Arbeiterklasse zum Kampf gegen dies Elend zu organisiren. Aber gerade weil wir dem Proletariat zeigen, daß das Elend nicht eine vorübergehende oder zufällige Erscheinung, sondern in der Natur des Kapitalismus begründet ist, daß wir daher gegen das Kapital kämpfen müssen, gerade deshalb gelingt es uns, das Proletariat zu organisiren und zu erheben. (Beifall.) Das gebe ich zu: im Kommunistischen Manifest sind die niederdrückenden Momente der kapitalistischen Produktionsweise mehr hervorgehoben als im „Kapital", aber das ist kein prinzipieller Unterschied,

sondern blos ein Beweis dafür, daß Marx ebenso wie Engels den thatsächlichen Verhältnissen Rechnung getragen hat. Es liegt kein Widerspruch zwischen dem „Kapital“ und dem „Kommunistischen Manifest“ vor, oder wenn er vorliegt, so ist er in den Thatsachen selbst vorhanden, denn in den Thatsachen selbst sind auch Widersprüche. 1847, als das „Kommunistische Manifest“ geschrieben wurde, da war thatsächlich der Arbeiter ein Pauper, da wurde das Proletariat vielfach entmenscht, damals gab es noch keine Wirkung des Zehnstundentags, damals war die Arbeiterbewegung erst in ihren Anfängen, und deshalb war es berechtigt, so zu schreiben. Ich möchte da eine andere Bemerkung anknüpfen. Woltmann sagt, Marx und Engels haben ihre Tendenzen früher entwickelt, bevor sie die kapitalistische Produktionsweise studirt hatten, Marx hätte bereits in der „Heiligen Familie“ das Kapital angegriffen, ohne es studirt zu haben. Nun, das erste Werk war doch: „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“. Wenn dies Werk nicht dem Studium der kapitalistischen Oekonomie entsprungen ist, dann ist überhaupt kein Werk dem Studium der kapitalistischen Oekonomie entsprungen. (Sehr richtig!) Wenn Woltmann glaubt, Marx und Engels hätten abwarten sollen, bis die kapitalistische Produktionsweise abgewirthschaftet hat und dann erst schreiben sollen, so weiß ich eigentlich garnicht, was Woltmann bei uns will, denn noch hat der Kapitalismus nicht abgewirthschaftet, und Woltmann ist so voreilig, sich uns jetzt schon anzuschließen.

Nun zum dritten Punkt, dem Rückgang des Kleinbetriebes. Ich habe dem zahlreichen von Bebel vorgebrachten Material nichts mehr hinzuzufügen. David sagt, es handelt sich hier um eine betriebstechnische Frage, über die wir nicht entscheiden können. Aber wir sind doch nicht ein Ingenieurkongreß, sondern eine politische Partei. Es handelt sich für uns nur um den Kleinbetrieb vom Standpunkt des Besitzers aus, nicht aber vom betriebstechnischen. Im Uebrigen steht ausdrücklich in unserm Programm: „Die ökonomische Entwickelung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebs, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet.“ Hier ist ausdrücklich gesagt, von welchem Standpunkt aus wir den Untergang des Kleinbetriebes betrachten. Ich glaube also, daß wir diesen Passus des Programms nicht zu ändern brauchen.

Allerdings gebe ich zu, daß die Agrarverhältnisse sich nicht nach derselben Schablone entwickeln, wie die Verhältnisse in der Industrie. Ich gebe auch zu, daß wir zur Zeit, wo wir das Erfurter Programm entwarfen, in Agrarfragen vielfach anders dachten als heute. Es ist seitdem eine Menge statistisches Material zu Tage gefördert, es haben sich auch die Verhältnisse so geändert, daß wir vielfach anders denken müssen als früher. Das ist keine Schande für uns, im Gegentheil, es ehrt uns, daß wir den Aenderungen der Verhältnisse Rechnung tragen, und ich sage ganz offen: wenn wir heute das Erfurter Programm noch einmal abzufassen hätten, so hätte ich vielleicht in Bezug auf die Agrarfrage eine andere Form vorgeschlagen. Aber können wir heute das Programm ändern, sind wir heute bereits einig über die agrarischen Entwickelungstendenzen? Nein, das hat sich bereits in Breslau gezeigt, und ich glaube, es wird heute wenige unter uns geben, die es bedauern, daß damals das Agrarprogramm abgelehnt wurde. Wir sind wohl Alle einig, daß es voreilig war, ein Programm zu entwerfen, bevor wir uns über die Entwickelung klar sind. Wir sind heute noch nicht einig darüber und werden es so leicht nicht, denn das agrarische Leben ist heute in einer Revolution begriffen, die weit größer ist als die in der Industrie. Würden wir uns heute festlegen in Bezug auf das Agrarprogramm, so wäre das eine Voreiligkeit, die sich bitter rächen würde. Wenn wir aber die gesammte Entwickelung und nicht die Agrar-

verhältnisse allein in Betracht ziehen, so können wir mit vollem Recht sagen, daß die Entwickelung zum Untergang des Kleinbetriebes führt.

Nun noch ein Wort über eine Theorie, die David und Woltmann entwickelt haben, und die, wenn sie wirklich durchdringen sollte, was ich allerdings nicht glaube, eine Revolutionirung unserer bisherigen Taktik zur Folge haben müßte. Es bezieht sich auf die Worte des Programms: „Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nothwendiger Weise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein."

Mit diesem Passus sind die beiden Genossen nicht einverstanden, und sie berufen sich dabei auf die materialistische Geschichtsauffassung, welche diesen Passus angeblich ad absurdum geführt hat. Ich freue mich, daß die beiden Genossen so eifrige Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung sind, und zwar in einem Sinne, der keineswegs der Sinn von Bernstein ist, denn nach ihm treten ja die ethischen Motive immer mehr in den Vordergrund, auch solche ethischen Motive, die nicht in letzter Linie ökonomisch begründet sind. Das ist jedenfalls nicht die Ansicht von David und Woltmann, denn sie stehen auf dem Standpunkt, daß man erst die ökonomische und dann die politische Macht erobern muß. Nun wurde bereits darauf hingewiesen, woher die wichtigste Wurzel unserer ökonomischen Macht stammt, daß durch die Entwickelung der heutigen Produktion der Proletarier immer unentbehrlicher wird für den Produktionsprozeß, daß er durch sie mit der Intelligenz der Städte in Verbindung kommt und auf diese Weise geschult wird und reift. David meint, wenn aus dieser Unentbehrlichkeit der Proletarier bereits ihre politische Macht folgen würde, so hätten die Leibeigenen des Mittelalters schon die politische Macht erobern müssen, denn sie waren unentbehrlich. Ja, haben denn die Leibeigenen nicht schließlich die politische Macht erobert? Existirt heute noch der Feudalismus? Und wodurch wurde denn der Feudalismus sonst gestürzt als durch die Erhebungen der Bürger, aber auch der Leibeigenen? Allerdings diese Erhebungen siegten erst, als die Feudalherren ökonomisch überflüssig wurden. So lange sie nothwendig waren, bildeten sie eine ökonomische Macht, und darauf beruhte auch ihre politische Macht. Die Leibeigenen konnten ihr Joch nicht abschütteln, so lange die Feudalherren unentbehrlich waren. Ebenso geht es mit den Kapitalisten. Erst wenn diese entbehrlich sind, kann das Proletariat die politische Macht erobern. Daß dies geschehen wird, daran zweifelt wohl Niemand.

Bernstein hat auch auf die Aktiengesellschaften hingewiesen und gemeint, daß dadurch die Entscheidung hinausgezogen wird. In unseren Augen sind die Aktiengesellschaften vor Allem deshalb wichtig, weil sie bewirken, daß die Person des Kapitalisten und damit der Kapitalismus überflüssig wird. Was wäre dann die Konsequenz des Davidschen Standpunktes, daß die ökonomische Expropriation der Eroberung der politischen Macht vorhergehen muß? Er hat auf die Sklaven hingewiesen. Nach seiner Anschauung müßten sich die Sklaven erst freikaufen, und wenn sie alle frei wären, dann würde erst ein Gesetz erlassen, daß die Sklaverei abgeschafft wird. Auf unsere Verhältnisse übertragen heißt das: Zuerst werden die Kapitalisten expropriirt, und wenn es keine Kapitalisten mehr giebt, dann schaffen wir die politische Macht der Kapitalisten ab. In Konsequenz davon kämen wir schließlich zum Anarchismus. Denn dieselbe Begründung, die David vorgebracht hat, haben auch die Nieuwenhuis und manche Anarchisten gehabt. Auch sie sagten, der politische Kampf ist nicht entscheidend, sondern nur der ökonomische Kampf; wenn man besonders gewaltthätig war, proklamirte man den Generalstreik, oder wenn man zahm war,

strebte man die Umwälzung des Kapitalismus durch die Genossenschaften an. Meine Redezeit ist abgelaufen, ich muß schließen, obwohl ich noch viel zu sagen hätte. Also nur ganz kurz der Hinweis, daß **wir den politischen Kampf in erster Linie hochhalten müssen.**

Das ist auch das Mittel, das uns die Intelligenzen zuführt, die wir so nothwendig brauchen; die Akademiker können nicht den gewerkschaftlichen Kampf führen, sie können nur am politischen Kampf theilnehmen. Er allein ist das Mittel, um das Proletariat mit der modernen Wissenschaft bekannt zu machen und es geistig zu heben. Darum werden wir die Fahne hochhalten, die Marx und Engels und Lassalle uns vorangetragen haben, die uns lehrten, uns als selbständige politische Partei zu organisiren und den Kampf um die politische Macht vor Allem zu führen. (Bravo!) Auf diese Weise werden wir siegen und nicht dadurch, daß wir die Palliativmittel in den Vordergrund stellen, die zwar nothwendig und nützlich sind, aber doch nur dann, wenn der politische Kampf im Vordergrunde steht. (Lebhafter Beifall.)

Singer theilt mit, daß zu der Resolution Bebel von Molkenbuhr und Stadthagen ein Amendement (Antrag 70) beantragt ist, das verlangt, daß im Absatz 4 die Worte: „sie erachtet — bis zu dem Worte aber . . ." gestrichen und als neuer Absatz zugefügt wird: „Es ist nothwendig, bei der Agitation das Endziel in den Vordergrund zu stellen, um das sozialistische Bewußtsein der Massen zu wecken und zu stärken." Weiter theilt Singer mit, daß die Schlußabstimmung über die Resolution Bebel in Folge eines genügend unterstützten Antrages eine namentliche sein wird.

Rosa Luxemburg: Parteigenossen, es hieße Wasser ins Meer tragen, wollte ich nach dem vortrefflichen Vortrage des Genossen Bebel mich noch über die theoretische Seite der Frage verbreiten. Bebel hat diese Fragen so gründlich behandelt und so viel neues Thatsachenmaterial gegen Bernstein angeführt, daß es sich erübrigt, darüber mehr zu sagen. Einige Bemerkungen Davids, die zum Theil gegen mich gerichtet waren, veranlassen mich aber doch zur Antwort. Mit seinen Ausführungen, die die Landwirthschaft betrafen, werde ich mich nicht befassen. Die Frage des Düngers spielte darin eine so große Rolle, daß ich unwillkürlich an jene Rede eines pommerschen Oekonomierathes im landwirthschaftlichen Verein dachte, die da lautete: „Ich glaube, Sie werden mir alle zustimmen, wenn ich meine Ausführungen mit den Worten schließe: Mist ist die Seele der Landwirthschaft!" (Große Heiterkeit und Oho!)

Die schwächste Seite in der theoretischen Auffassung Bernsteins und seiner Anhänger ist ihre Theorie von der sogenannten wirthschaftlichen Macht, die sich die Arbeiterklasse erst im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung erwerben muß, bevor sie eine politische Revolution glücklich durchführen könne. Von Seiten Davids und anderer Anhänger Bernsteins ist uns öfter Phrase und Vorliebe für die Schablone vorgeworfen worden. Gerade in der Frage der Eroberung der ökonomischen Macht ist auf jener Seite die Schablone und die Phrase, wie ich nachweisen werde.

Marx hat bekanntlich bewiesen, daß jeder politischen Klassenbewegung bestimmte wirthschaftliche Verhältnisse zu Grunde gelegen haben. Marx hat dargelegt, daß alle bisherigen geschichtlichen Klassen, bevor sie zur politischen Macht gelangten, sich zur ökonomischen Macht aufgeschwungen haben. Diese Schablone wenden nun die David, Woltmann und Bernstein in sklavischer Weise auf die heutigen Verhältnisse an. Das beweist, daß sie weder das Wesen der früheren Kämpfe, noch das Wesen der heutigen Kämpfe verstehen.

Was heißt das: Die früheren Klassen, namentlich der dritte Stand, haben sich vor der politischen Emanzipation die wirthschaftliche Macht erobert? Nichts anderes, als die historische Thatsache, daß alle bisherigen Klassenkämpfe auf die wirthschaftliche Thatsache zurückzuführen waren, daß eine neu auf-

strebende Klasse zugleich eine neue Form des Eigenthums geschaffen hatte, auf der sie schließlich ihre Klassenherrschaft begründete. Der Kampf des Handwerkers gegen den städtischen Adel im ersten Theil des Mittelalters beruhte darauf, daß er gegenüber dem im Grund und Boden bestehenden Eigenthum des Adels eine neue Form des Eigenthums geschaffen hatte, das auf der Arbeit beruhte. Das war eine neue wirthschaftliche Schöpfung, die schließlich die politischen Fesseln sprengte und die Ueberreste des bedeutungslos gewordenen feudalen Eigenthums nach seinem Urbild umbildete. Dasselbe wiederholte sich am Ende des Mittelalters, als der Mittelstand seinen Kampf gegen den Feudalismus führte, als das neue kapitalistische Eigenthum geschaffen wurde, das auf der Ausbeutung fremder Arbeit beruhte und schließlich den dritten Stand auch politisch zur Herrschaft brachte.

Nun frage ich: kann man diese Schablone auf unsere Verhältnisse übertragen? Nein. Gerade die, die von der wirthschaftlichen Macht des Proletariats faseln, übersehen die große Verschiedenheit zwischen unserem und allen früheren Klassenkämpfen. Die Behauptung, das Proletariat führt im Gegensatz zu den früheren Klassenkämpfen seinen Klassenkampf nicht, um eine Klassenherrschaft zu begründen, sondern alle Klassenherrschaft abzuschaffen, ist keine Phrase. Das hat seinen Untergrund darin, daß es keine neue Form des Eigenthums schafft, sondern nur das von der kapitalistischen Wirthschaft geschaffene kapitalistische Eigenthum ausbildet, indem dieses in den Besitz der Gesellschaft übergeführt wird. Es ist also eine Illusion zu glauben, das Proletariat könne schon innerhalb der heutigen bürgerlichen Gesellschaft die wirthschaftliche Macht sich verschaffen; es kann nur die politische Macht sich verschaffen und dann das kapitalistische Eigenthum aufheben. Bernstein beschuldigt Marx und Engels, das politische Schema der großen französischen Revolution auf unsere Verhältnisse zu übertragen. Er und die anderen Anhänger der „wirthschaftlichen Macht" übertragen aber das ökonomische Schema der großen französischen Revolution auf den proletarischen Kampf.

David hat eine ganze Theorie der Aushöhlung des kapitalistischen Eigenthums dargelegt. Ich weiß nicht, ob seine Auffassung des sozialistischen Kampfes thatsächlich zu einer Aushöhlung führt; ich zweifle stark daran. Aber es ist zweifellos, daß eine solche Auffassung eine Aushöhlung unserer Köpfe voraussetzt. (Heiterkeit, Unruhe.)

Ganz vom Standpunkt dieser wirthschaftlichen Macht betrachtet David und die Anhänger Bernsteins unsere Stellung zu den Gewerkschaften und Genossenschaften. Man wirft uns vor, daß wir sie als ein nothwendiges Uebel betrachten. Nun, ich bin überzeugt, daß unter uns, auch unter den sogenannten Politikern, wie sich diejenigen ausdrücken, die künstlich eine Scheidung in Politiker und Gewerkschaftler herbeiführen wollen, sich nicht ein einziger Genosse findet, der sich nicht darüber klar wäre, daß auf dem Gebiete der Gewerkschaften in Deutschland das Meiste erst zu geschehen hat, und daß wir alle unsere Kräfte in den Dienst dieser Aufgabe stellen müssen. Jeder von uns ist klar darüber, daß, wenn man uns den gewerkschaftlichen Kampf nehmen oder er sich nicht weiter entwickeln würde, auch der politische darunter aufs schwerste leiden müßte; denn die erste Voraussetzung ist die Erziehung der breiten Masse zum Klassenkampf und der gewerkschaftliche Kampf ist das vorzüglichste Mittel dazu. Aber in gewisser Beziehung haben Diejenigen, die uns einer halben Freundschaft zu den Gewerkschaften beschuldigen, vielleicht recht, namentlich wenn sie darunter die Förderung von Illusionen in Bezug auf die Gewerkschaften verstehen. Ja, wenn Sie die Sache so darstellen wollen, als wären die Gewerkschaften nicht nur ein Mittel, die Arbeiter in den Klassenkampf zu ziehen, sie aufzuklären und ihre heutige Lage zu bessern, wenn Sie es so verstehen, daß die Gewerkschaften auch unmittelbar dazu dienen, das

kapitalistische Eigenthum in sozialistisches zu verwandeln, es auszuhöhlen, dann dürfen wir nicht nur, sondern wir müssen einer solchen Auffassung unsere Unterstützung versagen. (Sehr richtig!) Es giebt keinen größeren Feind der Arbeiterklasse in ihrem Kampf, als ihre eigenen Illusionen. Im Grunde genommen sind die, die eine solche Auffassung vertreten, gar nicht Freunde der Gewerkschaften, denn sie arbeiten nothwendig auf eine spätere Enttäuschung hin.

Noch falscher ist die Auffassung jener Richtung in Bezug auf die Genossenschaften. Ich will hier nur einige Bemerkungen äußern. Es ist Mode geworden, die Genossenschaften auf eine Linie mit den Gewerkschaften, ja mit dem politischen Kampf zu stellen. Nein, die Genossenschaften stehen auf einem ganz anderen Blatt. Wenn wir auch gänzlich von ihrer positiven Bedeutung, ihrer Tragweite für die Arbeiterklasse absehen, eins steht fest: die Genossenschaften sind kein Klassenkampf. (Sehr richtig!)

Zweitens: Diejenigen, die sich einbilden, die Genossenschaften seien heute schon ein Keim der sozialistischen Ordnung, sie vergessen noch einen wichtigen Faktor in den heutigen Verhältnissen, die Reservearmee. Selbst, wenn wir voraussetzen, daß die Genossenschaften allmälig alle kapitalistischen Unternehmen verdrängen und sich an ihre Stelle setzen, so können wir unmöglich die phantastische Annahme haben, daß bei Beibehaltung der heutigen Marktverhältnisse ohne einen allgemeinen Plan die Produktionsverhältnisse der Nachfrage auf dem Markte angepaßt werden könnten; die Frage der Reservearmee würde nach wie vor offen bleiben.

Und noch eins. Ich weiß nicht, welche Genossenschaften man sich als Ideal vorstellte, als abstraktes Schema. Ich weiß nur, daß die englischen Genossenschaften, die bis jetzt als Muster der genossenschaftlichen Bewegung aufmarschiren, in ihrem produktiven Theil durchaus nicht das sozialistische Ideal darstellen. (Zuruf: Unser Muster sind die belgischen!) Auf dem Trades-Unions-Kongreß beantragte eine Schneidergewerkschaft, das parlamentarische Komitee der Gewerkschaften möchte sich ins Einvernehmen mit den Korperationen setzen, um die Genossenschaften zur Beobachtung der vom parlamentarischen Komitee aufgestellten Lohn- und Arbeitsbedingungen anzuhalten; also die kapitalistische Ausbeutung ist durchaus nicht beseitigt.

Im Zusammenhang mit dieser wirthschaftlichen Auffassung steht die Theorie der Bernsteinschen Richtung über die allgemeine Sozialisirung der kapitalistischen Gesellschaft. Es erübrigt sich thatsächlich nach der Rede Davids jede ausführliche Widerlegung dieses Gedankens. Denn er hat ja unter Anderem auch die Tarifgemeinschaft als eine theilweise Sozialisirung des Kapitalismus angeführt. Jene Genossen stellen sich offenbar die Sache so dar: Die ganze praktische Politik bleibt so wie bis jetzt, nur vielleicht unter größerer Berücksichtigung der Genossenschaften, und dann macht man es sich sehr bequem: man klebt darauf die Etiquette Sozialismus und dieser ist fertig! Man vergißt nur, daß, wie Engels gesagt hat, wenn man auch die Kleiderbürste unter die Säugethiere klassifizirt, sie noch lange keine Milchdrüsen bekommt. (Heiterkeit. Zuruf: Das ist aber sehr wahr!)

Noch eine Bemerkung über die sogenannte Zusammenbruchstheorie. Natürlich, wenn wir Alles, was wir heute schon machen, Sozialismus nennen, wäre es ja völlig überflüssig, noch einen Zusammenbruch herbeizuführen. Aber die Genossen, die eine so verrückte Auffassung (Fendrich ruft: Würde! — Glocke des Präsidenten) — verzeihen Sie, ich habe es nicht beleidigend gemeint, „verkehrte“ wollte ich sagen. Die Genossen, die eine so verkehrte Auffassung vom Sozialismus haben, fassen die Evolutionstheorie nur so auf, daß sie eine kleine Korrektur an der dialektischen Geschichtsauffassung vornehmen und die Geschichte ist wieder sehr glatt und hübsch gelöst. Aus der Evolutionstheorie, wie sie Marx und Engels auffassen, scheiden sie den Begriff der

Zusammenbrüche, der sozialen Katastrophen und bekommen auf diese Weise einen sehr angenehmen Begriff von der Evolution, wie sie ein Herr Brentano auffaßt. Wenn wir aus der Geschichte lernen wollen, so sehen wir, daß alle bisherigen Klassenkämpfe nur in der Weise verlaufen sind, daß die aufstrebende Klasse im Schoße der alten Gesellschaft durch kleine Fortschritte, gesetzliche Reformen, allmälig immer mehr erstarkte und wuchs, bis sie sich stark genug fühlte, die alten Fesseln abzustreifen, durch eine soziale und politische Katastrophe. Dazu waren sie genöthigt, trotzdem sie bereits im Schoße der alten herrschenden Klasse bis zur höchsten Potenz ihre wirthschaftliche Macht entwickeln konnten. Das wird aber zehnmal mehr für uns zur Nothwendigkeit. Die Genossen, die glauben, in Ruhe, ohne Kataklysmus, die Gesellschaft in den Sozialismus hinüberleiten zu können, stehen durchaus nicht auf historischem Boden. Wir brauchen durchaus nicht in der Revolution Heugabeln und Blutvergießen zu verstehen. Eine Revolution kann auch in kulturellen Formen verlaufen, und wenn je eine dazu Aussicht hatte, so ist es gerade die proletarische; denn wir sind die Letzten, die zu Gewaltmitteln greifen, die eine brutale Revolution herbeiwünschen könnten. Aber solche Dinge hängen nicht von uns ab, sondern von unseren Gegnern (sehr richtig!) und die Frage der Form, in der wir zur Herrschaft gelangen, müssen wir vollkommen ausscheiden; das sind Fragen der Umstände, über die wir heute nicht prophezeien können. Es kommt uns nur auf das Wesen der Sache an, und das besteht darin, daß wir eine gänzliche Umbildung der herrschenden kapitalistischen Wirthschaftsordnung erstreben, die nur durch Ergreifung der Staatsgewalt und niemals auf dem Wege der sozialen Reform im Schoße der heutigen Gesellschaft herbeigeführt werden kann. Diejenigen, die sich dieser Hoffnung hingeben, stellen sich auf den Standpunkt, auf den sich nur Ignoranten in Bezug auf die Vergangenheit und Optimisten in Bezug auf die Zukunft stellen können.

Jetzt eine andere, mehr praktische Frage. Bebel hat sechs Stunden in glänzender Weise gegen Bernstein polemisirt. Ich frage: Wäre das geschehen, wenn wir voraussetzen könnten, daß Bernstein der Einzige in unseren Reihen ist, der diese Theorien vertritt, wenn die Meinungsverschiedenheiten nicht aus dem Bereich der abstrakten Theorien herausgekommen wären? Wir sind eine praktische, politische Kampfpartei und wäre nichts weiter vorgekommen als eine theoretische Abweichung von der übrigen Parteiauffassung bei einem Manne, mag er noch so verdient und bedeutend sein, eine solche Bebelsche Rede wäre nicht gehalten worden. Aber wir haben in unserer Partei eine Anzahl Genossen, die auf demselben Standpunkte stehen, und die Meinungsverschiedenheiten beziehen sich nicht nur auf die Theorie, auf Abstraktion, sondern auch auf die Praxis. Es ist eine allbekannte Thatsache, daß wir seit etwa einem Jahrzehnt in unseren Reihen eine ziemlich starke Strömung haben, die im Geiste der Bernsteinschen Auffassung dahin streben, unsere jetzige Praxis bereits als Sozialismus hinzustellen und so — natürlich unbewußt! — den Sozialismus, den wir erstreben, den einzigen Sozialismus, der keine Phrase und Einbildung ist, zur revolutionären Phrase zu machen. Bebel hat mit Recht wegwerfend gesagt, daß die Auffassungen Bernsteins so verschwommen, deutungsvoll sind, daß man sie nicht in einen festen Rahmen fassen kann, ohne daß er sagen kann, ihr habt mich mißverstanden. Früher schrieb Bernstein nicht so. Diese Unklarheit, diese Widersprüche hängen nicht mit seiner Person, sondern mit seiner Richtung, mit dem Inhalt seiner Ausführungen zusammen. Wenn Sie die Parteigeschichte seit zehn Jahren verfolgen, namentlich die Parteitagsprotokolle studiren, so sehen Sie, daß die Bernsteinsche Richtung allmälig erstarkt ist, aber noch durchaus nicht zur Reife gelangt ist; ich hoffe, daß sie es nie wird. In ihrem jetzigen Stadium kann sie gar nicht über ihr eigenes Wesen klar sein, gar nicht die richtige Sprache für ihre Tendenz

finden. So ist die Bernsteinsche Unklarheit zu erklären. Wie diese Bernsteinsche Richtung dazu führt, daß unser Sozialismus ein Mumpitz wird, dafür nehmen Sie ein kleines Beispiel aus den allerletzten Tagen. In einer Versammlung in München, die Stellung zu dem heutigen Parteitag nehmen sollte, hat ein Redner, indem er auf den Fall Schippel einging, Folgendes gesagt: Schippel sprach über die Miliz, während unser Programm über die Volkswehr spricht — eine Unterscheidung, für die mir jeder Sinn fehlt; doch das ist nebensächlich. Dann sagt er: Zu Gunsten Schippels läßt sich das sagen, daß der eigentliche Sinn dieses Passus unseres Programms nur besagt, daß wir für die Gegenwart auf eine Verkürzung der Dienstzeit hinarbeiten müssen! Ich will in die Milizdebatte der nächsten Tage nicht vorgreifen, sondern führe das nur an zur Charakteristik der Methode. Unser Minimalprogramm hat einen ganz bestimmten Sinn. Da wir wissen, daß der Sozialismus sich ohne weiteres, wie aus der Pistole geschossen, nicht durchführen läßt, sondern nur dadurch, daß wir in einem hartnäckigen Klassenkampfe auf wirthschaftlichem und politischem Boden von der bestehenden Ordnung kleine Reformen erreichen, um uns wirthschaftlich und politisch immer besser zu stellen und die Macht zu erhalten, endlich der heutigen Gesellschaft das Genick zu brechen, sind unsere Minimalforderungen nur auf die Gegenwart zugeschnitten. Wir akzeptirten Alles, was man uns giebt, aber fordern müssen wir das ganze politische Programm. (Sehr richtig!) Der Genosse in München aber hat an Stelle des Punktes 3, welcher ausdrücklich die Forderung der Miliz enthält, die Forderung der Verkürzung der Dienstzeit als die praktische Forderung der Partei hingestellt. Wenn wir auf diese Weise einen geringen Theil aus unserem Minimalprogramm zu unserem eigentlichen wirklichen Minimalprogramm machen, dann wird das, was wir jetzt als Minimalprogramm betrachten, zum Endziel und unser wirkliches Endziel scheidet gänzlich aus dem Bereich der Wirklichkeit und wird thatsächlich zur „revolutionären Phrase". (Lebhafter Beifall.)

Adler-Harburg: Ich habe angesichts des Bernstein'schen Buches unsere ältere Literatur durchgesehen. Da kam ich auch zum Kommunistischen Manifest, in dessen Vorwort es jetzt heißt, daß der Abschnitt: „Der deutsche Sozialismus" jetzt ganz veraltet sei, da es solche Parteien jetzt nicht mehr gebe. Ich habe das Kapital durchgelesen und finde, daß Bernstein ganz etwas Aehnliches sagt, was dort kritisirt wird. Bernsteins Buch ist nur eine Momentphotographie seines augenblicklichen geistigen Zustandes. Das Buch enthält kein Endziel, sondern nur die Bewegung des Geistes des Genossen Bernstein. (Heiterkeit.) Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir die Resolution Bebels im Ganzen annehmen sollen. Nur im Absatz 4 müßten die Worte nach Stoltens Vorschlag geändert werden. (**Bebel**: Wird geschehen!)

Nun zu Genossen David. Ich möchte ihm zurufen: Zurück, Du rettest den Freund nicht mehr! (Heiterkeit.) Es ist unmöglich, da noch zu retten. Eine besondere Vertheidigung Bernsteins dagegen, daß er nicht mehr Parteigenosse ist, die David für nothwendig erachtet hat, erscheint mir überflüssig. Soweit ist Bernstein nicht gegangen, daß er das Programm nicht mehr anerkennt. Und da Parteigenosse ist, wer das Programm anerkennt, so ist er noch Parteigenosse. Anders liegt die Frage, ob Bernstein noch Sozialdemokrat bleiben wird. Der National-Soziale Herr v. Gerlach hat zu mir gesagt: Nach der Lektüre des Bernstein'schen Buches bin ich davon überzeugt, daß Bernstein National-Sozialer ist, ohne es zu wissen. Ich hielt ihm den Punkt Monarchie vor. Ach, das wird er auch noch überwinden, meinte Gerlach. David sieht in jeder Verkürzung der Arbeitszeit eine Einschränkung des Eigenthumrechtes der Kapitalisten. Da möchte ich fragen, ob dem Kapitalisten auch verboten sein soll, mehrere Schichten einzulegen und so seine Maschinen und sein Kapital auszunützen? Jede Verkürzung der Arbeitszeit verstärkt die Intensität der

Arbeit, so daß der Kapitalist keinen Schaden, sondern Vortheil davon hat. David weist auf den Arbeiterschutz hin und meint, daß wir hier Schritt für Schritt weiterkommen. Er meint wohl, daß es so weiter fortgehen wird, bis wir in die sozialistische Gesellschaft gelangen? Das ist aber eine Unmöglichkeit, weil wir nicht die politische Macht besitzen. Erst in einer sozialistischen Gesellschaft werden wir idealen Arbeiterschutz haben. Die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker sieht David für eine sozialistische Einrichtung an; sie ist aber nur ein Friedenstraktat zwischen zwei kämpfenden Heeren; danach ist wohl auch der Friede von Osnabrück und von Frankfurt a. M. etwas sozialistisches? (Oh, Oh!) David findet, daß der Krebsschaden der Unternehmerkoalitionen der Umstand ist, daß sich an ihnen verschiedene Gruppen mit verschiedenen Interessen befinden, die sich zerfleischen. Da hat er wohl seinen Bernstein nicht ordentlich gelesen. Dasselbe behauptet Bernstein von den Arbeiterorganisationen. David hat auf die Konsumgenossenschaften hingewiesen. Gewiß schaffen sie unter Umständen Nutzen, aber nur an Orten, wo starke Arbeiterorganisationen vorhanden sind. Wo die Arbeiter durch dies Sparsystem pro Kopf 80 Mk. pro Jahr ersparen, da sucht der Kapitalist ihnen durch Lohndruck diese 80 Mk. zu entreißen, wo nicht starke Organisationen es verhindern. (Widerspruch.) Im besten Falle gewähren die Konsumgenossenschaften einen kleinen Vortheil, mit dem die Welt nicht aus den Angeln zu heben ist. Die Konsumgenossenschaften können auch technischer Hindernisse wegen nicht Alles in ihren Bereich ziehen. Diese Bäume werden nicht in den Himmel wachsen und wir dürfen nicht hoffen, von ihnen unsern Siegeslorbeer zu pflücken.

Nun zur Landwirthschaft. Hier vertritt David die Ueberlegenheit des Kleinbetriebs gegen den Großbetrieb. Er hat aber beständig nur die feudale Großgrundwirthschaft im Osten dabei im Auge, die in der That krank ist, weil sie mit zu minimalem Betriebskapital arbeitet und deshalb nicht leben noch sterben kann. Daneben aber haben wir in der Provinz Sachsen, im Anhaltischen und in Süd-Hannover eine kapitalistische Großlandwirthschaft, die typisch ist für die künftige Entwickelung auch in Ostpreußen und an der sich die Anschauungen von Marx bewahrheiten. Da ist nicht die Rede davon, daß der Großbetrieb weniger einbringt. Redner erinnert an die Dampfpflüge, die Meliorationsarbeiten, die Viehwirthschaft, den Vortheil der breiteren Ackerfläche für den Großbetrieb. In der Provinz Sachsen frißt die Großlandwirthschaft die Kleinlandwirthschaft geradezu auf. Der Kleinbauer geräth dort, wo er sich hält, in vollste Abhängigkeit von der Zuckerfabrik. Dieselbe Konzentration zeigt sich bei der Moorkultur in der Hannoverschen Heide.

Die Fabel von den drei Ringen erlebt jetzt eine neue Auflage. Die drei Ringe sollen den Kapitalismus erdrosseln: Gewerkschaft, Genossenschaft, Politik. Aber diese drei Ringe scheinen sich nur gleich in den Augen der Bewunderer Bernsteins. Nur ein Ring ist der echte.

Im Genossenschaftswesen ist Bernstein Neuling. Er hat erst in diesem Sommer die Londoner Einrichtungen kennen gelernt. Herr Raphael May schickt ihm jetzt jede genossenschaftsfreundliche Aeußerung der deutschen Industrie. Der May'sche Gedanke von den Genossenschaften mit darauf aufgebauter Industrie ist für Bernstein maßgebend gewesen. Für den Klassenkampf können wir die Genossenschaften keinesfalls brauchen, deshalb können wir nicht für sie eintreten.

Ich habe beantragt, im Absatz 4 der Bebel'schen Resolution hinter dem Wort „Wirthschaftsgenossenschaften" ist einzufügen: „die auf die Organisation des Konsums begründet sind," an Absatz 4 am Schluß ist anzuhängen in Abänderung meines ursprünglichen Antrages: „Die Gründung weiterer Genossenschaften zu gemeinsamer Produktion ist nur dann empfehlenswerth, wenn sie gestützt auf die Kundschaft bestehender Konsumgenossenschaften geschehen kann."

Zur Resolution Bebel sind noch folgende Abänderungsanträge eingegangen:

Antrag (64) O. Stolten und E. Heine-Hamburg: Beantragen, im Schlußsatz, Absatz 6, der Resolution Bebels statt „weder ihr Programm" zu sagen: „weder ihre grundsätzlichen Auffassungen, noch" u. s. w.

Antrag (65) Adler-Hamburg: a) Im Absatz 4 hinter dem Wort „Wirthschaftsgenossenschaften" ist einzufügen: „die auf Organisation des Konsums begründet sind." b) Am Absatz 4 am Schluß ist anzuhängen: „Die Gründung weiterer Genossenschaften zu gemeinsamer Produktion ist nur dann empfehlenswerth, wenn sie gestützt auf die Kundschaft bestehender Konsumgenossenschaften geschehen kann."

Antrag (70) Molkenbuhr und Stadthagen: 1. im Absatz 4 den Passus: „sie erachtet die Gründung solcher Genossenschaften, vorausgesetzt, daß die dazu nöthigen Vorbedingungen vorhanden sind, als geeignet, in der wirthschaftlichen Lage ihrer Mitglieder Verbesserungen herbeizuführen, sie sieht auch in der Gründung solcher Genossenschaften, wie in jeder Organisation der Arbeiter zur Wahrung und Förderung ihrer Interessen, ein geeignetes Mittel zur Erziehung der Arbeiterklasse zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten, aber ...." zu streichen. 2. nach Absatz 4 als neuen Absatz zuzufügen: „Es ist nothwendung, bei der Agitation das Endziel in den Vordergrund zu stellen, um das sozialistische Bewußtsein der Massen zu wecken und zu stärken."

Antrag (73) Schoenlank und 22 Genossen: In dem letzten Absatz, Zeile 2 von oben, vor „und" einzufügen: „Das heißt, aus der sozialdemokratischen Partei eine demokratisch-sozialistische Reformpartei zu werden."

Bebel hat die Abänderung an seiner Resolution vorgenommen, daß im letzten Absatz 2. Zeile das Wort „Programm" durch die Worte „Grundsätze und Grundforderungen" ersetzt worden ist. Damit ist Antrag 64 erledigt.

Begrüßungsschreiben und Telegramme sind wiederum zahlreich eingelaufen.

Schluß der Sitzung.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 12. Oktober. — Vormittags-Sitzung.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Die Diskussion zu Punkt 5 der Tagesordnung wird fortgesetzt.

Frau **Zetkin**-Stuttgart: Ich begrüße es, daß der Anregung Stoltens entsprechend in der Bebel'schen Resolution an Stelle des Wortes „Programm" der Ausdruck „Grundanschauungen" treten soll, weil dadurch auch der letzte Schein zerstört werden muß, als wäre es den Gegnern der Bernstein'schen Auffassung um Buchstabenglauben zu thun. Um was es sich für uns handelt, ist wirklich etwas anderes als der Buchstabe unseres Programms; die Wichtigkeit dieser Diskussion besteht darin, daß sie einen entscheidenden Einfluß ausüben wird auf die praktische Bethätigung unserer Partei. Ich gehöre aber nicht zu denen, die eine andere Fassung des Programms als eine der dringendsten Aufgaben der Partei erachten. Unser Programm ist kein Kompendium für die gesammte soziale Entwickelung, sondern es hat nur unsere Auffassung über die Richtung der gesammten Entwickelung zu zeigen, nur die Gesammttendenz festzustellen. Die Katastrophentheorie ist nicht, wie David meint, der Ausgangspunkt unserer Praxis geworden; unsere Aufgaben sind nicht auf diese legendäre Katastrophentheorie zugespitzt. Wenn meine Erinnerung mich nicht trügt, ist der Antrag auf dem Londoner Kongreß, auf den David sich beruft, garnicht

angenommen, ja nicht einmal zur Abstimmung gebracht worden (sehr richtig!); man kann doch unsere Partei nicht verantwortlich machen für jeden Antrag, der auf irgend einem unserer Parteitage eingebracht ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Bei der Krisentheorie handelt es sich nur darum, daß die kapitalistische Produktion einen unlösbaren Gegensatz aufweist zwischen ihrem Lebensbedürfniß nach schrankenloser Ausdehnung und der beschränkten Ausdehnungsfähigkeit des Marktes, und daß ein weltgeschichtlicher Augenblick gesetzt ist, an dem die kapitalistische Gesellschaft an diesem ihrem inneren Gegensatz zusammenbrechen muß. Aber daß wir unsere Taktik darauf zuspitzen, dafür fehlt mir jeder Anhalt. David wendet sich gegen die Annahme, die Konzentration des Kapitals sei bereits vollzogen, der Mittelstand bereits untergegangen. Hätte er das Kautsky'sche Buch: „Das Erfurter Programm“ gelesen, so würde er wissen, daß Kautsky sogar die Möglichkeit vorgesehen hat, daß im Augenblicke der Besitzergreifung der Gewalt durch das Proletariat noch eine große Zahl von Kleinbetrieben vorhanden ist; und das beweist, daß die Freßlegende garnicht in dem Sinne aufgefaßt ist, wie es uns nicht nur von unseren Gegnern, sondern überraschenderweise auch von einem Theil unserer Genossen imputirt wird, als ob das siegreiche Proletariat nichts anderes zu thun hätte, als in einer Nachtsitzung die Expropriation dieser kleinen Eigenthümer zu beschließen. Sie werden nicht beseitigt werden durch einen gewaltsamen Eingriff in das Privateigenthum, sondern sie werden nach und nach durch die Ueberlegenheit des Großbetriebes ganz naturgemäß auf einem revolutionären Wege verschwinden.

Die Verelendungstheorie ist in ihrer schroffen Weise in dem Programm zum Ausdruck gebracht als Antwort auf die von bürgerlicher Seite aufgestellte Behauptung, es würde die kapitalistische Produktionsweise aus ihren eigenen immanenten Kräften heraus von selbst ohne jedes Eingreifen der Arbeiterklasse zur Hebung der Lage des Proletariats führen, einer Behauptung, verbreitet zum Zwecke, das Proletariat in seinem Klassenkampfe zu hemmen, ja ihm direkt die Lust dazu auszutreiben. Daß die kapitalistische Produktionsweise nicht durch ihr eigenes Wesen zur Beseitigung des absoluten und sozialen Elends führt, das beweisen unter anderem die Zustände auf dem ganzen großen Gebiet der Hausindustrie. In Brauns Archiv fordert Dr. Weber sehr energisch die Beseitigung der gesammten Hausindustrie durch gesetzliche Vorschrift mit einem Schlag, weil die Arbeiterschaft der Hausindustrie nichts anderes sei als Almosenempfängerin. Daß nicht nur das soziale Elend, sondern auch das physische zunimmt, beweist u. a. auch die Thatsache, daß auf dem Gebiete der Frauenarbeit die Arbeit der verheiratheten Frauen nicht nur verhältnißmäßig stärker steigt, sondern daß sie den weitaus größten Theil der Frauenarbeit in den allerungesundesten und gefährlichsten Betrieben darstellt. Wenn in den Braunkohlengruben, Ziegeleien, chemischen Fabriken, der Fabrikation von Uhrgehäusen u. s. w. unter den Frauen sich von 86 bis 71 pCt. Verheirathete befinden — glauben Sie denn, daß sie sich diese ungesundesten Gewerbe aussuchen würden, wenn nicht das Elend in den proletarischen Familien sie dazu zwingen würde? (Sehr gut!)

Von Stimmungsmacherei sprach David. Wenn Bernstein seine Meinung durch Zahlenmaterial zu stützen sucht, so wird es ihm als große wissenschaftliche That angerechnet; wenn aber Bebel seinen entgegengesetzten Standpunkt durch zahlenmäßiges Material zu stützen sucht, das sich wahrlich nicht an die Stimmung wendet, sondern an den nüchternen Verstand (sehr wahr!), dann ist es Stimmungsmacherei! Ich überlasse es dem Parteitage, zu beurtheilen, welche Methode David befolgt hat, als er diese kühne Behauptung aufstellte.

Der Unterschied der David-Bernstein'schen Auffassung von unserem Parteistandpunkt ist der, daß sie der Sozialreform eine ganz andere Rolle für den Befreiungskampf des Proletariats zuweist. (Lebhafte Zustimmung.) Darin liegt

das **Entscheidende**, nicht, daß wir die Reform niedriger schätzen, sondern sie **überhaupt anders** bewerthen. Für uns sind alle Reformen, die wir überhaupt **erreichen können** — und wir haben auch die kleinste genommen — nicht ein **Ansatz zur** Verwirklichung der Sozialisirung der Gesellschaft, sondern nur **Mittel, das** Proletariat kampffähiger zu machen. (Beifall.) David hat freilich **auf Grund** der berühmten Aushöhlungstheorie nachgewiesen, daß die Fabrik-**Gesetzgebung** bereits der Anfang der Sozialisirung der Produktionsmittel sei, **weil das** Recht des Unternehmers, nach eigenem Ermessen seine Mittel zu ge**brauchen**, eingeschränkt wurde. Genosse David, wenn das richtig wäre, dann **steckte auch** in einem guten Theil der Polizeiverordnungen ein Stück Sozialismus (**Heiterkeit**, Beifall); dann wäre die Vorschrift, daß wir unsere Hunde nicht **ohne** Maulkorb herumlaufen lassen dürfen, auch ein Stück Sozialismus, denn **dadurch** wird das Recht an unserem Eigenthum beschränkt. (Große Heiterkeit. **Lebhafte** Rufe: Das ist sehr richtig! Große Unruhe. **Ulrich** ruft: Das ist **sehr faul!**) Ich glaube, ich habe das Recht, mich auf der gleichen Höhe der Diskussion zu bewegen, wie David (sehr gut! Unruhe).

Genosse David hat zum Beweis für seine Aushöhlungstheorie auch **darauf** hingewiesen, daß Marx erklärt hatte, der Normalarbeitstag bedeute die Verwirklichung eines Prinzips. David wird im ganzen „Kapital" umsonst suchen, wenn er den Nachweis dafür erbringen wollte, daß Marx in der Verwirklichung eines Prinzips die Verwirklichung des sozialistischen Prinzips sucht. Im Zusammenhang handelt es sich nur um die Anerkennung des Prinzips, daß die Waare „Arbeitskraft" eine Waare eigener Art ist, an der lebendiges Menschenthum hängt und das dies lebendige Menschenthum nach der hygienischen Seite hin im Interesse der Gesellschaft geschützt werden muß. Wenn David der Meinung ist, daß unsere Kapitalistenklasse sich allmälig ihre Freude am Eigenthum gewissermaßen verekeln läßt und schließlich, wenn nur noch die wenigen Millionen übrig sind, sagt: „Ach, Kinder, seid doch so gut, befreit uns von diesen Dornen und schafft unser Eigenthumsrecht an den Produktionsmitteln ab!" — so meine ich, daß gerade die ganze Entwickelung der Fabrik-Gesetzgebung ein Beweis dafür ist, daß in der kapitalistischen Gesellschaft das Unternehmerthum sich jeder weitgehenden Einschränkung seiner Machtbefugnisse aufs Schärfste widersetzt. Der Kampf um den gesetzlichen Arbeiterschutz datirt wirklich nicht von heute und gestern, und wie weit sind wir noch im Rückstande! Ich erinnere nur daran, daß in England, dem Musterland des Arbeiterschutzes, der erwachsene Arbeiter mit Ausnahme des Bäckers und des Eisenbahners noch garnicht gesetzlich geschützt ist. Ich erinnere ferner an die Thatsache, daß dort die Kinderarbeit noch nicht mal vom 13. Jahre ab verboten ist. Wenn nach dieser Richtung hin nennenswerthe Vortheile zu erhoffen sind, so müßten wir von Seiten einer bürgerlichen Gesellschaft, deren Vertreter immer wieder die Nothwendigkeit des Schutzes der Heiligkeit der Familie betonen, doch erst einmal — ich will bescheiden sein — den Achtstundentag für die Arbeiterinnen haben oder den Sechsstundentag für die verheiratheten Arbeiterinnen. Gewiß, durch die Fabrikgesetzgebung kann der Arbeiter in etwas geschützt werden, aber der springende Punkt, die Abhängigkeit, wird nicht beseitigt, seine Arbeitskraft bleibt nach wie vor eine Waare und untersteht den Gesetzen der kapitalistischen Waarenproduktion.

Irrig ist auch die Auffassung, daß die **Gewerkschaften** schon Wesentliches zur Sozialisirung beitragen können. Der Kampf der Gewerkschaften zielt vielmehr darauf hin, zu verhindern, daß der Profithunger die Arbeitsbedingungen sogar unter die jeweiligen Lebensbedingungen herabdrückt. Bernstein ist auch der Ansicht, daß es sich beim gewerkschaftlichen Kampf um eine Herabsetzung der Profitrate zu Gunsten der Lohnrate handelt. Gewiß begrüßen wir jede Erhöhung der Lohnrate mit Freuden, aber für uns handelt es sich

doch nicht nur darum, die Profitrate herabzusetzen, sondern sie zu beseitigen, die ganze kapitalistische Wirthschaftsordnung zu beseitigen; nicht nur besser gestellte Lohnsklaven zu haben, sondern die Lohnsklaverei vollständig abzuschaffen. Für die von David so schön geschilderte allmälige Sozialisirung der Produktionsbedingungen durch die Gesellschaft kommen doch auch die Schranken in Betracht, welche der Wirksamkeit der Gewerkschaften durch die kapitalistische Produktion selbst gezogen werden, dadurch daß die Produktivität der Arbeit fort und fort steigt und deshalb mehr und mehr Arbeitskräfte überflüssig gemacht werden. Dieselben Momente bedingen, daß in immer höherem Maße ungeschulte Arbeiter, Frauen und Kinder verwendet werden. Schließlich kommt in Betracht, daß durch die Vernichtung des Mittelstandes und der selbständigen Existenzen immer mehr rückständige, ungeschulte, unorganisirte Massen auf dem Arbeitsmarkt erscheinen. Aber mindestens ebenso groß wie die Bedeutung der Gewerkschaften als eine Bewegung für die Herbeiführung von Arbeitsbedingungen, welche der Arbeiterklasse eine einigermaßen kulturelle Lebenshaltung ermöglichen, ebenso groß, wenn nicht noch größer ist die Wirksamkeit, welche die Gewerkschaften dadurch entfalten, daß sie die Proletarier organisiren, aufklären und dem Klassenkampf zuführen. Dadurch arbeiten allerdings die Gewerkschaften sehr wesentlich der Sozialisirung der Gesellschaft vor, aber nicht in dem Sinne, daß sie schon innerhalb der heutigen Gesellschaft sozialistische Einrichtungen erzeugen, sondern in dem Sinne, daß sie uns Kämpfer erzeugen, welche die sozialistische Gesellschaft einführen können. (Sehr richtig!)

Auch das Genossenschaftswesen hat David als Beweis dafür angeführt, daß die Arbeiterklasse nicht in erster Linie die politische Macht zu erobern habe, sondern vielmehr schon innerhalb der heutigen Gesellschaft auf wirthschaftlichem Gebiete mit der allmäligen Sozialisirung vorgehen solle. David hat sich ganz wesentlich auf die Genossenschaften in Belgien berufen, die nach Vandervelde bereits ein kollektivistisches Embryo darstellen. Ja, in gewissem Sinne sind auch die Aktiengesellschaften Embryonen des kollektivistischen Prinzips, aber man muß doch festhalten, daß innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft alle diese Einrichtungen nur Ansätze darstellen und die materiellen Vorbedingungen erzeugen, welche eine Sozialisirung ermöglichen, daß aber die kapitalistische Gesellschaft selbst die wichtigsten Bedingungen vorenthält, welche die Sozialisirung dieser Einrichtungen zur Wirklichkeit machen. Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft unterstehen auch die Genossenschaften den Gesetzen der kapitalistischen Produktion; die in ihnen angestellten Arbeiter müssen die Bedingungen der kapitalistischen Produktion respektiren, sie unterstehen der kapitalistischen Ausbeutung, wenn auch in geringerem Grade, aber abhängig sind sie doch. Und die Genossen in Belgien fassen ja ihre Genossenschaften auch nicht von dem Gesichtspunkt auf, daß sie bereits Ansätze zur Sozialisirung sind. Die belgischen Genossenschaften unterscheiden sich durch ein ganz wesentliches Merkmal von denen in allen anderen Ländern, es sind in erster Linie Kampfesorganisationen der belgischen Arbeiterpartei. So heißt es zum Beispiel im Artikel 6 des Statuts der belgischen Genossenschaft „Volkshaus" in Brüssel: „Die Genossenschaft ist der Arbeiterpartei angeschlossen." Und Artikel 10 heißt: „Um Mitglied der Genossenschaft zu werden, muß man . . . das Programm der Arbeiterpartei anerkennen." Und auf dem Titel jedes Mitgliedbuches steht ausdrücklich: „Das Volkshaus ist eine sozialistische Genossenschaft, die Genossenschaftler anerkennen durch ihre Eintragung in die Bücher der Genossenschaft das Programm der Arbeiterpartei." Ueber diese Auffassung kann auch insofern kein Zweifel sein, als Vandervelde in dem von David zitirten Artikel in der „Neuen Zeit" weiter erklärt: Mit einem Worte: Alles, was er verdient, kommt von der Partei; Alles was er ausgiebt — aus-

genommen Miethe, Steuern und kleine Einkäufe unter der Hand — geht zur Partei; Alles was er thut, von der täglichen Arbeit bis zur Propaganda am Sonntag, geschieht für die Partei. Auf diese Weise bildet sich in jedem unserer industriellen Zentren ein Milieu, das dem Einfluß der kapitalistischen Umgebung fast vollständig entzogen ist, und innerhalb desselben eine Gruppe von Vorkämpfern bis aufs Mark vom Sozialismus durchtränkt." Ja, wenn wir in Deutschland die materiellen, die gesetzlichen, die politischen Vorbedingungen haben könnten für Genossenschaften wie in Belgien, die das materielle Rückgrat des gesammten politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterkampfes bilden, dann wäre ich die Erste, die dafür wäre, daß wir solche Genossenschaften von Partei aus als Organe des kämpfenden Proletariats gründen. Es wäre mir viel lieber, wenn die Mittel unserer Partei durch solche Genossenschaften aufgebracht würden, als daß sie zum großen Theil dadurch aufgebracht werden, daß man bei unserer Presse in erster Linie den berühmten Miquel'schen fiskalischen Standpunkt in den Vordergrund stellt. Ich beziehe das nicht nur auf unsere Tagesliteratur, sondern auch auf unsere Broschüren und Unterhaltungsliteratur. Es wäre sonst ganz unmöglich, daß solche niederträchtigen Erzeugnisse wie die „Töchter des Südens" in einem Parteiverlag erscheinen können. (Zustimmung.)

Ich resümire mich. Im Gegensatz zu Bernstein und David betrachten wir alle jene Reformen, die wir durch Gewerkschaften, durch die Gesetzgebung und Genossenschaften erreichen können, wohl als werthvoll, aber sie können nicht unser Hauptziel darstellen. Wir erstreben diese Reformen als Mittel, die Kampfesfähigkeit des Proletariats zu erhöhen. Es kommt auch nicht nur darauf an, wie wir diese Reformen bewerthen, sondern auch, wie wir sie erreichen sollen. Sollen wir für diese Reformen kämpfen als selbständige Klassenpartei oder als eine Partei der demokratischen Sammlung? Bernstein hat das nicht klar ausgesprochen, aber aus seinen Ausführungen und aus den Zustimmungen, die ihm hin und wieder zu Theil wurden, kann man sehr wohl schließen, daß es innerhalb der Sozialdemokratie Elemente giebt, denen es angenehm wäre, wenn eine Politik der demokratischen Sammlung von Seiten der Sozialdemokratie angestrebt würde. Ich brauche nicht erst zu sagen, daß schon das Fehlen einer wirklich starken bürgerlichen Demokratie in Deutschland dies unmöglich macht, mit Nichts können wir uns nicht koaliren. Aber selbst wenn es möglich wäre, so würden wir durch eine solche Politik zu einer Abschwächung unseres Klassenstandpunktes gezwungen, zu einer Abschwächung aller derjenigen Momente, die uns von den bürgerlichen Reformern und Demokraten trennen. Und dies Moment ist gerade die Betonung unseres Endziels, die Betonung der Eroberung der politischen Macht zur Sozialisirung der Gesellschaft. Wenn wir die Anschauungen Bernsteins zurückweisen, so geschieht es wahrhaftig nicht, weil uns ein Dogma heilig ist, weil wir jede Kritik als ein Attentat ansehen, sondern weil seine Kritik vor den Thatsachen nicht besteht. Hätte Bernstein gesagt, auf dem Gebiet der Reformarbeit thut Ihr nicht genug, Ihr müßt mehr thun, so hätte Niemand diese Kritik zurückgewiesen. Wohl aber weisen wir die Aufforderung zurück, diese Reformen schon zu betrachten als einen Uebergang zur Sozialisirung der Gesellschaft und das Schwergewicht unserer Thätigkeit zu verschieben von dem Kampfe um die Eroberung der politischen Macht auf das Gebiet der heutigen Tagesarbeit. Gewiß, die Reformarbeit ist nöthig, sie drängt sich uns auf Schritt und Tritt von selbst auf. Würden wir uns unter die Massen begeben, lediglich um sie zu uns heranzuziehen, wir wären nicht viel besser als Bauernfänger. Nein, wir treten für diese Reformen ein, nicht nur um die Massen zu gewinnen, sondern vor Allem, um sie zu heben. Mit Sklaven, die ihre Ketten brechen, kann wohl ein augenblicklicher Putsch gemacht, aber nicht eine neue Gesellschaft aufgebaut werden. Unser ganzes Reformwerk ist

darauf gerichtet, die Arbeiterklasse in wirthschaftlicher, geistiger und sittlicher Beziehung auf eine höhere Stufe zu heben. Alles Reformwerk genügt uns nicht, und wenn Genosse Adler sagt, wir müssen jeden Augenblick mit aller Energie für die Gegenwartsforderungen wirken, als ob es sich um die Erreichung des Endziels handelt, so unterschreibe ich diesen Satz mit beiden Händen. (Heiterkeit.) Aber ich füge noch hinzu: Verlieren wir über diese Abschlagszahlungen nicht unser Hauptziel aus den Augen, klären wir das Proletariat auf, organisiren wir es mit einer Ueberzeugungstreue, mit einer Begeisterung, als ob die Verwirklichung unseres Endziels schon Morgen möglich wäre. (Stürmischer Beifall.)

Lesche-Altona: Es ist schwierig, nach der zweitägigen Debatte noch neue Gesichtspunkte aufzuführen. Ich könnte also aufs Wort verzichten, wenn ich nicht glaubte, daß diese Verhandlungen ein Spiegelbild der Stimmung der Delegirten geben solle. Deshalb einige Bemerkungen. Genosse David hat nach meiner Ansicht Bernstein sehr glücklich interpretirt. Ich muß mich daher mit ihm abfinden. David begann damit, uns einen bestimmten Begriff über den Sozialismus beizubringen. Er versteht darunter eine Produktionsweise, die jede Aneignung von Mehrwerth ausschließt. Diese Definition ist nicht unrichtig, aber sie ist nicht so präzis, wie die unseres Programms. Dort ist nämlich nicht nur von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, sondern auch von der Aufhebung der Waarenproduktion die Rede. Ueber diesen Punkt sagt auch Bernstein nichts! Auch seine Definition des Sozialismus ist nicht unrichtig, aber unzulänglich. Aus dieser Auffassung des Sozialismus resultirt dann der Gedanke, die Expropriation des Eigenthums durch allmälige Aushöhlung zu vollziehen, die Profitrate des Kapitalisten so zu beschneiden, daß nichts mehr übrig bleibt. Ich halte das für ganz unmöglich. Hätten wir dazu die Macht, dann haben wir auch die Macht, die Produktionsmittel sofort in gesellschaftliches Eigenthum zu verwandeln. Angenommen, die langsame Aufhebung der Profitrate wäre möglich, dann würde damit den Kapitalisten die Lust an der Produktion verdorben, und eine Stagnation der Produktion würde eintreten, wenn nicht inzwischen die Konsumvereine auf den Markt treten und die Produktion übernehmen.

David erweist meines Erachtens den Konsumvereinen keinen Dienst, wenn er ihnen die Aufgabe stellt, die Ablösung der gegenwärtigen Produktionsweise durchzuführen. Ich schätze den Werth der Konsumvereine als Mittel zur Hebung der gegenwärtigen Lage der Arbeiterklasse nicht gering ein. Aber durch derartige Aeußerungen, wie sie David gethan hat, wird die Antipathie gegen die Konsumvereine, die in manchen Kreisen herrscht, noch mehr hervorgerufen. Außerdem wird dadurch Material zu gesetzgeberischem Vorgehen gegen die Konsumvereine geliefert. Der Werth der Konsumvereine besteht zweifellos in der Stärkung der Arbeiterklasse im wirthschaftlichen Kampfe, natürlich nur bei guter Organisation und Leitung. Deshalb bin ich gegen den Antrag Molkenbuhr-Stadthagen. Der vierte Absatz der Bebel'schen Resolution ist ganz glücklich. Nach dem Amendement Molkenbuhr aber sollen wir die Neutralität so weit treiben, daß man nicht einmal ein Urtheil über Konsumvereine abgeben soll. So neutral waren wir doch auf dem Berliner Parteitag nicht! (Sehr gut!) David hat Bebel ganz falsch verstanden, wenn er sagt, Bebel hätte den Gewerkschaften keinen Dienst erwiesen, als er darauf aufmerksam machte, welcher Widerstand den Gewerkschaften in den Unternehmer-Verbänden erwächst. Erstens wissen das die Gewerkschaften selber. Dann aber wird durch die Behauptung, die Gewerkschaften könnten den Kapitalismus ablösen, die Gegenäußerung hervorgerufen, die die organisirten Arbeiter warnen soll, und sie vor Illusionen bewahren will. (Sehr richtig!)

Die Verelendungstheorie ist von den Arbeitern niemals in dem Sinne der physischen und absoluten Verelendung verstanden worden, den ihr einzelne

Theoretiker beigelegt haben. Der Satz im Marx'schen „Kapital" darüber hat nur relative Bedeutung. Auch ist nicht zu vergessen, daß die Anforderungen des Staates der Gesellschaft, der Kultur beständig wachsen, so daß der einzelne Arbeiter, selbst wenn er einen höheren Lohn erhält, knapper haushalten muß als früher. Daß Woltmann behauptet, Marx hätte unter den Klassenkämpfen wirthschaftliche Kämpfe verstanden, ist mir etwas Neues; ich bitte um Angabe der Stelle. Die Eroberung der politischen Macht ist mir nach wie vor die Hauptaufgabe unserer Partei. Wenn es uns nicht gelingt, die Machtmittel des Staates zu benutzen, dann wird es uns überhaupt nicht gelingen, unser Ziel zu verwirklichen.

Nun noch einige allgemeine Bemerkungen. Es wird so viel mit Widersprüchen in Marx und Engels operirt. Derartige Widersprüche sind nur dann zu entdecken, wenn man jedes dialektische Denken verlernt oder nicht gekannt hat. Nur einseitige Denkweise versteht nicht diese Widersprüche aufzulösen. Man muß Marx und Engels richtig zu lesen verstehen, sich in ihren Gedankengang versenken. Das ist eine mühevolle, aber eine lohnende Aufgabe. Bernstein hat offenbar einen theoretischen Rückschritt von einem Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung zum Ideologen gemacht. Durch sein ganzes Buch ziehen sich ethische Gedanken. Von der geschichtlichen Nothwendigkeit steht kein Wort im Buche. Wenn zum ersten Male in der Geschichte das Prinzip der Gerechtigkeit mit der geschichtlichen Nothwendigkeit zusammenfällt, um so besser! Ich bitte um Annahme der Bebel'schen Resolution. (Bravo!)

Stolle-Gesau: Nach meiner Ansicht ist es Bernstein nicht gelungen, den Beweis zu erbringen, daß die Auffassung von Marx nicht richtig ist. Wenn der alte Genosse in London sagt, es sei ihm ein Bedürfniß, mit Irrthümern aufzuräumen, so ist es mir ein Bedürfniß, ihm seinen Irrthum nachzuweisen. Bernstein hat sich auf die sächsische Einkommensteuer-Statistik berufen. Bebel hat darüber das Nöthige bereits gesagt. Ich will nur hinzufügen, daß das Ergebniß der sächsischen Einkommensteuer zwar nach unten hin sehr treffend ist, nach oben aber unzutreffend. Die reichen Einkommen werden nicht richtig getroffen. Aus eigener Erfahrung kann ich konstatiren, daß die höheren Zensiten nicht zu treffen sind; trotz aller Gewissenhaftigkeit der Einschätzungskommissionen ist es nicht möglich, das in auswärtigen Papieren angelegte Kapital der sächsischen Zensiten zu treffen. Wäre das möglich, dann würde das Einkommen nach unten hin sich auf einer prozentual weit niedrigeren Stufe bewegen. Bebel hat das ja des Näheren bewiesen, und im Gegensatz zu Bernstein ist es richtig, daß die großen Vermögen weit stärker zunehmen.

Bernstnin sagt weiter, es sei nicht richtig, daß der Großbetrieb die Kleinbetriebe aufsauge, umgekehrt könne er sich zum Theil nur mühsam neben diesem halten. Der große Schuhladen, wie mühsam der sich neben dem kleinen Flickschuster halten muß! In der sächsischen Wirkindustrie gab es noch zu Anfang der 70er Jahre 33 000 selbständige Besitzer des Arbeitsinstruments, der Handstühle; Ende der 80er Jahre waren davon bereits 11 000 enteignet und zehn Jahre später gab es nur noch 3000 selbständige Besitzer des Arbeitsinstruments, da an Stelle der Handstühle 12 000 mechanische Stühle im Besitz von Fabrikanten sich befanden. In der im westlichen Sachsen blühenden Tuchmacherei befanden sich in den Städten Krimmitschau und Werdau zu Ende der sechziger Jahre je eine Tuchmacherinnung mit 1500 selbständigen Meistern. Es bedurfte nur eines Jahrzehnts, und an Stelle dieser 1500 Meister trat die Großindustrie, und aus ihnen wurden Fabrikproletarier. Heute befindet sich nicht ein einziger Kleinmeister in der Tuchmacherei mehr in Krimmitschau und Werdau. Das Kapital hat die Arbeitsinstrumente werthlos gemacht.

Diese beiden Beispiele beweisen klar, daß der Satz unseres Programms volle Geltung hat: Die ökonomische Entwickelung der bürgerlichen Gesellschaft

führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang der Kleinbetriebe. Und noch weit zwingender wird die Richtigkeit dieses Satzes bewiesen durch die Entwickelung im Bergbaubetriebe.

In einem ganz wunderbaren Irrthum befindet sich Bernstein mit seiner Auffassung in der kolonialen Frage. Er nimmt das Recht zur Eroberung des Besitzes der Wilden in Anspruch, weil wir eine bessere Wirthschaftsweise hätten. Denselben Rechtstitel könnten dann die Großagrarier für sich in Anspruch nehmen, wenn sie den Grund und Boden den Bauern nehmen, weil sie höhere Erträge herauswirthschaften können. Eine solche Auffassung widerspricht unserem ganzen Rechtsstandpunkte, sie streift ans Faustrecht.

Noch mehr erstaunt bin ich über die David'sche Vertheidigung Bernsteins in der **Agrarfrage**. Es ist richtig, daß in gewissen Provinzen unter Umständen der Kleinbetrieb höhere Erträge bringt als der Großbetrieb, in Rheinland und Sachsen mit der dichten Bevölkerung und leichtem, direktem Absatz der Produkte und bei einer Ausbeutung der Arbeitskraft dieser Kleinbesitzer; anders im Osten wo die Produkte meilenweit versandt werden müssen und der Großbesitz an den Massenfracht-Tarifen profitirt. Als ich die Behauptung Davids hörte, sagte ich mir: Ei, wie wird den Kanitz und Klinckowström das Herz im Leibe lachen! nun wird ihnen ja von uns bestätigt, daß es ihnen schlecht geht! Nein, bei richtiger Bewirthschaftung ist der Großbetrieb rentabler als die Parzellenwirthschaft; daß das in Wirklichkeit nicht der Fall ist, liegt an der Lebens- und Wirthschaftsweise der Großgrundbesitzer.

Der bisherige prinzipielle Standpunkt der Partei hat sie groß gemacht, sie den mächtigsten Staatsmann überwinden lassen, von Sieg zu Sieg geführt. Will man von dieser bewährten Taktik abweichen — ich mache dies Experiment nicht mit. Behalten Sie unser Programm, es wird uns weiter zum Sieg führen. (Beifall.)

Rosenow-Dortmund: Gestatten Sie mir, zu den theoretischen Ausführungen in der Debatte einige praktische Beispiele vorzuführen. Zunächst noch einige Worte an David, der in der Verkürzung der Arbeitszeit eine Einschränkung des kapitalistischen Eigenthums erblickt. Dabei übersieht er ganz, wie dieser Anschauung die technische Entwickelung entgegensteht. Was ihm durch Verkürzung der Arbeitszeit verloren geht, sucht er durch Vervollkommnung der Produktionsmittel zu ersetzen, um so denselben Profit wie früher zu erzielen. Wenn David mit solchen Scherzen kommt, so fühlt man sich allerdings auch versucht, zu scherzen und zu sagen, daß der Goliath Kapitalismus sich nicht zu fürchten braucht, so lange unser David mit einer solchen Schleuder anrückt. (Heiterkeit.) Man sagt, die Lage der Arbeiter habe sich verbessert. Wie unrichtig das ist, dafür nur ein Beispiel: Im Kohlenrevier sind in Folge des guten Geschäftsjahres die Löhne der Arbeiter, wenn auch nicht erheblich, gestiegen, aber der ganze Vortheil des Proletariats ist hängen geblieben an den Parasiten des Proletariats, an den Händen des Kleinbürgerthums. Die Erhöhung der Wohnungsmiethe und der Nahrungsmittelpreise im ganzen Gebiet steht in gar keinem Verhältniß zu den Lohnerhöhungen. Es giebt in Dortmund sogar große Geschäfte, die an den Zahltagen der „Union" und der großen Werke, also an den Tagen, wo die Arbeiterfrauen ihre Einkäufe besorgen, weit höhere Preise haben als sonst. (Hört! hört!) Ist man dieser Thatsache gegenüber noch in der Lage, von einer Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter in Folge der Lohnerhöhungen zu sprechen?

Was die **Konzentration der Betriebe** betrifft, so ist hier thatsächlich ein viel rapideres Fortschreiten zu verzeichnen, als es nach der Statistik erscheint. Es gewinnt fast den Anschein, als ob die Veranstalter der Statistik unter dem Einfluß unserer langjährigen Behauptungen gestanden haben und als ob sie fürchten, durch die Berufs- und Gewerbezählung könne die Thatsache

der Aufsaugung des Kleinbetriebes durch den Großbetrieb zu Tage treten und in Folge dessen zu einem besonders feinen Mittel gegriffen hätten, um diese Bestätigung der sozialistischen Behauptungen nicht klar in die Erscheinung treten zu lassen. In der Statistik sind Betriebe als selbständig aufgeführt, die es thatsächlich nicht sind. So giebt es z. B. in der Nähe von Dortmund Bauern, die anscheinend kleine selbständige Ackerbauern sind, thatsächlich aber mit ihren Pferden Fuhren für die großen Werke fahren, also nur besser gestellte Lohnarbeiter sind, sich in vollständiger Abhängigkeit von den Werken befinden und zu Grunde gehen, wenn die großen Werke ihre Fuhren durch Andere besorgen lassen, denn von den Erträgen der Landwirthschaft können sie nicht leben. Dies zeigt klar das rasche Fortschreiten der Konzentration der Produktionsmittel. Und wie anders noch ist das in der Industrie und besonders in der Kohlen-Industrie! Der Aufkauf der Kohlenzechen durch die großen Werke geht beständig vor sich; in Wirklichkeit befindet sich schon jetzt der größte Theil der Kuxe in den Händen des Kohlensyndikates. So geht die ganze Zersetzung thatsächlich viel rascher vor sich als man gemeinhin annimmt. Die zahlreichen Handwerksmeister in der Spielwaarenindustrie des Erzgebirges, die als selbständige Existenzen geführt werden, können sich nur dadurch aufrecht erhalten, daß sie ihre Familienmitglieder bis auf drei- und vierjährige Kinder ausbeuten.

Für viele Genossen sind die Konsumvereine das Ideal, ja Woltmann hat förmlich den Tag herbeigesehnt, an dem sie eine fundamentale Waffe im Klassenkampf werden. Wenn sie das wirklich werden, dann hat der Klassenkampf aufgehört zu sein. (Zustimmung.) Gewiß, die großen Konsumvereine in Sachsen haben sich großartig entwickelt, aber ihnen standen große Kapitalien zur Verfügung, als wir sie in unsere Hände bekamen. Aber wenn wir heute die Konsumvereine zu einer fundamentalen Waffe im Klassenkampf machen wollen, dann würden sie sich so entwickeln wie in den Weberdörfern des Erzgebirges, und wie es auch dem Konsumverein gehen wird, den Katzenstein, wie er mir sagte, in Mannheim begründen will, ohne Geld begründen. So wird es auch im Erzgebirge gemacht. Nachdem sich die Leute den Tag über von den Kapitalisten haben ausbeuten lassen, stellen sie sich Abends in den Laden und treiben da Selbstausbeutung. Fordern wir zu diesem Zwecke immer die verkürzte Arbeitszeit? Und bei der Weiterentwickelung, wenn sie sich einen Lagerhalter halten können, dann treten die Konsumvereinsmitglieder als Arbeitgeber auf und finden unverschämt Forderungen, die in jeder Arbeiterversammlung ganz selbstverständlich sind, dann kommen die häßlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Konsumvereinsmitgliedern als Arbeitgeber und Arbeitnehmer, und vor Allem die häßlichen Dividendenstreitigkeiten. (Sehr richtig!) Und was wird schließlich in diesen Konsumvereinen erreicht! Wenn wirklich 10 oder 12 pCt. Dividende herauskommen, dann muß eine Arbeiterfrau ihren ganzen Bedarf bis auf den letzten Schuhnagel dem Konsumverein entnehmen, um zu Weihnachten eine Dividende von vielleicht 75 Mk. zu haben. Benutzt der Klassenkampf die Konsumvereine als „fundamentale Waffe", so treibt er Selbstmord; denn es würde zu einer Verflachung unserer Bestrebungen führen, und das liegt wahrlich nicht in unserem Interesse. (Beifall.)

Singer macht die Redner darauf aufmerksam, daß sie zwar das Recht haben, eine halbe Stunde zu reden, aber nicht die Pflicht. (Heiterkeit.)

Peus-Dessau: Parteigenossen! Nach der Rede Bebels hatte ich den Eindruck, Bernstein müsse nichts als ein Konfusionsrath allerersten Ranges sein. Schon dies Ergebniß ist für mich ein Beweis, daß die Bebel'sche Kritik Bernstein nicht gerecht wird. Irgend etwas Verständliches muß ein Mann wie Bernstein wollen. Auch Bebel ist nicht der Idiot, als welcher ihn Kautsky gestern — indirekt hingestellt hat.

Singer: Weder direkt noch indirekt hat Kautsky Bebel einen Idioten genannt.

Peus (fortfahrend): Kautsky hat gestern den einen Idioten genannt, der für das Jahr 1898 die Revolution erwarten wollte. Bebel aber hat im Jahre 1891 auf dem Parteitage gesagt:

„Ich mache kein Hehl daraus, ich habe mich riesig gefreut, als kürzlich mein Freund Friedrich Engels in seinem bekannten Briefe im „Sozialist", den auch unsere Presse veröffentlichte, einen „Umschwung der Dinge von Grund aus" gegen das Jahr 1898 in Aussicht stellte. Vollmar glaubte darüber spötteln zu können, ich dagegen schrieb Engels: Alter, Du und ich, wir sind die einzigen Jungen in unserer Partei".

Und kurz vorher sagte Bebel:

„Es giebt heute zahlreiche denkende Konservative, die es ganz offen in ihren Büchern und Revuen aussprechen: „Habt Acht, die Revolution kommt, die Katastrophe steht vor der Thür (Zustimmung!). Und da will man mir einen Vorwurf daraus machen und es mir verdenken, wenn ich die gleichen Gedanken ausspreche, weil das unsere Genossen aufrege, bei ihnen Hoffnungen erwecke und sie ungeduldig mache?" (Unruhe.)

Diese Auffassung ist nicht wunderbar, Bebel stand eben damals noch auf einem Standpunkte, den er jetzt selber ablehnt. Wir haben seit 1891 eine große Entwickelung durchgemacht. Vollmar ließ man 1891 durchschlüpfen, heute wird thatsächlich seine Taktik in der ganzen Partei geübt. Heute hat Vollmar eine Situation wie 1891 nicht mehr zu befürchten. Rosa Luxemburg hat monatelang auf Spaltung und Herauskehrung der opportunistischen Elemente gearbeitet. Sie ist allerdings mit dem Eierkorb, aus welchem sie uns die revolutionären Eier ins Nest legen wollte, mehrmals gestolpert! (Heiterkeit und Unruhe.) Wie zahm trat sie gestern auf! Das hat seinen Grund. Wir haben uns geändert, wir sind seit 1890 eine Macht, eine verantwortungsvolle Partei geworden. Wir haben dem praktischen Bedürfniß der hinter uns stehenden Millionen Rechnung zu tragen. Neue Anschauungen mußten auftreten, nicht solche, die mit der Vergangenheit brechen, sondern sie noch reifer und konsequenter entwickelten. Bernsteins Absicht ist höhere Bewerthung der Gegenwartsarbeit, Erachtung derselben als Mittel zum organischen Aufbau der sozialistischen Zukunft. Die praktische Arbeit wollen wir ja Alle, wirft man ein. Redner zitirt eine diesbezügliche Aeußerung Bebels vom Parteitage zu Halle, wonach neun Zehntel unserer ganzen bisherigen Agitation auf die Erringung augenblicklicher Verbesserungen gerichtet sei und wir gerade dadurch unseren ungeheuren Anhang hätten. Vollmar habe 1891 darüber geklagt, daß gegenüber unserer Auffassung vom allmäligen Hineinwachsen in die neue Gesellschaft, ein Begriff, welchen damals bekanntlich Liebknecht prägte, immer wieder plötzlich Erklärungen kämen, welche die Arbeit für die unmittelbaren Ziele als so gut wie werthlos erscheinen lassen. Bebel sagte damals: „Der Staat der herrschenden Klassen wird sich niemals zu mehr als unbedeutenden Konzessionen herbeilassen." Nun, Parteigenossen, dann packen wir doch ein, wenn wir ihn dazu niemals zwingen können. „Es sei leicht möglich, daß wir die ganze sozialistische Gesellschaft verwirklicht haben," sagte Bebel damals auch, „ehe eine von diesen an den heutigen Staat gerichteten Forderungen erfüllt ist." Das ist falsch, grundfalsch. Was heißt heutige Gesellschaft, heutiger Staat? Die heutige Gesellschaft bleibt nicht. Der heutige Staat wird nicht derselbe nach einer Reihe von Jahren sein. Zur bestehenden Gesellschaft gehören wir auch und wir werden umsomehr ihren Charakter bestimmen, je mächtiger wir werden. Die richtige Bewerthung der Gegenwartsarbeit hängt von ihrem Verhältniß zum Endziel ab. Wie man es falsch auffassen kann, das lehrt uns Genossin Luxemburg. Zunächst ein Wort über ihren Ton. Sie hat sich ja gestern sehr gemäßigt. Aber gleichwohl kamen die Worte faseln, Schablonen, Phrasen, Ignoranten und Utopisten vor. Das heißt nicht sachlich widerlegen, sondern beschimpfen. (Große Unruhe.) Sodann

liebt die Genossin es, ganz oberfaule Witze zu machen. (Lebhafter Widerspruch! Sehr richtig!)

Singer: Ich ersuche den Redner, in seiner Kritik der Vorredner nicht so weit zu gehen, daß er Ausdrücke, die von hier aus nicht bemängelt sind, weil wir gewöhnt sind, dem Ausdruck der Meinungen den weitesten Spielraum zu lassen, in dieser Weise angreift.

Peus: Ich halte es für ungerecht, mich in dieser Weise zu beschränken, ich muß sagen können, wie solche Witze der Würde der sachlichen Diskussion nicht entsprechen. Oft wäre solchen Witzen gegenüber eine ganz andere Reaktion angebracht als Heiterkeit. Eine Umbildung des Eigenthumsbegriffes, welche die Genossin Luxemburg für die Voraussetzung einer revolutionären Entwickelung erklärte, findet thatsächlich statt. Das kapitalistische Privateigenthum der völlig freien Verfügung über die Produktionsmittel ist in fortwährender Umwandlung begriffen. „Wir wollen Herren im Hause bleiben," schreien die Kapitalisten, sie fühlen, daß sie schon hinausgeworfen werden. Die Fabrikinspektoren, Beauftragte der Arbeiterklasse, denn ohne deren Macht wären sie nicht da, sind den Herren äußerst unbequem. Und von den Vertretern der Gewerkschafts-organisationen, die auch an der Arbeitsstelle wollen zu sagen haben, wollen sie erst recht nichts wissen. Auch das Staats- und Gemeinde-Eigenthum verdrängt das kapitalistische Privateigenthum. Nur die Verlegenheit kann die Darlegung Davids von der Aushöhlung des kapitalistischen Privateigenthums so mit einem schalen Witz abthun wollen, wie die Genossin Luxemburg. Den Satz aufstellen, daß die Gewerkschaften das kapitalistische Privateigenthum nicht aushöhlen können, heißt der Gewerkschaft den Hals brechen, was glücklicherweise nicht mehr möglich ist. Sie ist kein Palliativmittel, sondern ein Stück organischen Aufbaues der sozialistischen Zukunft. Die Tarifgemeinschaft gehört auch dazu. Der „Vorwärts" erklärte es auch für einen großen Fortschritt, daß die Berliner Maurer Aehnliches wie die Buchdrucker erreichten, trotzdem einzelne Maurer dadurch von 65 auf 60 Pf. Stundenlohn sanken. Es ist aber ein ungeheurer Fortschritt, wenn der Arbeitsvertrag statt zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem einzelnen Unternehmer zwischen den beiderseitigen Organisationen abgeschlossen wird. Sehr bedauerlich sei es, daß Genossin Zetkin die Arbeiterschutz-Gesetzgebung und Fabrikinspektion bezüglich ihres inneren Charakters mit irgend welcher Hundepolizei-Verordnung verglichen habe, wo doch unsere Fraktion mit solcher ungeheuren Kraft für diese Dinge eintrete. Auch zu den **Konsumgenossenschaften** werde eine immer günstigere Stellungnahme sich herausstellen. Vandervelde bezeichne die belgische Partei gerade bezüglich ihrer Genossenschaften als einen sozialistischen Embryo in der kapitalistischen Gesellschaft. Das Kapitel Bernsteins hierüber verdient besondere Beachtung. Die relative Verelendungstheorie ist die Aufgabe der Theorie überhaupt. Denn die relative Verelendung schließt die Möglichkeit der Abschaffung auch dieser in sich ein. Man sprach allerdings diesbezüglich zu uns, als wären wir Nationalliberale. Die Verelendungstheorie gewinnt erst Bedeutung durch ihren Zusammenhang mit der Katastrophentheorie. Wenn der Glaube an die Katastrophe die Voraussetzung für den Glauben an den Sieg des Sozialismus ist, so wird dadurch das Bedürfniß, die Verelendungstheorie als mit den Thatsachen in Uebereinstimmung zu finden, begreiflicher Weise stärker. Denn eine wachsende Verelendung macht eine wachsende Empörung, macht die gewaltsame Revolution oder auch den wirthschaftlichen allgemeinen Zusammenbruch begreiflich. Umgekehrt kann die organische Entwickelung des Sozialismus aus dem Kapitalismus, wie Bernstein sie betont, und Liebknecht durch das Hineinwachsen sich doch auch zu eigen gemacht hat, die Verelendungsanschauung nicht gebrauchen, sie bedarf im Gegentheil der Zuversicht auf die allmälige, aber sichere Hebung der Arbeiterklasse. Der Angriff Bernsteins gegen die materialistische Geschichtsauffassung

richtet sich nur gegen den Fatalismus, gegen die Anschauung, als ob irgend etwas von selber komme, wie sie vielfach in der Partei noch vertreten sei. Auch die Bedenken, welche Bernstein auf Grund seiner falschen Mittelstandstheorie erhebe, zielten auf eine Stärkung der Gegenwartsarbeit ab. Es werde von ihm darauf hingewiesen, daß eine Anzahl Arbeiter in bessere Lage geriethen und dadurch das revolutionäre, vom Interesse beherrschte Empfinden etwas einbüßten. Auch ein Rösicke, der doch solche eigenartige Stellung uns gegenüber hat, rechnet darauf, daß die Wahrnehmung der speziellen Berufsinteressen in den entwickelten Gewerkschaften das allgemeine Solidaritätsgefühl zerstöre. Ich fürchte das nicht, aber etwas verlangsamt kann die Entwickelung dadurch allerdings werden. Auch der neue Mittelstand fühlt sich verhältnißmäßig wohl und wird mehr aus Gerechtigkeitsempfinden zum Sozialismus kommen. (Unruhe.) Das Verhältniß der Partei zu den bürgerlichen Parteien soll nicht irgendwie grundsätzlich anders werden. Aber wir brauchen doch nicht immer vor Allem ans Haßempfinden zu appelliren. Die bürgerlichen Parteien bestehen ebenso wenig aus zumeist „Harmlosen“, wie das Proletariat nicht aus Ballonmützen. (Bebel: Wer hat denn das behauptet?) Auch sollen wir die Fähigkeit zu wissenschaftlicher Objektivität zugestehen, denn wir beanspruchen sie ebenso für uns. Auch der Spott über die Ethik kann gemäßigt werden, denn wir arbeiten selber mit ihr. Bernstein hat Verdienste, er hat bisher nicht allseitig feststehende Dinge zu festgelegten gemacht. Offene Thüren hat er eingestoßen? Auch das ist oft nöthig, da Mancher neben der offenen Thür durch die Wand will. (Unruhe.) Die Autoritäten sind erschüttert? Das schadet nichts, das bringt die Genossen zum Selbstdenken. Die ganze positive Gegenwartsarbeit, die wir ja doch Alle thun, geschieht mit unendlich viel größerer Begeisterung, sachlich begründeter, nicht traumhafter Begeisterung, Genosse Bebel, wenn wir den organischen Zusammenhang aller unserer Gegenwartsarbeit mit dem Aufbau der sozialistischen Zukunft betonen. Die Resolution Bebel wird ja angenommen werden. Cum grano salis kann sie Jeder anerkennen. (Hört, hört!) Ich mache mir die Schwierigkeiten, die noch vor uns liegen, klar, aber ich bestreite, daß mir dadurch die Begeisterung schwinde. Sehen Sie Bernsteins Bestrebungen von dieser Seite an, so werden Sie ihm trotz seiner zahlreichen Irrthümer, die ich garnicht bestreite, gerechter werden. Genossin Zetkin betonte die Nothwendigkeit des steten Hinweises auf das Endziel, ganz recht so; weisen wir immer und immer wieder den Zusammenhang unserer Gegenwartsarbeit mit dem Endziel auf, so werden wir gerade dadurch um so sieghafter fortschreiten. (Zischen und Beifall.)

v. Elm: Ich bin kein großer Theoretiker; als Praktiker habe ich Ihnen so viel zu sagen, daß ich in einer halben Stunde kaum fertig werden kann. Als in der Presse der Streit über den Opportunismus begann, dachte ich, mich geht das nichts an, da ich mich für einen Radikalen hielt; die Augen wurden mir aber geöffnet durch einen Artikel der „Leipziger Volkszeitung“, worin Diejenigen, deren Streben es ist, der Arbeiterschaft die wirthschaftliche Macht zu erkämpfen, die schlimmsten Opportunisten seien. Dann bin ich auch ein Opportunist, ich bin also mitbetheiligt.

Die historischen Auseinandersetzungen der Genossin Rosa Luxemburg über das Bestreben der aufsteigenden Klassen, die Eigenthumsform umzubilden und vor Allem auch mehr wirthschaftliche Macht zu erlangen, hätten sie, so hatte ich gemeint, logischerweise dazu führen müssen, auch von dem Proletariat das anzunehmen. Peus haben Sie vorhin unterbrochen, aber ich werde Ihnen den Beweis liefern, daß Rosa Luxemburg die gewerkschaftliche Bewegung sehr, sehr gering einschätzt. Mit Sympathie-Kundgebungen ist es nicht gethan; wenn die Gewerkschaften lauter solche gute Freunde hätten wie Rosa Luxemburg, dann könnten sie ausrufen: Herr, behüte mich vor meinen Freunden! Sie läßt sie

nur als ein vorzügliches Erziehungsmittel für den Klassenkampf gelten, der für sie nur in der politischen Bewegung selbst besteht. Das ist eine ganz veraltete Anschauung in der Partei; wenn die Gewerkschaften weiter nichts wären, könnten Sie es dann einem überzeugten Sozialdemokraten in der politischen Bewegung verdenken, wenn er sagt, ich bin gedrillt, erzogen genug, ich brauche keine Erziehungsanstalt mehr. (Sehr gut!)

Rosa Luxemburg hat diese ihre Ansichten weiter ausgeführt in einer Broschüre, die den bemerkenswerthen Titel führt: Sozialreform oder Revolution. Also sie sieht darin Gegensätze (Rosa Luxemburg ruft: Haben Sie das Vorwort gelesen?) In dieser Broschüre, die nichts weiter ist wie eine Zusammenstellung von Leitartikeln der „Leipziger Volkszeitung", hat sie klar ausgesprochen, wie sie über die Gewerkschaften denkt. Sie erklärt sie nur für eine organisirte Defensive gegen das Bestreben des Kapitals, die Profitrate zu steigern. Sie nennt den gewerkschaftlichen Kampf eine Sisyphusarbeit. Wenn in einer derartigen Weise „für die Gewerkschaften eingetreten" wird, dann muß man sich nicht wundern, daß ein großer Theil der Arbeiter in die Gewerkschaften nicht eintritt; denn wenn sie nur in der Defensive sich befinden, so haben sie natürlich für die Erhöhung der Lebenshaltung gar keine Bedeutung. (Sehr wahr!) Nun, ich will Ihnen nicht mit dem gewaltigen Material aufwarten, das mir zur Verfügung steht. Aber weil ich anerkenne, daß der Geldlohn nicht der Reallohn ist, will ich Ihnen nur ganz kurz etwas über die Erhöhung der Lebenshaltung der englischen Arbeiter sagen, wie sie uns die Webbs vorführen. Das Resultat dieser Hebung zeigt sich in einer außerordentlichen Steigerung des Volkskonsums. Der Konsum an Weizen, der heute das Brod des englischen Arbeiters bildet, stieg von 1831—50 bis 1881—89, also in ca. 40—50 Jahren von 280 Pfd. per Kopf auf 384 Pfd., also um 37 pCt., der Fleischkonsum von 1868—1890, also in 22 Jahren, von 100,5 Pfd. per Kopf auf 124,5 Pfd., also um 25 pCt. Der Konsum von Zucker, die absolute Menge, verdreifachte, der von Reis verfünffachte sich, die konsumirten Mengen von Wein und Tabak veranderthalbfachten sich, der Theekonsum ist mehr als dreimal so groß und so weiter, alles das bei einer um ca. 50 pCt. gewachsenen Bevölkerung. Der Verbrauch von Baumwollwaaren per Kopf vervierfachte sich von 1820 bis 1885. Die Arbeitszeit ist um 20 pCt. gefallen, der Achtstundentag schreitet in England immer weiter fort. Wahrscheinlich besitzen 1/2 Million englischer Arbeiter den Achtstundentag, davon erhielten ca. 200000 denselben in den letzten zehn Jahren, und eine andere große Zahl erhielt eine anderweitige Abkürzung der Arbeitszeit."

Ja, Genossen, wenn das keine Erhöhung der Lebenshaltung bedeutet, dann bin ich geschlagen.

An einer anderen Stelle schildert Rosa Luxemburg die Gewerkschaften als reaktionäre Institutionen, sie müßten nothwendigerweise technisch reaktionär sein, jede Einführung von Maschinen grundsätzlich bekämpfen. Das kann wohl der Fall sein in Ausnahmefällen, in einzelnen Gewerkschaften, bei einer zurückgebliebenen Arbeiterschaft; das wird aber niemals der Fall sein, sobald die Arbeiterschaft durchtränkt ist mit modernen Ideen, und nicht nur in Deutschland haben wir damit zu rechnen. In Amerika ist die Setzmaschine eingeführt worden und es ist den organisirten Buchdruckern garnicht eingefallen, sich gegen sie zu wehren, sondern im Gegentheil, sie suchten, wie es selbstverständlich ist, durch ihre starke gewerkschaftliche Organisation für sich Vortheile zu erkämpfen und setzten als Gegenschlag die Verkürzung der Arbeitszeit durch. Die Wirkung war eine große Verbilligung der Produktion, Zeitungen und Bücher sind billiger, der Absatz ist gestiegen, und so hat auch eine größere Anzahl von Arbeitern, die anfangs brodlos geworden waren, wieder Beschäftigung bekommen.

Die Frage, ob wirthschaftliche Macht auch politische Macht bedeutet, ist doch wohl sehr leicht zu beantworten. Graf Posadowsky hat bei der Verhand-

lung über das Zuchthausgesetz, um die bürgerlichen Parteien dafür zu gewinnen, die Aeußerung gethan: er habe aus England von einem der bedeutendsten Nationalökonomen gehört, daß es dort nicht mehr möglich sei, eine derartige Vorlage zu bringen, weil dort die Arbeiterorganisationen schon einen solchen Einfluß erlangt haben, daß weder Regiernng noch Parlament es wagen könnten, sich mit einer solchen Vorlage zu beschäftigen. Was bedeutet denn das? Das bedeutet die Anerkennung der Macht der wirthschaftlichen Organisation, ihres politischen Einflusses.

Eine besondere Sympathie hat in mir erweckt der Wunsch Bernsteins nach einer höheren Werthschätzung der Gegenwartsarbeit. Die Werthschätzung der Gewerkschaften ist in der Partei lange nicht so vorhanden, wie es sein müßte. Gelegentlich sieht man da, wie man seiner Doktrin zu Liebe Behauptungen aufstellt, die dann nicht zu beweisen sind. So wird in dem angeführten Artikel der „Leipziger Volkszeitung" von dem dänischen Kampf erklärt, daß die Arbeiter da mit Naturnothwendigkeit unterliegen müßten, und an demselben Tage siegten die Arbeiter — ein etwas großes Malheur der „Leipziger Volkszeitung"! (Heiterkeit.) Aber es passirte ihr ein noch größeres Ungeschick: sie sprach von der großen Macht der politischen Bewegung im Gegensatz zur gewerkschaftlichen und sagte, wenn die Arbeiter einmal das Wahlrecht haben, ist es ganz unmöglich, es ihnen zu nehmen; — das geschieht in Sachsen, wo die Arbeiter soeben erst entrechtet wurden! (Heiterkeit.) Man begreift manchmal nicht, wie solche Artikel zu Stande kommen! Auch Bebel hat für die gewerkschaftliche Arbeit nicht immer die ihr zukommende Werthschätzung gehabt. In Köln erklärte er, wenn das Kapital eine Macht geworden ist, wie in Rheinland und Westfalen, ist es mit der Gewerkschaftsbewegung vorbei; und gerade damals gelangte der große Bergarbeiterausstand zum Siege in England, wo die Konzentration des Kapitals entschieden zur Zeit am höchsten entwickelt ist.

Bebel hat Bernstein zum Vorwurf gemacht, er nehme uns die Kampfesfreudigkeit; eine Partei, der man immer die Schwierigkeiten vorhält, kann nicht siegen. Da meine ich denn doch, daß die Gewerkschaften als ein gleichberechtigter Faktor in der Arbeiterbewegung beanspruchen könnten, daß die Politiker ihnen nicht immer Schwierigkeiten machen, die im gegebenen Fall sehr wohl den Sieg der Arbeiter vereiteln können. Die Grenze der Leistungsfähigkeit der Gewerkschaftsorganisation bestreiten wir Bebel nicht, aber sie könnte weit hinausgerückt werden, wenn sie mehr gefördert und sich mehr entwickeln würden. Die dänischen Gewerkschaften sind uns mit gutem Beispiele vorangegangen, indem sie einen Bund begründet haben; ich bin überzeugt, das wird Nachahmung finden.

Ich habe Bernstein nicht so verstanden als ob er uns aufforderte, an das gute Herz der Kapitalisten zu appelliren. Wie ein rother Faden zieht sich durch sein ganzes Buch der Gedanke, die Arbeiter sollen mehr wirthschaftliche Macht erlangen; nun, dann braucht man nicht an das gute Herz zu appelliren, dann kann man, gestützt auf seine Macht, Forderungen stellen. (Beifall.)

Nun zu der Frage der Wirthschaftsgenossenschaften. Es ist gesagt worden, die Genossenschaften seien nicht Klassenkampf-Institutionen wie die Gewerkschaften. Als Träger des Klassenkampfs unter den heutigen Verhältnissen werde ich sie auch nicht darstellen. Wohl aber können die Wirthschaftsgenossenschaften dazu beitragen, den Klassenkampf zu fördern. (Zustimmung, Widerspruch.) Zahlen beweisen. Im Jahre 1898 zählten die englischen Wirthschaftsgenossenschaften 1646078 Mitglieder, und sie hatten einen Jahresumsatz von 62287058 Pfund und einen Gewinn von 7165753 Pfund. Das ergiebt pro Kopf jährlich 4,35 Pfund, das sind 87 Mk. pro Jahr, also 1,70 Mk. pro Woche. Adler-Harburg hat gemeint, wo nicht starke Gewerkschaften vorhanden sind, nützten die Konsumvereine nicht. Gehe er doch nach Sachsen und erkundige sich bei unsern Konsumvereinen. Er wird erfahren, daß der Nutzen, den die Konsumvereine den Arbeitern

bringen, durchaus nicht von den Fabrikanten in die Tasche gesteckt wird. (Sehr richtig! Es ist ja auch garnicht anders möglich. Alle Arbeiter gehören den Konsumvereinen nicht an, wie können da die Fabrikanten verschiedene Löhne zahlen. Frau Rosa Luxemburg sind die Genossenschaften sehr nebensächlich. Mit 1 Mk. 70 Pf. wöchentlich mehr ist der Arbeiter aber in der Lage, recht hohe Gewerkschaftsbeiträge zu zahlen, und das ist eine Stärkung der wirthschaftlichen Kampforganisationen. (Sehr richtig!) Auch hier ist das englische Beispiel maßgebend. Ganze Gruppen von Arbeitern haben, nur gestützt auf ihre Konsumvereine, monatelang gestreikt; sie hatten die Dividende stehen lassen und bezogen im Streik Lebensmittel und Baargeld aus dem Konsumverein. Schon aus diesem Beispiel geht hervor, daß die Genossenschaften nicht so ganz unfruchtbar sind für die wirthschaftlichen Klassenkämpfe. (Sehr richtig!) Nach Rosa Luxemburg freilich sind die Wirthschaftsgenossenschaften nur „kleine Produktions- und Austauschgruppen", die „dem Wesen nach einen Rückgang von großkapitalistischer auf mittelalterliche Waarenwirthschaft voraussetzen". Rosa Luxemburg hat von einer „Aushöhlung der Köpfe" gesprochen. Leider ist es eine traurige Thatsache, daß in der Partei Leute vorhanden sind, die über Dinge schreiben, die sie nicht kennen. (Sehr gut!) Da liest man Bücher, macht sich eine Theorie zurecht, und dann werden alle Erscheinungen hineingepreßt. (Sehr richtig! Ruf: So gehts dem Bernstein! Heiterkeit.) Ich verweise auf die „Englandsreise" der deutschen Konsumvereins-Vertreter und ihre Angaben. Der Großeinkaufsverein der englischen Konsumvereine hat mehrere Dampfer auf dem Meere, das größte Theegeschäft der Welt, ein mächtiges Bankgeschäft in Manchester mit 900 Millionen Umsatz, er hat die bedeutendsten Schuhfabriken in England und Schottland, er hat Seifenfabriken, Tabak-, Möbel-, Konserven-, Hemden-, Blusen- und Schürzenfabrik, Herren- und Knabenkonfektion &c. Das sind alles Fabriken nicht lokaler Natur. Die meisten Konsumvereine haben dann weiter eigene Bäckereien, Fleischereien, Tischler-, Schlosser- und Schmiedewerkstätten, eigene Korn- und Weizenmühlen.

Auch Molkenbuhr hat die Wirthschaftsgenossenschaften sehr einseitig beurtheilt. Ich habe den Eindruck, durch seine einseitige Beschäftigung mit parlamentarischen Dingen hat er das Verständniß für die wirthschaftliche Bewegung mehr und mehr verloren (lebhafter Widerspruch), hat er die Wirthschaftsgenossenschaften doch Sparklubs genannt. Rosa Luxemburg sollte sich den Konsumverein Leipzig-Plagwitz, das größte und vollkommenste Handelsunternehmen Leipzigs, einmal ansehen. Das soll ein Rückgang auf die mittelalterliche Waarenwirthschaft sein? Ich habe mir in der vorigen Woche die Dampfbäckerei des Breslauer Konsumvereins angesehen. Es ist vielleicht der modernste Bäckereibetrieb in Deutschland.

Rosenow hat eingewendet, ohne Geld lasse sich die Sache nicht anfangen. Aber alle Konsumvereine sind entstanden ohne nennenswerthes Kapital. Es ist falsch, wenn behauptet wird, Bernstein betrachtet die Wirthschaftsgenossenschaften als Allheilmittel. In dem glänzenden Kapitel seines Buches darüber steht kein Wort davon, Rosenow wies auf die Zänkereien in Konsumvereinen hin. Ja, wir haben uns durch die Zänkereien doch auch die Parteibewegung noch nicht verekeln lassen. (Sehr richtig!) Die deutschen Konsumvereine sind gewiß noch lange nicht so, wie sie sein sollten. Es haften ihnen noch Schlacken an, wie die Dividendenjägerei; aber es ist falsch, zu behaupten, diese Bewegung führe in die Verflachung. In der Bebel'schen Resolution wird anerkannt, was wahr ist, daß sie geeignet sind, in der wirthschaftlichen Lage ihrer Mitglieder Verbesserungen herbeizuführen, daß sie die Arbeiterklasse zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten erziehen. Das muß anerkannt werden. Nehmen Sie die Bebel'sche Resolution unter Ablehnung der Amendements an, dann können wir einig weiter kämpfen für die Partei. (Beifall.)

Frohme: Ich habe zu den Ausführungen Bernsteins von Anfang an den Standpunkt eingenommen, daß, so Vieles darin auch der Kritik zu unterwerfen und nicht ohne weiteres anzuerkennen ist, doch in ihnen nichts enthalten ist, das zu der Annahme berechtigte, daß man es da mit einem bewußten Vorstoß gegen die Grundanschauungen der Partei zu thun hat. Es kommt nur darauf an, wie man die Grundanschauungen feststellt, ob man sich an die Form hält oder an ihren Geist und tiefen Sinn. Auch auf diesem Parteitage ist mir nicht das Gegentheil bewiesen worden. Ich habe von Anfang an davor gewarnt, mit seinem Urtheil zu schnell fertig zu sein, denn die Fragen, die hier in Betracht kommen, setzen ein ganz umfassendes Studium, ein bedeutendes Nachdenken voraus. Wenn ich auch nicht mit Allem, was Bernstein bringt, einverstanden bin, so sehe ich doch in seinen Bemühungen die Absicht, der Partei zu dienen. Darüber möge man streiten, ob ihm das in allen Stücken gelungen ist, aber was geradezu Jeden empören muß, der sich ehrlich jahrelang bemüht hat, daß ist die Art und Weise der Kritik, die hier und da geübt wurde, die Gehässigkeit, die mitunter geradezu bodenlose und mir ganz unerklärliche Bosheit dieser Kritik. (Sehr wahr!) Hier auf dem Parteitag waren ja die Auseinandersetzungen recht milde, und ich glaube, daß dem so ist, das dürfen wir in erster Linie der bedeutenden Leistung von Bebel zum Verdienst anrechnen, der ganz offensichtlich bemüht war, alle Streitfragen objektiv und ruhig zu behandeln und dann sein Urtheil ausklingen zu lassen in die von ihm vorgeschlagene Resolution. Wie war es aber noch kurz vorher? Der Streit geht ja schon Monate, und er hat im Laufe der letzten Wochen in manchen Kreisen noch an Schärfe gewonnen. Da hat man gesagt, es müsse mal der eiserne Besen angesetzt werden; in einer Resolution wird der Ausdruck gebraucht, man müsse die Bernstein'schen Anschauungen brandmarken. Ich habe Zeitungsberichte gelesen, aus denen hervorging, daß man Stimmung gegen Bernstein zu machen suchte, nicht auf Grund eingehender Untersuchungen, sondern durch den Appell an die Voreingenommenheit, an die Leidenschaftlichkeit einer Masse. (Sehr wahr!) Was die Kritik in diesem Falle zu leisten vermochte, das zeigt die von Liebknecht im Auftrage einiger Berliner Genossen herausgegebene Broschüre „Kein Kompromiß, kein Wahlbündniß." Darin heißt es, es sei die Besorgniß erweckt worden, „es seien in der Partei Strebungen vorhanden, die, wenn es auch nicht ihr Zweck, doch die Hinüberführung der sozialdemokratischen Partei in das Lager der bürgerlichen Parteien zum Zweck haben müßten." Ja, Genossen, Hand aufs Herz! Wer ist unter Euch noch nicht Ketzer gewesen? (Sehr gut!) Bebel, Kautsky, Liebknecht, ich und so und so viel Andere. Uns Allen hat man gesagt, wir rütteln an den Grundanschauungen der Partei. Ich erinnere nur an die Frage der Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen, wo es sich lediglich um taktische Erwägungen handelte. Auch da hat man die bedrohten Prinzipien herausgekehrt und gesagt, die Partei ist in Gefahr. Diesem selben Zuge folgt die Broschüre von Liebknecht, wenn er von der Bernstein'schen „Bußschrift" spricht, von der „feierlichen Verleugnung der sozialdemokratischen Prinzipien durch einen Genossen, der bis dahin als ein Wächter unserer Prinzipien gegolten hatte." Es thut mir immer in der Seele weh, wenn ich gegen einen alten und verdienten Genossen wie Liebknecht das Wort ergreifen muß, ich respektire ihn, trotzdem ich mich jetzt in abfälliger kritischer Weise mit ihm beschäftigen muß, durchaus. Aber das muß ich sagen: Wenn diese Art der Kritik von einem Liebknecht geübt wird, was soll man dann von Denen erwarten, die hier und da in unserem Lager stehen und garnicht in der Lage gewesen sind, sich Wissen und Erkenntniß anzueignen, was man doch bei Liebknecht als ganz selbstverständlich voraussetzen müßte, behufs Fällung eines gerechten und vernünftigen Urtheils? Liebknecht wendet sich in seiner Broschüre einleitend gegen die Unterstützung

bürgerlicher Parteien, später aber sagt er, daß wir neben unserer proletarischen Aufgabe auch noch die haben, die von unserem Bürgerthum nicht erledigten Aufgaben zur Entscheidung zu bringen. Er sagt, diese Taktik sei durch die Natur der Verhältnisse bedingt, und dann heißt es wörtlich: „Soweit das Bürgerthum kapitalistisch ist, haben wir es zu bekämpfen, soweit das Bürgerthum sich gegen den Kapitalismus und die von ihm geschützte und geförderte Reaktion wendet, haben wir es entweder positiv zu unterstützen oder doch wenigstens ihm nicht feindlich gegenüberzutreten.“ (Hört! hört!) Mich wird wahrhaftig Niemand, der mich kennt, im Verdacht haben, daß ich Neigung empfinden könnte für den Abschluß unkluger Kompromisse, für eine verschwommene Politik auf dem Boden des Vertragswesens mit bürgerlichen Parteien. Aber wenn man überhaupt die bürgerlichen Parteien nicht für fähig und würdig erachtet, mit uns zusammenzugehen, dann soll man doch wenigstens konsequent sein und nicht den Standpunkt einnehmen, den Liebknecht in dem zuletzt zitirten Satz vertritt. (Sehr gut!) Weiter sagt Liebknecht, schon im Kommunistischen Manifest sei unsere Taktik vorgeschrieben. Das ist zum Mindesten ein recht unvorsichtiger Ausdruck. Wie kann man im Kommunistischen Manifest, das 50 Jahre zurückliegt, eine Taktik vorgeschrieben haben, die für heute gilt? Hat denn Liebknecht nicht bedacht, was der alte Engels kurz vor seinem Tode noch über die Bedeutung des Kommunistischen Manifestes gesagt hat? Daß nämlich seine Bedeutung wesentlich die eines historischen Aktenstückes sei, die sich zweifellos erhalten wird. Aber jetzt zu sagen, im Kommunistischen Manifest ist unsere Taktik vorgeschrieben, das ist denn doch nicht angängig. Liebknecht sagt ferner, daß es unsere Pflicht sei, „den Hauptkampf gegen die politische Reaktion zu führen und dem Bürgerthum, so weit es noch liberal oder demokratisch ist, in seinem Kampf gegen die politische Reaktion Vorschub zu leisten.“ Ja, ich glaube es ist Niemand unter uns, der diese Bemerkung nicht der ernstesten Erwägung für werth erachte, und in der That haben wir ja stets unsere ganze Taktik nach derartigen Erwägungen bemessen. Wo das Bürgerthum für den Kampf gegen die Reaktion in Betracht kam, waren wir dabei, und kein Anderer als unser verdienter Genosse Bebel ist es ja, der dafür eingetreten ist, zwecks Förderung des Kampfes gegen die preußische Reaktion die bürgerlichen Parteien bei den Landtagswahlen zu unterstützen beziehungsweise es dahin zu bringen, daß das Junkerthum aus dem Abgeordnetenhause entfernt wird.

Ich habe den Eindruck gewonnen — nicht von Allen, und besonders nicht von Bebel, aber von Anderen — daß der Streit mit Bernstein ihnen lediglich ein Vorwand gewesen ist, einmal mit der angeblichen opportunistischen Richtung in der Partei eine kleine Abrechnung zu halten. Frau Dr. Luxemburg hat es ja ganz offen ausgesprochen, daß es sich darum handelt, einer Richtung in der Partei entgegenzutreten, welche im Sinne Bernsteins wirkt. So sehr ich mich auch bemüht habe, eine opportunistische Richtung in der Partei zu finden, d. h. eine Richtung, die die Neigung hat, unsere Prinzipien preiszugeben, Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien abzuschließen, hinüberzuschwenken in das Lager der bürgerlichen Parteien, so sehr ich mich auch bemüht habe, eine solche Richtung zu finden, es ist mir nicht gelungen. Diejenigen, die behaupten, sie sei da, können zum Beweise nichts Anderes anführen, als den Umstand, daß man in manchen Kreisen einen anderen Ton anzuschlagen beliebt als sie. Gewiß, gestern war die Genossin Luxemburg auch überaus milde, aber noch vor ganz kurzer Zeit hat sie in einer Leipziger Versammlung den Ausschluß Bernsteins aus der Partei als etwas ganz selbstverständliches gefordert.

Ich habe den Eindruck gewonnen, als ob viele Derjenigen, die sich hier als die Retter des Prinzips hinstellen, Dinge behauptet und Grundsätze vertheidigt haben, die niemals angegriffen worden sind. (Sehr wahr!) Zu den

Punkten von Bernstein, die man als unangreifbar gelten lassen mußte, hat man gesagt, das hätte er garnicht zu schreiben brauchen, das ist etwas ganz Selbstverständliches. Wollte ich ebenso verfahren, so müßte ich sagen, eine ganze Menge von dem, was uns Frau Luxemburg und Andere erzählt haben, war höchst überflüssig, (sehr gut!), so selbstverständlich, daß es sich garnicht der Mühe lohnt, auf einem sozialdemokratischen Parteitag darüber zu sprechen. Aber man macht es hier ebenso, wie man es draußen gemacht hat. Man konstruirt sich ein paar Wauwaus, und schlägt fest darauf, um sagen zu können: Seht, was wir doch für Helden sind, wir Ritter und Wahrer des Prinzips! (Sehr richtig!) Hat denn irgend Jemand von uns unsere Prinzipien angefochten, würden wir unsere Hand dazu bieten, unsere Prinzipien zu entheiligen? Die Heiligkeit unserer Prinzipien besteht doch nicht in der phraseologischen Art, wie man sie vorträgt, sondern in dem festgesetzten Gedanken, sie der Verwirklichung nahe zu bringen. (Beifall.)

Ich habe auch bemerkt, daß einige unserer Genossen sich in recht bedauerlicher Weise haben beeinflussen lassen durch die Kritiken der gegnerischen Presse. Sobald bürgerliche Blätter ihre Weisheit von der inneren Zersetzung und von der Umwandlung der Sozialdemokratie in eine bürgerliche Reformpartei offenbarten, da kamen Genossen, die den Anspruch darauf erheben, als vernünftige Menschen zu gelten und schrien: Nun muß eingegriffen werden, sonst ist die Partei verloren. Das ist ein Schauspiel, das für einen, der Jahre lange alle Kämpfe mitgekämpft hat, geradezu deprimirend wirkt. Derartige Erörterungen können der guten Sache nicht nützen.

Mit dem Verlauf der Debatte kann Bernstein sehr wohl zufrieden sein. Was man voraussetzte, ist nicht eingetreten, und namentlich Bebel, Kautsky und einige Andere haben auf rein sachlichem Boden Bernstein zu widerlegen versucht. Ich gestehe offen, daß das gewaltige Material, das für und gegen vorliegt, für mich noch nicht ausreicht, um mir ein abschließendes Urtheil zu bilden. Aber wollte deshalb Jemand behaupten, daß Derjenige, der sich eben im Interesse der Sache noch kein abschließendes Urtheil gebildet hat, weniger werth sei für die Partei, als der, der ohne Weiteres mit seinem Urtheil fertig ist. (Zustimmung.)

Es ist gesagt, daß die Bernstein'sche Schrift unter Umständen geeignet ist, die Arbeiter zaghaft und kopfscheu zu machen. Ich glaube das nicht, aber ich würde das noch lange nicht für so bedenklich halten, als die von gewissen Leuten geübte Praxis, in der Arbeiterklasse trügerische Hoffnungen auf die nächste Zeit zu erwecken. (Sehr gut!) Stellen wir uns doch auf den Boden der Wirklichkeit, seien wir wenigstens ehrlich gegen uns selbst. Die Massen, die uns bei den Wahlen folgen, wollten doch damit nicht für die Marx'sche Theorie demonstriren. Nein, sie folgen uns aus dem innersten Empfinden heraus, daß sie es hier mit einer Partei zu thun haben, die es mit den Volksinteressen ehrlich meint. (Lebhafter Beifall.)

Nun noch ein Wort über die Verelendungstheorie, auf die nach meiner Meinung von mancher Seite ein allzu großer Nachdruck gelegt wird. Ich bin durch das vorgebrachte statistische Material in der Ansicht bestärkt worden, daß Bernsteins Ansicht in diesem Punkte nicht absolut richtig ist. Aber ich sage mir, selbst wenn wir durch die wissenschaftliche Forschung gezwungen würden, die Verelendungstheorie preiszugeben, so würde das für den Fortschritt unserer Sache nicht die geringste Gefahr bedeuten. Wir haben ja von jeher Werth darauf gelegt, die Lebenshaltung der Arbeiter zu heben. Je besser es den Arbeitern geht, desto mehr ist unserer Sache gedient. Denn mit in der Verelendung begriffenen Massen können wir nichts ausrichten.

Katzenstein hat sich nicht enthalten können, von einer Ueberschätzung des politischen Kampfes zu sprechen. Wenn ich auch glaube, daß man durch

Gründung von Genossenschaften anerkennenswerthe Erfolge erzielen kann, so liegt doch die Entscheidung in der Hauptsache auf politischem Gebiet. Diesem Gedanken geben wir ja auch in allen unseren Wahlflugblättern Ausdruck. Es sitzt eigentlich Keiner von uns im Reichstage, der nicht auf Grund einer mehr oder minder belangreichen sogenannten Ketzerei hineingekommen ist. (Heiterkeit.) Katzenstein hat vom parlamentarischen Kretinismus gesprochen. Nun, diesen Vorwurf wird die Fraktion leicht ertragen können, er wiegt garnichts ... (Glocke des Präsidenten.)

Singer erinnert den Redner daran, daß die Redezeit überschritten ist.

Frohme: Nun ja, Andere heben sie ja auch überschritten. Nur noch eine Beantwortung gegen Frau Zetkin. Sie sagte, Kautsky habe gemeint, daß wir die Kleinbetriebe nicht sofort expropiiren wollen. Ich erinnere daran, daß Kautsky wegen dieser Aeußerung jetzt von Ledebour in wahrlich nicht glimpflicher Weise angegriffen worden ist. Ferner hat Frau Zetkin den sogenannten Parteifiskalismus in einer Weise besprochen, die sich durchaus nicht mit den Vortheilen verträgt, die das Blatt, das sie selber leitet, aus diesem Fiskalismus zieht. (Sehr gut! Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Ledebour: Frohme hat in die alte Kerbe gehauen, daß er uns der Ketzerrichterei bezichtigte. Ich kann beweisen, daß ich, wo ich über die Bernsteinsache geschrieben habe, trotz der Schärfe meines Angriffs, mich ausdrücklich verwahrte, ihn persönlich angreifen zu wollen. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß ich es für grundverkehrt hielte, wollte der Parteitag sich zu einem Ketzergericht etabliren und Bernstein aus der Partei ausschließen. Wenn Bernstein mit seinen Anschauungen die Zugehörigkeit zur Partei vereinbaren zu können glaubt, so ist das eine Gewissensfrage, über die der Parteitag eines Urteils sich zu enthalten hat. Das ist so vorurtheilslos wie nur irgend möglich, trotzdem, ich wiederhole es, Bernstein Anschauungen zum Ausdruck gebracht hat, die, wenn sie in der Partei Anhang finden, für die Partei verderblich werden müssen. Persönliche Bekämpfung und Bekämpfung der Ansichten sind etwas ganz anderes. Den guten Glauben Bernsteins, im Interesse der Partei zu handeln, habe ich nie bestritten; er irrt sich aber gründlich. Bebel hat seine Ansichten mindestens so scharf gebrandmarkt wie ich. Die Vermuthung von der Ketzerrichterei hat David wahrscheinlich aus einem Artikel Heines in den „Sozialistischen Monatsheften" geschöpft, die auf dem Parteitag vertheilt wurden. Darin ist auch von akademischer Ueberhebung die Rede (Heine ruft: Sehr richtig!) und das zielt auf mich, der ich 1894 sogar Karl Kautsky der Ketzerrichterei beschuldigt haben soll. Zwischen mir und Kautsky bestanden Meinungsverschiedenheiten über die praktische Durchführung der Expropriation; noch heute steht jeder von uns auf seinem Standpunkt, aber mit Ketzerrichterei hat das absolut nichts zu thun. Das ist absolut Unsinn. Ein klassischer Zeuge dafür ist Kautsky selbst, der mir die Richtigkeit meiner Auffassung über diesen Artikel vorhin Wort für Wort bestätigte.

Als „Akademiker" und „Theoretiker" sucht man uns herabzusetzen. Ich frage Sie, wo waren in dieser Verhandlung die Theoretiker? Ist es nicht David, der in vierstündiger Rede in die breite Bresche sprang, die das schwere Geschütz Bebels geschossen, David, dessen Muth ich übrigens voll anerkenne, der es nicht so gemacht hat, wie die Anderen, die erst vorsichtig um sich fühlen, ob sie auch die kompakte Majorität hinter sich haben? (Sehr wahr!) Wer nicht den Muth hat, mit festem Auge einer Niederlage entgegen zu sehen, verdient es, niemals einen Sieg zu erringen. Darin unterscheiden sich David und Woltmann von den Anderen, die früher Bernstein nicht scharf genug vertheidigen konnten. Und wer war der Praktiker? Hofer, der das theoretisch geblümte Feld umpflügte, daß die schwarze Erdkrume zu Tage trat. (Beifall.) Hofers Rede war für mich die interessanteste auf dem Parteitag. (Zustimmung.) Er warf ein helles Schlaglicht auf unsere agrarische Entwickelung. Er wußte keine Erklärung für

den Widerspruch, daß der Ertrag wohl stetig zurückgeht, die Marktpreise aber steigen. Dieser Widerspruch erklärt sich darin, daß der Marktpreis der Güter sich nicht nur aus den Produktionskosten zusammensetzt, sondern auch noch der Affektionswerth hinzutritt, das ist der Werthzuschlag, den Jemand für ein Gut bezahlt, weil dieses ihm gewisse Annehmlichkeiten gewährt, die in Deutschland sehr hoch zu bewerthen sind, weil die Regierung dem Großgrundbesitz in jeder Weise Vortheile zu verschaffen sucht und der Börsenadel in den Großgrundbesitz hineindrängt. So kommt es, daß, während der Produktionswerth sinkt, der Gesammtwerth steigt, weil der Affektionswerth noch höher steigt. Auch hier zeigt sich die Dialektik: Die Regierung zerstört die Grundlage des Großgrundbesitzers, indem sie durch diese Zuwendung von Vortheilen die Güterpreise so in die Höhe treibt, daß der Gutsadel darauf kaput gehen muß. (Zuruf: Das ist ganz neu!) In England ist das eine ganz alte Geschichte. (Zuruf: Es war ja ironisch gemeint! — Heiterkeit.)

Ich bedauere, daß nicht die Praktiker zuerst das Wort genommen haben; dann hätten wir eine ersprießlichere Diskussion gehabt.

Die Resolution Bebel ist so gefaßt, daß sie sogar Peus unterschreiben kann. Den Passus von der Beziehung zu anderen Parteien können Anhänger und Gegner von Wahlbündnissen unterschreiben. Das ist, Genosse Bebel, einer der Differenzpunkte, die mich von Ihnen trennen. Sonst bin ich vollständig mit der Rede Bebels einverstanden, sie war wirklich herzerfrischend für mich. Wahlbündnisse mit anderen Parteien, z. B. in der Art, wie es in Bayern geschehen ist, halte ich für schädlich. (Bebel: Ich fordere ja die Bündnisse nicht!) Vollmar ist konsequenter, er ist sich der Tragweite des bayerischen Vorgehens sehr klar bewußt: wir gehen voraus, und die Preußen, wenn sie überhaupt etwas erreichen wollen, müssen es ebenso machen wie wir! (Bebel und Heine: Sehr richtig!) Es ist nicht richtig, daß die Bayern in einer Zwangslage waren. Ich wiederhole meinen Vorschlag: sie hätten eine allgemeine Verständigung mit den anderen Parteien über eine freiwillige proportionelle Vertheilung der Mandate treffen sollen, ähnlich wie es im Reichstag bei der Besetzung der Kommissionen geschieht. Lehnten die anderen Parteien den Vorschlag ab, dann wäre das eine außerordentliche Agitationswaffe gewesen. Diese Art der Wahlbündnisse ist beim Dreiklassenwahlsystem die nothwendige Konsequenz der Wahlbetheiligung. (Sehr richtig!) Das sieht Vollmar vollkommen ein. Damit betreten wir einen gefährlichen Boden. Halten Sie es für einen Zufall, daß in den vorgeschrittenen Parteiorten der Widerstand gegen die Wahlbetheiligung ein so allgemeiner ist und sie gerade in den zurückgebliebenen Parteiorten ihre Anhängerschaft hat? Auch das ist in der materialistischen Geschichtsauffassung begründet. Hier einen Zwang auszuüben, heißt die Imponderabilien der Politik mißachten. Wenn Genossen den Wunsch haben, zu wählen, so mögen sie es auf ihre eigene Faust thun, aber der Zwang ist verderblich.

Das allergefährlichste Moment der Bernsteinerei liegt in der Flaumacherei, daß sie den Klassenkampfstolz in der Partei, den Stolz auf die erfochtenen Siege untergraben muß. Darauf arbeitet die ganze Bernstein'sche Auffassung hin, indem sie die Anlehnung an die bürgerliche Gesellschaft empfiehlt mit dem Argument, daß diese mächtiger und gesunder sei als wir glauben, und vor Allem das Proletariat reif genug sei. Das Proletariat nicht reif? In der ganzen kapitalistischen Kulturwelt steht es auf einem höheren Niveau als das Bürgerthum, jedenfalls in Bezug auf die politische Reife. (Glocke des Präsidenten.) Aber ich muß noch weiter reden (Heiterkeit), die Anderen haben auch die Zeit überschreiten dürfen.

Singer: Ich bitte nicht anzunehmen, daß ein Redner ungerechter behandelt wird, als ein anderer.

Ledebour: Ich bin auch gleich fertig. Der Proletarier ist politisch reif, weil die gemeinsame Knechtung in ihm den Gemeinsinn weckt, ihn zum

Altruisten (für den Nebenmenschen zu sorgen) macht, der Kapitalismus den Unternehmer dagegen zum Egoisten. Den Gemeinsinn würden wir schädigen durch irgend eine Nachgiebigkeit gegen die Bernsteinsche Taktik, und deshalb bitte ich Sie dringend, alle solche Versuche, die später noch oft gemacht werden werden — denn die heutige Debatte wird im wesentlichen Alles beim Alten lassen — alle Versuche, die Partei von ihrer revolutionären Klassenkampftaktik abzubringen, zurückzuweisen. Nur so werden wir den Sieg erringen, der vielleicht erst in ferner Zeit kommt, aber auf den wir mit aller Kraft hinzuarbeiten haben, als ob er morgen käme. Wirken Sie in diesem Sinne! (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wird die Diskussion auf Nachmittag vertagt.

Katzenstein (persönlich): Rosenow hat eine private Bemerkung von mir mitgetheilt; ich wünschte, er hätte sie richtig mitgetheilt. Ich habe nicht gesagt, daß die Konsumgenossenschaften ohne jedes Kapital begründet werden können, sondern ich sagte, sie sollen nicht mit fremdem Kapital eingerichtet werden, sondern mit den kleinen, ersparten Antheilen der Mitglieder.

Liebknecht: Es ist eine Stelle aus dem Anfang meiner Broschüre zitirt worden, die durch den gedruckten Wortlaut, den sie da hat, im Sinne entstellt ist. Es heißt: Es sind in der Partei Strömungen vorhanden, die, wenn es auch nicht ihr Zweck, doch die Hinüberführung der sozialdemokratischen Partei in das Lager der bürgerlichen Parteien zum Zweck haben müßten." Das ist natürlich ein Druckfehler, es muß am Schluß heißen „zur Wirkung". Ich habe den Satz in dieser Form auf den Wunsch von Freunden ausdrücklich geschrieben, weil man mir sagte, die Wirkung als Zweck hinzustellen, sei persönlich beleidigend.

Heine: Ledebour hat es für angemessen gehalten, bei Zitirung einer Bemerkung in einem Artikel von mir in einem Satze dreimal das Wort „Unsinn" zu gebrauchen. Wenn ich dürfte, würde ich es eine faule Bemerkung nennen; aber das darf ich nicht, weil das früher einem Witz der Rosa Luxemburg gegenüber für unparlamentarisch erklärt wurde. (Heiterkeit.) Er hat mich einer falschen Berichterstattung über den Fall Kautsky geziehen; ich habe mir die betreffende Nummer des „Vorwärts" jetzt nicht beschaffen können und werde darauf zurückkommen. Ich halte aber meine Bemerkung aufrecht. Er hat Kautsky in einer Weise abgekanzelt, daß dieser blos mit einer humoristischen Handbewegung erwiderte und sich auf keinerlei Diskussion einließ.

Jenes Verhalten Ledebours habe ich allerdings als akademische Ueberhebung bezeichnet. Ich bin sehr begierig zu erfahren, ob Ledebour mit seiner Bemerkung über die Leute, die nicht den Muth haben, für Bernstein einzutreten, etwa auch mich gemeint hat. Sollte das der Fall sein, so würde ich es mir ganz energisch verbitten.

Molkenbuhr: Elm hat mir den Vorwurf gemacht, ich hätte die Konsumvereine fälschlich als Sparvereine bezeichnet. Ich machte nur darauf aufmerksam, daß der von Elm gegründete und geleitete Konsumverein „Spar-, Bau- und Konsumverein" heißt. (Große Heiterkeit.)

v. Elm: Das ist unrichtig. Nicht der „Spar-", sondern der „Konsum" ist in den Vordergrund gestellt. Er heißt „Konsum-, Bau- und Sparverein". (Stürmische Heiterkeit.)

Es werden noch geschäftliche Angelegenheiten erledigt. Mit großer Mehrheit wird, entsprechend der Auffassung Singers, entschieden, daß ein Tausch in der Rednerliste, um ein zweites Mal zu Worte zu kommen, nicht zulässig ist.

Es ist ein Antrag eingegangen, die Redezeit von nun an auf 15 Minuten zu beschränken.

Singer schlägt dem gegenüber vor, bei Beibehaltung der halbstündigen Redezeit nur noch 2 Stunden zu diskutiren.

Der erste Antrag, den Hoffmann-Berlin begründet, wird **abgelehnt.**

Dem Singerschen Antrage widerspricht Katzenstein.

Bader-Magdeburg zieht einen Antrag, nach dem Schlußreferate Bebels auch David ein Schlußwort zu ertheilen, auf den Widerspruch Davids selbst zurück.

Die Abstimmung über den Antrag Singer bleibt dem Bureau anfangs zweifelhaft. Es wird nochmals durch Erheben von den Sitzen abgestimmt.

Singer: Das Bureau ist nunmehr einig, daß die Majorität sich erhoben hat. (Lebhafter Widerspruch.)

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

$3^1/_2$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Singer: Ich muß auf unsere letzte Abstimmung zurückkommen und konstatire zunächst, daß das Bureau einmüthig der Ansicht war, daß sich die Majorität des Parteitages erhoben hatte. Gegenüber den vielfach geäußerten Zweifeln und angesichts der Möglichkeit, daß im Hintergrunde des Saales Personen standen, die nicht zum Parteitag gehörten, hat mich das Bureau beauftragt zu erklären, daß wir keine Veranlassung haben, uns mit dem Willen des Parteitages in Widerspruch zu setzen. Das Bureau hebt daher den vorhin gefaßten Beschluß auf. (Bravo.) Nunmehr liegt es in den Händen des Parteitages, die Sache so zu gestalten, wie er es für gut hält.

Wir fahren in der Tagesordnung fort.

Hoffmann-Hamburg: Ich will dem Wunsche des Vorsitzenden Rechnung tragen und meine Redezeit nicht voll ausnützen. (Bravo.) Ich will nur kurz meinen Standpunkt den Genossenschaften gegenüber feststellen. Ich stehe ganz auf demselben Boden, den das Amendement Molkenbuhr-Stadthagen zum Ausdruck bringt. Ich verstehe nicht recht, wie Bebel, der sich in seiner Rede so scharf gegen die utopistischen Hoffnungen mit den Genossenschaften wandte, zu diesem Theil seiner Resolution gekommen ist. Das ist eine Konzession, die nur zur Verwirrung führen kann. In Hamburg steht ein großer Theil der Genossen der Konsum-Genossenschaftsbewegung müßig gegenüber. Schon ist es so weit gekommen, daß Angriffe gegen diese Genossen erfolgen, wobei es heißt, es wären keine Sozialdemokraten mehr. Ich frage, wenn beständig auf die Umsatzziffern der belgischen und englischen Genossenschaften hingewiesen wird; haben wir in England und in Belgien geringeres Elend, als bei uns? (Sehr richtig!) Wird das belgische Proletariat nicht ebenso ausgebeutet, wie das deutsche? Wir müssen uns deshalb gegen die Uebertreibungen derer wenden, die da hoffen, mit den Genossenschaften die Welt zu erobern. Schon hat in Hamburg ein Genosse gesagt, daß im Reichstage die bürgerlichen Parteien bereits geneigt seien, die Versöhnung mit dem Proletariat herbeizuführen und unter Anderen die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker als Ausdruck dieser Versöhnung dargestellt. Auch dieser Genosse stützt sich auf Bernstein. Ich bitte also nochmals, den Mittelsatz der Bebel'schen Resolution zu streichen. Wir müssen den Genossenschaften ganz neutral gegenüber stehen, sie haben keine entscheidende Bedeutung für die Befreiung des Proletariats aus den Fesseln der Lohnsklaverei. Redner weist zum Schluß auf die Schifffahrt, die Fischerei und das Gastwirthsgewerbe als Beweis für die Konzentration des Kapitals hin. (Sehr richtig!)

Robert Schmidt-Berlin: Im Gegensatz zu Ledebour betrachte ich die allgemeine Zustimmung zu der Resolution Bebel als ein sehr gutes Zeichen und

ein Zeichen der Einmüthigkeit gegenüber den hier aufgerollten Fragen. Sie behandelt ja nicht die theoretischen, sondern die taktischen Fragen, und hierin zeigt sich eben die Einmüthigkeit der Partei. Gegen meine Erwartung haben die Fragen der Taktik hier keine ausführliche Erörterung gefunden; nur seitens Ledebours, und mit dessen Stellungnahme bin ich allerdings nicht einverstanden. Ich bin gewiß nicht mit Allem, was die Bayern gethan haben, einverstanden; aber ihre Taktik ist doch dem Vorschlage Ledebours weit vorzuziehen, denn die Taktik, die er empfiehlt, durch die unpolitische Proportionsabmachung auch unsere allerschärfsten Gegner ins Parlament bringen zu helfen, haben wir bisher noch nie geübt. (Sehr gut!) Wenn die bayrischen Genossen den Erfolg durch ihren Wahlkompromiß erzielen, daß sie ein neues Wahlgesetz zu ihren Gunsten bekommen, so würde ich gegen ihre Taktik nichts einzuwenden haben. Wir müssen es der Zukunft überlassen, ob sie recht gehandelt haben. Die Prinzipienreinheit wird durch eine solche Taktik nicht vernichtet, das hat sich ja an unseren badischen Genossen glänzend bewährt. Die Streitfrage, um die es sich hier für uns handelt, ist, daß einige Genossen meinen, daß Genossenschaften und Gewerkschaften bereits zur Sozialisirung der Gesellschaft führen, während die Partei bisher auf dem Standpunkt gestanden hat, diese unsere praktischen Aufgaben nur als eine Stärkung der Arbeiterklasse im Kampfe gegen die bürgerlichen Parteien zur Erreichung des Endziels zu betrachten. Ich glaube auch, wenn wir uns der ersteren Richtung mehr nähern, wir bittere Enttäuschungen erfahren, manche Einbußen an unserem Opfermuth, unserer Begeisterung erleiden werden.

Was nun den Bernstein anlangt, so bin ich mehr und mehr zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Meinungsverschiedenheiten in Wirklichkeit garnicht in der Stärke vorhanden sind, wie es den Anschein hätte. Bernstein wendet sich gegen die Ansicht, daß absolut genommen das Elend in der Zunahme begriffen ist. In diesem Sinne, sagte Kautsky, hat das ja auch Niemand behauptet. Nun gut, dann herrscht ja Einigkeit, warum streitet man sich denn? Ich bin allerdings der Meinung, daß aus dem kommunistischen Manifest deutlich hervorgeht, daß die Verelendungstheorie damals in dem absoluten Sinne gemeint war, und zwar auf Grund der damaligen Verhältnisse mit vollem Recht; — wie ja überhaupt die Verhältnisse in ihrer Aenderung mehr und mehr uns zu einer Korrektur unserer Auffassung in dem und jenem nöthigen werden. Wenn dann dem Marxismus dieselbe Bedeutung wie dem Darwinismus beigemessen wird, so darf ich erinnern, daß ja auch die Schüler des großen Darwin an den Lehren des Meisters Korrektur üben. Warum soll das an den Mar'schen Lehren verboten sein? Zu bedauern aber ist es, daß die Bernstein'schen Anschauungen vielfach so falsch ausgelegt sind. So sagt Bernstein z. B., wir sollten mit unseren Angriffen auf den Liberalismus Maaß halten, und daraus hat Kautsky gefolgert, wir sollten unser Programm so ändern, daß die bürgerlich demokratischen Parteien zu uns hinüberkommen können. Frau Zetkin hat sogar von einer Sammelpolitik aller demokratischen Elemente gesprochen. Diese Auslegung ist nicht richtig; damit bewirkt man nun, daß eine große Masse unserer Genossen, die Bernstein nie gelesen haben, sich sagen: Wenn Bernstein ein solches Karnickel ist und unser Programm uns so verwässern will, dann müssen wir allerdings tabula rasa machen, dann wollen wir nichts mehr mit ihm zu thun haben. Ich bin der letzte, der der Ansicht beitritt, daß wir mit unseren Angriffen auf den Liberalismus Maaß halten sollen, aber Bernstein so auszulegen, wie es Kautsky und Frau Zetkin thun, ist doch nicht richtig. Und so ist es auch mit einer ganzen Reihe anderer Fragen, die Bernstein sich zu lösen gestellt hat. Auch in Bezug auf die Krisentheorie ist es nichts anderes als ein Mißverständniß zwischen dem, was Marx gesagt und was Bernstein ausgelegt hat. Ich bin der Meinung, daß Bernstein uns manche gute Anregung gegeben hat, und wenn er hier und da die Marx'schen Lehren nicht zutreffend auslegt, so gereicht das der

Partei noch nicht zum Schaden. Das müßte erst bewiesen werden. Ich trete auch nicht der Befürchtung Ledebours bei, daß durch das Bernstein'sche Buch die Partei vom Boden des Klassenkampfes abgelenkt werden könnte. Nein, wir werden unseren Klassencharakter niemals aufgeben, oder wir würden aufhören, eine Partei der Arbeiterklasse zu sein.

Wir werden nicht nach dem Wunsche Bernsteins eine Reformpartei werden. Aber er hat eine Reihe wichtiger praktischer Anregungen gegeben. Wir werden die praktische Thätigkeit in den Vordergrund stellen, und die Thätigkeit der Partei hat ja gezeigt, daß sie bereits auf diesem Wege ist. Das ergiebt sich aus ihrer Größe, und es ist ganz zweifellos, daß wir auf diesem Wege fortdauernd Erfolge und Vortheile für die Arbeiterschaft erringen werden. (Beifall.)

Ehrhart-Ludwigshafen: Nach den vielen, langen Reden über die Theorien kann man seine Verwunderung darüber aussprechen, daß die Abrechnung, die gehalten werden sollte mit denen, die gegen die Taktik der Partei sich vergangen, auf ein so winziges Minimum zusammengeschrumpft ist. (Sehr richtig!) Es war anzunehmen, daß hier ein ordentliches Schlachtfest, namentlich mit uns Bayern, veranstaltet werden sollte. (Heiterkeit und Sehr wahr!) Jawohl, es wurde uns, und nicht nur zwischen den Zeilen, Parteiverrath zum Vorwurf gemacht. Bis jetzt sind aber Diejenigen, die den Vorwurf vor der breiten Oeffentlichkeit gegen uns erhoben haben, glatt darüber hinweggerutscht, und das ist nicht hübsch. (Heiterkeit.) Die sächsischen Organe entdeckten unseren Verstoß gegen die Taktik erst, als die Wahl vollzogen war. Gegen unseren Wahlkampf hatten sie nichts einzuwenden, darin hatten sie also keinen Parteiverrath gefunden. Sie Alle waren ja überrascht — mit Ausnahme von Liebknecht. Der war nicht überrascht; es ging ihm wie ein Stich durchs Herz, als er sah, daß wir Parteiverrath begingen. Aber er wollte uns nicht stören (große Heiterkeit), er wollte erst abwarten, bis der Verrath begangen war, um dann auf uns loszuhauen (Heiterkeit). Eine solche Taktik ist ungemein bedauerlich. Man versucht, unsere Wahlen in den Hamburg-Kölner Beschluß zu zwängen, in den Kölner Beschluß, der auf die preußischen Landtagswahlen Bezug hatte. (Sehr wahr!) Man vergißt aber dabei, daß das bayrische Wahlgesetz und die bayrischen Verhältnisse ganz anders liegen als die preußischen. Ledebour ist der einzige, der einen Vorschlag gemacht hat, wie wir es hätten machen sollen. (Heiterkeit.) Zum Zentrum und den Liberalen sollten wir gehen und sagen: Hört einmal ihr guten Leute, wir wollen uns verständigen, wir gehen Alle in die Wahl und die erste Wahl ist entscheidend; Diejenigen, die in der Minorität bleiben, bleiben dann von der Wahl weg. Ja, wenn es irgend einen Kuhhandel giebt (lebhafte Zustimmung. Zuruf: demüthigend!), dann ist es dies! Dabei ist dieser Weg nicht einmal gangbar, denn die Liberalen hatten keinen Zweifel daran gelassen, daß es jeden Kompromiß mit uns ablehne, weil sie ihrer Sache zu sicher waren.

Als wir Bayern uns an der Landtagswahl betheiligten, haben wir auch die Konsequenzen auf uns genommen. Wir stehen auf dem Standpunkte: wir können nur dann etwas erreichen, nur dann auch das bayerische Wahlrecht zu Fall bringen, wenn wir im bayrischen Landtag positiv arbeiten. Die bürgerlichen Parteien, Zentrum ebensowohl wie die Liberalen, und die letzteren erst recht, haben ja in den letzten Sessionen nicht mehr den Muth gehabt, die Frage des Wahlrechts auf die Tagesordnung zu bringen. Sie wollten dafür sorgen, daß das Grillenberger'sche Wort: das dicke Ende kommt nach! nicht wahr würde, und wir haben dafür gesorgt, daß das dicke Ende kräftig nachgekommen ist. Unsere Aufgabe war, das Wahlrecht zu karrikiren, wir haben die Gemüthlichkeit gründlich zerstört. Wir haben Jahre lang mit den größten Opfern, mit unermüdlichem Eifer gearbeitet und glaubten, Lob von der Partei zu erhalten, und statt dessen diente man uns mit Prügeln. (Heiterkeit.) Ich kann es ganz offen und unumwunden sagen: was in Hessen, in Baden, vielleicht auch in der Pfalz vorging,

darüber deckte man, wenn man es auch nicht als ganz koscher ansah, den Mantel der christlichen Liebe (Heiterkeit), weil aber in München das Gleiche geschah, erregte es die Befürchtung und zwar weil dort Vollmar seinen Sitz hatte und er mitbetheiligt war. Man hat uns zum Vorwurf gemacht, wir hätten durch unser Vorgehen das Zünglein an der Waage aus der Hand gegeben. Mit diesem Zünglein war es schon früher schlecht bestellt, und jetzt war es erst recht unmöglich, denn das Zentrum hätte auch ohne uns die Mehrheit gehabt. Hätten wir in Ludwigshafen die Vereinbarung nicht geschlossen, dann hätten es die Liberalen gemacht. Wunderbar aber kommt es mir vor, daß diejenigen Genossen, die den Parlamentarismus für einen bürgerlichen Hühnerstall erklären, auf einmal der liberalen Majorität und damit dem Parlamentarismus solch eine Wichtigkeit beimessen. Sonst thun sie es nicht, aber uns Bayern gegenüber, wie gesagt, ist jedes Mittel gerade gut genug. Ist das Zentrum im Reichstag nicht mindestens ebenso gefährlich, wo wir es auf Geheiß von oben bei den Wahlen auf der ganzen Linie unterstützten? Die Liberalen in Bayern sind die Vertreter der vollendetsten Reaktion. Unsere pfälzischen Genossen würden es für ganz unerträglich halten, einer Partei zu einer Machtstellung zu verhelfen, die die Zuchthausvorlage für das mindeste erklärt, was gegen die Arbeiter geschehen müsse. Es sind das dieselben Liberalen, deren Organe bei uns in der Pfalz verlangen, uns Sozialdemokraten solle das passive Wahlrecht genommen werden. (Hört! hört!) Also für diese Liberalen sollten wir stimmen, oder wegbleiben, wie Schoenlank uns gerathen hat, und ihnen das Feld überlassen! Das ist denn doch zu viel verlangt! (Sehr richtig!) Auf der anderen Seite nun das Zentrum. Seit 26 Jahren stehe ich im Kampf. Wenn einer sich viel mit dem Zentrum herumgebalgt hat, dann bin ich es. (Große Heiterkeit.) Durch unser Zusammengehen hat das Zentrum wirklich nicht auf uns abgefärbt. (Heiterkeit.) Wir sind dieselben geblieben, wie vor dem „Kuhhandel!" (Beifall.) Aber vergessen wir nicht, daß es sich um die katholischen organisirten Arbeiter handelt, die wir zu gewinnen haben. Heute werden dieselben Argumente gegen uns angeführt, die vor 15 und 20 Jahren gegen unsere Stichwahltaktik vorgebracht wurden, wo auch von dem einen reaktionären Urbrei die Rede war. Wir haben nicht mehr gethan, wie bei den Stichwahlen geschieht. Schoenlank, dieser Urbayer (stürmische Heiterkeit), hat den ersten Schuß gegen uns abgeschossen. Vielleicht war ihm diese Wandlung selber zu plötzlich, und so hat er das Fräulein Luxemburg herangezogen. (Heiterkeit.) Wir haben im „Vorwärts" und in der bayrischen Parteipresse die Gründe auseinandergesetzt; wer sich damals nicht hat überzeugen lassen wollen, den werde ich auch heute nicht überzeugen. Schoenlank aber hat meiner Meinung nach am allerwenigsten Ursache, uns Bayern vorzuwerfen, wir hätten uns taktisch vergangen! (Sehr richtig!) Ich wundere mich, daß es noch nicht ausgesprochen ist, aber es muß ausgesprochen werden: in der ganzen Partei herrscht ein wahrer Entrüstungssturm darüber, daß in Sachsen bei den Landtagswahlen durch Disziplinbruch solche Verheerungen angerichtet worden sind. (Viele Rufe: Sehr richtig!)

Bebel hat mehr Verständniß für unsere Lage. Er hat nichts gegen eine Verständigung mit anderen Parteien, wenn etwas dabei für uns herauszuschlagen ist. (Bebel: Sehr richtig!) Er meint nur, wir hätten die Liberalen auf das gleiche Wahlrecht verpflichten sollen. (Bebel: Alle Parteien.) Gut, das nehme ich auch an. Wir haben es deshalb nicht gethan, weil wir keinen Kompromiß abschließen wollten. (Heiterkeit.) Wir haben nichts weiter gewollt, als für einen einzigen Moment still zusammen zu sein. (Stürmische Heiterkeit.) Nachher gingen wir wieder unsere Wege. (Heiterkeit.) Auf unser Vorgehen ist die Bezeichnung „Kompromiß" überhaupt nicht anwendbar.

Damit komme ich zum Parteigenossen Liebknecht. Es thut mir ja auch recht leid, wie es Frohme leid gethan hat, daß ich den alten Freund Liebknecht

angreifen muß. Aber die Art, wie er, der Vater, seine Söhne behandelt, läßt es gerechtfertigt erscheinen, daß die Söhne sich ihrer Haut wehren. (Heiterkeit.) Ich muß zunächst eine Aeußerung Liebknechts in Bezug auf ihre Wahrhaftigkeit einer Probe unterziehen. Als Fendrich seine Pieschener Rede heranzog, erklärte Liebknecht, er hätte nie gesagt, was da angegeben werde. Ich habe hier die „Sächsische Arbeiterzeitung" mit dem Bericht über die Pieschener Rede hier und darin steht:

„Die Erzählung von dem Einfluß Bernsteins ist eine Fabel! Als wir den „Sozialdemokrat" nach dem Erlaß des Ausnahmegesetzes gründeten, war es nothwendig, einen ehrlichen Mann an die Spitze zu stellen. Bernstein war der Mann. Aber was im „Sozialdemokrat" an scharfen und guten Artikeln enthalten war, das haben wir in Deutschland geschrieben."

Wird damit nicht der Vorwurf gegen Bernstein erhoben, er sei ein Strohmann! (Sehr richtig! Widerspruch.) Hören Sie nur weiter:

„Die ganze Redaktion war eigentlich in Deutschland. Bernstein war der Redakteur, der Alles, was an ihn kam, auch aufnahm. Alle Artikel, die im Gegensatz zu seiner Anschauung stehen, hat Bernstein nicht geschrieben. Er gehört nicht zu den Kampfnaturen; das macht vielleicht seine bürgerliche Abkunft. Auch eine wissenschaftliche Größe ist er nicht und Niemand hat ihn dafür gehalten. Was er später an Arbeiten geleistet hat, z. B. die Herausgabe Lassalle'scher Schriften, das hat er im Auftrag der Partei gethan, weil er doch Beschäftigung haben mußte!"

Also das Gnadenbrot soll er von uns bekommen haben! Wie kann Jemand solche Aeußerungen in großer Volksversammlung thun und solche Konsequenzen ziehen! (Lebhafte Zustimmung.)

Nach dem Bericht soll dann Liebknecht weiter gesagt haben, wenn Kautsky nicht sein Freund wäre, so hätte er es mit den Bernsteinschen Artikeln gemacht, wie wir mit der Zuchthausvorlage, er hätte sie in den Papierkorb geworfen. Wie stimmt das mit dem überein, was Liebknecht gestern gesagt hat? Es ist ja natürlich auch möglich, das die „Sächsische Arbeiterzeitung" bei dem Bericht etwas stärker aufgeschnitten und seine Rede korrigirt hat. (Heiterkeit) Liebknecht wirft sich in seiner Broschüre als Mundstück der Berliner auf, ich glaube, er hätte es genug sein lassen können mit seinen Artikeln, er hätte seine Ferien in Muße verbringen können. Seine Broschüre zeigt auch in ihrer Fragmenthaftigkeit, daß er die verschiedenen Stücke derselben in verschiedenen Theilen des Reichs unter verschiedenen Einflüssen geschrieben hat, denn sie reimen sich nicht zusammen. Er hat uns Kuhhandel vorgeworfen und er führt aus, die Festung könne nur erobert werden, wenn wir dem Feinde die Thore öffnen. Ich erkenne ja an, daß die dichterische Veranlagung Liebknechts sich in dieser Angelegenheit mächtig entwickelt hat. Was führt er zum Beweis für seine Behauptung an? Ein Flugblatt. Hier ist es, ich lege es auf den Tisch des Hauses nieder. Gewiß, das Flugblatt richtet sich gegen die Liberalen, aber vorher waren schon zwei lange Flugblätter verbreitet, worin wir unsern Standpunkt zum Zentrum und zu den Liberalen präzisirt haben; dies Flugblatt war für die Pfalz bestimmt, wo sich unser Kampf ausschließlich gegen die Liberalen richtet. Und Liebknecht macht uns zum Vorwurf, daß wir die Liberalen bekämpft haben! Schreibt Liebknecht für Berlin ein Flugblatt gegen das Zentrum? (Sehr gut!) Das Flugblatt, das Liebknecht zugeschickt bekommen hat, stammt aus Speier. Auch ich habe Zuschriften erhalten, die aus den Kreisen stammten, welche über ihren Durchfall erzürnt waren. (Heiterkeit.) Unwahr aber ist es, daß wir unserem Flugblatt Zentrums-Wahlzettel beigelegt haben. Das wäre ja gegen den ganzen Inhalt unseres Flugblattes, in dem wir aufforderten, nur Sozialdemokraten zu wählen, gewesen. (Hört! hört!) Halten Sie uns denn für so verrückt, daß wir ein Flugblatt mit Zentrums-Wahlzetteln herausgeben? Dazu haben Sie

doch keine Ursache. Mir sind schon viel andere Dinge geschickt worden, sogar einen Rosenkranz habe ich und meine Fraktionskollegen erhalten. (Heiterkeit.) Unser Kompromiß hat sowohl in der Pfalz als in München fast die einstimmige Zustimmung der Genossen gefunden und selbst Parvus, der doch gewiß eine taktikfeste und prinzipientreue Natur ist, hat zugegeben, daß unser Weg der richtige war. Wir sind rein und gewissenhaft in den Wahlkampf gezogen, wie wir aus demselben hervorgingen, und haben Erfolge errungen. Wir haben in der Pfalz bei der vorletzten Wahl 3 Wahlmänner gehabt und bei der letzten Wahl haben wir es auf 130 gebracht. Ist das kein Erfolg? Liebknecht erblickt im Kompromiß eine Demoralisation, er hat in seiner Broschüre auf 50 Jahre zurückgegriffen, ich greife nur 15 bis 16 Jahre zurück, um Ihnen zu beweisen, daß Liebknecht nicht immer so gedacht hat wie heute. Bei der Wahl des Jahres 1880, also zu einer Zeit, wo noch der Beschluß bestand, bei Stichwahlen nicht für den Gegner einzutreten, da war in Mannheim Stichwahl zwischen einem Liberalen und dem bürgerlich-demokratischen Klopfer, einem Reaktionär genau wie der Liberale. Die Mannheimer Genossen hatten entsprechend dem Kongreßbeschlusse Wahlenthaltung beschlossen und siehe da: der Führer der freisinnigen Demokraten wallfahrtete nach Offenbach, wo Liebknecht zur Wahl stand, und da hat Liebknecht nicht verschmäht, mit ihm ein ganz schönes sauberes Kompromiß abzuschließen. Er hat den Mannheimer Genossen nicht nur gesagt: Ihr müßt für Klopfer stimmen, er hat sogar ein Flugblatt für ihn geschrieben, welches die Gegner gegen den Willen der Genossen verbreitet haben, das aber die Genossen nicht vertheilen wollten. Darauf wurde das Flugblatt angeschlagen. Ich sage: wenn irgend ein Vorgehen geeignet war, Demoralisation zu verbreiten, so war es jenes Vorgehen von Liebknecht. Er hat dadurch dem Feinde die Thore geöffnet und an ihm lag es nicht, daß der Fehler wieder gut gemacht wurde und die Demoralisation nicht weiter eingerissen ist. (Sehr gut!) In seiner Broschüre sagt er, Hunderte von Mandaten wiegen nicht die durch Kompromisse entstehende Demoralisation auf. Damals war es nur ein einziges Mandat, das die Demoralisation aufgewogen hat, und es thut nichts zur Sache, wenn es Liebknechts eigenes Mandat war. (Heiterkeit.) Geschadet hat uns unser Vorgehen in Bayern nicht. Sie haben sich bei den letzten Reichstagswahlen gewiß gefreut über den Stimmenzuwachs in den Ländern des Kuhhandels, Bayern, Baden und Hessen, und ich möchte den Wächtern der Prinzipien anrathen, ein sehr scharfes Auge auf diese Länder zu haben, denn dort geht immer so etwas vor. (Heiterkeit.) Nach unserem Siege bei den letzten Wahlen war der erste Ruf, den wir erschallen ließen, der: Auf, an die Arbeit mit neuem Muthe, damit wir bei der nächsten Wahl, selbst wenn sie sich unter diesem Wahlgesetz vollziehen sollte, rassenreine Mandate bekommen! (Heiterkeit. Glocke des Vorsitzenden.) Ich komme der Klingel nach (Heiterkeit) und schließe mit den Worten: Wenn die Verhältnisse bei der nächsten Wahl ebenso sind, wie bei der letzten, so müßten wir ja ganz gewaltige Esel sein, wollten wir nicht dasselbe thun, was wir diesmal gethan haben. (Lebhafter Beifall.)

Dr. **Schoenlank**-Leipzig: Genossen! Daß mein alter Freund Ehrhart grob ist, ist eine allbekannte Thatsache. Früher war er grob für die Radikalen, heute ist er grob für die Staatsmänner. (Heiterkeit.) Ja, das ist derselbe Genosse, der in St. Gallen ausdrücklich erklärt hat, die Fraktion sei ihm nicht ruppig genug. (Ehrhart: Sehr richtig!) Es handelte sich damals um die wichtige Frage der Politik unserer Partei bei den Stichwahlen. In Stuttgart waren wir den Herren zu scharf, heute viel zu milde und butterweich. Ja, wir haben durchaus nicht, wie vielleicht Einige hoffnungsfroh gedacht haben, den Holzstoß aufrichten und Diejenigen, die gefehlt haben, auf den Scheiterhaufen bringen wollen. Uns kommt es nur darauf an, eine Klärung der Ansichten herbeizuführen. Was ich in der „Leipziger Volkszeitung" über das Vorgehen

der Bayern geschrieben habe, halte ich noch heute aufrecht, denn es steht fest, daß man, um einige Mandate zu gewinnen, gemeinsam vorgegangen ist mit derselben Partei, die unsere ärgste Feindin ist, und daß man dieser Partei um der sechs Mandate willen die absolute Mehrheit verschafft hat, dasselbe Zentrum, gegen welches dieselbe bayrische Landtagsfraktion in ihrem Handbuch einen Haufen glühender Kohlen gehäuft hat. Redner zitirt mehrere gegen die Politik des Zentrums gerichtete Stellen aus dem Handbuch für bayrische Landtagswähler. Ueberall wird in diesem Buch das Zentrum als kultur- und arbeiterfeindlich denunzirt, und mit dieser Partei geht die Sozialdemokratie in München und der Rheinpfalz zusammen, obgleich das Zentrum in dem Handbuch als der reaktionären Zentrumsarmee allerreaktionärste Kompagnie bezeichnet wird. Solche Fragen der Taktik und Theorie zu erörtern und zu lösen ist die Aufgabe dieses Parteitages, und die Beschlüsse des Parteitages werden von maßgebender Bedeutung sein für die Thätigkeit der ganzen Partei, auch in Bayern. (Zuruf: Auch in Sachsen!) Die Bayern haben am allerwenigsten Ursache, von Disziplin zu sprechen, hat denn die bayrische Sozialdemokratie nicht schon auf früheren Parteitagen im schroffsten Gegensatz gestanden zu unserer Gesammtpartei? Denken Sie nur an die Frage der Budgetverweigerung, die uns in Frankfurt beschäftigt hat! (Zuruf der bayrischen Delegirten: Da war Schoenlank für uns!) Nein, ich habe die Resolution Gradnauer unterschrieben. Die Hoffnung gewisser Kreise, hier eine Ketzerrichterei zu vollziehen, können wir nicht erfüllen. Wir haben unseren Zweck erreicht, eine Klärung über die allgemeinen Fragen herbeizuführen, von denen ja die bayrische Frage nur ein Theil ist.

Nun hat Genosse v. Elm die Luxemburg'sche Broschüre in die Debatte gezogen, mit der ja die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" sich ausdrücklich einverstanden erklärt hat. Er hat sich über den Titel Sozialreform oder Revolution aufgehalten. Da hätte er nur einen Blick auf das Vorwort werfen sollen, worin es ausdrücklich heißt, daß für die Sozialdemokratie zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang besteht, indem ihr der Kampf um die Sozialreform das Mittel, die soziale Umwälzung aber der Zweck ist. Was die Stellung v. Elms zu den Konsumvereinen betrifft, so ist Sachsen ja die klassische Heimath der deutschen Konsumvereine, aber wir haben die Konsumvereine niemals für etwas Anderes gehalten, als einfache Erwerbsgenossenschaften, die den Arbeitern kleinere oder größere Vortheile verschaffen, die ihnen den Bezug von Waaren in guter Qualität und zu billigen Preisen ermöglichen. Niemals haben wir geglaubt, daß die Konsumvereine ein Instrument des proletarischen Klassenkampfes sein können. Daß die Bebelsche Resolution Stellung nimmt zu den uns beschäftigen Fragen, daß sie sozusagen nur die Fortsetzung, die Ergänzung der alten Resolution ist, die wir schon in Erfurt und Berlin angenommen haben, das versteht sich von selbst. Daß eine Klarstellung aber nothwendig ist, das beweist doch, wie nützlich die Erörterung war, die wir in den letzten Jahren gehabt haben. In Stuttgart sprach man die Ansicht aus, daß die Kritiker Bernsteins eine neue Taktik bringen wollen, eine Blanquistische Taktik vielleicht, und jetzt, nachdem man über Bernstein genau diskutirt hat, nachdem sein Buch in die Arbeiterkreise gedrungen ist, nachdem die Parteipresse sich damit beschäftigt hat, da sehen wir, daß man jetzt in der Bebelschen Resolution — hoffentlich unter einmüthiger Zustimmung des Parteitages — feststellt, daß die alten Grundsätze die Richtlinie unserer Partei sind; das beweist, daß die Auseinandersetzung nicht nutzlos war. Die Fragen, die die Genossen aus Bayern hier so gern erörtert haben möchten, lassen sich viel besser erörtern, wenn dem von Liebknecht gestellten Antrage gemäß auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages die Frage der Betheiligung an den Landtagswahlen gesetzt wird. Wir können mit dem Ergebniß der Debatten ganz zufrieden sein, denn daß die Bernsteinsche Auf-

fassung von der Mehrheit des Parteitages nicht getheilt wird, steht jetzt schon fest. Daß endlich für Klarheit gesorgt wird, ist Aufgabe dieses Parteitages, und wir sind mit dem Verlauf der Verhandlungen durchaus zufrieden. (Lebhafter Beifall.)

Stadthagen: Die bayrische Frage gehört nicht hierher, denn es handelt sich nicht um einen prinzipiellen Verstoß gegen die Taktik. Die Frage ist nur, ob sie eine Dummheit begangen haben, ob sie sich verrechnet haben oder nicht. Ich halte ihre Taktik für richtig, und die Sache würde auch garnicht so viel Staub aufgewirbelt haben, wenn die Bayern nicht eine etwas eigenthümliche Sprache führen würden. Aber die Frage an sich muß von Fall zu Fall entschieden werden, und man soll sich hüten, dabei von Kompromiß zu reden. Zum Kompromiß gehört das Aufgeben unserer eigenen Prinzipien. Daß es auf dem Parteitag nicht zu einem Ketzergericht, nicht zu einem Boykott der Wahrheit kommen würde, war von vornherein selbstverständlich. Aber die um Bernstein herum haben seit Jahren ein Ketzergericht gegen unsere alten bewährten Grundlagen versucht. Es ist ein Ketzergericht und daneben noch der Vorwurf der Heuchelei, wenn man sagt: Wagt zu scheinen was Ihr seid! Molkenbuhr hat ganz recht, wenn er fragt: Ihr, die Ihr uns, die wir im Parlament, in den Gewerkschaften, ohne viel Redens zu machen, arbeiten, auf die praktische Arbeit hinweist, was habt Ihr denn eigentlich geleistet, ihr sogenannten Opportunisten? Die Partei hat bereits genügend gearbeitet, vielleicht mehr als genügend, insofern sie die Kräfte des Einzelnen zu sehr in Anspruch genommen hat. Auch das hat keinen Sinn, zu überlegen, ob Schulze oder Müller, Bernstein oder Kunze Unrecht gehabt haben. Diese verspätete Detektivarbeit, dieses Hineinspintisiren in den Gedankengang des Andern ist wirklich überflüssig. Es kommt doch nur immer heraus: Ich habe damit aber etwas ganz Anderes gemeint. Es kommt nur darauf an, ob die Ansichten selbst richtige sind, und da erkläre ich, daß die Angriffe auf die Grundanschauungen der Partei platt zu Boden gefallen sind. Wir sind eine revolutionäre Partei und werden es nach dem Ergebniß dieser Diskussion glücklicherweise auch bleiben. Viel wichtiger ist die Frage der Taktik, und da sind zwei Strömungen: die eine, die sagt, wir müssen die große unaufgeklärte Menge revolutioniren, und die andere, die sich an die paar gebildeten guten Kerle wenden und sie für die Partei haben will. Wir müssen die Köpfe revolutioniren, auch in unserer Taktik. Die materialistische Geschichtsauffassung im marxistischen Sinne ist keine fatalistische. Sie sieht freilich als Grundlage des Werdens der Gesellschaft das Walten von Naturkräften, die soziale Wirthschaft. Der Gang der sozialen Geschichte ist freilich ein nothwendiger. Aber der marxistische Materialismus sieht in der wissenschaftlich erkannten Gesetzmäßigkeit kein unabwendbares Schicksal, auf das der Mensch nicht einwirken könne. Im Gegentheil, dem Menschen fällt die Rolle des Geburtshelfers zu. Der marxistische Materialist ist kein Fatalist, ein fatalistischer Materialismus könnte vielleicht aus dem Spinozismus oder dem Platonismus entwickelt werden, nie aus dem Marxismus, der dem Menschen eine thätige Rolle bei der Benutzung der erkannten Naturkräfte der Gesellschaft zuweist, sie von ihm verlangt. Gewiß ist im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft die Entwickelung zur sozialistischen Gesellschaft schon vorhanden, aber wir dürfen die Hände nicht in den Schoß legen. Wir müssen nachhelfen: Wir verkürzen den Weg, wenn wir revolutionirend nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Nothwendigkeit zeigen, die sozialistische Gesellschaftsordnung zu erreichen, wenn es nicht auf ewig so bleiben soll, ein großes Heer von Sklaven und wenige Herren. Es muß in der Presse viel mehr auf die werbende Kraft der Hauptnachdruck gelegt, die Nothwendigkeit betont werden, Rekruten, neue Sozialdemokraten heranzuziehen. Darum nehmen Sie den Zusatz zur Resolution an, daß das Endziel in den Vordergrund bei der Agitation gestellt werden soll.

Es ist ein großer Fehler, was David für die Wahlkämpfe empfiehlt, die praktische Arbeit vor Allem zu betonen. Wo es geschehen ist, da haben sie die Mandate verloren. Wir Berliner weisen in jedem Flugblatt auf das Endziel hin, und wenn Sie, Genosse David, das nicht gethan haben, dann ist es nicht zu verwundern, daß Sie Ihren Wahlkreis verloren haben. (Zuruf Davids: Sie haben ja auch in Berlin Wahlkreise verloren!) Ich sagte: bei Berlin. Und in Berlin wurde in den Wahlkreisen, die auf den ersten Hieb erobert wurden, so agitirt, wie ich es geschildert habe. (Zuruf: Heine! Heiterkeit.) Ich würde eine Kandidatur, bei der mit dem Endziel zurückgehalten würde, ablehnen. Teufel auch die kleinen Sozialreformen! Sie sind mitzunehmen auf dem Wege zur Expropriation, eine nothwendige Kleinarbeit, nicht aber die Hauptsache. Aber bei jeder Wahl und besonders in der Presse sollen wir das Gefühl der Empörung über den Druck und die Knechtschaft vermehren. Wenn die Debatte hierzu führt, begrüße ich sie. In dem Augenblick, wo wir den Glauben an unser Ziel verlieren, danken wir ab als Sozialdemokraten. Die soziale Entwickelung giebt uns die Gewähr des Sieges. In Bereitschaft sein, ist Alles, und in diesem Sinne bitte ich Sie, der Resolution Bebel mit dem von Molkenbuhr und mir beantragten Zusatz zuzustimmen. (Lebhafter Beifall.)

Auer: Zunächst ein paar Bemerkungen in Bezug auf meinen sehr verehrten Herrn Vorredner und das von ihm so stark betonte Endziel. Wenn man ihm folgte, dann hängen die Erfolge bei der Wahl davon ab, daß man sich zur rechten Zeit des Endziels bedient oder nicht. Das Endziel, das Endziel und weiter nichts! Da möchte ich doch den Genossen Stadthagen fragen: wie erklärt er sich denn dann die verschiedenen Durchfälle, die wir bei den Wahlen erlebt haben? Da ist Bebel und Liebknecht, ich glaube, Stadthagen wird den beiden nicht versagen, daß sie so ungefähr auch vom Endziel etwas verstehen. (Heiterkeit.) 1881 wurde Liebknecht in Mainz gewählt, natürlich mit dem Endziel (große Heiterkeit) und als er dort nicht annehmen konnte, weil er gleichzeitig in Offenbach gewählt war, da wurde Bebel aufgestellt, der in Berlin kurz vorher mit dem Endziel durchgefallen war (große Heiterkeit), und in Mainz ist ihm leider dasselbe passirt, obwohl er mehr Stimmen erhielt als vor ihm Liebknecht. (Erneute Heiterkeit.) Ich kann aber Stadthagen auf ein viel näher liegendes Beispiel verweisen. Ich glaube, ich thue dem Genossen Heine nicht unrecht, wenn ich annehme, daß der Genosse Stadthagen ihm gegenüber so seine leisen Zweifel hat, ob bei ihm mit dem Endziel Alles in Ordnung sei. (Stürmische Heiterkeit.) In der Front, der Stadthagen mit der Fahne und mit dem daran bammelnden Endziel (stürmische Heiterkeit) voranschritt, ist auch Heine mit durchgegangen, während die Genossen Fischer und Schmidt im Hintertreffen geblieben sind. Die Dinge liegen eben nicht so, wie Stadthagen es darstellt. Er ging aber noch weiter. Angesichts des Kongresses hat er die überraschende Behauptung aufgestellt, es gebe zweierlei Parteigenossen und zweierlei Arten Agitatoren. Der eine, der revolutioniere die Köpfe und revolutioniere die Masse, das seien die richtigen Genossen. Daneben aber gebe es welche, die schon damit zufrieden seien, wenn die Masse unberührt bleibt und es nur gelingt, ein paar gebildete, persönlich angenehme Leute zu gewinnen. Diese Ihre Behauptung, Genosse Stadthagen, daß es in der Partei Leute giebt, die auf Namen und Beachtung Anspruch machen, und die darauf verzichten, die Köpfe zu revolutionieren und die Masse zu gewinnen, um dafür einen kleinen Lesezirkel für gebildete Leute zu stiften, diese Ihre Behauptung werde ich so lange als eine unbewiesene bezeichnen, als Sie uns nicht einen solchen Schlafmützen-Agitator auf den Tisch des Hauses niederlegen. (Große Heiterkeit.)

Sie erwarten von mir wohl nicht, daß ich mich in lange theoretische Erörterungen einlasse; das ist nicht mein Fach, wäre in der mir zugemessenen Zeit wohl auch nicht möglich. Ich glaube aber auch nicht, daß diese Diskussion

zu dem führen werde, was Schoenlank als ihr Ergebniß annimmt und was in der Parteipresse vielfach vorausgesagt wurde, zu der sogenannten Klärung. Nein, die Fragen, die unter uns strittig sind, werden nicht durch kurze Verhandlungen, auch nicht durch Händeaufheben entschieden. Wir werden von hier weggehen genau so wenig geklärt, als wie wir es früher waren, und es wird nach wie vor Meinungsverschiedenheiten geben, die im Temperament, im Urtheil und auch in den verschiedenen Sachverhältnissen beruhen. Darauf kommt es aber auch garnicht an, daß wir alle über einen Leisten geschlagen sind, und wenn der Eine Ja schreit, Alle Ja nachschreien. (Heiterkeit.) Vor Allem kommt es darauf an, daß wir die vorliegenden Thatsachen kritisiren und daß wir dann, wenn diesen Thatsachen und Erscheinungen gegenüber der Eine zu einer von der des Anderen abweichenden Meinung kommt, nicht in den Geist der Unduldsamkeit verfallen, sondern unsere gegenseitigen Meinungen erwägen, bekämpfen, scharf bekämpfen meinetwegen, uns aber in unserer Qualität nicht so eintheilen, wie es Schoenlank that, in die revolutionären Stürmer und die Pantoffel- und Schlafmützenleute; wenn wir das nicht thun, dann werden auch die Meinungsverschiedenheiten uns nicht schaden. Aber das ist ein Uebelstand, daß wir es — und das ist auf beiden Seiten vielleicht geschehen — immer noch an der nothwendigen Toleranz fehlen lassen. Von mir existirt über diese sogenannte Bernsteinfrage nicht eine einzige in die Oeffentlichkeit getragene geschriebene Zeile. Nicht in einer einzigen Versammlung habe ich während dieser ganzen Zeit auch nur mit einem Satz irgendwie Stellung genommen. Thut aber nichts! wenn die Schlechtesten unter den Bernsteinianern genannt werden, dann steht Auer an der Spitze! (Heiterkeit.) Auer, Vollmar, Schippel, Heine, daß sind die ersten vier! Ja, Parteigenossen, wer hat Ihnen schon gesagt, daß ich ein Bernsteinianer bin? Woher wissen Sie denn das besser, als ich selbst es bisher weiß? (Heiterkeit.) Hier habe ich keinen Anlaß, aus meinem Herzen eine Mördergrube zu machen: Ich bin so wenig Bernsteinianer wie Marxist. Ich bin nicht Marxist in dem Sinne, wie durch die Kirchenväter des Marxismus sich das Ding so nach und nach herausgebildet hat, die Kirchenväter, zu denen Bernstein ja die ganzen Jahre mit gehört hat. (Heiterkeit.) Ich bin nicht Bernsteinianer, weil ich bei aller Hochachtung für Bernstein, bei aller Freundschaft zwischen uns, die seit den siebziger Jahren datirt, doch seinen praktischen Vorschlägen nicht folgen kann. Bei aller Hochachtung vor den Gewerkschaften glaube ich nicht an die Auffassung, daß wir sie deshalb fördern müssen, weil sie uns die Kadres für kommende Sozialisirung der Gesellschaft geben sollen. Ich bin der Meinung, daß, wenn es heute den Krupp und Stumm u. s. w. gelungen ist, für ihre Betriebe das geeignete Personal zu finden, wir es auch finden werden, wenn wir erst soweit sein werden, die Leitung der Produktion zu übernehmen. Ich glaube an diese Erziehung der Kadres nicht. Aber die Gewerkschaften sind absolut nothwendig; auf dem Standpunkte habe ich vor dem Kölner Parteitag gestanden und bin auf dem Kölner Parteitag und später ganz mit Unrecht in den Verdacht gekommen, ein Feind der Gewerkschaften zu sein. Ich bin heute und werde es hoffentlich bleiben, einer ihrer eifrigsten Freunde und Förderer. (Beifall.) Noch viel weniger kann ich der Auffassung über die Bedeutung der Genossenschaften für unsere Zukunft beitreten. Diese schlaue Spekulation, so von hinten herum, ohne daß diese verdammten Bourgeois es merken, in kleinem Maßstabe den künftigen sozialistischen Gesellschaftsstaat einzuführen und dann eines Tages die Koulissen fallen zu lassen und zu sagen: Etsch! da seht Ihr, jetzt sind wir da! (Heiterkeit) — diese naive Auffassung kann ich nicht theilen. Ich verwerfe aber nicht Alles, was Bernstein sonst an praktischen Vorschlägen Neues bringt. Hinter allen diesen Dingen steckt ein gewisses Körnchen Wahrheit, es sind Erscheinungen und Thatsachen, die man sehr wohl begreifen kann, und wenn

man sie liebevoll auffaßt (sehr gut!) und nicht mit der Absicht, dem, der diese Vorschläge macht, einen recht kräftigen Rippenstoß zu geben, dann kann man recht gut alle diese Dinge gehen lassen. Aber ich weiß, daß der Satz, was der Eine sagen darf, der Andere nicht sagen darf, auch bei uns gilt. Wenn unser allverehrter Genosse Liebknecht einen seiner glänzenden Leitartikel schreibt, in dem er darlegt, daß die einzige Volkspartei die sozialdemokratische Partei ist, herrscht einstimmiger Jubel und Zustimmung, und wenn Bernstein jetzt sagt: eigentlich müßten wir doch eine Volkspartei sein, da heißt es: da habt Ihr es, an Sonnemann will er uns verkaufen! Meine Herren, es ist nicht dasselbe, wenn zwei dasselbe sagen (Heiterkeit), es kommt darauf an, wie es von dem Einen und dem Anderen aufgenommen wird. Und wissen Sie, was ich meinem Freunde Bernstein geschrieben habe, als er mit diesen seinen praktischen Vorschlägen herauskam? Da habe ich ihm geschrieben: „Lieber Ede, Du bist ein Esel (große Heiterkeit), denn so was sagt man nicht, so was thut man!" (Stürmische Heiterkeit.) Also der Bernsteinianer bin ich nicht, als der ich hingestellt wurde, und der Marxist, wie es hier und da verlangt wird, daß man es sein soll, kann ich nicht sein, weil ich mit meinen geistigen Fähigkeiten nicht im Stande bin, in alledem, was unter dem Sammelnamen Marxismus rubrizirt wird, mich zurechtzufinden. (Heiterkeit.) Ich komme mit der dialektischen Methode und wie alle diese Dinge heißen, in all diesen Sachen nicht weiter: da ist schwarz weiß und weiß schwarz, und in der höheren Einheit entwickelt sich dann ein graues Gemisch, bei dem einen die Augen übergehen (Heiterkeit); dem vermag ich nicht zu folgen, und weil ich keine philosophische Ader habe, weil mir für diese Dinge die nothwendige Vorbildung fehlt, darum kann ich nicht sagen, ich sei ein bewußter Marxist; das kann ich nicht und das bin ich auch nicht. Aber was ich bin: ich bin ein begeisterter Anhänger der Marx-Engels'schen Lehre, soweit ich sie in meinen Verstand aufzunehmen vermocht habe. Das erkläre ich ganz offen, und ich bin nicht der Meinung, daß wir mit den Lehren, die uns die beiden Alten hinterlassen haben, fertig sind, sondern ich bin der Meinung, daß wir Alle, und die Marxisten mit eingeschlossen, noch recht viel daraus zu lernen vermögen. (Lebhafter Beifall.)

Ich habe vorhin gesagt, wenn der gute Wille bei unserem Bestreben, zur Klärung zu kommen, nur immer vorhanden wäre, dann würde nicht die Meinung auftauchen können, jetzt kommt es in der Sozialdemokratie zum Streit, zum Zank, zur Spaltung, zum Auseinandergehen. Wer glaubt, daß hinter den scharfen Worten auch wirklich eine böse Absicht steckt, der freilich kann sehr leicht zu der Meinung kommen, daß es nun zur Spaltung kommen müsse. Bebel hat sich darüber gewundert, wie man dazu kommen konnte, von Ketzerrichterei zu reden, zu solcher Annahme sei nicht der geringste Anlaß da. Bebel war während der Sommermonate nicht bei uns in Deutschland, er hat, wie sein ausgezeichnetes Referat zeigt, unendlich viel Mühe mit dessen Vorbereitung gehabt und vielleicht nicht die Zeit gefunden, alle einzelnen Vorgänge in der Partei und Presse in Deutschland zu verfolgen, denn sonst müßte ihm bekannt sein, daß allerdings von verschiedenen Seiten aus unseren Reihen heraus gegen Bernstein und die Bernsteinianer in einer Weise losgewettert worden ist, daß man wohl, wer ängstlichen Gemüthes ist, zu dem Glauben kommen konnte, in Hannover wird der Scheiterhaufen aufgerichtet und die Bernsteinianer alle einer hinter dem anderen gebraten und geröstet werden. Es ist der Hinweis schon erfolgt, daß eine ganze Reihe von Artikeln eingeleitet würde mit der Ueberschrift: Bernstein Apostata (der Abtrünnige vom Glauben). Weiter ist in sehr einflußreichen Blättern vom Ueberläufer in das bürgerliche Lager die Rede. Ist nicht in einem Organ, das für die deutschen sozialdemokratischen Frauen erscheint, ganz offen das Verlangen nach einer reinlichen Scheidung gestellt worden? (**Frau Zetkin** ruft: der Grundsätze) und es ist

wirklich nicht das einzige Blatt, Genossin Zetkin, in der das verlangt wurde. Und in der vielerörterten Broschüre Liebknechts finden Sie auf Seite 6 einen Satz, der doch auch so recht charakteristisch ist für die Art und Weise, wie man versucht, Stimmung zu machen. Da wird eine indirekte Bezichtigung ausgesprochen, die die weiten Kreise draußen zu der Annahme bringen muß, jetzt kommt die Geschichte endlich zum Klappen, zum Auseinandergehen. Was sagt da Liebknecht? „In gewissen Kreisen der Partei ist die Neigung oder sagen wir das Bestreben vorhanden, den Boden des Klassenkampfes zu verlassen und auf den gemeinsamen Kampfboden der übrigen Parteien zu treten." Wenn gegen die, die wie Bebel und ich und viele andere der Meinung sind, daß unter Umständen der Kompromiß bei der Wahl absolut ein Gebot politischer Klugheit sei, der Vorwurf erhoben wird, daß ihr Bestreben dahin geht, den Boden des Klassenkampfes zu verlassen und auf den gemeinsamen Kampfboden mit Gegnern zu treten, dann frage ich diejenigen, die lesen können und den Worten die Bedeutung lassen wollen, die sie haben, und nicht nachher, wenn sie sehen, daß die Worte Unheil anrichten, ihnen einen andern Sinn unterlegen wollen, dann frage ich, was soll damit anders gethan werden, als einen Keil zu treiben in die Partei, uns auseinanderzubringen, Mißtrauen unter uns zu säen, das zu thun, was wir Ketzerrichterei nennen. Daß man uns in Praxis und Wirklichkeit nicht bei den großen Zehen aufhängen und rösten wird, das freilich wissen wir, daß das aber nicht geschieht, liegt vielleicht weniger am guten Willen der Betreffenden, als an den Thatsachen, über die Sie sich eben auch nicht hinwegsetzen können. (Sehr gut!) Und weiter: der scharfe Streit um Worte! Denn nicht um Bernstein'sche Theorien ist in den vielen Reden gestritten worden. Der Bernstein, den man brauchte, wurde supponirt. Wie mag der Ede Bernstein, wenn er alle diese Dinge liest, sich in seine wenigen Haare fahren, die er noch besitzt (Heiterkeit) und sagen: um Gottes willen, diese Leute sitzen über mich Gericht, die haben auch nicht eine Seite meines Buches gelesen (Heiterkeit) und wenn sie sie gelesen haben, dann haben sie sie nicht verstanden. Also der Streit dreht sich nicht um den wirklichen Bernstein, sondern um den vorausgesetzten, den man sich so zurechtgemacht hat, daß man sagte: so, nun wart, nun komm her, jetzt giebt es aber Senge! (Große Heiterkeit.) Was ist Bernstein nicht alles untergelegt worden. Diese meine Ausführungen richten sich nicht gegen Bebel und eine Reihe anderer Genossen; denen zu unterstellen, daß sie nicht mit loyalen Waffen kämpfen, liegt mir fern. Es sind aber eine Reihe Angriffe und Beschuldigungen erfolgt, die ich nicht alle loyal finden und nur damit entschuldigen kann, daß die betreffenden Redner sich sagten: da du nun einmal eine halbe Stunde Redezeit hast, mußt du jetzt unter allen Umständen auch etwas sagen. Aber auch die loyalen Kritiker, auch Bebel, haben meiner Ueberzeugung nach nicht immer die Linie innegehalten, die sie hätten einhalten sollen. Ich erinnere an das Wort, das Bebel aus der Bernsteinbroschüre herausgegriffen hat: daß die Dinge jetzt so liegen, daß man aus Marx und Engels alles beweisen kann. Mit der ihm eigenen Verve hat er sich darauf berufen und gesagt: Und das sagt ein Bernstein! Das unterstellt er Marx und Engels, er stellt sie dar als Menschen, die überhaupt nicht gewußt haben, was sie gewollt! Ja, wenn man den Satz so für sich allein liest, Genosse Bebel, der Satz steht wirklich im Buch auf Seite 19; aber er muß doch im Zusammenhang gelesen werden. Bernstein hat sich auf einer ganzen Reihe von Seiten damit beschäftigt, daß in dem langen, 40 bis 50 jährigen geistigen Arbeiten der beiden Vorkämpfer die Dinge sich geändert haben, daß ihre Anschauungen, die sie vor 40 Jahren hatten, durch die Entwickelung der politischen und wirthschaftlichen Verhältnisse eine Umwandlung erfahren haben, und daß sie in späteren Jahren anders geurtheilt haben als früher; und im Anschluß daran führt er aus: Engels und Marx sind nicht

mehr dazugekommen, diese in der Theorie scheinbar vorhandenen Widersprüche zu ordnen und zu klären, das haben sie ihren Schülern überlassen, und dann sagt er: „heute steht es so, daß man aus Marx und Engels alles beweisen kann. Das ist für den Apologeten und den literarischen Rabulisten sehr bequem, wer sich aber nur ein wenig theoretischen Sinn bewahrt hat, für wen die Wissenschaftlichkeit des Sozialismus nicht auch „blos ein Schaustück ist, das man bei festlichen Anlässen aus dem Silberschrank nimmt, sonst aber unberücksichtigt läßt", der wird, sobald er sich dieser Widersprüche bewußt wird, auch das Bedürfniß empfinden, mit ihnen aufzuräumen. Darin und nicht in dem ewigen Wiederholen der Worte der Meister beruht die Aufgabe ihrer Schüler." Wenn man die Sache so im Zusammenhang liest, dann verliert das Wort, daß die Dinge heute so stehen, daß jeder Rabulist die Möglichkeit hat, aus Marx und Engels alles zu beweisen, seinen schroffen Charakter. (Bebel: Nicht richtig!) Ja, Genosse Bebel, Du rufst mir zu: nicht richtig; Du hast ja nachher das Wort länger als ich und wirst mich widerlegen (Heiterkeit), aber daß die Dinge so sind, dafür ist ja Bebel selber ein lebendes Beispiel. Erinnern Sie sich an Bebels Reden in Volksversammlungen und im Parlament: ist denn da das Wort „Kladderadatsch", „Zusammenbruch" nicht vorgekommen? Gewiß. Hat er nicht auch in Privatunterhaltungen und auch mir ungläubigem Thomas gegenüber den Termin, wann die Geschichte passirt, aufs Jahr genau festgestellt? (Heiterkeit.) Er leugnet es nicht, und hier im Saal und außerhalb sind klassische Zeugen die Menge dafür, daß Bebel in seinem Eifer auf andere und mich einredete: ach, Du bist ja ein Philister, Du glaubst es nicht, Dir fehlt die revolutionäre Energie. (Große Heiterkeit.) Die Szenen sind oft dagewesen: ich habe es nicht geglaubt, daß 1889 alles zu Ende ist (Heiterkeit) und als 1889 prolongirt wurde bis in die Mitte der 90er Jahre (große Heiterkeit), habe ich es auch nicht geglaubt; und als dann Engels und Bebel den Schlußtermin auf 1898 festsetzten (große Heiterkeit), auch da blieb ich der Zweifler und sagte: Abwarten. Wir haben abgewartet, und gestern und heute? Ich frug heute in aller Frühe: Du, Bebel, hat Dir Kautsky seine Zeugen schon geschickt? Es war natürlich ein schlechter Witz, aber in bürgerlichen Kreisen hätte es so kommen müssen. (Heiterkeit.)

Denn das, was Bebel gethan hat uns gegenüber, das erklärte Kautsky gestern als Idiotismus, und wir Alle fingen an zu lachen, daß so etwas kommen konnte. (Zurufe Bebels.) Es ist so, aber man wird mir nachher haarscharf beweisen, daß das nicht richtig ist, daß das ganz was Anderes ist. (Heiterkeit.) Daran bin ich gewöhnt. Aber wenn bei solchen Vorgängen, wo nur eine Augen- und Ohrentäuschung denkbar ist, über solche Dinge Mißverständnisse so leicht möglich sind, dann sollte man sich auch nicht so bitter darüber beklagen, wenn Bernstein Mißverständnisse begegnet sind. Gewiß kommen Mißverständnisse vor; sie sind unvermeidlich, um so unvermeidlicher, wenn der Kampf sich so zuspitzt, wie jetzt, und man nicht immer die Garantie hat, daß nicht eine gewisse Absicht vorhanden ist, Mißverständnisse hervorzurufen. (Sehr wahr!) Und noch ein Fall, den ich mehr bedauert habe: bei der Liebknechtschen Rede in Pieschen ist der „Dresdener Arbeiter-Zeitung" das Mißverständniß passirt, das genaue Gegentheil von dem zu verstehen, was Liebknecht gesagt hat. Denn entweder hat der Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" Liebknecht mißverstanden, oder aber Liebknecht weiß nicht mehr, was er gesagt hat. Das Letztere ist ausgeschlossen. Liebknecht hat nun gesagt, er ist mißverstanden, und die Redaktion der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" schweigt. (Hört! Hört!) Da bleibt allerdings der schwere Vorwurf, daß sie mit Absicht mißverstanden hat, und das ist ein Streich gegen Bernstein, wie er unnobler, illoyaler in dem ganzen Kampfe nicht dagewesen ist. Die Redaktion darf nicht schweigen gegen den Vorwurf, daß sie hier mißverstanden

hat. (Lebhafte Zustimmung.) Und nun noch ein kurzes Wort zu Bebel. Genosse Bebel, Du hast den Genossen Bernstein in Deiner Abrechnung schließlich in einer Weise behandelt, daß ich mir sagte: Das ist Unrecht! Du hast ihn geradezu als einen Ignoranten, einen Nichtswisser hingestellt, Du hast wiederholt von ihm gesprochen: „Und der Mann weiß nicht einmal, daß wir Zeiten gehabt haben, wo das Bauernlegen gang und gäbe war!“ Nun ziehen Sie die Konsequenz! Der Mann, der zehn Jahre lang an verantwortungsreichster Stelle im Auslande unser Centralorgan redigirte, der Mann, der mit als die hervorragendste Persönlichkeit in der parteigenössischen wissenschaftlichen Schriftstellerei bis in die neueste Zeit gegolten hat, der Mann, der von Engels zur Herausgabe seines wissenschaftlichen Nachlasses erwählt worden ist, der wird heute hier als ein Mann hingestellt, der nicht einmal die Kenntnisse eines gewöhnlichen Volksschülers besitzt. (Widerspruch Bebels.) Jawohl! Das ist übertrieben. Daß Du das nicht glaubst, weiß ich. (Bebel: Habe ich nicht gesagt.) Das hast Du gesagt! Die Versammlung ist Zeuge. Nun frage ich: was müssen da unsere Gegner sagen, wenn sie hören, daß der Mann, der an hervorragender Stelle in der Partei gestanden hat, auch nicht die einfachsten Vorgänge in der deutschen Geschichte kennt. Müssen sie nicht dazu kommen, den bekannten Ausspruch auf uns anzuwenden, der sonst auf die Zigeuner angewendet wird, den ich hier aber nicht wiederholen will? Das sollten wir uns abgewöhnen. Wir brauchen mit Bernstein nicht einverstanden zu sein, und Bernstein mag selbst jetzt Verschiedenes aus seiner Schrift im Stillen zurückgenommen haben. Ich habe eine 20 Seiten lange Erklärung von ihm in der Tasche, die er mir zugesandt hat, sie hier zu verlesen. Ich will sie nicht verlesen, weil er es in mein Ermessen gelegt hat und ich Sie nicht langweilen will. (Oho!) Jawohl, eine 20 Seiten lange Verlesung ist eine langweilige Prozedur. Ich bin der Meinung, daß wir den Kampf durchführen sollen, aber mit Mitteln, wie sie unter loyalen Kämpfern üblich sind. (Beifall.) Nun zum Schluß: ich stimme für die Bebelsche Resolution. Ich hätte sie auch in ihrer ursprünglichen Fassung angenommen, sie gefällt mir viel besser, nachdem der Antrag Stolten angenommen ist. Ich stimme nicht deshalb für sie, weil sie gegen Bernstein gerichtet ist, sondern weil sie ebenso gut auch von Bernstein akzeptirt werden kann. (Heiterkeit und lebhafter Beifall.) Und das bestätigt mir kein Anderer als Bernstein selber, der mir schrieb, als ich ihm den Inhalt der ursprünglichen Resolution mittheilte: „Lieber Freund Auer, mit dem nöthigen, bei solchen Dingen üblichen Körnchen Salz stimme auch ich für die Resolution.“ (Heiterkeit. Stürmischer Beifall.)

Tauscher-Stuttgart: Wenn man ein ganzes Menschenalter im Klassenkampf gestanden ist und es wird einem dann zugemuthet, man solle eine Frontveränderung machen, dann hat man das Recht, einige Worte zu sagen. Bernstein muthet uns keine Kleinigkeit zu. Redner bestreitet, daß der kleinbäuerliche Betrieb dem Großbetrieb in der Landwirthschaft gewachsen sei. 10000 schwäbische Kleinbauern halten sich nur dadurch, daß sie hungern. Die Entwickelung der Dinge in Württemberg ist ganz anders, als Bernstein angiebt. Die Verschuldung des schwäbischen Bauernstandes ist von 1882—1885 um 100 pCt. gestiegen. In verschiedenen ländlichen Orten Württembergs nimmt die Bevölkerung ab. Die bäuerlichen Fabrikarbeiter existiren in der Broschüre noch immer als Kleinbauern. Die Bauern sind so verschuldet, daß sie sich auf ihrem Anwesen nicht halten können, sondern in die Fabrik gehen müssen, um nicht zu verhungern. Bernstein räth uns, die Freßlegende aufzugeben, um Anpassungsfähigkeit an die bürgerlichen radikalen Elemente zu gewinnen. Die paar Ethiker kann er nicht dabei im Auge gehabt haben. Vielleicht hat er an den schäbigen Berliner Freisinn oder an die württembergische Volkspartei gedacht. Die württembergische Volkspartei wird mit Recht königlich württembergische

Volkspartei genannt; Pfau, einer ihrer Angehörigen, sagte: „Die Volkspartei riecht nach Pomade.“ Sollen wir uns nun salben und uns der Volkspartei anbieten? Ich habe als Bube oft einen erstarrten Maikäfer am Bauch gekitzelt, um ihn in Bewegung zu versetzen (Heiterkeit), aber diese Partei könnte man mit glühenden Eisen kitzeln, ehe sie den Kampf gegen den Absolutismus aufnimmt. Payer hat erklärt: „Die bürgerliche Demokratie muß künftighin ihren Anschluß nach rechts und nicht nach links suchen.“ Wir bleiben eine proletarische Kampfpartei. Wie es mit der schwäbischen Volkspartei aussieht, beweist eine Aeußerung eines schwäbischen Fabrikanten, der zur Volkspartei gehört, in der Kammer: „Wenn das mit dem Fabrikschutz so weitergeht, so sind wir nicht mehr Herren im eigenen Hause.“ Ich bin auch nicht der Meinung, daß die Gesellschaft bald zusammenbrechen wird. In dieser Beziehung hat uns Bernstein auch nichts Neues gesagt. Als ich in London mit Schlüter und Fischer ein paar Monate war, da haben wir uns gesagt: Wir haben uns getäuscht: die englische Bourgeoisie hat noch solche Macht, von einem Zusammenbruch kann keine Rede sein. Es pressirt uns auch garnicht. Wir haben noch Millionen Proletarier zu gewinnen. (Sehr richtig!)

v. Vollmar: Ich habe zur Einleitung meiner Ausführungen ein paar Worte dem Genossen Schoenlank zu widmen. Schoenlank hat aus unserem Wahlhandbuch eine Reihe von Stellen verlesen, wofür ich ihm auch als Verfasser dieses Handbuchs dankbar bin. Ich hoffe nur, daß er mit dem andern Inhalt des Handbuchs ebenfalls einverstanden ist. Im Uebrigen hat er lediglich den Beweis geliefert, daß die ganze Debatte über die bayrische Angelegenheit in der Presse spurlos an ihm vorüber gegangen ist, sonst wäre es nicht zu verstehen, daß es einer noch nicht weiß, was ein Kompromiß ist und was nicht. Was wir gethan haben, ist einfach das, daß wir eine Korrektur an dem verkehrtesten Wahlrecht von Europa vorgenommen haben. (Sehr richtig!) Ehrhart hat bereits darauf hingewiesen: hätten wir nicht gethan, was wir gethan haben, so wäre der Unterschied allein der, daß dann noch mehr Gegner von uns als heute in der bayrischen Kammer säßen. An Stelle von sechs Sozialdemokraten säßen sechs Nationalliberale, die mindestens ebenso schlimm wären wie die Schwarzen. (Sehr richtig!) Ich rathe den anderen Genossen nur, unsere Wahlverabredung zu studiren, bis sie dasselbe machen wie wir. (Heiterkeit.) Wenn Schoenlank es für nöthig gehalten hat, ein abfälliges Wort über die Gesammtpolitik der bayrischen Genossen auszusprechen, so kann ich mich damit begnügen, ein Citat von Schoenlank zu verlesen, das aus der Zeit stammt, als Schoenlank der lebhafteste Vertheidiger der bayrischen Politik war. Im November 1895 schrieb er in der „Leipziger Volkszeitung“: „Mit einem glänzenden Erfolge, den Niemand bestreitet, haben unsere bayrischen Genossen, die die Eigenart der Verhältnisse von Grund aus kennen, die Sache der Sozialdemokratie gefördert. Ihre Taktik hat sich bewährt, die Partei in Bayern ist damit einverstanden. — Die Bayern haben eine praktisch revolutionäre Politik getrieben, die einzig richtige und die einzig mögliche. Und auf einmal sollten sie Irrwischpolitik treiben?“ (Heiterkeit.) Diese Aeußerung Schoenlanks stammt allerdings aus derselben Zeit, wo er Kautsky den „Großinquisitor des Dogmatismus“ nannte. (Heiterkeit.) Heute hat er sich das wohl überlegt und würde ihn anders nennen.

Wenn ich mich nun den allgemeinen Dingen zuwende, so wird es mir nicht einfallen, den zahlreichen im Uebermaß vorgeführten Ansichten über Bernsteins Buch, all' diesem Für und Wider noch irgend etwas Weiteres hinzuzufügen. Das ist in solchem Umfange geschehen, daß ich fast der Meinung bin, das Maß ist so reichlich voll, daß ein großer Theil der Parteigenossen nicht recht wissen wird, wo sie die Ueberfülle des Segens hinbringen kann. (Lebhafte Zustimmung.) Durch Schuld von beiden Seiten ist die ganze Taktikfrage ein so

unentwirrbares Knäuel geworden, daß jedes weitere Herumgreifen, jedes weitere Nesteln daran die Sache nicht besser, sondern schlechter machen würde. Diese Art der Behandlung der Sache hat schließlich auch noch den Nachtheil, daß durch das fortwährende Hervorheben von Details das Gesammtbild aus dem Auge verloren und verschoben worden ist. Erst Auer ist es gewesen, der auf diesen Punkt und auf diesen Zusammenhang wieder hingewiesen hat.

Der Streit, um den es sich hier handelt, hat keineswegs erst von dem Bernstein'schen Buch seinen Anfang genommen, sondern bereits im vorigen Jahre, zu einer Zeit, wo das Buch noch garnicht geschrieben war, sind bereits dieselben Schlußfolgerungen im voraus gezogen und gefordert worden, daß gegen Bernstein und mit Bernstein zugleich gegen alle Possibilisten, Opportunisten, und wie man sie sonst nennt, vorgegangen werde. Allerdings, als dann Bernstein sich dazu bringen ließ — ich hätte mich nicht dazu bringen lassen —, diese seine ketzerischen Ansichten zu systematisiren, da wurde auf das im Ausgehen begriffene Flämmchen aufs neue Oel gegossen und die Debatte ging von Neuem los. Man hat sich in der Debatte fast nur auf Bernstein beschränkt, und es ist für ihn gewiß eine große Ehre, daß eine Kampfpartei wie die unserige, garnichts Besseres zu thun weiß, als eine ganze Woche auf Auseinandersetzungen zu verwenden über eine von ihm ausgesprochene Ansicht. Aber eigentlich ist es nicht schön, daß wir Anderen so kurz dabei kommen, daß man uns Andere sozusagen ganz leer dabei ausgehen läßt, denn sehr wenige Redner und gerade die, von denen man am ersten das Gegentheil hätte erwarten können, sind auf Andere als Bernstein zu sprechen gekommen. Ich fasse meinen Eindruck dahin zusammen, daß kaum jemals in einer Debatte im Laufe der Monate ein so gründlicher Wandel eingetreten ist. Kaum jemals ist eine so heiß gekochte Suppe uns schließlich so kalt vorgesetzt worden. (Sehr richtig!) Erinnern Sie sich nur, wie großartig und dramatisch uns der jetzige Parteitag von gewissen Richtungen im voraus geschildert ist! Schoenlank sagt, von einem Scheiterhaufen war keine Rede. Ja wohl. Der Scheiterhaufen war schon da, aber die Zündhölzchen wollten nicht anbrennen und die Kraft hat nicht ausgereicht, uns auf den Scheiterhaufen zu werfen. Daß Bernstein aus der Partei hinaus sollte, stand bei einer ganzen Reihe von Leuten fest, es wurde ausdrücklich gesagt, er ist kein Sozialdemokrat mehr, Apostata, der Abtrünnige, der Verräter solle hinaus. Mit ihm sollten aber auch noch Andere hinaus. Eine Schriftstellerin in der Partei hat ganz richtig herausgefunden: Was nutzt es, wenn man Bernstein an den Kragen geht und die große Anzahl von Bernsteinen, die praktisch thätig sind, ungeschoren läßt? Die ganze Richtung der kleinen, aber einflußreichen Gruppe, wie sie genannt ist, Auer, Schippel, Heine, ich ganz selbstverständlich — ich stehe ja jedes Jahr auf der Proskriptionsliste (Heiterkeit), es ist bisher meiner Gesundheit ganz gut angeschlagen, ich beschwere mich durchaus nicht darüber — wir Alle sollten am Kragen genommen werden, ein Strafgericht sollte der Parteitag sein, es sollte eine reinliche Scheidung eintreten, es sollte für alle Zukunft allem Opportunismus, welche Gestalt er immer habe, ein Riegel vorgeschoben, es sollte die „reine“ Auffassung zum Parteigesetz gemacht werden. So ist man mit tausend hochgeschwellten Segeln hinausgezogen, und als es dann zur Schlacht kam, was ist eigentlich zurückgeblieben? Man hat festgestellt, daß eigentlich Niemand in diesem Saale mit Allem, was Bernstein geschrieben hat, einverstanden ist. Ich glaube, daß Bernstein, der doch wahrhaftig kein thörichter Mensch ist, selbst nicht vermuthet, daß man mit Allem, was er über Theorie und Praxis sagt, einverstanden ist. Ich theile eine ganze Reihe von Ansichten aus seinem Buche nicht, besonders nicht seine Ansicht in Bezug auf den Liberalismus. Er sieht nach dieser Richtung hin zweifellos durch die englische Brille. Es haben übrigens andere, größere Männer auch durch die englische Brille gesehen, nur hat man sich da nicht gescheut, zu beweisen, was sich schließlich

doch nicht hat aufrecht erhalten lassen. Aber wenn dem so ist, so ist das doch nicht Bernsteins Schuld, der, weil er sich für die Partei geopfert hat, im Exil sitzt und dadurch außer Zusammenhang mit uns gebracht ist und sich nicht mehr in vollkommener Uebereinstimmung mit der Partei befindet und Vieles falsch auffassen kann. Auf der anderen Seite werden Sie mir zugeben müssen, daß eine ganze Reihe von Dingen, die Bernstein in seinem Buch erwähnt, richtig sind, und daß er uns auch da, wo die Richtigkeit nicht vollständig nachgewiesen ist, wenigstens zum Denken Anlaß giebt, und das ist etwas, was sich nicht von jeder Schrift sagen läßt, auch nicht von jeder, die von uns verbreitet und angepriesen wird. Man berücksichtige doch die thatsächlichen Verhältnisse. Das, was uns an dem Buch gefällt, nehmen wir, und was uns nicht paßt, das legen wir als Irrthum bei Seite, genau so, wie wir es mit andern Büchern machen. Es ist überhaupt traurig, daß es Leute giebt, die jede Parteischrift für ein Evangelium und für der Weisheit letzten Schluß halten. Nein jedes Buch soll erst zum eigenen Denken anregen. Es lag also gar keine Veranlassung vor, ein so furchtbar großes Aufhebens von dem Buch und von der in ihm steckenden Gefahr zu machen. Ich habe wohl stets bewiesen, daß Niemand ferner davon sein kann, dem Volke zu schmeicheln, als ich, denn das halte ich für etwas Niedriges, aber das muß ich doch sagen, daß ich ein größeres Zutrauen in die Masse unserer Parteigenossen habe, als viele Andere, die da glauben, daß der Tugendpfad zu eng ist für uns, daß mit Leichtigkeit ein Schritt rechts oder links die Leute von uns abbringt. (Beifall.)

Wenn ich also auch gegen Bernstein kritisch bin wie gegen jeden Anderen, so wiederhole ich gleichwohl, daß in dem Buche viel Gutes steckt und es wird vielleicht später, wenn erst mal der Kampf des Tages vorüber ist, noch Mancher finden, daß er aus dem Buch viel Gutes lernen kann. Das steht jedenfalls fest, daß Bernstein, was man auch gegen seine Anschauungen einwenden kann, auf dem Grundgedanken unserer Prinzipien steht und deshalb noch unser Parteigenosse ist, ebenso gut wie Diejenigen, die sich herausgenommen haben, ihm die Parteigenossenschaft abzusprechen. (Lebhafter Beifall.)

Es ist geradezu eine Freude für mich gewesen, aus der Presse, namentlich aus dem „Vorwärts" zu ersehen, daß man in einer ganzen Reihe von Orten in Versammlungen, die sich gegen Bernstein ausgesprochen haben, doch immer wiederholt hat: Bernstein ist Parteigenosse. Wir werden die freie Forschung nicht eindämmen. (Ledebour: Das haben wir auch nicht gethan!) So, aber ich weiß einen Andern, der einen Antrag formulirt hat, wonach die Forschungsfreiheit nur soweit aufrecht erhalten werden soll, als sie sich auf unserem Boden bewegt. (Ledebour: Wer denn?) Es scheint, daß Sie Ihre nächsten Zeitungen nicht mal lesen. (Heiterkeit.) Eine urreaktionärere Forderung als diese ist in der Sozialdemokratie noch nie gestellt worden. Allerdings auf diesem Parteitage ist jene Forderung nicht mehr aufgetaucht und mit einer Generalabrechnung mit uns Anderen ist nun schon gar keine Rede mehr. Wir haben gestern ja das Vergnügen gehabt, hier eine Parteigenossin zu hören, die die gewaltigste Vorkämpferin der von mir gekennzeichneten Gruppe ist. Sie werden sich erinnern, in welchem Geiste ihre Artikel geschrieben sind, und nun vergleichen Sie damit einmal die Art und Weise ihres Auftretens an dieser Stelle. (Sehr gut.) Das was wir gehört haben, war ja ein reiner akademischer Vortrag; mit herzgewinnender Milde hat sie sich ausgesprochen und zum Schluß nur noch den zaghaften Wunsch und die Hoffnung gehabt, daß Bernsteins Richtung nicht weiter erstarken möge. Ich muß sagen: eine solche Bescheidenheit hätte ich wahrhaftig hinter der betreffenden Rednerin nach den bisherigen Erfahrungen nicht vermuthet. Für uns Andere ist es natürlich eine Beruhigung, daß es uns erlaubt ist, wieder so zu handeln, wie wir es für richtig halten und wir nur mit Zustimmung unserer Genossin bis jetzt gehandelt haben und daß sie nicht darauf

bringen will, daß dieser naturgemäßen Taktik durch einen Strohhalm Einhalt gethan wird. Aber ich kann nur sagen, daß, um ein solches Windei zu legen, ein so großes Gegacker nicht nothwendig war. (Heiterkeit. Glocke des Präsidenten.)

Singer (unterbrechend): Der Redner hat zwar keinen Namen genannt, aber doch so direkt auf die Rednerin hingewiesen, daß ich ihn doch bitten muß, derartige Ausdrücke zu vermeiden, worin er einer Rednerin in ihrem Auftreten den Vorwurf des Gegackers macht. (Stürmische Heiterkeit.)

v. Vollmar (fortfahrend): Ich bin zwar zu lange im Parlament, als daß ich einen Ordnungsruf allzu krumm nehme, wenn er auch nur ein indirekter ist. Aber in diesem Falle ist mir blutig Unrecht geschehen. (Heiterkeit.) Es ist mir gar nicht eingefallen, auf eine bestimmte Person das physische Gackern anzuwenden, sondern ich habe lediglich eine sprichwörtliche Wendung gebraucht, und das Gackern soll nur bedeuten den großen Lärm, den großen Summs, das Drum und Dran, und nachher das bescheidene Auftreten hier! Aber lassen wir das beiseite. Das wenigstens steht fest, daß der erneute Angriff der Parteireiniger und -Eiferer bei dieser Gelegenheit in einer Weise von uns abgeschlagen ist, wie es früher selbst auf dem Stuttgarter Parteitag auch nicht annähernd der Fall gewesen ist. Die betreffenden Parteigenossen sollten daraus doch die Lehre ziehen, daß es endlich an der Zeit wäre, diese uralte Rederei von der Versumpfung, vom Opportunismus, von den Gefahren, die rings um uns sind, zu unterlassen, schon aus dem Grunde, weil sie auf die Dauer der Partei zu langweilig wird. Die Masse unserer Parteigenossen arbeitet unausgesetzt, sie ist opferwillig nach jeder Richtung hin, um die Interessen des Proletariats und der Arbeiterklasse zu fördern, um ihre eigene Lage zu heben. Eine derartige Partei hätte wohl etwas Besseres zu thun, als sich fortgesetzt zum Tummelplatze von theoretischen Streitigkeiten zu machen, wobei eine ganze Menge Rechthaberei, Haarspalterei und Silbenstecherei mit unterläuft. (Sehr richtig!) Wenn diese Katzbalgereien noch lange so fortgehen, dann wird schließlich die Wissenschaft allen Kredit verlieren, dann werden sich die Arbeiter sagen: haben wir denn gar nichts anderes zu thun, als über jede Theorie, die irgend einem im Kopfe herumgeht, zu streiten und uns dadurch die Kraft nehmen zu lassen für andere wichtigere Dinge? Diejenigen, die das angeht, sollten auf diesem Parteitage lernen, daß es jetzt endlich an der Zeit wäre, von diesen Dingen abzulassen. Worin besteht denn der furchtbar große Gegensatz, den man zwischen uns konstruirt hat? Ich glaube, daß es in diesem Saale und außerhalb dieses Saales in unserer Partei niemanden giebt, der an der Partei zweifelt. Er kann an Dogmen glauben oder an Anschauungen, die augenblicklich Mode sind — denn auch darin spielt die Mode eine große Rolle — aber am Wesen der Partei habe ich noch keinen zweifeln sehen.

Es ist gesagt, Bernsteins Schrift sei geeignet, uns den Kampf zu verekeln. Wenn man doch nur nicht jede Sache so unvernünftig übertreiben wollte. Man sagt, wer angstmeiert, dient der Reaktion. Gewiß! Aber ich füge hinzu, was einst ein französischer Sozialist nach der Kommune ausgesprochen: Wer dem Volke falsche Revolutionslegenden erzählt, wirkt ebenso schädlich wie derjenige, der einem fortfahrenden Segler falsche Karten mit auf den Weg geben würde. (Sehr wahr!) Jeder Einzige weiß, wie einmal Engels in einem Brief an Turati sich ausgedrückt hat, daß wir in der gegenwärtigen Bewegung auch die zukünftige zu vertreten haben. Aber ebenso sicher ist es, daß man durch das fortwährende Gerede, man könne in der heutigen Gesellschaft garnichts erreichen, was der Mühe werth sei, lähmend auf die Arbeiterbewegung einwirken muß. (Sehr richtig!) Das allerschlimmste und thörichste Mittel ist aber das, welches Diejenigen anwenden, die fort und fort so thun, als ob es zwei Klassen von Parteigenossen bei uns giebt. Auer hat darauf schon hingewiesen und es in seiner drastischen Art es etwas anders dargestellt,

als ich es Ihnen darstellen will. Man spricht davon, daß es auf der einen Seite Opportunisten, auf der anderen Seite proletarische Revolutionäre giebt — das Wort Sozialdemokraten ist ja den Vertretern dieser Richtung nicht mehr gut genug, sie müssen sich ein neues Wort bilden und es recht oft wiederholen. Diese Theilung in zwei Gruppen ist das allerverkehrteste, namentlich wenn man will, daß die eine Gruppe zur Unterwerfung gebracht werden soll oder wenn man sagt, es muß zu einer reinlichen Scheidung kommen. Ja wahrhaftig! Das könnte unseren Gegnern sehr gut gefallen, wenn die Partei, die niemals bis jetzt hat besiegt werden können, sich so in der unverantwortlichsten Weise schwächen würde. Ich habe gar kein Hehl daraus gemacht, daß auch mir verschiedenes an manchen Dingen und Personen in der Partei nicht gefällt; ich halte es nur nicht für richtig, das fortwährend auf öffentlichem Markte zu predigen, sondern ich denke mir mein Theil dabei und traue auf die Kraftentwickelung, die ganz von selbst, ob es die Leute wollen oder nicht, schließlich die Sache zum rechten Ende führen wird. Die Einheit der Sozialdemokratie ist die nothwendige Voraussetzung unserer Erfolge. Deshalb trete ich stets für die Einheit ein, deshalb bin ich auf allen Parteitagen dagegen aufgetreten, daß man eine künstliche Machtprobe zwischen den verschiedenen Anschauungen herbeizuführen sucht, und ich hoffe, daß endlich einmal von denen, die wiederholt die Machtprobe herbeiführen wollten, davon abgelassen wird. Sollte das nicht sein, sollte diese verdammte Art anhalten, aus jeder kleinen Meinungsverschiedenheit einen großen Unterschied in der ganzen Weltanschauung zu konstruiren, sollte dieser Streit fortdauern, dann könnte allerdings einmal der Masse der Parteigenossen der bisher bewiesene Langmuth ausgehen, und sie könnte jenen Leuten, um die es sich dreht, zeigen, daß die Partei die Machtmittel hat — nicht die Mittel der Beschlüsse, sondern die Mittel, die aus der öffentlichen Volksmeinung hervorgehen — ihnen das abzugewöhnen. Ich und meine Parteigenossen sind vollkommen mit der Bebel-schen Resolution einverstanden. Wir sind zufrieden mit dem darin ausgedrückten Gedanken und werden deshalb mit Vergnügen einstimmig dafür eintreten. (Stürmischer Beifall.)

Singer: Vier genügend unterstützte Schlußanträge liegen vor.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird fast einstimmig angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Liebknecht: Genossen! Man hat den Debatten einen persönlichen Charakter zu geben versucht, was sehr zu bedauern ist. Insbesondere hat man meine Aeußerungen über Bernstein in einer Weise vorgebracht, die berechnet oder geeignet war, an das Mitleid zu appelliren und den Blick von der Sache abzulenken. Ich habe in Bezug auf die Pieschener Rede schon gestern richtig gestellt, was richtig zu stellen war. Heute ist mir nun gewissermaßen Unwahrheit vorgeworfen worden. Dagegen verwahre ich mich. Was ich sage, vertrete ich stets. Ich habe aber gestern schon gesagt, ich habe Bernstein **nicht** einen Strohredakteur genannt und das hat auch nicht in dem Bericht gestanden. Das Wort steht garnicht im Bericht. Es ist auch nicht wahr, daß ich es als Almosen bezeichnet habe, daß Bernstein die Herausgabe der Lassalle'schen Schriften übertragen worden ist. Ehrhart hat den Bericht hier verlesen und auch das steht nicht da. Diese beiden Thatsachen stelle ich fest. Wenn ein Redner sagt, das, was in seinem gedrängten Bericht über seine Rede steht, ist nicht wörtlich das, was er gesprochen hat, so ist jeder Parteigenosse verpflichtet, das zu glauben. (Sehr wahr!) Das erfordert der einfache Anstand. Außerdem **kann** kein solcher Bericht ein genauer sein. Was meine wirklichen Ausführungen betrifft, so habe ich gestern bereits erklärt und wiederhole es heute, daß ich gegenüber der **Legende** von Bernsteins Wissenschaftlichkeit klipp und klar gesagt habe, es ist nicht richtig, daß Bernstein eine der wissenschaftlichen Autoritäten der

Partei ist. Ich habe weiter erklärt, daß der Geist, der im „Sozialdemokrat" steckte, nicht der Geist eines einzelnen Mannes, nicht der Geist Bernsteins war, sondern der Geist der gesammten kämpfenden Partei. Das habe ich gesagt, und das ist die Wahrheit. Wenn man dann weiter versucht hat, die Redakteure der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" in Konflikt mit mir zu bringen, so erinnert mich das an jene Staatsanwalts-Praxis, die, wenn zwei verschiedene Aussagen vor Gericht gemacht werden, gleich einen Meineid konstatirt. Nein, es liegt hier bona fides vor.

Ehrhart hat mir, weil ich den bayrischen Kuhhandel erst nachträglich, das heißt nach vollendeter Hauptwahl, verurtheilte, vorgeworfen, ich hätte mich dadurch der Mithilfe zu einem Parteiverbrechen schuldig gemacht. Ich ging nicht soweit, jenes Vergehen als ein Verbrechen zu erklären, in jedem Fall aber würde ich es, während Genossen irgendwo im Kampfe sind, wenn sie meiner Meinung nach nicht richtig kämpfen, für taktlos halten, ja für ein Verbrechen, ihnen in den Rücken zu fallen. Das wäre einfach eine Schmach, ein Verbrechen gegen das Parteiinteresse, gegen die Parteidisziplin. (Sehr wahr!) Was nun meine Behauptung betrifft, daß dem von mir vorgelegten Flugblatt Stimmzettel für das Zentrum beilagen, so stammt diese Behauptung von einem Parteigenossen aus Speyer, der mir schreibt: „Hier haben Sie das Flugblatt, das mit Zentrums-Stimmzetteln belegt war und von Genossen verbreitet wurde." Ich lege den Brief auf den Tisch des Parteitags nieder. Ich habe also auch hierin die absolute Wahrheit gesagt. (Zustimmung.) Dann wird mir noch der Vorwurf gemacht, daß ich in den achtziger Jahren einmal bei einer Wahl aufgefordert hätte, für einen Volksparteiler zu stimmen. Am Tage vor der Stichwahl — denn nicht um einen Kuhhandel handelte es sich, sondern um die alte Taktik bei Stichwahlen — kam ein Herr aus Frankfurt oder Mannheim zu mir nach Offenbach und theilte mir mit, daß, wenn unsere Genossen in Mannheim sich der Stimmabgabe enthielten, der reaktionäre Kandidat gewählt würde. Es war bei der Kürze der Zeit absolut nicht mehr möglich, persönlich am Orte Nachforschungen anzustellen, und deshalb habe ich dem Betreffenden ein paar Worte geschrieben, worin ich die Mannheimer Genossen ersuchte, für das kleinere Uebel zu stimmen. Es handelte sich damals nicht um ein Kompromiß, sondern um eine Stichwahl und die Befolgung der demokratischen Taktik, die wir stets und überall bei Stichwahlen befolgt haben. Die Sache hat nachher zu einer Polemik im „Sozialdemokrat" geführt, es wurde mir von den Mannheimern ein Rüffel ertheilt, und ich erklärte, daß ich den Rüffel zwar annehme, weil ich formell, jedoch ohne meine Schuld gefehlt, daß ich aber im Interesse der Partei gehandelt habe und daß es mir nicht möglich war, bei der Kürze der Zeit mich mit den Mannheimer Genossen in Verbindung zu setzen. Uebrigens haben wir uns sehr bald wieder versöhnt. (Beifall.)

Ledebour: Was ich auf die Provokationen und Insinuationen des Genossen Auer (sehr richtig!), deren Absicht und Zweck so durchsichtig ist (sehr gut!), zu erwidern hatte, ist durch Liebknecht bereits erledigt. (Sehr richtig!)

Frau **Zetkin:** Genosse Auer hat sich mir gegenüber als freiwilliger Staatsanwalt der Sozialdemokratie gefühlt. (Sehr gut!) Mir fiel dabei ein, was zu Napoleon I. einmal sein Polizeiminister Fouché gesagt hat: „Sire, geben Sie mir von dem Menschen nur eine Zeile, und ich bringe ihn an den Galgen!" (Sehr gut!) An den Galgen will mich nun Auer in seiner Milde durchaus nicht bringen, wohl aber will er mich in die Jammerecke stellen (Heiterkeit), in welche in diesem Jahrhundert der Aufklärung die Ketzerrichter und Scheiterhaufenerbauer gehören. Er hat behauptet, daß ich den Ausschluß einzelner Personen gefordert habe. In der „Gleichheit" hat aber ganz etwas anderes gestanden. Es heißt dort; „Es gehört eine starke Dosis von Kindlichkeit dazu, wenn einzelne Persönlichkeiten sich diese reinliche Scheidung nicht anders vorstellen können, als in

Form eines „Ketzergerichts" mit obligatem Bannfluch gegen Personen. Es handelt sich um eine reinliche Scheidung der grundsätzlichen Auffassungen, die einander entgegenstehen, nicht aber um den Ausschluß „Ungläubiger" und die Kanonisirung (Heiligsprechung) „Rechtgläubiger". Hat die Vertretung der Gesammtpartei in einer Resolution festgelegt, welche Grundsätze für das Sein und Thun der Sozialdemokratie ausschlaggebend sind, so ist es Sache jeder einzelnen opportunistelnden Person, mit ihrem Gewissen auszumachen, ob sie der Partei angehören könne oder nicht." Mit einem schönen, warmen Pathos, das der Genosse Auer nur in seltenen Momenten aufzuwenden für nothwendig erachtet (sehr gut!), hat er sich dagegen gewandt, daß man einen supponirten Bernstein an Stelle des wirklichen Bernstein setzt. Er wird ihn deshalb nicht einfallen, durch eine Interpretation meiner Worte eine supponirte Zetkin an Stelle der wirklichen Zetkin zu setzen und die von ihm so verabscheute Auslegekunst anzuwenden. (Sehr gut!) Wenn sich Auer so als Staatsanwalt fühlt, dann soll er auch die Pflicht des bürgerlichen Staatsanwalts erfüllen und das Material hier vollständig vorlegen. (Beifall.)

Kautsky: Genosse Auer hat Ihnen eine sehr gruselige Geschichte erzählt. Er hat mich heute morgen gefragt, ob Bebel mir schon seinen Kartellträger geschickt hat. Die Beleidigung, die nur mit Blut gerochen werden konnte, sollte in dem Passus meiner Rede liegen, in dem ich Engels gegen den Vorwurf idiotischen Prophezeiens vertheidigte. Dadurch hätte ich Bebel, der sich auf solches Prophezeien eingelassen, des Idiotismus beschuldigt. Ich war sehr erschrocken, als ich davon erfuhr; meine Angst legte sich, als ich die Bebel'sche Prophezeiung las. Ich will Ihnen auseinandersetzen, worum es sich handelte. Freund Auer war freilich so liebenswürdig, diese Auseinandersetzung von vornherein zu diskreditiren und zu verdächtigen, indem er mit seiner liebenswürdigen Bonhomie versicherte, nach ihm werde schon einer kommen, der beweise, daß er unrecht habe, offenbar ein Rabulist, der schwarz in weiß verwandeln kann. Hören Sie nun, was ich gesagt: Wenn Engels den Kladderadatsch, die große soziale Revolution, für ein bestimmtes Jahr vorausgesagt hätte, so wäre das Idiotismus gewesen; Engels habe das eben nicht gesagt. Ich habe den Wortlaut seines Briefes nicht im Gedächtniß, aber soweit ich mich erinnere, hat Engels, angeregt durch die Februarwahlen, gemeint, wenn die Entwickelung so weiter ginge, hätten wir vielleicht schon gegen Ende des Jahrhunderts einen großen politischen Umschwung zu erwarten, so daß das Jubeljahr der Revolution von 1848 ein Revolutionsjahr würde. Das ist ein Ausdruck starken Optimismus, aber nicht Idiotismus.

Was hat aber nun Bebel prophezeit? Die Stelle befindet sich im Protokoll des Erfurter Kongresses. Dort heißt es (S. 282): „Ich mache kein Hehl daraus, ich habe mich riesig gefreut, als kürzlich mein Freund Engels in seinem bekannten Brief im „Socialiste", den auch unsere Presse veröffentlichte einen Umschwung der Dinge von Grund aus (Zwischenruf Davids: „von Grund aus"; Bebel ruft: „Staatsanwalt!") gegen das Jahr 1898 in Aussicht stellte."

Das ist es, was Bebel sagte. Einem Redner kann leichter eine Entgleisung passiren als einem Schriftsteller. Hätte Bebel sich schiefer ausgedrückt als Engels, so hätten wir da eben eine Kongreß-Redeblüthe vor uns. Aber Bebel hat sich ganz vorsichtig ausgedrückt. Von keinem Kladderadatsch, von keiner großen sozialen Revolution ist die Rede, sondern von einem Umschwung der Dinge, und die Zeitbestimmung ist keineswegs eine apodiktische, für jeden verständliche, der sich des damals allgemein bekannten Briefes erinnerte, auf den sich Bebel bezog.

Schon diese Bezugnahme verbietet es, Bebels Ausspruch anders aufzufassen als Engels Brief. Ist dieser nicht idiotisch, dann ist es auch jener nicht und umgekehrt. Es ist daher völlig ungerechtfertigt, den Ausspruch in Gegensatz zum Briefe zu bringen. Wenn Gegner den Bebel'schen Ausspruch in möglichst lächer-

lichem Sinne zu deuten suchen, überrascht mich das nicht. Seit einiger Zeit herrscht aber in manchen Parteikreisen auch die Mode, jeden für einen Dogmenfanatiker und Rabulisten zu erklären, der nicht völlig unzweideutige Ausdrücke unserer Denker möglichst vernünftig aufzufassen sucht. Ist das Rabulisterei, dann will ich gern zu den Rabulisten gezählt werden. Das entgegengesetzte Verfahren überlasse ich Genossen Auer, demselben Auer, der eben in so beweglichen Worten an unsere Kameradschaft, unsere Solidarität und Loyalität appellirt hat.

Stadthagen: Mir ist nicht eingefallen die Betonung des Endziels als einer Art von Zaubermittel, mit dem jeder Wahlkreis erobert werden müsse. Alle diese Mätzchen, wie das von dem Fahnenanhängsel, habe ich nicht gemacht.

Singer: Ich bitte, einem Parteigenossen gegenüber nicht von Mätzchen zu sprechen.

Stadthagen: Wenn Auer mich auffordert, Namen zu nennen bezüglich der Richtung, die einen gebildeten Diskutirklub statt einer revolutionären Partei haben möchte, so muß ich das ablehnen, weil ich es für illoyal und unsozialdemokratisch halte, mit Namen zu operiren, gegen Personen statt gegen die Sache vorzugehen. Die Sache liegt aber so klar, daß auch Auer sie sehr gut kennt.

Rosa Luxemburg: Vollmar hat mich der Ketzerrichterei bezichtigt auf Grund eines Antrages im dritten Berliner Wahlkreis, durch den ich die Freiheit der Kritik hätte unterdrücken wollen. Es ist nicht den Thatsachen entsprechend, wenn er von einem Antrag spricht, den ich gestellt haben soll. Es handelte sich um eine Heine'sche Resolution, die vom Parteitag die Freiheit einer unbeschränkten Kritik forderte. Dazu bemerkte ich Folgendes: Wenn Sie unter der Freiheit der Kritik nichts weiter verstehen wollen, als was jeder Mensch darunter versteht, so ist der Antrag nicht nur etwas ganz Ueberflüssiges, sondern direkt eine Ohrfeige für den Parteitag und die Partei. Ich sagte, keine einzige Partei giebt es, die die Freiheit der Kritik in so ausgiebigem Maße gewährt wie die unserige. Wenn Sie aber darunter verstehen sollten, daß die Partei im Namen der Freiheit der Kritik kein Recht haben sollte, zu gewissen Meinungen und Kritiken der letzten Zeit Stellung zu nehmen und durch Majoritätsbeschluß zu erklären: wir stehen nicht auf diesem Standpunkte, — so muß ich dagegen protestiren, denn wir sind nicht ein Diskutirklub, sondern eine politische Kampfpartei, die bestimmte Grundanschauungen haben muß. (Lachen.)

Ehrhart: Ich habe mich soeben überzeugt, daß der Mann, der Liebknecht den Brief geschickt hat, bereits vor zwei Jahren in Speyer aus der Partei ausgeschlossen ist (hört! hört!). Zweitens: daß Liebknecht keine Zeit hatte, wegen des Klopfer sich mit der Partei auseinanderzusetzen, ist nicht richtig; er ist zweimal von Mannheim nach Offenbach gefahren und hat erst dann ein Flugblatt mitgebracht. Ferner ist es unrichtig, daß unsere Taktik damals gewesen sei, die Freisinnigen zu unterstützen, sondern daß wir bei der Stichwahl uns der Stimme enthielten. Es ist auch nicht richtig, daß dieser Fall eine Polemik im „Sozialdemokrat" veranlaßt hat, im Gegentheil, unsere Beschwerde wurde unterschlagen und wir haben deshalb sogar das Abonnement auf den „Sozialdemokrat" aufgegeben. In St. Gallen habe ich allerdings gesagt: wir müssen ruppiger werden. Das würde ich auch noch einmal sagen, wenn wir wieder wie damals unter einem Ausnahmegesetz leben müßten und wenn wir dann zahm sein wollten.

Dr. **David:** Stadthagen hat mich gezwungen, von dem festen Vorsatz, nicht mehr das Wort zu nehmen, abzugehen. Er meinte, ich hätte durch meine Agitation im Mainzer Wahlkreise den schweren Verlust mitverschuldet. Er hat zwar soeben gesagt, er habe nicht behauptet, daß seine prinzipienreine Agitation unter allen Umständen ein Zaubermittel sei; aber den Mainzer Fall hat er in dieser Beziehung gerade auf mich angewendet. Das trifft nicht nur meine Ehre, sondern die Ehre der an dem Mainzer Wahlkampf betheiligten Genossen. Wir haben den Kreis 1896 verloren, Sie wissen, was vorausgegangen ist. Wenn Sie

dem Mangel an Prinzipienklarheit in der Agitation schuld geben, dann wenden Sie sich an den ganzen Generalstab der Partei, der damals im Kreise agitirte, Bebel und Liebknecht an der Spitze, dann wenden Sie sich vor allem an Ihren Mitantragsteller Molkenbuhr. Der Wahlkreis ging verloren, weil diesmal nicht die Nationalliberalen, sondern das Zentrum in die Stichwahl kam; aber das, worauf es ankommt, unser Stimmenzuwachs, war ein ganz mächtiger. Ich gebe Ihnen zu erwägen, ob solche Angriffe, wie die von Stadthagen, geeignet sind, uns die Agitation in Mainz zu erleichtern. Ich bezeichne diese Unterschiebung — ich kenne keinen anderen Ausdruck dafür — als eine leichtfertige Verdächtigung.

Singer: Eine derartige Aeußerung ist unzulässig.

Auer: Ich habe zu erklären, daß ich Stadthagen nicht aufgefordert habe, Namen zu nennen; ich habe nur gesagt, er solle uns das Exemplar eines Parteigenossen, der an Stelle der Revolutionierung der Massen die Partei in einen Lesezirkel gelehrter und intelligenter Leute zusammenfassen möchte, auf den Tisch des Hauses legen. So lange er das nicht kann, glaube ich nicht, daß es solche Genossen giebt. — Was Kautsky und mein angeblich illoyales Verhalten in Bezug auf die Kladderadatsch-Behauptung betrifft, eine Behauptung, die mir gegenüber mündlich und schriftlich vertreten worden ist, so kann ich nur das Eine erwidern: Wenn Kautsky jetzt behauptet, daß alles, was ich Ihnen nach dieser Richtung erzählt habe, nicht wahr ist — nun dann, Parteigenossen, nehme ich von dieser Erklärung Akt, ich halte damit den Wechselbalg Kladderadatsch für erledigt, aber gelebt hat er. (Große Heiterkeit.) — Ledebour hat auf meine Anzapfung erklärt, daß er die von mir vorgebrachte Angelegenheit durch die Aeußerung Liebknechts für sich und für die Redaktion der „Sächsischen Arbeiterzeitung" für erledigt erachte und auf mich überhaupt nicht mehr eingehe. Wahrscheinlich bin ich Luft für ihn. Ich nehme Akt von dieser Erklärung Ledebours, daß er die Erklärung von Liebknecht in allen Theilen für richtig hält. Liebknecht hat erklärt, der Bericht ist falsch, damit ist erwiesen, daß das Blatt, dessen Chef Ledebour ist, in einer so wichtigen Frage einen gefälschten, dem Wesen und Inhalt nach unrichtigen Bericht gebracht hat. (Zustimmung und Widerspruch.) — Die Genossin Zetkin meint, ich hätte das Bedürfniß gehabt, eine neue Zetkin zu konstruiren. Sie irren sich. Ich habe an der wirklichen Genossin Zetkin mehr als reichlich genug und habe gar kein Bedürfniß mehr, mir eine neue zurecht zu machen. (Stürmische Heiterkeit und Unruhe.) Ich habe nicht gegen eine supponirte Zetkin polemisiert, sondern mich in meinen Ausführungen auf Thatsachen gestützt. Die Genossin Zetkin hat in ihrem Blatt unter ausdrücklicher Nennung meines Namens in Verbindung mit Schippel, Heine und Vollmar gesagt: „Hat die Vertretung der Gesammtpartei in einer Resolution festgelegt, welche Grundsätze für das Sein und Thun der Sozialdemokratie ausschlaggebend sind, so ist es Sache jeder einzelnen opportunistelnden Person, mit ihrem Gewissen auszumachen, ob sie der Partei angehören kann oder nicht." Ich dächte, das ist sehr deutlich. Und in einer Berliner Versammlung hat sie direkt im Anschluß an die Namen Vollmar, Auer, Heine und Schippel, welche als die Träger des Opportunismus und der Politik, mit der aufgeräumt werden müsse, genannt waren, den Satz ausgesprochen: „Wenn die Gegensätze so schroff zu Tage treten, dann ist eine reinliche Scheidung im Interesse der Partei besser als ein fauler Friede und ein Vertuschen." Nun wenn das alles nicht das heißt, was ich gesagt und behauptet habe, dann haben die Worte keinen Sinn mehr. Ich verlange nur, daß Sie zu Ihren Worten stehen und nicht mehr hinter unserem Rücken herhetzen. (Lebhafter Beifall und große Unruhe.)

Heine-Berlin: Ich verzichte aufs Wort.

Vollmar: Ich habe der Genossin Luxemburg vorgeworfen, sie habe den urreaktionären Versuch gemacht, die Freiheit der Kritik und der Forschung in der Partei zu unterbinden. Darauf hat die Angegriffene hier eine Erklärung abgegeben, die schon durch ihre Länge die Vorstellung erwecken mußte, daß da eine Auslegung beabsichtigt wird, die dem ursprünglichen Sinne nicht entsprechen kann. (Unruhe.) Ich habe glücklicher Weise das Material zur Hand. Es sind das drei Notizen; die eine stammt aus dem Bericht des „Vorwärts", die zweite von dem in der Versammlung anwesend gewesenen Genossen Heine, die dritte von dem Vorsitzenden jener Versammlung, dem Vertrauensmann des Wahlkreises. Ich glaube also, wenn diese drei Erklärungen im wesentlichen übereinstimmen, werden sie Ihnen wohl glaubwürdig erscheinen müssen. Es war eine Resolution eingebracht, in der u. a. gesagt war, daß die Freiheit der wissenschaftlichen Diskussion in der Partei gewährleistet bleiben müsse. Daraufhin ist jene Aeußerung der Frau Luxemburg gefallen, die nach dem „Vorwärts" so lautet: es solle die Freiheit der Wissenschaft insoweit gewährleistet bleiben, als die Diskussion sich auf dem allgemeinen grundsätzlichen Boden der Partei bewegt. Die Notiz von Heine geht dahin, „sofern sie sich auf dem bisherigen Boden bewegt", und die Notiz des Vorsitzenden lautet „sofern sie sich auf dem Boden der bisherigen Praxis bewegt". In der Sache selbst stimmen die drei Notizen überein. Es handelt sich thatsächlich um eine Einschränkung der wissenschaftlichen Forschung, denn soweit erkennen ja auch die Ultramontanen und Konservativen die Freiheit der Wissenschaft an. Die wirkliche Freiheit der Wissenschaft darf aber an nichts gebunden sein. Wer an dieser Freiheit rührt, den nenne ich keinen Revolutionär, sondern einen Reaktionär, und dabei bleibt es! (Beifall.)

Liebknecht: Daß der Briefschreiber aus der Partei ausgeschlossen ist, habe ich nicht gewußt, aber er war es, an den ich, als ich vor einigen Jahren zu einer Wahlagitationsrede nach Speyer ging, von den Mannheimer und Ludwigshafener Genossen empfohlen oder gewiesen wurde. Uebrigens liegt die Sache ja jetzt vor der Oeffentlichkeit, und es wird sich bald zeigen, ob er oder Ehrhart recht hat. Ob im „Sozialdemokrat" eine reguläre Polemik darüber war, dessen entsinne ich mich nicht mehr genau. Jedenfalls gab es eine sehr lange Korrespondenz darüber und die Sache wurde schließlich im Guten erledigt. — Gegenüber der „Sächsischen Arbeiterzeitung" hat Auer gesagt: Wenn das wahr ist, was ich, Liebknecht, gesagt habe, dann hat sie falsch berichtet und dabei betonte er das Wort falsch so, daß es etwas an Fälschung erinnert und hierzu will ich Auer, der doch etwas von Journalistik versteht, sagen: Einen genauen Bericht einer längeren Rede kann selbst der beste Stenograph nicht geben. Wenn wir unsern besten Berichterstatter in der Partei nehmen und ihn eine über zweistündige Rede kurz zusammengedrängt wiedergeben lassen, so wird sich herausstellen, daß eine ganze Anzahl von Nüancierungen nicht richtig ist, auch manches positiv falsch ist. Das sehen wir selbst an dem Stenogramm des Reichstags. Kein Berichterstatter in der ganzen Welt kann Nüancen und Ton einer Rede vollkommen korrekt wiedergeben. Im übrigen will ich nur sagen, daß es sehr schlecht um eine Sache bestellt sein muß, die durch derartige persönliche Momente sich zu retten sucht.

Eichhorn-Dresden: Ich habe mit demselben Recht das Wort verlangt, wie Ledebour, als Redakteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung". Ich hätte ja verzichten können, nachdem Liebknecht gesagt hat, daß der Bericht über die Pieschener Versammlung in der Hauptsache richtig ist. Ich bin der Berichterstatter und wie gesagt, soweit es, ohne zu stenographieren, möglich ist, stimmt der Bericht. Das werden nicht nur zwei Pieschener Parteigenossen hier bezeugen, sondern auch die Redaktion der „Sächsischen Arbeiterzeitung", Ledebour und Hänisch, die mir die Richtigkeit des Berichtes bestätigt haben.

Ledebour hat ihn vor der Drucklegung gelesen, denn er hat einen Satz, **den ich nicht geschrieben hatte, hineinkorrigirt.** Der Satz lautet: „Sie sind ja, sagte der Redner, in Dresden zu beglückwünschen, daß Sie hier ein Blatt haben, das den Schild der Partei rein erhält und für die Wahrung des Programms und der Taktik der Partei eintritt.“ (Große Heiterkeit.)

Frau Zetkin: Wer mich kennt, weiß, daß ich nicht zu den philosophischen Naturen gehöre, die sich hinter „Wenn“ und „Aber“ verklausuliren, sondern eine Kampfnatur bin, die aus ihrem Herzen keine Mördergrube macht. Wenn ich den Ausschluß einer Persönlichkeit gefordert hätte, so hätte ich das klipp und klar ausgesprochen. Auer hat mit der ihm eigenen Liebenswürdigkeit erklärt, daß er keine neue Zetkin konstruiren wolle, weil er an der alten Zetkin schon mehr als genug habe. Wenn ich mich der von ihm beliebten Deutungskunst und Kampfweise bedienen wollte, so könnte ich auch seine Aeußerung als den frommen Wunsch auffassen, mich aus der Partei hinauszuweisen. (Oh, oh!) Ich bin jedoch nicht der schönen Augen Auers wegen in die Partei eingetreten, sondern getrieben von meiner Ueberzeugung. Meiner Ueberzeugung gemäß werde ich in der Partei weiter kämpfen, ganz gleich, ob ich Auer gefalle oder nicht. (Beifall.)

Rosa Luxemburg: Ich habe den Bericht im „Vorwärts“ ausdrücklich (in Nr. 210 vom 8. Septbr. 1899) berichtigt; ich habe die Nummer augenblicklich nicht hier. Außer der „Leipziger Volkszeitung“ hat auch die „Frankfurter Zeitung“ die Berichtigung abgedruckt, die dieselbe Beschuldigung gegen mich erhoben hatte, wie Vollmar. (Hört! hört!)

Ledebour: Die Bemerkungen Eichhorns waren vollkommen überflüssig (Heiterkeit); er war in keiner Weise angegriffen.

Singer: Gegen die Nothwendigkeit oder Ueberflüssigkeit einer persönlichen Bemerkung haben Sie nicht zu polemisieren.

Ledebour: Ich stelle noch einmal fest, daß von einer Fälschung des Berichts nicht die Rede sein kann, sondern nur von Irrthümern, wie sie jedem Berichterstatter passieren können. Für die Richtigkeit eines solchen Berichts kann man selbstverständlich nicht die Garantie übernehmen. Es ist also unmöglich, Genaues festzustellen. Wenn unter diesen Umständen der Redner wiederholt erklärt, er habe diesen oder jenen Ausdruck nicht gebraucht, so ist es einfach Anstandspflicht, das zu akzeptieren. (Sehr richtig!) Jedes weitere Wort hierüber verträgt sich nicht mit den Pflichten, die man nicht nur als Parteigenosse, sondern auch als Mensch hat.

Vollmar: Ich habe glücklicherweise die Berichtigung von Frau Luxemburg zur Hand. In dieser Berichtigung ist dem Sinne nach genau dasselbe gesagt. (Luxemburg: Lesen Sie sie nur ganz vor!) Ich rede nicht zu Ihnen, Frau Luxemburg, sondern zu den Parteigenossen. (Unruhe.) In dieser Erklärung sagt sie, der „Vorwärts“ habe sie Unsinn reden lassen, das habe sie nicht gesagt, sondern sie habe gesagt: „Demgemäß sei der letzte Passus, wenn er überhaupt bestehen bleibe, etwa so zu formulieren: „daß die Versammlung die Freiheit der Diskussion in der Partei gewahrt wissen will, insofern sich diese Diskussion auf dem allgemeinen grundsätzlichen Boden der Partei bewegt.“ Also genau das, was ich gesagt habe. Wenn Frau Luxemburg sagt, es habe mir nur nicht gepaßt, weil sie gegen die Bayern aufgetreten sei, so kann ich erklären, daß das nicht der Fall ist. Denn es ist mir ganz gleichgültig, was sie darüber denkt.

Schluß der Sitzung um 8 Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, 13. Oktober. — Vormittagssitzung.

9 1/4 Uhr. Den Vorsitz führt **Singer**.

Eine Zimmerer-Versammlung in Dresden theilt dem Parteitag eine Resolution mit, in der sie ihr Bedauern über die Ablehnung der Anträge des 5. und 6. sächsischen Landtags-Wahlkreises und der Resolution Ledebour ausspricht.

Singer theilt mit, daß die Anträge 16 und 17 zurückgezogen sind.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt **Liebknecht**: Da ich gestern in einer Volksversammlung unaufschiebbar zu sprechen hatte, war es mir nicht mehr möglich, auf die persönliche Bemerkung des Genossen Eichhorn zu antworten. Seine Bemerkung kann meine frühere Aeußerung in keiner Weise beeinflussen, denn ich habe garnicht gesagt, daß der Bericht der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" ein falscher war, ich habe zugegeben, daß er bona fide abgefaßt ist und nur die Nuancen des Tons nicht wiedergiebt und, da nothwendig viel ausgelassen ist, kein vollständiges Bild bietet. Im Wesentlichen sagt er ja, was ich gesagt habe, nur, weil zusammengezogen, in schrofferer Form. Und Eichhorn hat ja selbst gesagt, daß er nicht stenographiren kann. Ich habe mich in jener Versammlung in schärfster Weise gegen die Bernsteinschen Behauptungen und Schlußfolgerungen gewandt, ich habe leidenschaftlich gesprochen, wie das durch die Natur dieses Angriffs auf das Parteifundament wohl berechtigt war, aber ich habe ausdrücklich erklärt: Bernstein ist stets mein Freund gewesen, er hat nur eine ehrliche Ueberzeugung ausgesprochen, ich will ihn nicht verletzen. Außerdem ist ja auch das mir hauptsächlich vorgeworfene Wort „Strohredakteur" in jenem Bericht garnicht enthalten. Wenn ich nicht protestirt habe gegen das, was man mich sagen ließ, so geschah das einfach, weil ich weiß, wie schwer es ist, den Inhalt und Sinn einer längeren Rede in einem gedrängten Bericht zusammenzufassen, und weil ich unter den tausend Berichten über Vorträge von mir kaum je einen gefunden habe, der nicht ähnliche Ungenauigkeiten enthalten hätte. Ich habe es schon gestern bedauert, daß die Debatte so persönlich geworden ist — nun, ich habe den gehässigen Ton nicht in die Debatte hineingebracht, das ist von anderer Seite geschehen. (Sehr richtig!) Ich habe Niemanden persönlich angegriffen und verletzt. Wie vorsichtig man in der Wiedergabe von Aeußerungen sein muß, das sollte doch gerade Auer am besten wissen (sehr wahr); er hat z. B. gestern aus dem Umschwung, von dem Bebel gesprochen hat, eine Ummälzung gemacht, einen Kladderadatsch. (**Bebel**: Laß mich das doch sagen!) Und das ist weit schlimmer als die Pointirungen und Verschärfungen meiner Rede im Bericht der „Sächs. Arbeiterztg." (Beifall.)

Das Schlußwort als Referent über Punkt 5 der Tagesordnung hat:

Bebel: Parteigenossen! Ich werde mich bemühen, Ihre Geduld möglichst wenig in Anspruch zu nehmen. Nachdem ich in meinem ersten Referat in einer mich selbst erschreckenden Weise so außerordentlich an Ihre Geduld appellirt, wäre es gradezu Pflichtvergessenheit, wollte ich jetzt etwas Aehnliches thun. Aber ich habe auch keine Veranlassung dazu. Ich betrachte die Debatte sachlich als vollkommen erschöpft. Ich habe heute eine dreifache Aufgabe: ich bin genöthigt, auf eine ganze Reihe von persönlichen Anzapfungen und Angriffen, die namentlich im Laufe des gestrigen Abends in einer sehr bedenklichen (lebhafte Zustimmung), die Würde des Parteitages meines Erachtens nicht hebenden Weise erfolgt ist, zurückzuweisen, zweitens werde ich eine Reihe von Irrthümern, die meinen Gegnern in der Debatte in Bezug auf meine Ausführungen passirt sind, richtig stellen müssen, drittens werde ich in möglichster Kürze meine Stellung präzisiren zu den Bemängelungen, die an meiner Resolution gemacht sind und zu den zu ihr gestellten Anträgen.

Soll ich mit wenig Worten im Allgemeinen den Eindruck schildern, den die Debatte in ihrem sachlichen Theil auf mich gemacht hat, so glaube ich wohl ohne Widerspruch konstatiren zu dürfen, daß, was unsere prinzipielle Auffassung, unsere Grundanschauungen, unsere Grundforderung, wie sie im Programm niedergelegt sind, betrifft, innerhalb des Parteitages keine Meinungsverschiedenheiten bestehen, daß wir auch in Bezug auf das Endziel einig sind; wenigstens ist keine Aeußerung gefallen, die das Gegentheil annehmen ließe. Stärkere Meinungsverschiedenheiten sind allerdings vorhanden und werden mehr oder weniger immer vorhanden sein, in Bezug auf die Wirksamkeit und Bedeutung der Mittel und Wege, die von uns eingeschlagen werden, um zur Durchführung unserer Aufgaben, wie sie im Programm niedergelegt sind, zu führen. Insbesondere ist die Auffassung der Bernstein'schen Broschüre über die Genossenschaften, in ihrer angeblichen Bedeutung für die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, von der großen Mehrheit des Parteitages abgewiesen worden. Aber das sind Anschauungen, über die sich streiten läßt, die jedenfalls die Prinzipien unserer Partei in keiner Weise schädigen können. (Sehr richtig!)

Im Weiteren aber hat auch die Debatte ergeben, daß in Bezug auf den Punkt, der die erste Veranlassung zu diesen Verhandlungen auf dem Parteitag war, die Bernstein'schen Ausführungen in seiner bekannten Schrift und in den vor und nach ihr erschienenen Artikeln von keinem einzigen Redner, wenn ich richtig aufgefaßt habe, vollständig gebilligt werden Im Gegentheil hat ein großer Theil Derjenigen unter uns, die für Berstein in die Schranken traten, ausdrücklich erklärt, daß er bald mit diesem, bald mit jenem Punkte, zum Theil sehr wichtigen Punkten, nicht einverstanden sei; und insbesondere habe ich keinen Redner gehört, der auch nur den Versuch gemacht hätte, nachzuweisen, daß die Ausführungen, die Bernstein in seiner Broschüre bezüglich unserer Stellung zum Bürgerthum oder gewissen bürgerlichen Elementen gemacht, von ihm getheilt werden. Aus diesem Umstand erklärt es sich auch, daß die Redner meist damit schließen konnten: unter so bewandten Umständen haben wir keinen Grund, gegen die Bebel'sche Resolution zu stimmen — so daß Aussicht vorhanden ist, daß sie einstimmig angenommen wird.

Ich gestehe, daß ich von vornherein, als ich meine Resolution entworfen hatte, mir sagte, das kann möglicherweise das Resultat der Verhandlungen sein. Ich ging sogar soweit, als ich hierher nach Hannover fuhr. mir sagte, es wäre gar nichts Ueberraschendes, wenn Bernstein selbst erklärt, daß er für diese Resolution stimmen könnte, mit kleinen Vorhalten. wie auch Auer solche gestern andeutete, deren Sinn mir nicht ganz verständlich war. Bernstein gegenüber — ich muß das offen aussprechen — stehe ich auf einem Standpunkte, wo mich nichts mehr von ihm wundert; ich habe das in meiner Rede auch sehr deutlich durchblicken lassen.

Ich meine aber allerdings, daß. wenn die Bernsteinianer — um diese Kollektivbezeichnung beizubehalten — wohl in die Lage kommen konnten. für meine Resolution zu stimmen, Bernstein doch die Zustimmung etwas schwerer sein muß, als denen, die nicht ganz auf seinem Standpunkte stehen. (Sehr richtig!)

Wenn meine Resolution in ihrem Eingange sagt: „Die bisherige Entwickelung der bürgerlichen Gesellschaft giebt der Partei keine Veranlassung. ihre Grundanschauungen über dieselbe aufzugeben oder zu ändern" — so steht dieser Satz in direktem Gegensatz zu den Berstein'schen Ausführungen in seinem Buche (sehr richtig!) und wenn er erklärt, daß er diesen Satz akzeptire. so giebt er damit die Grundlage seiner Anschauungen preis. (David: Ganz falsch!) Und wenn er zu einer Reihe anderer Punkte auch seine Zustimmung giebt, dann muß man schließlich fragen: wozu der Lärm? wozu die Erregung

der Leidenschaften. wenn die ganze Geschichte ausgeht, wie das Hornberger Schießen. wenn wir ein Herz und eine Seele sind! (Sehr wahr!)

Im zweiten Satz — und der richtet sich direkt gegen Bernstein — heißt es in meiner Resolution: „Die Partei steht nach wie vor auf dem Boden des Klassenkampfes, wonach die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann." Nach der ganzen Auffassung, die Bernstein in seiner Schrift vom Bürgerthum entwickelt hat, mußte er logisch zu der Ansicht kommen, die er auch in dem bekannten Artikel des „Vorwärts" formulirte, daß er sagte: So ist der Satz falsch, es kann nur heißen: „in erster Linie". Ich habe aber mit Vorbedacht und Absicht in scharfem Gegensatz zu Bernsteins Ausführungen grade die Worte, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann, in die Resolution aufgenommen, weil ich in Verbindung mit dem übrigen Inhalt des Programms hier klar erkennen lassen wollte, daß, so angenehm und lieb uns Elemente aus anderen Klassen sind, wenn sie zu uns kommen, die Befreiung der Arbeiterklasse doch nur ihr eigenes Werk sein kann, weil es sich um einen Klassenkampf und die Befreiung einer Klasse handelt. Wenn Bernstein auch diesen Satz akzeptirt, dann wird bei einer künftig einmal eintreten sollenden Programmrevision dieser Satz unter keinen Umständen mehr von irgend einer Seite in Frage gestellt werden können, so wie er heute im Programm steht.

Ich will aber auch meinen, daß die Motivirung in meinem dritten Absatze es Bernstein schwer machen muß, für ihn zu stimmen. In ganz besonderem Umstande aber ist das in Bezug auf den vierten Absatz der Fall, der von der Bedeutung der Wirthschaftsgenossenschaften handelt. (Sehr richtig!) Da haben ihm ja seine Freunde das größte Lob gespendet, als hätte er sozusagen eine epochemachende Entdeckung gemacht (Heiterkeit), nämlich die, daß neben der Partei und den Gewerkschaften als Klassenorganisation des Proletariats eine gleichwerthige Klassenorganisation in den Wirthschaftsgenossenschaften gegeben sei, die die Arbeiterklasse nach allen Richtungen hin ausbilden müsse. um, wie er sagt, ihre ökonomische Macht zu stärken, sich ökonomische Macht zu erwerben und damit um so leichter die politische Macht zu erobern. Nun sage ich nicht nur, die Partei steht den Genossenschaften neutral gegenüber — darin stimmt ja Bernstein mir zu —, sondern setze weiter hinzu. „sie erachtet die Gründung solcher Genossenschaften, vorausgesetzt, daß die dazu nöthigen Vorbedingungen vorhanden sind, als geeignet, in der wirthschaftlichen Lage ihrer Mitglieder Verbesserungen herbeizuführen" — was kein Mensch bestreiten kann, wenn sie auch minimal sind. auch nach Vandervelde höchstens 8 pCt. des Lohnes ausmachen. Ich erkläre aber weiter ausdrücklich, daß wir die Genossenschaften nicht anders ansehen können, wie sonstige Organisation der Arbeiter zur Wahrung und Förderung ihrer Interessen, aber: für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei können wir ihnen keine entscheidende Bedeutung beimessen. Das ist die schärfste Formulirung gegen die Bernstein'sche Auffassung vom Genossenschaftswesen, und wenn Bernstein auch bei diesem Punkt sagt, dem könne er zustimmen, dann tritt bei mir etwas ein, was man sonst in Fällen großer Ueberraschung zu sagen pflegt: Da bleibt einem der Verstand stehen! (Große Heiterkeit. Sehr richtig!)

Endlich, wenn ich sage, daß wir weder unsere Grundanschauungen und Grundforderungen, noch unsere Taktik, noch den Namen ändern — was besagt: Wir werden das nicht, was Bernstein will, eine demokratisch-sozialistische Reformpartei (Beifall), wir stellen uns nicht in prinzipiellem Gegensatz zu dem bisherigen Wesen unserer Partei, die eine revolutionäre Partei ist! — wenn er also auch da nachgiebt, auch bei diesen nach meiner Auffassung bedenklichen Vorschlägen, dann ist das das Stärkste, was man annehmen kann. Zum

Ueberfluß wird auch noch am Schlusse der Resolution mit Nachdruck gesagt, daß wir jeden Versuch energisch zurückweisen, unsere Stellung gegenüber der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und den bürgerlichen Parteien zu verschleiern oder zu verrücken. Paßt den Anhängern Bernsteins nicht das Wort „verschleiern" in Bezug auf den Inhalt seines Buches, so werden sie doch zugeben müssen, daß er es sich große Mühe und einen großen Raum in seinem Buche hat kosten lassen, nachzuweisen, daß unsere Stellung zu den bürgerlichen Parteien oder zu Theilen des Bürgerthums eine wesentlich andere sein muß als bisher. Wenn auch das Bernstein akzeptirt, dann sagt er damit: Ich gebe Alles preis, was ich in meiner Broschüre ausgeführt habe (Beifall und Widerspruch), ich kehre zu Euch zurück! Und da sage ich, es gilt auch bei uns das Wort, über einen Sünder, der Buße thut, haben wir eine größere Freude als über neunundneunzig Gerechte. (Heiterkeit und Beifall.) Aber die Leute aus bürgerlichen Parteien, die Franz Oppenheimer, die Raphael May, die sozialpolitischen Professoren, die „Frankfurter Zeitung", die alle das Auftreten Bernsteins mit Jubel begrüßten, die werden jetzt nach der neuesten Erklärung von Bernstein in eine böse Patsche gebracht. (Heiterkeit.) Die wissen ja jetzt nicht mehr ein noch aus.

Ich komme nun zu der für mich nicht grade angenehmen Erörterung der persönlichen Angriffe. Ich glaube doch, daß ich im Großen und Ganzen in meinem Referat keine Veranlassung dazu gegeben habe. (Sehr wahr!) Aber selbst wenn man geglaubt hat, daß ich mir in der Beurtheilung Bernsteins Parteilichkeit und noch Schlimmeres habe zu Schulden kommen lassen, daß ich ihn, wie Auer mich gestern angeklagt, sogar als einen — vollständigen Ignoranten hingestellt habe, dann wäre es von Seiten meiner Angreifer viel richtiger gewesen, mir sachlich das nachzuweisen und mich nicht in dem Tone noch weiter zu übertreffen, den Sie mir mit Unrecht zum Vorwurf machen (lebhafte Zustimmung), nicht in Leidenschaftlichkeit auszubrechen — oder in Anklagen, die mit unserem Gegenstand nicht in Zusammenhang stehen. Speziell Auer ist so weit gegangen, Privatgespräche, die zehn Jahre zurückliegen, an die Oeffentlichkeit zu zerren. Parteigenossen! Selbst zugegeben, das, was mir da als Irrthum passirt ist, sei richtig — und ich bestreite ja gar nicht, daß ich mehrfach, sogar im Reichstage, von einem Kladderadatsch gesprochen habe — ist denn, daß der Kladderadatsch bis heute noch nicht eingetroffen ist, ich also unrichtig prophezeite, ein Verbrechen? Ist das etwas, daß geeignet ist, mich in der Achtung meiner Parteigenossen herabzusetzen? (Heine: Das hat Keiner behauptet!) Gewiß, der Form nach nicht, aber in der Art des Angriffs lag es. Das sollten Sie als Jurist doch begriffen haben. (Sehr gut! Lebhafte Zustimmung!) Also gesagt wurde es nicht, aber die Tendenz steckt darin. (Sehr richtig!) Ich kann mich ja irren, aber ich habe den Eindruck gehabt (Zuruf: Wir Alle!) — ich bitte Sie dringend, Parteigenossen, seien Sie ruhig! — ich habe den Eindruck gehabt, daß man, weil man nichts Bestimmtes gegen mich vorzubringen wußte, gewissermaßen um mich zu diskreditiren, diese ollen Kamellen hier aufwärmte. (Sehr richtig!) Gewiß, ich habe mich in meinen Prophezeiungen geirrt. Ein altes Sprichwort sagt: Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Nun, dafür habe ich grade genug gebüßt. Nicht nur, daß ich von Parteigenossen hier und da spöttische Bemerkungen zu hören bekommen habe, auch in der gegnerischen Presse hat man mich verspottet, und speziell Auer, dessen Naturell ja überhaupt dazu neigt, wenn er einen geeigneten Gegenstand hat, seinen Sarkasmus und Witz an ihm auszulassen, hat sich in ausgiebigster Weise an mir gerieben. Vor etwa einem Jahre hat er in einer Versammlung in Berlin nachzuweisen gesucht, was Liebknecht und ich uns für Widersprüche hätten zu Schulden kommen lassen, und hat auch dort über den Kladderadatsch zum großen Gaudium der Gegner

gehöhnt. Wie jubelte die „Kreuzzeitung“ über „den großen Staatsmann“ Auer, der gegen die Idioten und Halbidioten in der Partei losgezogen war! Ich meine, Auer hätte sich an dieser Bethätigung des Spottes über meine Person genug sein lassen sollen. Hier war die Sache nicht am Platze. Und wenn er nun gar in der Hitze des Gefechtes mich grimmig anblickt und mir zuruft: Falls Du das leugnest, so mache ich Dich darauf aufmerksam, daß Du vor zehn Jahren in Privatgesprächen mit mir Dich dahin geäußert hast! — wenn er solche Privatgespräche hier heranzieht, so antworte ich, daß das bisher unter anständigen Leuten nicht grade für fein gegolten hat. (Sehr wahr!) Nachdem ich aber gesehen habe, daß Auer, der nicht nur mein Kollege im Vorstand und in der Fraktion, sondern auch mein Freund, so nehme ich an, ist, Privatunterhaltungen so ausnutzt, werde ich in Zukunft mit privaten Aeußerungen ihm gegenüber sehr vorsichtig sein. (Sehr gut!) Das ist die Lehre, die ich aus diesem Vorgang ziehe. Auer hat mir und Frau Zetkin gestern gehörig den Text gelesen und dabei — das ist ja auch eine seiner lieben Gewohnheiten, die wir auf einer ganzen Reihe von Parteitagen schon übergenug zu kosten bekommen haben — versucht, die Dinge recht drastisch und sarkastisch beleuchtet. Er spekulirt förmlich auf die Lachmuskeln gewisser Kreise, selbst auf die Gefahr hin, den Eindruck zu erwecken, daß es ihm nicht ernst um die Sache ist. (Sehr richtig!) So hat er z. B. gestern den sehr geschmacklosen Ausdruck von dem Endziel gebraucht, das an der Fahne bammelt, und eine ganze Reihe anderer Ausdrücke, von denen ich glaube, sie würden im Interesse der Partei und seiner Person besser unterblieben sein. (Zustimmung.)

Ich werde nun im Weiteren nachweisen, wie weit die Beschuldigung berechtigt ist, daß ich Bernstein Unrecht gethan habe. Zunächst eine allgemeine Bemerkung. Ich habe in der Einleitung meiner Rede die Karlsruher Genossen angegriffen, weil sie es für nöthig hielten, in einer Resolution den Parteitag zu ersuchen, er möge seine Würde wahren. Ich bin in der fatalen Lage, den Karlsruher Genossen Abbitte leisten zu müssen. (Heiterkeit und Beifall.) Die Debatte stand, soweit sie sachlich war, auf der Höhe. Ich kann ruhig sagen: Es giebt keine Partei in der Welt, auch unsere Bruderparteien eingeschlossen, die eine solche Debatte zu machen im Stande wäre. (Lebhafter Beifall!) Das änderte sich aber, als Auer in die Debatte eingriff (sehr gut!) und Vollmar ihm folgte. (Sehr richtig!) Da begannen die persönlichen Angriffe, die fast den Charakter der Gehässigkeit annahmen. (Lebhafte Zustimmung.) Psychologisch kann ich mir die Sache erklären. Es wäre zwar ein Gebot der Klugheit gewesen, und Auer ist ein sehr kluger Mann, nicht selbst in den Fehler zu verfallen, der Anderen zum Vorwurf gemacht wird. (Sehr richtig! Parteigenossen! Manche von uns hatten die Befürchtung, es werde auf diesem Parteitag zu sehr heftigen Angriffen kommen, nach den scharfen und schroffen Aeußerungen, die dem Parteitag vorangingen und mit Recht die Entrüstung der Partei erregt haben. (Sehr richtig!) Ich denke dabei an die Genossin Luxemburg, die übrigens so viel Selbstüberwindung besessen hat — und das gereicht ihr zur Ehre — der Redaktion des „Vorwärts“ öffentlich Abbitte zu leisten. Aber diese Genossen, und ich rechne dazu auch Liebknecht, von denen man glaubte, sie würden die Diskussion auf persönliches Gebiet führen, haben in höchst sachlicher und ruhiger Weise hier gesprochen (sehr richtig!), daß wir uns darüber freuen konnten. Aber die Art, wie Auer und Vollmar polemisirten, machte ganz den Eindruck, als hätten sie sich geärgert, daß diese Personen so sachlich gesprochen hatten. (Bravo!) Diese Art machte allerdings einen peinlichen Eindruck (sehr richtig), nicht so sehr bei uns, denn mich genirt das nicht, als namentlich nach außen! (Sehr wahr!) Vollmar begann seine Rede damit, daß er sagte, man sei Bernstein Dank schuldig, daß er eine so schöne Debatte

angeregt habe. Kaum aber hatte er das gesagt, so ereiferte er sich darüber, daß die Debatte einen solchen Umfang angenommen hätte, und verstieg sich schließlich zu der förmlichen Drohung: „Hört! Wenn das so weiter geht, dann sollt Ihr mal sehen, was da wird". Es ist doch ein Widerspruch, wenn Jemand, der immer von oben herunter in vornehmer und sachlicher Weise urtheilen will und das von Anderen so nachdrücklich zu verlangen weiß, nun den Schein erweckt, als sei man geärgert, daß Andere sich die Freiheit der Meinung nehmen, die man selbst beansprucht. (Sehr gut!) Es mag ja unangenehm sein für Leute, die ihre Ruhe haben wollen (sehr gut!), daß Einzelne da sind, die nörgeln und störgeln, wie man so sagt. Ich will die Form durchaus nicht gutheißen, in der diese Kritik sich zuweilen bewegt, aber es ist ganz gut, daß es auch in unserem Karpfenteiche Hechte giebt. (Große Heiterkeit!) Wir sind der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber die Hechte, aber es macht sich auch unter uns häufig etwas Karpfennatur bemerkbar (Heiterkeit) und da bin ich ganz froh, daß es auch bei uns Hechtnaturen giebt, die zwischen die Karpfen fahren. (Heiterkeit.)

Was mich an Auer gefreut hat, war, daß er Gelegenheit genommen hat, klipp und klar seiner Verehrung für Marx und Engels, für die „Alten", Ausdruck zu geben, „von denen wir Alle noch viel zu lernen hätten". Ich freue mich um so mehr darüber, als ich selber über diese Stellung im Unklaren war. Hat Auer, der gestern von den „Kirchenvätern" und Dogmen sprach, früher doch auch von den „Päpsten" gesprochen Ich erinnere daran, daß uns die „Frankfurter Zeitung" den Genossen Auer gelegentlich der Bernsteinfrage als ein über den Wassern schwebendes Wesen voll olympischer Ruhe geschildert hat, der erklärt habe, er habe in seinem Leben noch keinen Satz aus Marx „Kapital" gelesen. Nun wußte ich ja, daß das direkt unwahr ist, aber vielleicht stützte sich die „Frankf Ztg." doch auf eine Aeußerung Auers Ich freue mich deshalb doppelt, daß Auer in dieser Beziehung klaren Tisch für seine Person gemacht hat. Ich bitte ihn nur, noch einen Schritt weiter zu gehen und zu erklären, daß nun, nachdem es keine Päpste mehr giebt, auch keine Kirchenväter mehr vorhanden sind (Heiterkeit) Mein Freund Kautsky gilt als so ein Kirchenvater par exellence Diejenigen, die sein letztes Buch gelesen haben, seit Jahren die beste wissenschaftliche Leistung in der Partei, können nunmehr unmöglich behaupten, daß Kautsky ein Kirchenvater sei. Es wäre überhaupt sehr angebracht, und ich habe die dringende Bitte an die Parteigenossen, nicht durch derartige Scherzworte den Gegnern ein Gaudium zu bereiten (Sehr gut!)

Auer hat dann weiter noch einen Satz zum Besten gegeben, den er an Bernstein geschrieben hat Ich vermuthe, er hat den Satz hier mehr des Effektes wegen geäußert, als daß er selbst daran glaubt. Er will nämlich an Bernstein geschrieben haben: „Du bist ein Esel So was sagt man nicht, so was thut man!" So, wie er sich hier über die Bernstein'schen Vorschläge geäußert hat, kann er das gar nicht geschrieben haben (Sehr richtig!) Er ist ein viel zu guter Parteigenosse, viel zu viel vom Klassenkampfbewußtsein erfüllt, als daß er das, was Bernstein befürwortet, thun wird (Sehr richtig!)

Nun noch ein Wort über den „Kladderadatsch" Auer sagt, er ist todt; ich will ihn für eine Weile wieder aufleben lassen. (Heiterkeit.) Es ist mir ein ehrliches Bedürfniß, mich darüber auszusprechen. Ich bin von der Ansicht ausgegangen, und habe dieselbe auch heute noch daß wir einmal in eine Periode unserer Entwickelung gelangen werden, in eine Periode, welche ich irrthümlicherweise bereits mit der Krise, die mit 1890 einsetzte, beginnen, in welcher die Produktionsmittel der Gesellschaft einen solchen Grad von Vollkommenheit erreicht haben, daß für die enorme Entwickelung der Produktivität der Arbeit keine genügenden Absatzgebiete mehr vorhanden seien, so daß eine Periode chronischer Krisen eintritt, wo die kleinen und mittleren Betriebe schließlich zu-

sammenbrechen und aus dieser Situation, in der sich nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch ein großer Theil der Unternehmer befinden, die allgemeine Ueberzeugung entsteht, so kann es nicht mehr weiter gehen, die Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft ist absolut unhaltbar, wir müssen zur Schaffung einer neuen Grundlage uns entschließen. Das habe ich unter dem Wort — „Kladderadatsch", — „Zusammenbrüche", wenn Sie wollen — verstanden und verstehe das auch heute noch darunter. Daß auf eine Periode der Krise, die 1890 eintrat und 1895 ihr Ende erreichte, eine aufsteigende Epoche von einer Dauer und Höhe eingetreten ist, die Niemand voraussah, hat uns gezeigt, daß ich mich in der Abmessung der Zeit geirrt habe. Aber kommen wird jene Periode und wird dann in um so höheren Grade das bestätigen, was ich unter Kladderadatsch verstehe. Ich habe das Wort Kladderadatsch nicht mehr gebraucht von dem Augenblicke an — das Kompliment will ich Herrn von Stumm machen — als Stumm bei einer Gelegenheit im Reichstag, wo ich nicht mehr zu antworten in der Lage war, den Ausdruck so auffaßte, als hätte ich ihn in dem Sinne gebraucht, es komme eine große Revolution, wo die Partei auf die Barrikaden steigen und die gesammte Gesellschaft in gewaltsamer Weise zertrümmere. Bei dem Einflusse des Herrn v. Stumm in gewissen Kreisen und der Gefährlichkeit seiner Einflüsterungen dort sagte ich mir: Du übernimmst mit dieser Aeußerung vom kommenden Kladderadatsch eine Verantwortung der Partei gegenüber, die Du nicht im Stande bist zu tragen. So ist wie gesagt, ohne daß ich meine Ueberzeugung irgendwie geändert hätte, der Ausdruck meinerseits verschwunden. Nun ist mir vorgeworfen worden, nicht nur von Auer, sondern auch von Woltmann und in gewissem Sinne von David, ich hätte mich in meiner Rede zu weit hinreißen lassen, zu Schärfen Bernstein gegenüber und hätte ihm geradezu die Denkfähigkeit abgesprochen. Auer sagte sogar, ich hätte ihn als Ignoranten hingestellt, dem das geringste historische Wissen abginge; und als weiteren Beleg für die Falschheit meiner Auffassung äußerte er: Engels hätte ihn sonst nicht zu seinem Testamentsvollstrecker erwählt. Da derselbe Satz auch von Fischer öffentlich zur Vertheidigung Bernsteins aufgestellt worden ist, bin ich genöthigt, hier eine kleine Auseinandersetzung zu machen, die zwischen mir und Bernstein in den letzten 14 Tagen erst gespielt hat.

Ich bin neben Bernstein von Engels mit der Testamentsvollstreckung betraut worden, und als ich der Bernsteinschen Wandlung gewiß zu sein glaubte, habe ich ihm geschrieben: „Höre, lieber Ede — wir reden uns nach wie vor mit dem Freundschaftsdu an — Du hast eine Wandlung gemacht, die im vollkommenen Gegensatze zu dem steht, was man Marxismus nennt, und da Marx und Engels gar nicht zu trennen sind, also auch zu Engels. Du bist nun neben mir Testamentsvollstrecker für seinen literarischen Nachlaß. Ich habe mich im vorigen Jahre damit einverstanden erklärt, daß Du die Bearbeitnng desselben und damit auch eine Engels-Biographie übernimmst. Erlaube mir — nach der Stellung, die Du einnimmst, halte ich Dich dazu für vollkommen unqualifizirt. Denn die Voraussetzung ist, daß Derjenige, der den literarischen Nachlaß eines Anderen bearbeiten muß, doch selbstverständlich mit dem Grundgedanken und der geistigen Entwickelung desselben übereinstimmen muß; sonst wird er doch ein Kritiker, der, statt ihn gebührend zu beurtheilen, ihn verurtheilt." Ich erinnere an gewisse Dinge in der Lassalle-Ausgabe von Bernstein. (Sehr richtig.) Ich sagte weiter: „Du hast zwar in Deiner Schrift gesagt, Engels habe von Deiner Wandlung gewußt. Erlaube, Du irrst Dich. Wäre das wahr, dann hätte bei dem intimen Briefverkehr, in dem nicht nur ich, sondern auch Kautsky mit Engels stand, wo es gar keine Geheimnisse gab, eine so auffällige Thatsache, wie eine so vollständige Wandlung, uns nicht verschwiegen bleiben können; das wäre undenkbar. Und ganz undenkbar ist es, daß Engels Dich in dem Bewußtsein, daß Du ganz

andere Grundanschauungen hast, zum Testamentsvollstrecker gemacht hätte. Denn heute, das mußt Du zugeben, bist Du ein Gegner von Engels, und wenn er noch lebte, würde seine Schrift gegen Dich ganz anders ausgefallen sein als die Kautskys." (Sehr richtig.) Es kommt hinzu, Kautsky hat wiederholt Bernstein ersucht, ihm die Stelle mitzutheilen, die angeblich beweise, daß Engels um seine Wandlung wisse; aber Bernstein hat nicht den Beweis zu führen versucht. Ich habe noch hinzugefügt: Es ist ja auch um deswegen unmöglich, daß Engels von seiner Wandlung Kenntniß gehabt, weil er bis zu Ende des Jahres 1896, also bis $1^1/_2$ Jahre nach dem Tode Engels, vollkommen im Marxistischen Sinne in der „Neuen Zeit" geschrieben hat. „Dann hättest Du doch geheuchelt, ganz andere Anschauungen vertreten, als Du hast, und das nehme ich bei Dir nicht an".

Soweit das. Allein wie sieht es aus mit dem Vorwurf der Ignoranz, des Mangels an historischen Kenntnissen? Ich habe, als ich auf die Verelendungstheorie zu sprechen kam, gesagt: es sei doch im höchsten Grade merkwürdig, daß, nachdem Kautsky nachgewiesen, daß Marx und Engels etwas ganz Anderes über die Verelendung behauptet haben, als Bernstein ihnen unterschiebt, und trotzdem Bernstein sagt: nein, Du irrst Dich, und zum Beweis Kautsky die Worte von Marx über die Verelendungstheorie abdrucken mußte, die den Nachweis in der klarsten Form erbrachten — zitirte ich hierbei und daran knüpfend das drastische Wort des alten Ziegler: „Ihr habt das Denken verloren!" Ich habe im Eingang meiner Rede in vollkommener Anerkennung der Thätigkeit Bernsteins als Redakteur des „Sozialdemokrat" gedacht und der großartigen Leistungen für die Partei, ich habe ihn als den Theoretiker des Marxismus bezeichnet. (Sehr richtig.) Ich habe aber dann gesagt: in der Abweisung der sogenannten Verelendung nach Marx-Engels'scher Auffassung und der sogenannten Freßlegende ist Bernstein dahin gekommen, daß er das Denken verlernt hat. Denn wie könne er behaupten, daß es in der ganzen geschichtlichen Entwickelung kein Beispiel einer sozialen Expropriation gebe — und daraufhin habe ich die Ereignisse der letzten Jahrhunderte von der Reformation bis zur großen Sklavenbefreiung erwähnt als Beispiele für meine Ansicht. Da habe ich ihm nicht Unwissenheit vorgeworfen, sondern Vergeßlichkeit; ich habe darauf hingewiesen, wie ihm der Widerwille gegen die „Freßlegende" — übrigens auch ein geschmackvoller Ausdruck — geradezu Scheuklappen anlegt, ihn nicht mehr befähigt, die historischen Thatsachen in Vergleich zu stellen mit dem, was er behauptet. Das war der Gedankengang meiner Rede, er konnte kein anderer sein. (Sehr richtig.)

Ebenso wenig habe ich Bernstein die Behauptung unterstellt, wie Woltmann mir unterstellt, der Befreiungskampf für die Abschaffung der Sklaverei in den Vereinigten Staaten sei durch das gute Herz der Bourgeoisie veranlaßt worden. Ich habe gesagt, Bernstein redet heute so viel von dem guten Herzen, von dem Gerechtigkeitsgefühl im Bürgerthum und bei unseren Gegnern überhaupt und wie wenig das Klasseninteresse das erstickе, ja wie das Gerechtigkeitsgefühl immer lebendiger werde. Darauf habe ich erwidert, daß unsere Gegner nicht aus ihrem guten Herzen, nicht aus Gerechtigkeitsgefühl, sondern aus Klugheit so handelten. (Sehr richtig!) Sie machen Konzessionen, weil sie anders nicht können, erklären aber dann, daß, weil sie ein gutes Herz für die Leiden der Arbeiter, Gerechtigkeitsgefühl besäßen, sie dieses thäten. Ich fügte hinzu, daß die Bourgeoisie alle ihre Handlungen mit ideologischem Beiwerk, wie aus Gerechtigkeit, aus gutem Herzen, aus Religion, aus Vaterlandsliebe zu handeln versehe, um die wahre Natur der Bourgeoisie in ihrem Klassenkampf zu verschleiern und vor der großen Masse zu verdecken. (Sehr richtig!) Kein Zweifel, ein solcher Gedankengang, wie ihn Bernstein ausführt, vor 10 Jahren ausgesprochen, würde gerade von Bernstein die schärfste Zurückweisung erfahren

haben. (Sehr richtig!) Also auch in dieser Beziehung ist meine Aeußerung durchaus korrekt gewesen.

Und wenn ich weiter erklärt habe, daß es ein unerhörter Angriff sei, wenn Bernstein erklärt, daß heute die Sache so stehe, daß man aus Marx und Engels Alles beweisen könne, zumal er ein Mann ist, der früher, gleich mir, nicht nur ein Freund der beiden großen Todten, sondern auch ihr Schüler gewesen, so halte ich das vollkommen aufrecht. Auer hat gestern durch ein längeres Zitat aus Bernstein zu beweisen versucht, daß der Sinn der Worte ein anderer sei. Daß meine Auffassung richtig ist, beweist aber Bernstein weiter auf Seite 30 und 31 seines Buches, wo die Rede ist von dem „schreienden Widerspruch zwischen Wissenschaft und Programm“, von „intellektuellen Fehlern“. Auch ist der Satz, den Auer gestern zitirte, und den ich noch einmal nur kürzer und deutlicher zitiren muß, durchaus klar im Sinne meiner Auffassung. Es heißt dann, Eingangs eines neuen Absatzes auf Seite 18 und 19: „Diese Aufgabe (die Widersprüche in klaren Ausführungen zu lösen) kann aber nur gelöst werden, wenn man sich rückhaltlos Rechenschaft abgiebt über die Lücken und Widersprüche der Theorie. Mit anderen Worten: die Fortentwickelung und Ausbildung der Marxistischen Lehre muß mit ihrer Kritik beginnen. Heute steht es so, daß man aus Marx und Engels Alles beweisen kann. Das ist für den Apologeten und den literarischen Rabulisten bequem.“ Es heißt also nicht, wie Auer den Satz auffaßt, die Apologeten und Rabulisten legen Marx und Engels falsch aus, sondern sie können sich auf die Widersprüche bei Marx und Engels stützen, durch die man Alles beweisen kann. Bernstein fordert nun eine Auflösung der inneren Widersprüche der Theorie. Nun, ich bin hierher gekommen in dem ehrlichen Bestreben, zu untersuchen, ob nicht etwas in den Grundanschauungen vorhanden ist, was zu modifiziren ist. Wir haben es ja oft gethan, warum nicht auch wieder? Aber ich finde bei dem besten Willen die Widersprüche, die Bernstein u. A. sehen, nicht. Und wenn Woltmann sagt, wenn man das nicht einsehen wolle, dann liege das an unserer Art zu denken — um das beliebte Wort zu gebrauchen, nicht dialektisch zu denken — nun, ich bin garnicht dieser orthodoxe Mann, für den mich Woltmann und Andere halten. Wenn es einen Menschen in dieser Versammlung giebt, der in seinem doch schon leidlich langen Leben eine ganze Reihe von Wandlungen durchgemacht hat, dann bin ich es; ich erinnere nur an meine Haltung in der Frage der Wahlbetheiligung. Ich habe meine Bemerkungen über Bernstein in dem bedingten Sinne gesagt, daß er gewissermaßen eine Scheidewand zwischen seinem Denken früher und jetzt errichtet habe, daß er nicht mehr an das erinnert sein will, was hinter ihm liegt — daß er das Denken verlernt habe.

Es ist mir dann von Peus, auf dessen Einwürfe ich sonst nicht weiter einzugehen der Mühe werth halte, als ein Beweis meiner ganz merkwürdigen Verfassung angeführt worden, ich hätte in Berlin gesagt: wir kämen eher zum Sozialismus, ehe eine wesentliche Forderung unseres Programms verwirklicht wäre. Nun hat aber gerade Peus gestern die Richtigkeit meiner Auffassung bestätigt. Im ersten Punkte unseres Programms fordern wir das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht für alle gesetzgebenden Körperschaften und Kommunen. Wenn das eingeführt wird, so ist das geradezu eine Revolution in unserem politischen Leben. Wir haben jetzt 20, 30 Jahre für die Erweiterung des Wahlrechts gekämpft, und mit äußerst geringem Erfolge. Ich sage nun offen: Wenn der Widerstand so weiter geht, so weiß ich nicht, wohin wir kommen werden. Was ich darüber denke, wie er mal gebrochen werden könnte, das will ich aus guten Gründen nicht aussprechen. Aber wenn so der Widerstand fortgesetzt wird, wenn immer gedroht wird, lieber den Staatsstreich zu machen und die jetzigen Rechte aufzuheben, statt sie zu erweitern, so muß ich als denk-

fähiger Mensch sagen: Wenn das so weiter geht, so kann sehr wohl eine Katastrophe eintreten. (Sehr richtig!) Die geschichtliche Entwickelung spricht für und nicht gegen die Katastrophe, die wir garnicht wollen, die Manche fürchten, für die Andere aber ihr Leben einsetzen, weil sie sich sagen: Hol' der Teufel das Bischen Leben, wenn es so weiter geht, und mir das Leben als Kulturmensch zu leben unmöglich wird. (Lebhafter Beifall.) Den Gedanken kann ich haben, und dieser Gedanke lag meinen Ausführungen zu Grunde. Was sagte nun Peus gestern? Er stimme ganz der David'schen Aushöhlungstheorie zu, daß jede staatliche und polizeiliche Maßregel zu Gunsten der Arbeiterklasse oder einzelner Schichten derselben bereits ein Schritt zur Sozialisirung der Gesellschaft sei. Nun, wenn das richtig ist, so sind wir also mitten in der Sozialisirung begriffen. (Heiterkeit.) Andererseits ist es absurd, aus dem Zusammenhang gerissene Aeußerungen aus einer langen Rede hier zum Beweis von ich weiß nicht was anzuführen.

Woltmann hat mir speziell vorgeworfen, meine Rede sei mehr an das Gefühl als an den Verstand der Parteigenossen gerichtet gewesen. Ich halte mich selbst nicht für einen Gefühlsmenschen und ich habe den Eindruck, als ob mir meine nächsten Freunde dies oft mit gewissem Recht zum Vorwurf machen, aber daß ich in meinen Reden an das Gefühl appellire, hat mir bisher von meinen Gegnern noch Niemand gesagt, und wer den Aufbau meiner Reden kennt, wer da weiß, wie ich namentlich auch bei meiner letzten Rede vorgegangen bin, der kann das garnicht sagen. Wenn ich mit einem Gegner polemisire, so suche ich mir möglichst viel Thatsachenmaterial herbeizuschaffen, das dessen Argumente erdrückt, und wenn es mir weiter möglich ist, das Thatsachenmaterial noch durch Zahlen zu verstärken, so rücke ich mit ganzen Batterien Zahlen an, wie ich das ebenfalls gethan, denn ein Quentchen Thatsache ist wirksamer als ein ganzes Pfund Theorie. (Sehr richtig!) Das Dritte ist, daß ich für meine Anschauungen Leute sprechen lasse, die sonst nicht auf meinem Standpunkt stehen, aber in dem speziellen Punkte mir zustimmen. So habe ich auch diesmal eine ganze Anzahl bürgerlicher Oekonomen gegen Bernstein angeführt. Viertens endlich war ich in der Lage, eine Reihe Bernstein'scher Ausführungen über Marx und den Marxismus zu widerlegen durch Anführung von Belegstellen aus ihren Schriften. Diese vier Dinge waren nicht nur das Gerippe, sondern auch das Gefüllsel meiner Rede, Sie werden mir also zugeben, daß ich an den Verstand und nicht an das Gefühl appellirt habe. (Sehr richtig!)

Meine Ausführungen über die Verelendungstheorie hat David als „geradezu groben Unfug" bezeichnet. Es scheint, daß Genosse David in dem Begriff des groben Unfugs selbst unsere kühnsten Staatsanwälte noch überbietet. (Sehr gut!) Genosse David, ich appellire an Ihre Objektivität, auf die ich wirklich baue; ich habe den Beweis in folgender Weise geführt: Einmal habe ich aus den Schriften von Marx und Engels vom Kommunistischen Manifest an bis in die letzten Jahre ihres Lebens nachgewiesen, daß sie eine total andere Auffassung der Verelendungstheorie hatten, als man ihnen unterstellt, daß also die von Ihnen und Anderen vertretene Anschauung grundfalsch ist. Aber abgesehen davon habe ich Ihnen bewiesen, daß auch heute noch weite Schichten sozial elend sind. Ich habe Zitate bürgerlicher Schriftsteller dafür beigebracht, daß selbst heute soziales Elend in zum Theil steigendem Maße vorhanden, daß viel physisches und soziales Elend existirt. Ich brauche Sie blos an die große Zahl der kleinen Gewerbetreibenden zu erinnern, die in einem Zeitraum von 20 Jahren verschwunden sind. Bis so ein Mann seine Existenz verliert und endlich ins Proletariat versinkt, was für Seelenkämpfe, was für Schmerz, welche Verzweiflung muß er bis dahin erleiden? (Sehr richtig!) Ich habe weiter ausgeführt, wie ein großer Theil unseres kleinen Bauernstandes nur durch große Entbehrungen noch seine Existenz aufrecht erhält. Was für ein Maß von Sorge und Kummer auch hier. (Sehr

wahr!) In Schweinfurth in Baiern z. B. ist in $1\frac{1}{2}$ Jahren eine blühende Industrie, die Gußkugelindustrie, vollständig zu Grunde gegangen, in der 1600 Arbeiter für sich und ihre Familie Brot fanden. In der Textilindustrie herrscht heute bereits eine permanente Ueberproduktion. Was für eine Fülle von Elend verbirgt sich dahinter! Unsere Schuhmacher können schon seit Jahren höchstens noch Abwehrstreiks führen, um ihr kümmerliches Elend zu erhalten. Die ganze Tabakindustrie mit ihren Hunderttausenden von Arbeitern ist in einem Stadium, wo von einer Erhebung keine Rede mehr sein kann, sie versinken in soziales Elend. (Sehr wahr!) Und dann das sehr wichtige Gebiet der Ueberproduktion an Intelligenz! Die Thatsache, daß die heutige bürgerliche Gesellschaft auf dem Gebiete der geistigen Thätigkeit eine Unsumme von Leuten produzirt, die nachher keine feste Stellung finden können, läßt sich doch nicht bestreiten. Denken Sie an die elende Bezahlung unserer Techniker, unserer Philologen u. s. w., an das Elend in unseren Künstlerkreisen! Es ist geradezu schauderhaft. Das, was ich ausgeführt habe, war nicht grober Unfug, es war eins der besten Argumente in meiner Rede. (Zustimmung.)

Weiter hat Genosse Woltmann Bernstein darin Recht gegeben, daß Marx an die Ausarbeitung des „Kapital" mit einer zuvor vollständig fertigen These herangegangen sei. Ich kann, offen gestanden, nicht meine Verwunderung darüber unterdrücken, daß Woltmann diese kühne Behauptung noch jetzt aufstellt, nachdem die Kautsky'sche Schrift erschienen ist. Kautsky hat das, was Marx selbst über seinen Studiengang mitgetheilt hat, im Auszuge wiedergegeben. Will man nicht annehmen, daß Marx sich über seinen eigenen Entwickelungsgang in großer Täuschung befand oder daß er gar wider besseres Wissen seine Behauptungen aufgestellt hat, so muß man loyaler Weise annehmen, daß er Recht hat, und darf ihm nicht etwas unterstellen. Auf die Angaben Kautskys war Bernstein mit der Antwort bereit, auch darin täusche sich Marx. Marx sei im Irrthum, wenn er glaube, sein Entwickelungsgang sei so gewesen; nein, er sei so, wie es Bernstein annehme. Da hört jede Diskussion auf. (Sehr richtig!) Wie war denn die Sache? Marx kam 1842—43 als Redakteur der „Rheinischen Zeitung" in die Verlegenheit, über sogenannte materielle Interessen mitsprechen zu müssen. Er hatte bereits mit Glanz sein Examen bestanden, setzte sich aber gleichwohl aufs Neue auf die Hosen und studirte, weil er fühlte, was ihm fehlte. So kam er zu den Anschauungen, wie er sie in den Deutsch-Französischen Jahrbüchern dargelegt hat. Er sagt dann selbst wörtlich: „Die Herausgabe der „Neuen Rheinischen Zeitung" 1848 und 1849 und die später erfolgten Ereignisse unterbrachen meine ökonomischen Studien, die erst 1850 in London wieder aufgenommen werden konnten. Das ungeheure Material für Geschichte der politischen Oekonomie, das im Britischen Museum aufgehäuft ist, der günstige Standpunkt, den London für die Beobachtung der bürgerlichen Gesellschaft gewährt, endlich das neue Entwickelungsstadium, worin letztere mit der Entdeckung des kalifornischen und australischen Goldes einzutreten schien, bestimmten mich, ganz von vorne wieder anzufangen und mich durch das neue Material kritisch durchzuarbeiten." Ja, wenn Woltmann nach dieser Darstellung von Marx noch seine Behauptungen aufrecht erhalten kann, so behaupte ich, daß auch Woltmann Alles, was er veröffentlicht hat, nur unter einer im Voraus feststehenden These fabrizirt. Gewiß, Jeder, der schriftstellerisch etwas leistet, hat bereits ein Ziel im Auge. Glauben Sie denn, daß ich, als ich an die Ausarbeitung meines Buches ging, mir nicht klar darüber war, was ich schreiben wollte. Gewiß wußte ich, was das Endziel sein solle, aber ich sagte mir: Jetzt gilt es, das zu beweisen. Damit ist natürlich nicht ausgesprochen, daß Marx und Engels unfehlbar gewesen sind und keine Widersprüche begangen haben. Ich erinnere nur, wie falsch Engels das Ende des Jahrhunderts beurtheilt hat, wie falsch er über die Entwickelung Rußlands, über die orientalische Frage geurtheilt hat.

Und ebenso Marx. Das ist doch etwas ganz Gewöhnliches, das passirt alle Tage. Man sieht, daß man sich irrte, findet neue Thatsachen und ändert darauf seine Ansichten. Ich habe dies einmal beständige geistige Mauserung genannt. Aber in dem Punkte, um den es sich hier handelt, haben Marx und Engels ihre Ansichten nicht geändert. Ist man aber im Zweifel über das, was er wirklich meint, so erfordert die Loyalität einem Todten gegenüber, daß man das, was er zuletzt ausgesprochen hat, als seine Ansicht betrachtet. (Beifall.)

Nun noch etwas über die Agrarfrage.

David hat es als unrichtig bezeichnet, daß die kleinen Fetzchen Land, die vor den Thoren unserer Großstädte liegen, in der Statistik als landwirthschaftliche Betriebe aufgeführt sind. Er sagt, das sei Bauland. Die Gemeinde mag für ihre Steuerzwecke das als Bauland betrachten, aber in der Reichsstatistik sind es landwirthschaftliche Betriebe. Schoenlank, der amtlich an der Statistik mitgewirkt hat, hat mir das selbst mitgetheilt. Ganz besonders hat es mich gefreut, daß Hofer in Uebereinstimmung mit mir die optimistischen Anschauungen Davids über den kleinen und mittelbäuerlichen Betrieb nicht theilt. Interessant war mir auch sein Nachweis, wie irrationell der Kleinbetrieb ist, wie die scheinbar höheren Erträge täuschen, da sie nur auf einer Verschwendung von Arbeitskraft beruhen. Das schließt natürlich nicht aus, daß in manchen Gegenden mit ausnahmsweise gutem Boden auch 'mal ein Theil der kleinbäuerlichen Betriebe sich in sozial vorzüglicher Lage befindet. Aber das ist nicht die Regel, sondern die Ausnahme, und die Ausnahme bestätigt bekanntlich die Regel. Wir sehen ja überall das Bestreben, den Großbetrieb möglichst zu erweitern, wir sehen, wie unsere Bourgeoisie Gut für Gut ankauft, und die Ertragsfähigkeit steigert. Natürlich darf man nicht in der Weise wirthschaften wie unsere Junker. Ganz besonders gefreut hat mich, daß unser Genosse, der „Großgrundbesitzer" Hofer ruhig sagt: wenn wir expropriiren, so schneiden wir nicht dem Hunde den Schwanz stückweise ab, sondern auf einmal. Und er gab zu, daß er das lediglich aus der Erkenntniß der natürlichen Nothwendigkeit heraus gesagt hat, und schloß: volle Klarheit gegenüber den bürgerlichen Parteien, keine Täuschungen über sie.

Ich komme nun zu den Gewerkschaften. David sagt, ich hätte ihre Schwäche behauptet, Woltmann erklärt, ich hätte gesagt, sie gelangten auf einen todten Punkt, v. Elm meint, ich sei überhaupt ein zweifelhafter Bruder in Bezug auf die Gewerkschaften. Auer und ich stehen bei ihm in demselben Geruche, Beide zu Unrecht. Als 1869 Schweitzer zum ersten Male eine Gewerkschaftsbewegung großen Stiles ins Leben rief, da stand ich an die Spitze eines Arbeiterverbandes, der 15 000 Mitglieder umfaßte, und agitirte mit äußerster Kraft für die Gründung von Gewerkschaften. Wir begingen nur damals den Fehler, das Haus vom Dache aus anzufangen und mit internationalen Gewerkschaften zu beginnen. Wenige Jahre später wurden diese von der sächsischen Regierung todtgeschlagen. So waren meine Anschauungen über die Gewerkschaften, und so sind sie geblieben. Jedes Jahr habe ich, von dem letzten abgesehen, in großen Gewerkschaftsversammlungen am 1. Mai gesprochen. Häufig werde ich darum angegangen, in Gewerkschaften zu sprechen. Ich darf es als persönliches Verdienst in Anspruch nehmen, daß eine Arbeiterschicht, die sich in traurigster Lage befindet, die Bäckereiarbeiter, endlich erwacht ist (Bravo!) und jetzt eine ansehnliche Gewerkschaft bildet. Es ist nicht hübsch, noch weiter mit der Verdächtigung hervorzutreten, Auer und Bebel seien den Gewerkschaften gegenüber zweifelhafte Leute. Aber ich bin nicht in dem Sinne ein begeisterter Anhänger der Gewerkschaften, daß ich die Augen schließe über die Grenzen ihrer Macht. (Sehr richtig!) Ich habe in Köln allerlei Bedenken dazu geäußert, daß die Gewerkschaftsbewegung den Umfang in Deutschland erhalten wird, den sie haben sollte, weil den deutschen Gewerkschaften der

Anreiz fehlt, den die englischen Gewerkschaften haben, die Krankenversicherung ꝛc. (Sehr richtig!) Und weiter habe ich gesagt: Täuschen wir uns nicht, die Macht der großen Unternehmerkoalitionen, diese Konzentration von 100 Großbetrieben in einen gemeinsamen Riesenbetrieb, in einen Leviathan, wie die Webbs sagen, wird es den Gewerkschaften sehr schwer machen, dagegen anzukämpfen. Und darum sage ich, ist der politische Kampf nöthig, und die Expropriation der Expropriateure das entscheidende Mittel, um mit dieser Macht aufzuräumen. (Sehr richtig!)

Nun zu den Genossenschaften. Da stehen sich entgegengesetzte Anschauungen gegenüber, Molkenbuhr auf der einen, v. Elm und Katzenstein auf der andern Seite. Wenn Katzenstein die Ausnutzung der Genossenschaften im Parteiinteresse gefordert hat, so erwidere ich ihm: wir können das schon deshalb nicht, weil wir es nicht dürfen, weil uns die Gesetzgebung daran hindert. Wir können nur sagen, daß die Partei ihnen neutral gegenüber steht. Selbst wenn wir anders wollten, könnten wir nicht. Wir haben ja Handelsgesellschaften: Buchhandlungen, Druckereien. Aber sie gehören Privatpersonen, die Niemand hindern kann, zu sagen: Wir geben die Ueberschüsse der Partei. Anders liegt es bei den Genossenschaften. Da hat die Gesetzgebung direkt einen Riegel vorgeschoben, den wir in keiner Weise beseitigen können. Was die Bedeutung der Genossenschaften für die künftigen Kämpfe anbelangt, so so habe ich dem, was Auer darüber gesagt hat, kein Wort hinzuzufügen. Katzenstein hat gesagt, ich hätte mich im Reichstage wegwerfend über die Konsumvereine geäußert. Ist mir nicht eingefallen. Ich habe mich nur gegen die Antisemiten gewehrt, die die Partei für manche Erscheinungen in den Konsumvereinen verantwortlich zu machen trachteten. (Sehr richtig!) Ich habe erklärt, daß uns als Partei die Konsumvereine gar nichts weiter angingen. Müßten wir doch sonst für alle Fehler, die vorkommen, die Verantwortung übernehmen, für die Dividendenjägerei, die schlechten Arbeitsbedingungen. Das lehnen wir ab. Als Partei dürfen wir eine andere Stellung nicht einnehmen. Da suchen wir den Konsumvereinen nur den gesetzlichen Schutz zu verschaffen, den sie brauchen. Wir erklären, daß die kleinen Geschäftsleute keinen Anspruch darauf haben, daß der Staat ihnen ihr Einkommen garantirt. (Sehr richtig!)

Nun noch einige Worte zu meiner Resolution und den dazu gestellten Amendements. Es ist beantragt, im vierten Absatz die Worte: „sie erachtet" bis „Angelegenheiten" zu streichen; es wird darin eine Art Sympathieerklärung für die Genossenschaften erblickt, die ausgemerzt werden soll. Wenn Molkenbuhr in berechtigter Gereiztheit über die Art gerathen ist, wie v. Elm mit einem Feuereifer, einer Begeisterung, einem Idealismus, den ich kaum verstehe, für seine „Produktion" eintritt, in der er den archimedischen Punkt entdeckt zu haben glaubt, von dem aus die bürgerliche Gesellschaft aus den Angeln zu heben ist, so begreife ich das. Wenn v. Elm so weit gegangen ist, wie Molkenbuhr behauptet, daß er in Hamburg behauptet hat, jeder Sozialdemokrat sei verpflichtet, die Genossenschaft zu unterstützen, so wird dem durch den Satz meiner Resolution ein Ende gemacht. Es wird darin ausgedrückt, daß die Partei den Genossenschaften neutral gegenübersteht, und daß es die freie Ueberzeugungssache jedes Einzelnen ist, ob er sich den Genossenschaften anschließen will oder nicht, genau so gut, wie Jeder, der es will, auch Impfgegner sein darf oder Anhänger des nassen Strumpfes. (Heiterkeit.) So liegt es auch im höchsten Interesse der Gewerkschaften, wenn sie sich möglichst fern von der politischen Partei halten. Wie wollen sie sonst die katholischen Arbeiter gewinnen? Aus den Gewerkschaften muß die Politik heraus. (Lebhafte Zustimmung.) Die Gewerkschaftsbewegung ist nicht sozialdemokratisch, sie ist eine proletarische Klassenbewegung. (Sehr richtig!)

Wenn wir die Sätze über die Genossenschaften streichen wollten, so wäre das ein großer Fehler. (Zustimmung.) Wie bin ich denn zu dem Zusatz gekommen? Nicht aus eigener Entschließung. Es hat mich dazu neben dem Bernstein'schen Buch auch die Agitation gebracht, die in Hamburg und anderwärts in dieser Richtung getrieben wird. Da habe ich gesagt: wenn früher direkt gegen die Genossenschaften Stellung genommen wurde, so ist das zu weitgehend. Wir können, ohne uns etwas zu vergeben, sagen: Die Gründung von Genossenschaften, wenn dazu die nöthigen Vorbedingungen vorhanden sind, es vorsichtiger Weise geschieht, kann eine Verbesserung in der wirthschaftlichen Lage der Arbeiter herbeiführen, wenn sie gut geleitet werden. Das bestreitet Niemand; also akzeptiren Sie den Satz. Das ist keine sogenannte Sympathieerklärung. Wir haben in der Partei Leute, die in den Konsumvereinen Geniales geleistet haben. Wer hätte es dem kleinen Fell angesehen, daß er in der Leitung des Leipziger Konsumvereins ein solches kaufmännisches Genie entwickeln würde! Wenn unsere Leute etwas lernen, den Verwaltungsmechanismus verstehen, dann ist es ein Vortheil, ich gebe zu, ein Vortheil für die Zukunft. Je tüchtiger und gebildeter — um den sehr viel mißverstandenen Ausdruck zu gebrauchen — wir in allen diesen Richtungen unsere Genossen geschult haben, um so leichter können wir schließlich an das Werk der Sozialisirung der Wirthschaft gehen. Von diesem, aber auch nur von diesem Gesichtspunkte aus schreibe ich den Genossenschaften eine Bedeutung bei; namentlich betone ich: sie haben keine **entscheidende Bedeutung für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei.** David fragte, was ich mit der „entscheidenden Bedeutung" sagen will. Lieber David, da will ich nichts weiter sagen, als daß ich nicht glaube an die sogenannte „soziale Dreieinigkeit": politische, Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung. Ich will gar nicht schwören — es kann ja auch hier für mich der Tag von Damaskus kommen. (Heiterkeit.) Aber heute glaube ich nicht daran, wie ich überhaupt nicht an eine heilige Dreieinigkeit glaube (Heiterkeit) — das ist meine Privatsache. Ihr legt ein **Hauptgewicht** darauf, ich nicht und andere nicht und darum soll ausgesprochen werden, daß nach dem Stand der Dinge dem Genossenschaftswesen diese Bedeutung nicht beiliegt. Deshalb bitte ich Sie, erstens diesen Satz aufrecht zu erhalten und zweitens die Resolution Adler abzulehnen, die vorschreibt: die und die Genossenschaften sollen nicht begründet werden. Zu einem solchen Beschluß sind wir nicht autorisirt (sehr richtig!), wir sind hier kein Genossenschaftskongreß. Adler kann Recht haben, auch ich stehe den Produktivgenossenschaften mißtrauisch gegenüber. Ich kenne die Verhältnisse, ich bin sogar einmal für eine solche Genossenschaft Stadtreisender gewesen, habe allerdings schlechte Geschäfte gemacht (Heiterkeit), aber gebranntes Kind scheut das Feuer. Das geht uns hier nichts an; lehnen Sie den Antrag Adler ab.

Mit besonderem Nachdruck hat Liebknecht gegen den Punkt in meiner Resolution polemisirt, der unsere Stellung zu den bürgerlichen Parteien betrifft. Ich habe gehört, wenn dieser Passus angenommen wird, daß eine Anzahl Genossen, Berliner, sich die Frage vorlegen wollen, ob sie dann nicht lieber die ganze Resolution ablehnen sollen. Ich will keine Pression jetzt ausüben, sie mögen es sich überlegen, ob sie die Verantwortung dafür übernehmen wollen, daß hinterher der Eindruck erweckt wird — da ja bekanntlich über Motive nicht abgestimmt wird — daß sie eigentlich Bernsteinianer seien. (Heiterkeit.) Aber im Grunde genommen könnten auch die Radikalsten unter den Radikalen nur gegen den einen Satz sein: „sobald es sich um Stärkung der Partei bei **Wahlen** handelt"; alles Uebrige ist seit 30 Jahren stehende Praxis in unserer Partei, im Parlament und sonst. Aber es ist auch bezüglich der Wahlen der Fall, wenn es auch Liebknecht nicht zugeben will. Er selber hat in hohem Maße dazu beigetragen, daß mein Standpunkt in dieser Frage auf dem Stuttgarter Parteitage zum Beschluß erhoben wurde. (Hört! hört!)

Ein solches Wahlbündniß, sagt er, wo auf der einen Seite Sozialdemokraten, auf der anderen Seite bürgerliche Parteimänner zu wählen sind, ist eine Preisgabe unseres Klassenkampfstandpunktes, die mit noch so viel Mandaten nicht gut gemacht werden kann. Ich habe mich durch die Fassung des Absatzes III meiner Resolution bemüht, Alles aufzubieten, um Denen, die Liebknechts Ansicht sind, die Zustimmung möglich zu machen. Die Fassung zeigt doch deutlich, wie ein solches Zusammengehen gemeint ist. Vollmar hat gestern zu Gunsten des bayrischen Vorgehens ausgeführt, das sei kein Kompromiß gewesen. Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich das als Kasuistik bezeichne! (Sehr richtig!) Es war ein Kompromiß, denn zwei Parteien sind zusammen gegangen, die sich sonst gegenseitig aufs heftigste bekämpfen. Herr Lieber hat ja erst kürzlich — das Wort war nach Berlin gerichtet — gesagt, die Sozialdemokratie ist unser Todfeind. Gewiß, mit dem Zentrum werden wir den letzten Kampf führen, und sicher mit vollem Erfolge. Die Bayern haben aber mit ihm dennoch ein Kompromiß geschlossen, aber Niemand, der aufrichtig ist, kann sagen, daß sie ein Prinzip dabei preisgegeben oder Grundsätze verletzt haben. (Sehr richtig!)

Peus hat gestern davon gesprochen, daß die Vollmar'sche Taktik gesiegt, und meine Taktik, die er in Gegensatz dazu bringt, vollständig Schiffbruch gelitten habe. Was ist denn die Vollmar'sche Taktik? Wir haben ja mit Vollmar wiederholt sehr lange Auseinandersetzungen über seinen Standpunkt gehabt. In Erfurt z. B. unterhielten wir uns über den von ihm in Wort und Schrift entwickelten Standpunkt, wir sollten klug sein ohne Preisgabe des Endziels, das noch in sehr weiter Ferne liegt, wir sollten praktisch werden und uns auf bestimmte Forderungen beschränken. Diese Forderungen waren: 1) Weiterführung des Arbeiterschutzes, 2) Erringung eines wirklichen Vereinigungsrechts, 3) Enthaltung jeder staatlichen Einmengung zu Gunsten des einen Theils, 4) Gesetzgebung über die industriellen „Ringe" und 5) Beseitigung der Lebensmittelzölle. Diese fünf Punkte sollten quasi das Aktionsprogramm der Partei bilden. Außerdem lag eine Reihe von Aeußerungen von ihm über den Kurs Caprivi vor, die an die Bernstein'sche Auffassung über den Liberalismus erinnern, wie ja darin zwischen ihm und Bernstein eine große Sympathie besteht. „Dem guten Willen die offene Hand", das war die Quintessenz seiner Anschauung. Dagegen haben wir Front gemacht. Ich hatte dazu eine Resolution beantragt, zu der im Laufe der Debatte Oertel-Nürnberg einen Zusatz beantragte, der eine gewisse persönliche Spitze gegen Vollmar enthielt. Vollmar erklärte, er stehe ganz auf dem Boden der Resolution, nur die persönliche Spitze könne er nicht annehmen, sonst könne er — so sagte er, wenn er es auch nicht direkt ausgesprochen hat — nicht mehr in der Partei bleiben. Wir haben dann die persönliche Spitze gestrichen, und die Resolution wurde einstimmig angenommen. Heute ist nichts in dem Auftreten Vollmars vorhanden, was ihm den Vorwurf machen kann, daß er noch die Taktik von 1891 vertritt. Worin besteht also der Sieg der Vollmar'schen Taktik, von der Peus spricht? Meine Taktik konnte gar nicht in Frage kommen, da ich eine von der der Gesammtpartei abweichende gar nicht vertreten habe.

Und was die Taktik der Baiern bei den Wahlen in Verbindung mit bürgerlichen Parteien betrifft, so sind doch die Baiern nicht bahnbrechend, sondern die Badenser, die schon im vorigen Jahre mit gutem oder bösem Beispiel vorangegangen sind. (Sehr richtig!) Das sind die Bannerträger dieser „opportunistischen Politik", sie haben zuerst den „Kuhhandel" betrieben und die Hauptstadt des Landes erobert zum großen Entsetzen des Großherzogs, der ja bei jeder Gelegenheit die bekannten Reden gegen uns hält. Damit haben sie aber nichts gethan, was gegen das Prinzip oder auch nur gegen die Taktik der Partei verstößt. Wenn das Alles wahr wäre, was Liebknecht als die Wirkung einer solchen „Kuhhandel-Politik" bezeichnet hat, so hätte doch Liebknecht als Wächter des Prinzips und der Reinheit der Kampfesweise der

Partei auch nicht die Stuttgarter Resolution annehmen dürfen. Stuttgart bildete den Sündenfall für Liebknecht in Bezug auf die Preisgabe des Prinzips. (Große Heiterkeit! Widerspruch!) Denn die Stuttgarter Resolution gab den Parteigenossen in Preußen die feierliche Vollmacht, sich mit anderen Parteien in Verbindung zu setzen, weil eine definitive Stellungnahme bei der Kürze der Zeit nicht mehr möglich war. Principiis obsta! heißt es hier. Fürchtet den ersten Schritt! „Wenn Dich erst mal Einer hat, dann hat Dich bald die ganze Stadt.“ In Folge der Stuttgarter Resolution konnten unsere Parteigenossen in Breslau, in Hannover und in anderen Städten im vorigen Jahre mit den Liberalen bei den Landtagswahlen zusammengehen, wobei nicht einmal die Aufstellung eines sozialdemokratischen Kandidaten in Frage kam. Das sage ich offen: So christlich entsagend bin ich nicht, daß ich meinem Gegner helfe, ohne selbst etwas davon zu haben. (Sehr richtig!) Nein, ich sage: Hier hast Du Etwas, gieb mir Etwas dafür! Das ist wenigsten ein ehrliches Geschäft. (Heiterkeit.) Anders hätten wir in absehbarer Zeit gar keine Aussicht, in den preußischen Landtag zu kommen. (Sehr richtig!) Könnten wir aber durch eine solche Taktik auch nur zwei Hechte in den Karpfenteich des preußischen Landtages bekommen, so wäre das ein großer Erfolg. Die Kritik, die dort an manchen Dingen geübt werden könnte, die sonst nirgends möglich ist, halte ich für sehr wichtig. (Zustimmung.) Also die preußischen Kreise, die sich an den Landtagswahlen betheiligt haben, haben weit mehr gethan als die Bayern. War das kein Verrath am Prinzip, war das kein Aufgeben des Klassenstandpunktes, dann kann es auch kein Schaden sein, wenn es zum zweiten Mal so gemacht wird. Wenn Liebknecht und Andere durch ihren Antrag es dahin bringen wollen, daß wir auf dem nächsten Parteitag nochmals über unsere Stellung zur Frage der Betheiligung an den Landtagswahlen debattiren — offen gesagt, ich habe keine Neigung dazu, ich habe an den bisherigen Verhandlungen genug — aber wenn Sie einen Beschluß darüber herbeiführen wollen, dann erleben die Gegner der Wahlbetheiligung eine Niederlage, wie sie eklatanter nicht gedacht werden kann. (Zuruf: Erst abwarten!) Gewiß, Ihr seid brave und tüchtige Genossen, Ihr Berliner, aber gerade heraus: Ich will heute die Geschichte zum Klappen bringen, ich bin des trocknen Tones satt. Tritt der Parteitag in dieser Beziehung auf Seiten der Berliner, so ist die Sache erledigt, und ich rühre sie nicht mehr auf. Beschließt aber umgekehrt der Parteitag gemäß dem dritten Absatz meiner Resolution, dann habe ich das volle Vertrauen in die Loyalität der Berliner und der übrigen Genossen, die darin einen schweren Fehler erblicken, daß sie trotzdem sagen: Gut! Es ist uns sehr unangenehm, wir ärgern uns darüber, aber wir fügen uns. Ich vertraue besonders, daß es dann nicht zu so bösem parteiverrätherischem Verfahren kommt, wie in Leipzig (sehr richtig!), wo Genossen gegen einen wiederholt gefaßten feierlichen Beschluß des Parteitages in so schwerer Weise sündigten. Das ist nicht nur ein böses Beispiel für die guten Sitten, sondern auch ein Vorgang, der das Gaudium unserer Gegner hervorgerufen (sehr wahr!), der die Partei diskreditirt, ihre Aktionsfähigkeit in Sachsen lahm gelegt hat. (Lebhafte Zustimmung.) Auch in dieser Beziehung sollte der Parteitag ganze Arbeit machen und den Leipziger Genossen wegen ihres Verhaltens einen gehörigen Denkzettel in Form eines Rüffels ertheilen. (Sehr richtig!) Sie haben es verdient. Entweder wir sind eine Partei, die zusammenarbeiten will, dann heißt es pariren und in Reih' und Glied stehen. Das Gegentheil bedeutet die Auflösung der Partei. Dann könnte auch Bernstein sagen: Ihr habt zwar jetzt eine Resolution gefaßt, die gegen mich geht. Ich habe sie auch akzeptirt, aber bei wahrer Ueberlegung sehe ich, daß es nicht geht, ich fange von Neuem an! Dann würde Bernstein doch in eine verflucht böse Position kommen. (Zuruf: Wo bleibt da die Freiheit der Forschung?) Nein, verehrter Genosse,

die freie Forschung auf streng wissenschaftlichem Gebiete, wie die materialistische Geschichtsauffassung, die Dialektik, die Werththeorie u. dergl. haben wir aus unserer Diskussion ausgeschieden, darüber kann nach wie vor weiter geforscht werden. Aber mit der taktischen Stellung hat die freie wissenschaftliche Forschung nichts zu thun, die durch meine Resolution festgelegt wird. (Sehr richtig!)

Also, Genossen, ich bin der Meinung, daß wir zweiffellos den Stuttgarter Beschluß für uns haben, daß, wenn der Stuttgarter Beschluß kein Verbrechen war, auch die in der Sache gleichlautende Resolution von heute nicht als Verbrechen angesehen werden kann. Ob ich den Antrag Stadthagen-Molkenbuhr befürworten darf, darüber bin ich im Zweifel. Dem Inhalt nach sympathisire ich mit diesem Antrage, aber der Form nach halte ich ihn für verfehlt. Er scheint mir in das Ganze nicht recht hineinzupassen. Ich glaube auch, daß man durch derartige Verhütungsmaßregeln sehr wenig erreicht. Dann könnte hier Jemand, dem es blos um Nörgeleien zu thun ist, einmal sagen: Du hast hier einen Vortrag über indirekte Steuern gehalten und dabei nicht über das Endziel gesprochen, wie es der Hannover'sche Beschluß will. Ebenso könnte über jedes Flugblatt, in dem das Endziel nicht erwähnt ist, ein Ketzergericht veranstaltet werden. Schoenlank und 22 Genossen schlagen vor, im letzten Absatz meiner Resolution gewissermaßen noch zur Erläuterung die Worte aufzunehmen: „das heißt, aus der sozialdemokratischen Partei eine demokratisch-sozialistische Reformpartei zu machen.“ Da Bernstein direkt vorgeschlagen hat, daß wir diesen Namen akzeptiren sollen, weil er eigentlich dem Wesen unserer Partei entspricht und weil wir einen Namen hätten, der uns heute nicht mehr zukäme, so halte ich es für gut, diese Erläuterung meiner Resolution hinzuzufügen, und ich bitte, daß Sie die von mir beantragte Resolution mit diesem Zusatz möglichst einstimmig annehmen. Nicht deshalb bitte ich Sie um die einmüthige Annahme meiner Resolution, weil ich glaube, daß wir Alle in völliger Harmonie und einheitlicher Ueberzeugung diesen Saal verlassen werden. (Heiterkeit.) Darüber täusche ich mich garnicht. So ist es nicht, und soll es auch nicht sein. (Sehr richtig!) Das wäre langweilig. Schon aus einem rein ästhetischen Bedürfniß heraus wäre mir das nicht recht. (Heiterkeit!) Unterschiede in den Anschauungen in der Beurtheilung taktischer Fragen werden immer vorhanden sein, dafür sorgen die Unterschiede im Erkenntnißvermögen, im Temperament, in der Lebenslage des Einzelnen, die immer wieder Meinungsverschiedenheiten erzeugen. In der Sache aber haben diese dreieinhalbtägigen Erörterungen bekundet, daß keine Meinungsverschiedenheiten über die großen Grundlagen unserer Auffassung bestehen. Und darum bitte ich Sie im Interesse des Eindruckes nach außen und auf die Partei um möglichst einstimmige Annahme der Resolution. (Lebhafter Beifall.)

Singer theilt mit, daß die Anträge 65, 69 und 70[2] zurückgezogen sind, ebenso im Antrag 52 die Abschnitte a, b und d. Dagegen ist zu c desselben Antrags nachträglich ein Zusatzantrag gestellt. Ebenso ist von Katzenstein und Ledebour ein neues Amendement eingebracht worden, welches wünscht, daß in den Absatz 1 der Bebel'schen Resolution die Worte eingeschoben werden: „insbesondere nicht in der von Bernstein empfohlenen Richtung auszubilden“.

Singer stellt die Frage an den Parteitag, ob es geschäftsordnungsmäßig zulässig ist, nach Schluß der Diskussion noch neue Anträge einzubringen.

Der Parteitag erklärt dies fast einmüthig für unzulässig, nachdem Katzenstein erklärt hatte, daß die Absicht bei Einbringung dieses Amendements gewesen sei, eine verschiedene Auslegung der Bebel'schen Resolution zu verhindern.

Singer bittet um Vorschläge für die Wahl der Parteileitung, damit die Vorschlagsliste gedruckt werden kann.

Es folgen **persönliche Bemerkungen:**

Peus-Dessau: Wenn Genosse Bebel sich darüber beschwert fühlt, daß ich eine einzelne Aeußerung von ihm herausgegriffen habe, um daran meine Kritik anzuknüpfen, so ist es doch unmöglich, immer die ganze Rede zu wiederholen. Ich habe aber die Aeußerung nicht entstellt. Sie ging dahin, daß Bebel in der Berliner Rede gesagt hat, daß es möglich sei, daß wir die ganze sozialistische Gesellschaft verwirklicht haben werden, ehe eine von diesen von uns an den heutigen Staat gerichteten Forderungen erfüllt ist. (**Bebel**: Das war ein Zeitungsbericht.) Das ist ganz etwas anderes, als was Bebel nach seinen Ausführungen von heute morgen gesagt haben will, das ist das gerade Gegentheil, denn er meinte, ich hätte ihm dadurch recht gegeben, daß ich die Entwickelung der sozialistischen Gesellschaft schon in der theilweisen Verwirklichung unserer Gegenwartsforderungen fände. Wenn Bebel die Gegenwartsforderungen heute so wie ich bewerthet, so ist damit die Entwickelung seit 1891, wie ich sie eben behauptete, auch bei Bebel bewiesen. Wenn er im übrigen Unruhe der Versammlung als gleichbedeutend mit sachlicher Widerlegung meiner Ausführungen hinstellte, so ist das nicht die Anschauung, der wir sonst in der Partei huldigen. Andererseits ist es allerdings leider richtig, daß in unserer Partei nicht jeder dasselbe sagen dürfe, was ein anderer zu sagen sich erlauben könne. (Unruhe.)

Schoenlank: Meine persönliche Bemerkung soll nur ein kleines Versehen richtig stellen, das Bebel passirt ist. Er hat darin vollkommen recht, daß die Zwergbetriebe, von denen er gesprochen, bei der Berufsstatistik von 1895 mitgezählt worden sind. Ich weiß das aber nicht aus einer amtlichen Thätigkeit bei dieser Statistik, sondern als Mitglied einer Kommission des Reichstages.

v. Elm: Bebels Ausführungen über meine Person mußten den Eindruck erwecken, als hätte ich einmal behauptet, er und Auer hätten keine Sympathie für die Gewerkschaftsbewegung. Ich will nur feststellen, daß ich so etwas nicht gesagt habe. Das Einzige ist, daß ich zeitweilig bei ihm den Eindruck hatte, als gewähre er nicht der gewerkschaftlichen Bewegung die ihr gebührende Gleichschätzung der politischen gegenüber.

Auch seine Angaben über meine Stellung zu den Genossenschaften sind falsch. Ich habe keineswegs erklärt oder in Artikeln behauptet, jeder Hamburger Genosse sei verpflichtet, der „Produktion" beizutreten. Ich habe nur auf die hohe Bedeutung der Genossenschaften für die Gewerkschaftsbewegung hingewiesen. Dieser Meinung bin ich auch heute, daraus erklärt sich meine Begeisterung für die Genossenschaften. Ich habe nie verlangt, daß die Partei als solche offiziell Genossenschaften gründe.

Auer: Parteigenossen! Bebel hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich aus Privatgesprächen, die Jahre zurückliegen, Einzelheiten vorgebracht hätte. Es ist das richtig. Ich will auch dahingestellt sein lassen, ob es korrekt im strengsten Sinne ist, das zu thun; ich selbst neige der Meinung zu, daß es nicht korrekt ist. Ich darf aber für mich als Entschuldigung anführen, daß ich nur so ganz nebenher sagte, daß, abgesehen von parlamentarischen Erklärungen, ja auch in persönlichen Gesprächen die Ausführungen wiederholt gemacht, und daß daher von einer Ableugnung nicht die Rede sein könne. (Unruhe. **Bebel**: Den Versuch habe ich nie gemacht!) Aber das dahingestellt, ist es doch eigenthümlich, daß Bebel in demselben Athemzuge, wo er mir einen Vorwurf daraus macht, daß ich auf Privatäußerungen hingewiesen habe, in den gleichen Fehler verfällt und eine Privatäußerung von mir, in der ich Engels und Marx als Päpste bezeichnet habe, hier vorbringt. Es ist mir im Leben nicht eingefallen, in öffentlichen Versammlungen eine solche Bemerkung zu machen; aber ich leuge nicht,

daß unter uns in Privatunterhaltungen in scherzhafter Weise auch dieser Ausdruck von mir gefallen sein kann.

Bebel meinte ferner, ich hätte meine Ausführungen gemacht, um ihn zu diskreditiren. Dem stelle ich die Frage an Bebel entgegen: hatte er, als er gestützt auf ein Zitat aus der „Kreuzzeitung" von meiner „Staatsmannsschaft" sprach, mich damit diskreditiren wollen? Mir ist es nicht entfernt eingefallen, ihn diskreditiren zu wollen, und ich setze als selbstverständlich voraus, daß als er hier seine Witze über mein Staatsmannsthum, auf das ich gar keinen Anspruch gemacht habe, machte, er auch nicht die Absicht hatte, mich zu diskreditiren.

Dann entrüstete er sich darüber und er suchte damit die Sentimentalität gegen mich in Bewegung zu bringen, daß ich von dem Endziel der Partei nicht mit dem gebührenden Respekt gesprochen habe. Nun, Parteigenossen, mir sind meine Ausführungen nicht mehr wörtlich in Erinnerung. Was mich aber zu ihnen veranlaßte, das war die Darstellung des Genossen Stadthagen, als seien diejenigen Kandidaten und Agitatoren, die mit dem Endziel in den Wahlkampf gegangen seien, siegreich gewesen, während diejenigen, die in dem Wahlkampf unterlegen sind, das dem Umstand zu danken hätten, daß sie das Endziel versteckt, nicht in den Vordergrund gestellt hätten. Dagegen habe ich polemisirt, und wenn ich nunmehr in etwas drastischer Weise vielleicht die Art und Weise, wie Stadthagen beliebte, das Endziel und wieder das Endziel und noch einmal das Endziel uns vorzuhalten, beleuchtete, so galt das der Darstellung Stadthagens und nicht unserem Endziel. Wenn man mich nicht mißverstehen will, konnte man mich garnicht mißverstehen.

Und nun noch ein Weiteres. Bebel ist ganz verwundert, daß mit dem Eingreifen Auers in die Diskussion sie einen persönlichen Charakter erhielt, (sehr richtig!) — gewiß, sehr richtig! Ich will Ihnen auch gleich sagen, warum das richtig ist. Es ist sogar ganz selbstverständlich, es konnte garnicht anders sein. Ich will nur noch bemerken, daß Vollmar dieselbe Schuld mit aufgebürdet wird, und ich glaube auch nicht, daß Vollmar es irgendwie leugnen wird, daß, nachdem er einmal zum Wort kam, auch die persönliche Seite erörtert werden mußte. Parteigenossen! Seit Wochen und Monaten — ich habe dafür den Beweis beigebracht — wurde meine Person in diese Diskussion hineingezogen in einer durchaus nicht mißzuverstehenden Absicht, nämlich in der, mich als einen derjenigen Genossen der Gesammtpartei zu denunziren, die das Bestreben haben, die Arbeiterbewegung vom Boden des Klassenkampfes abzulenken und sie hinüberzuführen auf den Kampfboden, wo wir mit bürgerlichen Parteien gleichstehen. Seit Wochen und Monaten wurde weiter angekündigt, daß wir uns in Hannover treffen, daß wir, die Auer, Bernstein, Schippel, Heine u. s. w. da Rechenschaft zu stehen haben, daß man mit uns ins Gericht gehen werde u. s. w. Das ist seit Wochen und Monaten geschehen von den verschiedensten Seiten in hervorragenden Parteiblättern. Und nun mit einem Mal dies Schauspiel, daß alle diese Ankläger, daß alle die persönlichen Vertreter dieser Herausforderungen einer nach dem anderen hier auf die Tribüne getreten sind, daß sie uns mit akademischen Abhandlungen, deren Vorzüglichkeit ich keineswegs bestreite, unterhalten haben, daß sie sich aber einer wie der andere gedrückt haben um die Sache (lebhafte Zustimmung), von der sie uns ankündigten, daß sie zur Entscheidung gebracht werden sollte. Parteigenossen, ich hatte nicht die Absicht, den persönlichen Theil der Angelegenheit hier zu provoziren; ich habe aber auch nicht Angst vor dieser persönlichen Auseinandersetzung. Ich konstatire die Thatsache, daß, als unsere Ankläger Auge in Auge uns gegenüberstanden, da verschwand die Anklage, die Ankläger kniffen — anders kann ich nicht sagen. Ich sagte: gut denn! wenn alles, was geschehen ist, heute nicht mehr wahr sein soll, dann bin ich der letzte, der die persönliche Auseinandersetzung hier zum Austrag bringt. Ich war einer derjenigen, die für den Schluß der Diskussion stimmten

und habe mir damit den Mund selbst verbunden; und ich war nicht wenig überrascht, als, wie ich nach Wiedereröffnung der Nachmittagssitzung hierher kam, man mir mittheilte, daß der Vormittagsbeschluß nicht mehr gelte, daß die Diskussion fortgesetzt werde und ich nun auch reden müsse. Nachdem ich also zum Reden gezwungen wurde, da allerdings habe ich meine Person vertheidigt, da allerdings habe ich die Dinge zur Sprache gebracht, die seit Wochen und Monaten gegen mich und meine persönliche Ehre, gegen meine Ehre als Parteigenosse ausgesprochen waren. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.) Parteigenossen! Darüber mögen Sie nun urtheilen, wie Sie wollen, das ist Ihre Sache, meine Devise bleibt, daß im Kampf der Hieb immer die beste Vertheidigung ist. (Stürmischer Beifall und Zischen.)

Liebknecht: Bebel hat behauptet, ich hätte durch Zustimmung zum Stuttgarter Beschluß den ersten Sündenfall begangen. Wenn das ein Sündenfall gewesen ist, so wäre ich durch teuflische Fallstricke, die mir von meinen Freunden gelegt wurden, dazu verleitet worden — und das wäre nicht schön gewesen. So schlecht ist die Welt nicht. Wir in der Kommission kamen überein, daß der status quo zu erhalten sei. Und als die Resolution vorgelegt wurde, da wurde ausdrücklich im Namen der gesammten Kommission von mir und dem Referenten ausgesprochen, der Stand der Dinge bliebe, wie er bisher gewesen sei. Es konnte wegen der Kürze der Zeit kein einheitlicher Beschluß über die praktische Ausführung des Hamburger Beschlusses gefaßt werden. Aber die Kölner Resolution, die in Hamburg bestätigt wurde, und die sich gegen Kompromisse und Wahlbündnisse wandte, bleibe unberührt. Das haben die Genossen ja auch begriffen und erst hintennach haben Einige gesagt: weil in der Resolution nicht ausdrücklich erklärt ist, daß Kompromisse und Wahlbündnisse verboten sind, darum ist uns carte blanche gegeben. Das ist nicht der Fall. Der Beschluß gegen Kompromisse und Wahlbündnisse ist noch in Kraft und die Berliner Genossen haben mit ihrem ablehnenden Standpunkt gegenüber der Betheiligung an der Landtagswahl unzweifelhaft recht gehabt.

Singer: Das letzte ist keine persönliche Bemerkung gegen Bebel.

David giebt folgende Erklärung zu Protokoll: Ich bedauere durch die Geschäftslage außer Stande zu sein, vor dem Parteitag zu motiviren, weshalb man auch vom Standpunkt der Bernstein'schen Anschauungen aus für die Resolution Bebel stimmen kann.

Singer: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung.

Bebel: Ich bitte ums Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Singer: Ich kann das Wort nicht mehr ertheilen.

Das Resultat der Abstimmung ist folgendes: Zunächst werden die Anträge auf Drucklegung der Reden von Bebel und Kautsky abgelehnt.

Ueber die einzelnen Absätze der Resolution Bebel wird getrennt abgestimmt. Absatz I und II werden angenommen. Ueber Absatz III ist die Abstimmung eine namentliche. Es stimmen 205 Delegirte mit Ja, 34 mit Nein, der Absatz ist also angenommen.

Mit Nein stimmen: Adler-Harburg, Ernst-Berlin, Evers-Hildesheim, Ewald-Berlin, Franke-Berlin, Gilek-Arnstadt, Görke-Charlottenburg, Grenz-Leipzig, Hauschild-Weißensee, Hinz-Berlin, Ad. Hoffmann-Berlin, Hoffmann-Pankow, Hoppe-Rixdorf, Koblenzer-Berlin, Krapff-Hastedt, Ledebour-Dresden, Leid-Berlin, Liebknecht, Lubnow-Braunschweig, Menzel-Berlin, Millarg-Berlin, Ostkamp-Essen, Neuber-Ohligs, Rietz-Berlin, Schmidt-Velten, Gust. Schmidt-Berlin, Dr. Schoenlank, Schrader-Bramsche, Schubert-Schöneberg, Sellin-Charlottenburg, Singer, Georg Wagner-Berlin, Frau Wengels-Berlin, Zubeil-Berlin.

Zu Absatz IV liegt der Antrag 70 auf Streichung der Worte „sie erachtet" bis „aber" vor. Dieser Antrag wird abgelehnt und der Absatz IV in seiner ursprünglichen Fassung angenommen, ebenso Absatz V.

Im Absatz VI hat Bebel das Wort „Programm" umgeändert in die Worte „Grundsätze und Grundforderungen". Ferner liegt hierzu das Amendement Schoenlank vor, hinzuzufügen „d. h. aus der sozialdemokratischen Partei eine demokratisch-sozialistische Reformpartei zu machen". Mit diesem Amendement wird Absatz VI angenommen.

Die Gesammtabstimmung über die so geänderte Resolution ist eine namentliche. Das Resultat ist die Annahme der Resolution mit 216 gegen 21 Stimmen bei einer Stimmenthaltung.

Mit Nein stimmen: Blume-Hamburg, Böhle-Straßburg, Ewald-Berlin, Franke-Berlin, Grenz-Leipzig, Hinz-Berlin, Ad. Hoffmann-Berlin, Hoppe-Rixdorf, Krapff-Hastedt, Lubnow-Braunschweig, Menzel-Berlin, Molkenbuhr, Ostkamp-Essen, Rietz-Berlin, Gust. Schmidt-Berlin, Dr. Schoenlank, Schubert-Schöneberg, Sellin-Charlottenburg, Ad. Wagner-Berlin, Winterberg-Krefeld, Zubeil-Berlin.

Der Abstimmung enthält sich Katzenstein-Mannheim.

Die Resolution Bebel (81) hat also durch die Abstimmung folgenden Wortlaut erhalten:

> Die bisherige Entwickelung der bürgerlichen Gesellschaft giebt der Partei keine Veranlassung, ihre Grundanschauungen über dieselbe aufzugeben oder zu ändern.
>
> Die Partei steht nach wie vor auf dem Boden des Klassenkampfs, wonach die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann und betrachtet es demzufolge als geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse, die politische Macht zu erobern, um mit Hilfe derselben durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Einführung der sozialistischen Produktions- und Austauschweise die größtmöglichste Wohlfahrt Aller zu begründen.
>
> Um dieses Ziel zu erreichen, benutzt die Partei jedes mit ihren Grundanschauungen vereinbare Mittel, das ihr Erfolg verspricht. Ohne sich über das Wesen und den Charakter der bürgerlichen Parteien als Vertreter und Verfechter der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu täuschen, lehnt sie ein Zusammengehen mit solchen von Fall zu Fall nicht ab, sobald es sich um Stärkung der Partei bei Wahlen, oder um Erweiterung der politischen Rechte und Freiheiten des Volkes, oder um eine ernsthafte Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterklasse und der Förderung von Kulturaufgaben, oder um Bekämpfung arbeiter- und volksfeindlicher Bestrebungen handelt. Aber die Partei bewahrt sich überall in ihrer Thätigkeit ihre volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit und betrachtet jeden Erfolg, den sie erringt, nur als einen Schritt, der sie ihrem Endziel näher bringt.
>
> Die Partei steht der Gründung von Wirthschaftsgenossenschaften neutral gegenüber; sie erachtet die Gründung solcher Genossenschaften, vorausgesetzt, daß die dazu nöthigen Vorbedingungen vorhanden sind, als geeignet, in der wirthschaftlichen Lage ihrer Mitglieder Verbesserungen herbeizuführen, sie sieht auch in der Gründung solcher Genossenschaften, wie in jeder Organisation der Arbeiter zur Wahrung und Förderung ihrer Interessen, ein geeignetes Mittel zur Erziehung der Arbeiterklasse zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten, aber sie mißt diesen Wirthschaftsgenossenschaften keine entscheidende Bedeutung bei für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei.
>
> In der Bekämpfung des Militarismus zu Wasser und zu Lande und der Kolonialpolik beharrt die Partei auf ihrem bisherigen Standpunkt. Ebenso verbleibt sie bei ihrer bisherigen internationalen Politik, die auf eine Verständigung und Verbrüderung der Völker, in erster Linie der Arbeiterklasse in den verschiedenen Kulturländern, abzielt, um auf dem Boden einer allgemeinen Föderation die Lösung der gemeinsamen Kulturaufgaben herbeizuführen.

Nach all diesem liegt für die Partei kein Grund vor, weder ihre Grundsätze und Grundforderungen, noch ihre Taktik, noch ihren Namen zu ändern, d. h. aus der sozialdemokratischen Partei eine demokratisch-sozialistische Reformpartei zu werden, und sie weist jeden Versuch entschieden zurück, der darauf hinausgeht, ihre Stellung gegenüber der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und den bürgerlichen Parteien zu verschleiern oder zu verrücken.

Durch Annahme der Resolution sind die Anträge 43, 44, 45, 46 und 52 erledigt.

Es werden nunmehr der **Bericht der Kontroleure** und in Anschluß daran der **Bericht der Neuner-Kommission** über die eingelaufenen Beschwerden entgegengenommen.

Meister: Ich habe schon bei Erstattung unseres Berichtes angedeutet, daß nachträglich noch eine Beschwerde eingegangen ist. Es betrifft dies das frühere Mitglied unserer Partei Schreck in Bielefeld, der seiner Zeit freiwillig ausgetreten ist, dann von Bielefeld nach Kassel übersiedelte und jetzt nach Bielefeld zurückkehrte und nunmehr wieder seine Aufnahme in die Partei beantragte. Die Bielefelder Genossen sind der Meinung, die dortigen Verhältnisse lassen es heute noch wünschenswerth erscheinen, daß Schreck der Partei nicht angehöre, und lehnten das Gesuch mit großer Mehrheit ab. Der Partei-Vorstand wies eine Beschwerde Schrecks zurück. Die Kontroleure sind nun der Meinung: wenn es sich um einen Ausschluß handelte, dann würden wir uns zur Entscheidung für kompetent erachten; die Frage der Aufnahme ist aber Sache der dortigen Genossen. Wir empfehlen dem Parteitag, dieser unserer Auffassung, welche auch der Partei-Vorstand der Beschwerde Schrecks gegenüber vertreten hat, sich anzuschließen und damit die Beschwerde als erledigt zu betrachten.

Der Parteitag erhebt diesen Antrag zum Beschluß.

Im Auftrage der Neuner-Kommission referirte über die ihr zur Untersuchung überwiesenen Streitfälle:

Brühne: Der erste Fall betrifft den früheren Genossen Peindorf-Hamburg. Derselbe war mit großer Mehrheit aus dem dortigen Wahlverein des 3. Kreises ausgeschlossen worden, beschwerte sich beim Partei-Vorstand, dieser lehnte ein Eintreten ab, auch wir nahmen mit dem Partei-Vorstand an, daß bei der ausgezeichneten Organisation und Disziplin der Hamburger Genossen die Angelegenheit formal und materiell völlig geregelt sei. Wir schlagen Ihnen deshalb Uebergang zur Tagesordnung über den Fall Peindorf vor.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Brühne geht auf den zweiten Fall, die Angelegenheit Lütgenau, ein: Der Fall ist den Genossen zur Genüge bekannt. Zwar hat nicht Lütgenau selber Beschwerde erhoben, sondern die Neuner-Kommission hat auf Anregung des Delegirten aus Essen sich mit der Angelegenheit befaßt. Bekanntlich hat der Partei-Vorstand die Entlassung Lütgenaus seiner Zeit verfügt, weil er die Verantwortung nicht länger mehr glaubte tragen zu können für dessen fernere Parteithätigkeit. Unter Zuziehung der Delegirten aus dem Ruhrrevier und der Genossen Auer, Gerisch und Pfannkuch haben wir die Sache nochmals untersucht, weil die Genossen aus dem Ruhrrevier verlangten, daß der Parteitag endgültig Stellung nehme. Lütgenau hält noch immer Versammlungen ab und hat noch einen gewissen Anhang. Wir können — und zwar im Interesse Lütgenaus — die Einzelheiten, die zu seiner Entfernung führten, hier nicht öffentlich erörtern, aber Sie dürfen zu der von Ihnen gewählten Neuner-Kommission das Zutrauen haben, daß sie ohne Vorurtheil und nach gründlicher Prüfung der Sachlage ihren Beschluß gefaßt hat. Von vornherein wollen wir — entgegen vielfach verbreiteter Auffassung — betonen, daß der bekannte Prügelstrafen-Artikel für das Vorgehen des Partei-Vorstandes garnicht maßgebend war, obgleich wir

alle einstimmig den Artikel mißbilligen. Wir können Ihnen aber als einstimmigen Beschluß der Kommission folgende Resolution vorschlagen:

Erklärung.

Die Neuner-Kommission hat, der Anregung des Delegirten für den Wahlkreis Essen folgend, sich mit der Angelegenheit Lütgenau beschäftigt.

Da Lütgenau selbst Beschwerde über die vom Partei-Vorstande gegen ihn getroffenen Maßnahmen nicht führt, hat die Kommission die anwesenden Delegirten aus dem Ruhrgebiet: die Vertreter der Wahlkreise Dortmund-Hörde, Bochum, Essen, Lüdenscheid und Hagen, sowie einige Mitglieder der Parteileitung über die Angelegenheit vernommen.

Die Kommission hat nun aus den erhaltenen Mittheilungen nicht nur die Ueberzeugung gewonnen, daß der vom Partei-Vorstand gefaßte Beschluß:

die Verantwortung für jede fernere Parteithätigkeit Lütgenaus abzulehnen,

vollständig begründet und berechtigt ist, sie schlägt vielmehr einstimmig dem Parteitag vor, zu erklären:

Eine Reihe von Handlungen Lütgenaus waren derart, daß er durchaus unwürdig ist, noch irgend welche Vertrauensstellung in der Partei zu bekleiden.

Die Kommission konstatirt, daß, bei einstimmiger Verurtheilung der dort ausgesprochenen Ansichten, der Artikel über die Prügelstrafe nicht den Anlaß zum Vorgehen gegen Lütgenau gegeben hat.

Ledebour: Ich verstehe nicht, wie wir hier eine Entscheidung in einer Sache fassen sollen, deren Einzelheiten wir nicht kennen, ich habe volles Zutrauen in die Loyalität der Kommission und deren gerechtes Urtheil; aber formell sind wir garnicht in der Lage, ein Urtheil zu fällen; wir können höchstens den Bericht der Kommission mit Befriedigung entgegennehmen.

Bebel: Die Kommission mußte nach Kenntnißnahme der Einzelheiten die vorgelegte Erklärung beschließen. Genosse Ledebour hat vielleicht in Bezug auf die formale Seite recht, es ist eine merkwürdige Zumuthung, einen Genossen jeder Parteithätigkeit für unwürdig zu erklären. Aber Sie müssen doch auch bedenken, daß der Partei-Vorstand die Sache des genauesten untersucht und ein Maß von Nachsicht und Geduld dabei verrathen hat, daß ich schließlich erklärte, wir können nunmehr ein ferneres Zusehen nicht mehr verantworten. Hier können wir die Einzelheiten nicht erörtern, und zwar, wie ich ausdrücklich hervorheben will, weil dadurch Lütgenau geradezu ruinirt würde; auch eine Reihe anderer Dinge würden in keinem schönen Lichte erscheinen. Damit aber die Sache endlich einmal endgültig aus der Welt geschafft wird, und zwar im Interesse der Partei müssen wir dem Beschluß der Kommission zustimmen.

Ostkamp-Essen. In der ganzen Parteigeschichte ist wohl kein Fall bekannt, der trotz aller Beschlüsse der in Betracht kommenden Instanzen doch garnicht zur Ruhe kommen will. Denn Lütgenau hat es immer wieder verstanden, die Sachlage zu verschieben und es so hinzustellen, als ob der Beschluß des Partei-Vorstandes nur aus persönlicher Animosität gegen ihn gefaßt sei. Der Parteitag hat nun dem Drängen der Genossen aus dem Ruhrbecken nachgegeben und die Sache nochmals mit uns Delegirten aus dem Ruhrgebiet geregelt — und das war ja auch nothwendig, denn eben jetzt ist Lütgenau wieder vom sozialdemokratischen Wahlverein in Düsseldorf zu Vorträgen engagirt worden — und die Delegirten aus Essen und dem Ruhrrevier sind einmüthig für die Resolution der Neunerkommission.

Ledebour: Ich stelle folgenden Antrag:

„Nach Anhörung des Kommissionsberichts geht der Parteitag über die Frage Lütgenau zur Tagesordnung über."

So gerechtfertigt auch die Wünsche der Genossen aus dem Ruhrrevier sind und obwohl auch nach meiner Ueberzeugung Lütgenau kein Unrecht geschieht, geht es

doch nicht an, daß eine Körperschaft, wie der Parteitag, einen formell verurtheilenden Beschluß faßt, ohne das Material zu kennen. Das ist ein gefährlicher Präzedenzfall und das widerspricht jedem Rechtsgefühl.

Winterberg erklärt sich gegen den Antrag Ledebour. Toleranz ist eine schöne Sache, aber unter Umständen ein Verbrechen. Ich erinnere an den Fall Schumacher in Solingen. Da ist der Vorstand auch viel zu lange tolerant gewesen. Wird jetzt nicht eingegriffen, so haben wir bald in Dortmund dieselben Zustände wie in Solingen. (Sehr richtig.) Wir dürfen nicht schweigen, sonst geht Lütgenau wieder damit hausiren. (Sehr richtig!)

Auer: Der Antrag Ledebour wäre verständlich und diskutirbar, wenn der Antrag der Kommission nicht vorhanden war. Lütgenau hat wiederholt erklärt, sein Recht erlangen zu wollen. Er hat den Partei-Vorstand vor die Provinzialkonferenz zu Schwelm geladen. Der Vorstand konnte dorthin nicht kommen und lud nun Lütgenau vor diesen Parteitag. Lütgenau hat sich nicht gerührt und nichts vorgebracht. Wenn darauf hier von irgend einer Seite angeregt worden wäre, über den Fall Lütgenau zur Tagesordnung überzugehen, da er sich selber nicht bemüßigt gefühlt hat, sich zu melden, so hätte sich darüber reden lassen. Jetzt liegt die Sache anders. Der Parteitag ist in die Lütgenau-Frage eingetreten. Nach Lage der Dinge und besonders im Interesse Lütgenaus war es angebracht, die Dinge nicht öffentlich zu erörtern. Die Kommission hat sich daraufhin mit der Sache beschäftigt und einen Antrag eingereicht. Nunmehr läßt sich nicht mehr sagen, wir wollen über den Antrag der Kommission zur Tagesordnung gehen. Er muß akzeptirt oder abgelehnt werden. (Zustimmung) Die Dinge liegen jetzt so: ehe der bisherige Partei-Vorstand den Antrag Ledebour auf Uebergang zur Tagesordnung annimmt, eher sind wir bereit zu reden und vor aller Oeffentlichkeit zu sagen, um was es sich handelt.

Folgender Antrag Stolten ist eingelaufen:

„Im Vertrauen auf die Gewissenhaftigkeit der Untersuchung der Neuner-Kommission und weil eine öffentliche Erörterung der ganzen Angelegenheit aus Rechts- und moralischen Gründen unangebracht erscheint, erklärt der Parteitag seine Zustimmung zur Entscheidung der Kommission."

Ein Schlußantrag wird angenommen.

In seinem Schlußworte drückt **Brühne** sein volles Einverständniß zum Antrage Stolten aus und bekämpft nochmals den Antrag Ledebour: Wenn er auch nur den dritten Theil des Materials kännte, das wir haben, würde er seinen Antrag nicht gestellt haben. Mag er sich beim Partei-Vorstand erkundigen. Es wird gewiß jedem Delegirten schwer fallen, gegen einen befähigten Mann, den wir gebrauchen können, so vorzugehen, wie wir es gegen Lütgenau thun müssen. Aber wir verlangen Disziplin und wir verlangen von jedem Partei-Genossen, daß er den moralischen Standpunkt nicht verläßt. (Bravo!)

Der Antrag Ledebour wird darauf abgelehnt und der Antrag Stolten angenommen. Darin liegt auch die Annahme des Kommissionsantrages.

Brühne: Schließlich haben wir noch den Fall Braunschweig. Darüber ist ein Flugblatt verbreitet worden, das die Delegirten gelesen werden haben. Darin erklärt die eine Braunschweiger Richtung, der in Stuttgart aufgegeben war, ihren Sonderverein aufzugeben, daß ihr Verein noch in gleicher Stärke weiter besteht. Die Richtung verlangt, daß wir uns nochmals mit der Streitigkeit beschäftigen sollen. Wir halten das für völlig überflüssig und schlagen Uebergang zur Tagesordnung vor.

Singer macht darauf aufmerksam, daß die Kommission vom Parteitage garnicht den Auftrag hatte, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. (Brühne: Mehrere Genossen hatten darum gebeten). Wir sind der Kommission

ja dankbar, daß sie sich mit der Sache befaßt hat, aber es war doch gefährlich, weil dann auch die andere Seite hätte gehört werden müssen. In der Hoffnung, daß uns die Braunschweiger Angelegenheit im nächsten Jahre servirt werden wird (große Heiterkeit), schließe ich die Verhandlung über diese Angelegenheit.

Beim Bureau sind zu der Resolution Bebel (81) seitens der Berliner Delegirten und seitens des Genossen Katzenstein nachstehende drei Erklärungen zu Protokoll eingegangen:

„Wir protestiren hiermit gegen die Annahme, daß wir uns durch unsere endgiltige Abstimmung über die Resolution Bebel für die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen erklären. Diese Frage stand nicht auf der Tagesordnung und auch aus dem Wortlaut des Absatzes 3 der Resolution Bebel geht nicht hervor, daß es sich um die Frage der preußischen Landtagswahlen handelt."

Eugen Ernst. Mary Wengels. Karl Leid. Rudolf Millarg. K. Hoffmann. Otto Görke. Haufschild. Arthur Stadthagen. W. Liebknecht. Singer.

Wir Unterzeichneten erklären zu Protokoll: „daß wir auf dem Standpunkt der Resolution Bebel mit Ausnahme des Absatzes 3 stehen, somit gegen Bernstein auf das schärfste uns erklären, aber gegen die Gesammtresolution gestimmt haben, wegen der Auslegung Bebels des Absatzes 3 in seinem Schlußwort".

F. Hoppe. Zubeil. Ad. Hoffmann. Gustav Schmidt. A. Sellin. Schubert. Ferdinand Ewald. O. Franke. M. Menzel.

Außerdem erklärt Katzenstein zu Protokoll:

„Ich bin mit der Resolution Bebel, wie ich Sie verstehe (Heiterkeit), einverstanden. Ich habe mich der Abstimmung enthalten, weil ich bei der verschiedenen Auslegung der Resolution seitens der verschiedenen Richtungen in der Resolution keine Klärung der Streitpunkte erblicke." (Heiterkeit.)

Lipinski theilt namens der Mandatsprüfungs-Kommission noch mit, daß eine nachträgliche Beschwerde aus Koburg gegen das Mandat von Anton Walter wegen Mangels konkreter Thatsachen durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen sei.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Ein Antrag Baudert, den Punkt „Militarismus" mit Rücksicht darauf, daß in der eben angenommenen Bebel'schen Resolution schon die Befolgung der bisherigen Taktik in Militärfragen beschlossen ist, von der Tagesordnung abzusetzen, wird, nachdem Baudert denselben begründet und Frau Luxemburg sich dagegen ausgesprochen hat, mit großer Mehrheit abgelehnt.

Es tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

3½ Uhr. Den Vorsitz führt Blume.

Zur Verhandlung gelangt Punkt 6 der Tagesordnung: **Erörterung über Punkt 3 des Programms**, Militärfrage.

Mit zur Verhandlung stehen die Anträge 41 und 42 und die Resolution Geyer (Nr. 82).

Geyer: Mit Rücksicht auf die große Ausdehnung der vorhergegangenen Debatte werde ich gedrängt, kurz zu referiren. Es giebt ja Stimmen, die die Behandlung dieser Angelegenheit auf diesem Parteitage nicht für nothwendig halten. Aber wenn Sie die Erscheinungen seit dem vorigen Parteitage betrachten, werden Sie zugeben, daß eine Besprechung nothwendig ist, um die in Stuttgart nicht ganz herbeigeführte Klärung zu schaffen und der Diskussion eine andere Richtung

zu geben, als sie in letzter Zeit angenommen. Punkt 3 des Programms, betreffend die Heeresfrage, ist ein Theil unserer Gegenwartsforderungen, die allerdings von Bedeutung sind im Kampfe um unser Endziel; wenn man meint, hier Pflock um Pflock zurückstecken zu können, so bedeutet das eine Verlangsamung des Tempos im Kampfe um das Endziel. Nun herrscht ja in Bezug auf den Militarismus und die Ueberwucherung aller öffentlichen Angelegenheiten durch die militärischen Rücksichten, die sich auch immer tiefer in das Privatleben fortsetzt, gewiß volle Einigkeit in der Partei. Den Sozialdemokraten möchte ich sehen, der den Militarismus nicht bekämpfen wollte. Selbst bürgerliche Zeitungen, wie das „Leipziger Tageblatt", haben ja über den Unteroffizierston geklagt. Es ist ein Kennzeichen unserer Verwaltungen in Staat und Gemeinden, daß der Geist der militärischen Subordination darin vorherrscht, die auch eine unerträgliche Art des Verkehrs der Unterbeamten mit dem Publikum zur Folge hat. Auch in den Fabriken hat sich dieser Unteroffizierton breit gemacht und macht sich in der Behandlung der Arbeiter durch ihre Vorgesetzten fühlbar. Der Ton des Reservelieutnants ist in der Gesellschaft maßgebend. Den größten Einfluß auf die Civiljustiz übt die Militärjustiz schon in Folge der Zweitheilung der Justiz in eine Militärjustiz und eine für die simplen Bürger. Zweierlei Recht erschüttert die Gerechtigkeit. In der Gesetzgebung spielt der Militarismus die erste Rolle. Die Militärforderungen haben überall den Vorrang, für sie wird der ganze Apparat, der der Regierung zu Gebote steht, in Bewegung gesetzt, durch Geheimnißkrämerei sucht man sie vielfach durchzudrücken. Der Militarismus ist die Ursache der Finanznoth im Reiche und er verschlingt drei Fünftel des Reichsbudgets. Die herrschenden Klassen haben keine stärkere Stütze im Kampfe gegen die aufstrebenden Klassen des Volkes als das Heer, darum bewilligen sie Alles; aber die Lasten werden dem Volke in neuen Steuern auferlegt. Wenn auch Ersparnisse angeregt werden, wie z. B. von Seiten des Oberstlieutenants a. D. Rudolf Kraft, so wird doch auf der ganzen bürgerlichen Linie an dem System des stehenden Heeres festgehalten.

Daß alle Parteigenossen, wenn einige von ihnen gelegentlich auch einmal eine andere Meinung äußerten als andere, die Bewilligung von Forderungen des Militarismus ablehnten, ist selbstverständlich, aber es sind Aeußerungen einzelner Genossen laut geworden, die die Vermuthung erregen können, als wünschen sie, daß mit dieser bisherigen Haltung gebrochen werde. Den ersten Anlaß zu dieser Vermuthung gab die bekannte Aeußerung Schippels auf dem Parteitage in Hamburg, die lebhaften Widerspruch hervorrief. Auer vertheidigte und entschuldigte Schippel, nachdem dieser eine Rechtfertigung versucht hatte, die abermals den lauten Widerspruch hervorrief und in der er sich dagegen verwahrt hatte, den Soldaten für den Fall eines möglichen Krieges schlechte Flinten und Gewehre in die Hand zu geben. Auer erklärte, daß, wenn wegen der Aeußerung Schippels Abrechnung gehalten werden solle, mit einer ganzen Reihe von Parteigenossen, unter anderen Bebel, Liebknecht und ihm, Abrechnung gehalten werden müsse. Er fragte, ob es nicht dasselbe sei, wenn Bebel Uniformen bewilligen wolle, die die Soldaten nicht schon durch ihre äußere Erscheinung zur Zielscheibe des Feindes mache. Er fragte, ob man die Soldaten mit Stöcken ausgerüstet gegen den Feind schicken solle; er erinnerte an die Bewilligung des warmen Abendbrodes für die Soldaten und erklärte schließlich: Schippel habe grundsätzlich die Gegnerschaft gegen den Militarismus und die Ablehnung von Bewilligungen betont.

Die Worte Schippels, die damals Widerspruch hervorriefen, lauten nach dem Protokoll, Seite 121—122:

„**Wir haben die Soldaten nicht bewilligt, aber sie sind einmal da.** Für Milizanträge und Abschaffung aller stehenden Heere ist keine Mehrheit vorhanden und in absehbarer Zeit auch nicht zu schaffen. Das ist eine That-

sache, die uns sicherlich unangenehm ist, mit der wir aber rechnen müssen. Sollten wir nun, weil die bürgerlichen Parteien uns in dieser Beziehung nicht unseren Willen thun, die deutschen Arbeiter, gleichsam zur Strafe, vor die Gefahr stellen, daß sie mit ihrem Blut den Unverstand der Gegner einmal zu büßen haben? Das wäre widersinnig und gegen die Interessen der Arbeiterklasse gehandelt."

Als Schippel daraufhin mehrere Entgegnungen erfuhr, äußerte er in einer späteren Rede darauf (Protokoll S. 137):

„Gewiß, Genosse Peus mag Recht haben, die heutige Regierung lebt vom Kriege, wir müssen immer mit der Möglichkeit eines Krieges rechnen. Ist man in einer solchen Lage, kann man die Kriege nicht verhindern, da kann man doch nicht unseren Soldaten schlechte Flinten, schlechte Kanonen geben. (Gelächter und Zustimmung.) Der Fraktion kann man aus meiner persönlichen Ansicht keinen Vorwurf machen. Wenn das militaristische System zu einem Kriege treibt, den wir nicht verhindern können, wenn wir eine Niederlage erleiden, und wenn dann das Blut unserer deutschen Arbeiterklasse doppelt geflossen ist, ich glaube, wir Alle würden dann der Regierung den Vorwurf gemacht haben, daß sie nicht zur rechten Zeit eingegriffen hat." (Gelächter und Zustimmung.)

Die Genossen Liebknecht und Auer suchten dann Schippel zu entschuldigen, Ersterer damit, daß er meinte, Schippel möge sich unklar ausgedrückt haben, aber man solle ihm, Schippel, das nicht entgelten lassen. Genosse Auer aber entschuldigte Schippel mit folgenden Worten: Es ist vorhin das Wort gefallen, daß mit Schippel Abrechnung gehalten werden muß und der letzte Redner hat sich in ähnlichem Sinne ausgedrückt. Da fühle ich mich verpflichtet, offen und frei zu erklären, daß, wenn wegen der Aeußerung, die Schippel gethan hat — ob er sich geschickt ausgedrückt hat, ist eine andere Frage —, wenn aber wegen dessen, was Schippel gemeint hat und nur meinen konnte, Abrechnung gehalten werden soll, daß dann nicht mit ihm allein, sondern mit einer ganzen Reihe von Parteigenossen und zwar mit Parteigenossen wie Bebel und Liebknecht und auch mit meiner Person Abrechnung gehalten werden muß. (Hört! hört!) (Protokoll S. 137—138.)

Dann schilderte Auer, wie Bebel auf dem Parteitag zu Halle die Beseitigung blitzender Metallstücke ꝛc. an Uniformen als verderbenbringende Zielobjekte forderte und sich bereit erklärte, die Mittel für weniger sichtbare Uniformstücke zu bewilligen. Daran knüpfte Auer folgende Aeußerungen:

„Und diese Worte erfreuten sich des lebhaften Beifalls der Delegirten. Wenn Bebel sagt, er sei bereit, die Mittel zu bewilligen, um unsere Brüder davor zu schützen, daß sie den feindlichen Geschossen als Zielobjekte schon durch ihre äußere Erscheinung dienen, ist das in der Sache nicht schließlich dasselbe? (Rufe: Nein! nein!) Selbstverständlich ist es für Sie nicht dasselbe. Das weiß ich, deshalb habe ich ja gerade diese Frage aufgeworfen. Wenn das für Sie nicht dasselbe ist, dann könnten Sie ja auch die Soldaten mit Stöcken ausgerüstet ins Feld schicken. (Widerspruch.) Wir sind prinzipielle Gegner des Krieges, wir können ihn aber nicht verhindern, wir müssen mit der Eventualität rechnen, daß es gegen unseren Willen zum Kriege kommt. Zum entscheidenden Punkt unseres Angriffs auf den Militarismus können wir diese Angelegenheit nicht machen, das ist nicht der Punkt, wo die Agitation einsetzen kann. Sollen wir uns in nächster Session, wo diese Frage zur Entscheidung kommt, etwa auch dagegen wehren, daß unsere Soldaten warmes Abendbrod bekommen, was auch eine Vermehrung des Militärbudgets im Gefolge hat."

Ferner, nachdem er eine Erklärung Liebknechts auf dem Nürnberger Arbeitertage im Jahre 1868 über die allgemeine Entwaffnung verlesen hatte, sagte Auer:

„Ja wohl, Parteigenossen, auch wir verlangen Waffen. Wird das Milizsystem eingeführt, so müssen wir doch auch Waffen haben. Ueberblicken wir also

die Dinge ruhig, verschieben wir nicht den Standpunkt und unterstellen wir Schippel nicht etwas, was er nicht gesagt hat. Schippel hat ausdrücklich den prinzipiellen Standpunkt festgehalten, daß wir als grundsätzliche Gegner des Militarismus und der heute herrschenden Staatsgewalt nichts bewilligen können. Wenn Sie hieran festhalten und sich die Sache ruhig überlegen, so habe ich nicht die geringste Furcht, wie die in Aussicht gestellte Abrechnung ausfallen wird. (Beifall und lebhafter Widerspruch.)" — (Protokoll Seite 139.)

Soviel vom Hamburger Parteitage. Daneben liefen andere Aeußerungen. Auer sagte am 9. Februar 1898 in Hannover in einer Wahlversammlung: „Es kann Regierungen geben, denen wir überhaupt nichts bewilligen können, solange wir nicht als gleichberechtigter Faktor im parlamentarischen und öffentlichen Leben anerkannt werden. Wird die Arbeiterklasse aber als gleichberechtigt anerkannt, so wachsen damit die Aufgaben dieser Klasse und die Verantwortung, und es ist sehr wohl möglich, daß wir von dem Tage an, wo man die Arbeiter als gleichberechtigten Faktor ansieht, auch mit uns reden lassen über Flottenfragen. Zur Zeit müssen wir prinzipiell jeden Mann und jenen Groschen ablehnen." In Berlin riefen ähnliche Aeußerungen Heines gleichfalls starken Widerspruch hervor, sie liefen darauf hinaus, prinzipiell bewilligen wir nichts, aber es kann auch einmal die Zeit kommen. Er sprach von dem viel gemißbrauchten Schlagworte Militarismus: dieser Regierung nicht einen Mann und einen Groschen, auch nicht das, was für die Armee unbedingt nöthig sei, aber in jedem einzelnen Falle muß man prüfen, ob es nicht berechtigt sei, politische, namentlich militärische Bewilligungen als politisches Kampfmittel zu verwenden, ohne in verwerflichen Opportunismus zu verfallen. Nur einige allgemeinere Grundsätze kann man hierüber aufstellen, unnöthige Militärforderungen müsse man überhaupt und immer ablehnen, nicht deshalb, weil es Militärforderungen sind, sondern, weil sie eine Verschleuderung von Staatsgeldern bedeuten würden. Ebenso dürfe man nichts bewilligen, was unserem Ziele der Fortbildung des heutigen Armeesystems zur Miliz entgegenwirken würde. Daneben aber gebe es militärische Aufwendungen, die an sich zur Vertheidigung der Nation nöthig sind und unseren Idealen und Grundsätzen indifferent gegenüberstehen, dazu würden neue Geschütze gehören (hört! hört!); solche Forderungen könnte auch der Sozialdemokrat, wenn er als genügende Gegenleistung werthvolle Volksfreiheiten erzielte, dafür bewilligen.

In Berlin riefen ähnliche Aeußerungen Heines, die er in einer Versammlung am 10. Februar 1898 machte, gleichfalls starken Widerspruch hervor. Sie liefen darauf hinaus: Prinzipiell bewilligen wir nichts, aber es kann auch einmal die Zeit kommen, wo wir Militärforderungen bewilligen könnten. Er sprach von dem Schlagworte „Militarismus" und der Entwickelung des Kampfes der Arbeiterklasse und sagte dann nach seinen eigenen Aufzeichnungen:

Ich will dies zunächst an einem Beispiel erörtern. Der „Vorwärts" machte neulich den Klerikalen einen Vorwurf daraus, daß sie sich sofort bereit erklärt hätten, die ganze Flottenforderung der Regierung zu bewilligen, und er tadelte sie, weil sie damit dies „wichtige Kompensationsobjekt" aus der Hand gäben, mit dem sie in der Lage gewesen wären, volksthümliche Forderungen durchzusetzen. Ich stimme dem „Vorwärts" darin völlig bei.

Man kann den Gedanken auch nach umgekehrter Richtung hin verfolgen. Ich schicke hier gleich, um alle Mißdeutungen abzuschneiden, voraus, daß ich in der jetzt vorliegenden praktischen Frage der Flottenvermehrung denselben Standpunkt einnehme, wie alle Genossen. Ich bin ein Gegner der Flottenvorlage, ich messe der überseeischen Ausdehnung überhaupt nicht die segensreiche Bedeutung bei, die man ihr vielfach zuschreibt. Aber ich bitte, die Frage, abgesehen von diesem besonderen Falle, allgemein erörtern zu dürfen. Und da ist es zweifellos: wer von vornherein erklärt, einer Anforderung des Gegners

gegenüber, immer und unter allen Umständen blos Nein sagen zu wollen, der verzichtet damit geradeso gut auf das in seiner Bewilligung liegende „Kompensationsobjekt“, wie Der, der sofort Ja sagt. Damit giebt er ein höchst wirksames Mittel im Kampfe um die politische Macht aus der Hand, und deshalb muß er sich in jedem einzelnen Falle fragen, ob und weshalb er das thun darf und soll.

Es giebt Genossen, die schon eine solche Erwägung, namentlich bei Militärforderungen, als „Opportunismus“ ablehnen und vor der bekannten schiefen Ebene warnen. Es ist nicht wunderbar, daß man mit solchen Schlagworten leicht einen großen Eindruck hervorbringt, denn es giebt, wie wir bei den Freisinnigen und Nationalliberalen gesehen haben, eine zweifellos schmähliche Politik des Verraths und des Prinzipienschachers, die man gewöhnlich als „Opportunismus“ bezeichnet. So leicht darf man sich aber die Entscheidung der Frage nicht machen, man muß vielmehr in jedem einzelnen Falle prüfen, ob man berechtigt ist, eine politische, namentlich eine militärische Bewilligung als politisches Kampfmittel zu verwenden, ohne in einen verwerflichen Opportunismus zu verfallen.

Nur einige allgemeinere Grundsätze kann man hierüber aufstellen: Unnöthige Militärforderungen muß man überhaupt und immer ablehnen, nicht deshalb, weil es Militärforderungen sind, sondern weil sie eine Verschleuderung von Staatsgeldern bedeuten würden. Ebenso darf man nichts bewilligen, was unserem Ziele, der Fortbildung des heutigen Armeesystems, zur Volksbewaffnung und zur Miliz entgegenwirken würde. Das würde z. B. von einer Erhöhung der Dienstdauer oder von der Anwerbung von Soldtruppen gelten.

Daneben aber giebt es militärische Aufwendungen, die an sich zur Vertheidigung der Nation nothwendig sind und unseren Idealen und Grundsätzen indifferent gegenüberstehen. Dazu würden z. B. die neuen Geschütze gehören. (Hört! hört!) Schon Genosse Bebel hat treffend die Analogie hervorgehoben, die zwischen einer Verbesserung der Kost der Soldaten und einer Verbesserung ihrer Schutz- und Angriffswaffen besteht.

Solche Militärforderungen könnte nach meiner Meinung auch der Sozialdemokrat bewilligen, wenn er genügende Gegenleistungen erhielte, wenn werthvolle Volksfreiheiten dafür gewährt würden.

Bei uns herrscht Meinungsfreiheit, aber sind solche Aeußerungen geboten in einer Zeit, da es auf die Einheit der Partei ankömmt? (Sehr richtig!) Mir ist das zu viel Zukunftsmusik, ich halte sie nicht für nöthig, und es ist begreiflich, wenn man scharfe Kritik und vielleicht auch verdächtigende Aeußerungen hervorruft. Genosse Heine hat mir soeben noch eine weitere Stelle in jener seiner Rede angestrichen, ich verlese sie: „Das wird auch so bleiben, so lange unsere Regierung sich auf die Reaktionsparteien stützt, und ich für meine Person halte es für sehr wahrscheinlich, daß darin in den nächsten Jahrzehnten keine Aenderung eintreten wird. Deshalb fürchte ich, daß keiner von uns es je praktisch erleben wird, einen solchen Handel abzuschließen, wodurch wir für militärische Bewilligungen Volksrechte eintauschen. Wir werden dieser Regierung nie etwas bewilligen können, einfach weil sie uns keinen entsprechenden Preis in Volksrechten zahlen wird“. Wenn wir erst nach „Jahrzehnten“ in die Lage kommen, einen solchen Handel abzuschließen, ist es dann nöthig, jetzt darüber in Wahlversammlungen zu reden? (Bebel: Sehr wahr!) Solche Aeußerungen sind nur geeignet, Verwirrung in unseren Reihen zu stiften. (Sehr richtig!) Auch die parlamentarische Konstellation der Parteien muß in Betracht gezogen werden. Wozu jetzt Erörterungen anstellen, die den Anschein erwecken könnten, als wollten wir uns — anbieten? (Sehr wahr!).

Wir sind zu den Bewilligungen nicht nöthig. Wenn bürgerliche Parteien einmal Opposition gegen Militärforderungen machen, dann ist es eine Schein-

Opposition, mit der sie ihre Wählerschaft sich sichern wollen. Hinterher bewilligen sie doch, was gefordert wird, wie dies die Annahme der Militärvorlage im Jahre 1893 beweist. Und wenn die Sozialdemokratie einmal eine dominirendere Stellung einnehmen sollte, dann könnten wir überzeugt sein, werden sich alle anderen Parteien gegen uns so fest zusammenschließen, daß es dann auch nicht nöthig sein wird, sich zu Bewilligungen anzubieten und damit Verwirrungen in der Partei hervorzurufen. Jedenfalls werden wir unsere Stellung dann schon zu finden wissen; lassen wir das Urtheil bis dahin reifen. Jetzt die Bewilligungsfrage abzuschneiden, halte ich für überflüssig. In den Parteikreisen ist oftmals die Frage aufgetaucht, wie wir handeln werden, wenn wir stärker werden. Diese Frage zu beantworten ist jetzt unmöglich; aber wer solche Fragen anschneidet, darf sich nicht wundern, wenn eine lebhafte kritische Diskussion entsteht und man dem betreffenden Parteigenossen sagt, es scheint so, als sollte die Partei geschoben, auf eine andere Bahn gedrängt werden, daß sie eine andere Stellung zum Militarismus nehmen soll, als bisher.

Soviel über diese Frage. Nun zu Punkt 3 des Programms. Er fordert: „Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; Volkswehr an Stelle der stehenden Heere; Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung; Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.“ Wohlgemerkt, diese Forderungen stellt die Partei an den gegenwärtigen Staat, wir drängen damit auf eine Demokratisirung der Gesellschaft hin. Ob sie verwirklicht werden, ist eine andere Frage, aber wir halten sie für erfüllbar; natürlich setzt das eine gewisse Grenze der Entwickelung voraus, in der die Gegner einsehen, daß diesen Forderungen nachgegeben werden muß. Aber sie sind zu verwirklichen. Damit wird die Grundlage des bürgerlichen Staates noch nicht beseitigt, aber wir halten diese Forderungen für die Kämpfe der Partei zur Herbeiführung des Endziels für nöthig. Das Wesen der Volkswehr ist weit entfernt von dem des stehenden Heeres. Der Drill, das Paradesystem, die willenlose Unterordnung, im Gefolge davon die Mißhandlungen, der bis zur Selbstverherrlichung übertriebene Autoritätskultus dürfen ihr nicht anhaften. Für eine Volkswehr darf auch kein besonderes Recht gelten, sondern die bürgerliche Justiz. Eine Volkswehr darf auch die Fühlung mit dem Volke nicht verlieren. Das stehende Heer wird in Gegensatz zum Volke gebracht; eine Volswehr soll die Vertheidigung gegen feindliche Angriffe allerdings führen, aber nicht zur Unterdrückung der eigenen Volksgenossen dienen. Sie darf auch nicht zur wirthschaftlichen und finanziellen Bedrückung des Volkes führen. Um eine solche Volkswehr dem Volke zu geben, bedarf es natürlich auch einer anderen Jugenderziehung, als wir sie jetzt haben. Der militärische Drill ist jetzt auch schon in den Schulen; es giebt viele Lehrer, die vom Geiste des Militarismus beseelt sind. Dieser Drill muß aus der Schule heraus. Die Hebung der Schule bedingt eine geistige Hebung des ganzen Volkes, und dann wird auch das Urtheil des Volkes über die sogenannte Nothwendigkeit der Kriege ein ganz anderes sein, als wie es heute dem Volke eingetrichtert wird.

Wenn wir diese Forderungen für nothwendig halten, dann muß es um so auffälliger sein, wenn es innerhalb unserer Partei Leute giebt, die an ihre Stelle etwas anderes setzen wollen. Eine Abbröckelung an Punkt 3 des Programms würde eine Verlangsamung des Kampfes um das Endziel bedeuten; und wenn der Gedanke in der Partei Platz griffe, daß man das stehende Heersystem nicht beseitigen wolle, daß man gelegentlich diesem System Bewilligungen machen könne, um dafür Vortheile einzuheimsen auf politischem Gebiete, dann würden wir unseren Kampf zurückschrauben, würden damit unseren politischen Rückgang dokumentiren und dadurch die Kraft der Angriffe unserer Gegner stärken. Nun, dahin wird es ja nicht kommen; aber was hat es denn zu bedeuten, wenn die Forderungen in Punkt 3 des Programms so angegriffen

werden, wie es Schippel gethan hat? Im Novemberheft der „Sozialistischen Monatshefte“ 1898 hat er seinen bekannten Isegrim-Artikel veröffentlicht: „War Friedrich Engels milizgläubisch?“ In der Einleitung schreibt er:

„In ihrer allgemeinen Auffassung des „Militarismus“ — ich spreche nicht von der parlamentarischen und agitatorischen Bekämpfung konkreter militärischer Forderungen — hat die Sozialdemokratie noch immer sehr viel Aehnlichkeit mit jenen sonderbaren Schwärmern, die mit einem Male entdeckt haben, daß an Stelle des wilden, verrohenden Fleischgenusses der Vergangenheit in Zukunft die zahme vegetabilische Breinahrung den Menschen nicht blos körperlich erhalten, sondern auch in jeder Beziehung veredeln müsse — oder die alten medizinischen Scheuel und Greuel in endlos rieselndem Wasser zu ersäufen trachten, die im Impfzwang den Ruin der Völker sehen und denen selbst Bacchus und Gambrinus nur giftmischerische Scheusale sind. Hier wie dort dieselbe verblüffende Kritiklosigkeit, aber auch derselbe heilige Eifer, halbwahre und halbverdaute Schlagworte sofort zu einem System auszubauen, das alle Wahrheit umschließt und alles Heil bringt und gegen das nur unverbesserliche Barbaren und Schwachköpfe ankämpfen können. Hier wie dort derselbe Glaube an die gravirenden „Fälle“, mit denen alles Wissen und Können der Gegner ein für alle Mal vor dem höchsten Richterstuhl der Vernunft und der Geschichte zermalmend verurtheilt ist. Selbst der Ton, in dem die neue Auflage des alten Bürgergardisten-Ideals vom militärischen Fachmann spricht, kann gewöhnlich kaum überboten werden durch die Mischung von gnädiger moralischer Herablassung und vernichtender geistiger Ueberlegenheit, mit der der rosig verklärte Wasserapostel das finstere Scheusal von ärztlichem Fachmann in die Wolfsschlucht hinabschleudert.

Indeß, davon wollte ich nicht sprechen, und es ist vielleicht nicht einmal nützlich, diese Dinge auch nur mit einem Wort zu streifen.“

So die die ganze Partei beleidigende Einleitung des Artikels. In diesem Artikel unternimmt es Schippel, den Beweis zu führen, daß Engels nicht „milizgläubisch“ gewesen, daß er sich eher dafür erwärmt habe, daß das stehende Heersystem ausgebaut werde, und auch den Vorschlag gemacht habe, eine kürzere Dienstzeit für das stehende Heer einzuführen Gewiß, das hat Engels gethan, aber er hat dabei nicht das Milizsystem aus den Augen gelassen; gerade das Gegentheil. Und ich bin geradezu erstaunt darüber, wie Schippel aus Engels eine Auffassung herauslesen konnte, die schnurstracks das Gegentheil von dem darstellt, was Engels in Wirklichkeit erklärt hat. Zu einer Broschüre, die eine Sammlung von Artikeln darstellte, die er im Vorwärts 1893 veröffentlicht hatte, „Kann Europa abrüsten“, schrieb Engels eine knappe, gedrängte Vorrede, in der aber der ganze Geist dieser Artikel zur Erscheinung kommt; er kann garnicht drastischer und schärfer zum Ausdruck kommen. Er sagt von diesen Artikeln: „Ich gehe darin von der Voraussetzung aus, die sich mehr und mehr allgemeine Anerkennung erobert: daß das System der stehenden Heere in ganz Europa auf die Spitze getrieben ist in einem Grad, wo es entweder die Völker durch die Militärlast ökonomisch ruiniren, oder in einen allgemeinen Vernichtungskrieg ausarten muß, es sei denn, die stehenden Heere werden rechtzeitig umgewandelt in eine auf allgemeiner Volksbewaffnung beruhenden Miliz.“

Ich verweise nebenbei auf die auffällige ähnliche Kennzeichnung der militärischen Last in dem bekannten Zaren-Manifest. Engels schreibt dann weiter:

„Ich versuche den Beweis zu führen, daß diese Umwandlung schon jetzt möglich ist, auch für die heutigen Regierungen und unter der heutigen politischen Lage. Ich gehe also von dieser Lage aus und schlage einstweilen nur solche Mittel vor, die jede heutige Regierung ohne Gefahr der Landessicherheit

annehmen kann. Ich suche nur festzustellen, daß vom rein militärischen Standpunkt der allmäligen Abschaffung der stehenden Heere absolut nichts im Wege steht; und daß, wenn trotzdem diese Heere aufrecht erhalten werden, dies nicht aus militärischen, sondern aus politischen Gründen geschieht, daß also mit einem Wort die Armeen schützen sollen nicht so sehr gegen den äußern wie den inneren Feind.

Die allmälige Herabsetzung der Dienstzeit durch internationalen Vertrag, die den Kernpunkt meiner Darstellung bildet, halte ich dagegen überhaupt für den einfachsten und kürzesten Weg, um den allgemeinen Uebergang vom stehenden Heer zu der als Miliz organisirten Volksbewaffnung zu vermitteln. Die Modalitäten eines solchen Vertrags würden natürlich verschieden sein, je nach dem Charakter der vertragschließenden Regierungen und nach der jedesmaligen politischen Lage. Und günstiger als jetzt können die Dinge unmöglich liegen; kann man also heute schon eine höchstens zweijährige Dienstzeit zum Ausgangspunkt nehmen, so wird in einigen Jahren vielleicht schon ein bedeutend geringerer Zeitraum zu wählen sein.

Indem ich die gymnastische und militärische Ausbildung der gesammten männlichen Jugend zu einer wesentlichen Bedingung des Uebergangs zum neuen System mache, schließe ich die Verwechslung des hier vorgeschlagenen Milizsystems mit irgend welcher jetzt bestehenden Miliz, z. B. der schweizerischen, ausdrücklich aus."

Dies das Vorwort Engels' zu seiner Schrift. Für mich geht daraus klar hervor, daß Friedrich Engels niemals von dem Gedanken abgegangen ist, ein Milizsystem zu schaffen. Was sagt nun Schippel? Er zitirt bruchstückweise frühere Aeußerungen von Engels und dann einen Passus der genannten Schrift folgendermaßen:

„Es bleibt hiernach nur noch ein Punkt, wo das Bedürfniß nach Abrüstung den Hebel ansetzen kann: Die Länge der Dienstzeit bei der Fahne. Hier liegt in der That der Punkt des Archimedes: internationale Festsetzung, zwischen den Großmächten des Kontinents, des Maximums der aktiven Dienstzeit bei der Fahne für alle Waffengattungen, meinetwegen zuerst auf zwei Jahre (es war 1893), aber mit dem Vorbehalt sofortiger weiterer Herabsetzung, sobald man sich von der Möglichkeit überzeugt."

Soweit zitirt Schippel Engels, aber die sechs darauf folgenden Worte: „aber mit dem Milizsystem als Endziel" läßt er weg (hört! hört!), um dann behaupten zu können, Engels sei nicht „milizgläubisch".

Schippel schließt: „Man sieht, daß sich Engels die Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, die unser Parteiprogramm fordert, ganz anders dachte, wie die Milizgläubigen, Wasserheiligen und Mehlpappapostel. Doch auch für die Partei wird es schließlich wie im Siegfried heißen: Fort mit dem Brei — ich brauche ihn nicht! Aus Pappe schmied' ich kein Schwert!" Da fragt man sich, wenn solche Dinge geschrieben werden: ist es denn Schippel darum zu thun, die Forderung 3 des Programms zu ändern? Davon liest man in allen seinen Aeußerungen nichts und er hat sich insofern mit Recht gegen diese Unterstellungen verwahrt. Wozu, frage ich dann, die Aufwerfung dieser Frage? Was will denn Schippel? Wenn ich etwas für nicht mehr zeitgemäß halte und kritisire es, wie er es hier kritisirt hat, dann habe ich doch die Verpflichtung, Vorschläge zu machen, was Besseres an Stelle des Bisherigen treten soll. Schippel hat nichts dergleichen gethan, er hat nur seine Kritik geübt, und zwar in einer Weise, die bei den Parteigenossen nicht nur das höchste Aufsehen, sondern auch die lebhafteste Mißbilligung fand, und die Genossen hatten recht. In dieser Art und Weise darf in der Partei nicht weiter diskutirt werden, dürfen ihre Forderungen nicht angegriffen oder die Ansichten einzelner Genossen kritisirt, unrichtig zitirt werden, damit sie dann besser ausgenützt werden können.

Ich bin weit entfernt, den Ketzerrichter gegen Schippel spielen zu wollen, aber ich sage: Ehe man so auf seine Partei einhaut, muß man wissen, ob man ihr etwas Besseres vorschlagen kann. Und dann unterläßt man auch den hochfahrenden und beleidigenden Ton, wie er in den Eingangsworten gebraucht ist. Die ganze Partei ist herabgesetzt. (Sehr wahr!) Ich will Schippel durchaus nicht beleidigen, aber ehe ich dazu komme, meine eigene Partei so herabzusetzen, so schimpflich zu behandeln, würde ich mich fragen, ob ich dieser Partei angehören kann (sehr wahr!), denn mit der Ehre meiner Partei setze ich auch meine eigene Ehre herab. (Lebhafter Beifall.) Verdient die Partei, was ich ihr anthue, ist sie mir nicht mehr werth, dann ist auch meines Bleibens in ihr nicht mehr; eine Partei, die mir werth ist, behandele ich auch achtungsvoll und setze sie nicht vor meinen Gegnern herab (lebhafter Beifall), und wenn ich dazu fähig wäre, würde ich nicht wagen, vor meine Partei zu treten, um mich verantworten zu müssen So würde ich handeln. Was Schippel thut, ist seine Sache. (Sehr richtig!) Wenn diese Diskussion so weiter geht, dann ist es ja ganz erklärlich, wenn weite Parteikreise mißvergnügt sind, ganz erklärlich, daß man von Leuten, die so die Partei herabwürdigen, annimmt, sie haben die Absicht, die Partei in andere Bahnen zu drängen. Das ist auch meine persönliche Ansicht: wenn Genossen, die so handeln, sich darüber verwundern, denn ist mir nur verwunderlich, daß Sie sich darüber wundern.

Ueber die weiteren Forderungen des Punktes 3 ist innerhalb der Partei nicht diskutirt worden. Wir halten daran fest. Früher hieß es: „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk". Wir haben dafür gesetzt „durch die Volksvertretung", aus praktischen Gründen, da im gegebenen Falle die Volksvertretung in der Lage ist, schneller als das ganze Volk die Entscheidung zu treffen, und je mehr Zeit man gewinnt, desto besser wird die Gefahr abgewendet.

Die Schlußforderung: Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege — wird erst voll erfüllt werden, wenn der Geist der Sozialdemokratie die Völker mehr und mehr durchdringt. Die Friedenskonferenz im Haag, die wie das Hornberger Schießen ausgegangen ist, wird nichts zur Verwirklichung dieser Forderung beitragen, daran hindert die Eroberungspolitik der Regierungen Aber erfüllt werden einst die Forderungen im Punkt 3 des Programms werden müssen. Ich betone und stimme darin mit dem „Hamburger Echo" überein, diese Forderungen stellen wir im heutigen Staate, sie sind Uebergangsforderungen und berühren das Endziel der Partei nicht Nur werden wir durch ihre Verwirklichung dem Endziel immer näher gebracht.

Ich bitte, an diesen Forderungen festzuhalten, meine Resolution einstimmig anzunehmen, und wünsche, daß die Debatte sich nicht auf das persönliche Gebiet verlieren möge, damit die Partei keinen Schaden erleide. (Lebhafter Beifall.)

Der Parteitag tritt in die **Diskussion** über Punkt 6 der Tagesordnung ein.

Nitsch-Magdeburg begründet den Antrag 42. Die Angriffe auf unsere Milizforderung sei von der Person Schippels nicht zu trennen, daher müsse der Ausschluß Schippels aus der Partei erfolgen

Blume macht von dem Wunsche Schippels Mittheilung, ihm als dem Angegriffenen, der Ursache der Diskussion, gewissermaßen als Korreferenten eine unumschränkte Redezeit zu gewähren

Zubeil-Berlin: Ich protestire hiergegen energisch. Die Ansicht Schippels ist allgemein bekannt. Eventuell beantrage ich, ihm höchstens 30 Minuten zu gewähren. Heine steht auch schon auf. (Heiterkeit.) Der wird dann auch unumschränkte Redezeit haben wollen.

Heine-Berlin: Ich bitte Sie, den Antrag Zubeil abzulehnen, den Wunsch von Schippel zu erfüllen. Es wäre eine Ungerechtigkeit sondergleichen, wenn wir dem, der hier gewissermaßen der Angeklagte ist, das unbeschränkte und freie Recht zum Reden nicht geben wollten. Hier handelt es sich um eine seit vielen Monaten in der gesammten Parteipresse geschürte und rege gehaltene Aufregung gegen Schippel. Es ist eine Kapitalanklage gegen ihn erhoben worden, und es geht einfach nicht, daß man ihm das Wort abschneidet. Jedem Anderen, dem Ankläger, kann man eher das Wort abschneiden, aber es ist mit allen Grundsätzen einer geordneten Rechtspflege unvereinbar, daß man es dem Angeklagten verkürzt. (Sehr richtig!) Was mich betrifft, so kann Zubeil ganz ruhig sein, ich werde nicht die 30 Minuten ausnutzen, ich bin mit 10 Minuten völlig zufrieden.

Unter Ablehnung des Antrags Zubeil beschließt der Parteitag, Schippel unbeschränkte Redefreiheit zu gewähren.

Schippel: Parteigenossen! Sie müssen es mir schon verzeihen, daß ich noch den Muth habe, hier überhaupt noch vor Ihnen zu reden. Genosse Geyer hat allerdings gesagt, er wolle nicht Ketzerrichter sein. Der Form nach hat er das auch erfüllt, er hat aber eine Ausdrucksweise gewählt, ähnlich wie die der Genossin Zetkin. Auch sie hat sich ja darauf berufen, daß sie uns nicht aus der Partei hinauswerfen und auch keine Andern dazu auffordern, es aber unserm Takt überlassen wolle, ob wir nicht selbst freiwillig zu gehen vorzögen. Das ist ungefähr der gleiche Unterschied, als ob man Jemandem wirklich den Strick um den Hals legt, mit dem man ihn hängen will, oder ob man so gnädig ist, ihm die seidene Schnur zu schicken, damit er davon Gebrauch macht. (Heiterkeit.) Ich habe nicht die Absicht, davon Gebrauch zu machen. Wäre ich innerlich mit der Partei fertig, verlassen Sie sich darauf, ich würde nicht fünf Minuten länger darin bleiben! Aber bisher hat man es nicht für das Zeichen eines schlechten Parteigenossen angesehen, daß er den Muth hat, gewisse Fragen immer wieder anzuregen, auch wenn er sicher ist, auf Widerspruch in der Partei zu stoßen. Wenn ich an der Partei nur noch äußerlich hinge, dann könnte ich mir ja irgendwo in aller Ruhe einen Platz in einer stillen Ecke aussuchen, dann brauchte ich nicht hinauszugehen und den Widerspruch der Genossen herauszufordern. Wer so handelt, ist innerlich mit der Partei nicht fertig. Also verzeihen Sie mir, wenn ich heute als Parteigenosse weiter zu Ihnen spreche!

Nun hat Geyer gesagt, ich hätte einen Ton angeschlagen, so hochfahrend, wie man ihn in parteigenössischen Diskussionen nicht anschlagen sollte. Nun, wenn ich heute den Artikel schriebe, würde ich ihn im Ton gewiß anders schreiben. Legen Sie Werth darauf, daß ich den Ton zurücknehme, so bin ich jeder Zeit gern dazu bereit. Aber spielen Sie doch nicht die Ketzerrichter über den Ton in der Partei. Ich glaube, ich bin ganz den Traditionen der Partei gefolgt, was kräftige Aeußerungen anbelangt. (Bebel: Aber Schmähungen und Beleidigungen!) Ich habe nicht die Partei geschmäht. Gewiß, ich habe einen Schriftsteller der Partei gemeint, er hat sich getroffen gefühlt, aber die Partei ist damit nicht beleidigt. (Bebel bittet ums Wort.) Sehen Sie sich doch den Ton an, den Kautsky gegen mich angeschlagen hat. Da bin ich ein Feind der Demokratie, ein Feind des Proletariats, ein Biedermann mit allerlei sauberen Zwecken, da habe ich unterschlagen und gefälscht. Wie könnte es auch anders sein? Ich bin ein „Fuchs in der Wolfshaut“ (Bebel: Sehr richtig!), ein „Esel in der Löwenhaut“. (Bebel: Das weniger!) Allerdings, Kautsky hat nur die Löwenhaut ausgeschrieben, das was darunter versteckt war, hat er nur angedeutet mit der ganzen Zartfühligkeit, die wir an ihm schätzen gelernt haben seit der Bernstein-Diskussion.

Noch eins. In einer Versammlung in Eimsbüttel hat Genosse Stubbe nach dem Bericht des „Hamburger Echo“ gesagt, ich hätte erst lange Artikel

gegen die Miliz geschrieben und dann anonym in einer anderen Zeitschrift wieder eine andere Stellung eingenommen. Er könne das nur als Feigheit bezeichnen. Und Zubeil hat in einer Berliner Versammlung nach dem Bericht des „Vorwärts" gesagt: „Es muß die Frage gestellt werden, ob Jemand solche Artikel in gegnerischen Blättern unter einem Pseudonym ablegen darf. Warum hat er nicht den Muth gehabt, Schippel darunter zu setzen?" (Sehr richtig!)

Also zunächst: Wo ist das gegnerische Blatt, für das ich geschrieben habe? Das Blatt heißt „Sozialistische Monatshefte", schon der Name klingt nicht nach Gegnern. Es wird redigirt von Parteigenossen, und zu seinen Mitarbeitern gehören u. A. Wilhelm Liebknecht, Leßner, Kampffmeyer, Conrad Schmidt, Wolfgang Heine, Rosa Luxemburg, Ledebour, Ed. David, Gertrud David, v. Elm, Legien, Molkenbuhr, Katzenstein, Eichhorn, Schröer-Spandau, Dr. Winter. Das ist also das g e g n e r i s c h e Blatt, für welches ich geschrieben habe!

Nun wird mir vorgeworfen, ich habe pseudonym geschrieben. Wie kommt denn das? Ich hatte vorher — über Ludwig Bamberger und den Kathedersozialismus, über den Abg. Hitze als Kaplan und sozialpolitischen Himmelsstürmer, über die „wissenschaftliche" Behandlung des Boykotts — eine Reihe leicht hingeworfener Skizzen geschrieben, die ich mit Isegrim gezeichnet hatte. Als mich nun die Redaktion drängte, eine neue Skizze zu schreiben, kam der Artikel „War Engels milizgläubisch?" Ich glaubte, daß alle Leute wissen konnten, wer Isegrim ist, ebenso wie sie wissen, wer Parvus ist. (Widerspruch.) Genosse Dietz sagte in der Fraktion ganz offen, von der ersten Skizze an habe jeder wirkliche Leser erkennen müssen, daß Niemand anders dahinter stecken könne als Schippel (Zuruf Dietz's: stimmt) und anderen Fraktionsmitgliedern, die mich fragten, sagte ich ganz ruhig: Ja, wißt Ihr denn nicht, wer Isegrim ist? Das bin ich. Also, wer es erfahren wollte, hat es erfahren, irgend eine Geheimnißthuerei, eine Feigheit war nicht dahinter verborgen. Ich habe, wie ich bereits in der „Neuen Zeit" schrieb, niemals auch nur das geringste Verlangen verspürt, meine Identität mit dem Verfasser der anspruchslosen Skizzen in den „Sozialistischen Monatsheften" irgendwie zu verschleiern. Daß die Dinge so liegen, können Sie auch daran sehen, daß die „Sozialistischen Monatshefte" bei Bading gedruckt werden, wo jeder Setzer meine Handschrift kennt. Hätte ich meinen Namen verheimlichen wollen, so hätte ich doch das Manuskript nicht in diese Druckerei geschickt. Man beweise also, daß ich mich verheimlichen wollte, oder aber man lasse solche Verdächtigungen! Wir sind ja eine sehr revolutionäre Partei, aber in solchen Dingen sind wir oft nur ein großes Kaffeekränzchen von zahllosen alten Tanten, aus der Mücke wird ein Elefant gemacht, mit Wispern und Flüstern fängt es an, und schließlich kommt ein so braver und überzeugter Genosse wie Zubeil in Volksversammlungen und schreit in alle Welt hinaus, was für eine Feigheit es ist, was für einen Parteiverrath ich geübt habe.

Aber über das, was in Volksversammlungen geredet wird, wo ja Vieles geredet wird, darüber rege ich mich nicht auf.

Was mich verblüfft hat, ist, daß sofort einzelne Parteischriftsteller ähnlich wie im Falle Bernstein sich auf das gefundene Fressen gestürzt haben, ohne daß sie sich um die angeschnittene Frage vorher auch nur im geringsten gekümmert und sich auch nur über die simpelsten technischen Ausdrücke orientirt hatten. (Widerspruch.) Nein, dem denunziatorischen Eifer ist in diesem Falle auch die Unwissenheit vollständig gleichgekommen. Ich habe hier speziell Kautsky im Auge. Ich muß sagen: wenn ein Schriftsteller, der sich nicht gemüßigt fühlt, sich erst mal über die Grundbegriffe dieser militärischen Fragen klar zu werden, erst mal das ABC dieser Fragen zu lernen, sofort über einen herfällt und „Feind der Demokratie", „Anhänger des Berufsheeres" in die Welt hinausschreit, so hat mich das doch schon mehr in Wallung gebracht.

Volksversammlungen! Ach Gott, der Mann, der hinaus und reden muß, der kann eben nicht anders. (Unruhe. Zuruf: Ist der etwa weniger?) Nein, ich meine, der kann sich nicht so vorbereiten wie ein Schriftsteller, ein Redakteur einer wissenschaftlichen Revue, der sich doch nicht sofort kopfüber mit denunziatorischem Eifer auf diese Fragen zu stürzen braucht. Erst hat Kautsky mich als Anhänger der Berufsheere hingestellt. Dann machte ich ihm klar, daß wir Berufsheere schon seit 100 Jahren, seitdem wir keine Werbesoldaten besitzen, nicht mehr haben. Nun kam er mit den Berufssoldaten angewackelt. Da habe ich ihn gefragt: Wo ist denn die Masse der Soldaten heute noch Berufssoldaten? Nun ist er auch davon abgekommen, und so bin ich denn auf die Frage losgegangen: worum sich überhaupt der Streit bei dem Gegensatz: Miliz und stehendes Heer dreht.

Was ist denn der Unterschied zwischen Miliz und stehendem Heer? Ich verlange, daß, wenn man mich kritisirt, daß man mir dann nicht irgend eine allgemeine Rederei unterstellt, sondern daß man voraussetzt, daß ich die Benennung so gewählt habe, wie sie allgemein in der ganzen wissenschaftlichen Militärliteratur gang und gäbe ist. Wir haben heute kein Berufsheer mehr, wir haben die allgemeine Wehrpflicht, wir haben das Volk, das zeitweise in die Armee eintritt und nach zwei Jahren wieder austritt. Wir haben aber bei den stehenden Heeren — und darum nennt man sie stehende Heere — noch immer stehende Kadres, einen festen Stamm von Offiziren und Unteroffizieren, durch deren Schule, durch deren Drill der einzelne Soldat hindurchgeht. In der ganzen Literatur versteht man unter stehendem Heere das Heer mit stehenden Kadres, ob nun die Dienstzeit drei, zwei, ein Jahr oder sechs Monate dauert. Kautsky wollte im Laufe der Diskussion freilich nicht zugeben, daß man bei stehenden Kadres auch unter ein Jahr hinuntergehen kann. Ich konnte mir das erst gar nicht erklären, erst das Elberfelder Parteiorgan belehrte mich, daß sich Kautsky die Sache wahrscheinlich so vorstelle, daß man bei einer neunmonatlichen Dienstzeit einen ganzen Jahrgang aushebt und wenn diese neun Monate um sind, drei Monate lang keine Soldaten mehr hat. Wer die Sache kennt, der weiß, daß das einfach bedeutet, daß dann neun Zwölftel eines Jahrganges fortwährend unter der Fahne sind. Also stehende Heere sind einfach Heere mit ständigen Berufskadres, durch deren Schule die Volksmassen hindurchgehen. Bei der Miliz aber giebt es gar keinen Berufssoldaten, auch keine Berufsoffiziere oder -Unteroffiziere.

Damit Sie mich nicht der Silbenstecherei zeihen, will ich Ihnen nur ein paar Urtheile vorlesen, um Ihnen zu beweisen, daß diese Terminologie überall ga, wo man die Frag ernst behandelt, durchgeführt ist. Rüstow sagt: „Angenommen, die Bürger seien im Waffendienst geübt, man könne sich darauf verlassen, daß sie auf den ersten Ruf zusammenkommen, die bürgerliche Eintheilung in Provinzen, Kreise, Gemeinden, Quartiere sei außerdem derart, daß aus ihnen ohne weiteres entsprechende Truppenkörper hervorgehen, Divisionen, Brigaden, Bataillone, Kompagnien, und die bürgerlichen Magistrate, die Friedensbeamten seien im Stande, im Kriegsfall zugleich als Kriegsbefehlshaber, als Kriegsbeamte aufzutreten, so kann man im Frieden eines als solches äußerlich sichtbaren Heeres offenbar ganz entbehren. Bei dem ersten Kriegsruf formirt sich das Heer ohne weiteres. Das ist das Milizsystem." In allen Militärlexika, die ich durchgesehen habe, heißt es, oft wörtlich übereinstimmend, jedenfalls aber immer dem Sinne nach: „Miliz ist eine Truppe, die keine Friedensstämme hat". Bei Ratzenhofer ist das Wesen der stehenden Heere die allgemeine Wehrpflicht und Berufskadres, der Gegensatz dazu ist bei ihm Miliz. Bei Bogulawski heißt es, „das stehende Heer, d. h. die nothgwendigen Kadres von Berufssoldaten und die unter Waffen stehenden Wehrpflichtigen . . . dem Kadresystem dirkt gegenüber steht das reine Milizsystem, in welchem die

jungen Mannschaften nur unter Aufsicht einiger Instruktionsoffiziere ausgebildet werden und sich im Falle der Mobilmachung ohne Kadre formiren". Oberst Wille spricht von „kurzer Ausbildungszeit und dem gänzlichen Fehlen permanenter beruflich ausgebildeter Kadres bei jeder Milizarmee". . . . „In den stehenden Heeren ist Offiziersein Beruf, der Milizoffizier ist dies nur nebenbei, neben seinem eigentlichen Lebensberuf und vielfach neben der anderweitigen ausgedehnten Inanspruchnahme durch das öffentliche Leben." Das ist die Definition, die man überall findet und die ich selbstverständlich meinen Ausführungen zu Grunde gelegt habe. Und dem entspricht auch die Praxis. Warum haben wir denn in England den Unterschied zwischen Miliz und stehendem Heer? Giebt es bei den einen Stockprügel, bei den andern Zuckerbrot? Nein, der Unterschied ist so, wie ich ihn eben gekennzeichnet habe. Auch die Schweizer Miliz hat keine festen Friedensformationen, und wo man sie hat, nennt man sie mit Recht einen Ansatz zum stehenden Heer. Die Leute werden auf Tage und Wochen einberufen, die zu den Rekrutenschulen zugezogenen Kadres werden eigens für diese Zeit und einen kurzen Vorkurs aus ernannten und beförderten Offizieren und Unteroffizieren zusammengestellt und sofort wieder aufgelöst. Und eben weil hier alle „ständigen" Elemente einer Heeresformation im Frieden, soweit das praktisch überhaupt möglich, ausgelöscht sind, darum spricht man mit Recht von der „Miliz" als Grundlage der schweizerischen Wehrverfassung. Es ist eigentlich etwas kindisch, daß man diese Dinge hier noch betonen muß, sie könnten Jedem geläufig sein, der sich mit diesen Grundsätzen beschäftigt hat. Wenn also Kautsky schließlich als Milizverfechter stehende Kadres gar nicht so unübel findet und die Unentbehrlichkeit von Berufssoldaten an der Spitze dieser Kadres des längeren begründet, und wenn er mich dann ganz erstaunt fragt: Ja, wer hat denn jemals behauptet, daß bei der Miliz keine stehenden Kadres sein müssen? — so konnte er mich ebenso gut fragen, wie ich dazu komme, ein Säugethier ein Lebewesen zu nennen, das lebendige Junge zur Welt bringt, und einen Vogel ein Lebewesen, das Eier legt und sie selber ausbrütet. Er hat eben nicht gewußt, um was es sich handelt. Aber dann muß ich mir doch verbitten, daß man diese hohen Töne gegen mich anschlägt.

Auf die Frage, wie weit Engels für die Gegenwart nicht Anhänger des Milizsystems war, will ich hier nicht weiter eingehen. Ich wende mich nun zu dem Vorwurf des Genossen Geyer, ich hätte Engels falsch zitirt. Er muß den Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften" gar nicht weiter gelesen haben. Er lese nur einige Zeilen weiter: „Hier sind es also wieder die alten zwei Jahre, die als das zunächst Erreichbare ins Auge gefaßt werden. Weitere Herabsetzungen sind vorbehalten, sobald „man" sich von der Möglichkeit überzeugt haben wird. Das „Milizsystem" wird hier zwar als Endziel flüchtig daneben genannt." (Zuruf: „flüchtig!") Wie kann man das „falsch zitiren und unterschlagen" nennen. Das mag der liebe Himmel und Freund Geyer wissen. (Heiterkeit.)

Auf die Milizfrage will ich selber nicht eingehen, ich will nur noch erwähnen: Engels erkennt ganz offen die Vorzüge des stehenden Heeres vor jeder anderen Heeresformation für die auswärtige Politik an. Er sagt, daß die stehenden Cadres einen festen Zusammenhang, eine operationsfähige Armee lieferten, und das sei für einen Staat, der eingekeilt ist zwischen Frankreich im Westen und Rußland im Osten eine Nothwendigkeit. In der That war das stehende Heer eine Waffe für die äußere Politik, für die Siege des preußischen Staates, die auch wir eine Revolution nennen müssen. (Unruhe.) Viele der Gründe Engels gelten auch noch heute. Sind wir nicht noch immer eingekeilt zwischen Frankreich im Westen und Rußland im Osten? Haben wir nicht von führenden Parteigenossen gehört, daß der Gegensatz seit dem deutsch-

französischen Kriege nur immer gefährlicher geworden ist? Die Bedeutung des stehenden Heeres als Waffe der äußeren Politik kann nicht bestritten werden. Wenn wir die Miliz einführten, das heißt nur die vorhandene ansässige Bevölkerung mit Waffen versehen wollten, so müßten wir geradezu die Landflucht vom Osten nicht nur eindämmen, sondern den ganzen Osten mit einer dichteren Bevölkerung auf Kosten unserer Industriebezirke besiedeln, ähnlich wie wir heute beim stehenden Heer im Osten überall stärker besetzte Bataillone und Formationen haben. Entweder wir glauben an keine jemals hervorbrechenden Gegensätze zwischen den Staaten, dann müßte nicht die Miliz, sondern die vollständige Aufhebung jedes Heeres unsere Forderung sein. Oder wir glauben an mögliche Konflikte, dann haben wir als Vertreter der deutschen Arbeiterklasse die Pflicht, auch dafür zu sorgen, daß die deutschen Arbeiter obenauf bleiben. (Unruhe.)

Und auch das müssen wir anerkennen, daß wir zwar in erster Linie den Frieden erstreben, politisch uns nur vertheidigen wollen, im anderen Falle aber den Krieg über die Grenzen hinauszutragen, militärisch offensiv vorzugehen haben. (Hört! hört!) Unsere Vertheidigung kann doch nicht darin bestehen, daß wir uns wie mit einer chinesischen Mauer umgeben und von oben herab dem Feinde Esel bohren und lange Nasen ziehen.

Doch das sind Fragen der auswärtigen Politik, die wir auf absehbare Zeit nicht zu lenken und zu leiten haben, der wir vielmehr, wenn auch nicht als unbetheiligte, so doch als kühle Zuschauer gegenüberstehen. Darum will ich auch auf diesem Gebiet nicht weiter dilettiren, sondern mich der Frage zuwenden, ob die Miliz uns für die Kulturaufgaben so unendlich viel Ueberschüsse liefern würde, daß sie schon deshalb gefordert werden muß, daß wir sie auch darum fordern müssen, um den unterdrückten Gesellschaftsschichten das Emporkommen zu ermöglichen. Heißt doch die Miliz in dem Schreiben der Sektion Zürich 1869 an den Baseler Kongreß „das bewaffnete Stimmrecht". Durch die Miliz sollen wir also das bewaffnete Stimmrecht erhalten und Millionen frei haben für die Kulturaufgaben.

Ich frage zunächst: Ist die Miliz ein so billiges System? Bebel hat in seiner Broschüre „Nicht stehendes Heer — Volkswehr" berechnet, daß die Schweiz pro 1897 nicht ganz 23,2 Millionen Frcs. für ihre Miliz ausgegeben hätte, und er schließt nun: Deutschland hat eine $17\frac{1}{2}$ mal größere Bevölkerung, also würde die deutsche Miliz $17\frac{1}{2} \times 23{,}2$ Millionen Frcs. = 405,75 Millionen Frcs. = 324,6 Millionen Mk. kosten. Dazu rechnet er jährlich 20 Millionen Mk. für das Instruktionspersonal und 40 Millionen Mk. für die militärische Jugenderziehung. Das ergiebt 385,2 Millionen Mk. für eine halbwegs leistungsfähige Miliz. Ich will an den Bebel'schen Zahlen keine Kritik üben, sondern nur darauf hinweisen, daß die Kantone 1897 noch 1,6 Millionen Frcs. für die Miliz verwandt haben. In anderen Jahren haben sie bis 5 Millionen Frcs. verausgabt. Auch diese Summen müssen mit $17\frac{1}{2}$ multiplizirt werden, das ergiebt ein Plus von 23—70 Millionen Frcs., so daß für Deutschland 405—445 Millionen Mk. herauskommen würden, während die deutschen Heeresausgaben 591 Millionen Mk. betrugen. Aber die Ersparniß, die hier noch immer vorhanden wäre, schrumpft zusammen, wenn man andere Jahre des schweizerischen Milizbudgets heranzieht, die nicht mit 23,2 Millionen Frcs. abschlossen wie 1897. 1893 gab die Schweiz 32 Millionen Frcs., 30% mehr als 1897 aus, 1892 36,15 Millionen Frcs., also 40% mehr. Nehmen wir diese Zahlen $17\frac{1}{2}$ mal, so kommen wir auf Ziffern, die praeter propter den deutschen Ausgaben vollständig gleichkommen. Da sieht es auch bei der Miliz mit den Kulturaufgaben windig aus. Ein bibiges System ist das Milizsystem nicht, und unendliche Summen werden für Kulturaufgaben dadurch nicht frei. Das Schlagwort: die Miliz ist billig,

wird man daher fallen lassen müssen. Thatsachen soll man sehen, und nicht die Augen davor verschließen. Das kommt auch in der Partei immer mehr zum Durchbruch. Auch Kautsky erkennt das an. So heißt es in seiner „Agrarfrage": „Von der Durchführung der Volkswehr darf man eine außerordentliche direkte ökonomische Entlastung der Bevölkerung kaum erwarten. In dieser Beziehung ist ihr die Idee des ewigen Friedens entschieden überlegen. Die Idee der Volkswehr bedeutet ja keineswegs eine Verminderung der Bewehrung des Volkes, eher eine Vergrößerung, da sie jeden Wehrfähigen auch zur Wehrhaftigkeit heranziehen will. Welche Kosten das verursacht, das ist eine Sache der technischen Entwickelung, die sich nicht absehen läßt, und die gerade auf dem militärischen Gebiet so lange ihre größten und verhängnißvollsten Triumphe feiern wird, so lange die Gegensätze unter den kapitalistischen Nationen unter einander fortdauern."

Wenn also Genossin Zetkin in einer Berliner Volksversammlung im Februar dieses Jahres nach einem Bericht des „Vorwärts" meinte: „Es ist für Unterrichts- und Bildungszwecke kein Geld vorhanden, weil der Militarismus Millionen und wieder Millionen verschlingt. Die Frau muß den Forderungen für den Militarismus die Forderung entgegensetzen: her mit den Millionen für die Volksbildung. Nicht das Land, welches über die meisten Gewehre und Kanonen verfügt, sondern das Land, dessen Einwohner den höchsten Bildungsgrad aufweisen, steht an der Spitze der Kultur" — so ist das zwar von prinzipiellem Standpunkt aus unanfechtbar, aber bei einigem Kopfrechnen hätte sie sich sagen müssen, daß die Miliz hier recht wenig aus der Misere heraushilft, weil sie eben auch recht heißhungrig Millionen verschlingt.

Die Miliz muß ferner, wenn sie das „Stimmrecht" nicht willkürlich nehmen und geben will, jeden Bürger ausheben und in Uebung halten. Wenn wir das in Deutschland seit 1866 und 1870 gethan hätten — während bekanntlich früher unsere Aushebungsziffer tief unter der Tauglichkeitsziffer stand — so hätten wir in Summa wohl mindestens denselben Aufwand seit der Reichsgründung gehabt. (Gelächter.)

Ob wir die Jugendwehr nicht jahrgangsweise gruppiren und kaserniren müssen, will ich beiseite lassen. Aber wir dürften dann die Dienstzeit niemals aufhören lassen, wenn wir das bewaffnete Stimmrecht gelten lassen wollen. Sollen die Greise nicht auch das bewaffnete Stimmrecht haben? Und vergessen Sie eins nicht: Wir verlangen ja auch das Stimmrecht für die Frauen. (Bebel: Die sollen auch Soldaten werden! — Heiterkeit.) Gewiß! Das ist nicht eine Einbildung von mir; die Revolutionäre in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" fordern das ja. (Ledebour: Wo?) Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" vom 23. Februar 1898 sagt im Leitartikel: „Warum sollten nicht die Jünglinge, auch Mädchen, vom 15., 16. Lebensjahre an sich im Waffengebrauch üben können?" (Ledebour: Da bin ich nicht dagewesen! — Große Heiterkeit.) Ledebour scheint nie verantwortlich zu sein, wenn eine richtige Dummheit in der „Sächs. Arb.-Ztg." steht; es war also Parvus oder mein verehrtes Gegenüber, Frau Dr. Rosa Luxemburg. (Heiterkeit.)

Ich will nur noch auf die berühmte Entlastungstheorie mit einem Wort eingehen. Sie sehen auch hier wieder, mit welcher Rabulistik fortwährend Parteidiskussionen geführt werden. Ich habe gesagt, daß wir heute unproduktive Ausgaben nicht mehr so einschätzen können, wie in früheren Gesellschaftsperioden, wo die Gesellschaft nicht genug schaffen konnte, daß in der Zeit der Ueberproduktion selbstverständlich unproduktive Ausgaben, Verschwendung, Luxus eine ganz andere Rolle spielten. Ich habe in der „Neuen Zeit" gesagt: „Die großen Aufwendungen in allen modernen Gesellschaften zu unproduktiven, vor allem auch seitens des Staates zu militärischen Zwecken, sind keine Verstärkung, sondern eine Erleichterung des allgemeinen ökonomischen Drucks.

Jede Gesellschaft der „Ueberproduktion" wird nicht belastet, sondern entlastet, wenn die Produktion relativ geschwächt, die Konsumtion relativ vermehrt wird. Nur hat der kapitalistische „Staat" an sich die Mittel der kapitalistischen Gesellschaft nicht zur Verfügung; sie aus ihren Tiefen durch Steuern heraufzupumpen, mag schließlich über seine „finanzielle" Kraft und auch über die Geduld der Staatsbürger hinausgehen. Aber in dem Keuchen und Aechzen dieses Steuerpumpwerks erschöpfen sich nicht die allgemeinen ökonomischen Wirkungen dieser riesenhaften unproduktiven Ausgaben, die geradezu eine Lebensbedingung, rein ökonomisch, für die moderne Gesellschaft geworden sind. Natürlich macht uns das den Militarismus nicht angenehmer, sondern um so unangenehmer. Nun kann ich von diesem Standpunkt aus auch nicht in das kleinbürgerlich-freisinnige Geschrei über den wirthschaftlichen Ruin durch die unproduktiven Militärausgaben einstimmen."

Parteigenossen, was ist da für ein Spuk in der Presse entstanden! Ich habe ja nicht gesagt, daß wir die Verschwendung unterstützen sollen, sondern ich habe die Thatsachen nur zu würdigen versucht. Aber derjenige, der mich deswegen am heftigsten angriff, war Kautsky. Er hat meiner Intelligenz die in einer demokratischen Gesellschaft denkbar niedrigste Einschätzung, ich stände nämlich in meiner Intelligenz noch unter dem russischen Zaren. Da finde ich aber in dem alten Erfurter Programm **Kautskys** auf Seite 101 eine Ausführung, die sich vollkommen mit der meinigen deckt; da heißt es, ganz wie bei mir: „Die Ueberproduktion wird immer mehr der dauernde Zustand der Produktion.

In Folge dessen wächst die Menge der Produktionsmittel, die nicht genügend oder garnicht ausgebeutet werden, die Menge der Reichthümer, die ungenutzt verloren gehen, die Menge der Arbeitskräfte, die **brach liegen** bleiben **müssen**. Zu diesen sind nicht blos die Schaaren von Arbeitslosen zu rechnen, die bereits zu einer bedrohlichen sozialen Gefahr angewachsen sind, sondern auch alle jene unzähligen und immer noch sich vermehrenden Schmarotzer am Körper der Gesellschaft, die, weil sie produktiv **nicht thätig sein können**, durch die verschiedenartigsten, meist ganz überflüssigen, aber oft höchst aufreibenden Thätigkeiten ein elendes Dasein zu fristen suchen . . .; dazu gehören ferner die zahlreichen Schaaren derjenigen, die sich den Besitzenden zu persönlichen Diensten verdingen; endlich die große Menge von **Soldaten**: das stete Anwachsen der Armen in den letzten zwanzig Jahren wäre kaum möglich gewesen ohne die Ueberproduktion, die es der Industrie erlaubte, auf so viele Arbeitskräfte zu verzichten. Die kapitalistische Gesellschaft fängt an, in ihrem eigenen Ueberfluß zu ersticken; sie wird immer **weniger** fähig, die **volle** Entfaltung der Produktivkräfte **auszuhalten**, die sie geschaffen. Immer mehr Produktivkräfte **müssen brach liegen**, immer mehr Produkte nutzlos verschwendet werden, soll sie nicht außer Rand und Band gerathen". Später heißt es dann noch, daß die heutige Gesellschaft (des Privateigenthums an Produktionsmitteln) „**immer mehr** zur Verschwendung und Brachlegung ihrer Produktivkräfte **gezwungen**" sei. (Bebel: Da muß man eine stehende Armee dafür halten!) Nun, ich habe schon erklärt, daß **mir** niemals ein so einfältiger Gedanke eingefallen ist. Ich habe immer gesagt, wenn man Geld für die Arbeiter haben kann, dann soll es geschehen; das versteht sich bei mir, wenn ich auch von Einigen nicht mehr als Vertreter der Arbeiterinteressen angesehen werde, denn doch noch von selbst. Aber gerade wenn man sozialistisch denken gelernt hat, kann man nicht in das kleinbürgerliche Gebarme über die ökonomisch ruinösen Wirkungen jeglicher Verschwendung einstimmen.

Was ist es nun, was mich scheidet von dem, was Geyer ausgeführt hat?

Ich habe stets gesagt, die Miliz **ist für mich immer das Endziel der Entwickelung**. Aber ist sie kein System, das man bei den heutigen

Staatengegensätzen aus dem Boden stampfen und den Gegnern, die über stehende Heere verfügen, als überlegen entgegenstellen kann, sondern sie ist etwas, was sich aus den heutigen Armeen recht wohl entfalten kann, wenn wir im Staate eine kräftige Vertretung unserer Interessen haben; und da habe ich ausgeführt, daß auch Engels diese Entfaltung als möglich ansah und vertrat. Ich zitire hier einfach nochmals meinen ersten Isegrim-Artikel:

„Engels hat für die Gegenwart nie recht an die Ueberlegenheit des Milizsystems geglaubt, obwohl er das heutige System schließlich aus seiner eigenen inneren Bewegung im wirklichen Volksheer enden sah — was doch gegen die übliche Milizvorstellung einen ebenso fundamentalen Unterschied bedeutet, wie wenn man einerseits glaubt, der Kapitalismus werde durch sein eigenes Fortschreiten schließlich eine genossenschaftliche Gesammtproduktion erzeugen, in diese heineinwachsen, oder andererseits: man müsse dem heutigen Kapitalismus genossenschaftliche Betriebe entgegenstellen, die ihn durch ihre Ueberlegenheit heute schon schlagen und ersetzen sollen.

Meist überwiegt die immer mehr vertiefte Anschauung, daß nicht eine neue Grundlage der Heeresverfassung im spekulativen Kopfe auszuhecken und der allerdings unschönen und widerspruchsvollen Wirklichkeit entgegenzustellen ist, sondern daß die Erweiterung und Fortbildung der Grundlagen des heutigen Armeesystemes gleichbedeutend ist mit einer vollständigen Umwälzung aller bestehenden Machtverhältnisse. Die quantitative Erweiterung wird mit der Zeit zu einem qualitativen Umschlag . . .“

Weiter habe ich nichts betont, gefordert habe ich überhaupt nichts. Wird die allgemeine Dienstzeit verkürzt, die allgemeine Wehrpflicht weiter durchgeführt, so demokratisirt sich die Armee ganz von allein, so hört sie auf, in dem scharfen Sinne wie heute Klassenwerkzeug zu sein, so wird die Armee in unsere Hände allgemach hinübergleiten. Wer will die Rekruten liefern, wer die Arbeiter für die militärischen Fabriken, für die Eisenbahnen, ohne welche diese ungeheuren Truppenmassen bewegungsunfähig sind? Der ganze Militarismus wird nicht mehr leben können ohne uns. Die heutige Armee wird, wenn sie sich so weiter entwickelt, eine Arbeiterarmee ganz von selbst, oder sie wird eine Armee, die man nicht mehr gegen Arbeiter verwenden kann, nicht mehr verwenden kann zu auswärtigen Kriegen, die die Arbeiterklasse nicht billigt. Und man mag über den „inneren“ Kampf denken wie man will: wenn ein Krieg kommt, ist die Armee doch das Volk in Waffen, und dann üben wir die Macht und den Einfluß aus, die uns in der heutigen Gesellschaft überhaupt möglich sind.

Und ist das etwas Neues? Deswegen hat mich Geyer angegriffen! Ich bin erstaunt, daß man diese von autoritativer Seite oftmals wiederholte Aeußerung mir als Verrath des Parteistandpunktes anrechnet in der Weise, daß man mir nahe legt, ob ich nicht meinen Austritt aus der Partei überlegen wolle.

Da heißt es in dem bayrischen Landtagshandbuch: „Wir verlangen eine andere Organisation des Heerwesens, durch welche die Vertheidigung ebenso, ja in erhöhtem Maße gesichert wird, ohne das Volk derart zu belasten. Wir fordern darum die Umgestaltung des heutigen Kasernenheeres in ein Volksheer, die vor Allem durch stufenweise, wesentliche Herabsetzung der Dienstzeit anzubahnen ist . . . .

Das Heer soll, wie jede andere Einrichtung des Staates, kein Werkzeug einer Klasse, einer Partei oder des jeweiligen Machthabers sein. Selbstverständlich ist Disziplin in ihm nothwendig. Aber diese Disziplin muß auf einem vernünftigen und moralischen Grunde beruhen, sie darf nicht ins Unbedingte und Sinnlose gehen. Im Uebrigen braucht man die Drohung der Anwendung des Heeres gegen den „inneren Feind“ freilich auch nicht allzu tragisch zu nehmen. Denn einmal vollzieht sich die gefürchtete Um-

gestaltung unserer sozialen Verhältnisse in einer der Waffengewalt unzugänglichen Weise. Und dann macht jeder Schritt zur weiteren Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht das Heer nothwendig immer ungeeigneter zu seiner Mißbrauchung gegen das Volk, weil mit dem Wachsthum der materiellen Mittel zur Gewalt die moralischen Mittel dazu sich vermindern. Trotz aller Aeußerlichkeiten, die Anderes zu beweisen scheinen, ist das Heer im Zuge, sich innerlich unaufhaltsam zu demokratisiren. Denn mit dem Eintritte immer größerer Volkstheile in das Heer müssen nothwendig die die Volksmassen bewegenden Gedanken und Bestrebungen allmälig einen immer bestimmenderen Einfluß auf das Heer gewinnen, der schließlich mit der Einstellung des letzten halbwegs tauglichen Mannes überwiegend werden wird.

Das ist im Auftrage der bayrischen Genossen geschrieben worden. Aber noch ganz andere Leute haben sich ganz ebenso erklärt. So schreibt Friedrich Engels in der „Neuen Zeit" 1891/92, 1. Band, Seite 583:

„Die Hauptstärke der deutschen Sozialdemokratie liegt keineswegs in der Zahl ihrer Wähler. Bei uns wird man Wähler erst mit 25 Jahren, aber schon mit 20 Soldat. Und da gerade die junge Generation es ist, die unserer Partei ihre zahlreichsten Rekruten liefert, so folgt daraus, daß die deutsche Armee mehr und mehr vom Sozialismus angesteckt wird. . . Gegen 1900 wird die Armee in ihrer Majorität sozialistisch sein. Das rückt heran unaufhaltsam wie ein Schicksalsschluß. Die Berliner Regierung sieht es kommen, ebenso gut wie wir, aber sie ist ohnmächtig. Die Armee entschlüpft ihr."

Ich verweise noch auf eine andere Aeußerung, die deshalb sehr interessant ist, weil sie mit der vorliegenden Resolution sehr schlecht in Einklang steht. Bebel äußert sich im „Mouvement socialiste" vom 15. Mai 1899 folgendermaßen:

„Der Militarismus soll die Klassenherrschaft aufrecht erhalten. Aber man kann die Zeit schon voraussehen, er wird dazu ganz ungeeignet. Die Zahl der Armeen hat zur Voraussetzung die allgemeine Wehrpflicht, die man kaum mehr aufheben kann. Die Stadt- und Landarbeiter, welche die erdrückende Mehrheit der Soldaten ausmachen, sind indeß mehr und mehr der sozialistischen Idee verfallen. Die Armee kann also immer weniger zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft dienen und eines Tages überhaupt nicht mehr. Sie wird den Befehl, auf Vater und Mutter zu schießen, nicht mehr ausführen, sie wird kein Machtmittel in der Hand einer Klassenregierung mehr sein (elle ne sera dès lors un instrument dans la main d'un gouvernement de classe)".

Genau so wie in der Resolution — aber umgekehrt! (Hört! hört!) Und, Parteigenossen, ich bitte Sie um alles in der Welt, sind Ihnen denn Ihre eigenen Beschlüsse auf Ihren eigenen Parteitagen unbekannt? Früher hat man gesagt: Kürzere Dienstzeit auf der Grundlage des stehenden Heeres ist ein Verstoß gegen das Programm, das grundsätzlich die Miliz fordert. Als 1877 ein Wahlflugblatt in Schleswig geäußert hatte: „Hartmann will die militärische Dienstzeit nicht nur für die Söhne der Wohlhabenden, sondern für jedermann beschränken; auch der Tagelöhner, der Handwerker soll nur ein Jahr dienen" — da belehrte man ihn nach dem Gothaer Protokoll: Das Parteiprogramm wollte Abschaffung des Militarismus überhaupt, und wenn man also nicht für die Volkswehr eintrete, sondern nur für Einschränkung der Wehrpflicht unter dem heutigen System auf ein Jahr, so verstoße man gegen das Programm. Und was haben wir voriges Jahr in Stuttgart beschlossen? Es lag ein Antrag vor, die Miliz zu verlangen; dieser Antrag ist nicht einmal so unterstützt worden, daß er zur Berathung kam. Dagegen ein zweiter Antrag, der der Mainzer, wurde von David folgendermaßen begründet: „Parteigenossen, lehnen Sie den Antrag nicht etwa deswegen ab, weil er kein Milizantrag ist. Wir müssen an die gegebenen Verhältnisse des

heutigen Militarismus anknüpfen, durch Verkürzung der Dienstzeit, die Miliz wird dann später schon folgen." Da erhob sich als Berichterstatter der Fraktion ein parlamentarisch so erfahrener Genosse wie Wurm und lehnte die Mainzer Zurückstellung des Milizsystems folgendermaßen radikal ab:

„Darum halte ich es für nicht richtig, wenn Genosse Dr. David gesagt hat: Wie schön ist es, wenn wir den Bauern sagen können, wir wollen die Verkürzung der Dienstzeit auf ein Jahr. Das soll leichter begreiflich sein, als die Forderung des Milizsystems. Ich bin entgegengesetzter Ansicht. Das ist keine grundsätzliche Agitation, wenn wir nur die Erleichterung des Militarismus fordern."

Und der Parteitag? Derselbe Parteitag, auf dem der Milizantrag glatt unter den Tisch fiel, hat gemäß der Anschauung beschlossen, die ich in meinen Artikeln vertreten habe. (Hört! hört!) Also, Parteigenossen, ich habe keine Furcht: deswegen, weil ich den Beschluß des vorigen Jahres vertreten habe, werden Sie mich aus der Partei nicht hinausbefördern.

Ja, Parteigenossen, es gehe noch viel weiter. Diese ganz rabulistische Kritik, diese rabulistische Quertreiberei ist meines Erachtens doch wohl auch mitunter wider besseres Wissen geschehen. (Unruhe.) Kautsky, der jetzt sagt, wir müssen grundsätzlich vorgehen, hat in der Begründung seines Programmentwurfs sich ähnlich geäußert wie ich. Oder vielmehr, er ist viel weiter gegangen: er hat sich direkt gegen den jetzigen Punkt 3 des Programms gewendet. Er begründet die von ihm und Bernstein vorgeschlagene Abänderung der alten Formulirung in der „Neuen Zeit" (1890/91, S. 819) folgendermaßen:

Der aus den jetzigen §§ 3 und 7 zusammengesetzte Paragraph erhielt denn folgende Fassung:

Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Umwandlung der stehenden Heere zur Volkswehr. . . .

„Die Form „Umwandlung der stehenden Heere zur Volkswehr", anstatt „Volkswehr an Stelle der stehenden Heere" schlagen wir (d. h. Kautsky und Bernstein) deshalb vor, weil sie das Ziel feststellt und doch der Partei freie Hand läßt, heute, wo die Auflösung der stehenden Heere nun einmal nicht angeht (Gelächter), bereits eine Reihe Maßregeln zu verlangen, die wenigstens den Gegensatz zwischen Heer und Volk möglichst verringern, wie z. B. die Aufhebung der besonderen Militärgerichtsbarkeit, Herabsetzung der Dienstzeit 2c. 2c."

Und nach alledem und darum dieser Bann, diese Aufregung über Prinzipienverrath, obwohl ich doch, nur vielleicht konsequenter, vielleicht bewußter und klarer das vertreten habe, was in der Partei immer und immer wieder vertreten worden ist!

Damit bin ich am Schluß. Ich wende mich nicht an Ihr Herz, nicht an Ihre Stimmung, ich verlange nicht, daß Sie über den Ton, wenn Sie damit nicht einverstanden sind, schweigen und irgendwie diese Anzüglichkeiten als kompensirt erachten durch die entgegenstehenden Anzüglichkeiten von Kautsky. Aber, wenn die Anschauungen, die ich vertreten habe, immer und immer wieder verfochten worden sind, zum Theil von den hervorragendsten Vertretern unserer Partei, selbst von denen, die geglaubt haben, sie müßten die Feder gegen mich ergreifen; dann sind das eben Anschauungen, über die man ruhig diskutiren darf, durch deren Vertretung man sich nicht außerhalb der Partei stellt, sondern es sind ernste Fragen, die man ernst erörtern sollte. Und deshalb bitte ich Sie: Ueben Sie Toleranz! Lassen Sie die Freiheit der Kritik hier walten, aber üben Sie kein Ketzergericht. (Lebhafter Beifall und Zischen.)

Frau Dr. Luxemburg: Die Rede Schippels, besonders im ersten Theil, war eine Vertheidigung des Militarismus, wie sie ein Kriegsminister ganz gut einer Militärvorlage beilegen könnte. (Heiterkeit.) Mir wurde hier mehrfach vorgeworfen, ich wäre in einer so unerwartet milden Weise aufgetreten, ich

hätte mit einer so herzgewinnenden Milde gesprochen. Das kommt daher, weil ich allgemeinen theoretischen Debatten in Bezug auf den Opportunismus nicht allzuviel praktische Bedeutung beimesse. Wichtig ist für mich die Bekämpfung der konkreten Erscheinungen des Opportunismus, und als solchen betrachte ich vor allem die Stellung Schippels zum Militarismus. Für mich und auch für die Partei heißt es: Hic Rhodus, hic salta! Hier soll Schippel Rede und Antwort stehen.

Genosse Geyer hat gesagt, wenn wir auf unsere bisherige prinzipielle Gegnerschaft gegen den Militarismus verzichten, so würde das unsern Kampf sehr in die Länge ziehen. Nein, ich glaube, wenn wir auf den Kampf gegen den Militarismus in der bisherigen Form verzichten, dann können wir überhaupt einpacken, dann hören wir überhaupt auf, eine sozialdemokratische Partei zu sein. (Sehr wahr!) Der Militarismus ist der konkreteste und wichtigste Ausdruck des kapitalistischen Klassenstaates, und wenn wir den Militarismus nicht bekämpfen, dann ist unser Kampf gegen den kapitalistischen Staat nichts als eine leere Phrase. (Beifall.) Ich will hier nicht auf den Ton der Schippel'schen Artikel und auch nicht auf das Pseudonym eingehen. Ich glaube, er ist dafür schon genügend durch den malitiösen Druckfehlerteufel getroffen, denn, wie Sie bereits bemerkt haben werden, heißt es in dem Antrag Mergner, der seinen Ausschluß verlangt, Schippel habe sich gegen die Erziehung zur allgemeinen Wahrhaftigkeit schwer vergangen. (Heiterkeit.) Es soll natürlich „Wehrhaftigkeit" heißen. Ich will auch nicht auf die technische Seite der Milizfrage eingehen. Schippel sagt, Kautsky verstehe in diesen Dingen nicht einmal das Abc. Als ich das hörte, erschrak ich furchtbar, denn wie muß es um eine Partei bestellt sein, deren theoretischer Vertreter von einer der wichtigsten praktischen und theoretischen Fragen nicht einmal das Abc versteht! (Sehr gut!) Wenn eine so hohe Bildung nöthig ist, um die Milizforderung zu begreifen, daß nicht einmal ein Kautsky sich dazu emporschwingen kann, wie soll dann die Masse der Proletarier dies Postulat vertheidigen! Ich betrachte eben die ganzen breiten Erörterungen Schippels über die technischen Fragen als ein Ablenkungsmittel, um unsere Aufmerksamkeit von der wichtigsten — der politischen Seite abzuwenden. Wir brauchen uns auf technische Einzelheiten schon deshalb nicht einzulassen, weil uns keine konkrete Vorlage zur Einführung der Miliz beschäftigt. Wenn wir eine solche Vorlage haben, würden wir eine Neuner-Kommission wählen, die darüber zu berathen hätte. (Heiterkeit.) Heute gilt es für uns, das Postulat in seiner allgemeinen Form aufzustellen und besonders auf seine politische Seite Nachdruck zu legen. Mit dem Argument, daß der Vertheidigungskrieg sich nothwendig in einen Angriffskrieg verwandelt und wir dazu stehendes Heer brauchen, hat sich Schippel wieder auf den Boden der üblichen Argumentation der deutschen Regierung gestellt, die den Angriff blos als eine Form der Vertheidigung hinstellt. Es würde Schippel schwer fallen zu beweisen, daß das Milizsystem zur wirklichen Vertheidigung in allen Formen nicht noch besser zu brauchen ist, als die stehenden Heere.

Schippel hat in seinen Artikeln ausdrücklich hervorgehoben, daß der Militarismus eine wirthschaftliche Entlastung für uns sei, und heute hat er nachzuweisen gesucht, daß die Miliz jedenfalls keine wirthschaftliche Entlastung wäre. Die Zahlennachweise Schippels erscheinen mehr als zweifelhaft, aber selbst wenn die Miliz uns ebenso viel kosten würde wie der Militarismus, so könnten wir doch ruhig mit den beiden Händen für die Miliz stimmen, denn dann geben wir wenigstens unser Geld aus, um dafür ein Mittel der Vertheidigung nicht nur gegen den äußeren Feind, sondern auch gegen die inländischen Unterdrücker zu haben, dem Militarismus bringen wir aber die Geldopfer zu dem Zwecke, damit man uns erwürgt und unterdrückt. (Sehr gut!)

Schippel ist ja nicht der einzige; ich verweise nur auf die Auer'sche Aeußerung in Hamburg, auf Heine und auf Vollmars letzte Rede in München. Ich begreife nicht, wie Jemand, der den Militarismus technisch für unentbehrlich und wirthschaftlich für eine Entlastung hält, so unlogisch ist, gegen die Militärausgaben zu stimmen. Da bleibt doch nur übrig, daß jene Genossen entweder früher oder später die Militärforderungen bewilligen, oder aber, daß sie ihren Standpunkt verlassen und sich auf den Boden unserer Milizforderung stellen. Jetzt allerdings lehnen sie die Militärforderungen noch ab, aber wenn ihre Auffassungen mehr an Boden gewonnen haben, dann werden sie schließlich auch für die Militärvorlagen stimmen. (Unruhe, Widerspruch und Zustimmung.)

Einige Genossen haben gefragt, ja, wo ist der Opportunismus, von dem Ihr gesprochen habt? Nun Genossen, in den Aeußerungen Schippels, Heines, Vollmars über den Militarismus haben Sie die beste Antwort. Dort ist der Opportunismus in der krassesten Form zum Ausdruck gekommen. Dagegen müssen wir vorgehen. Bitte, nehmen Sie meinen Antrag an, der die Schippel'sche Auffassung zurückweist, und antworten Sie dadurch Schippel mit denselben Worten, die er uns zugerufen hat:

„Fort mit dem Brei —
Ich brauch ihn nicht!
Aus Pappe schmied' ich kein Schwert!"

(Beifall. Unruhe.)

Baudert-Apolda: Ich hätte das Wort nicht ergriffen, wenn Geyer nicht in seiner Einleitung meinen Antrag von vorhin erwähnt hätte. Ich habe diesen Antrag durchaus nicht als Schildknappe Schippels gestellt. Ich bin nur der Ansicht, daß diese Debatte angesichts der sehr kurzen Zeit, die uns noch dafür zur Verfügung steht, nicht grundsätzlich zu Ende geführt werden kann. Was Geyer ausgeführt hat, ist niedergelegt in den Ausführungen Kautskys und Schoenlanks zum Erfurter Programm. Am interessantesten waren mir die Ausführungen Schippels. Ich bin ein geschworener Feind des heutigen Systems des Militarismus. Mir ist es aber vollständig gleich, wie einmal ein anderes System sich gestaltet, wenn es nur nicht volks- und kulturfeindlich wie das heutige, sondern volksfreundlich ist und die Freiheit des Volkes schützt.

Blume: Von den Genossen Adolf Hoffmann, Ledebour, Rosa Luxemburg und Klara Zetkin ist nachstehender Antrag eingegangen, den ich mit zur Diskussion stelle:

„Der Parteitag weist die vom Genossen Schippel in seinen Aufsätzen über den Militarismus geäußerte Auffassung mit aller Entschiedenheit zurück, da er in ihr einen Verstoß gegen die Grundsätze der sozialdemokratischen Partei erblickt."

Dr. **Schoenlank:** Es fällt mir nicht ein, mich in militär-technische Einzelheiten einzulassen. Es handelt sich bei der Frage: Miliz oder stehendes Heer einfach darum, was gelten soll, der Absolutismus oder das Volk. Der Militarismus ist das Mittel gewesen, durch das der Absolutismus zur Herrschaft gelangt ist; ohne Militarismus kein Absolutismus. Wo das Bürgerthum Energie gehabt hat, wo es reif geworden ist in der politischen Entwickelung, hat es den Kampf gegen den Absolutismus geführt durch den Kampf gegen den Militarismus; sehen Sie nach England. Brauchen wir denn den Absolutismus gegen einen äußeren Feind, zur Vertretung vaterländischer Interessen? Halten Sie das Volk dazu für unreif und unmündig? (Lebhafter Beifall.) Glauben Sie, daß es nicht aus eigener Kraft, ohne Absolutismus und stehendes Heer sich rüsten kann zur Rettung des Vaterlandes? Gewiß ist die Miliz in einen schlechten Ruf gekommen in der Militärkonfliktszeit, weil die Fortschrittspartei sich darauf versteifte, die Schweizer Miliz einzuführen. In unserem Pro-

gramm steht ja „Volkswehr“. Was ist denn „Miliz“? Die allgemeine Volksbewaffnung durch den Willen des Volkes, nach den Beschlüssen des Volkes, unter Kontrole des Volkes. Und hier sehen wir, daß diejenigen, die den Militarismus vertreten, nicht in der Absicht, aber im Effekt als die Agenten der Kapitalistenklasse auftreten, die den Militarismus braucht zur Erhaltung ihrer Macht und zum Kampfe gegen das Proletariat. Da kommt die von Schippel, der eine Art Entlastungstheorie aufgestellt hat, so eingehend behandelte Kostenfrage weit weniger in Frage, als die Frage des Prinzips, des Systems, und wir haben nichts anderes, wenn wir die Partei des Proletariats bleiben wollen, als eine den Militarismus absolut ablehnende Haltung ohne jedes Zugeständniß, auch nur in dem geringsten Punkte, denn der Militarismus ist ein Hebel des persönlichen Regiments der herrschenden Klassen gegen die moderne Entwickelung, gegen den Fortschritt der Arbeiterklasse, die großen Tendenzen der Völkerverbrüderung, die wir vertreten. Wir haben umsomehr Grund, den Militarismus mit aller Energie wie bisher zu bekämpfen und uns nicht durch schöne Worte bethören zu lassen, weil es keine bürgerliche Partei mehr giebt, die den Militarismus grundsätzlich bekämpft. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die mit dem Schlagwort in den Kampf geht: Kampf gegen den Militarismus vom Scheitel bis zur Zehe! Wenn wir warten wollen, bis der Militarismus in die Volkswehr hineinwächst, dann können wir alt wie Methusalem werden und dann wird noch immer die herrschende Klasse das Heer nicht für das Volk, sondern gegen das Volk verwenden. (Sehr richtig!)

Wir wollen festhalten am Programmpunkt 3, aber auch daran, daß es nicht angeht, solche theoretische Spielereien zu machen, die blos den Gegnern eine Freude, der Bourgeoisie ein Entzücken sind. (Beifall.) Wenn es in irgend einer Zeit unangebracht ist, sei es, daß man nun als pseudonymer Isegrim oder als Schippel kommt, dann ist es diese, wo die Klassenkämpfe eine solche Schärfe angenommen haben, wo die Annahme der Zuchthausvorlage nicht mehr etwas Unwahrscheinliches ist, wo neue große Ausgaben für Militär und Flotte kommen. Da heißt es, mit der alten Entschlossenheit und Festigkeit auf der Schanze stehen. Fangen wir erst an, in solchen Dingen theoretische Erörterungen zu machen, dann kommt das dicke Ende nach: mit Erörterungen fängt man an und das andere folgt dann, das ein Hemmschuh werden wird für die siegreiche Entwickelung des Proletariats. (Widerspruch und Beifall.)

Auer: Nach und nach scheine ich zum schwarzen Mann für eine gewisse Richtung in der Partei zu werden. Es kann gar nichts mehr vorkommen, wobei mein Name nicht genannt wird. So werde ich auch in diese Angelegenheit hineingezogen unter der Beschuldigung, daß ich die sozialdemokratische Partei, der bisher anzugehören ich die Ehre habe, welche Zugehörigkeit aber, wie es scheint, ein großer Theil nicht mehr anerkennen will, von ihrem bisherigen Widerwillen gegen den Militarismus, von ihrer absoluten Feindschaft gegen diese Institution abbringen will. Ich muß gestehen, diese meine neue Schlechtigkeit ist mir sehr neu, aber ich tröste mich da mit jenem oberbayrischen Bauern, der, als er das L. S. unter einer amtlichen Bekanntmachung las, sich das übersetzte: Laß schwatzen! (Heiterkeit.) Geyer verwies zum Beweis meiner urreaktionären Entwickelung auf eine Rede, die ich am 8. Februar 1898 in diesem Saale gehalten habe, also nach dem Hamburger Parteitage. Ich sprach über den bevorstehenden Wahlkampf und kam bei dieser Gelegenheit u. a. auch auf die Kolonialpolitik und die damit verknüpfte Flottenvermehrung. Nach dem ausführlichen Bericht des hiesigen Parteiorgans sagte ich: „Hier kommen wir auf einen Einwurf unserer Gegner, welche uns sagen, daß die Sozialdemokraten eigentlich für die Flottenvorlage stimmen müßten, weil Tausende von Arbeitern dabei beschäftigt werden könnten; aber wäre es da nicht vernünftiger, wenn schon Geld und zwar Millionen verwendet werden sollen, angeblich um die

Arbeiter zu beschäftigen, dann solche Arbeiten zu verrichten, die dem gesammten Volke zu gute kommen? Wie viel Schulhäuser könnten nicht beispielsweise für die 300—400 Millionen gebaut werden, die für den Neubau für Schiffe verlangt werden?! Kommen doch in Deutschland durchschnittlich 60 Kinder auf einen Lehrer — in Preußen noch bedeutend mehr — aber nur 8 Soldaten auf einen Unteroffizier und 25 auf einen Offizier! Wenn das deutsche Volk so reich wäre, Hunderte von Millionen für Schiffe übrig zu haben, wie schön wäre es nicht, wenn dafür in Ostelbien nicht mit Stroh gedeckte Schulhäuser gebaut, oder Lungenheilanstalten errichtet würden, wie solche von den Aerzten dringend gefordert wird."

In dieser Art polemisierte ich weiter gegen die Flottenvermehrung und sagte dann: „In Anbetracht dieser Sachlage können wir nicht von unserem ablehnenden Standpunkt abgehen. Es kann Regierungen geben, denen wir überhaupt nichts bewilligen können." — Hier liegt offenbar ein Irrthum des Berichterstatters vor, dessen Arbeit sonst durchaus korrekt ist. Es kann nicht nur Regierungen geben, denen wir das Budget verweigern, sondern bisher hat es für uns andere überhaupt noch nicht gegeben. — Ich habe im Reichstage stets das Budget verweigert und werde dies auch in Zukunft thun, so lange wir uns in der Opposition befinden. Also, ich habe nach dem Bericht gesagt: „In Anbetracht dieser Sachlage können wir nicht von unserem ablehnenden Standpunkt abgehen. Der jetzigen und jeder späteren Regierung können wir überhaupt nichts bewilligen, so lange wir nicht als gleichberechtigter Faktor im öffentlichen und parlamentarischen Leben anerkannt werden. Wird die Arbeiterklasse als gleichberechtigt anerkannt, so wachsen damit die Aufgaben dieser Klasse und die Verantwortung, und es ist sehr wohl möglich, daß wir von dem Tage an, wo man die Arbeiter als gleichberechtigten Faktor ansieht, auch mit uns reden lassen über Flottenfragen. Zur Zeit müssen wir jeden Mann und jeden Groschen ablehnen."

Der Bericht giebt natürlich die Rede nicht wörtlich wieder. Ich habe ausgeführt, daß Aenderungen eintreten und daß wir auch mit der Möglichkeit rechnen müssen, einmal im Laufe der Zeit zur herrschenden Partei zu werden. Ich habe weiter gesagt, daß wir nicht auf dem Standpunkt stehen, daß überhaupt keine Schiffe nöthig sind. Nein, ich führte aus, daß wir sie dem heutigen System, der heutigen Regierung nicht bewilligen können. Jeder von uns wird doch die Post und die Eisenbahnen für absolut nothwendige, unentbehrliche Institute halten, und doch verweigern wir den Post- und Eisenbahn-Etat, eben weil wir der Regierung, zu der wir kein Vertrauen haben, die Mittel zum Regiment verweigern wollen. (Sehr richtig!) Dieser unser grundsätzlicher Standpunkt müßte doch endlich einmal auch in die Köpfe derjenigen hineingehen, die als Vertreter der angeblich alten Richtung jeden ans Kreuz zu nageln suchen, der einmal eine Ansicht ausspricht, die sie zu kapieren nicht im Stande sind. Der Bericht verzeichnet am Schluß lang anhaltenden, stürmischen Beifall. Nun, wenn ich Dinge gesagt hätte, deren sich die Partei zu schämen hätte, so wäre es doch eine Beleidigung für die Hannoverschen Genossen, wenn sie eine derartige Dummheit so belohnt hätten. Es muß doch um das Material zur Begründung der Geyer'schen Angriffe sehr schlecht stehen, daß er zu solchen Hilfsmitteln greifen mußte. (Beifall.)

Auf meine Hamburger „Steckenrede" will ich nicht eingehen. Wer sich darüber informieren will, lese sie im Hamburger Protokoll nach; er wird finden, daß alle Angriffe gegen mich nur resultiren können entweder aus mangelndem Verständniß oder aus mangelndem Willen, mir Gerechtigkeit angedeihen zu lassen.

Ich bin genöthigt, auch bei dieser Gelegenheit wieder auf das Blatt der Frau Zetkin einzugehen. Liebknecht hat in Hamburg folgende Erklärung

abgegeben: „Es scheint ja wirklich hier eine Stimmung unter vielen Genossen zu sein, als ob sich Schippel für die Bewilligung der Kanonen ausgesprochen hätte, als hätte er gesagt, daß er oder die Fraktion dafür zu stimmen bereit gewesen sei. Das ist nicht der Fall." So sprach Liebknecht sofort im Anschluß an die Verhandlungen. Unter dem frischen Eindruck derselben konstatiert er, dem doch ganz gewiß eine besondere Freundschaft für Schippel nicht nachgesagt werden kann: „Schippel hat nicht für Bewilligung der Kanonen gesprochen." Und was lesen wir nun in dem bereits von mir erwähnten Artikel der „Gleichheit": „In Hamburg befürworteten Schippel und Auer die Bewilligung von Kanonen im Namen der „nationalen Interessen". (Hört! hört!) Was soll man gegenüber dieser Art der Polemik, gegenüber diesen fortgesetzten Verdächtigungen eigentlich noch thun? Es ist hier wiederholt von zwei Richtungen gesprochen worden. Nun Genossen! Ich weiß nicht, ob das richtig ist. Wenn man aber bei der alten Richtung nur mehr gut angeschrieben ist, wenn man in solcher Weise mit der Wahrheit umgeht, dann gehöre ich mit Stolz zur neuen Richtung. (Lebhafter Beifall!)

Die Debatte wird hierauf vertagt, nachdem ein von Stolten-Hamburg begründeter, von Adolf Hoffmann-Berlin bekämpfter Schlußantrag abgelehnt worden ist.

Rosa Luxemburg bemerkt persönlich, daß sie von dem von Schippel zitirten Artikel der „Sächs. Arbeiterzeitung" heute zum ersten Male gehört habe: unter ihrer Redaktion sei er nicht erschienen.

Heine giebt zu Protokoll, daß er an der namentlichen Schlußabstimmung über die Bebel'sche Resolution infolge einer dringenden Abhaltung nicht habe theilnehmen können; er würde sonst für dieselbe gestimmt haben.

Schluß der Sitzung um $7^1/_4$ Uhr.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 14. Oktober. — Vormittags-Sitzung.

$9^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Blume.

Die Diskussion über Punkt 6 der Tagesordnung wird fortgesetzt.

Ein von Adolf Hoffmann-Berlin und Frau Zetkin-Stuttgart gestellter Antrag, der Parteitag möge Schippel die Mißbilligung aussprechen, weil er durch seinen Isegrim-Artikel die Partei schwer beleidigt und in ihrem Ansehen geschädigt habe, findet nicht genügende Unterstützung.

Zubeil-Berlin: Parteigenossen! Schippel sagte gestern, es sei jedem, der Lust dazu gehabt habe, ein Leichtes gewesen, zu erfahren, wer hinter dem Pseudonym Isegrim zu suchen wäre. Nun, nach meiner Kenntniß haben selbst ein paar Dutzend meiner engsten Fraktionskollegen nicht gewußt, daß der lammfromme Schippel sich bis zu einem solchen „isegrimschen" Menschen durchmausern konnte. (Heiterkeit.) Keiner von uns hat gewußt, daß hinter diesem Pseudonym unser Kollege Schippel steht. Da ist doch Heine ganz anders verfahren; er ist öffentlich aufgetreten und hat das, was er aussprach, mit seinem Namen gedeckt. (Sehr richtig!) Aber daß ein Genosse, der eine Vertrauensstellung in der Partei einnimmt, anderen Genossen pseudonym in den Rücken fällt, das habe ich in unserer Partei glücklicherweise noch nicht erlebt, und ich habe doch auch schon lange Jahre in unseren Reihen gekämpft. Dem Genossen Heine ist ja in Stuttgart der Text gelesen worden, über ihn will ich mich also nicht mehr aufhalten. Was aber Schippel betrifft, so kann ich nur sagen: Ich habe im vorigen Jahre, als uns die Flottenvorlage unterbreitet wurde, mir den bekannten Pastor Naumann angehört, und dieser hat alles das, was Schippel gestern ausgeführt hat, noch weit besser ausgeführt. (Sehr gut!) So gut, so gründlich, wie Pastor

Naumann, hat Schippel garnicht gesprochen. Ich behaupte: Wenn Schippel nicht unter einem Pseudonym geschrieben hätte, so hätte er überhaupt nicht schreiben können. (Sehr richtig!) Und kommt denn bei der Frage „Miliz oder stehendes Heer“ nur der Geldpunkt in Betracht? Weiß Schippel denn nicht, daß das Geld erst in letzter Linie hier für uns bestimmend ist? Wer als junger Mann ins Heer eintritt, hinter wem sich einmal die Kasernenthore geschlossen haben, der findet mit eisernem Griffel eingeschrieben: Du hast jeden Befehl auf der Stelle ohne Widerrede, ohne eine Miene zu verziehen, zu erfüllen. (Sehr richtig!) Wir müssen die Blüthe der Nation schützen, sie muß der Produktion erhalten bleiben. Wir haben stets zur Genüge bewiesen, daß wir nicht ausschließlich nach den Kosten fragen. Ist Bebel nicht stets für die Beseitigung der Auswüchse des Militarismus eingetreten? (Sehr richtig.) Hat er nicht das warme Abendbrod stets für die Soldaten gefordert, das doch auch Geld kostet? Es ist Pflicht eines Sozialdemokraten, dafür zu sorgen, daß die jungen Leute, die ins Heer treten, dagegen geschützt werden, daß sie nicht zuviel Schaden an Leib und Seele leiden. (Beifall.)

Wir können nicht begreifen, wie Schippel dazu kommen konnte, einen derartigen Artikel zu schreiben. Wir haben ja den Genossen Schippel kennen gelernt. Einst war er, der Radikale, unsere Hoffnung (Heiterkeit), dann war er der geistige Inspirator der Bewegung der Unabhängigen. (Sehr richtig!) Parteigenossen! Wer sich soweit durchgemausert hat, der mausert sich noch weiter. Naumann und Konsorten haben denn auch schon ihre hellste Freude an ihrem Zukunftsgenossen Schippel! (Heiterkeit.)

Wolfgang Heine: Parteigenossen! Ich will Ihnen nicht einen langen Vortrag über das Milizwesen halten, denn ich selber verstehe von der Sache nichts. Ich habe ja meine Militärzeit gedient, bin aber in meiner unteren Charge nicht in der Lage gewesen, so tief in die Geheimnisse der Kriegswissenschaft und der Heeresleitung einzudringen, um mir aus eigener Erfahrung ein praktisches Urtheil zu bilden. Ich habe zweitens auch diesen Sommer nicht Gelegenheit gehabt, die Schriften unserer Kriegstheoretiker Schippel und Kautsky zu lesen, weil ich mit der Zuchthausvorlage beschäftigt war; diese Sachverständigen müssen also die Sache unter sich ausmachen.

Gestern habe ich mich mit Erstaunen auch auf dem Armensünderbänkchen gefunden; beinahe wäre ich schon vorher abgereist gewesen. Nun könnte ich mich ja vielleicht auf den Standpunkt stellen, die ganze Sache ist voriges Jahr in Stuttgart schon abgehandelt und abgeurtheilt worden nach allen Regeln der Kunst. Als Rachegöttinnen sind mir ja da die Damen Luxemburg und Zetkin entgegengetreten und haben das Schwert der Justiz geschwungen und, wie wenigstens Frau Zetkin in der „Gleichheit“ behauptet hat, haben sie auch einen vollen unbestrittenen Sieg errungen. (Heiterkeit.) Ich glaube, diese Diskussion in Stuttgart, der ich mit den Damen ausgesetzt war, wäre doch Strafe genug für mich gewesen. (Heiterkeit.) Aber wie lange soll die Geschichte weitergehen? (Sehr wahr!) Schließlich kann ich ja dem Referenten dankbar sein, daß ich Gelegenheit erhalten habe, noch einmal der Legendenbildung entgegenzutreten, gegen die ich mich schon in Stuttgart verwahren mußte. Trotz aller Erklärungen ist man in gewissen Organen und Versammlungen dabei geblieben: Der Heine hat Kanonen gegen Volksrechte geben wollen! Das ist richtig, aber es ist verschwiegen worden, daß ich hinzugesetzt habe: „Dieser Regierung und unter den heutigen Umständen nie einen Mann und einen Groschen“ und daß wahrscheinlich auch für die nächsten Generationen nicht diese Lage eintreten werde. Und da dies verschwiegen wurde, da war natürlich in der Partei der jüngste Dachs klug genug, über dieses dumme Luder von einem Reichstags-Abgeordneten seine Witze zu machen, der nicht einmal weiß, daß man Kanonen auch gegen das Volk gebrauchen könne. Da haben wir immer diese Roulade gehabt: Heine-Schippel-

Auer-Vollmar oder Schippel-Auer-Bernstein-Heine u. s. w. (Heiterkeit), mit Varianten, die mich an das Lied erinnerten: Wenn der Mops mit der Wurst über den Rinnstein springt! (Heiterkeit.) Nur bin ich ja damit als Jüngster und Unerfahrenster in gute Gesellschaft gerathen.

Der Referent ist durch loyale Verlesung dessen, was ich gesagt habe, der Legendenbildung entgegengetreten. Bei der Stelle: Kanonen gegen Volksrechte, rief jemand: Hört! hört! Warum hat denn dieser Herr mit dem großen Stimmorgan nicht hört! hört! gerufen, als ich dann die Zusätze machte, auf die es ankommt, daß man nichts bewilligen dürfe, was unserem Ziele, der Fortbildung des heutigen Armeesystems zur Volksbewaffnung und zur Miliz, entgegenwirken würde, und alle meine weiteren Ausführungen, die, ich denke, deutlich genug waren, so z. B., daß ich nur eine solche Kompensationspolitik für zulässig erklärte, bei der es ausgeschlossen ist, daß sie zum Verrath der Prinzipien und Ideale wird. Da war er still, da hat er nicht hört! hört! gerufen (hört! hört!) und in dieser einseitigen Betonung der einen Stelle sehe ich wieder den Versuch dieses guten Freundes, die Legendenbildung fortzusetzen. Auf die Frage der Kompensationspolitik gehe ich nicht ein, die hat mit der heutigen Debatte garnichts zu thun. Kompensationspolitik können wir auf allen Gebieten treiben, thun es auch; wir haben gestern eine Resolution angenommen, die das sanktionirt. (Sehr gut.)

In der eigentlichen Militärfrage theile ich in allen Punkten die Ansichten des Parteiprogramms, nur meine ich, daß es auch indifferente Militärausgaben gäbe, die in Zukunft unter gewissen Umständen wohl von uns zu Kompensationen benutzt werden könnten. Darin werden Viele anderer Ansicht sein, es ist aber heut ein ganz akademischer Streit; wer Recht hat, kann allein die Zukunft lehren.

Nun hat Frau Rosa Luxemburg gesagt — ach, ich will diesen Punkt streichen; es lohnt sich nicht!

Es ist die Frage aufgeworfen: wenn die Frage akademisch ist, weshalb hast Du sie erörtert? (Sehr richtig!) Ich gebe durchaus zu, es war eine völlig unnöthige Erörterung in jener Versammlung (hört, hört!), und ich selber würde ein Tadelsvotum gegen mich beantragen, wenn ich sie muthwillig oder auch nur aus Ungeschick angeregt hätte. Aber auch darüber giebt meine Rede Auskunft: „Ich habe mich nur dagegen wenden wollen, daß man grundsätzlich eine solche Politik für unzulässig erklärt und bei jeder Andeutung einer solchen Möglichkeit über Prinzipienverrath schreit." Und da muß ich Ihnen erzählen, wie ich zu der Sache gekommen bin. Man bot mir die Kandidatur im dritten Berliner Reichstagswahlkreise an; es kamen einige Delegirte der Genossen und schlugen sie mir vor. Ich hatte zwei Tage vorher in den Zeitungen die Rede gelesen, die in einer Versammlung dieses Wahlkreises aus Anlaß der Hamburger Diskussion in einer höchst unangemessenen Form Auer angriff. Ich kannte die Verhältnisse im dritten Wahlkreise nicht und glaubte, der betreffende Herr drückte die Stimmung der Genossen aus; und als die Genossen zu mir kamen, da sagte ich: „Nein, ich bin nicht Euer Mann. Das und das hat in den Zeitungen gestanden, und ich muß Euch sagen, daß ich vollständig Auer zustimme. Außerdem ist dieser persönlich gehässige Ton mir so zuwider, daß ich glaube, wir werden uns nicht miteinander vertragen." Ich habe ihnen aber auch gesagt, warum ich dem Auer'schen Standpunkt nahe stehe. Und Vertrauen gegen Vertrauen, habe ich ihnen unter vier Augen meine Meinung über einige Punkte gesagt, damit wir uns gegenseitig kennen lernen. Deswegen wird mich kein Mensch tadeln. Es vergingen Monate, ich erfuhr, daß man von meiner Kandidatur absehe, und keiner war froher als ich; denn ich hasse solche Erörterungen, die zu garnichts führen. Dann wurde mir mitgetheilt, daß ich kandidiren solle. Kein Mensch hatte gewußt, daß plötzlich der Versuch gemacht worden sei, einen Gewissensschärfer der Partei mir entgegenzustellen und meiner Kandidatur ein Bein zu stellen. Hätte ich das gewußt, dann hätte ich gesagt: bitte, wenn Ihr nicht einig seid, dann danke ich dafür!

Nun wurde die Frage an mich gerichtet, wie ich zum Militarismus stehe. Was hatte diese Frage für einen Zweck? Der Fraktionsgenosse, der sie stellte, kannte meine Stellung. Er fragte also nicht aus Wißbegier, sondern um mir ein Bein zu stellen (Zuruf: Und selbst gewählt zu werden!) — nein, bitte, es war nicht mein Gegenkandidat Ledebour, und ich weiß auch nicht, ob er die Hand mit im Spiele hatte. Nun will ich den Genossen — und darauf bitte ich ganz genau zu achten — durchaus nicht das Recht bestreiten, solche Fragen an die Kandidaten zu stellen; wo kämen wir hin, wenn wir sie nicht auf Herz und Nieren prüfen wollten. Aber das muß ich doch sagen: wer die Frage unter solchen Umständen und an solchem Orte stellt, übernimmt dann auch die Verantwortung für die Folgen. (Sehr richtig!) Denn daß, wenn gefragt wird, auch geantwortet werden muß, ist selbstverständlich. Also, wenn diese durchaus unnütze Diskussion in die Wege geleitet ist, trage nicht ich die Schuld. Der Fragesteller hat sein Recht ausgeübt; aber wenn das für die Partei schädlich ist, weshalb schwieg er nicht? Ich hätte ja allerdings erklären können: auf eine solche Frage antworte ich nicht, die Diskussion ist schädlich, deshalb trete ich von der Kandidatur zurück! Das wäre rücksichtslos gegen die Mehrheit der Genossen des Wahlkreises gewesen, die mich aufgestellt hatten, und dann, in welches Licht wäre ich gekommen! Da mußten doch die Leute sagen: was muß der Heine für Ansichten haben, daß er es nicht wagt, sie laut werden zu lassen! (Sehr richtig!) Und darüber brauche ich nicht erst zu reden: Lügen oder Vertuschen oder Verschleiern ist bei mir vollkommen ausgeschlossen, was ich gesagt habe, habe ich gesagt und dazu bekenne ich mich! (Beifall.) Und wenn in der Zeitung von mir gestanden hat: Das ist immer die Manier, hinterher zu rufen, man sei mißverstanden worden — so sage ich: nein, ich bin nicht **mißverstanden** worden; wogegen ich mich verwahrt habe, sind geflissentliche **Verdrehungen** und Unterstellungen, wie sie von gewisser Seite erfolgt sind, und dagegen verwahre ich mich auch heute.

Ich habe also meine Meinung gesagt, und die Genossen des dritten Wahlkreises haben mich nicht mißverstanden; mit ungeheurer Majorität wurde meine Kandidatur beschlossen. Mir wäre es ebenso lieb gewesen, wenn es nicht der Fall gewesen wäre. Ich hatte noch an dem Abend Ledebour versprochen: wenn Sie aufgestellt werden, bin ich der eifrigste, der für Ihre Kandidatur wirkt; er versprach es mir auch. (Große Heiterkeit.)

Ich rekapitulire Folgendes: Entstanden ist diese ganze Erörterung dadurch, daß ich unter vier Augen zu den Genossen, die mir ihr Vertrauen schenkten, vertrauliche Aeußerungen gethan habe, die entsprungen sind dem Grimm über die Intoleranz und die Hetze, die hier in der Partei bei jeder Gelegenheit getrieben wird, wenn Einer einmal etwas sagt, was einem wider die Schnur ist, in specie der Empörung über die Hetze gegen Auer. Als dann die Frage kam, da wußte ich, daß ich sofort eine eben solche Hetze gegen mich entfesselte. Indessen ich habe mir gesagt: Es giebt Leute, die bedürfen der Entrüstung als einer nothwendigen Motion für ihre Verdauung und ihr persönliches Wohlbefinden. (Heiterkeit.) Aber von den Vertretern der Gesammtpartei verlange und erwarte ich, daß sie dafür sorgen, daß diese Hetze jetzt endlich zur Ruhe kommt (lebhafte Zustimmung) und daß sie mich beurtheilen nach meinen Leistungen für die Partei, zu denen ich ja bisher freilich wenig Gelegenheit gehabt habe. Ich verlange ja keine Resolution; aber geben Sie dem endlich einmal Ausdruck, daß diese Art und Weise, wie diese geist- und gedankenlose Hetze immer weiter geht, rein aus Freude am Skandal, ein Ende nimmt; sagen Sie es mit der nöthigen Deutlichkeit. Es ist im Interesse der Gesammtpartei, Denen, die es angeht, die Wege zu weisen. (Lebhafter Beifall.)

Ledebour: Zu meinem großen Bedauern hat Genosse Heine genau so wie vorher diejenigen, die mit ihm sind, abermals den Ton der persönlichen

Insinuation und Beleidigung angeschlagen. (Unruhe.) Ich konstatire zunächst, daß er um das Doppelte die Redezeit überschritten hat. Ich bin gleichfalls zu längeren Ausführungen genöthigt. Heine hat den Eindruck hervorzurufen verstanden, als hätte ich ihm einen schönen Streich gespielt und Knüppel zwischen die Beine geworfen. Ich habe in jener Versammlung des dritten Wahlkreises erklärt, daß ich jeden Kandidaten unterstützen würde, der hier aufgestellt werde. Es war noch ein dritter Kandidat, Börner, vorhanden. Und ein Anhänger Börners, nicht ein Freund von mir, hat die betreffende Frage an Heine gestellt Heine hat aber auch hier wieder die versteckte Insinuation ausgesprochen und so geredet, daß es herausklang, als ob ich die Hand im Spiele hatte. Ich habe mein Versprechen gehalten. Ich habe in der ersten Wählerversammlung das Referat übernommen, und der Vertrauensmann des dritten Wahlkreises hat mir selber erklärt, er hätte nicht geglaubt, daß ich das Referat übernehmen würde. Ich habe in diesem Referat jedwede Berührung der Frage vermieden und nicht im geringsten irgend eine Meinungsdifferenz zwischen uns betont. Heine selber hat in der Diskussion ausdrücklich erklärt, er sei mit Allem einverstanden, was ich gesagt habe. (Hört! Hört!) Hier aber sagt er in einer ironischen Wendung, ich hätte mein Versprechen nicht gehalten. Es ist schlimm genug, daß man sich gegen solche versteckten Insinuationen wenden muß. (Oh! Oh!) Wenn jener Parteigenosse im dritten Wahlkreise die Frage an Heine gerichtet hat, so war es sein gutes Recht. (Unruhe. Rufe: Zur Sache! Zur Sache!) Heine hat das hier vorgebracht; soll es mir da unterbunden werden, darauf einzugehen? Die Parteigenossen müssen wissen, wie der Kandidat über alle wichtigen Fragen denkt. (Sehr richtig!) Es ist eine direkte Verkennung des Verhältnisses, in dem der Kandidat den Wählern gegenüber sieht, wenn Heine sich beschwere fühlt, daß solche Fragen an ihn gestellt worden sind. Ich muß das Urtheil darüber der Versammlung überlassen. (Unruhe.) Eine solche niedrige Art und Weise, wie Heine hier polemisirt hat, wie er von „Mops“ und „Spucknapf“ geredet hat, hat noch Niemand hier vorgebracht. (Große Unruhe.) Schippel hat gestern hier die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ und einen Artikel daraus erwähnt. Ich muß mich schuldig bekennen, daß ich mich auch einen Augenblick habe täuschen lassen und geglaubt habe, Schippel habe wirklich den Beweis geliefert, den er liefern wollte. Er hatte darauf hingewiesen, daß das allgemeine Stimmrecht als Korrelat die allgemeine Wehrpflicht fordere. Daraus schließt er dann, daß auch die Frauen zur Landesvertheidigung verpflichtet sein müßten. Dann erregte er damit die Heiterkeit, die er zum Beweise dafür, daß solche Schlußfolgerungen wirklich gezogen sind, aus der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ — er sprach von unserem revolutionären Organ — eine Stelle anführte, die das beweisen sollte. Da dieses Zitat aus einer Zeit stammt, wo ich noch nicht Redakteur der Zeitung war, und ich deshalb die Stelle nicht kannte, ließ ich mich dazu verleiten, zu glauben, daß sie wirklich das beweise, was Schippel damit beweisen wollte, daß nämlich darin die Anregung enthalten sei, auch die Frauen zur Landesvertheidigung zu verpflichten. Das wäre natürlich ein Unsinn und ich verwahrte mich durch einen Zwischenruf dagegen, solche Ansichten zu theilen. Nach Einsicht in das Zitat sah ich, daß es ganz etwas Anderes sagte, nämlich weiter nichts, als daß sich auch junge Mädchen in den Waffen üben könnten. Das ist etwas ganz anderes als ihnen die Landesvertheidigungs-Pflicht aufzuerlegen. (Sehr richtig!)

Ich komme nun zu anderen Ausführungen Schippels. Seine ganze Taktik war, den Glauben zu erwecken, daß das, was er ausgeführt hatte, thatsächlich den augenblicklichen Anschauungen der Partei entspreche. Nichts ist unrichtiger als gerade das. (Sehr richtig!) Es hat in seiner Rede vielmehr den Beweis geliefert, wie vollständig er abgewichen ist von den An-

schauungen und Empfindungen der Partei. (Sehr richtig!) Als er von Angriffskriegen sprach, da gerieth er bei der Schilderung dee Gefahren, die dem deutschen Volke drohen, in eine so warme Begeisterung, daß ich unwillkürlich erinnert wurde an die Septemberflugblätter. Es fehlte nur noch der Kosak, der die letzte Kuh aus dem Stall herausgeführt, und der Zuave, der das Kind aufspießt. (Sehr richtig! Unruhe.) Das war die Stimmung, die die Schippel'sche Rede beherrscht. Als Beweis dafür, wie es mit Angriffskriegen steht, weise ich auf Transvaal hin. Niemand wird im Zweifel sein, daß es seit Menschengedenken keinen brutaleren und empörenderen Angriffskrieg gegeben hat, als dieser Krieg der Engländer gegen die Boeren. (Sehr richtig!) Taktisch genommen, handelt es sich aber um einen Angriffskrieg der Boeren gegen die Engländer; die Boeren haben auch den Krieg erklärt, während sie in Wirklichkeit die Angegriffenen sind. Weiter aber wird dort unten der Beweis geliefert, daß auch ein Milizheer zum Angriffskriege übergehen kann. Und im Boerenkriege wird sich ja auch zeigen, wie sich Miliztruppen zu schlagen verstehen. Schippel suchte zu beweisen, daß seine Anschauungen immer schon in der Partei vertreten worden seien. Da kann ich ihm einen Gegenzeugen aufweisen, Richard Fischer, der im zweiten Wahlkreise gesagt hat: Jawohl, was Schippel gesagt hat, sind neue Ideen, woran sich die Partei ebenso gewöhnen wird, wie an die Betheiligung bei den preußischen Landtagswahlen.

Bebel: In seiner Rede hat Geyer Schippel dahin apostrophirt, daß er sagte: Wenn ich — Geyer — in einer so beleidigenden und herabsetzenden Weise mich über die Gesammtpartei ausgesprochen hätte, wie Sie es in Ihrem Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften" gethan, so würde ich — Geyer — mich fragen, ob ich noch ferner einer solchen Partei angehören könne. Darauf hat Schippel erklärt, es sei unwahr, daß er die Partei angegriffen habe, er habe nur einen Schriftsteller der Partei angegriffen. Insoweit Schippel behauptet, er habe die Partei nicht angegriffen, ist diese Erklärung eine Unwahrheit. Ich erlaube mir, Ihnen kurz den betreffenden Satz vorzulesen, weil auch das charakteristisch ist für die Kampfesweise Schippels in einem Moment, wo er wahrhaftig alles Andere thun sollte, als mit eherner Stirn hier aufzutreten. Es heißt in dem Artikel: „In ihrer allgemeinen Auffassung des Militarismus — ich spreche nicht von parlamentarischer und agitatorischer Bekämpfung konkreter militärischer Forderungen — hat die Sozialdemokratie noch immer sehr viel Aehnlichkeit mit jenen sonderbaren Schwärmern, die mit einem Male entdeckt haben, daß an Stelle des wilden verrohenden Fleischgenusses der Vergangenheit in Zukunft die zahme vegetabilische Breinahrung den Menschen nicht blos körperlich erhalten, sondern auch in jeder Beziehung veredeln müsse — oder die alle medizinischen Greuel und Scheuel in endlos rieselndem Wasser zu ersäufen trachten, die im Impfzwang den Ruin der Völker sehen, in denen selbst Bacchus und Gambrinus nur giftmischerische Scheusale sind. Hier wie dort dieselbe verblüffende Kritiklosigkeit, aber auch derselbe heilige Eifer, halbwahre und halbverdaute Schlagworte sofort zu einem System aufzubauen, das alle Wahrheit umschließt und alles Heil bringt, und gegen das nur unverbesserliche Barbaren und Schwachköpfe ankämpfen können."

So lange ich denken kann, ist niemals von einem innerhalb einer Partei stehenden Manne eine solche Schmähung und Beleidigung gegen die Gesammtpartei in einer bestimmten Frage ausgesprochen. (Sehr wahr!) Wie die Partei darüber denkt, das ist ihre Sache. Weiter hat Schippel auch gegen einen Parteischriftsteller einen Angriff gerichtet. Er schreibt: „Hier wie dort derselbe Glaube an die gravirenden „Fälle", mit denen alles Wissen und Können der Gegner ein für allemal vor dem höchsten Richterstuhl der Vernunft und der Geschichte zermalmend verurtheilt ist. Selbst der Ton, in dem die neue Auflage des alten Bürgergardisten-Ideals vom militärischen Fachmann spricht, könne gewöhnlich kaum

überboten werden durch die Mischung von gnädiger moralischer Herablassung und vernichtender geistiger Ueberlegenheit, mit der der rosig verklärte Wasserapostel das finstere Scheusal von ärztlichem Fachmann in die Wolfsschlucht hinabschleudert." Dieser Artikel ist pseudonym erschienen, Schippel hat nicht gewagt, seinen Namen darunter zu setzen, und Zubeil hat mit Recht betont, daß er unter seinem Namen den Artikel garnicht hätte schreiben können, weil er gewiß war, daß derselbe einen Sturm der Entrüstung hervorrufen würde. Die Sache ist in der Fraktion zur Sprache gekommen, Schippel hat zugegeben, daß ich mit dem Parteischriftsteller gemeint war, aber er hat in der Oeffentlichkeit kein Wort der Entschuldigung gehabt, um diese schmählichen und erbärmlichen Beleidigungen gegen mich zurückzunehmen. Mehr noch! Gestern, als ihn Geyer auf diese Art der gemeinen Ausdrucksweise festnagelte, da ist er — was er doch thun müßte, wenn er auch nur einen Funken Ehrgefühl im Leib hätte — nicht dazu übergegangen, sich wegen der Form zu entschuldigen, sondern er hat gesagt: Es ist wahr, daß ich in diesem Ton geschrieben habe, aber das gehört ja bei uns zum täglichen Brod, das ist bei uns Gewohnheit. Eine solche Behauptung, die abermals wieder eine schwere Beleidigung der Partei ist, ist mir noch niemals vorgekommen. Nachdem ich Ihnen gesagt habe, was das für ein Mann ist, der mich in so herabwürdigender Weise angreift, werden Sie es verständlich finden, daß ich für einen solchen Menschen nichts als tiefste Verachtung empfinde. (Unruhe.) Schippel sagt, jeder Fraktionskollege habe gewußt, wer hinter dieser Pseudonymität stecke. Zubeil hat schon nachgewiesen, daß das unrichtig ist. Ich selbst hatte einen anderen Berliner Fraktionskollegen, der ebenfalls hier in die Debatte gezogen ist, in Verdacht, der Attentäter zu sein. Ich habe Kautsky gegenüber einen Verdacht geäußert. Der aber sagte: das ist der ganzen Form des Artikels nach völlig ausgeschlossen. Am nächsten Tage kam dann Kautsky und sagte: Jetzt weiß ichs, Mehring hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß es Schippel ist. Selbst die „Soziale Praxis" hat erklärt, dies sei der schwerste und unerhörteste Angriff, der je innerhalb der Partei gegen die Partei laut geworden sei. Nun, die moralische Beurtheilung eines solchen Mannes, der so verfährt wie Schippel, überlasse ich ruhig der Oeffentlichkeit.

Schippel hat ferner, wie Geyer nachgewiesen, insofern eine Fälschung begangen, als er die entscheidenden Stellen von Engels unterschlug. Jeder Andere, dem ein so schwerer Vorwurf gemacht wird, hätte nachzuweisen versucht, daß man ihm unrecht thut. Schippel hat im Gegentheil nach der Natur des Tintenfisches es vorgezogen, möglichst viel trübes Wasser darum zu machen. Um um die Sache herumzukommen, hat er uns erzählt, was für tiefe Studien er gemacht habe, den Vorwurf der Fälschung aber hat er nicht zurückgewiesen. Kautsky hat in der „Neuen Zeit" so konkludent nachgewiesen, daß Schippel auch an anderer Stelle den todten Engels zu dessen Schaden mißbraucht habe, daß ich überhaupt nicht begreife, wie Schippel noch Kautsky gegenübertreten kann, ohne roth zu werden. (Unruhe.) In diesem Jahre ist Schippel dreimal nachgewiesen, daß er tendenziöser Weise falsch zitirt. In Stuttgart hat er uns erzählt, daß Engels Anhänger des Schutzzolls war. Kautsky hat ihm nachgewiesen, daß das gerade Gegentheil der Fall ist. Die zweite Fälschung beging er in der Milizfrage, und die dritte Mehring gegenüber in der Frage des Koalitionsrechts. Er führte, um Mehring zu widerlegen, Zitate aus dessen Parteigeschichte auf, und Mehring bewies, daß die Zitate gefälscht waren. Es war nöthig, dies einmal zur Charakterisirung der Kampfesweise von Schippel anzuführen. Und die 13jährige Zugehörigkeit Schippels zur Partei giebt noch mehr als ein Beispiel dafür.

Nun zu den sachlichen Ausführungen. Nachdem Heine heute wiederholt in der nachdrücklichsten Weise erklärt hat, daß er auf dem Boden unseres

Programms steht, daß er die Miliz für nothwendig, die Jugenderziehung zur Wehrpflicht für vortrefflich hält und daß im Uebrigen die seiner Zeit gepflogenen Erörterungen mehr auf Ungeschicklichkeit als auf böser Absicht bestanden haben, da wäre es doch im höchsten Grade illoyal, wollte man auch nur noch ein Wort gegen Heine in Bezug auf seine prinzipielle Haltung zur Militärfrage sagen. (Sehr richtig.) Selbst bei den verbissensten Gegnern herrscht heute kein Zweifel mehr darüber, daß er auf dem Boden unseres Programms steht. Anders mit Schippel. Er hat ja gestern in einer mich überraschenden Deutlichkeit selbst erklärt, daß er nicht auf dem Boden von Punkt 3 des Programms steht, er hat das Milizsystem als eine Art Vogelscheuche dargestellt, als etwas Unausführbares. Er hat nachzuweisen gesucht, daß Milizheere zur Vertheidigung des Vaterlandes nicht ausreichen; da wir aber auch das Vaterland vertheidigen wollen, so hätte er ganz logisch folgern müssen: Wenn von unserm Standpunkt aus die Vertheidigung des Vaterlandes nur noch in der Form der stehenden Heere stattfinden kann, so müssen wir logisch für alle Militärforderungen stimmen, die mit dem Hinweis darauf begründet werden, daß die Vertheidigung des Vaterlandes es möglich macht. Das ist doch so logisch wie etwas.

Ich bin leider bei der Kürze der Zeit außer stande, auf die falsche Darstellung Schippels über das Milizsystem einzugehen. **Niemand** in der Partei hat doch bisher die Absicht gehabt, das schweizerische Milizsystem zu akzeptiren. (Sehr richtig!) Aber das Wesen der Miliz haben wir anerkannt. Wir fordern das Milizsystem vom Klassenkampfstandpunkt, vom demokratischen Standpunkt aus. (Sehr richtig!) Es wäre, wenn wir ein wirklich demokratisches Heerwesen hätten, in Deutschland ganz unmöglich, daß eine Umsturzvorlage, eine Zuchthausvorlage, Wahlentrechtungen, Staatsstreichdrohungen kämen. (Sehr richtig!) Das Volk mit der Waffe in der Hand wäre sein eigener Herr, und wollte man es wagen, ihm, um den Ausdruck zu gebrauchen, seine angeborenen Rechte zu nehmen, so würde es mit der in seiner Hand befindlichen Waffe die Antwort geben. Dann wäre es nicht möglich, daß, wie es in der Resolution heißt, „das stehende Heerwesen nach seiner ganzen Entwickelung und Organisation das vornehmste Machtmittel zur Aufrechterhaltung und Befestigung der Klassenherrschaft ist; eine Hauptstütze für alle volks- und arbeiterfeindlichen Bestrebungen; eine Einrichtung, die nur durch die schweren, stets wachsenden und ungerecht vertheilten Opfer an Gut und Blut möglich ist, welche die herrschende Gesellschaft besonders den arbeitenden Klassen auferlegt." (Sehr richtig!)

Dieser einzig richtige demokratisch-sozialistische Standpunkt, den wir als Klassenpartei dem Milizsystem gegenüber einnehmen müssen, hat in den ganzen Ausführungen und in der Rede Schippels keine Rolle gespielt, und er hat ihn mit vollem Recht beiseite gelassen, weil er nur mit **Beiseitesetzung** dieses Gesichtspunktes dafür eintreten konnte, daß einzig und allein auf dem Boden der bestehenden Heeresverfassung die Durchführung der Vertheidigung des Vaterlandes möglich ist. Die Logik ist also: Wir sollen an unsere Feinde die unsinnige Zumuthung stellen, die Armee in dem Sinne zu reformiren, daß sie aus einem Werkzeug **für** sie ein Werkzeug **gegen** sie werden soll! (Glocke des Präsidenten. Die Redezeit ist abgelaufen.) Also nach diesen Ausführungen ist in Bezug auf Schippels Stellung zu Punkt 3 des Programms kein Zweifel mehr möglich. (Beifall.)

Es liegen sechs Anträge auf **Schluß der Debatte** vor.

Adolf Hoffmann-Berlin bittet, den Schluß der Debatte abzulehnen, damit noch Kautsky zu Worte komme. Er selbst habe Kautsky seinen Platz in der Rednerliste eingeräumt.

Die Debatte wird geschlossen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Wurm-Berlin: Schippel hat gesagt, ich hätte auf dem vorigen Parteitag als Referent mit meinen Ausführungen Unglück gehabt, insofern als ich für das Milizsystem eintrat und der Antrag David im Gegensatz dazu zur Annahme gelangte. Das ist unrichtig. Der Antrag ist nicht angenommen, sondern der Fraktion als Material überwiesen worden. Sie wissen ja, was für ein bedeutender Unterschied dazwischen ist, ob ein Antrag angenommen oder der Fraktion als Material überwiesen wird.

Kautsky: Schippel hat gestern die Miene des gekränkten Biedermannes angenommen, der von mir in der abscheulichsten Weise angegriffen ist. Er hat sich über meinen Ton ihm gegenüber und auch darüber beschwert, daß ich, der Ignorant, in einer Frage, von der ich gar nichts verstehe, gegen ihn, der die Sachen gründlich studirt hat, das Wort ergriffen habe. Bebel hat ja bereits darauf hingewiesen, wie recht ich hatte, in der Polemik gegen Schippel die schärfsten Töne anzuwenden, die überhaupt anzuwenden sind. Schippel hat sich über den Ton beschwert. Aber wenn ich friedlich meines Weges gehe und ein Lümmel attackirt mich und ich erwidere den Schlag, ist dann mein Schlag ebenso zu betrachten, wie der des Angreifers? Nein, der Schlag des Angreifers ist ein Bubenstreich, und mein Schlag ist eine nothwendige und gerechte Abwehr. (Sehr richtig!) Daß Schippel ohne jede Veranlassung uns attackirt, daß er die Genossen als einen Haufen von Narren hingestellt, sie diskreditirt hat, daß er dahinter nur hinterlistige versteckte Angriffe verborgen hat gegen den Genossen, der im Reichstage bei allen Kämpfen gegen den Militarismus im Vordergrunde steht, und daß er dabei zu Fälschungen griff, das hat schon Bebel nachgewiesen. Wenn ich das Wort in dieser Frage ergriff, so konnte ich nur die Töne wählen, die ich gewählt habe. Aber hatte ich denn überhaupt das Recht, zu antworten? Schippel sagt ja, ich verstehe nichts davon, ich kann nicht einmal das Abc. Nun, ich muß allerdings zu meiner Schande gestehen, daß ich nicht aus einer Kadettenanstalt oder Offiziersschule stamme und daß ich noch nicht einen systematischen Militärkursus absolvirt habe. Aber ich habe das Glück gehabt, jahrelang im intimsten Verkehr mit Friedrich Engels zu stehen, von dem ja gerade Schippel behauptet, daß er eine Autorität in kriegswissenschaftlichen Fragen gewesen ist. Engels hat wenig über diese Frage geschrieben, aber in Privatgesprächen liebte er es, gerade darüber zu sprechen. Ich habe seine Ansichten über diesen Punkt kennen gelernt. Wenn es also nothwendig ist, daß man einen kriegswissenschaftlichen Kursus absolvirt hat, so kann ich auf den Kursus verweisen, den ich bei Engels durchgemacht habe. Schippel hat auch durch ein Zitat nachzuweisen gesucht, was für ein Ignorant ich sei. Er sagt, ich hätte erklärt, die Miliz fange bei der einjährigen Dienstzeit an. Das habe nicht ich erklärt, sondern Friedrich Engels. Wenn also der, der das behauptet hat, ein Ignorant ist, so war Friedrich Engels ein Ignorant.

Derselbe Schippel, der mich der Ignoranz beschuldigt hat, hat das „Volksversammlungs-Schlagwort": „Jeder Mann behält seine Waffe" als Lächerlichkeit hingestellt. Dieser große Kriegsgelehrte weiß also nicht, daß das in der Schweiz schon längst durchgeführt ist, und zwar in einer Weise, deren Wirksamkeit von Niemandem mehr bestritten wird. Schippel hat also hier etwas behauptet, was geradezu lächerlich ist. Ich gebe zu, daß ich nicht das Recht gehabt hätte, in einer kriegswissenschaftlichen Frage das Wort zu ergreifen. Aber handelte es sich denn in jenem Artikel von Schippel um eine kriegswissenschaftliche Frage? Nein, der Artikel handelte davon, ob Engels milizgläubisch war, und darüber zu urtheilen bin ich mindestens so kompetent wie Schippel. Wenn dennoch Schippel behauptet, ich sei so leichtfertig, über Dinge zu sprechen, von denen ich nichts verstehe, so gehört dazu eine geradezu

eiserne Stirn. Ich habe in meinen Artikeln die schärfsten Töne angeschlagen, aber ich halte Alles vollkommen aufrecht.

Stubbe-Eimsbüttel: Schippel ist auf meine Rede in Eimsbüttel zu sprechen gekommen und hat dieselbe entstellt wiedergeben. Ich habe da nichts von einem „gegnerischen Blatt“ gesagt. (**Schippel**: Habe ich auch nicht behauptet.)

David: Sowohl die Darstellung Schippels als die Wurms über das Schicksal meines Antrages sind unrichtig. Der Antrag ist der Fraktion zur Erwägung überwiesen. Damit hat der Parteitag anerkannt, daß ein berechtigter Kern darin liegt. Daß ihn der Vorstand auch erwogen hat, geht ja aus dem Bericht des Vorstandes hervor.

Frau **Zetkin**: So energisch ich neulich den Vorwurf zurückgewiesen habe, als hätte ich den Ausschluß von Genossen befürwortet, so bereit bin ich, einzugestehen, daß ich in dem Satz, den Auer jetzt gegen mich zitirt hat, unrecht gehabt hat. Die Fassung giebt meine Gedanken nicht richtig wieder. Ich war infolge eines Augenleidens gezwungen, zu diktiren, daran bin ich nicht gewöhnt, und so ist mir der Lapsus unterlaufen. Hätte Auer in der ihm eigenen Art mir geschrieben: „Du hast da eine Eselei oder eine Perfidie verübt“, so wäre ich die erste gewesen, die die Behauptung richtig gestellt hätte. Um aber zu zeigen, daß ich keineswegs das feige, hinterlistige Frauenzimmer bin, das zu demaskiren Genosse Auer als eine der wichtigsten Aufgaben des Parteitages zu betrachten scheint, so erkläre ich noch ausdrücklich Folgendes: Meiner Auffassung muß der von Schippel und Auer in Hamburg eingenommene Standpunkt die Konsequenz nach sich ziehen, für die Bewilligung von Kanonen einzutreten. Das wollte ich auch in dem betreffenden Satze der „Gleichheit“ sagen. Schippel hat uns aufgefordert, wir sollten doch endlich lernen, ernste Fragen ernst zu behandeln. Nun, meiner Ansicht nach ist Schippel die ungeeignetste Persönlichkeit, diesen Rath auszusprechen. Ich erinnere nur an die Erklärung, durch welche er seine Schwenkung in der Agrarfrage zu entschuldigen suchte. Als er in der Agrarfrage gleichsam im Handumdrehen seinen Standpunkt geändert hatte, aus einem der Mitverfasser und Befürworter des aufgestellten Agrarprogramms zu dessen Gegner geworden war, antwortete er auf Bebels Angriffe: Genossen, ich muß Ihnen sagen, daß ich die Sache gar nicht recht ernst genommen habe. (Beifall.)

Auer: Nach der Erklärung der Genossin Zetkin haben meine Angriffe ihren Untergrund verloren. Ich kann nur bedauern, daß es auch in diesem Jahre durch die bekannten „Mißverständnisse“ wieder zu solchen Auseinandersetzungen gekommen ist.

Schippel-Berlin: Da sind wir ja nun wieder glücklich bei den Lümmeln und Buben angelangt; es liegt mir aber fern, den Spuren Kautskys darin, wenn auch erröthend zu folgen. Ich will mich lieber auf einige möglichst kurze, thatsächliche Bemerkungen beschränken. Fälschungen, Entstellungen und Lügen sind mir aufgetischt worden. Wie das so kommt, dafür ist Genosse Stubbe ein klassisches Beispiel. Ich habe nur vorgelesen, was er nach dem Bericht des „Hamburger Echo“ gesagt hat. Trotzdem bezieht er Bemerkungen, die ich Zubeil gegenüber gethan habe, auf sich und klagt mich der Fälschung an. Auch Genosse Kautsky hat behauptet, ich hätte gefälscht. Es handelt sich um folgendes Zitat aus Engels: „Internationale zweijährige Dienstzeit .... allmälige weitere Herabsetzung — sage zunächst auf achtzehn Monate, zwei Sommer und ein Winter — dann ein Jahr — dann ...? Hier fängt der Zukunftsstaat an, das unverfälschte Milizsystem, und davon wollen wir weiter reden, wenn die Sache erst wirklich in Gang gebracht ist.“ Also: zwei Jahre, 18 Monate, 1 Jahr, dann ... das heißt nach meiner Auffassung: wenn es noch längere Zeit so stufenweise abwärts geht, dann fängt schließlich einmal mit dem Zukunftsstaat auch die Miliz

ganz von selber an. Ich gebe zu, daß diese Auffassung strittig sein kann, aber man darf mir doch nicht unterstellen, daß ich fälsche, daß ich etwas sage, was ich nicht meinen und glauben kann. Auch Wurm hat die Andeutung einer Fälschung gemacht. Ich habe aber nach meiner Darstellung in der „Neuen Zeit" zitirt, daß der Mainzer Antrag in Stuttgart der Fraktion überwiesen worden sei. Thatsächlich hat sich damit der Parteitag auf den Standpunkt des Antrages gestellt.

Nun zu Bebel. Ich kann nur bedauern, daß wir wieder so weit gekommen sind. Diesmal hat er nicht mit der materialistischen Geschichtsauffassung gegen mich gearbeitet, sondern mit der Ethik und Moral. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß ich bereit sei, alles etwa Beleidigende meines Isegrim-Artikels zurückzunehmen. (Widerspruch.) Gewiß! Wenn nun trotzdem Bebel Ausdrücke wählt, die sich bis zur „tiefsten Verachtung" steigern, so bleibt mir nichts übrig, wie solcher Leistung die Gegenleistung möglichst entsprechen zu lassen, und ich sage daher, daß die Stelle in meinem Artikel, die sich auf ihn bezog, auch nicht von dem Gefühl besonderer Achtung eingegeben war. (Unruhe. Zwischenruf.) Ich habe das nicht auf seine Person bezogen, sondern auf seine Aeußerungen. Er sagt dann weiter, ich hätte die Ansicht Engels über den Schutzzoll gefälscht. Ich weiß wirklich nicht, was daran falsch ist, ich habe die Stelle ja von Anfang bis zu Ende in Stuttgart verlesen. Daß Engels heute noch für Amerika den Schutzzoll predigen würde, habe ich nie gesagt, sondern nur, daß sich derselbe Standpunkt auf Deutschland anwenden lasse. Dann soll ich Mehring gefälscht haben. Worauf sich das bezieht, weiß ich überhaupt nicht, zwischen Fälschung und anderer Auffassung besteht doch ein Unterschied. Mehring hat übrigens selbst zugegeben, daß ich loyal verfahren bin. Es wäre zu einem Streit in dieser Schärfe überhaupt nicht gekommen, wenn wir uns nicht allmälig daran gewöhnt hätten, die Bebel'sche Auffassung über Militärfragen als Auffassung der Partei zu betrachten. Bebels Schrift „Volkswehr oder stehendes Heer" wird ja überall als Parteischrift aufgefaßt, es findet sich in der ganzen Schrift keine Stelle, die darauf schließen läßt, daß es sich nur um eine persönliche Ansicht handelt. Die Schrift ist als Parteischrift hinausgegangen, und da habe ich allerdings das Bedürfniß gehabt, zu sagen: es giebt auch noch andere Anschauungen in der Partei. Wenn Bebel schließlich sagt, ich hätte nichts zurückgenommen, so stimmt das nicht, denn ich habe ja, wie Sie sich erinnern werden, zugegeben, daß ich im Ton über die Stränge geschlagen habe. Aber wenn man mir nun noch in einem ganz andern Ton erwidert, so möchte ich fast bedauern, daß ich soweit entgegengekommen bin.

Kautsky: Ich will nur Schippel gegenüber bemerken, daß mein Vorwurf der Fälschung sich nicht auf jene Stelle bezog, die er vorgelesen hat. Ich habe nur sagen wollen, daß ich das nicht gesagt habe, sondern Engels.

Bebel: Ich habe geglaubt, daß Schippel sich verpflichtet fühlen würde, wenigstens noch in letzter Stunde einen Versuch zu machen, sich wegen der Beleidigungen zu entschuldigen, die er gegen mich geschleudert hat, ohne daß er dazu gereizt war. Er aber häuft auf eine Beleidigung eine andere. In England sagt man zu Leuten, die es fertig bringen, in dieser Weise öffentlich aufzutreten, sie leiden an Moral insanity. Ich bin der gleichen Anschauung jetzt in Bezug auf Schippel, und damit ist für Jeden, der die Bedeutung des Wortes kennt, das Urtheil gesprochen. Schippel sagt, der Angriff wäre dadurch erfolgt, daß ich es liebe, meine persönlichen Anschauungen über Militärfragen als die der Partei hinzustellen und daß in meinen Schriften mit keinem Wort gesagt ist, daß es sich da um meine persönliche Meinung handelt. Nun, Schippel ist doch selbst Schriftsteller, er muß wissen, daß man garnicht nöthig hat, zu sagen, daß das, was man schreibt, seine eigenen Anschauungen sind, weil sich das von selbst versteht. Nur wenn man sagen will, die Ansicht ist Parteiansicht, muß das ausgesprochen werden. Und das steht in meiner Schrift nicht. Ist Schippel, wozu er das Recht hat, mit den Anschauungen nicht einverstanden, die ich bisher im Reichs-

tage als offizieller Vertreter der Partei über Militarismus geäußert habe, so stand und steht ihm das Recht zu, seine abweichende Meinung zum Ausdruck zu bringen, sei es, daß er uns in objektiver Form eines Besseren belehrt, sei es, daß er in der Fraktionssitzung fordert, daß ein Anderer zum Redner bestimmt wird. Das wäre korrekt, das wäre loyal gehandelt. Aber unter dem Deckmantel der Pseudonymität in der feigsten, gemeinsten Weise einen Ehrenmann anzugreifen, ist eine Schmach, ist eine Schande für den, der es thut. (Beifall und Unruhe.)

Hiermit sind die persönlichen Bemerkungen erledigt.

Das Schlußwort hat

Geyer: Von den Genossen, deren Aeußerungen ich in meinem Referat wiedergab, hat nur einer, Genosse Heine, anerkannt, daß ich loyal verfahren sei. Auer und Schippel haben sich dagegen heftig gegen mich gewandt. Auer weiß so gut wie ich, daß, wenn ich seine Aeußerungen nicht angeführt hätte, man mich wahrscheinlich der Feigheit geziehen und gesagt hätte: An Auer wagt er sich nicht heran! Es war Pflicht der Objektivität, auch von ihm zu sprechen. Und wenn er sagt: Laß schwatzen! so sage ich, dies Gefühl der Wurstigkeit ist bei Auer nicht echt, sonst hätte er sich nicht mit solcher Schärfe gegen einen Referenten gewandt, der nur loyal seine Pflicht gethan hat. Wenn er sagt, solche Dummheiten habe er nicht geredet, gut, dann sage ich: laß es korrigieren, dann hast Du keine Ursache, Dich zu beschweren. Und daß ich aus einem Zeitungsbericht Aeußerungen von ihm anführte, kann ihn nicht befremden, denn gegen Liebknecht hat er dieser Tage dasselbe gethan. Die Aeußerungen, um die es sich bei Heine u. s. w. handelte, sind thatsächlich gefallen. Es steht fest, Sie haben gesagt: dieser Regierung keinen Mann und keinen Groschen! Wir aber sagen: diesem System keinen Mann und keinen Groschen! (Beifall. Heine: Sage ich ja auch!) Dann sind wir ja einig; merkwürdig, es kommt immer und immer auf Mißverständnisse hinaus! Schippel eine seidene Schnur zu senden, auf den Gedanken bin ich nicht gekommen; ich würde mir sagen müssen, daß er davon doch keinen Gebrauch machen würde (Heiterkeit). Daß Schippel Engels falsch zitiert hat, dabei bleibe ich. Für den einfachsten Menschenverstand steht fest, daß insbesondere ein wissenschaftlich gebildeter Mann nicht so zitieren darf, daß er an der Stelle, wo die sechs entscheidenden Worte kommen, abschneidet. Wenn ich ehrlich bin, zitiere ich vollständig. (Lebhafte Zustimmung. Schippel: Es ist auch vollständig zitiert!) Nein! In der „Neuen Zeit" erklärt er, an keiner andern Stelle als in der Vorrede habe Engels von der Miliz gesprochen. Das ist nicht wahr; auf Seite 7 thut das Engels auch, und Schippel zitirt auch diese Stelle, läßt aber die Worte von der Miliz weg! (Hört! hört!) Es sei nicht wahr, daß Schippel nicht gegen die Partei sich gewandt hat; im ersten Absatz hat er es gethan; und in dem Augenblicke, wo ich frage, wie es möglich ist, daß einer, der die Partei so beleidigt hat, in der Partei noch bleiben kann, da redet er hier von einem Kaffeekränzchen! Darum habe ich ihn angegriffen und nicht aus persönlichen Gründen; Jedermann, auch Schippel, weiß, daß ich das nicht thue, und ich frage, ob ich gestern gegen Jemand anders persönlich geworden bin. — Es steht fest: Es sind Aeußerungen gefallen, die in der Partei Mißbehagen hervorgerufen haben. Dem stellen wir jetzt klipp und klar und fest entgegen: Wir bleiben bei unserem alten Programmpunkt! Nehmen Sie meine Resolution einstimmig an! (Lebhafter Beifall.)

Auer (persönlich): Mir ist auch nicht im Traum eingefallen, zu sagen, der Referent habe die von ihm zitierte Stelle meiner Rede falsch wiedergegeben. Ich habe ausdrücklich gesagt: Der Bericht ist, abgesehen von einigen stilistischen Aenderungen, durchaus korrekt. Ich stehe auch heute zu meiner Rede und habe nur ausgeführt, daß die Schlußfolgerungen des Referenten durchaus falsche sind, daß er nicht verstanden hat, was ich gesagt habe.

Schippel: Auch Geyer hat es nicht verschmäht, mir eine Fälschung vorzuwerfen. Umgekehrt, Geyer hat falsch zitirt. Er behauptet, ich hätte die Worte: „mit dem Milizsystem als Endziel" unterschlagen. Aber wenige Zeilen dahinter sage ich im Text: „Das Milizsystem wird hier als das Endziel daneben genannt." (Bebel: Daneben!)

In der Abstimmung wird die Resolution Geyer (82) angenommen, der Antrag 41 auf Ausschluß Schippels mit allen gegen 4 Stimmen, der Antrag 42 mit Mehrheit abgelehnt. Angenommen wird die von Hoffmann, Ledebour, Luxemburg und Zetkin beantragte Resolution (S. 267).

Singer macht Mittheilung von einer Anregung, ohne Mittagspause die Verhandlungen des Parteitags zu Ende zu führen. Er empfiehlt die Ablehnung dieses Vorschlages, da es im Interesse der Partei liegt, ohne Hast und Treiberei auch den Rest der Tagesordnung zu erledigen.

Es wird entsprechend dem Vorschlage Singers beschlossen, mit $1\frac{1}{2}$stündiger Mittagspause zu tagen.

Singer: Der Genosse Vliegen aus Holland wünscht sich zu verabschieden.

Vliegen: Genossen, Sie brauchen nicht zu fürchten, daß ich den vielen guten und wenigen schlechten Reden, die ich gehört habe, noch eine hinzufügen will. Nur einige Abschiedsworte. Ich habe Ihren Verhandlungen aufmerksam beigewohnt, ich habe hier viel Herzlichkeit und Freundlichkeit erfahren, und ich will nur hoffen, daß sich das nicht auf meine Person beschränkt, sondern auch den Genossen in Holland gilt. Dann werden wir bei all unseren Kämpfen stets gern daran denken, daß wir an Ihnen Kampfgenossen haben, die bereit sind, mit uns einzutreten für das Wohl der Sozialdemokratie, für das Wohl der Arbeiterschaft aller Länder. (Beifall.)

Es folgt nunmehr die Berathung des Punktes 7 der Tagesordnung: **Die Zuchthausvorlage vor dem Reichstage.** Hierzu liegt außer der Resolution 83 der Antrag 71 vor. Als Referent erhält das Wort

Segitz: Die Zuchthausvorlage bietet keine Veranlassung zu theoretischen Auseinandersetzungen über die Taktik. Gegenüber der Zuchthausvorlage dürfte keine Meinungsverschiedenheiten bestehen. (Sehr richtig!) Unsere grundsätzliche Stellung zu diesem Gesetzentwurf haben wir auf dem Stuttgarter Parteitag festgelegt. Die Aufnahme, welche der Gesetzentwurf im Reichstag gefunden hat, ist durch die Verhandlungen den breitesten Volksmassen bekannt geworden. Aus diesen Gründen und in Rücksicht auf die Arbeiten, die der Parteitag noch zu erledigen hat, handle ich wohl im Einverständniß mit den Parteigenossen, wenn ich auf meinen Vortrag verzichte. Der Reichstag hat das Gesetz entgegen unserem Antrage in der vertagten Session nicht definitiv verabschiedet. Die bürgerlichen Parteien hatten nicht den Muth, sofort in die zweite und dritte Lesung einzutreten. Dadurch ist in weiten Arbeiterkreisen eine Vertrauensseligkeit erweckt worden, die in den Verhältnissen nicht begründet liegt. Die Zuchthausvorlage ist keineswegs beseitigt, die Situation hat sich so gestaltet, daß viel mehr zu befürchten ist, daß, wenn auch der Gesetzentwurf nicht in der vorliegenden Fassung zur Annahme gelangt, doch soviel verbleibt, was hinreicht, die gewerkschaftliche Organisation schwer zu schädigen. Deshalb müssen alle Arbeiter ohne Unterschied der Parteistellung ihre ganze Kraft einsetzen, um den bürgerlichen Parteien den Nacken zu steifen und diese zur Ablehnung des Gesetzentwurfs zu veranlassen. Der Kampf gegen die Zuchthausvorlage scheint mir in der nächsten Zeit die wichtigste Aufgabe der Partei zu sein. Wenn in den Auseinandersetzungen auf dem Parteitag aus einzelnen Aeußerungen geschlossen werden könnte, daß wir nicht mit voller Sympathie der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter gegenüberstehen, so wird der Kampf gegen die Zuchthausvorlage das Gegentheil beweisen. (Bravo.) Deshalb wollen wir unsere ganze Kraft einsetzen, um

den Kampf gegen die Zuchthausvorlage weiter zu führen. Dazu verpflichtet Sie die vorgelegte Resolution. (Lebhafter Beifall.)

Lily Braun (zu Antrag 71): Wir haben hier eine ganze Reihe theoretischer Erörterungen gehört, die nicht nur den Beweis dafür lieferten, daß die sozialdemokratische Partei wie keine andere auf einem wissenschaftlichen Boden steht und die wissenschaftlichen Erörterungen zu führen weiß. Wir haben aber auch manchmal den Eindruck gewonnen, als wären wir mehr auf einem wissenschaftlichen Konzil als dem Parteitag einer Kampfpartei. Ich möchte es beinahe bedauern, daß dieser Punkt unserer Tagesordnung so weit in den Hintergrund gerückt ist; denn ich meine, daß wir gerade in diesem Punkte die allgemeine Einigung finden, die uns noththut und die wir nach außen hin immer zu beweisen haben. Gegenüber gewissen Aeußerungen über die Geringschätzung der gewerkschaftlichen Bewegung, die vielfach Platz gegriffen haben soll, wäre auch sofort der Beweis geliefert worden, daß dem nicht so ist. Unser Protest gegen die Zuchthausvorlage wird hauptsächlich darauf begründet, daß sie die gewerkschaftlichen Organisationen, diese Klassenkampf-Organisationen der Arbeiter, unterbindet und vielleicht sogar unmöglich zu machen im stande sein würde. Wir sind aber, so scheint es mir, nicht in der Lage, uns in die Studierstube zurückzuziehen. Gegenüber der Kriegserklärung der bürgerlichen Gesellschaft — und als solche sehe ich die Zuchthausvorlage an (lebhafte Zustimmung) — müssen wir geeint aufstehen, denn sie ruft uns zu den Waffen, alle, ohne Unterschied des Geschlechts, ohne Unterschied in Bezug auf einzelne theoretische Auffassungen. Wenn ich hier mit besonderer Energie gegen die Zuchthausvorlage Protest einlege, so geschieht es nicht nur als Parteigenossin, sondern auch als Frau. Die Zuchthausvorlage würde, wenn sie in irgend einer Weise zur Annahme gelangen könnte, der Frauen-, der Arbeiterinnenbewegung vollständig die Hände binden. Ich brauche Ihnen hier nicht auseinanderzusetzen, wie benachtheiligt die deutschen Frauen sind, und wie sie es gar erst werden würden, wenn man ihnen auch die gewerkschaftliche Organisation unmöglich machte. Schippel hat den ziemlich verbrauchten Witz der Gegner der Frauenemanzipation wiederholt, das Wahlrecht schließe auch die Dienstpflicht ein. Ich erkläre, daß wir sozialdemokratischen Frauen die Pflicht, Dienst zu thun, anerkennen (Beifall), und zwar auf einem Gebiete, wo es viel nöthiger und allerdings auch viel schwerer ist, im Kampfe zu stehen, als draußen auf dem Schlachtfeld, wo man die Brüder todtschießt: Wir wollen stehen zu denselben Fahnen, und wir alle, Genossen, und besonders auch wir Frauen sind bereit, einzustehen für unsere Sache und vor allem gegen die Zuchthausvorlage zu protestiren. (Beifall.)

Nach der letzten Berufszählung hat die weibliche Arbeit um 35 pCt. zugenommen, die männliche Arbeit nur um 28 pCt. Hier ersteht eine Reservearmee, die uns sehr gefährlich werden könnte, wenn wir nicht dafür sorgen, daß sie aufgeklärt und organisirt wird, daß sie mitkämpft den allgemeinen Kampf der Arbeiter. Ich kann mir sehr wohl vorstellen, daß eine Zeit kommen könnte, wo die bürgerliche Gesellschaft zu dem Ausweg greift, den Frauen das Wahlrecht zu geben, weil sie für die bürgerliche Gesellschaft eintreten sollen. Wenn dieser Augenblick eintritt, würden wir es sein, die es auf das tiefste bedauern müßten, wenn wir nicht energisch für die Aufklärung der Frauen eingetreten sind. Ich bin eine entschiedene Gegnerin jener sogenannten gesonderten Frauenbewegung innerhalb der Partei. Wir gehören alle zusammen und wir sollten uns hüten, irgend einen Unterschied des Geschlechts unter uns gelten zu lassen, wo es sich um den gemeinsamen Kampf handelt. (Beifall.) Um diesen Kampf gegen die Zuchthausvorlage zu unterstützen, haben wir unseren Antrag eingebracht, der nur ein kleines Mittel sein soll, die Frauen aufzuklären für den Kampf. Ich erwarte seine einstimmige Annahme. In der Richtung ist es vielleicht auch gut, daß dieser Punkt der Tagesordnung am Schlusse unserer Verhandlungen steht.

Soviel auch in der bürgerlichen Presse darüber geredet wird, daß Uneinigkeit, Zänkereien bei uns entstanden seien — wo es sich um Thaten handelt, wo es sich um den Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft handelt, sind wir alle einig und vergessen alle abweichenden Meinungen. Das ist das Wichtigste und darum sollen wir, wenn wir auseinander gehen, alles vergessen, was uns trennt, und nur an das denken, was uns einigt: der Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft, der gemeinsame Kampf der Arbeiter und Arbeiterinnen, die zusammenstehen, Hand in Hand, damit wir das Endziel erreichen, über das unter uns, scheint mir, keinerlei Zweifel bestehen kann. (Lebhafter Beifall.)

Heine-Berlin: Wir brauchen zur Vorbereitung des Kampfes gegen die Zuchthausvorlage noch etliches Material. Wir sind von den Genossen nicht so reichlich mit der Einsendung von Material bedacht worden, wie wir es eigentlich erwartet hätten. Wir wissen, daß die Materialien existiren, und in welchem Maße, geht aus dem Legien'schen Buche und den täglichen Zeitungsberichten hervor. Es liegt uns aber daran, auch die Sachen, die noch nicht an uns gelangt sind, zu erhalten. Vor allem sind in den letzten Wochen wieder eine ganze Reihe von Anklagen auf Grund des § 153 der Gewerbe-Ordnung wegen Erpressung erhoben und zum Theil verhandelt worden. Es ist für uns von großer Wichtigkeit, diese Sachen, und zwar die kompletten Prozeßakten auch jetzt zu erhalten und sobald etwas Neues kommt. Darum bitte ich die Genossen am Orte, die Vertrauensmänner und Führer, das nicht aus dem Auge zu lassen; sowie ein Prozeß stattfindet, uns Anklage und Urtheil selbst zu schicken oder durch den Rechtsanwalt zuschicken zu lassen, und zwar entweder an das Arbeitersekretariat in Nürnberg zu Händen von Segitz, oder an den Partei-Vorstand oder an mich.

Ewald-Berlin beantragt Schluß der Debatte. Im Kampf gegen die Zuchthausvorlage sind wir alle einig, da bedarf es keiner Erörterung. (Beifall.)

Einstimmig wird die Debatte geschlossen, und einstimmig sowohl die Resolution 83 wie der Antrag 71 angenommen.

Der Parteitag geht über zu Punkt 10 der Tagesordnung: **Anträge zum Programm und zur Organisation.**

In Frage kommen hier die Anträge 5, 8, 11 und 9, der inzwischen durch den Antrag 72 ersetzt worden ist. Davon findet nur der Antrag 72 die genügende Unterstützung. Antrag 10 ist zurückgezogen.

Ewald-Berlin begründet den Antrag 72. Bisher lautete § 17a des Organisationsstatuts, daß bei allen Anstellungen, überhaupt bei allen Vorkommnissen beim Zentralorgan der Preßkommission Mittheilung zu machen sei, der Partei-Vorstand aber selbständig zu verfügen habe. Nun liegt die Sache so, daß unser Zentralorgan 53000 Abonnenten hat, von denen sich 50000 in Berlin und Umgegend und nur 3000 außerhalb befinden. Sie werden mir zugeben, daß wir da auch ein gewisses Recht auf Mitwirkung beim Zentralorgan haben. Daher brauchen wir, glaube ich, nicht viel Worte zu machen, um Ihnen die Annahme dieses Antrages zu empfehlen. Ich erwarte von Ihrem Gerechtigkeitsgefühl, daß Sie ihn, wie er vorliegt, annehmen. (Beifall.)

Bader-Magdeburg: Ich ersuche um Ablehnung des Antrages, da er überflüssig ist. Die Klagen über den „Vorwärts", die auf früheren Parteitagen erhoben wurden, sind jetzt verstummt, die Berliner Genossen haben bereits einen genügenden Einfluß auf die internen Verhältnisse des „Vorwärts" und § 17a bedeutet schon jetzt nichts anderes, als was jetzt in Antrag 72 gefordert wird.

Knappe-Stettin: Die Berliner haben ebenso ein Recht darauf, Einfluß auf ihr Blatt zu gewinnen, wie jeder Ort in der Provinz. Nehmen Sie ohne weiteres den Antrag an. Das Mißtrauen gegen die Berliner, sie könnten ihren Einfluß gegen das Interesse der Partei geltend machen, wird durch ihre ganze bisherige Haltung widerlegt. (Beifall.)

Antrag 72 wird angenommen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung umfaßt die **„Sonstigen Anträge"**, die auf Vorschlag des Vorsitzenden in 4 Gruppen (Taktik, Presse, Agitation und Verschiedenes) eingetheilt werden.

Zur Berathung gelangen in erster Linie die Anträge **zur Taktik**; es sind dies die Anträge 6 und 63, die sich mit der Stellung der Leipziger Genossen zur Landtagswahl befassen. Antrag 7 ist bereits durch Annahme der Resolution 81 erledigt.

Eichhorn-Dresden begründet den Antrag 63*) Wir verlangen nichts weiter, als daß Beschlüsse der Landesversammlungen auch von allen Genossen befolgt werden. Wohin das Verhalten führt, das hat zum Jammer der Partei und zum Gaudium der Gegner die letzte Wahl gezeigt. (Sehr wahr!) Es ist vorgekommen, daß in demselben Kreise einige Städte sich betheiligt haben, andere nicht. Das verderbliche Beispiel Leipzigs hat in Zwickau Nachahmung gefunden, wo man mit einer Stimme Mehrheit die Wahlbetheiligung ablehnte. Das sind die Folgen des disziplinwidrigen Verfahrens der Leipziper Parteigenossen. (Hört! hört!) Selbst wenn die Wahlbetheiligung ein Fehler ist, so hat, wenn die Partei sie beschlossen hat, die Partei den Fehler gemacht und die Genossen haben sich zu fügen. Ein Jammerbild war die Wahlbetheiligung von 18 bis 30 pCt. Schaffen Sie Remedur, Parteigenossen, sorgen Sie, daß in Sachsen wieder Ordnung wird. (lebhafter Beifall.)

Grenz-Leipzig: Ich stehe auf der Anklagebank. Sie können uns verurtheilen, aber nur nach gründlicher Information, und die kann in kurzer Weise nicht erfolgen. Wir drehen den Spieß um; ich erhebe die Gegenklage, daß die sächsische Landtagsfraktion und das damalige Zentral-Agitationskomitee den nicht schönen Zustand verschuldet haben. Die jämmerliche Wahlbetheiligung war ja auch in Kreisen, in denen nach Kräften für die Wahlbetheiligung agitirt wurde. Wir sind daran nicht schuld (lebhafter Widerspruch), wir haben Niemand gehindert, sich zu betheiligen. Man konnte eben den Beschluß nicht durchführen; bei den gegenwärtigen Zuständen gehen die Arbeiter eben nicht zur Wahl in einem Umfange, daß dabei etwas herauskommt. Die Massenversammlung in Stötteritz, in der Liebknecht sprach, hat in der nachdrücklichsten Form den Protest gegen das Verhalten der Landtagsfraktion beschlossen. Mit dieser Resolution würden Sie nicht beilegen, sondern verschärfen. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Wenn ich nicht weiter reden darf, dann werden wir verurtheilt, ohne gehört zu werden. (Lebhafter Widerspruch.)

Singer: Zu dieser Behauptung hat der Genosse kein Recht. Er hört zu reden auf, weil die von ihm selbst mitbeschlossene Geschäftsordnung ihm keine weitere Redezeit gewährt.

Lorenz-Chemnitz: Wir beantragen die Resolution nicht aus Freude, den Leipzigern einen Denkzettel zu verabfolgen. Die Töne haben wir schon mehrfach bei den Landesversammlungen gehört, und einmal sind wir auch darauf hineingefallen. Die Leipziger Genossen haben die Beschlüsse derselben jedes Jahr bewußt durchbrochen; das ist ein Verstoß gegen die einfachsten Grundsätze der Demokratie. (Sehr wahr!) Unsere Partei ist doch auch eine demokratische Partei; wer zu ihr gehören will, muß sich selbstverständlich den Beschlüssen ihrer offiziellen Organe fügen. (Beifall.) Der Landtagsfraktion haben die Leipziger den genialen Rath gegeben, ihre Mandate niederzulegen; dann wäre unter dem neuen Wahlgesetz gewählt worden und wir wären 15 Mandate zur Freude unserer Gegner quitt gewesen.

Wünschmann-Döbeln: Die Leipziger haben allerdings die Genossen der anderen Kreise nicht aufgefordert, sich der Wahl zu enthalten; aber böse Bei-

*) Zu diesem Antrag giebt Genosse Georg Horn (Sachsen) die Erklärung zu Protokoll, daß er sich derselben voll anschließt und sein Namen nur deshalb darunter fehlte, weil der Antrag ihm nicht zur Unterschrift vorgelegt worden sei.

spiele verderben gute Sitte. Dieser Demoralisirung muß gesteuert werden. (Beifall.) In einer Leipziger Versammlung ist ja das geflügelte Wort von den zurückgebliebenen Wahlkreisen geprägt worden; nun von diesen könnten die „fortgeschrittenen" Wahlkreise etwas lernen, nämlich Wahrung des demokratischen Prinzips. (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte gelangte gegen den Widerspruch von Lipinski-Leipzig zur Annahme und der Antrag Eichhorn (63) wird mit großer Mehrheit angenommen. Dadurch ist Antrag 6 erledigt.

Zur Berathung werden nunmehr die Anträge betreffend die **Presse** gestellt; es sind dies die Anträge 12 bis 28, von denen 14, 17 und 28 zurückgezogen werden und 15, 16, 18, 19, 20, 24, 26, 27 nicht genügende Unterstützung finden, so daß nur Anträge 12, 13, 21, 22, 23 und 25 zur Diskussion gestellt werden können.

Schubert-Schöneberg begründet Antrag 12, der verlangt, daß der „Vorwärts" zu allen politischen Tagesfragen und Parteifragen Stellung nehme. Man beklagt sich sehr darüber, daß der „Vorwärts" im Gegensatz zu den übrigen Parteiblättern zu den einzelnen Fragen zu wenig Stellung nimmt, so in Bezug auf die bayrischen Landtagswahlen und auch in Bezug auf das Verhalten der französischen Sozialdemokraten. Er beschränkt sich auf die referirende Wiedergabe der Aeußerungen der anderen Organe. Auch eine Polemik, die zwischen Auer und Liebknecht gespielt hat, hat der „Vorwärts" mit keinem Wort erwähnt. Der Antrag soll dem für die Zukunft ein Ende machen.

Liebknecht: Wenn Sie den Verhandlungen auf dem Parteitag aufmerksam gefolgt sind, dann finden Sie, daß in Bezug auf taktische Fragen Meinungsverschiedenheiten bestehen. Diese Meinungsverschiedenheiten sind auch in der Redaktion des „Vorwärts" vorhanden. Wenn man vom „Vorwärts" verlangt, daß er redaktionell in allen streitigen Fragen Stellung nehmen soll, so verlangt man bei der jetzigen Organisation und Stellung des „Vorwärts" Unmögliches. Anfangs haben die Meinungsverschiedenheiten zu kleinen Reibungen geführt, aber nach und nach kam es zu einer Verständigung dahin, daß, wenn irgend möglich, eine Verständigung gesucht wird, falls dies nicht geht, die verschiedenen Ansichten, die in der Redaktion vorhanden sind, zu Worte kommen, und zwar nach der französischen Praxis in der Art, daß mit Namen oder mit Chiffre dafür eingetreten wird. Und zu jeder Frage wird in Zukunft, wenn nicht von der Redaktion, doch von den Redakteuren prompt Stellung genommen werden. Das ist demokratisch. Der „Vorwärts" ist eben kein Lokalblatt. Ich habe nicht, wie z. B. Schoenlank, der von den Leipzigern die Vollmacht hat, seine Redakteure und Mitarbeiter bedingungslos und unkontrolirbar zu wählen, die Möglichkeit, eine einheitliche Redaktion herzustellen. Mit mechanischem Majorisiren geht es nicht. Da der „Vorwärts" kein Lokalblatt, sondern das Zentralorgan ist, müssen in seiner Redaktion auch die verschiedenen Strömungen, die in der Partei vorhanden sind, vertreten sein. (Beifall.)

Der Streit zwischen Auer und mir war eine rein persönliche Meinungsverschiedenheit und brauchte deshalb nicht im „Vorwärts" gebracht zu werden, ebenso wie Dutzende anderer gleich belangloser Sachen. Es handelte sich um die irrthümliche Behauptung, ich hätte Bernstein persönlich verunglimpft; ich war gerade auf ein paar Tage in Offenbach und habe von dort den Irrthum in einem westdeutschen Blatte, der „Elberfelder Freien Presse", in der ich die Behauptung las, sofort richtig gestellt. Als Auer eingriff, war Alles bereits erledigt, so daß ich ihm nur ein paar Worte zu erwidern hatte.

Antrag 12 wird abgelehnt.

Singer: Es sind inzwischen noch die Anträge 76 und 78 eingegangen; ersterer ist im Wortlaut identisch mit Antrag 22 und ich kann das Gefühl der Verwunderung nicht unterdrücken, daß ein Antrag, der schon in der Vorlage

steht, nochmals eingereicht wird. (Sehr wahr!) Der Antrag erübrigt sich also. Der Antrag 78 verlangt die Herausgabe einer Broschüre: „Wer ist der Staat?“

Dieser Antrag wird nicht genügend unterstützt, ist also hinfällig.

Zu Antrag 13 (auf täglich zweimaliges Erscheinen des „Vorwärts“) bemerkt

Grunwald-Jena: Ich habe diesen Antrag zwar nicht gestellt, sondern den Antrag 14 (auf gleichzeitige Errichtung einer eigenen Druckerei für den Vorwärts), den ich in Folge dessen zurückgezogen habe; ich glaube, daß man diesen Antrag 13 nicht unterstützen kann, wenn man nicht zugleich die andere sehr wichtige Frage in Rücksicht zieht, wie der „Vorwärts“ finanziell fundamentirt ist; damit komme ich zu der Frage, die mich zu meinem Antrage veranlaßt hat, der leider nicht unterstützt wurde; ich kann diesen Antrag nun nicht mehr begründen und auch nicht alle Argumente, die ich für ihn in petto hatte, vorbringen, sondern nur erklären, daß man an ein zweimaliges Erscheinen des „Vorwärts“ nicht denken kann, wenn man nicht den Ueberschuß, den Bading heute einheimst, der Partei zuführt.

Täterow-Berlin: Der Antrag ist in einer öffentlichen Versammlung angenommen. Die Antragsteller sind sich vollständig darüber klar, daß er nicht so mir nichts dir nichts angenommen werden kann, ohne daß vorher genaue rechnerische Unterlagen vorhanden sind. Diese Grundlagen sind nicht vorhanden, so betrachten wir denn den Antrag nur als eine Anregung, und ich bin überzeugt, es werden sich Mittel und Wege finden lassen, die Anregung in eine praktische Gestalt zu bringen. Ich ziehe deshalb den Antrag 13 zurück. (Beifall.)

Die Anträge 21 und 22 werden, weil beide die „Freien Stunden“ betreffen, gemeinsam behandelt.

Schubert-Schöneberg: In dem Bericht des Partei-Vorstandes ist in Bezug auf „In freien Stunden“ gesagt: „Auch der Versuch mit einem ausgesprochen den Charakter eines Kolportage-Romans tragenden Werke die Kolportage-Buchhandlungen zu interessiren, erbrachte von Neuem den Beweis, wie schwer und langsam nur unsere Parteigeschäfte den gegen sie geschlossenen Wall von Vorurtheilen und Parteigegensätzen durchbrechen können.“ Nun, wenn ein Roman, wie die „Töchter des Südens“ kolportirt wird, dann kann die Zeitschrift unmöglich eine bessere Verbreitung finden. Ein Roman, in dem auf jeder dritten und vierten Seite von Gift und Zuchthaus gesprochen wird, kann die Arbeiter nicht sittlich und ethisch erziehen. Wollen wir Erfolg haben, wollen wir, daß die Zeitschrift prosperirt, so muß in der Auswahl der Romane mit größerer Vorsicht vorgegangen werden. (Zustimmung.)

Fischer-Berlin: Es kann mir natürlich nicht einfallen, den Roman „Töchter des Südens“ besonders loben zu wollen. Ich muß aber doch darauf hinweisen, daß der Vorredner Kolportageroman mit Schundroman identifizirt hat, was nicht angängig ist. Ich will über die Sache ganz kurz hinweggehen, indem ich erkläre: wenn ein Mißgriff vorgekommen ist, so war ja der nächste Roman schon der Beweis dafür, daß der Mißgriff nach Möglichkeit wieder ausgeglichen ist.

Sindermann-Dresden: Auch ich wundere mich, daß ein Roman wie „Töchter des Südens“ aufgenommen werden konnte; er erinnert mehr an Indianer- und Räubergeschichten als an einen Roman zur Hebung der Bildung des Proletariats. Es freut mich, daß Fischer seinen Fehler eingesehen hat.

Die Anträge 21 und 22 werden angenommen.

Zu Antrag 23 (auf Herausgabe einer Jugendliteratur) bemerkt

Ostkamp-Essen: Der Zweck der Jugendliteratur soll darin bestehen, daß dem Pastorenkultus entgegengearbeitet wird. So ist unser Antrag zu verstehen.

spiele verderben gute Sitte. Dieser Demoralisirung muß gesteuert werden. (Beifall.) In einer Leipziger Versammlung ist ja das geflügelte Wort von den zurückgebliebenen Wahlkreisen geprägt worden; nun von diesen könnten die „fortgeschrittenen" Wahlkreise etwas lernen, nämlich Wahrung des demokratischen Prinzips. (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der **Debatte** gelangte gegen den Widerspruch von Lipinski-Leipzig zur Annahme und der Antrag Eichhorn (63) wird mit großer Mehrheit angenommen. Dadurch ist Antrag 6 erledigt.

Zur Berathung werden nunmehr die Anträge betreffend die **Presse** gestellt; es sind dies die Anträge 12 bis 28, von denen 14, 17 und 28 zurückgezogen werden und 15, 16, 18, 19, 20, 24, 26, 27 nicht genügende Unterstützung finden, so daß nur Anträge 12, 13, 21, 22, 23 und 25 zur Diskussion gestellt werden können.

Schubert-Schöneberg begründet Antrag 12, der verlangt, daß der „Vorwärts" zu allen politischen Tagesfragen und Parteifragen Stellung nehme. Man beklagt sich sehr darüber, daß der „Vorwärts" im Gegensatz zu den übrigen Parteiblättern zu den einzelnen Fragen zu wenig Stellung nimmt, so in Bezug auf die bayrischen Landtagswahlen und auch in Bezug auf das Verhalten der französischen Sozialdemokraten. Er beschränkt sich auf die referirende Wiedergabe der Aeußerungen der anderen Organe. Auch eine Polemik, die zwischen Auer und Liebknecht gespielt hat, hat der „Vorwärts" mit keinem Wort erwähnt. Der Antrag soll dem für die Zukunft ein Ende machen.

Liebknecht: Wenn Sie den Verhandlungen auf dem Parteitag aufmerksam gefolgt sind, dann finden Sie, daß in Bezug auf taktische Fragen Meinungsverschiedenheiten bestehen. Diese Meinungsverschiedenheiten sind auch in der Redaktion des „Vorwärts" vorhanden. Wenn man vom „Vorwärts" verlangt, daß er redaktionell in allen streitigen Fragen Stellung nehmen soll, so verlangt man bei der jetzigen Organisation und Stellung des „Vorwärts" Unmögliches. Anfangs haben die Meinungsverschiedenheiten zu kleinen Reibungen geführt, aber nach und nach kam es zu einer Verständigung dahin, daß, wenn irgend möglich, eine Verständigung gesucht wird, falls dies nicht geht, die verschiedenen Ansichten, die in der Redaktion vorhanden sind, zu Worte kommen, und zwar nach der französischen Praxis in der Art, daß mit Namen oder mit Chiffre dafür eingetreten wird. Und zu jeder Frage wird in Zukunft, wenn nicht von der Redaktion, doch von den Redakteuren prompt Stellung genommen werden. Das ist demokratisch. Der „Vorwärts" ist eben kein Lokalblatt. Ich habe nicht, wie z. B. Schoenlank, der von den Leipzigern die Vollmacht hat, seine Redakteure und Mitarbeiter bedingungslos und unkontrolirbar zu wählen, die Möglichkeit, eine einheitliche Redaktion herzustellen. Mit mechanischem Majorisiren geht es nicht. Da der „Vorwärts" kein Lokalblatt, sondern das Zentralorgan ist, müssen in seiner Redaktion auch die verschiedenen Strömungen, die in der Partei vorhanden sind, vertreten sein. (Beifall.)

Der Streit zwischen Auer und mir war eine rein persönliche Meinungsverschiedenheit und brauchte deshalb nicht im „Vorwärts" gebracht zu werden, ebenso wie Dutzende anderer gleich belangloser Sachen. Es handelte sich um die irrthümliche Behauptung, ich hätte Bernstein persönlich verunglimpft; ich war gerade auf ein paar Tage in Offenbach und habe von dort den Irrthum in einem westdeutschen Blatte, der „Elberfelder Freien Presse", in der ich die Behauptung las, sofort richtig gestellt. Als Auer eingriff, war Alles bereits erledigt, so daß ich ihm nur ein paar Worte zu erwidern hatte.

Antrag 12 wird abgelehnt.

Singer: Es sind inzwischen noch die Anträge 76 und 78 eingegangen; ersterer ist im Wortlaut identisch mit Antrag 22 und ich kann das Gefühl der Verwunderung nicht unterdrücken, daß ein Antrag, der schon in der Vorlage

steht, nochmals eingereicht wird. (Sehr wahr!) Der Antrag erübrigt sich also. Der Antrag 78 verlangt die Herausgabe einer Broschüre: „Wer ist der Staat?"

Dieser Antrag wird nicht genügend unterstützt, ist also hinfällig.

Zu Antrag 13 (auf täglich zweimaliges Erscheinen des „Vorwärts") bemerkt

Grunwald-Jena: Ich habe diesen Antrag zwar nicht gestellt, sondern den Antrag 14 (auf gleichzeitige Errichtung einer eigenen Druckerei für den Vorwärts), den ich in Folge dessen zurückgezogen habe; ich glaube, daß man diesen Antrag 13 nicht unterstützen kann, wenn man nicht zugleich die andere sehr wichtige Frage in Rücksicht zieht, wie der „Vorwärts" finanziell fundamentirt ist; damit komme ich zu der Frage, die mich zu meinem Antrage veranlaßt hat, der leider nicht unterstützt wurde; ich kann diesen Antrag nun nicht mehr begründen und auch nicht alle Argumente, die ich für ihn in petto hatte, vorbringen, sondern nur erklären, daß man an ein zweimaliges Erscheinen des „Vorwärts" nicht denken kann, wenn man nicht den Ueberschuß, den Bading heute einheimst, der Partei zuführt.

Täterow-Berlin: Der Antrag ist in einer öffentlichen Versammlung angenommen. Die Antragsteller sind sich vollständig darüber klar, daß er nicht so mir nichts dir nichts angenommen werden kann, ohne daß vorher genaue rechnerische Unterlagen vorhanden sind. Diese Grundlagen sind nicht vorhanden, so betrachten wir denn den Antrag nur als eine Anregung, und ich bin überzeugt, es werden sich Mittel und Wege finden lassen, die Anregung in eine praktische Gestalt zu bringen. Ich ziehe deshalb den Antrag 13 zurück. (Beifall.)

Die Anträge 21 und 22 werden, weil beide die „Freien Stunden" betreffen, gemeinsam behandelt.

Schubert-Schöneberg: In dem Bericht des Partei-Vorstandes ist in Bezug auf „In freien Stunden" gesagt: „Auch der Versuch mit einem ausgesprochen den Charakter eines Kolportage-Romans tragenden Werke die Kolportage-Buchhandlungen zu interessiren, erbrachte von Neuem den Beweis, wie schwer und langsam nur unsere Parteigeschäfte den gegen sie geschlossenen Wall von Vorurtheilen und Parteigegensätzen durchbrechen können." Nun, wenn ein Roman, wie die „Töchter des Südens" kolportirt wird, dann kann die Zeitschrift unmöglich eine bessere Verbreitung finden. Ein Roman, in dem auf jeder dritten und vierten Seite von Gift und Zuchthaus gesprochen wird, kann die Arbeiter nicht sittlich und ethisch erziehen. Wollen wir Erfolg haben, wollen wir, daß die Zeitschrift prosperirt, so muß in der Auswahl der Romane mit größerer Vorsicht vorgegangen werden. (Zustimmung.)

Fischer-Berlin: Es kann mir natürlich nicht einfallen, den Roman „Töchter des Südens" besonders loben zu wollen. Ich muß aber doch darauf hinweisen, daß der Vorredner Kolportageroman mit Schundroman identifizirt hat, was nicht angängig ist. Ich will über die Sache ganz kurz hinweggehen, indem ich erkläre: wenn ein Mißgriff vorgekommen ist, so war ja der nächste Roman schon der Beweis dafür, daß der Mißgriff nach Möglichkeit wieder ausgeglichen ist.

Sindermann-Dresden: Auch ich wundere mich, daß ein Roman wie „Töchter des Südens" aufgenommen werden konnte; er erinnert mehr an Indianer- und Räubergeschichten als an einen Roman zur Hebung der Bildung des Proletariats. Es freut mich, daß Fischer seinen Fehler eingesehen hat.

Die Anträge 21 und 22 werden angenommen.

Zu Antrag 28 (auf Herausgabe einer Jugendliteratur) bemerkt

Ostkamp-Essen: Der Zweck der Jugendliteratur soll darin bestehen, daß dem Pastorenkultus entgegengearbeitet wird. So ist unser Antrag zu verstehen.

Pfannkuch: Ich bitte, den Antrag abzulehnen. Die Parteileitung ist dieser Frage wiederholt näher getreten, und wenn sie die Möglichkeit gehabt hätte, das Projekt durchzuführen, so wäre es längst geschehen.

Der Antrag 23 wird abgelehnt.

Antrag 25 (auf unentgeltliche Herausgabe eines Berichtes über die Thätigkeit der Reichstagsfraktion am Schluß jeder Legislatur-Periode) begründet

Rosenow-Dortmund: Der Antrag ist nicht neu, er ist schon wiederholt gestellt und entspringt einem dringenden Bedürfniß. Es giebt Wahlkreise, deren Vertreter, weil keine Lokale vorhanden sind, keine Versammlungen abhalten können. So ist es z. B. im 20. sächsischen Wahlkreise der Fall. In diesen Kreisen empfiehlt sich die Agitation durch Flugblätter, die billiger ist als die Kosten für Versammlungen unter freiem Himmel. Ob ein einheitliches Flugblatt für ganz Deutschland oder verschiedene für die verschiedenen Landestheile angebracht sind, kann dem Partei-Vorstand überlassen bleiben. Die Kosten werden nicht allzu große sein.

Pfannkuch: Ich glaube, es liegt dem Vorredner im wesentlichen daran, daß die Flugblätter unentgeltlich abgegeben werden, das wird aber auch schon durch die bisherige Praxis erreicht. Die Verhältnisse in den verschiedenen Wahlkreisen sind verschieden, es kann nicht schablonisirt werden. Haben die Kreise keine Mittel zur Herausgabe von Flugblättern, so können sie sich an die Parteileitung wenden. Wir haben bisher noch keinen Antrag unberücksichtigt gelassen, der sich auf die Förderung der Agitation bezieht. Lehnen Sie den Antrag ab.

Der Antrag 25 wird abgelehnt.

Nunmehr folgt die Berathung zur **Agitation;** darauf beziehen sich die Anträge 29, 30, 31, 32, 33, 53, 74 und 75, davon werden die Anträge 29, 33 und 53 nicht genügend unterstützt. Die Anträge 30, 31 und 32 werden, da sie alle die Stellung der Partei zur Alkoholfrage behandeln, in der Diskussion mit einander verbunden.

Zur Begründung der Anträge 30 und 31 spricht

Katzenstein-Mannheim: Den Antrag 32 vertrete ich nicht; er fordert absolute Enthaltung und das verlange ich nicht. Wir sind eine Arbeiterschutz- und eine Kampfpartei. Wollen wir die Lage der Arbeiter verbessern, dann müssen wir auch ihre Einsicht und die Bedingungen ihrer Gesundheit haben. Das ist unsere Aufgabe als Arbeiterschutz-Partei. Als Kampfpartei aber müssen wir klare und bewußte Kämpfer heranzubilden trachten. Die Parteipresse beschäftigt sich soviel mit gemeinnützigen Dingen, da kann sie auch die Alkoholfrage mehr behandeln. Wir geben zu, daß die ungünstigen sozialen Verhältnisse den Alkoholismus begünstigen. Das ökonomische Moment ist aber nicht das einzige. Die Corpsstudenten werden doch wahrlich nicht durch elende Wohnung und mangelhafte Nahrung zum Saufen veranlaßt. (Sehr richtig!) Das gilt aber doch auch bei uns. Es sind Arbeiterschichten in besserer Lebenshaltung, wie die Bauarbeiter, die Hafenarbeiter, die dem Alkoholismus nicht genügend widerstehen. Redner erinnert an die Gefahren des Alkoholismus für die Jugend. Dem Kinde auch nur einen Tropfen Alkohol zu geben ist geradezu ein Verbrechen. (Sehr richtig.) Der Arbeiter soll das Geld, das er durch Einschränkung des Alkoholgenusses erspart, für bessere Nahrung ausgeben, für Bücher und (Redner nimmt einen Schluck Wasser, Zurufe: Prosit! Große Heiterkeit), na, es wird mir ja auch nachgesagt, daß ich bei der Begründung eines Antrages einmal fünf Maaß Bier getrunken habe. (Heiterkeit.) Neben der Freßlegende haben wir also auch eine Sauflegende. (Große Heiterkeit.) Die Sache selber ist ernst genug, so daß wir sie nicht von der komischen Seite betrachten sollten. Dieser ernsten Sache haben wir unsere ernsteste Aufmerksamkeit zu widmen. (Lebhafter Beifall.)

Keil-Stuttgart: Es wird Sie vielleicht wundern, daß ich als Vertreter des Stuttgarter Vorortes Degerloch (große Heiterkeit), wo wir im vorigen Jahre bei dem von den Stuttgarter Genossen veranstalteten Winzerfeste den Zukunftsstaat etablirt hatten (große Heiterkeit), den Auftrag erhalten habe, den Anti-Alkoholantrag zu begründen. Der Antrag 31 ist durchaus vorsichtig formulirt, so daß ihm wohl zugestimmt werden darf. Redner erinnert an das Beispiel der belgischen Genossen und an einen Artikel des Dr. Grotjahn in der „Neuen Zeit". Sie brauchen nicht deshalb gegen den Antrag zu stimmen, weil Sie befürchten könnten, daß man künftighin eine so schöne Feier, wie die in Degerloch, unmöglich wäre. Eine so edle Verwendung kann nicht unter den Alkoholmißbrauch fallen. (Heiterkeit und Beifall.)

Baker-Hamburg bittet, die Anträge 30 und 32 abzulehnen, wohl aber Antrag 31 anzunehmen. Würde der Parteitag heute keine Stellung nehmen, so würden die Guttempler einfach erklären: Seht Ihr, die Sozialdemokraten können trinken, wie sie wollen.

Bebel: Ich bitte Sie, alle drei Anträge abzulehnen. Ich fürchte durch diesen Vorschlag nicht in den Verdacht zu gerathen, die Unmäßigkeit zu empfehlen. Wenn die Parteigenossen in Bezug auf den Alkoholverbrauch meinem persönlichen Beispiel folgen wollten, dann würden die Wirthe sehr schlechte Geschäfte machen. (Sehr richtig). Aber nach meiner Ansicht haben wir als Partei die Alkoholfrage nicht zu erörtern. (Lebhafte Zustimmung.) Was die Guttempler dazu sagen, kann uns sehr gleichgiltig sein. Wir dürfen die Parteithätigkeit nicht in Kleinkram verzetteln. (Lebhafter Beifall.)

Die Anträge 30, 31 und 32 werden hierauf abgelehnt; bei Antrag 31 ist die Minorität am stärksten.

Auf Anregung von Keil-Stuttgart wird nunmehr beschlossen, ohne Mittagspause weiter zu tagen.

Antrag 74 (Wahl von weiblichen Vertrauenspersonen) begründet Frau **Zietz**-Hamburg: Würde es in unserem lieben deutschen Vaterlande uns Frauen möglich sein, uns den Organisationen der Männer anzuschließen, so würde es nicht nöthig sein, diesen in Gotha angenommenen Antrag aufs neue in Erinnerung zu bringen; da das aber leider noch nicht der Fall ist, selbst nicht in unseren Republiken Hamburg, Bremen und Lübeck, so bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen, aber auch thatsächlich dafür einzutreten und dafür zu sorgen, daß er nicht wieder in Vergessenheit geräth. (Beifall.)

Der Antrag 74 wird angenommen.

Antrag 75 (Agitation für weiteren Ausbau des Arbeiterinnenschutzes) begründet Frau **Zetkin:** Der Antrag fordert nur, daß wir energisch für diejenigen Reformen zu Gunsten der Arbeiterinnen eintreten, die schon lange in unserem Programm stehen, und das in nächster Zeit. Wie Ihnen bekannt sein wird, veranstaltet die Reichsregierung gegenwärtig eine Enquete über die Fabrikarbeit verheiratheter Frauen. Veranlaßt ist dieselbe hauptsächlich durch die vom Centrum wiederholt erhobene Forderung, die verheiratheten Frauen durch gesetzliches Verbot von der Fabrikarbeit auszuschließen. Wir haben nun die Pflicht, dieser Forderung gegenüber das zu verlangen, was wir im Interesse der Arbeiterinnen für nothwendig halten. Die Agitation, die wir entfalten wollen, liegt wesentlich im Interesse der Gesammtpartei, denn wir erreichen dadurch, daß wir die Arbeiterschutz-Heuchelei des Centrums auf einem bestimmten Gebiete ad absurdum führen. Jetzt kann das Centrum zeigen, ob es ihm mit dem Arbeiterschutz auch wirklich ernst ist. Wir müssen die Massen darüber aufklären, daß die Forderung des Verbots der Fabrikarbeit verheiratheter Frauen vom Centrum gestellt ist, obgleich diese Forderung nicht auf Verwirklichung rechnen kann. Nicht um Sonderbestrebungen zu fördern stellen wir den Antrag, sondern um auch bezüglich einer kleinen Forderung eine Bresche

zu legen in die Masse der Hindernisse und Schwierigkeiten, die sich unserem Kampfe entgegenstellen. Die Verwirklichung eines anscheinend kleinen Theils unseres Programms wird wesentlich dazu beitragen, die Arbeiterinnen zu besseren Kämpferinnen zu machen für unser Endziel. (Beifall.)

Der Antrag 75 wird angenommen.

Zur Berathung gelangen nunmehr die Gruppe der Anträge, die unter **Verschiedenes** zu rubriziren sind; es sind dies die Anträge 40, 47, 48, 49, 50, 51, 56, 66, 67, 68 und 77. Die Anträge 40 und 49 werden nicht genügend unterstützt, Antrag 47 ist durch die Bebel'sche Resolution 81 erledigt, Antrag 51 wird zurückgezogen.

Antrag 56 (Gründung einer Centralstelle für die Parteivertreter in den öffentlichen Körperschaften) begründet **Katzenstein:** Der Antrag dient einem rein praktischen Zwecke. Die sozialpolitischen Praktiker haben in ihrer Konferenz am Dienstag beschlossen, den Parteitag zu ersuchen, diesen Antrag dem Vorstande zur Berücksichtigung zu überweisen. Es muß für alle die verschiedenen Organe, die im Antrag genannt sind, ein Mittelpunkt zur Sichtung und zum Austausch des Materials geschaffen werden. Ein Gebiet nur scheidet aus, das gewerbegerichtliche. Hier haben die Arbeiterbeisitzer sich bereits ein Centralorgan geschaffen. Als Centralstelle habe ich die von Genossen Heimann gegründete Volksbibliothek, die einen Archivar erhalten wird, empfohlen. Andere denken an den Anschluß dieser Centralstelle an den „Vorwärts". Die Entscheidung mag dem Vorstande überlassen bleiben. Die Personenfrage ist gewiß wichtig, aber Personen, wie Quarck oder Calwer wären sehr dazu geeignet. (Beifall.)

Pfannkuch: Ich bin nicht gegen den Antrag, aber seiner Verwirklichung stellen sich doch große Schwierigkeiten entgegen. Ueberweisen Sie den Antrag einfach dem Partei-Vorstande.

Antrag 56 wird dem Partei-Vorstande überwiesen.

Verhandelt wird nunmehr über die Gruppe der Anträge, die sich mit dem nächsten Parteitage beschäftigen, sie betreffen die Tagesordnung, den Ort und die Berichterstattung über den Parteitag.

Mit der Tagesordnung des nächsten Parteitages beschäftigen sich die Anträge 50 und 66, ersterer will die Verkehrspolitik, letztere die Taktik bei den Landtagswahlen auf die Tagesordnung gesetzt wissen.

Antrag 50 begründet **Keil**-Stuttgart mit dem Hinweise, daß es der Partei der Verkehrspolitik gegenüber an einer festen Grundlinie fehlt. In Zusammenhang mit der Verkehrspolitik steht die Handelspolitik. Der Ablauf der Handelsverträge im Jahre 1903 zwingt uns, Stellung zu nehmen. Wir sind eine Partei des Fortschritts und müssen den Verkehr fördern, dessen Hebung eine Kulturforderung ersten Ranges ist.

Der Antrag 50 wird angenommen.

Antrag 66 begründet Frau **Rosa Luxemburg:** Die Vorgänge bei den letzten bayrischen Wahlen haben den Beweis geliefert, daß die Taktik der Genossen in den einzelnen Ländern keine gleichgültige Sache für die Gesammtpartei bleiben darf. Wir haben auch schon einen Präzedenzfall in dieser Richtung. Die Taktik bei den preußischen Landtagswahlen wurde bereits von einem Parteitag geregelt. Was den preußischen Genossen recht ist, ist auch den bayrischen und badischen Genossen billig. (Sehr richtig.) Auch für die preußischen Landtagswahlen ist der bayrische Vorgang wichtig. Wenn man die bayrische Abmachung als ein Vorbild und eine Konsequenz der Betheiligung an den preußischen Wahlen hinstellt, so muß das nur die Befürchtungen der Gegner der Betheiligung bekräftigen und auf manchen Anhänger der Betheiligung abschreckend wirken. Die Bebel'sche Resolution ist in ihren Angaben über unser Verhalten zu den bürgerlichen Parteien so allgemein, daß für mich kein Grund

war, gegen diesen Absatz zu stimmen. (Sehr richtig.) Ein praktischer Fingerzeig für unser Verhalten den bürgerlichen Parteien gegenüber ist umsoweniger darin vorhanden, als der Begriff Kompromiß in letzter Zeit schwankend geworden ist. Deshalb habe ich auch für den Absatz 3 der Bebel'schen Resolution gestimmt, obwohl ich in der Frage der bayrischen Wahlen auf einem dem Bebel'schen entgegengesetzten Standpunkt stehe und eben den Antrag 66 eingebracht habe, um einer Wiederholung der bayrischen Vorgänge vorzubeugen. Nicht darum handelt es sich, die Genossen der einzelnen Länder zu bevormunden, und zu schulmeistern, sondern die allgemeinen Grundlagen sollen hervorgehoben werden, um die Sache einheitlich zu regulieren.

Heine-Berlin beantragt die Ablehnung des Antrages; durch die Resolution Bebel ist der Streit beigelegt und definitiv entschieden. (Widerspruch.) Soll er von neuem wieder angefacht werden? Sollen wir wieder ein Jahr für die praktische Arbeit verlieren? Wir haben wirklich angesichts der großen praktischen Aufgaben wichtigeres zu thun. (Sehr richtig.) Die Parteipresse hat die so wichtige Novelle zur Alters- und Invalidenversicherung noch nicht zu ihrem vollen Rechte gelangen lassen können, weil ihr Raum beschlagnahmt war durch Erörterungen allgemeiner Natur. Sich theoretisch über die Taktik zu unterhalten, ist ein ganz fruchtloses Beginnen. (Sehr richtig!) Die Taktik läßt sich nicht von vornherein bestimmen, sie richtet sich nach den jeweiligen Machtmitteln. Es ist nicht nothwendig, heute wieder ein Feuer anzuzünden. (Beifall.)

Liebknecht: Die Argumente des Vorredners sind durchaus falsch, die Streitfragen in der Partei sind durch die Annahme der Resolution Bebel nicht erledigt worden. In theoretischen Dingen mag Einmüthigkeit sein, aber die Theorien lassen sich in der Praxis verschieden anwenden, und auf die Praxis kommt es in erster Linie an. Für die Masse unserer Genossen hat der durch Bernstein veranlaßte Streit *theoretisch* gar keine Bedeutung gehabt. Die Theorie und das Programm steht für die Massen fest. Was sie tief erregte, waren die *praktischen* Konsequenzen, die uns vom Boden des Klassenkampfs weggeführt hätten. Zu diesen Konsequenzen gehört aber die Taktik bei Wahlen. Und namentlich in Bezug auf die Landtagswahlbetheiligung muß Klarheit geschaffen werden, während es sich jetzt nur um ein Vertuschen handelt. Ich hoffe, daß binnen einem Jahre der Eindruck, den die jüngsten Wahlvorkommnisse in Sachsen hervorgerufen haben, nicht verlöscht sein wird. Wenn man mich auf die große Mehrheit verweist, mit welcher der dritte Absatz der Resolution Bebel zur Annahme gelangt ist, so halte ich es gerade darum nur für um so nothwendiger, die Frage auf dem nächsten Parteitage zur Sprache zu bringen. Wir wollen endlich zu einer Entscheidung kommen — wenigstens einer vorläufigen. Wenn wir, ich und die ähnlich denken wie ich, auch in der Minorität blieben, die Beschlüsse des Parteitages werden wir schon respektieren; es gehört aber diese Frage zu den Dingen, die nur durch die *Praxis* geklärt werden können. Die Praxis korrigirt Irrthümer. Wird gegen uns entschieden — nun so werden Sie sich die Finger ganz herrlich verbrennen und dann gilt das Sprichwort: Gebranntes Kind scheut das Feuer.

Die Diskussion wird geschlossen; *Antrag 66 wird angenommen*; gegen diese Feststellung des Abstimmungsergebnisses wird Widerspruch laut.

Antrag 67 (Abhaltung des Parteitages in den letzten Wochen des Septembers) befürwortet **Wiemer**-Nürnberg: Der Parteitag fällt gegenwärtig mit den Verhandlungen der zweiten bayrischen Kammer zusammen, was die parlamentarische Aktion der bayrischen Genossen außerordentlich schädigt. So hat jetzt ein Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen direkten Wahlrechts und eine Interpellation wegen der Stellung der bayrischen Bundesrathsmitglieder zur Zuchthausvorlage zurückgestellt werden müssen. Für die Abhaltung des Parteitages im September spricht auch der Umstand, daß da noch der Sommerfahrplan in Geltung ist.

Adler-Harburg wünscht die eventuelle Verlegung in den November, damit die Landwirthe an den Verhandlungen theilnehmen können.

Vollmar ergänzt die Ausführungen Wiemers durch die Mittheilung, daß der Zusammentritt des bayrischen Landtags auf einer Verfassungsbestimmung beruht. Diesmal habe es sich noch ermöglichen lassen, daß einige bayrische Landtagsmitglieder zum Parteitag kamen; in Zukunft würde das vielleicht unmöglich sein. Mit der Verlegung auf den November sei den Bayern nicht gedient. Landwirthe seien in der Partei leider so wenige, daß eine Rücksichtnahme darauf nicht zu erfolgen brauche.

Gerisch verweist nur darauf, daß die Verlegung des Parteitages auf den September eine abermalige Aenderung des Geschäftsjahrs nothwendig mache.

Antrag 67 wird angenommen.

Zum Ort des nächsten Parteitages wünscht der Antrag 48 Lübeck, 61 Mainz, 68 Nürnberg. Singer verliest eine Depesche aus Nürnberg, worin gebeten wird, im Falle der Wahl von Nürnberg einen Ersatzort zu bestimmen, da die Verhältnisse in Bezug auf die Betheiligung von Frauen an dem Parteitage noch nicht geklärt sei.

Kasch-Lübeck vertritt den Antrag 48 und führt für ihn das Recht der Erstgeburt an.

David-Mainz führt für die Wahl von Mainz an, daß jetzt der Süden eine Anwartschaft auf die Abhaltung des Parteitages habe.

Wiemer-Nürnberg bemerkt gegenüber der Depesche, daß das neue bayrische Vereinsgesetz jede Schwierigkeit bezüglich der Frauen beseitigt habe, ohne jede Störung durch die Behörde seien in der letzten Zeit mehr als hundert Versammlungen gegen die Zuchthausvorlage abgehalten worden unter Betheiligung von Frauen; man solle Nürnberg wählen und Mainz als Ersatzort bestimmen.

Lily **Braun** ersucht um Ablehnung der Nürnberger Einladung. Bisher haben wir keine Erfahrungen, die uns das Recht geben, die Abhaltung des Parteitages in Nürnberg zu riskiren. Ein bayrischer Genosse, mit dem wir Rücksprache genommen haben, hat uns ausdrücklich gesagt, daß die Verhältnisse wegen der Zulassung von Frauen mindestens zweifelhaft seien. Ein Antrag der Berliner Genossinnen, in dem Organisationsstatut den Passus von der Wahl von Delegirtinnen in besonderen Frauenversammlungen zu streichen, ist ausschließlich mit Rücksicht darauf nicht aufrecht erhalten worden, weil uns gesagt war, daß bayrische Genossinnen dann am Parteitag nicht werden theilnehmen können.

Ettinger: Nehmen Sie die Einladung von Nürnberg an, wir wollen die Sache einmal zur Klärung bringen. Wir wissen selbst nicht, wie wir mit unserem Vereinsgesetz daran sind. Wählen Sie also als zweiten Ort Mainz und zwingen Sie unsere Regierung zu einer Entscheidung.

Der Parteitag entscheidet sich für die Einladung von Mainz.

Es folgt die Berathung des Antrages 77:

„Der Parteitag beschließt, daß für den nächsten Parteitag ein unparteiisches Stenographenbureau mit der Berichterstattung betraut wird."

Frau **Zetkin**: Glauben Sie nicht, daß ich durch den Antrag bezweckt habe, eine Berichterstattung herbeizuführen, die jedes einzelne hier gesprochene Wort verewigt! Ich bin mir auch durchaus der praktischen Schwierigkeiten bewußt, welche der Ausführung des Antrags im Wege stehen. Den Schwerpunkt möchte ich auf das Wort „parteiisch" gelegt sehen, es fällt mir nicht ein, die offizielle Berichterstattung für unser Protokoll oder für den „Vorwärts" zu bemängeln. Dagegen weist die Berichterstattung für unsere Provinzpresse eine entschieden tendenziöse Färbung auf. (Sehr wahr.) Manche Reden sind entstellt und in Unsinn verkehrt. Ich habe deshalb einen der hier anwesenden Herren zur Rede gestellt und wissen Sie, was er mir zur Antwort gab? „Ja wohl, es ist vielleicht tendenziös, aber wir stehen auf dem Boden der anderen Anschauung. Wir

können nicht aus unserer Haut". (Hört! hört!) Wenn die Herren ihre Ansichten als Genossen zum Ausdruck bringen wollen, so müssen sie das auf andere Weise thun. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch darauf hinweisen, daß die parlamentarische Korrespondenz für unsere kleine Presse tendenziös gefärbt ist. Das muß einmal zur Sprache gebracht werden.

Singer: Wenn Genossin Zetkin nur die Absicht hatte, die Sache zur Sprache zu bringen, so hat sie ja ihren Zweck erreicht und könnte den Antrag zurückziehen. So aber zwingt sie mich zu einigen Bemerkungen. So sehr ich mit Frau Zetkin eine tendenziöse Berichterstattung verurtheile, so wenig fühle ich mich veranlaßt, ihrem Antrag zuzustimmen. Kommen in der That solche tendenziösen Berichte in die Provinzpresse, so mögen die betreffenden Delegirten die Redaktionen der Zeitungen darauf aufmerksam machen, daß sie sich nach einem anderen Berichterstatter umsehen. Es ist doch Sache der Redaktionen, für eine objektive Berichterstattung zu sorgen. Aber was Frau Zetkin mit ihrem Antrag bezwecken will, das erreicht sie nicht, sie soll mir ein Blatt unserer Provinzpresse nennen, welches im Stande wäre, die stenographischen Berichte zu bringen. Das würde ja Wochen und Monate dauern, ehe die Berichte gebracht sind. Aber ganz abgesehen davon, bedarf es zur Anfertigung stenographischer Berichte eines großen Bureaus von vielleicht 15—20 Personen, denn Sie können doch nicht erwarten, daß Jemand hier täglich acht Stunden stenographirt. Im Uebrigen hatten wir ja früher eine solche Einrichtung, die Folge davon war, daß sich die Herausgabe des Protokolls verzögerte, daß es erst erschien, wenn das Interesse an den Verhandlungen bereits erlahmt war. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag abzulehnen. Und nun noch ein Wort, ein Wort des Dankes an unsere Berichterstatter für den „Vorwärts" und das Protokoll. Wir alle haben diese Woche hindurch eifrig gearbeitet, aber mehr als wir alle haben unsere Berichterstatter gearbeitet. (Allseitige Zustimmung.) Wer mit angesehen hat, wie die Genossen bis Nachts um 12 Uhr saßen, um die Berichte fertig zu stellen, der muß von Dank erfüllt sein für diese aufreibende Thätigkeit. Daß einmal kleine Unrichtigkeiten vorkommen, daß einmal eine Rede ausführlicher behandelt wird als eine andere, das bestreite ich nicht. Wogegen ich aber aus langjährigen Kenntnissen der Berichte im Namen der Betreffenden, die ja hier nicht das Wort ergreifen können, protestire, ist, als ob man aus ihren Berichten auf eine tendenziöse, parteiische Berichterstattung schließen darf. Das hat ja auch Frau Zetkin nicht gethan, aber ich halte es doch für nöthig, das ausdrücklich zu betonen. (Beifall.)

Frau **Zetkin** erklärt, daß sie ihren Antrag bereits während der Singer'schen Rede zurückgezogen habe.

Damit sind alle Anträge erledigt.

Singer macht nunmehr Mittheilung von dem Ergebniß der Wahlen zur Parteileitung.

Vorgeschlagen zu Vorsitzenden waren Bebel und Singer, zum Kassirer Gerisch, zu Sekretären Auer, Pfannkuch, Schwartz, zu Kontroleuren Baerer, Blume, Brühne, Dubber, Ehrhart, Eitzinger, Ewald, Geiß, Geyer, Hoffmann-Bielefeld, Herbert, Kaden, Koblenzer, Könen, Lipinski, Lorenz, Meister, Metzner, Oertel, Frau Zetkin.

Abgegeben sind 229 Stimmzettel, davon ungiltig 1, zum Theil ungiltig 7 (5, weil sie mehr als 7 Namen für die Kontroleure, 2, weil sie mehr als 5 Namen für die Vorstandsmitglieder enthielten.)

Es haben erhalten für die Vorsitzenden Bebel 222 Stimmen, Singer 222, Luxemburg 2, Zetkin 2, Heine 1, Schippel 1 Stimme. Demnach sind zu Vorsitzenden Bebel und Singer gewählt worden.

Als Kassirer ist Gerisch mit 223 Stimmen wiedergewählt worden.

Als Sekretäre wurden wiedergewählt Pfannkuch mit 222 und Auer mit 138 Stimmen. Außerdem haben erhalten Schwartz 81 und Molkenbuhr 1 Stimme.

Zu Kontroleuren wurden gewählt Meister mit 203, Brühne 154, Kaden 154, Koenen 122, Zetkin 116, Ehrhart-Ludwigshafen 110 und Metzner 92 Stimmen.

Außerdem erhielten Stimmen Geyer 78, Blume 77, Koblenzer 75, Oertel 66, Herbert 46, Dubber 43, Ewald 30, Lipinski 30, Hoffmann 29, Baerer 28, Sitzinger 25, Lorenz 20, Geiß 12, Zietz 3, David 2, Grenz 1, Gerlach 1, Braun 1, Luxemburg 1, Sindermann 1, Adler 1 Stimme.

Damit ist die gesammte Tagesordnung erledigt.

Singer: Damit wären wir am Schluß unserer Arbeiten. Ich habe namens des Parteitages herzlichen Dank unseren hannoverschen Genossen auszusprechen, die uns nicht nur ein so schönes Fest zum Empfang bereitet haben, sondern auch vor dem Parteitage und während desselben keine Mühe und Opfer gescheut haben, uns das Sitzungslokal und unseren Aufenthalt in Hannover so behaglich und wohnlich als möglich zu machen. (Beifall). Ebenso habe ich einer Dankespflicht zu genügen gegenüber den Genossen, die wir in die Mandatsprüfungskommission gewählt haben, und die noch andere umfangreiche Arbeiten für den Parteitag geleistet haben; sie haben zwar einem Theil unserer Verhandlungen nicht beiwohnen können, aber dafür um so fleißiger im Dienste der Partei gearbeitet. (Bravo!)

Wenn ich nun einen kurzen Rückblick auf unsere Verhandlungen werfe, so liegt mir nichts ferner, als irgend etwas vertuschen oder verschleiern zu wollen, um etwa nach außen hin künstlich einen befriedigenden Erfolg zu konstruiren. Nein! aus vollster Ueberzeugung spreche ich es: Wir dürfen zufrieden sein mit den Ergebnissen dieses Parteitages. Wenn auch zu manchen Stunden in diesem Saale gleich einem Gewittersturme die Leidenschaften entfesselt waren, so meine ich, ist das, was vielleicht die Gegner als unsere Schwäche bezeichnen, doch auch in gewissem Sinne die Stärke unserer Partei. Wenn eben nicht der Eifer und die Energie, mit der bei uns die Ansichten vertreten werden, auch äußerlich in einer gewissen leidenschaftlichen Weise zum Ausdruck kommen würden, so würde unseren Diskussionen und Beschlüssen ein Theil ihres Werthes abgehen. (Zustimmung.)

Auch auf diesem Parteitag hat es sich gezeigt, daß trotz aller leidenschaftlichen Diskussion und trotz der vorhandenen persönlichen Differenzen zwischen einzelnen unserer Mitglieder, trotz verschiedener Anschauungen im Einzelnen die Partei über ihre Grundsätze und Taktik einheitlich denkt und auch fernerhin in voller Einmüthigkeit handeln wird.

Parteigenossen! Wir haben diskutirt über unsere Theorie, über unser Programm. Trotz einzelner Abweichungen und trotz mancher Auffassungen, die in ihrer Konsequenz allerdings zu einer Aenderung unseres Programms hätten führen können, haben sich doch auch die Vertreter dieser Auffassung mit zornigem Eifer dagegen verwahrt, als ob sie die Partei in andere Bahnen lenken wollten, und sich rückhaltlos zu den Grundsätzen bekannt, welche die Gesammtpartei vertritt, als überzeugte, ehrliche Sozialdemokraten. (Lebhafter Beifall.) Mit diesem Resultat dürfen wir, meine ich, zufrieden sein, zerstreut es doch von vornherein die Legende, die unsere Gegner sonst zweifellos verbreiten würden, wir seien gespalten und gingen auseinander. Nein, Parteigenossen, das wollen wir miteinander vor aller Welt konstatiren: Mögen einzelne Parteigenossen Differenzen haben, die Partei als solche ist gebunden durch ihre Beschlüsse; durch die Entscheidungen, die sie getroffen, hat sie erklärt: Wir sind, was wir waren, und wir bleiben, was wir sind! (Lebhafter Beifall.)

Parteigenossen! Die Fragen der Taktik sind in der viel diskutirten Schrift unter dem Motto behandelt: „Was die Partei ist, das wage sie zu scheinen!" **Jawohl, wir wollen scheinen, was wir sind, wir wollen scheinen,**

daß wir sind die alte Sozialdemokratie, die in der Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft, in der Beseitigung der Ausbeutergesellschaft ihr Ziel erblickt; daß wir sind die alte Sozialdemokratie, die auf dem Wege zu ihrem Ziel Alles, was sie der bürgerlichen Gesellschaft abtrotzt, nur als Wegzehrung betrachtet, um sich kräftiger und kampffähiger zu machen für den letzten großen Sieg, für die Befreiung des Proletariats. Und wer nach unseren Verhandlungen noch behauptet, daß die sozialdemokratische Partei geneigt ist, auch nur um ein Jota von ihren Grundsätzen und von der Taktik des Klassenkampfes abzugehen, wer behauptet, daß sie geneigt ist, mit bürgerlichen Parteien insofern in Beziehung zu treten, als wir anerkennen, daß die bürgerlichen Parteien und Kreise, sie mögen einen Namen haben, welchen sie wollen, durch ihre Ueberzeugungen, durch ihre Politik geeignet seien, uns in ihre Reihen hinüberzuziehen, wer das behauptet, kennt unsere Verhandlungen nicht, kennt vor Allem nicht den Geist, in dem sie geführt sind. (Bravo!) Parteigenossen! Es giebt ein Wort, das heißt: **Durch Einigkeit zum Sieg! Ich ändere es ein wenig und sage: Durch Einigkeit zum Ziel und zwar zum Endziel!** (Bravo!) **Und wenn wir jetzt** zurückgehen in unsere heimischen Kreise, wenn wir über uns ergehen lassen müssen die Fluth der Aeußerungen in der gegnerischen Presse, dann werden wir unsere Einigkeit beweisen nach wie vor durch unsere Geschlossenheit im Kampfe gegen die heutige Gesellschaft. In dieser Ueberzeugung und im Gefühl des Stolzes auf dies Ergebniß unserer Berathungen sage ich: **Die Banner hoch! Nach wie vor zum Kampf, zum Kampf für das Endziel, zum Kampf auch für die Forderungen der Gegenwart, zum Kampf mit einem Wort in der alten siegreichen Weise.** (Bravo.) **Das sollen wir thun, das wollen wir thun. Und ich schließe nicht einen Einzigen in diesem Saale aus, von dem ich das nicht annehmen möchte.** (Bravo!) Wir wollen uns kräftigen in diesem Bestreben, indem wir all das, was wir fühlen, all das, was wir wollen, zusammenfassen in unseren alten Schlachtruf: „Die Sozialdemokratie, sie lebe hoch, hoch, hoch!

Die Delegirten haben sich von ihren Plätzen erhoben, stimmen begeistert in diesen Ruf ein und singen den ersten Vers der Arbeitermarseillaise.

Singer: Der Parteitag ist geschlossen. — Schluß 2¾ Uhr.

Druckfehler-Berichtigung.

S 242 Zeile 6 von unten muß es heißen Reuber statt Reuber-Ohligs.

S. 89 Zeile 21 von unten fehlt hinter den Worten zur Sprache bringen das " (Schlußanführungszeichen).

Zusammenstellung
der
vom Parteitag angenommenen Anträge.

Wortlaut der Anträge und Resolutionen (1—83) siehe Seite 57—69. Die in Klammern beigefügte Seitenzahl bezieht sich auf die Abstimmung.

Antrag **1** (Aenderung der Tagesordnung S. 71), **21** und **22** (Freie Stunden-Verbesserung S. 287), **37** a, b, d und **59** (Anträge betr. Arbeiterschutz und Postzeitungsgesetz S. 91), **50** und **66** (Tagesordnung des nächsten Parteitages S. 290/91), **56** (Zentralstelle für Parteivertreter in öffentlichen Körperschaften S. 290), **61** (Mainz als nächster Parteitagsort S. 292), **63** (Tadel gegen die Leipziger Genossen S. 286), **67** (Zeitverlegung des Parteitages S. 292), **71** (Frauen-Broschüre gegen Zuchthausvorlage S. 284), **72** (Berliner Preßkommission S. 284), **79** (Maifeier S. 92), **80** (Internationaler Arbeiter-Kongreß S. 92), **81** (Resolution Bebel betr. Grundsätze und Taktik S. 243), **82** (Militarismus-Resolution S. 282), **83** (Zuchthausvorlage-Resolution S. 284), Antrag Winter (Auftrag an die Reichstagsfraktion betr. Verbot der Zeitungs- und Flugblattvertheilung am Sonntag S. 89 und 91), Antrag Hoffmann-Ledebour (gegen Schippel S. 267 bezw. 282).

Namentliche Abstimmung über die Resolution Bebel (S. 242).

a) Ueber Absatz III.

Mit Ja stimmten 205 Delegirte: Albrecht, Althaus, Antrick, Auer, Bader, Baerer, Baker, Bartel, Bartels, Bastian, Baudert, Bebel, Beck, Beckmann, Bérard, Beyer, Biedermann, Blos, Blume, Böhle-Straßburg, Böhle-Langerfeld, Braune, Braun Lily, Bredenbeck, Bremer, Breslauer, Brey, Brühne, Bruns, Bunte, Busold, Calwer, Cramer, David, Dietz, Drechsler, Dreesbach, Ebert, Ehrhart, Eichhorn, Eitzinger, Elm, Eniglein, Erdmann, Esser, Ettwein, Feldmann, Fendrich, Fenske, Feustel, Feßer, Findeisen, Fischer-Berlin, Fischer-Dresden, Fischer-Weimar, Fleischer, Fleißner, Förster, Fröhlich, Frohme, Geiß, Gerhold, Gerisch, Gerlach, Geyer, Grahl, Groth, Grunwald, Günther, Günteroth, Haase, Hanisch, Haverkamp, Henze, Heine-Berlin, Heine-Hamburg, Herrmann, Hoch, Hofer, Hoffmann-Bielefeld, Hoffmann-Chemnitz, Hoffmann-Hamburg, Hofmann-Saalfeld, Holzapfel, Horn, Hug, Hugo, Kaden, Käppler, Kahl, Kasch, Katzenstein, Kautsky, Keil, Kemmer, Klees, Kleis, Knappe, Knoblauch, Koenen, König, Kraus, Krause, Krumm, Laatzen, Leber, Leister, Lementzow, Leopoldt, Lesche, Leven, Linde, Lipinski, Lorenz, Lusbrink, Luxemburg, Mahlke, Mayer, Meister, Merges, Messing, Metzger, Metzner, Meyer, Molkenbuhr, Möller, Müller-Bochum, Müller-Darmstadt, Neudscher, Nitsch, Peus, Pfannkuch, Philipp, Pickelmann, Rau, Rauschenbach, Regensuß, Reiwand, Renner, Reißhaus, Rieke, Ritter, Rosenow, Roßkopf, Sachse, Säckler, Schäfer, Schallbruch, Scheidemann, Scheller, Schippel, Schmidt-Berlin, Schmidt-Frankfurt, Schmidt-Lüdenscheid, Schmidt-Magdeburg, Schmidt-Preungesheim, Schmuck, Schumacher, Schumann, Schütz, Schwartz, Segitz, Seifert-Kalk, Seifert-Zwickau, Siedow, Simon, Sindermann, Stadthagen, Stein-Limmer, Stein-Wriezen, Stein-Penig, Stolle, Stolpe, Stolten, Streb, Stubbe, Stücklen, Südekum, Täterow, Tauscher, Thiele, Thielhorn, Tillig, Tönnies, Trautewein, Trilse, Trompeter, Tümmers, Ulrich, Vollmar, Wacker, Walter, Wedemeyer, Wiemer, Winter, Winterberg, Wissell, Witti, Wittrisch, Woltmann Wurm, Zahn, Zetkin, Zietz, Zorn.

Mit Nein stimmten 34 Delegirte: Adler, Ernst, Evers, Ewald, Franke, Gilek, Görke, Grenz, Hauschild, Hinz, Ad. Hoffmann-Berlin, Hoffmann-Pankow, Hoppe, Koblenzer, Krapff, Ledebour, Leid, Liebknecht, Lubnow, Menzel, Millarg, Ostkamp, Reuber, Rietz, Gust. Schmidt-Berlin, Schmidt-Velten, Dr. Schoenlank, Schrader, Schubert, Sellin, Singer, Wagner, Frau Wengels, Zubeil.

b) Ueber die Resolution im Ganzen.

Mit Ja stimmten 216 Delegirte: Adler, Albrecht, Althaus, Antrick, Auer, Bader, Baerer, Baker, Bartel, Bartels, Bastian, Baudert, Bebel, Beck, Beckmann, Bérard, Beyer, Biedermann, Blos, Böhle-Langerfeld, Braune, Braun Lily, Bredenbeck, Bremer, Breslauer, Brey, Brühne, Bruns, Bunte, Busold, Calwer, Cramer, David, Dietz, Drechsler, Dreesbach, Ebert, Ehrhart, Eichhorn, Eitzinger, Elm, Eniglein, Erdmann, Ernst, Esser, Ettwein, Evers, Feldmann, Fendrich, Fenske, Feustel, Feßer, Findeisen, Fischer-Berlin, Fischer-Dresden, Fischer-Weimar, Fleischer, Fleißner, Förster, Fröhlich, Frohme, Geiß, Gerhold, Gerisch, Gerlach, Geyer, Gilek, Görke, Grahl, Groth, Grunwald, Günther, Günteroth, Haase, Hanisch, Hauschild, Haverkamp, Henze, Heine-Berlin, Heine-Hamburg, Herrmann, Hoch, Hofer, Hoffmann-Bielefeld, Hoffmann-Chemnitz, Hoffmann-Hamburg, Hoffmann-Pankow, Hofmann-Saalfeld, Holzapfel, Horn, Hug, Hugo, Kaden, Käppler, Kahl, Kasch, Katzenstein, Kautsky, Keil, Kemmer, Klees, Kleis, Knappe, Knoblauch, Koblenzer, Koenen, König, Kraus, Krause, Krumm, Laatzen, Leber, Ledebour, Leid, Leister, Lementzow, Leopoldt, Lesche, Leven, Liebknecht, Linde, Lipinski, Lorenz, Lusbrink, Luxemburg, Mahlke, Mayer, Meister, Merges, Messing, Metzger, Metzner, Meyer, Millarg, Möller, Müller-Bochum, Müller-Darmstadt, Neudscher, Nitsch, Peus, Pfannkuch, Philipp, Pickelmann, Rau, Rauschenbach, Regensuß, Reiwand, Renner, Reißhaus, Reuber, Rieke, Ritter, Rosenow, Roßkopf, Sachse, Säckler, Schäfer, Schallbruch, Scheidemann, Scheller, Schippel, Schmidt-Berlin, Schmidt-Frankfurt, Schmidt-Lüdenscheid, Schmidt-Magdeburg, Schmidt-Preungesheim, Schmidt-Velten, Schmuck, Schrader, Schumacher, Schumann, Schütz, Schwartz, Segitz, Seifert-Kalk, Seifert-Zwickau, Siedow, Simon, Sindermann, Singer, Stadthagen, Stein-Limmer, Stein-Penig, Stein-Wriezen, Stolle, Stolpe, Stolten, Streb, Stubbe, Stücklen, Südekum, Täterow, Tauscher, Thiele, Thielhorn, Tillig, Tönnies, Trautewein, Trilse, Trompeter, Tümmers, Ulrich, Vollmar, Wacker, Walter, Wedemeyer, Wengels, Wiemer, Winter, Wissell, Witti, Wittrisch, Woltmann, Wünschmann, Wurm, Zahn, Zetkin, Zietz, Zorn.

Mit Nein stimmen 21 Delegirte: Blume, Böhle-Straßburg, Ewald, Franke, Grenz, Hinz, Ad. Hoffmann-Berlin, Hoppe, Krapff, Lubnow, Menzel, Molkenbuhr, Ostkamp, Rietz, Gust. Schmidt-Berlin, Dr. Schoenlank, Schubert, Sellin, Wagner, Winterberg, Zubeil.

Der Abstimmung enthält sich 1 Delegirter: Katzenstein.

Präsenz-Liste.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Adler, Ed.	Harburg	17. Hannoverscher Wahlkreis.
Albrecht, Adolf	Halle a. S.	Anhalt II (Bernburg).
Althaus, Christian	Heddernheim	1. Nassauischer Wahlkreis.
Antrick, Otto	Berlin	
Auer, Ignaz	Berlin	17. Sächsischer Wahlkreis.
Bader, Paul	Magdeburg	Magdeburger Wahlkreis.
Baerer, Heinrich	Harburg	17 Hannoverscher Wahlkreis.
Baker, Adolf	Hamburg-Barmbeck	3 Hamburger Wahlkreis.
Bartel, Adolf	Danzig	Danzig-Stadt.
Bartels, Th	Lübeck	Lübeck.
Bastian, Hermann	Wilhelmsburg	17 Hannoverscher Wahlkreis.
Baudert, August	Apolda	1 und 2 Weimarscher Wahlkreis
Bebel, August	Berlin	
Beck, C	Lüneburg	16 Hannoverscher Wahlkreis.
Beckmann, Heinr.	Basbeck	19 Hannoverscher Wahlkreis.
Bérard, R.,	Hamburg	
Beyer, Richard	Leipzig	12. Sächsischer Wahlkreis.
Biedermann, Louis	Delitzsch	Delitzsch-Bitterfeld.
Blos	Stuttgart	
Blume, Georg	Hamburg	Hamburg II.
Böhle, Bernhard	Straßburg	Straßburg-Stadt u. Metz-Stadt u Land.
Böhle, Gustav	Langerfeld	Hagen-Schwelm.
Braun, August	Mehleden	Friedland-Gerdauen-Rastenburg
Braune, Ernst	Radeberg	4 Sächsischer Wahlkreis.
Braun, Lilly	Berlin	15 Hannov. Wahlkreis u. Glauchau-Stadt.
Bredenbeck, Anton	Hombruch	Dortmund-Hörde.
Bremer, Adolf	Hameln	9 Hannoverscher Wahlkreis.
Breslauer, Leopold	Dresden	Dresden-Neustadt.
Brey, August	Hannover	9. Hannoverscher Wahlkreis.
Brühne	Frankfurt a. M.	
Bruns, J.	Wandsbek	8. Schlesw.-Holst. u. 10. Lauenb. Wahlkr.
Bunte, Fritz	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück.
Busold, Heinr.	Friedberg	Friedberg-Büdingen.
Calwer, Richard	Charlottenburg	
Cramer	Darmstadt	
David, E.	Mombach	Mainz-Oppenheim.
Dietz	Stuttgart	
Drechsler, Friedr.	Burg	Jerichow I und II.
Dreesbach, Aug.	Mannheim	
Ebert, Fritz	Bremen	Bremen.
Ehrhart, Frz. Jos.	Ludwigshafen	
Eichhorn, Emil	Dresden	Calau-Luckau.
Eitzinger, Georg	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf.
Elm, A. v.	Hamburg	6. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis.
Eniglein, Frz. Rob.	Oelsnitz i. V.	23. Sächsischer Wahlkreis.
Erdmann, Aug.	Köln	Köln-Stadt.
Ernst, Eugen	Berlin	Berlin VI.
Esser, Christian	Minden i. W.	Minden-Lübbecke u. Schaumburg-Lippe
Ettwein, Math.	Pforzheim	6, 7 und 9. Badischer Wahlkreis.
Evers, Josef	Hildesheim	10. Hannoverscher Wahlkreis.
Ewald, Ferd.	Berlin	Berlin II.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Feldmann, Franz	Langenbielau	Reichenbach-Neurode.
Fendrich, Anton	Karlsruhe	10. Bad. Reichst.-Wahlkr. Karlsr.-Bruchsal.
Fenske, Franz	Linden	8. Hannoverscher Wahlkreis.
Feustel, Louis Franz	Greiz	Reuß ältere Linie.
Feßer, Johannes	Frankenthal	Ludwigshafen-Speyer.
Findeisen, Herm.	Meißen	7. Sächsischer Wahlkr. Meißen-Großenhain.
Fischer, Edmund	Briesnitz-Dresden	
Fischer, Heinr.	Weimar	1. Weimarischer Wahlkreis.
Fischer, Richard	Berlin	
Fleischer, Aug.	Wurzen	11. Sächsischer Wahlkreis.
Fleißner, Herm.	Löbtau	6. Sächsischer Wahlkreis.
Förster, H.	Hamburg	
Franke, Otto	Berlin	4. Berliner Wahlkreis
Friedberg, Sigism.	Mainz	Bingen-Alzey
Fröhlich, Oskar	Burgstädt	15. Sächsischer Wahlkreis.
Frohme, Hamburg	Hamburg	
Geiß, Anton	Mannheim	11. Badischer Kreis.
Gerhold, Wilh.	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Gerisch, Albin	Berlin	
Gerlach, Ferd.	Halberstadt	Wanzleben.
Geyer, Fr.	Leipzig	
Gilek, Friedr.	Arnstadt	Schwarz-Sondershausen.
Grahl, Wilh.	Triberg	2. und 5. Badischer Wahlkreis.
Goerke, Otto	Charlottenburg	Königsberg, Neumark.
Grenz, Ernst	Leipzig	13. Sächsischer Wahlkreis.
Groth, E.	Rostock	2. und 5. Mecklenburgischer Wahlkreis.
Grunwald, Max	Jena	3. Weimarischer Wahkreis.
Günther, Oscar	Pulsnitz i. S.	1., 2. und 3. Sächsischer Wahlkreis.
Güntherroth, Friedr.	Verden	6. Hannoverscher Wahlkreis.
Haase, Hugo	Königsberg i. P.	
Hanisch, Alois	Grabow	Randow-Greifenhagen.
Hauschild, Karl	Weißensee	Niederbarnim.
Haverkamp, August	Bremerhaven	19. Hannoverscher Wahlkreis.
Hegel, Theod.	Bayreuth	Bayreuth, Hof und Lichtenfels.
Henze, Günther	Nordhausen	Nordhausen.
Heine, Karl	Hamb.-Eimsbüttel	Hamburg III.
Heine, Wolfgang	Berlin	
Herrmann, Konrad	Nürnberg	Forchh.-Kulmb., Neust. a. W. u. Regensb.
Herzfeld, Dr.	Berlin	
Hinz, Wilh.	Berlin	Berlin III.
Hoch	Hanau	
Hofer, A.	Gr.-Skaisgirren	Tilsit-Niederung.
Hoffmann, Adolf	Berlin	Berlin IV.
Hoffmann, Franz	Chemnitz	
Hoffmann, Karl	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück.
Hoffmann, Karl	Pankow	Niederbarnim.
Hoffmann, Paul	Hamburg	Hamburg II.
Hofmann, Arthur	Saalfeld a. S.	Meiningen II und Meiningen-Hildburgh.
Holzapfel, Fritz	Osterode a. H.	11. Hannoverscher Wahlkreis.
Hoppe, Fritz	Rixdorf	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenb.
Horn, Georg	Lindenau-Dresden	
Hug, Paul	Bant	1. u. 2. Oldenb. u. 1. u. 2 Hannov. Wahlkr.
Hugo, Wilhelm	Eschwege	Eschwege-Witzenhausen-Schmalkalden.
Kaden	Dresden	
Käppler, Herm.	Altenburg	1. Anhalter Wahlkreis.
Kahl, Fritz	Duisburg	Duisburg.
Kasch, August	Lübeck	Lübeck.
Katzenstein, S.	Mannheim	12. Badischer Wahlkreis.
Kautsky, Karl	Stuttgart	5. Württembergischer Wahlkreis.
Keil, W.	Stuttgart	1. u. 3. Württembergischer Wahlkreis.
Kemmer, August	Itzehoe	5. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis.
Klees, Wilh	Buckau-Magdeburg	Forst.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Kleis, Friedr.	Mylau	22. Sächsischer Wahlkreis.
Knappe, Gustav	Stettin	Stettin.
Knoblauch, Fr.	Goslar	13. Hannoverscher Wahlkreis.
König, Albert	Elbing	Elbing-Marienberg
Koblenzer, Karl	Berlin	Berlin II.
Könen, Hch.	Hamburg	
Krapff, Hermann	Hastedt	Bremen.
Kraus, Leo	Würzburg	Würzburg.
Krause, Robert	Chemnitz	16. Sächsischer Wahlkreis.
Krumm, Eduard	Gießen	Wetzlar-Altenkirchen.
Kunert, Fritz	Berlin-Südende	
Laatzen, C.	Schiffbek	8. Schleswig-Holst. u. 10. Lauenb. Wahlkr.
Leber, Herm.	Jena	3. Weimarscher Wahlkreis.
Ledebour, Georg	Striesen	6. Sächsischer Wahlkreis.
Leid, C.	Berlin	6. Berliner Wahlkreis.
Leister, Ernst	Johanngeorgenstadt	21. Sächsischer Wahlkreis.
Lementzow, Carl	Ottensen	6. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis.
Leopoldt, A.	Zeitz	Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Torgau-Liebenwerda u. Wittenberg-Schweidnitz.
Lesche, Fr.	Hamburg	8. Schlesw.-Holsteinischer und 10. Lauenburgischer Wahlkreis.
Leven, Wilhelm	Gera	Reuß j. L.
Liebknecht, Wilh.	Charlottenburg	
Linde, Hermann	Königsberg i. P.	Königsberg i. Pr.
Lipinski, Rich.	Leipzig	13. Sächsischer Wahlkreis.
Lorenz, Heinrich	Chemnitz	16. Sächsischer Wahlkreis Chemnitz.
Lubnow, Adolf	Braunschweig	Braunschweig.
Lusbrink, Emil	Ronsdorf	Lennep-Remscheid-Mettmann.
Luxemburg, Dr. Rosa	Berlin-Friedenau	Ratibor und Reuß ä. L.
Mahlke, Heinr.	Flensburg	Apenrade-Flensburg.
Mayer, Heinr.	Bürgel	Offenbach-Dieburg.
Meister, Heinr.	Hannover	
Menzel, Max	Berlin	4. Berliner Wahlkreis.
Merges, August	Delligsen	Braunschweig III.
Messing, Ernst	Dresden-Altstadt	5. Sächsischer Wahlkreis Dresden-Altstadt.
Metzger, W.	Hamburg	
Metzner, Theodor	Berlin	
Meyer, Emil	Halberstadt	Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode.
Millarg, Rudolf	Berlin	Friedeberg-Arnswalde.
Möller, Ernst	Leipzig	12. Sächsischer Wahlkreis.
Molkenbuhr	Ottensen	
Müller, Herm.	Bochum	Bochum.
Müller, Philipp	Darmstadt	Darmstadt-Groß-Gerau.
Neudscher, Carl	Saarbrücken	Saarbrücken.
Nitsch, Richard	Magdeburg	Neuhaldensl.-Wolmirstedt u. Magdeburg.
Ostkamp, Wilhelm	Essen a. Rh.	Essen.
Peus, Heinr.	Dessau	Brandenburg-Westhavelland.
Pfannkuch, Wilhelm	Berlin	
Philipp, Karl	Rath b. Düsseldorf	Düsseldorf.
Pickelmann, Ludwig	München	München I.
Rau, Andreas	Mülheim a. M.	Erbach-Bensheim (Hessen).
Rauschenbach, Max	Werdau	Zwickau-Crimmitschau.
Regensuß, Christian	Rendsburg	7. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis.
Reinwand, Karl	Halle a. S.	Halle-Saalekreis.
Renner, Ludwig	Aubsburg	III. Oberbayerischer Wahlkr. u. Augsburg-Wertingen.
Reißhaus, Paul	Erfurt	
Reuber, Carl	Ohligs	Solingen.
Riele, Heinr.	Braunschweig	Braunschweig.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Rietz, Herm.	Berlin	Berlin VI. und Ruppin-Templin.
Ritter, Herm.	Görlitz	Görlitz.
Rosenow, Emil	Dortmund	20. Sächsischer Wahlkreis.
Roßkopf, Walther	Nürnberg	Ansbach-Schwabach u. Nürnberg-Altdorf.
Sachse, H.	Zwickau	
Säckler, Josef	Schweinfurt	Schweinfurt-Schonungen.
Schäfer, Karl	Barmen	Barmen-Elberfeld.
Schallbruch, Carl	Ohligs	Solingen.
Scheidemann, Phil.	Gießen	Gießen-Grüneberg-Nidda.
Scheller, Wilh.	Luckenwalde	Jüterbog-Luckenwalde.
Schillig, C.	Peine	14. Hannoverscher Wahlkreis.
Schippel	Berlin	
Schmidt, A.	Velten	Potsdam-Osthavelland.
Schmidt, Albert	Magdeburg	
Schmidt, Carl	Lüdenscheid	Altena-Iserlohn.
Schmidt, Gust.	Berlin	Berlin II.
Schmidt, Philipp	Preungesheim	Hanau-Gelnhausen u. Alsfeld-Lauterbach-Schotten.
Schmidt, Robert	Berlin	Berlin V.
Schmidt, Wilh.	Frankfurt a. M.	
Schmuck, August	Lemgo	Lippe-Detmold.
Schoenlank, Dr.	Leipzig	
Schrader, Christian	Bramsche	Osnabrück-Iburg.
Schubert, Herm.	Schöneberg	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenbg.
Schumacher, Carl	Mühlheim a. Rh.	Mülheim-Wipperfürth-Grummersbach.
Schumann, Emil,	Freiberg	9. Sächsischer Wahlkreis.
Schütz, Oskar	Breslau	Breslau-West und Posen.
Schwartz, Theodor	Lübeck	
Segitz, Martin	Nürnberg	
Seifert, Julius	Zwickau	
Seifert, Karl	Kalk	Köln-Land.
Sellin, August	Charlottenburg	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlotteubg.
Siedow, August	Ketschendorf	Frankfurt a. Oder-Lebus.
Simon, Josef	Ilversgehofen	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück u. Sangerhausen-Eckartsberga.
Sindermann, Karl	Dresden	5. Sächsischer Wahlkreis.
Singer, Paul	Berlin	
Stadthagen, Arthur	Berlin	
Stein, Fr.	Limmer	9. Hannoverscher Wahlkreis.
Stein, Gustav	Wriezen	Ober-Barnim.
Stein, H.	Penig	Bornau-Pegau.
Stolle, Wilhelm	Gesau	
Stolpe, Herm.	Grünberg	Grünberg-Freystadt und Sagan-Sprottau.
Stolten, Otto	Hamburg	Hamburg I.
Streb, Jakob	Offenbach a.M.	Offenbach-Dieburg.
Stubbe, Heinr.	Hamb.-Eimsbüttel	Hamburg III.
Stücklen, D.	Altenburg	Sachsen-Altenburg.
Südekum, Dr. Alb.	Nürnberg	Fürth-Erlangen-Hersbruck.
Täterow, Aug.	Berlin	Berlin I.
Tauscher, L.	Stuttgart	2. und 10. Württembergischer Wahlkreis.
Thiele, Adolf	Halle a. S.	Mansfelder See- und Gebirgskreis.
Thielhorn, Wilh.	Hannover	8. Hannoverscher Wahlkreis.
Tillig, Herm.	Gotha	Herzogthum Gotha.
Tönnies, Herm.	Hannover	8. Hannoverscher Wahlkreis.
Trautewein, August	Quedlinburg	Calbe-Aschersleben.
Trilse, Herm.	Cassel	Cassel-Melsungen.
Trompeter, Wilh.	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Trümmers, Wilhelm	M.-Gladbach	M.-Gladbach.
Ulrich, Carl	Offenbach a. M.	
Vollmar, Gg. v.	Soiensaß	

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Wacker, Carl	Herford	Herford-Halle.
Wagner, Georg	Berlin	Berlin III.
Walter, Anton	Coburg	Coburg.
Wedemeyer, Friedr.	Göttingen	12. Hannoverscher Wahlkreis.
Wengels, Frau	Berlin	Berlin I.
Wiemer, Philipp	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf.
Winter, August	Beuthen O.-Schl.	Beuthen-Tarnowitz, Kattowitz-Zabrze, Neustadt-O.-Schl. und Ratibor.
Winterberg, Ewald	Krefeld	Krefeld.
Wissel, Rudolf	Kiel	7. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis.
Witti, Seb.	München	München II. und Rosenheim.
Wittrisch, Rich.	Forst	Cottbus-Spremberg-Peitz.
Woltmann, L.	Barmen	Barmen-Elberfeld.
Wünschmann, B.	Döbeln	10. Sächsischer Wahlkreis.
Wurm, Emanuel	Berlin	
Zahn, Ernst	Breslau	Breslau-Ost.
Zetkin	Stuttgart	
Zietz, Louise	Hamburg	Hamburg I.
Zorn, Georg	Fürth	Fürth.
Zubeil, Fritz	Berlin	

Auswärtige Gäste:

A. C. Lindblad, Stockholm.
W. H. Vliegen, Rotterdam.
H. Kenther, Winschoten.
L. H. Hermans, Amsterdam.
Karl Nüsperli, Zürich.
Viktor Adler, Wien.
Dietzgen, Chicago.

Zuschriften und Telegramme.

Agram. Redaktion der „Sloboda“. — **Berlin.** Polnische Sozialdemokratie Deutschlands. — **Braunschweig.** Die organisirten Klempner. — **Budapest.** Sozialdemokratische Parteileitung Ungarns. — **Crefeld.** Sozialdemokratischer Volksverein. — **Döbeln.** Wahlverein des 10. sächsischen Wahlkreises. — **Eßlingen.** „Lassallia“ Stuttgart. — **Fulda.** Hannoversche Parteigenossen. — **Genf.** Redaktion des „Rabotscheje Djelo“. Bund der russischen Sozialdemokraten. — **Glückstadt.** Parteigenossen. — **Göttingen.** Oeffentliche Schneiderversammlung. — **Grotenburg.** Genossen. — **Hainichen.** Sozialdemokratische Wahlmänner des 10. sächs. Landtagswahlkreises. — **Hamburg.** Lagerhalter des Konsum- und Sparvereins „Produktion“. — **Herne.** Die Genossen. — **Jena.** Die Genossen. — **Johanngeorgenstadt.** Die Genossen. — **Kopenhagen.** Sozialdemokratischer Verband und Zentral-Gewerkschaftsverbände. — **Krakau.** Exekutive der polnischen Sozialdemokraten. — **Kristiania.** Sozialistenklub „Vorwärts“. — **London.** Sozialdemokratische Federation. Genosse F. Leßner. — **Loslau.** Genossen der Heilstätte Loslau. — **Lunzenau.** Genossen des Muldenthals. — **Lutter am Berge.** Genossen des 3. braunschweiger Wahlkreises. — **Magdeburg.** Genossen des Wahlkreises Neuhaldensleben-Wolmirstedt. — **Meerane.** Sozialdemokratischer Verein. — **Memel.** Die Genossen. — **Paris.** Generalrath der Arbeiterpartei. Verwaltungsausschuß der sozialistisch-revolutionären Partei. Sekretariat der kommunistischen Alliance (Guesde, Vaillant, Groussier, Lafargue, Landrin, Marchand). Redaktion der „Petite Republique“. Deutscher sozialistischer Leseklub. — **Rixdorf.** Organisation der Steinarbeiter Deutschlands. — **Rußland.** Komitee des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes Rußlands und Polens. — **Spenge.** Arbeiter. — **Stockholm.** Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Schwedens. — **Trier.** Genossen. — **Wriezen.** Rudolf Salomon. — **Zürich.** Deutscher Arbeiter-Bildungsverein „Eintracht“.

Sprech-Register.

Sach-Register.

Druck von Max Bading, Berlin SW.

Druck von Max Bading, Berlin S.W.